

Francisca Drechsler

Zwischen Pflicht und Freiheit | 3

Lebenswege in Archiven der DDR

Friedrich Beck
Wolfgang Blöß
Marlies Ross

Lukas Verlag

Lebenswege in Archiven der DDR

Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte

Im Auftrag der Brandenburgischen Historischen Kommission e. V.
und des Brandenburgischen Landeshauptarchivs
herausgegeben von Klaus Neitmann und Mario Glauert

Band 28

Francisca Drechsler

Zwischen Pflicht und Freiheit | 3

Lebenswege in Archiven der DDR

Friedrich Beck | Wolfgang Blöß | Marlies Ross

Lukas Verlag

© by Lukas Verlag
Erstausgabe
1. Auflage 2025
Alle Rechte vorbehalten

Lukas Verlag GmbH
Kollwitzstraße 57
D 10405 Berlin
www.lukasverlag.com
lukas.verlag@t-online.de

Umschlag: druckwerkstatth. Holger Eggert, Magdeburg
unter Verwendung einer Fotografie von Francisca Drechsler
Fachlektorat: Prof. Dr. Klaus Neitmann
Korrektorat, Layout und Satz: Lukas Verlag
Druck: UAB BALTO print, Vilnius

Printed in EU
ISBN 978-3-86732-490-8

Inhalt

MARIO GLAUERT Zum Geleit	7
FRIEDRICH BECK »Das Archiv breitet sich wie ein Ölfleck aus« Lebensbild eines deutschen Archivars und Historikers	11
WOLFGANG BLÖSS »Wir waren auf dem großen Sprung« Ein Potsdamer Archivar und Historiker	131
MARLIES ROSS »Ich musste auf alles Mögliche reagieren, richtig reagieren« Der außergewöhnliche Werdegang einer deutschen Archivarin	243

Zum Geleit

Archive bewahren Erinnerungen. Um dieses Gedächtnis über Jahrhunderte zu erhalten und das Abreißen archivalischer Überlieferung zu verhindern, bedarf es eines über viele Berufsgenerationen hinweg gesponnenen Fadens archivarischer Verantwortung. Archivarinnen und Archivaren sind sich dieser besonderen Verantwortung bewusst, sie ist Teil unseres gemeinsamen beruflichen Ethos: Weitergeben von Überliefertem – Tradition im doppelten Sinne. Und dennoch: Einen Band über die Erinnerungen von Menschen zu machen, deren Beruf es ist, Erinnerungen anderer und für andere zu bewahren, fordert einen ungewohnten Perspektivwechsel: vom Bewahrer der Erinnerung zu ihrem Gegenstand, vom Erinnernden zum Erinnernten.

Ich freue mich sehr, dass sich Friedrich Beck, Wolfgang Blöß und Marlies Ross bereitgefunden haben, ihre ganz persönlichen Erinnerungen und Lebensberichte mit uns zu teilen. Sie werden damit selbst Teil jenes erinnernden Archivs, dessen Bewahrung sie ihr berufliches Wirken verschrieben haben. Und ich bin sehr froh, dass wir Francisca Drechsler dafür gewinnen konnten, diese Erinnerungen in gemeinsamen Gesprächen zu erschließen, zu einer fließenden Textform zu gestalten und auf diese Weise für die Zukunft zu überliefern.

Die vorliegende Publikation ist bereits der dritte Band in der von Francisca Drechsler bearbeiteten Reihe *Zwischen Pflicht und Freiheit. Lebenswege in der DDR*. Und zugleich ist das Buch etwas Neues: Erstmals verbindet die darin versammelten Lebenswege der gemeinsame Beruf, das Arbeiten im Archiv. Außerdem die Stadt Potsdam: Denn Leben und Ausbildung in der Stadt prägten alle drei weiteren Biographien.

Das Buch erhebt nicht den Anspruch, eine Geschichte des Archivwesens der DDR neu oder anders zu schreiben. Es sind vielmehr ganz persönlich geprägte Einblicke und Einsichten, die uns die drei Berichte erlauben. Zugleich kennzeichnet alle drei Erzählungen selbstverständlich eine innere Haltung zu und eine stete, bis heute andauernde Auseinandersetzung mit dem Archivwesen der DDR, in dem alle drei Menschen ihren beruflichen Weg gefunden haben. Diese Wege waren sehr unterschiedlich. Auch das soll dieser Band zeigen. Manche Karriere in den Archiven der DDR endete mit der Wende 1989/90, andere gingen darüber hinaus und zeigen einmal mehr, dass politisch-historische Brüche und biographische Einschnitte nicht immer synchron liegen.

Dieser Band versammelt allerdings mehr als nur biographische Porträts aus den Archiven der DDR. Es war Francisca Drechsler wichtig, in den drei

Biographien nicht nur den beruflichen Werdegang ihrer Interviewpartner als Archivarin oder Archivar nachzuzeichnen. Vielmehr ging es ihr erneut darum, in jeder Biographie den ganzen Menschen wahrzunehmen und damit aufzuzeigen, wie bedeutsam und prägend etwa Herkunft und Erleben, Familie und Kindheit für die späteren Wege, das Leben »zwischen Pflicht und Freiheit« und das berufliche Wirken in der DDR waren. Diesem Zweck dienen auch die gemeinsam mit den Porträtpartnern ausgewählten Fotos.

Die individuellen Perspektiven, die die aufgezeichneten Berichte so wertvoll machen, werden bewusst nicht durch einen laufenden Abgleich mit Daten, Fakten und Akten unterbrochen, wie sie sich in den Registraturen der Archive selbst oder Publikationen zur Archivgeschichte der DDR finden. Die Schilderungen reihen sich in diese Überlieferungen ein, bestätigen, widersprechen, erweitern oder präzisieren deren Aussagen, schließen Lücken, stellen neue Fragen. Jede Lebenserzählung ist immer Zeugnis und Ausdruck beider Zeiten, der Erfahrung und der Erinnerung. Diesem Ansatz der Reihe, der in den Einleitungen der beiden früheren Bände bereits ausführlich erläutert wurde, folgt auch der vorliegende dritte Band.

Für einen solchen biographischen Zugang zu den Lebenswegen der Archivarinnen und Archivare der DDR wurde es höchste Zeit. Denn für die Kollegin und die Kollegen, die bereit waren, lange nach ihrem beruflichen Ausscheiden noch einmal rückblickend ihr Leben und archivarisches Wirken zu vergegenwärtigen und sich damit der beanspruchenden Auseinandersetzung mit der eigenen Erinnerung und Geschichte zu stellen, war dies oft eine enorme Anstrengung und Leistung.

Umso mehr danke ich Friedrich Beck, Wolfgang Blöß und Marlies Ross dafür, dass sie den Mut und die Kraft aufgebracht haben, sich dieser Erinnerungsarbeit im Alter noch einmal zu stellen. Und ich danke Frau Francisca Drechsler, dass sie es mit Feingefühl und Respekt, Erfahrung und Ausdauer vermocht hat, diesen wertvollen Schatz der Erinnerungen in vielen gemeinsamen Gesprächen und Interviews zu heben und zu bewahren.

Wir hätten sehr gerne weitere Kolleginnen und Kollegen gewonnen, ihre ganz persönliche Perspektive anhand ihrer archivarischen Biographie aufzeichnen zu lassen und in diesen Band einzubringen. Nicht immer konnten wir begonnene Gespräche abschließen. Oft waren wir wohl einfach zu spät. Meine ganz persönliche Anerkennung gebührt daher vielen weiteren Kolleginnen und Kollegen, auch wenn ihre Namen und Lebenswege hier nicht (mehr) Eingang gefunden haben.

Ein nicht minder großer Dank geht an meinen Amtsvorgänger Klaus Neitmann, der das Lektorat übernommen und damit im Dialog mit Francisca Drechsler einen wichtigen Beitrag zur Abrundung der Texte und zur redak-

tionellen Kontinuität der Reihe geleistet hat. Dem Lukas Verlag und Frank Böttcher danken wir für die erneut wunderbare Zusammenarbeit und die sorgsame Betreuung der Publikation.

Potsdam, im Juni 2025

Mario Glauert

Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs

FRIEDRICH BECK

»Das Archiv breitet sich wie
ein Ölfleck aus«

Lebensbild eines deutschen Archivars und Historikers

Einleitung

Friedrich Beck, Archivar und Historiker, ist nunmehr mein siebter Porträtpartner der biografischen Reihe »Zwischen Pflicht und Freiheit – Lebenswege in der DDR«. Die Reihe widmet sich Menschen jenes Landes und ihren mehr oder minder staatstragenden Funktionen. Das absichtlich außer Acht gelassene Wissen der DDR-Funktionselite lässt das Potenzial der gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse für Gegenwart und Zukunft ungenutzt. Doch anhand ihrer Selbstzeugnisse wird es möglich, über die Gesellschaft, ihre Lebenswelten und Wertvorstellungen Konkretes zu erfahren. Hierbei wird die Rolle des Subjektiven in der Erklärung historischer Prozesse geradezu gesucht. Es besteht die Chance, bislang kaum Dokumentiertes in seiner Wechselwirkung zwischen dem einzelnen Individuum und den bestehenden Strukturen zu erkennen und Muster zu vergleichen.

Das folgende Manuskript über Friedrich Becks Lebensweg basiert auf zehn von mir vorbereiteten narrativen Interviews, die ich bei Margot und Friedrich Beck im häuslichen Umfeld in Potsdam Am Schragen führen durfte. Becks Erinnerungen sind Auskünfte über familiäre, soziale, materielle, berufliche Verhältnisse und kulturelle Praktiken, die unter anderem auch durch mein spontanes Interesse als Forschende geprägt wurden. Im vorliegenden Text folge ich sowohl der Erzähltradition meines Gegenübers als auch meinem Ziel, aus dem großen spannenden Sammelsurium an einzelnen Geschichten einen roten Faden herzuleiten und wesentliche Aussagen herauszukristallisieren. Insofern entstand eine Mischform zwischen Auto- und Fremdbiografie. Das Einverständnis meines Porträtpartners liegt selbstverständlich vor.

Der Aufbau des Textes folgt nahezu stringent chronologisch den Ereignissen, die Erzählform allerdings wechselt. Die Biografie beginnt mit einer sowohl persönlichen als auch geschichtskundigen Berichterstattung über das Hineinwachsen in die Herkunftsfamilie und ihre Verortungen, über die gebotene Schulausbildung, den überaus prägenden Arbeits- und Kriegsdienstesatz im Dritten Reich, die ambitioniert genutzte Studien- und Dissertationszeit, den postgradualen Studiengang und den gleichermaßen enttäuschenden wie anspruchsvollen Berufseinstieg im stark kriegszerstörten Potsdam. Für diese Kapitel konnte ich neben den Erzählungen aus einer an Informationen und Erlebnissen reichhaltigen Familienchronik schöpfen, die Friedrich Beck bereits verfasst hatte und mir vertrauensvoll zur Verfügung stellte. Der Wechsel in eine Position des distanzierteren Beobachters vollzieht sich etwa ab Annahme des Direktorates des Brandenburgischen Landeshauptarchivs in der Mitte

der Fünfzigerjahre, des Amtes, welches Beck rund vierzig Jahre innehatte. Jene stattlichen vier Dekaden Amtsausübung in einem nunmehr de facto verschwundenen Staat sind eine echte Rarität und verlangten bei Rückbesinnung offensichtlich größte persönliche Zurückhaltung. Zum einen sei dies Becks hochsympathischem Charakterzug geschuldet, zum anderen sei es nichts Geringeres als sein damaliger wie heutiger Zwiespalt, in die Pflicht genommen worden zu sein und zum Rückgrat einer sich nicht bewährenden totalitären Gesellschaftsform zu zählen.

In der Wieder-Bewusstwerdung und in der Auferstehung jenes gesellschaftlichen Experiments gab mir Friedrich Beck stets zu verstehen, dass hier keine Biografie eines Widerständlers postum entstehen dürfe, sondern die eines Menschen, der sich anzupassen suchte, weil er seinen Beruf, besser: seine Berufung, hierzulande gefunden hatte. In der ausführlichen Beschreibung aller selbst erlebten Leiter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR gelingt es ihm, einen nachvollziehbaren, ja erschütternden Einblick in die Verhältnisse des Ministeriums des Inneren und der Staatlichen Archivverwaltung, der beiden den Landeshauptarchiven und späteren Staatsarchiven übergeordneten und maßgeblichen Leitungsorgane, zu erhalten, welche den Aufbau eines sozialistischen Archivwesens nach sowjetischem Vorbild auf geradezu stoische Weise charakterisieren. Aber auch die zum Teil historisch gewachsene gegenseitige Bezugnahme der anderen Landeshauptarchive / Staatsarchive in der DDR mit ihren Direktoren wird plastisch. Beck zeigt auf, dass unter bestimmten Bedingungen durchaus eigenständige Entscheidungen getroffen werden konnten, für deren Konsequenzen man einzustehen hatte.

Mit außergewöhnlich diplomatischem Geschick und mit der Unterstützung zuverlässiger Weggefährten navigierte Friedrich Beck »sein Archiv« sowohl strategisch sicher als auch führungskompetent durch sämtliche politisch-gesellschaftliche Fahrwasser und machte es zu dem, was es heute ist: zum Gedächtnis des Landes Brandenburg. Ob unter dem Ministerium des Inneren in der DDR oder nach ihrem Beitritt 1990 unter dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur der Landesregierung Brandenburg angesiedelt – die Bedeutung der Institution spielte und spielt in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle. Wobei die rein wissenschaftliche Arbeit an den Überlieferungen, welche bis in das 12. Jahrhundert zurückreichen, Standardwerke hervorzubringen vermochte und ideologiebefreit in der Fachwelt hohe Anerkennung genießt.

Die Gründe der äußeren Unscheinbarkeit liegen sicherlich im historischen Berufsbild des Archivars selbst: in seiner Zurückgezogenheit, seiner traditionellen Pflicht zur partiellen Geheimhaltung, in beständiger Arbeit mit Vergangenen, Abgeschlossenem. Dies schafft zwangsläufig eine Dis-

tanz zur aktuellen Nachrichtenlage. In unserem kulturellen Gedächtnis hat sich eine Vorstellung vom Archivar verankert, dass der in stiller Stube meist staubige Schrift- und Zeichnungsträger, »Überreste«, begutachtet. Bei der Identifizierung (Quellenkritik) und dem Auffindbar-Machen von den einem Archiv zuwachsenden Quellen müssen Obacht und Akkuratesse walten. Auch dies liegt in der Natur der Sache. Und doch kann Magie entstehen, Archivalien entgegenzunehmen, zu gliedern, zu ordnen und zu verzeichnen. Unter den Archivwissenschaftlern heißt es, dass »Archivare den Historikern das Heu aufstecken«, aus der Tatsache resultierend, nicht jede Überlieferung aufbewahren und zur Verfügung stellen zu können. Archivwürdigkeit zu bestimmen ist unmittelbar vom Staatsaufbau, von der Staatsform abhängig. Staatliche Archive arbeiten behördengebunden und unterliegen hierbei einem steten Wandel: wirtschaftlich und damit gesellschaftlich-politisch. Dies zeigt die folgende Biografie in sehr anschaulicher Weise.

Friedrich Beck unterhielt nicht allein eine Liebesbeziehung mit dem ihm anvertrauten Archiv, sondern auch mit der Historischen Hilfs-, nein, *Grund-*wissenschaft Paläographie – der Lehre von der Entwicklung und den Formen der Schrift in den historischen Quellen – und mit der Ausbildung von Hochschülern seines Fachs. In der gegenseitigen Begeisterung liegt die Kraft, die hat er genutzt. Dieses Geben-Wollen und Geben-Können, mancher verwendet den Begriff vom »Wissen-Teilen«, stellt ein hohes soziales Gut dar. Hierin liegt auch meine stärkste persönliche Faszination in der Begegnung mit Friedrich Beck. Er hat mich teilhaben lassen an seinem Bewusstsein, sich stets als ein Teil eines Ganzen zu begreifen und sein Handeln mit ethischen Maßstäben im Sinne eines humanistischen Menschenbildes zu vereinen.

Francisca Drechsler



Friedrich Beck, Mai 2021 (Foto: Francisca Drechsler)

Vita

20. Juni 1927 Friedrich August Beck wurde von Jenny Beck, geb. Hoffmann, in Untergrochlitz, einem Ortsteil von Greiz, zur Welt gebracht. Vater: Max Beck. Friedrich August Beck ist das einzige Kind seiner Eltern.
- 1933–1937 Besuch der zweiklassigen Volksschule in Untergrochlitz.
- 1937–1944 Schüler am Realgymnasium / Bismarck-Schule, Oberschule für Jungen in Greiz, Abschluss: Reifevermerk/Kriegsabitur.
- 1944–1945 Zum Reichsarbeitsdienst und zur Wehrmacht eingezogen.
- März – Dezember 1945 In US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft.
- 1946 Ablegung der Reifeprüfung an den Vereinigten Höheren Schulen von Greiz.
- 1946–1950 Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Geschichte, Germanistik, Pädagogik. Erste Staatsprüfung für das Höhere Lehramt.
- 1951 Promotion zum Dr. phil. an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- 1951–1953 Postgraduales Studium am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam. Zweite Staatsprüfung zum Wissenschaftlichen Archivar.
- 1953–1956 Wissenschaftlicher Referent am Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam.
- 1953–1957 Lehrbeauftragter an der Fachschule für Archivwesen Potsdam.
- 1953–1958 Lehrbeauftragter/Honorar Dozent am Institut für Archivwissenschaft Potsdam.
- 1956–1993 Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (1965–1991: Staatsarchiv Potsdam).
- 1956–1959 Leiter der Arbeitsgruppe Landesgeschichte des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin.
- 1956–1961 Stellvertretender Vorsitzender der Forschungsstelle für brandenburgische Landesgeschichte beim Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam.
- 1957–1982 Honorar Dozent für Historische Hilfswissenschaften am Institut für Archivwissenschaft, ab 1967 »Sektion Geschichte« im Bereich Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.
- 1981–1990 Vorsitzender der Fachkommission Quellenkunde / Historische Hilfswissenschaften der Historiker-Gesellschaft der DDR.

- 1982–1995 Honorarprofessor für Historische Hilfswissenschaften am Institut für Geschichtswissenschaft, Lehrstuhl Archivwissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.
- 1991–2004 Lehrtätigkeit und Geschäftsführung an der Gemeinnützigen Gesellschaft für Fortbildung und Dokumentation.
- 1993–1994 Vorsitzender des Beirates für Archivwesen beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.
- 1993–2004 Mitbegründer und Sprecher der Fachgruppe Historische Hilfswissenschaften des HEROLD.
- 1994–1997 Professor für Historische Hilfswissenschaften am Fachbereich Archiv/Bibliothek/Dokumentation der Fachhochschule Potsdam.
- 1997–2002 Gründungsvorsitzender der Brandenburgischen Historischen Kommission.
- 2001–2007 Gründungsvorsitzender der Potsdamer Bibliotheksgesellschaft.

Friedrich Beck lebt seit 1994 mit seiner Frau Margot Beck, geborene Heisig, in Potsdam Am Schragen, nachdem sie knapp vierzig Jahre (1955–1994) in unmittelbarer Nachbarschaft zu ihrer Arbeitsstätte in der Orangerie von Potsdam-Sanssouci wohnten. Ihr Sohn Lorenz Friedrich Beck kam 1969 zur Welt und verstarb im Jahr 2013. Alle Familienmitglieder wählten den Beruf des Archivars.

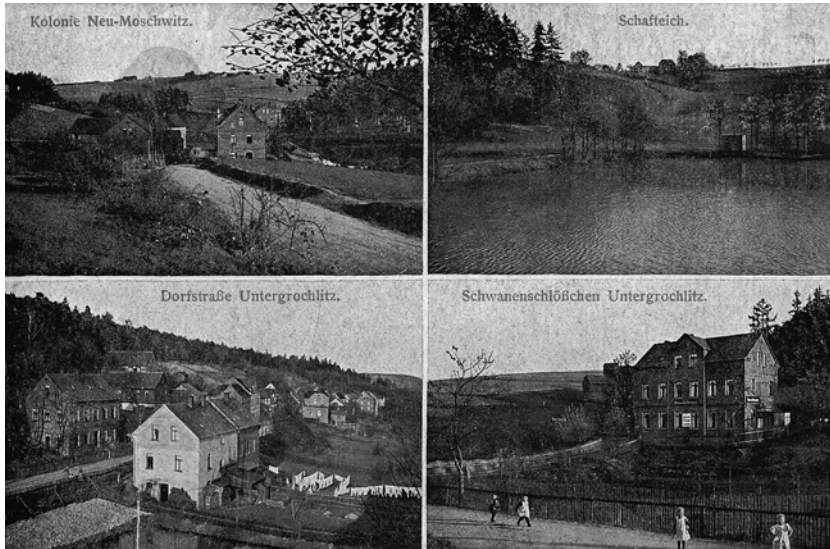
Von der Herkunft und von den Vorfahren

Friedrich August Beck stammt aus dem Vogtland, dem Namen nach das Land mittelalterlicher Vögte. Jene Amtsträger verwalteten das Reichsgut, stiegen dann aber im Deutschen Reich zu souveränen Fürsten auf, wie die der älteren Linie Reuß in Greiz. Die Residenzstadt ist heutzutage trotz der drei Schlösser eine Kleinstadt, aber immerhin ein von der Wirtschaftsgeschichte her betrachtet interessanter Fall. In den damaligen Kleinstaaten Thüringens, anders als in Preußens Gutsdörfern, bildete sich zudem eine starke Geschichtsverbundenheit heraus, die bis in die Familien hineinreichte. Wobei das Vogtland lediglich eine geografische Einheit bildet: den Teil Sachsen mit Plauen, den Teil Böhmen mit Eger (Cheb), den Teil Bayern mit Hof und den thüringischen Kreis um Gera, Greiz und Weida. Es sollte nie zu einer großen politischen Einheit zusammenwachsen.

Im thüringischen Teil kam Großmutter Lina Emilie Beck, geborene Seifert, zur Welt, eine echte Haudegin, die in den Wald ging, um Bäume zu fällen, wenn sie Holz brauchte. Sie erzählte ihrem Enkel immer wieder einmal davon, dass sie vier Kriege miterleben musste: 1866 den Preußisch-Österreichischen, welcher im Jahr ihrer Geburt stattfand, 1870/71 den Deutsch-Französischen, den Ersten und den Zweiten Weltkrieg. Ihre Eltern, Friedrich und Johanna Rosina Seifert, geborene Schubert, wohnten in Pöllwitz, nahe Zeulenroda. Der angesehene Tischlermeister baute seiner Familie ein Haus und führte eine Werkstatt.

Aus Linas Ehe mit Franz Hermann Beck aus dem sächsischen Teil ging 1901 als Zweitgeborener von drei Söhnen Max Albin Beck hervor, Friedrichs Vater. Das Familienoberhaupt erwirtschaftete als einfacher Handwerker nur sehr bescheidene Einkünfte. Die Arbeitsbedingungen waren hart, und die Rezession der Textilbranche, welche Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzte, ließ keinen Spielraum. Infolge der schlechten Ernährung und medizinischen Versorgung verstarb Hermann kurz nach der Geburt seines Jüngsten mit nur 44 Jahren an Tuberkulose. Lina war ab sofort alleinerziehend.

Der heutige Greizer Stadtteil Untergrochlitz hatte einst als Dependence eines späteren fürstlichen Domänengutes nur eine Nebenrolle gespielt. Seine Existenz beginnt mit einer Ziegelhütte, und ab dem 18. Jahrhundert siedelten sich Kleinbauern an. Dennoch wurde Untergrochlitz nie ein Bauerndorf, sondern entwickelte sich innerhalb eines rasanten Aufschwungs der ostthüringischen-westsächsischen Kammgarnwebereien und Färbereien zwischen 1870 und 1900 zu einem Ort mit starker Industriearbeiterschaft. Gewählt hat diese überwiegend sozialdemokratisch.



Postkarte im Auftrag von Großvater August Hoffmann als Werbung für den Ort und das Schwanenschlößchen, um 1912

Die Großeltern mütterlicherseits waren in Untergröchlitz ansässig. Ihre Vorläufer, meist als Häusler und Handweber tätig, lassen sich bis ins 17. Jahrhundert auch in den Nachbardörfern zurückverfolgen. Aus der früh geschlossenen Ehe von Karl August Hoffmann und seiner Frau Ida Emma Hoffmann, geborene Baldauf, gingen – in üblicherweise sehr kinderreichen Familienzeiten – lediglich zwei Töchter hervor. Die ältere von ihnen, Jenny Klara, erblickte 1896 das Licht der Welt. Diese Umstände hatten beiden Ehepartnern ermöglicht, sich in der Greizer Textilindustrie zu verdingen und vom Lohn, Talerchen auf Talerchen zur Seite legend, vor 1900 ein kleines Kapital anzusparen.

Ein Jahr nach Jennys Geburt nahmen die Hoffmanns ihr kleines Kapital und einen ziemlich großen Kredit bei der Bank auf, den sie dann ihr Leben lang abbezahlen mussten. Sie kauften ein Gasthaus in Untergröchlitz, wobei es schon zwei von bäuerlicher Hand geführte, konservative, traditionelle Gasthöfe im Ort gab. August Hoffmann nannte sein neues Domizil »Restaurant«, eine der üblichen französischen Bezeichnungen, die allerdings während des Ersten Weltkrieges als »feindliches Gedankengut« wie »Adieu« oder »Trottoir« abgeschafft wurde. Das Restaurant lag an einem Teich mit Schwanenpaar, was den Ausschlag gegeben hatte, es etwas überhöht »Schwanenschlösschen« zu nennen. August Hoffmann baute auch ein Café und einen Biergarten für die bürgerliche

Greizer Bevölkerung aus, welche regelmäßig sonntägliche Spaziergänge in die Umgebung unternahm. In der Gastwirtschaft stand dem sozialdemokratischen Ortsverein, dessen Vorsitzender er Anfang der Zwanzigerjahre war, nun auch ein eigenes Parteilokal zur Verfügung. Und für damalige Verhältnisse schaffte er moderne Attraktionen zur Unterhaltung der Gäste an, zum Beispiel ein Billardspiel und Musikinstrumente, darunter ein Klavier, auf dem Friedrich später spielen lernte. Und weil die Winterzeit nicht so viele Gäste brachte, rang er sich durch, zweifacher Unternehmer zu werden. Er gründete und baute eine eigene Stickerei, die kleine Spitzenprodukte der Plauerer Spitzenindustrie zulieferte. Damit waren sie finanziell abgesichert.

Die Eltern

Tochter Jenny hatte im jugendlichen Alter einige Brautwerber zu verzeichnen, doch ihre Wahl – wohl nicht ganz zur Begeisterung ihrer Mutter – war auf den lebenslustigen und als etwas leichtfüßig geltenden Max Beck gefallen, auf den handwerklich begabten, ideenreichen Nachbarssohn, dank seines gewinnenden Aussehens und Auftretens. Die Hochzeit fand am 22. August 1922 in der Kirche des Kirchdorfes Caselwitz und in der brautelterlichen Gastwirtschaft statt.

Max war im Krieg zum Eisendreher in der Rüstungsindustrie ausgebildet worden. Nach Kriegsende 1918 stand er vor dem Nichts. Aus der Not heraus lernte er das Weben, »mechanisch Machen«, wie es ortsüblich hieß, und Jenny nähte als Weißnäherin. Ihre Ehe begann in der Zeit der Inflation, eine Zeit sehr harter Bandagen. Aussichten, einen normalen Lebensunterhalt erwirtschaften zu können, gab es kaum. Max erinnerte sich, dass schon vor den Kriegsereignissen einige junge Menschen, zum Teil Verwandte, aus dem Ort nach Amerika ausgewandert waren. Ein Entschluss wurde gefasst: »Wir wandern auch aus!« Der Pass wies sie sogar noch als Bürger des nunmehrigen Freistaates Reuß aus.

Das »Steam Ship President Fillmore« – als Reparationsleistung an die Alliierten nun ein Dampfer der »United State Lines« – legte am 15. April 1923 vom alten deutschen Auswandererhafen Bremerhaven ab. Nach einer rund zweiwöchigen Überfahrt nur mit Himmel und Wasser aber mit bester Verpflegung und Unterkunft an Bord sowie nach Ankunft in New York ging es weiter Richtung Garfield im US-Bundesstaat New Jersey. Der Bruder Linas und seine Frau übernahmen die geforderte Bürgerschaft, halfen bei den Einwanderungsformalitäten, Übersetzungen und empfingen das junge Paar auch ansonsten herzlich. In Passaic / New Jersey fanden die jungen Becks in einem



Jenny und Max Beck vor ihrer Auswanderung im Zuge der Inflation nach Amerika im Frühjahr 1923



Jenny und Max Beck in New Jersey, Passaic, 1924

der ehemaligen Filialbetriebe der Greizer Webereien »Botany Worsted Mills« rasch Arbeit. Innerhalb kurzer Zeit verdienten sie so viel Geld, dass sie aufgrund des unglaublichen Dollarkurses von 1 : 4,2 Billionen Mark bereit waren, die Schulden, welche auf dem Schwanenschlösschen lagen, zu tilgen. Doch die alten Hoffmanns wollten davon nichts wissen: »Ihr jungen Leute, behaltet euer Geld für euch!« Ja, wenn manches vorhersehbar wäre! »Die jungen Leute« haben später und bis fast an ihr Lebensende die Schulden dann doch noch abgestottert. Während sich der unternehmungsfreudige Max Beck rasch einlebte, litt die familien- und heimatverbundene Jenny unter Heimweh. Sie sorgte sich auch um den Gesundheitszustand ihrer Eltern, insbesondere um den ihres Vaters, der schwer krank am Herzen war. Ihre zwei Besuche zu Hause haben es ihr nicht leichter gemacht, im Gegenteil. Weihnachten 1925 verstarb er. Emma folgte ihm nach Ostern 1926. Was tun? Überstürzt packte das Paar persönliche und für damalige Verhältnisse hochmoderne Dinge wie eine versenkbare Singer-Nähmaschine in eine Schiffsbox und kehrte damit nach Deutschland zurück. Die Übernahme des »Schwanenschlösschens« beendete den amerikanischen Lebensabschnitt und schlug unerwartet ein gänzlich neues Kapitel auf.

Kindheitserinnerungen im Schwanenschlösschen und in der Dorfschule (1927–1937)

Die Eltern in spe standen nun vor der Aufgabe, dieses Restaurant zu bewirtschaften, wobei ihnen jene Zeit einsetzender Konjunktur, die bis zur großen Weltwirtschaftskrise im August 1929 andauerte, entgegenkam. Max Beck renovierte das Haus, plante das Vorgelände für einen Sommergästegarten, pflanzte Hecken, Sträucher und Blumen an. Seine Bemühungen, etwas von Welt ins Dorf zu bringen, trugen ihm den Spitznamen »dor Lord« ein. Jenny Beck gelang es, während sie um den Verlust ihrer Eltern trauerte, mit Sauberkeit und vorzüglich zubereiteten vogtländischen Gerichten rasch Gäste aus dem Greizer Bürgertum anzulocken.

Am 20. Juni 1927 erblickte ihr einziges Kind Friedrich August Beck bei einer Hausgeburt das Licht der Welt. Mit dem Einzug des »kleinen Fritz« gesellte sich zur arbeitsreichen Geschäftstätigkeit nun eine neue zu meisternde Aufgabe. Bald darauf fand die Taufe in der Caselwitzer Kirche statt. Drei Paten, stolze Eltern und Großmutter Lina umhegten fortan das liebe Kind. Lina machte sich zur Entlastung der beschäftigten Eltern mit ihrem Enkel später auch auf den Weg, um die ganze Verwandtschaft in der Gegend zu besuchen, erst zu Fuß, dann per Bahn und nachher auch mit dem einzigen im Dorf vorhandenen

Auto. Am Erkerfenster des Wohnzimmers befand sich ihr Lieblingsplatz zum Lesen von »Hauffs Märchen« und zum Spielen. Da Mutter und Vater Kriegsspielzeug verabscheuten, schenkten sie ihrem Sohn Natur und Umwelt darstellende Dinge. Er erhielt einen Tiergarten mit traditionellen erzgebirgischen aus Holzreifen gefertigten Tieren, in welchem einheimische Wald-, aber auch Nutztiere enthalten waren. Um in fremde Welten einzuführen, kamen dann peu à peu afrikanische Besonderheiten wie Affen, Elefanten, Löwen und Tiger, Palmen hinzu, diese allerdings aus Kunststoff. Damit die Exoten nach Deutschland verfrachtet werden konnten, gab es eine kleine Spielzeugeisenbahnanlage. Mit derlei Dingen waren die langen Winternachmittage der Kindheit prächtig ausgefüllt.

Während Friedrich in geordneter Umgebung zum Jungen heranwuchs, hatte eine hohe Erwerbslosigkeit das Land im Griff. Man zählte etwa sechs Millionen Arbeitslose in dem damals sechzig Millionen Menschen fassenden deutschen Volk. Dies zeigte sich auch in den vogtländischen Industriearbeiterorten sehr deutlich, die Webereien liefen nur noch unter Sparmaßnahmen, man ging wöchentlich »stempeln«. In Friedrichs frühen kindlichen Erinnerungen standen hin und wieder Grüppchen von Arbeitern in der Gaststätte herum und warteten auf den sogenannten Bierverleger, einen Angestellten aus der Brauerei, welcher gefahren kam und »Greizer Urbräu« brachte. Nach dem Abkassieren des Gastwirtes wurde von selbigem einem jedem der Anwesenden ein Freibier spendiert. Eine Fotografie belegt, wie sich ein paar junge Kerle um die Stammgäste gepaart hatten und man sich gegenseitig auf seine Not zuprostete. Die Eltern bekamen die finanziellen Schwierigkeiten direkt zu spüren, denn kaum einer konnte sich noch eine Mahlzeit im Hause leisten oder den Wurst- und Fleischverkauf vom wöchentlichen Schlachten bezahlen – das Angeschriebene wurde nie getilgt. Noch heute liegen ein paar Mahnungen an die Säumigen im Familienarchiv, da es Jenny nicht übers Herz gebracht hatte, die entsandten Kinder mit leeren Händen wieder fortzuschicken. Doch die wirtschaftliche Lage spitzte sich derart zu, dass die Becks ab 1932 in die Greizer Kammgarnwebereien in Stellung gehen und das Gaststättenleben vorerst aufgeben mussten.

Sie verpachteten das Schwanenschlösschen an einen während der Krise in Konkurs geratenen treuen Parteigenossen der NSDAP, einen schwergewichtigen versierten Fleischermeister, zu dem sie gute Beziehungen pflegten. Er hielt das Restaurant während der nationalsozialistischen Jahre gut auf Touren. Mit seinen steigenden Einnahmen und Jennys Sparsamkeit konnte der Familienhaushalt konsolidiert werden. Sie zogen in eine kleine arrangierte Wohnung im Haus und kampierten recht und schlecht in Wohnstube und Schlafkammer. In der Küche, in der man sich eigentlich immer aufhielt, stand ein dreistöckiger eiserner Ofen: Im untersten Fach wurde gekocht, in

der Mitte gebacken, und oben stand die nie versiegende Kanne Muckefuck, welche zu den Mahlzeiten gereicht wurde. Im Herbst und Winter spielte der Sohn mit seinen Freunden und Verwandten in der Diele. Als Friedrich zur Schule kam, wurde er schließlich in eine kleine Kammer mit zwei Dachfenstern »verfrachtet«, auf denen, wenn es regnete, der Regen trommelte. Im Winter verwandelten Schneehäubchen das Licht in Dämmerung. Seine kleine eigene Bleibe gefiel dem Jungen. Das nun stark beschnittene Lebensniveau – Mutter buk und briet mit »amerikanischem Affenfett«, mit billigem Schmalz aus den USA, und es gab in der Woche Hering und Kartoffelbrei, also recht einfache Gerichte – war dem Heranwachsenden keine Bürde, es war einfach so. Gespart wurde im Beckschen Haushalt auch an der Kleidung. Es wurde alles selbstgeschneidert und ausgebessert. Die Hosen aus den einstigen feldgrauen Militärklamotten von Großvater August scheuerten und kratzten wie Schweineborsten, ähnlich Großmutter gestrickte Wollstrümpfe. Ganz besonders preiswerte Schuhe mit Krepptsohlen wurden von der tschechischen Firma Bata besorgt.

Friedrich bemerkte, dass eine gewisse Spannung in seinem Heimatort bestand. Sie betraf zum einen die konservativen Kleinbauern auf ihren zwei, drei Bauerngütern mit etwa fünfzehn bis zwanzig Morgen Land, die ihre Felder bestellten und Tiere betreuten, und zum anderen die der Sozialdemokratie zugeneigten Industriearbeiterfamilien, welche ihnen zum Teil dabei behilflich waren und als Gegenleistung Winterkartoffeln und andere Lebensmittel erhielten. Während es im Schwanenschlösschen bekanntermaßen sozialdemokratisch zugeing, waren Wirte und Gäste der beiden anderen Gastwirtschaften in Untergrochlitz nationalsozialistisch eingestellt. Einer der Gastwirte hatte es sich nicht nehmen lassen, dem »Guten Tag!« grüßenden Max Beck auf seinem Gang zur Arbeit mit Mütze und offenem Hemd feindselig zu entgegnen: »Na, dir bringen wir das Heil-Hitler-Grüßen schon noch bei!« Es gab aber auch tätige Kontoristen und Beamte mit Schlips und Kragen bei Post und Bahn, die ein recht gesichertes Leben führten und ihrer Familie Zweifamilienhäuser bauten: eine Wohnung für sich und eine zum Vermieten, damit die Kreditaufnahmen verzinst werden konnten. Die unterschieden sich natürlich von den eng bewohnten Mehrfamilienhäusern der Arbeiterschaft. Die soziale Teilung blieb verdeckt, wenn traditionsgemäß bei Trauerfeiern und Hochzeiten ausnahmslos alle Untergrochlitzer Männer in Gehrock und mit Zylinder erschienen.

Jene Gesellschaftsunterschiede wurden auch in der Dorfschule mit nur einem Klassenzimmer augenscheinlich, in die Friedrich am 24. April 1933, nach Ostern des Jahres, dem damaligen Schulbeginn, mit fünf und dreiviertel Lebensjahren eingeführt wurde. Der Vater hatte auf dem zeitigen Start bestanden:

Man könne nie früh genug anfangen! Manche Schüler kamen zum Unterricht barfuß oder in Holzpantinen, andere in gutem Lederschuhwerk. In Friedrichs Zuckertüte befanden sich rare Köstlichkeiten wie Apfelsinen, Bananen, Feigen, Datteln, Schokolade, Puffreis und Mutters selbstgebackene Kekse; im Lederranzen das Federkästchen, Brotbüchse, Schiefertafel mit Kreideschwamm und Trockenläppchen. Mit dem Erlernen des Schreibens in Sütterlinschrift, des Lesens und Rechnens auf langen grün gestrichenen Viersitzer-Bänken ging es los. Diese Zweiklassenschule – man lernte darin von der ersten bis zur vierten und von der vierten bis zur achten Klasse – war seinerzeit eine von Hundertrausenden in Deutschland. Sie existierten nicht nur in Hinterpommern, Ostpreußen und Oberbayern, nein, auch in industriell erschlossenen Gebieten wie Mitteldeutschland, Baden und Württemberg und im Rheinland. Die Klasse des Schuljahres von Friedrich Beck bestand aus vier Jungen. Die ABC-Schützen rückten gegen 11 Uhr an und saßen in der sogenannten Spätschule, die etwa zwanzig Schüler fasste, die ganze Schule zählte vielleicht vierzig. Am Ende des ersten Schuljahres konnten alle schreiben und lesen.

Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang bleiben, dass Albin Dietel, Lehrer an jener Schule und Patenonkel von Friedrich, sich für die Entwicklung des ihm anvertrauten Jungen redlich engagierte. Seine Frau Eva hatte er während des Ersten Weltkriegs kennengelernt, während sie als Krankenschwester den Verwundeten versorgt hatte. Sie entstammte dem pommerschen Uradel, war eine geborene von Natzmer. Nachdem sich beide ineinander verliebt und geheiratet hatten, führten sie das Leben eines einfachen Lehrerehepaars in Untergröchlitz.



Friedrich Beck, »der kleine Fotostar«, 1930

An der Oberschule in Greiz, Schulzeit im Krieg (1937–1944), das besondere Jahr 1941

»Du wirst etwas Besseres – du wirst einmal Lehrer werden!« Dass zum Lehrer-Werden das Ablegen des Abiturs und ein Studium gehört, war seinerzeit, als dem Vater selbst daran gelegen war, den Beruf zu ergreifen, noch nicht üblich. Denn dieses kleine Fürstentum Reuß hatte für seine wenigen Dörfer und Städte eine eigene Lehrerausbildungsstätte eingerichtet, ein sogenanntes Seminar, in dem auch Friedrichs Lehrer und einer seiner Hochschullehrer ausgebildet worden waren. Absolventen in Musik wurden sowohl als Pädagogen als auch als Kantoren in den örtlichen Kirchdörfern eingesetzt. Nach dem Ende des Fürstentums wurde dieses Seminar in den 1920er-Jahren stillgelegt.

Zum Besuch eines Gymnasiums oder einer Oberschule in Greiz brauchte es den finanziellen Unterbau, es musste Schulgeld bezahlt werden. 1875 als »Höhere Schulanstalt«, als Eliteschule für Söhne des nationalliberalen Greizer Bürgertums, gegründet, diese wurde ab 1939 in »Bismarck-Schule, Staatliche Oberschule für Jungen« umbenannt. Von der Sexta bis zur Oberprima lernten damals etwa 450 Jungen, die von rund fünfundzwanzig samt und sonders männlichen Pädagogen unterrichtet wurden. Eine bestandene Aufnahmeprüfung in Mathematik und Deutsch war Voraussetzung. Direktor, Oberstudien- und Studienräte, Studienassessoren und Oberlehrer genossen uneingeschränkten Respekt und legten den Grundstein für die Autoritätsgläubigkeit ihrer Schüler. Zum Teil bestand der Lehrkörper aus Wissenschaftlern ohne pädagogische Ausbildung.

Mit dem Schulbesuch des riesig erscheinenden Gebäudes in der Stadt war neben dem neuen gehobenen Bildungsniveau, welches in Spezialkabinette für Physik, Chemie und Biologie, in Musik- und Zeichenunterricht einführte und die Zahl der Unterrichtsstunden deutlich erhöhte, auch eine örtliche Veränderung verbunden und damit ein Schulweg von etwa einer Stunde bei Wind und Wetter auf sich zu nehmen. Bei letzterem drückte die fürsorgliche Mutter ihrem Sohn dann einen Regenschirm und aus amerikanischen Tagen stammende Gummigaloschen in die Hände, der diese jedoch mit Befremden sowie eine Blamage bei seinen Schulfreunden und Kameraden im Jungvolk scheuend lieber am Dorfausgang in einem Rohr vom Schnittgerinne versteckte. Seine Lehrer sorgten sich hie und da: »Na, Beck, bist du wieder nass geworden? Zieh mal aus und leg die Sachen auf die Heizung!«

1937 hatte Friedrich Beck seine Oberschulbildung begonnen. Ein Jahr später wurde die ursprünglich dreizehnjährige Schulzeit um ein Jahr verkürzt, da Hitler aus heute bekanntem Grund rascher Ausgebildete zum Offiziersdienst heranziehen wollte. Der liberale Direktor, Oberstudiendirektor Dr.

Walter Liebe, wurde in eine Kleinstadt versetzt. Statt seiner waltete im Amt das NSDAP-Mitglied Oberstudiendirektor Hans-Georg Nungeßer aus Hessen, ein ehemaliger Korpsstudent mit Schmissen auf den Wangen, zudem Weltkriegsoffizier in Kämpferpose. Der erste Klassenlehrer, Dr. Bierendempfel, ein Sozialdemokrat, wurde bald strafversetzt. Als 1937 die NSDAP den Aufnahmestopp für Mitglieder aufhob, trat – bis auf zwei alte Realschullehrer kurz vor der Pension – der gesamte Lehrkörper in die Partei ein. Darunter viele Konservative aus echtem Schrot und Korn. Die Jüngeren unter ihnen, Studienassessoren, wollten Karriere machen. Sie unterrichteten zum Teil in Sport, Geschichte und in Deutsch, wobei auch ihr ideologischer Hintergrund spürbar wurde.

Studienrat Wilhelm Bastiné – ein Hugenottenabkomme und langjähriger Klassenleiter – lehrte ganz in der Auffassung der »humanistische Schule«: eine umfassende Bildung mit den Sprachen Latein und Altgriechisch als einer der Grundlagen europäischer Kultur. Sein Spitzbärtchen erinnerte an die von russischen Akademikern, sein Hitlergruß kam mit leicht erhobener Hand. Hingegen war Dr. Alfred Hornbogen, Nordistik-Fachmann und Kenner der Edda, deren Stoff er seinen Eleven charismatisch vermittelte, sogenannter Gauredner der NSDAP in Thüringen. Im Fach Geschichte wurden Themen wie »das Heldische« und »der Wehrgedanke« behandelt. Im Laufe des Krieges hatte Hornbogen sein Redneramt niedergelegt, auch seine Einstellung zur Rassenlehre änderte sich. Vielleicht waren es »tiefere Einsichten« in gesellschaftliche Vorgänge, welche seine Vorstellungen und Erwartungen in ihr Gegenteil verkehrten. Friedrich Beck verehrte ihn und führt sein späteres Berufsziel durchaus auf ihn zurück.

Die Bevölkerung wollte indes die angelaufenen Kriegsvorbereitungen kaum wahrnehmen. Man feierte den Autobahnbau als vermeintliches Wirtschaftswunder, unterstützte die Bestrebung, von internationalen Importen unabhängig zu werden, ignorierte die Aufrüstung. »Einen Volkswagen für jeden« – in Wolfsburg entwickelte man jedoch keinen privaten K(raft)-d(urch)-F(reude)-Wagen, sondern militärische Geländefahrzeuge. Nach dem vollständigen Zusammenbruch des Reiches verloren die Anrechtsscheine der rund dreihunderttausend Sparer ihren Wert, doch der Grundstein des VW-Werkes konnte durch die Spareinlagen 1938 gelegt werden. Die errungene wirtschaftliche Stabilität brachte eine gewisse soziale Sicherheit und ließ den Enthusiasmus für »den Führer« wachsen. Für die männlichen Jugendlichen waren inzwischen eine Segelflug- und Kradfahrer-Ausbildung vorgesehen, die auch auf einem Übungsgelände in der näheren Umgebung stattfanden, sowie theoretische und praktische Übungen zum Luftschutz mit »Volksgasmasken«. Sie entrümpelten Dachböden, übten Verdunkelungen. Abenteuerliche Zeltlager, Geländespiele

mit Mutproben, Zweikämpfen und Kompass in der organisierten Jungvolk-Freizeit setzten die gezielte Ausbildung auf vormilitärischem Gebiet fort. Die Becks hatten ihrem begeisterten Sohn hierfür eingeschärft: »Übernimm keine Führungsposition!«, obwohl ihm eine solche sehr reizvoll erschien. Im Land wurden »Staatsreserven« von Lebensmitteln gebildet.

Nach der Rückkehr des Saarlandes 1935, nach der Besetzung des Sudetengebietes im März 1938 und dem »Anschluss« Österreichs im November 1938, der Besetzung der Tschechoslowakei und der Bildung des »Reichsprotectorates Böhmen und Mähren« im März 1939, nach der Reichskristallnacht im November 1938 entfesselte Hitler im September 1939 den Zweiten Weltkrieg. Das beeindruckte die vom »Schandvertrag Versailles« gedemütigten Deutschen, zog aber auch umgehend Folgen wie Lebensmittelrationierungen und Mobilmachungen nach sich. Max Beck war schon im Sommer 1939 knapp vierzigjährig als Funker der sogenannten Luftnachrichten, zunächst in Thüringen, einberufen worden. Damit wusste man den aktiven Sozialdemokraten in der Wehrmacht unter Aufsicht.

Auch in der Schule nahm man Bezug auf die Kriegsereignisse in Form eines Gedenkortes. In der Aula war eine Nische in spätbarocker Form als Schrein eingerichtet worden, in dem ein stilisiertes Buch lag, welches die Namen der etwa vierzig im Ersten Weltkrieg Gefallenen der Schule, Schüler oberer Jahrgänge, enthielt. Eines Tages im Herbst 1939 war es verschwunden. Stattdessen wurden links und rechts des Lehrerzimmers zwei große Ehrentafeln für die Opfer des Zweiten Weltkrieges aus Holz angebracht. Die Tafeln füllten sich jedoch im Laufe der Zeit derartig rasch, dass sie bald voll beschriftet waren und man die Inschriften schließlich einstellte.

Interessanterweise wurde ab 1940 der Religionsunterricht eingestellt. In Friedrichs Zeugnisheft steht anstelle einer Note hinter dem Fach Religion ein Kreuz als Hinweis zu einer Anmerkung. Weiter unten kann man hinter dem Kreuz lesen: »Hat aus kriegsbedingten Gründen nicht stattgefunden.« Religionsersatz war die schon kurz erwähnte, mit Symbolen und Kulturen aufgepfropfte »Rassenkunde des deutschen Volkes« vom Sozialanthropologen Hans Friedrich Günther, Anfang der Zwanzigerjahre erstveröffentlicht. Ab 1933 war sie zum Schulpflichtfach erhoben worden. Seinerzeit an der Oberschule lehrte sie ein junger Studienrat aus Mähren, ein NS-Sympathisant, der »ins Reich« gekommen war und Dr. Hurka hieß. Seine Ausführungen über »schöne nordische Schädel« wurden jedenfalls mit großem Interesse verfolgt. Der alte berühmte »Schmeil«, das Naturkundelehrbuch, war nun auf »Rassenkunde« geeicht, und die Geschichtsbücher trugen Titel wie »Vom Volk-Werden der Deutschen«. Von nun an gab es nichts mehr international Verbindliches zu hören. Unter Ausgrenzung von Juden, Bolschewisten, Zigeunern und

anderen Feindbildern baute man am »völkischen Geschichtsbewusstsein«. Hierfür dienten Unterteilungen in die »nordische«, »fälische«, »dinarische« und »ostische Rasse«. Jeweils ein Vertreter des Typus wurde leibhaftig in der Schulstunde nach vorn zitiert und auf das Podium zur Anschauung aufgestellt. Friedrich galt nun als »ostisch«: rundköpfig, mit kurzem Hals, vereinsliebend, »einen Dunstkreis um sich verbreitend«, »für Leitung und Führung empfänglich«. Es hieß, der »ostische Typ« sei »nicht geschichtsfördernd«, getreu dem Motto: »Männer machen Geschichte und Rassen entscheiden über den Geschichtsverlauf«, was ihn unangenehm berührte. Ein grundsätzlich erwünschtes »völkisches Gemeinschaftsgefühl«, welches durch das Tragen von dunkler Kleidung beziehungsweise des Braunhemdes begünstigt wurde, stellte sich durchaus ein. Friedrich fühlte sich weder abgeschottet noch diskriminiert.

Jedoch das soziale Umfeld sollte sich während seiner gymnasialen Zeit stark verändern. Eintragungen im Klassenbuch betrafen auch die Berufe der Eltern aller Oberschüler. In der Regel war notiert: »Fabrikant«, »Arzt«, »Beamter«, »Studienrat«. Das Bürgertum besaß noch aus der Hochkonjunktur der Greizer Textilindustrie in der Kaiserzeit ehrfurchtgebietende Villen nebst Dienstpersonal sowie Standesbewusstsein. Viele Jahre lang saß Friedrich neben Helmut Berthold. Er war der Sohn einer Greizer Fabrikantenfamilie, Besitzer einer der ersten Webereien, die bereits in den 1860er-Jahren mechanische Webstühle aufgestellt hatte und deren Stammbaum weit zurückreicht. Bei einer Rückverfolgung stößt man auch unweigerlich auf Georg Nusch, den berühmten Bürgermeister von Rothenburg Ob der Tauber, der die Stadt während des Dreißigjährigen Krieges mit einem Meistertrunk vor der Besetzung bewahrte. Vor Besuchen von Feierlichkeiten seines Freundes im Hause der Frau Fürstlicher Geheimrat Nusch wurde Friedrich von der Mutter angehalten, sich stets zuvorkommend und höflich zu verhalten, was sogar zur »Einübung eines Dieners« und zu einem strikten Verbot führte, den Kuchen landesüblich zu »ditschen« (tunken). Bei geburtstäglichen Gegeneinladungen nach Untergrochlitz fanden die mütterlich großzügig bestückten Wurstbrote als auch ihr legendärer Obstkuchen reißenden Absatz. Die Zahl der Gratulanten nahm vor allem nach Einführung der Lebensmittelkarten merklich zu.

Friedrich war vielseitig interessiert, las gern, lernte gern und wies gute Noten auf, was bei dem ein oder anderen Mitschüler durchaus Neid auf »den Streber« erregte, doch die erzielten Ergebnisse waren notwendig, um Ermäßigungen von Schulgeld beantragen zu können, was 220 RM im Jahr betrug. Zumeist wurde die Hälfte davon staatlich subventioniert, und als der Vater Kriegsteilnehmer wurde, wurde die volle Summe erstattet. Aufgrund des im Folgenden beschriebenen familiären Einschnitts ließen die schulischen Leistungen nach.

Die elterliche Gaststätte fiel 1941 nach dem überraschenden Tod des Pächters wieder in die Verantwortung der Eltern, insbesondere in die der Mutter. Sie war im Dorf eine Respektperson, weil sie Mitmenschlichkeit und Solidarität praktizierte, was ihrem evangelisch-lutherischen Glauben entsprach. Wenn jemand Sorgen hatte, kam er schon mal zur Gastwirtin, um seine Seele zu entlasten. Jenny Beck vermisste ihren »Selfmademan«, wie sie ihn nannte. Nur zur regulären Übernahme des Schwanenschlösschens ein Jahr später und für ein paar Kurzbesuche erhielt ihr Ehemann Urlaub. Ab jetzt hatte Beck Junior mit Unterstützung seines Onkels Martin Baldauf an Vaters Stelle wirtschaftliche Aufgaben zu übernehmen. Das fing beispielsweise bei der Entgegennahme der Getränkelieferungen an – damals kamen die großen 30-, 50-, 100-Hektoliter-Bierfässer noch per Pferdegeschirr –, setzte sich mit dem Anstechen der Fässer im Keller fort und endete mit dem Führen der obligaten Wareneingangs- und Warenausgangsbücher. Handwerkliche Hilfsarbeiten bei den Schlachtfesten oder bei der Verschönerung des Vorgartens war er sowieso schon gewohnt. Der Obstgarten bot sich an, in die Pomologie, in die Obstbaukunde – eine Passion, die ein Leben lang andauern sollte – vom Onkel eingeführt zu werden, ebenso in das sachgerechte Einlagern von Kernobst. Körperliche Arbeit hieß aber auch, an Waschtagen von der Pumpe im Garten etwa zwanzig Eimer Wasser für Mutters Kessel im Waschhaus und die hölzernen Waschwannen heranzuschleppen. Schließlich waren noch Dienste in der verräucherten Gaststube zu tätigen und an obligaten Skatrunden der Sozialdemokraten bis Mitternacht teilzunehmen. Am nächsten Tag in der Schule wurde neben einer chronischen Müdigkeit auch der sich in der Kleidung festgesetzte Geruch rasch ausgemacht und von den Mitschülern erstaunt zur Kenntnis genommen, was dazu führte, ein Leben lang keine Zigarette anzurühren.

Friedrichs Konfirmation fand im April 1941 statt. Die Radiomeldung vom Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion kam am 22. Juni, an einem Sonntag. Friedrich war noch nicht aufgestanden und dachte sich: »Dann haben wir den Krieg verloren.« Es stieg Angst in ihm auf, Angst vor einem Zweifrontenkrieg und vor dem »bolschewistischen Dämon« eines so riesigen Landes.

Den Großteil seines Einsatzes verbrachte der Vater in Russland, zwar nicht an der Front, sondern in Minsk beim Luftgaustab Ost der Luftwaffe. Obwohl Max Beck nicht kochen konnte, weil dies Jennys unangefochtene Domäne war, hatte er sich sofort nach der Grundausbildung als »Küchenbulle« gemeldet – für einen Gastwirt durchaus verständlich. Er verstaute seine Flinte in gut geöltem Pergamentpapier unter der Plane seines Küchenwagens. Mit außerordentlichem Glück musste er die Waffe nie gegen einen Gegner erheben, worum ihn später Friedrich beneidete. Max schrieb seiner Frau Briefe, die auch



Festgesellschaft zur Konfirmation von Friedrich Beck vor dem Eingang zum Schwanenschlößchen; hinten links: Martin Baldauf, Albin und Volker Dietel, Klara Baldauf, Mitte: Friedrich Beck, Klaus Dietel, Großmutter Lina und Jenny Beck, vorn: Brigitte und Tante Erna

Verhaltensregeln für den inzwischen Pubertierenden enthielten, der umgehend sämtliche eintreffende Vater-Post neugierig öffnete. Weder Briefe noch die raren Kurzbesuche während seines Aufenthaltes in den Städten Roubaix und Rennes in Nordfrankreich 1940/41 konnten das Manko alltäglicher Nähe mildern.

Nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 und den anglo-amerikanischen Bombardements auf deutsche Städte nach der Katastrophe von Stalingrad im Januar 1943, welche Friedrich in einem Wehrrtüchtigungslager im tief verschneiten Thüringer Wald erlebte, und nachdem Joseph Goebbels im Februar 1943 den »Totalen Krieg« proklamierte, verschärfte sich die Lage. Besonders ab 1944 verdichteten sich erste Anzeichen für den Heranwachsenden, dass Kriegsverwundete wie Einheimische bedrückt ihre Ernüchterung über den Krieg bis hin zu seiner Ablehnung mehr oder weniger offen zeigten. All dies fand sein Spiegelbild im täglichen Schulbetrieb. Es trafen erschreckende Nachrichten über gefallene Mitschüler ein. Die zusammengeschmolzenen Klassen wurden zusammengelegt. Auch das Lehrerkollegium war inzwischen stark dezimiert. Es folgten »Kriegshilfeinsätze« in Form von Altmaterialsamm-

lungen. Die Jungen der Hitlerjugend exerzierten und übten am Infanteriegewehr Karabiner 98, MG 32, das Schießen.

Im November/Dezember 1943 fand für Friedrich Becks Jahrgang die Musterung zur Wehrfähigkeit in »Grimms Lokal« in Greiz statt. Die Jungen wurden im Adamskostüm an der Kommission vorbeidefilierend gemessen, gewogen, eingeschätzt, hatten politische Fragen zu beantworten. Friedrich und alle anderen wurden als »kv«, als kriegsverwendungsfähig, bewertet. Am Ausgang des Saales warteten Posten der Waffen-SS. Ihre drängenden Werbungen gingen rasch in Beschimpfungen und Drohungen über: »Ihr Feiglinge!« »Ihr Vaterlandsverräter!« Eine erzwungene »Bedenkzeit« von mehreren Stunden im Keller des Gasthofs zeigte bei manchem ihre Wirkung, wobei sich Friedrich, der die elterlichen Warnungen verinnerlicht hatte, auf diese Weise nicht erpressen ließ.

Mit einem Mal erwachsen: Im Reichsarbeitsdienst, auf Tuchfühlung mit der Roten Armee; Soldat in der Wehrmacht, in amerikanischer Kriegsgefangenschaft (1944–1945)

Am 10. August 1944 kam die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst. An dieser Stelle fand die Oberschulzeit mit einem »Reifevermerk« und einem Notabiturschein ihr vorzeitiges Ende. Im Reichsarbeitsdienst arbeiteten zu Friedenszeiten vorwiegend männliche Jugendliche pflichtgemäß als billige Arbeitskräfte im Straßenbau, bei Meliorationen und in der Landwirtschaft. Im Krieg nutzte die Organisation ihre Weisungsbefugnis zur vormilitärischen Ausbildung. Nach einer abgesicherten Kindheit und Jugend im Vogtland ging es für Friedrich Beck erstmals hinaus in die weite Welt. Er sollte innerhalb von eineinhalb Jahren mehrere Länder Europas durchqueren. Die »Reise« führte ihn von der Ostgrenze des »Großdeutschen Reiches« in Ostpreußen bis zur Kanalküste im Nordwesten Frankreichs. Mit seinem ständigen Begleiter, einem Pappkarton, welcher Körperpflegemittel, Unterwäsche und Schreibutensilien enthielt. In den Abschiedsschmerz mischte sich jugendliche Begierde, mit Gefährten Neues zu erfahren und sich zu erproben.

Die erste Fahrt führte auf Stroh in geschlossenen Güterwagen vorbei an bis dahin vollkommen unbekanntem Heidegebieten der Brandenburgischen Neumark um Landsberg an der Warthe nach Ostpreußen. Bei Dirschau überquerte der Zug die Weichsel und kam in Groß Stürlack an. Beschwerlich ging es auf kaputten Fahrrädern und zu Fuß weiter in die Barackenanlage von

Salpkeim, in der Nähe des Führerhauptquartiers »Wolfsschanze«. Das Dorf hatte eine sehr schöne Umgebung. Glasklare Seen waren von dichten Wäldern dunkel umrandet. Hier gab es lange Birkenalleen und einen ungewohnt hohen Himmel. Parallel zu den Eindrücken mussten unter barschem Befehlston mit Spitzhacke, Spaten und Schaufeln V-förmige, drei bis vier Meter tiefe, zickzack-förmige Panzergräben mit Wällen zur frontabgewandten Seite ausgehoben werden, aber auch Bunker zum Schutz gegen die spürbar vorrückende Front der Roten Armee. Das war harte körperliche Arbeit. Klassenkameraden aus gutbürgerlichen Verhältnissen waren nun auf Hilfe angewiesen und bekamen sie von den stärkeren unter ihnen. Zermürbende Gepäckmärsche und das Abwerfen von Stielhandgranaten strapazierten die Nerven aufs Äußerste. In jenen kalten Nächten, in denen man sich mit feuchten Holzfeuern und dank der schlechten Ernährung kaum erwärmen, aber abhärten konnte, fielen Bomben aus sowjetischen Flugzeugen, Nähmaschinen genannt, begleitet von hohen Flugschalltönen. Auch Kanonendonner war allgegenwärtig. Es kam Post vom Vater. Der schrieb, er sei nun auf einem Feldflugplatz bei Warschau stationiert, westlich des Aufenthaltsortes von Friedrich Becks Mannschaft. Er fragte an, wann der Sohn entlassen werden würde, denn erste Flüchtlingstrecks und große Viehherden zogen wild an ihm vorüber. Nach rund zwei Monaten, Mitte Oktober 1944, erfolgte schließlich die Entlassung aus dem Reichsarbeitsdienst. Etwa ein Vierteljahr später startete die große Winteroffensive der Roten Armee, welche zur Abschnürung Ostpreußens führte.

Friedrich Becks wiedererlangtes Zivilistendasein sollte allerdings nur von sehr kurzer Dauer sein. Der Gestellungsbefehl kam ein paar Tage später bei bestem Spätsommerwetter mitten in der Untergrochlitzer Apfelernte. Es ging ins Städtchen Büdingen in Oberhessen zum 1. Grenadier-Ersatz- und Ausbildungsbataillon 388. Neben militärischem Drill in der Grundausbildung verpasste der Kompaniefriseur den jungen Soldaten einen »Topfschnitt« und machte damit dem damals wie heute bei der männlichen Jugend beliebten »Façonschnitt« den Garaus, was eine Fotoaufnahme zeigt. Die wurde ins Soldbuch geklebt, welches Wehrsold, Beförderungen und künftige Schlachten dokumentieren sollte. In der Waffenkammer lagen Karabiner, Patronentaschen, Bajonette und Gasmasken bereit. Ein »Kammerbulle« händigte Ausgehuniformen mit Halsbinde, Drilllichzeug für den Tagesdienst, »Knobelbecher« (Stiefel), Stahlhelm, Tornister, Kochgeschirr, Brotbeutel, Butterdosen und Feldflaschen aus. Die Ausrüstung wurde stückweise unter dem knappen fragenden Zuruf »Passt?« den Einzukleidenden über die Theke zugeworfen. Friedrich Becks Uniformjacke enthielt ein einschüchterndes Andenken an den vorherigen Träger: ein braunrot umrandetes, pfenniggroßes Loch unter der linken Brusttasche. Die Verpflegung war – wie schon im Reichsarbeitsdienst – miserabel. Mutter

Becks Päckchen aus der Heimat mit den vom Munde abgesparten Gaben nahm ihr Sohn freudig in Empfang. Indes flogen über die Truppenübungsplätze bereits über die Lufthoheit verfügende amerikanische Jagdbomber, sodass bei An- und Abmärschen sich die einzelnen Truppenteile rasant in Straßengraben, unter Brücken oder Bäumen zu retten suchten. Es gab viele Verletzte. Zudem hieß es für die Rekruten, die einsetzende kalte, schneereiche Zeit zu überleben. Im sogenannten Winterlager kam ein junger Leutnant auf den ihm als Putzer zugeordneten Friedrich Beck zu und fragte, ob er Reserveoffiziersbewerber werden wolle. Seine geräteturnerischen Leistungen am Barren, insbesondere die exzellent ausgeführte Fechterflanke, die er allen Kompanien vorzuführen hatte, waren diesem aufgefallen. Obwohl militärischen Rängen gegenüber abgeneigt, stimmte er intuitiv zu. Die Einberufung zum dreimonatigen Lehrgang in der Schlosskaserne Butzbach zwischen Gießen und Bad Nauheim ließ nicht lange auf sich warten. Später stellte sich heraus: In der Büdinger Einheit verblieben, hätte Friedrich Beck zu den berüchtigt gewordenen, verlustreichen Kämpfen in den Ardennen zum Jahreswechsel 1944/45 hineingezogen werden können.

In Bischofsheim nahe Mainz und der Rhein-Main-Gabelung geriet Friedrich Beck nach »Feindberührung« körperlich unversehrt am 28. März 1945 durch die den Panzern folgende US-Infanterie in amerikanische Kriegsgefangenschaft, wurde »PW«, Prisoner of War. Die »geschlagenen Helden« wurden auf Lastkraftwagen verladen und zu einer ersten Sammelstelle gebracht. Nach wenigen Tagen ging es über eine Pontonbrücke, vermutlich bei Speyer, über den Rhein zum Camp Bad Kreuznach, welches später durch seine Massenaufnahmen und die Ausbreitung von Seuchen wie Ruhr und Typhus traurige Berühmtheit erlangte. Friedrich Beck kampierte – glücklicherweise nur zwei Wochen lang – unter freiem Himmel auf einer Zeltplane auf nassem aufgeweichtem Boden. Die Verpflegung war jämmerlich, die Latrinenverhältnisse unbeschreiblich.



Friedrich Beck, Panzergrenadier der Wehrmacht beim Einsatzbataillon Bidingen, 1944/45

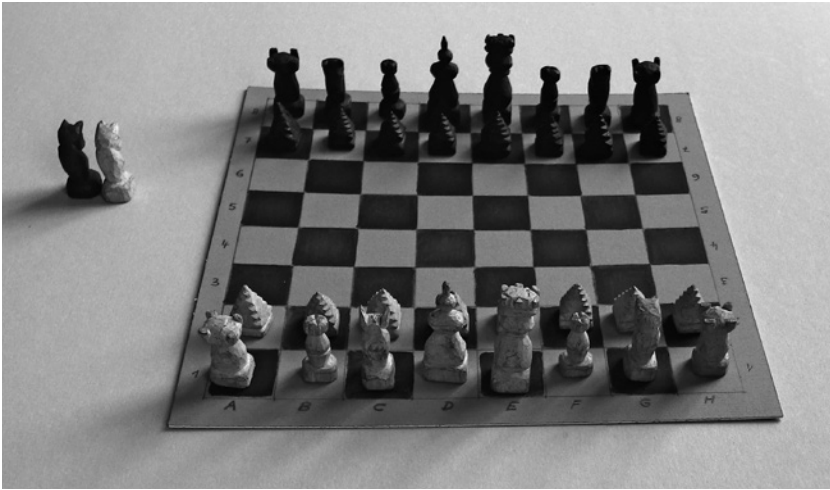
Dann ging es auf Sattelschleppern mit Pontonanhängern über Trier im Angesicht der Porta Nigra, des Wahrzeichens der Stadt, weiter westwärts nach Frankreich. Dabei fielen schier endlose, entlang der Straßen verlegte Pipelines ins Auge, welche die amerikanische Kriegsmaschinerie mit Sprit versorgten, gespeist aus den vor der Küste der Normandie liegenden Öltankern. Die Fahrer der Sattelschlepper waren häufig afroamerikanische, also schwarze GI's, die verantwortlichen Begleitoffiziere nordamerikanische Weiße, was ihren Rangunterschied verdeutlichte. In Kasernen der Kleinstadt Stenay gab es einen Zwischenaufenthalt zur Entlassung der Gefangenen mit dem chemischen Insektenvertilgungsmittel DDT: Die ganze Mannschaft stand in weiße Dunst- und Nebelwolken gehüllt. Wenige Tage später wurde die Fahrt mit der Eisenbahn in offenen Güterwaggons fortgesetzt. Hierbei erhielten die Insassen aus der amerikanischen Armeeverpflegung »Kostbarkeiten« wie Minikonservendöschen mit Wurst sowie Schmelzkäse als Kaltverpflegung und Dosen mit »ham and eggs«, »irish stew«, Gulasch mit Nudeln als Warmverpflegung, Instand Coffee, Zigaretten und Toilettenpapier. Damit ließen sich Schlachten schlagen! Doch der Transport zog sich lange hin. Militärzüge mit Truppen und Kriegsmaterial rauschten derweil Richtung Osten vorbei – der Krieg war noch nicht zu Ende. Beim Umfahren von Paris zeigte sich der Eiffelturm, doch beim Unterqueren von Brücken kamen Steine und Balken aus den Händen einer aufgebrachten Bevölkerung geflogen, was viele Verletzte und einige Tote nach sich zog. Vorläufiges Ziel des Transportes war das stark zerstörte Rennes in der Bretagne.

Die Gefangenen kampierten dort in Wellblechnotunterkünften, »Nissenhütten« genannt. Hier fand am 24. April 1945 die offizielle Registrierung der US-Army und damit die Ausstellung einer Identitätskarte mit Fingerabdrücken statt. Klamotten und Wertgegenstände mussten an die Sieger ausgehändigt werden, wobei sich deutsche Uhren und Füllfederhalter, die der junge »Rifleman« nicht vorweisen konnte, größter Beliebtheit erfreuten. Nach dem »Filzen« wurde neue Bekleidung aus den Army-Beständen ausgegeben. Eine Jacke nebst rundem Leinenhut mit dem Aufdruck »PW« und ein paar Hemden sollten auf lange Zeit zu treuen Begleitern werden. Anschließend Verhöre der Gefangenen vor ausgezeichnet Deutsch sprechenden, wohl jüdischen Emigranten betrafen die Truppengattung, das politische Verhalten und NS-Führungspositionen, letzteres verneinte Beck wahrheitsgemäß. SS-Mitglieder wurden anhand ihrer tätowierten Blutgruppe am linken Oberarm identifiziert und abgesondert. Mit der Rückdatierung des echten Geburtsmonats Juni (6) auf September (9) hatte Friedrich Beck instinktiv auf den weiteren Verlauf seines Weges eingewirkt. Denn – wie sich später herausstellte – die bis Stichtag Ende Juni Jahrgang 1927 Geborenen wurden zu Schwerstarbeit in französischen

Bergwerken und zur Minenräumung mit späten Entlassungsterminen in den Jahren 1947/48 herangezogen. Alle anderen gingen wieder auf Transport. Kurz zuvor, in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945, brannten Freudenfeuer, verbunden mit einem ohrenbetäubenden Schießkonzert anlässlich des Sieges über Hitlerdeutschland und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa.

Über das kriegsverwüstete Caen in der Normandie ging es weiter in die Hafenstadt Cherbourg-en-Contentin. Von dort aus zu Fuß durch Dörfer der Umgebung, vorbei an aufgebrachtten Einheimischen, die die »Boches« als Besatzer und Verwüster ihrer Heimat beschimpften, bespuckten und mit Steinen bewarfen. Ziel war ein provisorisches Zelt- und Zwischenlager am Atlantikstrand. Dort wurden vorrangig Jugendliche untergebracht, die in verfilzten Decken auf nacktem Boden schliefen. Für sie war eine »Re-Education« vorgesehen. Sie enthielt Vorträge über Hitlerdeutschland und jene unbegreiflich grausamen Vorgänge in deutschen Konzentrationslagern, welche vom Großteil der erschütterten Jungen als »feindliche Propaganda« aufgefasst und abgelehnt wurde. Es gab vorwiegend Unterricht in Deutsch und Englisch, in klassischer und humanistischer Literatur, die naturwissenschaftlichen Fächer fehlten. Gearbeitet wurde auf den umliegenden Äckern. Hier sollte Friedrich Beck zum ersten und zum letzten Mal in seinem Leben des majestätischen Anblicks des Atlantiks und eines seiner kilometerlangen Strände ansichtig werden. Überhaupt war er noch nie zuvor am Meer gewesen. Das den Kameraden im »Jahrhundertssommer 1945« aus Hygienegründen gestattete Baden war aufgrund der zurückflutenden Wassermassen beim Einsetzen der Ebbe gefährlich, deshalb auf die letzten Stunden der Flut begrenzt. Gegen Ende des Sommers mehrten sich Gerüchte von ersten Entlassungen in die Heimat. Fragen nach der Heimatprovinz und nach der Anschrift von Angehörigen befeuerten Sehnsüchte, das Lager endlich verlassen zu können. Am Schwarzen Brett erfuhr Friedrich Beck, dass sein Wohnort in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) lag.

Schließlich folgte im Ergebnis der neuen Registrierung ein Aufbruch in die wie bereits im Ersten Weltkrieg schwer zerstörte Stadt Reims, in ein Camp mit hohen luftigen Fabrikhallen. Dort begegnete Friedrich Beck überraschenderweise seinem ehemaligen Lehrer, Studienassessor Walter Lorenz, und einem Untergrochlitzer Bekannten wieder. Der täglichen Langeweile suchte er neben kameradschaftlichem Kartenspiel mit dem Schnitzen von Schachfiguren aus leichtem Pappelholz amerikanischer Obst- und Gemüseboxen zu entrinnen. Schnitzmesser gab es nicht, dafür stumpfe abgebrochene Rasierklippen, die öfter im Daumen landeten, als ihm lieb war. Die Entlassung ließ auf sich warten. So sollten erst Ende November alle US-Uniformstücke abgegeben werden.



Die von Friedrich Beck in amerikanischer Kriegsgefangenschaft geschnitzten Schachfiguren dienten dem »Gehirntraining«. Das den Figuren entsprechende »Brett« bastelte die Biografin zur Komplettierung dieses einmaligen Spiels. (Foto: Francisca Drechsler, 2021)

Anfang Dezember ging es in das Durchgangslager Namur. Dort teilte man die Gefangenen nach den jeweiligen vier Besatzungszonen auf, die sowjetische stand an letzter Stelle. Am Ersten Weihnachtsfeiertag 1945 wurde im US-Entlassungslager Marburg/Lahn Friedrich Becks veranlasster »Schreibfehler« beim Geburtsmonat korrigiert, sein Entlassungsschein ausgestellt und eine Zahlung von 40 RM veranlasst – bis zur Währungsunion 1948 noch von Wert. In einem Sonderzug ging es via Bebra über die Zonengrenze der Amerikaner und der Sowjets nach Siebenborn bei Eisenach. Die Ankunft erfolgte am 28. Dezember 1945 »bei Nacht und Nebel«. Über Erfurt, Leipzig, Reichenbach und von dort nach einem fast dreistündigen Fußmarsch kehrte Friedrich Beck als Leichtgewicht, aber unversehrt nach über eineinhalb Jahren Abwesenheit am 31. Dezember in sein Elternhaus zurück. Im Eingang des Schwanenschlossens standen von Nachbarn vorbereitet, erwartungsvoll und übergücklich beide Elternteile. Der Vater war wenige Tage zuvor, am Heiligabend, zu Hause eingetroffen und die kleine Familie wiedervereint. In jenen kostbaren unvergesslichen Stunden sollte der Zweite Weltkrieg endgültig zu Ende gehen.

Ein Neubeginn mit echter Reifeprüfung (1946), mit einem Studium (1946–1951) und Aussichten auf eine Zukunft

Nun galt es, jene heute unvorstellbare Katastrophe hinter sich zu lassen. Mit der Erkenntnis, dass die zivilen Jugendjahre unwiederbringlich verloren waren. Aber auch im Bewusstsein, mit den Kriegserfahrungen erwachsen geworden zu sein. Der Zustand von Land und Leuten war zerrüttet: Die Städte lagen in Trümmern. Es herrschte eine allgemein bedrückende Mut- und Hoffnungslosigkeit. Kranke heimkehrende Kriegsteilnehmer und Flüchtlinge litten in der Zeit nach dem Kriegsende wie die anderen Überlebenden an Hunger, Kälte und Not. Die Sterberate war hoch. Viel Zeit, über all das tiefer nachzudenken, hat es für Friedrich Beck im Zuge der rasanten Wiedereingliederung in den Alltag nicht gegeben. Vorrangige Aufgabe war für alle, das Überleben zu sichern.

Neben den Ernährungsengpässen – es fehlten vor allem fett- und eiweißhaltige Lebensmittel – wurde die Bekleidung zu einem wahren Problem für heranwachsende junge Männer. Eine hellgraue Decke »auf Kleiderkarte« verwandelte sich in einen Wintermantel. Aus der Garderobe eines immobil gewordenen Großvaters im Freundeskreis wurde ein Übergangsmantel herausgelöst, dessen Seidenfutter bald restlos zerschliss. Regelmäßig wurde der ausgelassene Konfirmationsanzug zu besonderen Anlässen getragen. Sämtlichen Oberhemden war dank der mütterlichen Weißnähkunst zu neuem Leben verholfen worden. Doch Schuhe, richtige Lederschuhe, waren nicht zu erlangen.

Am 2. Januar 1946 meldete sich Friedrich Beck per Registrierschein polizeilich vor Ort an. Es bestand für alle Deutschen im arbeitsfähigen Alter laut Kontrollratsgesetz eine allgemeine Arbeitspflicht, die Zehntausende in der SBZ per Zuweisung durch die Arbeitsämter in die geheim gehaltenen und gefährlichen Schächte von der Besatzungsmacht betriebenen Uranerzabbau der »Wismut« führte. Um dem zu entgehen, arbeitete Friedrich Beck bis zur Aufnahme seines Studiums offiziell als Hilfskraft im elterlichen Gasthaus, auf dessen holprigen Holzdielen der Gaststube unter anderem der schulische Tanzunterricht nachgeholt wurde und hier – wie allerorten – nach den großen Entbehrungen der letzten Jahre ein regelrechter Hochbetrieb mit einer von ihm begründeten Band herrschte.

Das Notabitur hätte bei siegreichem Ende des Krieges als »bestanden« gegolten, als Belohnung für den Kriegseinsatz. Doch alle Reifevermerke nach dem 1. April 1943 waren in der SBZ für ungültig erklärt worden. Der Unterricht hatte hier bereits im Oktober 1945 wieder begonnen. Inzwischen lernten an der in »Vereinigte Höhere Schulen von Greiz« umbenannten Einrichtung Mädchen und Jungen – auch aus Flüchtlingsfamilien – gemeinsam. Friedrich Beck setzte wenige Tage nach seiner Heimkehr am 3. Januar 1946 mit der

Teilnahme am Unterricht ein, um die Reifeprüfung an einer vom zuständigen Thüringischen Landesamt verfügbaren demokratischen Schule abzulegen. Die Prüfungen fanden Ende Juni mit dem Schreiben eines längeren deutschen Aufsatzes, mit Aufgaben in Mathematik, Physik, Chemie und einer Übersetzung in Latein statt. Die Gesamtnote war ein »sehr gut«. Am 15. Juli 1946 wurden die ersten Nachkriegsabiturienten in Anwesenheit eines Vertreters der sowjetischen Kreiskommandantur, des Kreisschulrates und von Oberbürgermeister Dr. Martin Göller in einer feierlichen Abschlussveranstaltung aus der Schule verabschiedet.

Nun begann mit gesellschaftlich Neuem auch ein neuer Lebensabschnitt. Bislang wurde Friedrich Beck von seinem Vater geprägt, welcher ihn nicht nur bei der Berufswahl führte, sondern ihm auch sein Weltbild und seine politische Haltung vermittelte. Diese wiederum entstammte einer politischen Familientradition, welche bis ins Kaiserreich zurückreichte. Großvater Karl August Hoffmann, übrigens nach August Bebel benannt, war sehr früh aktives Mitglied in der fürstlich-reußischen Sozialdemokratie geworden, sein Vater höchstwahrscheinlich auch. In der Residenzstadt Greiz wählte man seit 1875 bis zum Ende der Weimarer Republik regelmäßig sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete. In Hoffmanns Schwanenschlösschen befand sich – wie eingangs bereits erwähnt – das Stammlokal der ortsansässigen in der Textilindustrie tätigen Arbeiterschaft, teilweise war es auch Parteilokal der SPD. Max Beck war 1919 mit achtzehn Jahren in die SPD eingetreten und gründete mit seinem Schwiegervater den SPD-Ortsverein Untergrochlitz, bis 1933 das allgemeine Verbot kam. August Hoffmann starb 1925, doch seine Ideen und Ideale lebten weiter. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg wurde jener Ortsverein wieder ins Leben gerufen. Max Beck beantragte für seinen Sohn eine Mitgliedschaft. Aufgrund der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im April 1946 zur Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) tagte der Familienrat und beschloss, dass Friedrich Beck im Hinblick auf sein Studium Mitglied der SED werden sollte. In die FDJ – wie fast die gesamte Klasse – war er Anfang des Jahres eingetreten. Die anfänglich antimilitaristische und auf Völkerverständigung ausgerichtete Jugendorganisation gefiel ihm. Weniger mochte er die Tatsache, dass darin einige der früheren HJ-Führer schon wieder den Ton angaben, welche ab sofort antifaschistisch-demokratische Ziele im begonnenem Gesellschaftsumbau propagierten. Damit weckten sie bei vielen Jugendlichen Hoffnungen, das ewig gültige humanistische Menschenbild mit seinen Prinzipien »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« in die Wirklichkeit überführen zu können.

Die berufliche Vision entsprach den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses. Der kränkelnde Vater konnte ein langes Studium in Jura oder

Medizin nicht unterstützen, brachte er sich und seine Familie doch neben der schlecht laufenden Gastwirtschaft mit diversen Aushilfsarbeiten durch. Friedrich Becks Intention war es, in den »Höheren Schuldienst« einzutreten. Die Familie beantragte infolgedessen »Erziehungsbeihilfe« beim damaligen Thüringischen Landesamt für Volksbildung, danach ein Stipendium beim »Antifa-Block«, welches zuerst 75 RM betrug, später 180 M. Auch die Wahl der nahegelegenen Thüringischen Landesuniversität Jena fand große Zustimmung. Hingegen riet der ehemalige Deutsch- und Geschichtslehrer Dr. Hornbogen von der gewählten Fächerkombination Deutsch/*Geschichte* ab. Verständlicherweise, da er aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft und Vermittlung des Faches Geschichte vom Schuldienst suspendiert worden war. Die »Salana« war als erste deutsche Universität nach der Kapitulation Deutschlands am 15. Oktober 1945 kriegsgeschädigt in einer geschundenen Ruinenstadt wiedereröffnet worden.

Friedrich Beck bewarb sich für das Wintersemester 1946/47. Seine Eignung wurde im Vorfeld von einer Aufnahmekommission geprüft. Sie war besetzt mit Ministerialbeamten, Universitätsprofessoren, aber auch mit Vertretern der Zeiss-Werke. Man suchte offenbar Nachwuchs für die wiederangekurbelte Wirtschaft. Nach erteilter Zulassung, über welche nicht zuletzt aufgrund der sozialen Herkunft entschieden wurde, erfolgte die Immatrikulation im Studienfach »Kulturwissenschaften« zum 3. Oktober 1946 unter dem Altphilologen Friedrich Zucker, dem Gründungsrektor von 1945. Friedrich Beck wählte – als Studienanfänger von der großen Auswahl der zahlreichen Angebote ziemlich überfordert – als Hauptfächer Anglistik, Germanistik und Pädagogik, da dem Fach Geschichte noch keine Zulassung von der sowjetischen Besatzungsbehörde erteilt worden war. Sie kam erst im darauffolgenden Semester. Der Wechsel von Anglistik zu Geschichte stellte kein Problem dar. Die pädagogisch-didaktische Ausbildung zur Vermittlung von Fachwissen erlebte er als einen großen Fortschritt, war er doch selbst noch von zwar wissenschaftlich ausgebildeten, aber teilweise Texte verlesenden Studienräten unterrichtet worden. Professor Peter Petersen war ein angesehener Reformpädagoge aus der Weimarer Republik. Er hatte den Ansatz der »Jenaplan-Schule« entwickelt und evaluiert, leitete nun die Sozialpädagogische Fakultät der Universität Jena. An seinen Seminaren nahm Beck mit Begeisterung teil. Neben der theoretischen Ausbildung ging es regelmäßig hinaus in die Praxis, in Jenaer Schulen. Nach den Einführungen waren eigene Übungsstunden abzuhalten. Ein Praktikum von sechs Wochen in den Semesterferien führte ihn zurück in seine alte Greizer Schule. Er stand im Klassenraum vor einigen der ihm bekannten Tanzbodenmädchen, die das Wiedersehen sichtlich erheitert zur Kenntnis nahmen und dem angehenden Pädagogen sogar das Schreiben einer Klassen-

arbeit verweigerten. Unter ihnen saß Walter Schmidt, der später einer der bedeutendsten Historiker der DDR und Direktor des Zentralinstitutes für Geschichte der Akademie der Wissenschaften wurde.

Die meisten Vorlesungen, Seminare und Proseminare belegte Friedrich Beck in Geschichte beim alten Professor Friedrich Schneider, einem gebürtigen Greizer. Der erschien in Frack, mit Stehkragen und eingestecktem Kavalierstüchlein. Er hatte einen Lehrstuhl für »Mittelalterliche und Neuere Geschichte« erhalten und wurde wegen seiner international anerkannten Forschungen über den großen italienischen Nationaldichter an der



Friedrich Beck, Student an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1950

Universität kurz und bündig »Dante-Schneider« genannt. Schneider leitete als erster Archivar nach 1918 das Archiv der beiden Reußischen Fürstentümer (älterer und jüngerer Linie) im Oberen Schloss Greiz, das spätere Thüringische Staatsarchiv Greiz, eines der in Nachfolge der ehemaligen Einzelstaaten gegründeten insgesamt sieben Thüringer Staatsarchive. Seine Vorlesungen fanden meist am Nachmittag statt, wenn er nach der morgendlichen Anreise von dort und einem Mittagsschläfchen wieder einsatzfähig war. Für die Erstsemester organisierte er historische Stadtführungen in Jena sowie Ausflüge zu Zielen in ganz Thüringen, was seine Lesungen in thüringischer Landesgeschichte untermauerte. Er führte aber auch in die Historiographie – die Darstellung von geschichtlichen Ereignissen – ein, vermittelte den angehenden Historikern methodische Grundlagen als auch bibliographische Kenntnisse. In der neuzeitlichen Geschichte gab es eine hervorragende Einführung mit Übungen gleicher Zielstellung durch Hans Hausscherr, einen Gastprofessor aus Halle. Der gebürtige Mecklenburger Karl Griewank begann seine Lehre im Sommersemester 1947. Er kam in abgetragenem Wintermantel und mit einem Rucksack, was für seine Studenten, die teilweise noch in feldgrauen Uniformen herumliefen, kein ungewöhnlicher Anblick war. Er erschien stets ausgezeichnet vorbereitet, lehrte methodisch transparent, die getroffenen Aussagen waren wissenschaftlich fundiert. Seine hohe Stimme setzte sich voller Emotionalität bis in die voll besetzten hintersten Reihen des Auditorium

maximum durch. Seine Vorlesungen zur Reformation, zum deutschen Bauernkrieg, zur Französischen Revolution bis zur Zeit Napoleons und des Wiener Kongresses bis hin zu den Anfängen der Arbeiterbewegung wurden mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt, weil an einem Tiefpunkt unmittelbarer Betroffenheit die behandelte politisch-soziale Ebene in der Entwicklung deutscher Geschichte den Nerv traf. Im persönlichen Umgang unterschied sich der distanzierte, bescheidene und um die Studenten bemühte Mecklenburger vom eher jovialen Thüringer »Dante-Schneider«. Als weiterer Dozent im Fach Geschichte ist Hugo Preller zu erwähnen, der sich unter anderem mit Problemen der Zeitgeschichte und mit außereuropäischer Geschichte befasste. Seine Veranstaltungen schlossen mit Themen zur Geschichte Osteuropas, des alten Russlands und zur Geschichte Englands Lücken aus der Schulzeit. Nach einer Zwischenprüfung zum Abschluss des vierten Semesters begann der zweite Abschnitt des Studiums, der eine stärkere Spezialisierung in Geschichte, Germanistik und Pädagogik vorsah. Dabei spielten Methodik, Didaktik, Psychopathologie, Sprecherziehung sowie Nachbardisziplinen wie die Historischen Hilfswissenschaften Paläographie (die Lehre von alten Schriften) und Diplomatik (Urkundenlehre) eine wichtige Rolle.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass es äußerst schwierig war, eine Bleibe in der zu 90 % zerstörten Stadt zu ergattern. Über elterliche Verbindungen gelang es, vorerst ein Zimmerchen im Dachgeschoss bei einer Witwe in der großen Zeiss-Siedlung zwischen Jena und Lobeda vermietet zu bekommen. Der Weg zur Universität war weit, aber es wurden für öffentliche Verkehrsmittel preiswerte und für die Eisenbahn sogenannte Arbeiterrückfahrkarten zur Verfügung gestellt. Vor allem aber gab es einen großen Garten, in dem sich Friedrich Beck gern betätigte, um die an sich karge Speisekarte etwas aufzubessern. Später sah er sich gezwungen, das Quartier zu wechseln, da die Tochter der Witwe unvermittelt wiederauftauchte.

Ebenso sei ein Wort zur Zusammensetzung der altersmäßig, wissenschaftlich und auch politisch sehr gemischten Studentenschaft gestattet. Es gab rund 47 % SED-, 13 % LDPD- und 7 % CDU-Mitglieder und 33 % Parteilose. Anhand der Zahlen ist abzulesen, in welcher Relation man ein politisches Bekenntnis für maßgeblich hielt. Schwierig ist es, ohne Einzelfallprüfung zu unterscheiden, ob jenes Bekenntnis vordergründig einem »Karriere-Machen« diente oder nicht, wobei der Begriff »Sicherung der Zukunft« dem damaligen Zeitgeist entsprach. Die Partei baut ihre Kader auf, hieß es. Viele von Friedrich Becks Mitstudenten der ersten Studienjahre wurden später führende Gesellschaftswissenschaftler des Landes. Für alle galt gleichermaßen, möglichst schnell die gesetzten Ziele zu erreichen und damit den angestrebten Beruf ergreifen zu können. Insofern wurde alles darangesetzt, unverzüglich die ge-

Zwischenprüfungszeugnis
ausgestellt von der
Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Stud. phil. Friedrich Beck hat in seinem 4. Studiensemester
in dem Hauptfach Geschichte die Jahresprüfung sehr gut
mit selbständigen Auffassungen
bestanden. Er hat in dem Hauptfach Geschichte (Mittelfalter)
und in dem Nebenfach ----- an den vorgeschriebenen
Übungen teilgenommen.

Jena, den 15.7. 19 48

Der Fachprüfungsleiter: Professor Dr. Friedrich Schneider
Der Dekan der Fakultät: Professor Dr. Möwau

1) 508 242

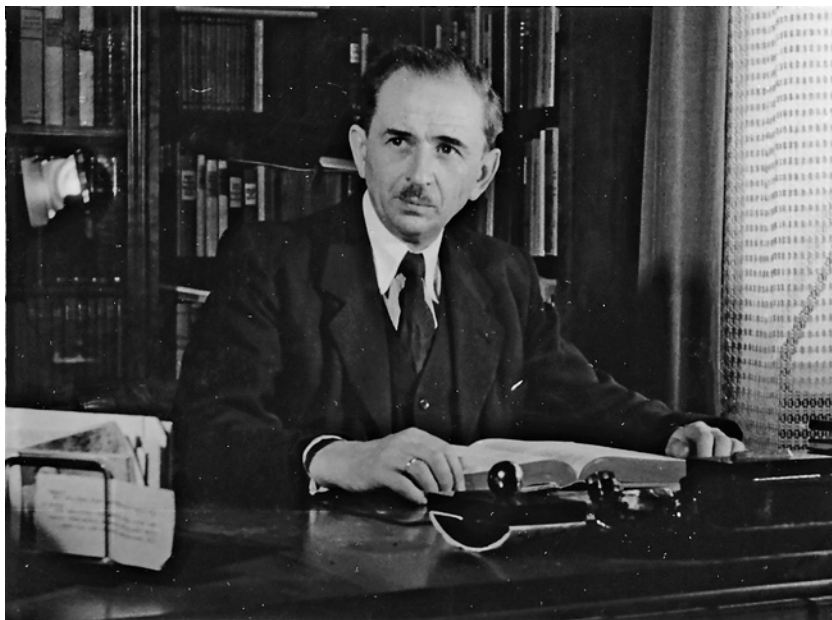
Zwischenprüfungszeugnis der Philosophischen Fakultät, Juli 1948

forderten Leistungsnachweise zu erbringen und den Abschluss anzustreben. Hinzu kam, dass bis zur Einführung einer eigenen Währung im Juni 1948 in den alliierten Westzonen ein Anspruch auf ein geeintes Deutschland bestand, auch als öffentliche Meinung der herrschenden Partei, der SED. Nach der Währungsspaltung und Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde die auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone lebende Bevölkerung nach und nach nicht mehr als die eigenen Landsleute betrachtet, sondern als »die in der Zone«. Natürlich riefen die gesellschaftlichen Vorgänge Diskurse unter den Studierenden hervor. So hatte sich schon ab dem zweiten, dritten Semester ein kleiner interner Kreis von Studenten der Jahrgänge 1926/28 herausgebildet, der sich den Namen »Historische Familie« gab und dessen Mitglieder aus klein- oder gutbürgerlichen Familien stammten. Ihm gehörten an: Irmtraud Förster (später Schmid), Ernst Müller, Gerhard Schmid, Hans-Stephan Brather, Walter Schmidt und Friedrich Beck. Bei ihren Treffen wurde frei über aktuell Politisches, aber auch über Religionen, Weltanschauungen, Kultur und studienrelevant über wissenschaftliche Fragen diskutiert. Denkanstöße zur fachlichen und persönlichen Entwicklung erhielt Friedrich Beck von den etwas älteren Kommilitonen Marianne und Karl-Heinz Hahn. Gemeinsam nahm man am kulturellen Leben der Stadt teil, und das war reichhaltig. Es wurden unvergessliche Theateraufführungen

und Gastspiele in Jena und in Weimar geboten. Der Eintritt kostete nach dem Vorzeigen des Studentenausweises für einen Stehplatz auf der Galerie 1,00 Mark. Das Volkshaus Jena veranstaltete klassische Konzerte für große Orchester. Im Studentenklub spielte man Jazz. Geburtstags- und Faschingsfeiern als auch wilde Walpurgisnächte – auf der Grundlage von selbstdestillierten Wässerchen – sprühten vor Lebenslust.

Für die Vorbereitungen auf das Staatsexamen und zur Anfertigung der schriftlichen Hausarbeit im Sommersemester 1950 arbeitete Friedrich Beck kostengünstig im elterlichen Hause. Das politische Klima an der Jenaer Universität hatte sich unterdessen verschärft. Kernpunkt hitziger Diskussionen war die Frage nach der Wissenschaftlichkeit in der Geschichtsdeutung und -vermittlung: ob sie pluralistisch-offen oder dogmatisch-ausgrenzend zu führen sei. Karl Griewank hatte längst Schwierigkeiten bekommen. Als »bürgerlicher Historiker« hatte er auf das Hauptgebiet der SED-Forschungen, die Geschichte der sozialistischen Bewegung, zugegriffen. Den Angriffen hielt er stand, sein späterer Freitod ist auf eine schwere Erkrankung zurückzuführen. Doch auch Friedrich Beck erfuhr am eigenen Leibe, was die Zeichen der Zeit waren, denn im März 1951 musste er sich aufgrund von Parteiüberprüfungen vor einer Kommission der SED-Parteileitung in Jena verantworten. Drei alte respekt einflößende KPD-Genossen aus den Zeiss-Werken, Opfer des Nazi-regimes, erhoben neben zwei jungen schweigsamen SED-Kadern das Wort. Sie warfen ihm in erniedrigender Art und Weise vor, während des gesamten Studiums – außer bei Wahlversammlungen – als aktives Mitglied der SED nicht in Erscheinung getreten zu sein. Gegen ihn hervorgebrachte Vorwürfe beinhalteten, dass »Tendenzen zur Verbürgerlichung eines Arbeitersohnes« bestünden, kurz und bündig auch »Klassenindifferenz« genannt. Damit nahm man Bezug auf die engen Verbindungen innerhalb der »Historischen Familie«. Es spielten aber auch die freundschaftlichen Beziehungen zum Kommilitonen Horst Mastmann eine Rolle; er war eine Zeitlang Mitglied des »bürgerlichen« Studentenrates und Angehöriger der regimekritischen Studentenbühne und zeitweiliger Redakteur des LDPD-Parteiblattes »Thüringer Landeszeitung«. Seine aufbegehrenden und als provokant empfundenen Aktionen wurden brandgefährlich, sodass er sich letztlich nur noch durch Flucht nach Westberlin den Verhören der Sicherheitsorgane, unter anderem denen der sowjetischen Besatzungsmacht, entziehen konnte. Im Ergebnis seiner Überprüfung wurde Friedrich Beck in den »Kandidatenstand« herabgestuft und sollte erst 1954 in die SED-Parteigruppe der Potsdamer Archive wiederaufgenommen werden. Jenes einschneidende Vorgehen nährte den vorhandenen Zweifel, ob das Lehren im Fach Geschichte an Oberschulen in der DDR noch seinem Berufswunsch entspreche.

Nach dem erfolgreichen Ablegen seines Staatsexamens richteten sich Aufmerksamkeit und Fleiß auf das baldige Ablegen einer Promotion. Die Examensarbeit selbst hatte das von Professor Schneider gestellte Thema »Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Greiz im 19. Jahrhundert« untersucht, mit besonderem Blick auf dessen erste Hälfte mit dem Übergang vom Zunft-handwerk zur industrialisierten Textilbranche und anderer Gewerbe. Das war bewusst gewählt, da ausbaufähig. Es bot sich regelrecht an, in der Dissertation die zweite Hälfte des Jahrhunderts sowie das gesamte Jahrhundert in seiner charakteristischen Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise zu untersuchen. Mit dem weiteren Erhalt der Lebensmittelkarte »C« für zwei zusätzliche Semester (Winter 1950 / Sommer 1951) sowie bescheiden formulierten Ansprüchen, deren Finanzierung die Eltern weiterhin auf sich nahmen, konnte das Existenzminimum gesichert werden. Von großem Vorteil erwies sich, dass die zur Thematik verfügbaren Quellen im Thüringischen Staatsarchiv Greiz im Oberen Schloss gut erschlossen und zugänglich verwahrt wurden. Der damalige Archivverwalter Hermann Olscher, ein Laie, welcher sich jedoch passabel in die Bestände eingearbeitet und um die Ortsgeschichte verdient gemacht hatte, unterstützte den Doktoranden mit Rat und Tat. Um von anderen Archivbenutzern bei der Arbeit nicht gestört zu werden, durfte Beck als Stammbenutzer einen eigenen Arbeitsplatz in Olschers Dienstzimmer, ein Verlies hinter dicken Schlossmauern, belegen. Auf seine Bestellungen hin folgte ein Aktenberg dem anderen. Der Odem, welcher von altüberlieferten staubigen Papieren ausgeht, war einladend. Für die unterschiedlichen Schriften der Originalquellen machten sich die erworbenen paläographischen Kenntnisse bezahlt. Unzählige handschriftliche Exzerpte entstanden und ließen Gefühle von Geborgenheit und Wissensdurst aufkommen. Während der Dissertations-recherchen im Oberen Schloss traf Friedrich Beck auf seinen künftigen Mentor. Es war seinerzeit der Direktor der Thüringischen Staatsarchive und des Landeshauptarchivs Weimar: Professor Dr. Willy Flach, ebenfalls gebürtiger Greizer. Eine seiner Dienstaufsichtsvisiten hatte ihn hierhergeführt. Erstaunlicherweise erinnerte sich dieser während der Begegnung mit Beck an Untergrochlitz, an das Schwanenschlösschen und seine Gastwirte. Flach sei als Schuljunge dort mit seinen Eltern zu Gast im Sommergarten gewesen und habe am 1. August 1914 im Extrablatt der »Greizer Zeitung« von der Mobilmachung Kaiser Wilhelms II. erfahren. Sowohl Professor Flach als auch Professor Schneider übten bei Greizer Studenten starken Einfluss darauf aus, sich nach Abschluss des Geschichtsstudiums dem Beruf des Archivars zuzuwenden. Dem folgten in zwei Generationen zwölf Historiker. Nach Begutachtung der positiv aufgenommenen Dissertationsschrift, die später veröffentlicht und hervorragend rezensiert wurde, absolvierte Friedrich Beck am 10. Oktober 1951



Prof. Dr. Willy Flach, in dessen Dienstzimmer, Weimar, Anfang der Fünfzigerjahre

das abschließende Rigorosum in den Fächern Geschichte, Germanistik und Philosophie. Die Promotionsurkunde gleichen Datums trug die Unterschrift des Rektors Otto Schwarz und des damaligen Dekans der Philosophischen Fakultät Karl Griewank.

Mit einem postgradualen Studium in die richtige Richtung, am Institut für Archivwissenschaft (IfA) in Potsdam (1951–1953)

Während der abgeschiedenen, konzentrierten Arbeit an der Dissertation war es auch bei den Kommilitonen an der Jenaer Universität zügig weitergegangen. Mancher hatte den Schuldienst begonnen, der ein oder andere war in den Westen gegangen. Einige, wie Karl-Heinz Hahn und Ernst Müller, hatten jedoch eine einjährige postuniversitäre Spezialausbildung absolviert, nämlich den 1. Lehrgang am neu gegründeten Institut für Archivwissenschaft (IfA) in Potsdam. Professor Flach war nebenberuflich als Dozent dort tätig. Er empfahl Friedrich Beck, der für Archivarbeit geeignet schien, jenes nunmehr auf zwei

Jahre angesetzte Zusatzstudium für künftige Archivare in Betracht zu ziehen. Zudem berichtete er ihm von Dr. Helmut Lötzke, welcher im Auftrag des Ministeriums des Inneren der DDR, Hauptabteilung Archivwesen, mehrere Universitäten des Landes bereiste, um dafür Interessenten zu werben. Dem war vorausgegangen, dass Dr. Otto Korfes – auf den gleich noch genauer eingegangen wird – nach dem Vorbild des »Instituts für Archivwissenschaft und geschichtswissenschaftliche Fortbildung« von 1930 am Preußischen Geheimen Staatsarchiv 1950 in Potsdam jenes Institut für Archivwissenschaft gegründet hatte, da das vormals leitende Personal des Geheimen Staatsarchivs und des Potsdamer Reichsarchivs politisch-militärisch in den Nationalsozialismus verstrickt gewesen war. Fast alle Direktoren der preußischen Staatsarchive waren Reserveoffiziere bei der Reichswehr oder Wehrmacht gewesen. Korfes selbst war auch ein ehemaliger Offizier im Kaiserreich und nach 1918 in der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Reichs- bzw. Heeresarchivs tätig gewesen. 1936 reaktiviert, beteiligte er sich am Feldzug gegen die Sowjetunion und war 1943 als Divisionskommandeur der Wehrmacht bei Stalingrad gefangen genommen worden. Er brach mit dem NS-Regime, wurde Mitglied im »Nationalkomitee Freies Deutschland«, begründete den »Bund deutscher Offiziere« mit und erwarb sich das Vertrauen der sowjetischen Führung. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion führten die Besatzungsbehörden Korfes aufgrund seiner Archivkenntnisse als »Spezialisten« und beauftragten ihn 1948 mit der Leitung des Zentralarchivs der SBZ in Potsdam. Ein Jahr später übertrug man ihm die Führung der neu gegründeten zentralen Archivverwaltung der DDR. Annähernd zeitgleich hat man in der BRD mit demselben Gründungsbezug auf das Institut für Archivwissenschaft am Preußischen Geheimen Staatsarchiv die Archivschule Marburg ins Leben gerufen und fortan dort die überwiegende Zahl westdeutscher Archivare (mit Ausnahme von Bayern) ihre Ausbildung durchlaufen lassen. Es entwickelten sich somit parallel – wie die beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften – ein Institut für *Archivwissenschaft* in der DDR und eine *Archivschule* in der BRD. Interessanterweise handelte es sich bei dem Potsdamer Institut nach sowjetischem Vorbild um eine Nachwuchsförderung des Ministeriums des Inneren der DDR, wenngleich in einer seiner Nebenabteilungen, da die Hauptabteilung den »bewaffneten Organen« unter Heinz Hoffmann und Karl Maron vorbehalten war.

Friedrich Becks Bedenken gegenüber dem postuniversitären Studium lagen sowohl im Bereich der Finanzen: »Festes Gehalt oder weiterhin Stipendium?« als auch in der Tatsache, dass nach der 1951/52 stattgefundenen zweiten Hochschulreform in der DDR das relativ liberale Studium neu organisiert, zentralistisch gesteuert, »verschult« wurde. Beck erschien das wissenschaftliche Archivwesen mit seinen renommierten Führungspersönlichkeiten im Gegensatz

dazu attraktiver und stabiler. Hinzu kam sein Faible für Schriftentwicklung und Urkundenlehre. Doch die von ihm zu treffende Entscheidung zog lange Gespräche mit den geliebten Eltern nach sich, welche sich nur ungern von ihren Vorstellungen vom künftigen Greizer Studienrat verabschieden mochten. Der Begriff war ihnen lediglich vom Untergrochlitzer Männergesangsverein gegenwärtig, in dem der »Archefahr« oder »Argivar« (laut Versammlungsprotokollen um 1900) der Verantwortliche für Liederbücher und Notenblätter war. Auch sollte der einzige Sohn möglichst in der Nähe bleiben. Sie wollten sich – verständlicherweise – seiner Unterstützung mit zunehmendem Alter versichern. Doch die Bedenken fielen. Der Greizer Archivverwalter Olscher, häufiger Gast im Schwanenschlösschen, als auch die Jenaer Studienfreunde Hans-Stephan Brather und Gerd Schmid, die sich bereits für den Lehrgang entschieden und damit ein Stipendium in Höhe von 300 Mark in Aussicht gestellt bekommen hatten, argumentierten und redeten gut zu. Auch die sogenannte Berufslenkungskommission legte Beck keine Steine in den Weg.

Problematisch wurde es allerdings während des Aufnahmegesprächs vor einer Kommission, die Dr. Otto Korfes leitete, in welcher Dr. Lötzke protokollierte und neben ihnen auch ein gewisser Karl Kielhorn aus der Personalabteilung des Ministeriums des Inneren und der SED-Leitung zu Wort kam. Während die Fragen der Erstgenannten rein sachlicher Natur waren, provozierte Kielhorn unvermittelt: »Was würden Sie tun, wenn in der Straßenbahn ein Mitfahrer aufstehen und rufen würde: Wilhelm Pieck ist ein Lump!« Die Antwort sollte lauten, dass man darüber sofort die staatlichen Organe informieren werde. Doch die lieferte ihm Lehrganganwärter Beck nicht. Der meinte, dass eine solche Äußerung gegenüber dem Staatspräsidenten nicht denkbar sei. Schweißgebadet verließ er den Raum. Nachdem sein Aufnahmegesuch nach einiger Wartezeit abgelehnt worden war, fuhr Friedrich Beck niedergeschlagen nach Hause. Er hatte nicht damit gerechnet, dass Mutter und Sohn erst einmal den hochgradig erregten Vater beruhigen mussten. Max Beck bestand darauf, die Entscheidung aufgrund der sozialen Herkunft nicht zu akzeptieren, sondern Einspruch zu erheben und die Bewerbung zu wiederholen. Professor Flach als auch die Kollegen Hahn und Müller waren bei Dr. Lötzke in derselben Angelegenheit vorstellig geworden. Es gab also mehrere Vorstöße. Ein weiteres Gespräch in der Personalabteilung wurde anberaumt, diesmal unter vier Augen: Kielhorn und Beck. Nun ging es Kielhorn um »die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei« im neuen Lehrgang, dem bislang nur vier Parteimitglieder der SED angehörten. Man brauche »zuverlässige Genossen«, wogegen Beck in seiner Lage nichts einzuwenden hatte. Doch der wesentliche Grund seiner Ablehnung war bis dahin verborgen geblieben und ein anderer: Die Sowjetische Besatzungsmacht hatte ihren Befehl Nr. 5 aufgehoben, dem-

zufolge ehemalige Wehrmachtsangehörige, die eine längere westlich-alliierte Kriegsgefangenschaft und eine Re-Education durchlaufen hatten, Ämter im hiesigen DDR-Staatsdienst nicht übernehmen durften.

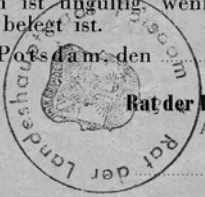
Ende September 1951, in der Zeit des Abschlusses der Promotion, traf die Zulassung ein. Der Ausbildungsvertrag konnte geschlossen werden, die Anmeldung beim DDR-Zentralarchiv erfolgen. Sie war die Voraussetzung, mit der geforderten Zuzugsgenehmigung eine Bleibe in Potsdam zu finden. Bei Ankunft des »IfAnten« am Potsdamer Hauptbahnhof wurden schwere Bombenschäden sichtbar. Vom Bahnhof, gelegen an einer der ältesten deutschen Eisenbahnstrecken, waren nur noch Bruchstücke übriggeblieben. Mit der Straßenbahn ging es am ausgebrannten Stadtschloss, an den Resten des Alten Marktes, am Rathaus und an der Nikolaikirche vorüber durch die einstige Stadtmitte zum heutigen Luisenplatz. Nach dem Eintreten durch das Grüne Gitter in den Park Sanssouci konnte sich der Betrachter nach all dem Kriegschaos in der Stadt hier inmitten der erhalten gebliebenen weltbekannten Bauten und den in herbstliche Farbenpracht versetzten Gartenanlagen erholen. Schließlich vor der Orangerie stehend, war an jenem Tag nicht vorhersehbar, dass das von Italiensehnsucht kündende monumentale Gebäude zur Überwinterung der Pflanzenexoten am Hofe Friedrich Wilhelms IV. späterer Lebensmittelpunkt für Friedrich Beck und seine Familie werden sollte. Das Zentralarchiv mit seinen Direktions- und Verwaltungsräumen sowie die Personalabteilung verfügte zu diesem Zeitpunkt über das Obergeschoss des Ostflügels. Das Mittelgeschoss mit seinen Bullaugen wurde von Mietern bewohnt. Im Erdgeschoss residierte Geheimrat Professor Dr. Ludwig Justi, Kunsthistoriker und Generaldirektor der Berliner Staatlichen Museen. Die Ausbildungsräume des IfA-Lehrgangs befanden sich im Obergeschoss des Westflügels, hingegen lagen die Arbeits- und Magazinräume über die gesamte Anlage der Orangerie verteilt.

Nach der Anmeldung hieß es, sich um eine Unterkunft zu bemühen. Die stark zerstörte Stadt war mit wohnungssuchenden Regierungs- und Verwaltungsangestellten überfüllt. Doch Freunde und Lehrgangsteilnehmer des 1. IfA-Lehrgangs hatten sich gekümmert und ein möbliertes Zimmer mit Bett und Tisch beim alten rechtschaffenen Ehepaar Luise und Andreas Jens im Erdgeschoss des Historischen Mühlenhauses an der Maulbeerallee gegenüber den Neuen Kammern zur Übernahme organisiert. Hier herrschte noch echtes altpreußisches Milieu, da der Vermieter ein alter Bediensteter der Hohenzollern war. Der ehemalige »kaiserliche Oberofenheizer« war gelegentlich bei morgendlichen Rundgängen von Wilhelm II. auf der von Bodo Ehardt restaurierten Burg Trifels in den elsässischen Vogesen gefragt worden: »Na Jens, zieht der Ofen?« Ehefrau Luise hütete in monarchisch-preußischer Haltung gestreng Haus und Hof, aber auch Sitte und Moral. Für 40 Mark Monatsmiete

52
Einweisungsschein Nr. 1389

Der/Die Beck Friedrich Person/en —
wird in 1 Zimmer mit ~~ohne~~ Küchenbenutzung der Wohnung
Zens Mühlenhaus Potsdam-Landsheim
8 Straße-Nr.
vorübergehend und auf Widerruf eingewiesen.
Die in der Wohnung befindlichen Möbel und sonstiges Inventar
bleiben Eigentum des Vermieters und sind pfleglich zu behandeln.
Dieser Schein dient als Berechtigung für den Eingewiesenen. Son-
stige Einweisungen ohne Zutun des Wohnungsamtes sind ungültig.
Der Einweisungsschein ist ungültig, wenn der Wohnraum nicht
innerhalb 48 Stunden belegt ist.

Potsdam, den 19. 10. 1951

 **Rat der Landeshauptstadt Potsdam**
Abt. Wohnraumlentung

i. h. Goppel
Unterschrift

119/51 I/16/06 Stein 7 51 5000 A 756 S 2295

Formular der Abteilung Wohnraumlentung beim Rat der Landeshauptstadt Potsdam für ein Zimmer im Mühlenhaus, Oktober 1951

(zuzüglich Kohlen, Kartoffeln und Lebensmittel sowie Frühstück und Abendbrot) wurde der »junge Herr Doktor« so sparsam wie rührend rundum versorgt, wovon das akribisch geführte Haushaltsbüchlein noch heute Zeugnis ablegt.

Die feierliche Eröffnung des zweiten IfA-Lehrgangs mit seinen zwölf Teilnehmern am 16. Oktober 1951 nahm der damalige Innenminister der DDR Dr. Carl Steinhoff vor, ein alter Sozialdemokrat und von 1945 bis 1949 Ministerpräsident des Landes Brandenburg, was den Stellenwert jener kleinen wissenschaftlichen Institution markierte. Schmückende Anwesende des Festaktes waren neben den Dozenten und anderen Gästen auch die zumeist weiblichen Angehörigen des Diplomarchivar-Lehrgangs, von denen noch die Rede sein wird.

Wie eingangs erörtert, war das IfA ein Resultat des im Aufbau begriffenen Archivwesens in der neugegründeten und bis 1952 föderativ, antifaschistisch-demokratisch gestalteten DDR. Begründet nach dem Vorbild des Geheimen Staatsarchives in Berlin-Dahlem mit von dort übernommenen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen, wobei im IfA-Lehrplan neben grundsätzlich wissenschaftlich angelegten Vorlesungsreihen, gesellschaftliche Grundlagen, historischer und dialektischer Materialismus sowie Politische Ökonomie Ein-



Heinrich Otto Meisner bei einem IfA-Vortrag, 1952

gang fanden, letzteres offenbar ein Zugeständnis der Gründerväter. Es begann für den promovierten Ex-Studenten Beck neuerlich ein Alltag mit Dozenten, die man in der DDR hoch wertschätzte: Professor Dr. Willy Flach in den Historischen Hilfswissenschaften, Dr. Heinrich Otto Meisner (ehemaliger Mitarbeiter des GStA und später bis zur Zerstörung 1945 in leitender Position des Reichsarchivs tätig, danach Privatgelehrter) in Archivwissenschaft, Aktenkunde als Fachwissenschaft und Verwaltungsgeschichte, Professor Dr. Fritz Hartung (bereits emeritiert, aber damals *der* deutsche Verfassungshistoriker, Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Ostberlin) in Verfassungsgeschichte, Professor Dr. Arthur Suhle (Direktor des Berliner Münzkabinetts) in Münz- und Geldgeschichte, Professor Dr. Hans Hausserr (Universität Halle) in Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Professor Dr. Arthur Baumgarten in Rechtsgeschichte. Flach und Meisner erhielten 1953 Professuren an der Humboldt-Universität zu Berlin. Neben dem Direktorat des Landeshauptarchivs sollte Flach 1954 zudem das Direktorat des Goethe- und Schiller-Archivs in Weimar übernehmen. Die Hauptfächer wurden durch Beiträge zur Landesgeschichte von den Archivdirektoren der Länder und wissenschaftlichen Mitarbeitern des Zentralarchivs ergänzt. Professor Dr. Kretzschmar kam hierfür aus Dresden und Dr. Strutz aus Potsdam. Dr. Lotte Knabe aus Magdeburg dozierte in den kleinen Hilfswissenschaften und Chronologie. Auch der bereits genannte Karl Kielhorn trat wieder in Er-

scheinung, diesmal im Fach Gegenwartskunde, später in Gesellschaftskunde umbenannt. Hier wurde auch »auf Biografisches« der Lehrgangsteilnehmer eingegangen und nach stalinistischem Brauch »Selbstkritik« geübt. Jene Maßnahmen zur »politischen Festigung« erzeugte allerdings nur tief empfundenen Widerwillen. Kielhorn blieb die unangenehme Ausnahme unter den fachlich und menschlich ausgezeichnet qualifizierten Dozenten, die ein wohlthuendes Verhältnis zu ihren Lehrgangsteilnehmern pflegten. Friedrich Beck fühlte sich geborgen. Das hatte sicherlich auch damit zu tun, dass »die IfAnten« einander kameradschaftlich und konkurrenzfrei begegneten, jedem war im Anschluss eine Stelle sicher. Zu bestehenden Freundschaften gesellten sich neue hinzu, wie die mit Hans-Joachim Schreckenbach und Lieselott und Gerhart Enders.

Eine Öffnung gegenüber Frauen im Archivdienst tat not, denn im preußischen Staatsdienst war eine Anstellung nur Männern vorbehalten – Frauen durften lediglich in kommunalen Einrichtungen wie beispielsweise in Landschaftsverbänden der Provinzen, die Adels- und Stadtarchive betreuten, ihre Dienste verrichten. Am gleichen Institut wurden also Diplomarchivare für den gehobenen Dienst ausgebildet, umgangssprachlich liebevoll »Diplarchen« genannt. Sie waren meist jünger und weiblich. Beck erhielt von ihnen aufgrund seiner kriegsbedingten Reife und etwas schütter gewordenen Haarwuchses den Spitznamen »der Spätheimkehrer«. Diese menschliche Konstellation der beiden Lehrgänge übte eine recht starke Anziehungskraft aus. Das Ausbildungsklima war gelöst und offen, was zu so mancher Verlobung oder Hochzeit führte und Spötter auf den Plan rief, das IfA umzubenennen in »IfEab«: Institut für Eheanbahnung. So kam es nicht von ungefähr, dass das »Diplarchen« Margot Heisig in Becks Leben trat. Die braunhaarige kleine zierliche Person logierte in einem spartanischen Dachkämmerchen in der Bornstedter Potsdamer Straße 7. Nach einer respektvollen Annäherung und mittels großzügiger Vorschüsse aus dem Beckschen Stipendium brachte sie die illegal an Verkaufsbuden am Bahnhof Wannsee erworbenen Ölsardinen, Bratheringe und den Eckenkäse Velveta auf den Tisch – Festmahle! Sie unterhielt sich mit ihrem Liebsten, einem strikten Nichtraucher, in Rauchschwaden der Marken Pall Mall, Chesterfield oder der DDR-Damenmarke Femina gehüllt, die sie mit goldener Zigarettenspitze genoss. Ganz besondere Anlässe wurden in Potsdamer HO-Gaststätten begangen, so auch im »Gambrinus«, gelegen am heutigen Luisenplatz. Unvergessen bleibt eine Bestellung von Kartoffelsalat mit Schweinebauch, und zwar zweimal hintereinander. Als auch noch der dritte Becher Senf erbeten wurde, tat der Kellner den jungen Gästen sein Missfallen kund.

Ein Archivpraktikum im Anschluss an die theoretischen Grundlagen des ersten Semesters führten Friedrich Beck, Hans-Stephan Brather und Gerd



Margot Heisig, im Hof
vor der Orangerie in
Sanssouci, 1952 (Foto-
Schreiner Weimar,
Marktstraße 13)

Schmid in das Thüringische Landeshauptarchiv nach Weimar. Definierte Aufgabe war es, Einzelteile des Eisenacher Archivbestandes von der Pertinenz- in die Provenienzordnung zu übertragen. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist die Provenienz (Herkunft) ein in der Fachwelt voll anerkanntes archivarisches Ordnungsprinzip zur Bestandsbildung. Zuvor waren die Archive zum großen Teil nach Pertinenz (nach sachlichen Zusammenhängen) gegliedert. Das Provenienzprinzip belässt die Aktenüberlieferungen im Zusammenhang ihrer Entstehung, und zwar so, wie sie bei einer bestimmten Behörde, Institution oder Einzelperson angelegt worden sind, es eine quellenkritische Beurteilung ermöglicht. Beck hatte Polizei- und Prozesssachen zu bearbeiten, deren Provenienz nach Eingangs- und Ausgangsvermerken festgestellt und dabei jede einzelne Karteikarte überprüft wurde. Er nahm auch an Besprechungen

zu Bewertungs- und Kassationsvorhaben teil. Bei der Bearbeitung von Anfragen erwarb er wertvolle praktische Kenntnisse. Ein besonderes Erlebnis war bei hohen Minusgraden die Aktenbergung und -verlagerung aus der Veste Heldburg in das Landesarchiv Meiningen. Ein Abenteuer, da die Veste direkt an der Zonen-/Staatsgrenze lag und weder Bürger der DDR noch der BRD Zutritt hatten. Die Akten mit Dokumenten über die sogenannte NS-Erbgesundheitsforschung stammten aus der Psychiatrischen Klinik der Universität Bonn und weitere aus dem Stadtarchiv Mainz. Gegen Ende des Krieges waren sie wegen der Luftangriffe hierher verbracht worden. In einem der Ecktürme lagen auf dem Boden aufgerissene Pakete, verstreute Einzelakten. Ihr wilder Zustand war auf die Neugier junger Grenzsoldaten zurückzuführen, welche die darin enthaltenen Nacktaufnahmen weiblicher Patienten in Augenschein genommen hatten. Der Bestand wurde binnen mehrerer Tage nach Meiningen abtransportiert, wo er bis zu seiner Rückführung aufgrund des deutsch-deutschen Kulturabkommens im Jahre 1986 verblieb.

In den letzten beiden Semestern des Lehrgangs wurde die theoretische Fachausbildung intensiviert, meist anhand von kleineren Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, deren Findbücher in Berlin-Dahlem, im Westsektor der Stadt, verblieben waren, worauf später noch näher eingegangen werden wird. Nun standen regelmäßige Aktenordnungs-, -verzeichnungs- und Kassationsarbeiten an. Friedrich Beck bearbeitete den Bestand »Kleinere Steuerräte« sowie einen Teil des großen Bestandes »Steuerrat Potsdam« aus der Zeit Friedrich Wilhelms I., des »Soldatenkönigs«. Mehrere Studienfahrten führten ihn in die Archivlandschaft der DDR. Einer der Höhepunkte war ein im Mai 1952 von Dr. Otto Korfes organisierter zweitägiger Kongress für Archivare in Weimar. Es war der Versuch, ein Pendant zu den jährlichen »Deutschen Archivtagen« in der Bundesrepublik zu etablieren. Ältere Archivare versuchten, ihre entstandenen Kontakte aufrechtzuerhalten und zwischen ihren jüngeren Kollegen in der DDR und den westdeutschen Kollegen bis zum Mauerbau 1961 zu vermitteln. Fachlich versierte Vorträge und auch die Anwesenheit westdeutscher Historiker und Archivare waren erklärtes Ziel. Hemmend war allerdings, dass der Kongress unter starkem Einfluss von Dr. Leo Stern stand, dem damaligen Pro-Rektor der Martin-Luther-Universität Halle, der das politisch-ideologische Hauptreferat hielt. Er war ein ehemaliger Offizier der Roten Armee, stieg danach bald in die Führungsriege der DDR-Historiker auf. Seine harten dogmatischen verbalen Ausfälle während der Kongressrede, die sich gegen den Adenauer-Staat und seine Führungseliten mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern richteten, gerieten zum Affront. Erst am Abend in geselliger Runde des archivarischen DDR-Nachwuchses löste sich die unangenehme Atmosphäre in Heiterkeit auf. Die sich direkt an den Kon-



Bei einer Studienreise des IfA nach Dresden, Mitte: Dr. Helmut Lötze, von links: Friedrich Beck, Gerhart Enders, rechts: Hans-Stephan Brather und Prof. Hellmut Kretschmar, 1953

gress anschließenden Pfingsttage nutzte Friedrich Beck, um Fräulein Margot Heisig erstmalig nach Untergrochlitz zu bitten, um ihr seine Familie und den Ort seiner Herkunft vorzustellen.

Die im Sommer 1953 bevorstehenden Abschlussprüfungen rückten in Sichtweite und damit auch die Frage nach dem künftigen Einsatzort im Archivdienst. Den Thüringer Beck zog es in die Heimat zurück. Dank der Unterstützung seiner Kollegen Müller und Hahn wurden hierfür Möglichkeiten eruiert, und das für die schriftliche Abschlussprüfung gestellte Thema zur Sachsen-Weimarischen Behördengeschichte unterstrich die Absicht. Auch Margot Heisig hoffte auf eine Stelle im Weimarer Goethe- und Schiller-Archiv. Doch für beide galt erst einmal, sich auf ihre Prüfungen gründlich vorzubereiten. Margot Heisigs Diplomprüfung war im August. Friedrich Beck hatte nunmehr seine zweite Staatsprüfung zu bestehen, sie fand im Juni statt. Zum schriftlichen Teil zählten eine Hausarbeit auf dem Gebiet der Archivwissenschaft oder Landesgeschichte sowie vier fünfstündige Klausuren zur paläographisch-editorischen Bearbeitung je einer mittelalterlichen lateinisch-deutschsprachigen Urkunde und je eines deutsch- und französischsprachigen Schriftstückes aus der neueren Zeit nach aktenkundlichen Gesichtspunkten. In den etwa ein- einhalbstündlichen mündlichen Prüfungen mussten Fragen zu den Disziplinen der Historischen Hilfswissenschaften und »kleineren« Hilfswissenschaften wie Chronologie, Genealogie, Siegel- und Wappenkunde, Münz- und Geldgeschichte sowie der Dialektgeographie und Mittellatein beantwortet werden. Geprüft wurden Kenntnisse in Archivwissenschaft, Aktenkunde, Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechts-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die Examen fanden in den Räumen des IfA im Obergeschoss des Westflügels der Orangerie statt. So ist und bleibt es wohl ein einmaliger Vorgang, dass ein Archivar in seinem späteren Wohnzimmer in Aktenkunde, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte etc. und in seinem zukünftigen Schlafzimmer in den Historischen Hilfswissenschaften und der Landesgeschichte geprüft wurde. Zum zweiten ist es eine Besonderheit, dass die Prüfungen rund um den ereignisreichen Tag des 17. Juni stattfanden, an dem Teile der DDR-Arbeiterschaft gegen Normanhebungen und soziale Verschlechterungen protestierten. Walter Ulbrichts Politik des »systematischen Aufbaus des Sozialismus« erfuhr erhebliche Widerstände. Ausgangspunkt und Zentrum war Berlin. Die Bauarbeiter der damaligen Stalinallee hatten ihre Arbeit niedergelegt. Zum ersten Mal in der jungen Geschichte des Arbeiterstaats formulierten sie auf der Straße ihre Rechte. Mit dem Ergebnis, dass sowjetischer Panzer auffuhren, der Ausnahmezustand verhängt und Sperrstunden eingeführt wurden. Reaktionen auf die Ereignisse von Dozenten und Lehrgangsteilnehmern fielen unterschiedlich aus. Auf jeden Fall gab es erregte Diskussionen. Im Zuge dessen war ein Prüfungs-

bestandteil, nämlich der Test in Gesellschaftskunde, rasch wegen erwarteter »Schwierigkeiten« abgesetzt worden. Friedrich Beck konzentrierte sich auf seine fachliche Leistungsfähigkeit in den Prüfungen und entzog sich bewusst den Vorgängen. Nachdem der Prüfungsausschuss die Gesamtnoten festgelegt und Beck das erfolgreiche Bestehen bestätigt hatte, sollten die originalen Urkunden kurioserweise erst fast zwei Jahre später eintreffen – die Mühlen der Verwaltung mahlen mitunter sehr langsam. Durch das Prüfungskollegium waren aber auch die Einsatzorte der Absolventen festgelegt worden. Friedrich Beck erfuhr, dass er nicht wie gewünscht nach Thüringen in das kleine Staatsarchiv Greiz werde zurückkehren können.

**Dienstantritt in Potsdam:
erst kommissarischer Leiter (1954–1956), dann junger
Direktor in der »Jugendbrigade« (ab 1956) für den
weiteren Aufbau des Brandenburgischen Landeshaupt-
archivs – Wegbereiter unter Gleichgesinnten;
die Staatliche Archivverwaltung**

Neu geschaffene Planstellen, die mit Teilnehmern des zweiten IfA-Lehrgangs besetzt werden sollten, waren weitgehend auf die beiden Potsdamer Archive Deutsches Zentralarchiv und das Brandenburgische Landeshauptarchiv, beide mit Sitz in der Orangerie zugeschnitten. Hier nahmen sie die ab 1942 aus Berlin und Potsdam ausgelagerten Bestände aus den Salzstollen der Bergwerke in Staßfurt und in Schönebeck auf. Es handelte sich hierbei um Bestände des ehemaligen Reichsarchivs in Potsdam, des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem sowie des ehemaligen Brandenburgischen Provinzialarchivs. Rund 9000 laufende Meter davon kamen nach Merseburg in den vormaligen Karteibau der Landesversicherungsanstalt der Provinz Sachsen, nunmehr Dependance des Zentralarchivs. Jene Bestände waren zuerst von Mitarbeitern amerikanischer Besatzungsbehörden vor allem hinsichtlich wirtschaftlicher Belange untersucht worden. Hierbei gelangten die ältesten Urkunden mit ihren einzigartigen Siegeln aus dem 10./11. Jahrhundert offenbar in die Vereinigten Staaten und damit unwiederbringlich in Privathand. Danach wurden die durchforsteten Bestände in einem Depot von sowjetischen Kontrolleuren gesichtet, welche ihr Augenmerk vorrangig auf parteipolitische und geheime Teile richteten. Interessant waren beispielsweise Unterlagen des Berliner Polizeipräsidiums zur Geschichte der deutschen und russischen Arbeiterbewegung und ihre Führer Marx und Lenin sowie zu

den abgehaltenen Polizeikonferenzen der großen deutschen Einzelstaaten. Bereits in das Landeshauptarchiv aufgenommen worden waren die Bestände des kommunalen Provinzialverbandes mit seinen bedeutenden ständischen Überlieferungen aus der Kur- und Neumark, dessen Behördengebäude sich in der Alten Zauche in Potsdam befand.

Bevor über die Aufteilung des Personals und der Bestände auf beide Archive genauer berichtet wird, sei an dieser Stelle ein kleiner Exkurs in die Verwaltungsgeschichte gestattet. Die preußische Archivverwaltung war die größte im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und auch im NS-Staat gewesen, weil sie neben dem Geheimen Staatsarchiv – dem zentralen Archiv für die preußischen Ministerien – in jeder einzelnen ihrer Provinzen ein eigenes Staatsarchiv hatte, zum Beispiel das sehr alte ostpreußische in Königsberg, welches auf den Deutschen Orden zurückging. Schon vor 1945 hatte das Brandenburgische Provinzialarchiv einen Sonderstatus besessen: Es verfügte nicht wie alle anderen über ein eigenes Gebäude, über einen eigenen Direktor nebst eigener Verwaltung, also einen eigenen Dienstsitz, sondern war dem Geheimen Staatsarchiv angeschlossen. Das hatte sich jeher als ein Nachteil erwiesen, denn seine Anliegen standen immer hinter denen des zentralen Archivs zurück. Meist waren es gebürtige Brandenburger gewesen, die sich am Geheimen Staatsarchiv dafür stark gemacht hatten, für die Mark Brandenburg ein den anderen preußischen Provinzen gleichrangiges Archiv einzurichten. Ein erster Ansatz erfolgte, als man 1874 ein Archiv für die Marken gründete, die Niederlausitz wurde dabei nicht genannt. Dieses Archiv hatte bei seiner Gründung die brandenburgischen Bestände nach Pertinenz Gesichtspunkten aus dem Geheimen Staatsarchiv herausgelöst und damit auseinandergerissen. Bald wurde deutlich, dass dies ein Fehlstart war. Das 1883 im preußischen Archivwesen eingeführte und bereits erläuterte Provenienzprinzip betraf nun auch die Herkunft der Bestände über die beiden Marken hinaus, also alle oberen, mittleren und unteren Behörden der *ganzen* Provinz Brandenburg. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte der Alliierte Kontrollrat per Gesetz im Februar 1947 den preußischen Staat aufgelöst. Aus der ehemaligen Provinz Brandenburg war das Land Brandenburg mit der Landeshauptstadt Potsdam geworden. Laut eines Befehls der Sowjetadministration an die brandenburgische Landesregierung hatte diese einen Referenten für die Einrichtung eines Landesarchivs – ähnlich wie in den anderen Ländern Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt – zu bestellen. Auch eine brandenburgische Archivverwaltung wurde zunächst angestrebt. Der erste Referent in jener Zeit war Dr. Georg Strutz, ehemals preußischer Heeresarchivar. Seine Ausarbeitungen für die Umsetzung blieben auf Papier, es fehlte dem Parteilosen offenbar an politischem Rückhalt. Doch dass die vor-



Otto Meier, Leiter der Staatlichen Archivverwaltung, rechts: ein ausländischer Gast, Empfang im Hof des Deutschen Zentralarchivs, 1955

handenen Archivbestände von einzelnen Mitarbeitern ohne rechtliche und verwaltungsmäßige Grundlagen bearbeitet wurden, war nicht mehr haltbar. Die Weisung zur Gründung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs am 21. Juni 1949 – also noch vor der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 – traf der damalige Innenminister des Landes Brandenburg in der sowjetischen Besatzungszone Bernhard Bechler, ehemaliger Wehrmachtsoffizier, der zu den Sowjets übergetreten war. Dies geschah auf Anregung von Dr. Otto Korfes, der bereits nach Räumlichkeiten Ausschau gehalten und die Notunterkunft in der Orangerie sowie riesige Holzvorräte in der hundert Meter langen Pflanzenhalle zum Auf- und Ausbau eines Magazins mit einer dreistöckigen Regalanlage organisiert hatte. Bestimmend für die künftige Arbeit in den Staatsarchiven der DDR war die Auflösung der Länder, welche ab 1952 durch Bezirke ersetzt wurden. Neben der Volkskammer gab es bis Mitte der Fünfzigerjahre immer noch eine Länderkammer als Vertretung der Länder.

Inzwischen war aus der im Februar 1953 erfolgten Vereinigung der Hauptabteilung Archivwesen des Ministeriums des Inneren mit einer nur kurzlebigen Generaldirektion der Staatlichen Archive die Staatliche Archivverwaltung hervorgegangen. Sie wurde zum übergeordneten Leitungsorgan des Archivwesens der DDR. Alle ihre Leiter sollte Beck persönlich kennenlernen. Nach der Versetzung von Dr. Otto Korfes zur Kasernierten Volkspolizei im

Jahre 1952 wurde ein neuer Leiter gesucht. Es kam Otto Meier, ein altes SPD-Mitglied und Journalist des »Vorwärts«, des im 19. Jahrhundert gegründeten Zentralorgans seiner Partei, nach dem Zweiten Weltkrieg »Das Volk«. Meier war auch in dem paritätischen Parteivorstand neben Grotewohl und Ulbricht tätig gewesen, musste dann aber seinen Hut nehmen. Als verdienter Parteifunktionär wurde er in ein neues Amt eingewiesen. Der in parlamentarischen Fragen Erfahrene erhielt nach der zweiten Landtagswahl 1949 die Position des Landtagspräsidenten des Landes Brandenburg. Nach der Auflösung der Länder musste der im höheren Alter Stehende »versorgt« werden. Es bot sich die Leitung an, ansässig damals noch in der Orangerie. Meier hatte hier sage und schreibe einen Mitarbeiter, den späteren Personalchef Paul Schwabe, den er aus SPD-Zeiten kannte. Mit ihm zog er dann nach Berlin ins »uniformierte« Ministerium des Inneren, wohin er jedoch gar nicht so recht passte. Dort fanden auch die Dienstbesprechungen der Archivdirektoren der DDR statt.

Seinerzeit bemerkten die Archivare noch kein allzu starkes Einwirken der SED, ihre Mitglieder waren in den Archiven eher die Seltenheit. Die Archive waren zu Beginn Nischen der DDR-Gesellschaft, wobei der Begriff erst viel später im Umlauf kam. Die Direktoren hatten als frühere Wehrmachtangehörige oder NSDAP-Mitglieder die entscheidenden Nachkriegsjahre 1945/46 überstanden und suchten sich in die neu entstehende DDR-Gesellschaft einzugliedern. Das taten sie, indem sie Mitglieder der LDPD oder CDU wurden wie Flach, Kretzschmar und Gringmuth-Dallmer. Im Zentralen Staatsarchiv herrschte im Grunde genommen – durch Korfes initiiert – ein Gegenüber der großen Parteigruppe der Nationaldemokratischen Partei, deren Gründungsmitglied er war, und den dort installierten SED-Mitgliedern. Es hatte sich herumgesprochen, dass die zum Teil aus dem früheren Reichsarchiv übernommenen sogenannten Zwölfender zu stattfindenden »Regimentstreffen« nach Westberlin führen, was von den Mitarbeitern der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft, dem Vorläufer der Staatssicherheit, scharf beobachtet wurde.

Von den zwölf ausgebildeten Wissenschaftlern des zweiten IfA-Lehrgangs wurden allein sechs an das Zentralarchiv entsandt, und drei gingen an das im Aufbau begriffene Brandenburgische Landeshauptarchiv, was die Gewichtung verdeutlicht. Das Zentralarchiv nahm aus den beschriebenen Beständen des ehemaligen Reichsarchivs Potsdam und des Preußischen Geheimen Staatsarchivs Akten aufgelöster zentraler Behörden des Deutschen Reiches (1871–1945), des Freistaates Preußen sowie auch von in der DDR gebildeten ministerialen Organen und Einrichtungen des Staatsapparates auf. Damit wurde es wichtigstes Archiv in der DDR. Margot Heisig erhielt hier als Diplomarchivarin eine Stelle und bearbeitete Bestände von Reichsministerien.

Daran gemessen hatte der im Brandenburgischen Landeshauptarchiv eingesetzte Friedrich Beck erst einmal seine riesige Enttäuschung über die anfangs minimalen und relativ unbedeutenden Bestände staatlicher Behörden des Landes mit wenigen älteren Urkunden der Provinz Brandenburg zu verkraften. Hatte er doch als Historiker-Archivar im Sinn, Akten nicht allein zu verzeichnen und zu erschließen, sondern auch auszuwerten, zu edieren. Das war ihm von Professor Flach in Weimar anhand des dortigen Fundus aus der Reformationszeit und der Klassik, also vor einem ganz anderen Quellenhintergrund, vorgelebt worden. Auf die Enttäuschung folgte Einsicht, Einsicht in Notwendigkeiten. Sich einzugliedern hatte er gelernt. Mit ihm waren die Wissenschaftler Dr. Lieselott Enders und Dr. Wolfgang Eger gekommen. Die Leitung lag bei Dr. Hans-Joachim Neufeldt, der nach einer vorübergehenden Betreuung durch Dr. Lotte Knabe vom Zentralarchiv und durch Fritz Wollny, Leiter der Allgemeinen Verwaltung der Landesregierung, ab September 1953 das Direktorat übernommen hatte. Dr. Neufeldt war ebenso ein junger Absolvent des ersten IfA-Lehrgangs und verfügte somit über keinerlei berufliche Erfahrungen, aber über menschliche Wärme. Als SED-Mitglied wurde Beck sein Stellvertreter – beide stammten aus alten sozialdemokratischen Kreisen. Man verstand einander und pflegte gute Beziehungen. Die anfallenden Arbeiten wurden seinerzeit auf drei Abteilungen mit drei Wissenschaftlern an der Spitze aufgeteilt: Kollegin Lieselott Enders betreute die Bestände der älteren Überlieferungen aus der Mark Brandenburg, die aus den Salzstollen zurückgekehrt waren, die Bestände seit der Zeit Friedrich Wilhelms I., der Provinzialbehörden gegründet hatte, die Kur- und Neumärkischen Kriegs- und Domänenkammern. Sie bildeten die Kernüberlieferung für das 18. bis zum Anfang 19. Jahrhundert. Kollege Wolfgang Eger übernahm die moderneren Überlieferungen nach den Reformen von 1808/15, als die preußischen Ministerien und die großen Regierungen Potsdam, Frankfurt an der Oder schon gegründet worden waren. Friedrich Beck bearbeitete als an den Historischen Hilfswissenschaften Interessierter die spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Urkundenbestände der genannten Ständearchive als auch die Akten der Provinzial-/Landesregierung Brandenburg und die aus der Zeit nach Auflösung der Länder 1952, was nicht wirklich zusammenpasste. Möglicherweise wurde ihm als Parteimitglied mit den relativ aktuellen Beständen ein Vertrauensbonus gewährt, denn mit den Akten über die durchgeführte Bodenreform, aber auch über andere sensible Informationen (zum Beispiel die von den Kreisbehörden dokumentierten Übergriffe aus den Reihen der sowjetischen Truppen) kamen Vorkommnisse ans Licht, welche nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Neben den genannten Leitungskräften gab es sechs weitere Mitarbeiter: zwei ältere Diplomarchivare, zwei Schreibkräfte und zwei Magazinarbeiter. Alles in allem kam man auf insgesamt zehn Mitarbeiter.



Pförtner Störp neben dem Grundaktenberg, »Die Jungfrau« genannt, in der Eingangshalle zum Magazin, 1953/54

Friedrich Becks erste Dienstgänge führten ihn auf die Dachböden der Gebäude der damaligen und auch heutigen Landesregierung. Dort lagen massenhaft und ungeordnet Akten: etwa 3000 laufende Meter aus den sieben Jahren von 1945 bis 1952. Ein Mitarbeiter der ehemaligen Landesregierung, ein älterer Herr, bewachte das Gut, welches nicht außer Haus gelangen sollte. Das ein oder andere Mal lagen Schilder mit handschriftlich verfassten Aufschriften »Ministerium des Inneren«, »Ministerium für Justiz« oder »Ministerium für Wirtschaft« auf dem jeweiligen Bündel, denn es kamen Anfragen aus den Nachfolgebehörden der Bezirke, aus Potsdam, Frankfurt an der Oder und Cottbus, weil ihnen zu bestimmten Vorgängen die Akten fehlten. Der Obmann versuchte mühselig, angefragte Vorgänge aufzustöbern und auch eine grobe Ordnung herzustellen. Jene Vorbereitungen zur Übernahme der Akten in das Magazin der Orangerie, die übrigens erst 1955 in die Tat umgesetzt werden konnte, waren seinerzeit »das täglich Brot« von Friedrich Beck. Die Akten waren sehr fragil und anfällig, weil die Schrifträger unterschiedlichste Arten von Papier aufwiesen. Durchaus konnte man auf der Rückseite eines Dokuments ein auf Aktengröße zugeschnittenes Plakat aus der Zeit von 1946 vorfinden, was die Ressourcenknappheit jener Jahre beim Aufbau der Verwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone offenlegt.

Bald sollte es für Friedrich Beck zu einer belastenden Situation kommen. Dr. Neufeldt trug sich mit der Absicht, die DDR zu verlassen. Höchstwahrscheinlich spielte seine politische Herkunft, seine bereits erwähnte sozialdemokratische Babelsberger Abstammung, eine Rolle. Vielleicht auch seine ostpreußische Frau, die als Flüchtling in der Bundesrepublik Verwandte hatte. Davon berichtete er seinem Stellvertreter im Frühjahr 1954 vertraulich. An einem Juli-Abend wurde in engerem Kreise Abschied genommen. Im Wohnzimmer standen Kisten, auf denen die Gäste Platz nahmen. Ansonsten war alles leer, weil schon verpackt. Bei der Zusammenkunft herrschte eine gedämpfte Atmosphäre, beim Lebewohl umarmte man sich. Diese Erfahrung sollte ein Auftakt sein. Offiziell hieß der Vorgang »Republikflucht«. Als am darauffolgenden Montag Direktor Neufeldt seinen Dienst im Archiv nicht antrat, rief Beck den Archivinspektor beim Rat des Bezirkes Potsdam an. Fritz Wollny war am anderen Ende der Leitung. Nach kurzer Zeit erschien er vor Ort, um die Lage einzuschätzen und verabschiedete sich mit dem Versprechen, »sich darum zu kümmern«.

Im August 1954 rückte Friedrich Beck vom Stellvertreter zum kommissarischen Leiter des Brandenburgischen Landeshauptarchivs auf, was ihm in einem kurzen Schriftwechsel vom Leiter der Staatlichen Archivverwaltung Otto Meier mitgeteilt worden war. Sein Einstieg vollzog sich in einer innenpolitisch eher ruhigeren DDR-Phase. Schon kurz vor den Unruhen am 17. Juni 1953 gab es nach Gesprächen in Moskau einen taktisch gewählten »Neuen Kurs«. Der sah für die Bürger der DDR »eine Gesundung der Lage« vor, eine Entschleunigung in der vorangetriebenen Kollektivierung. Grotewohl »öffnete die Türen« und Ulbricht »praktizierte Zurückhaltung«. Auf Leitungsebene stellte sich heraus, dass der kommissarische Leiter über mangelnde Erfahrungen verfügte. Aufgaben und Kompetenzen eines Archivadirektors waren seinerzeit im Studium nicht behandelt worden, und berufliche Praxis fehlte. Auch die ersten Reden vor versammelter Mannschaft fielen ihm schwer. Man hatte ihn sozusagen ins kalte Wasser geworfen. Was lag nahe? Sich rasch Anleitung von älteren erfahrenen Direktoren zu holen: von Professor Flach in Weimar, Professor Kretschmar in Dresden, aber auch von dem etwas jüngeren Kollegen Gringmuth-Dallmer in Magdeburg, der ihm auch später ein guter Freund wurde. Helmut Lötzke, der damalige Leiter des Deutschen Zentralarchivs, kannte sich in Verwaltungsgeschäften gut aus. Dafür ließ Beck die regelmäßigen Treffen aller Archivadirektoren in der Staatlichen Archivverwaltung nicht ungenutzt.

Eines der größten Probleme, mit welchem sich Friedrich Beck zu Beginn seiner Leitungstätigkeit Mitte der Fünfzigerjahre im Archiv konfrontiert sah, war das der fehlenden Räumlichkeiten. Die beiden etwa 50 Quadratmeter großen Verwaltungsräume befanden sich, wie eingangs beschrieben, im West-

flügel der Orangerie. Friedrich Beck arbeitete in einem schmalen eigenen Zimmer, ohne Vorzimmer; seine Sekretärin saß mit den anderen jungen Mitarbeitern nebenan. Die Situation erinnerte an die von Jugendbrigaden in der DDR. Als Jugendbrigaden bezeichnete man kleine unkonventionelle Kollektive, die mit meist unter fünfundzwanzigjährigen »zukunfts zugewandten«, »fortschrittsfreudigen« Fachleuten besetzt waren. Der ideologisch geprägte Begriff wurde natürlich auch bespöttelt. Manch gravitatischer Direktor in der Archivalandschaft gebrauchte ihn für das Potsdamer Kollektiv lächelnd in diesem Sinne. In den gewohnten Beamtenlaufbahnen erreichte man bestimmte Positionen eben erst ab einem gewissen Alter; Direktor wurde man in der Regel nicht vor dem Erreichen des fünfzigsten Lebensjahres. Im mit Holzregalen bestückten Magazin in der ehemaligen Pflanzhalle drängte sich nun das Technische Personal des Archivs und das des Deutschen Zentralarchivs, nahm die Bestände entgegen und befasste sich mit dem Ordnen. Für das Überführen der Bestände konnte man sich vom Zentralarchiv den hauseigenen Lastkraftwagen ausleihen, was vorher zu beantragen war. In einer gebildeten langen Reihe, an dessen Spitze der Leiter Beck stand, warteten alle Mitarbeiter – ob Männer oder Frauen – auf den Lastkraftwagen mit seiner Aktenfracht. Man warf sich Bündel um Bündel einander zu, um diese einzulagern.

Nun sollte ein Glücksfall eintreten: Das Zentralarchiv erhielt aufgrund seiner herausgehobenen Bedeutung ein Gebäude in der damaligen Stalinallee nahe der Glienicker Brücke. Dort residierte die sowjetische Militäradministration mit einer Dienststelle bis zur Beendung des Besatzungsstatutes 1953. Dadurch gewann das Brandenburgische Landeshauptarchiv für die ihm zuwachsenden neuen Bestände große Mengen Magazinraum. Man erinnere sich an die der Ständearchive, die den Ursprung des Archivs bildeten. Übernommen wurden unvorbereitet und sozusagen aktuell alle Registraturen der Provinzial-/ Landesregierung Brandenburg (1945 bis 1952), etwa 3000 laufende Meter. Hinzu kamen etwa 4000 laufende Meter des ehemaligen brandenburgischen Provinzialarchivs aus der Kriegsauslagerung, Bestände aus der Zeit der preußischen Monarchie, aus der Weimarer Republik und NS-Zeit, die nun außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem lagen. Auf Wunsch der neuen Bezirksbehörden der DDR wurden die ausgeräumten enorm großen Registraturen der aufgelösten Regierungen Frankfurt und Potsdam eingebracht. Allein die Potsdamer hatte um die 4000 laufende Meter. Die genannten Zahlen zeigen, in welcher Größenordnung Hinterlassenschaften immer noch vorhanden waren und übernommen werden mussten. Dafür waren Magazine bereitzustellen.

Mit der Übernahme der ausgelagerten Bestände des ehemaligen Brandenburgischen Provinzialarchivs in das Brandenburgische Landeshauptarchiv

eröffnete sich eine einmalige Gelegenheit, die lange schon angestrebte Autonomie zu erreichen. Die dazugehörigen Findbücher – sogenannte Repertorien, schriftliche Verzeichnisse von Archivalien eines Archivs – waren jedoch nicht mitausgelagert worden, sondern im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem, im Westsektor der Stadt, verblieben. Sie hatten auch das Kriegsende überlebt. Auf mehrmalige schriftliche Anfragen, jene Findbücher dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zur Verfügung zu stellen, kam keine einzige Antwort. Dabei kannte man sich. Bis 1961 war es zu Begegnungen auf den gesamtdeutschen Archivtagungen gekommen. Beck nahm schließlich die Sache persönlich in die Hand und fuhr nach Dahlem, wo es für die Reste der verbliebenen brandenburgischen Akten einen Betreuer Dr. Berthold Schulze gab. Eine ihm im Vorfeld als etwas eigenartig geschilderte Persönlichkeit empfing ihn mit den Worten: »Wissen Sie, Herr Beck, wir können das hier ganz kurz machen. Dem Dieb gibt man nicht noch die Schlüssel in die Hand!« Beck war mitnichten ein Dieb. Er kehrte unverrichteter Dinge von seiner riskanten, da eigenmächtig durchgeführten Mission wieder heim und erschloss mit seinen Mitarbeitern die Bestände nun zum zweiten Mal.

Zum Zuständigkeitsbereich des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam gehörte nun auch das Landesarchiv in Lübben, welches von keinem wissenschaftlichen Archivar, jedoch von einem in der Landesgeschichte sehr erfahrenen Mann betreut wurde. Dr. Rudolf Lehmann war ein führender Regionalhistoriker der Niederlausitz, erkonservativ und recht eigenwillig, ursprünglich Studienrat, aber einer, der nach 1945 seine Position verlor. Otto Korfes hatte ihn auf die Lübbener Stelle berufen. Lehmanns kenntnisreiche Reife stand Becks Fachausbildung ohne Praxis gegenüber. Der Umstand rief bei Beck ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl hervor. Als väterlicher Berater verstand es Rudolf Lehmann durchaus, Beck Anreize für Publikationen zu geben, gab ehemalige Vorhaben der alten Historischen Kommission in Brandenburg an ihn weiter. Um es an der Stelle vorwegzunehmen: Die freundschaftliche Beziehung hielt sich trotz mehrerer Brüche bis zu Rudolf Lehmanns hochbetagtem Lebensende 1984. Verwerfungen waren durch den schicksalhaften Werdegang des Landesarchiv Lübbens, wovon noch die Rede sein wird, hervorgerufen worden. Lehmann plante »wohlmeinende« landesgeschichtliche Veröffentlichungen zum Niederlausitzer Adel aus dem Lübbener Ständearchiv, welche der Staatlichen Archivverwaltung verständlicherweise ein Dorn im Auge waren. Lehmann gab sich immer wieder unbeeindruckt und publizierte seine Manuskripte dann in Westdeutschland, wohin er 1964 auch übersiedelte. Beck, per Parteibeschluss selbst gemäßregelt, versuchte als sein übergeordneter Leiter, der sich dem Wohl aller Mitarbeiter verpflichtet fühlte, die entstandenen Loyalitätskonflikte mit Kompromissvorschlägen auszugleichen. Er selbst hatte

sein eigenes Berufsleben im ehemaligen Provinzialarchiv zu sichern, stand unter Zugzwang, nämlich den weiteren Auf- und Ausbau des Landeshauptarchivs als gleichwertiges Mitglied unter den übrigen Landeshauptarchiven voranzutreiben. Das führte nach Lehmanns Weggang zur Übernahme der Bestände des Niederlausitzer Ständearchivs 1958 in das Landeshauptarchiv.

Es ist an der Zeit, auch von den Verlusten in Kriegs- und Nachkriegszeit zu sprechen. Im Lande verstreut befanden sich noch Überreste von Guts-, Herrschafts- beziehungsweise Adelsarchiven. Bereits nach Gründung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs wurde zumindest mit deren Registrierung begonnen, wie es bereits das Provinzialarchiv begonnen hatte. Das Motto war: »Wo ist noch etwas?« Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit hatte sich Friedrich Beck mit Thermoskanne und Stullenpaket auf den Weg zum Gut der Familie von Redern in Greiffenberg in der Uckermark gemacht. Er wollte einem Hinweis nachgehen, der Archivalien vermutete. Da sich meist Lehrer um die Kirchen- und Adelsarchive gekümmert hatten, war Beck in Erwartung einer Zusammenkunft mit einem älteren Angehörigen der Lehrerzunft des Ortes. Den traf er nicht an, sondern einen von den begeisterten Neu- oder Junglehrern, die trotz mancher Kritik seinerzeit viel leisteten. Beck wies sich dem etwa Gleichaltrigen gegenüber aus, in wessen Auftrag er komme, und beschrieb ihm, »gern das Gutsarchiv der Familie von Redern übernehmen zu wollen«. »Det Jutsarchiv?« »Ja, das Gutsarchiv.« »Nee, det ham wa entsorgt. Det wurde in eenen Hohlweg jebracht und zueschüttet.« »Können wir die Stelle bitte gemeinsam besichtigen?« »Klar.« An besagter Stelle waren inzwischen Gras und Birken gewachsen. Beck wusste, dass es zwecklos war, Grabungen durchzuführen. Mit der Zeit gelang es dennoch, eine Reihe von ansehnlichen Beständen ehemaliger Gutsarchive sicherzustellen. Unter ihnen befindet sich das bedeutende des Grafen von Arnim-Boitzenburg in der Uckermark oder das der Familie von der Marwitz in Friedersdorf im Oderbruch. Dr. Lehmann hatte in der Niederlausitz mit dem Fahrrad erste Erkundigungen eingezogen. Mit feinem Gespür war es ihm gelungen, die Archive der Grafen von Lynar in Lübbenau und von der Schulenburg in Lieberose sowie von Pückler in Branitz ausfindig zu machen. Es kam auch immer darauf an, wie unbehelligt die Archive geblieben waren, denn in der sowjetischen Besatzungszone wurden die Güter aus der Not geboren jedes Kämmerchen nutzend mit Flüchtlingen belegt, so eben auch die darin befindlichen Archive. Darüber hinaus riss man in Ermangelung an Papier für die Schulkinder leere Seiten aus den Akten, um dann schließlich doch die Schiefertafeln wiedereinzuführen. Selbst den Urkunden wurden die Siegel aus Wachs abgeschnitten, um sie für Kerzen einzuschmelzen. So ist man auch im Nachhinein nicht berechtigt, Vorwürfe zu erheben. Aufgrund dessen waren die Archivare gefordert, schnell zu handeln,

zumal das Brandenburgische Landeshauptarchiv als Neugründung gegenüber den Archiven der anderen Länder keine Zeit zu verlieren hatte.

Als Landeshauptarchiv nahm es ebenso Bestände gefährdeter Stadtarchive an. Die alten einst zuständigen Lehrer waren zum Großteil suspendiert worden und die Archive leitungslos. Wenn – wie in mehreren Städten Brandenburgs – kein Betreuer mehr vorhanden war, mussten die Bestände depositarisch übernommen werden. Wenn es gut ging, hatten die Akten auf den Dachböden gelegen, welche nicht in Flammen aufgegangen waren. Schlecht war es, wenn sie in feuchten Kellern faulend ausharrten. Die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck hatten als Bombenziele der Alliierten in der Kriegszeit ihre Archive – ebenso wie das Geheime Staatsarchiv – in die Schönebecker und Staßfurter Salzstollen verlagert. Von den Sowjets beschlagnahmt und in die UdSSR verbracht, wurden die Bestände der drei Stadtarchive nach deren Rückgabe nach Potsdam überführt. Auch IfA-Student Friedrich Beck beteiligte sich an groben Ordnungsarbeiten. Es war festzustellen, was zum vollständigen Bestand aus »Ljubeck« oder zu den Teilbeständen aus »Gamburg« und »Bremen« (in kyrillischen Buchstaben auf den Aktendeckeln notiert) zählte. Nach der kurzzeitigen Zwischenlagerung belegten sie etwa dreißig Regale Stellfläche in der Orangerie. Der inzwischen zum kommissarischen Leiter erhobene Beck empfing Abgesandte aus den genannten westdeutschen Städten, die unter vorheriger Anmeldung und seiner Aufsicht das Magazin betreten, die Unterlagen sichten und für sich ordnen durften. Die Registriernummern und die Akten an sich waren ihnen ja bekannt. Diese Besuche fanden in Abstimmung mit der damaligen Staatlichen Archivverwaltung statt, was schon wenige Jahre später nicht mehr möglich gewesen wäre. Mit dem Lübecker Stadtarchivar Ahasver von Brandt, wie Beck ein passionierter Hilfswissenschaftler, entspann sich eine Freundschaft. Er nahm dann auch hin und wieder bei den Becks Quartier.

Die Raumnot hatte sich durch den Auszug des Zentralarchivs als auch einiger Orangerie-Mieter, die in damals heiß begehrte, frisch fertiggestellte Wohnungen der Arbeiterwohnungsbau-Genossenschaft zogen, vorerst entspannt. Nachdem Familie Beck – Margot Heisig und Friedrich Beck hatten nach ihrer Verlobung im August 1954 geheiratet – beim hiesigen Wohnungsamt erfolglos geblieben war, bekam sie den Zuschlag für den Bezug der rund 150 Quadratmeter großen ehemaligen Oberbürgermeister-Wohnung Dr. Arno Rauschers. Sie befindet sich im Westflügel der Orangerie / Südseite und ist mit ansehnlichen Zimmern, Doppeltüren mit Messingknäufen, Parkett, Balkon und einer riesigen Diele ausgestattet. Heute steht die Wohnung übrigens leer und verfällt. Von der Diele gingen damals auch ein Dienstzimmer und der Kulturraum des Brandenburgischen Landeshauptarchivs ab, was dazu führen konnte, dass angeütete Herrschaften bei ausgelassenen Betriebsfeierlichkeiten

schon mal im Kühlschrank vom Chef auf der Suche nach Saurem stöberten. Die freigewordenen Wohn- und Verwaltungsräume wurden aber auch vom Archiv selbst umgehend in Beschlag genommen, wozu der oberste Hausherr der Orangerie, Generaldirektor der Staatlichen Verwaltung Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci, seinerzeit der redegewandte charismatische Kunsthistoriker Dr. Willy Kurth titelte: »Das Archiv breitet sich wie ein Ölfleck aus!« Es konnte nun auch ein Lesesaal im Westflügel der Orangerie eingerichtet werden. Die entsprechenden Akten wurden auf Karren (bei Regenwetter abgedeckt) aus dem Ostflügel in den Westflügel geschoben! Man erkennt, wie schwierig die Bedingungen aufgrund der verstreuten Örtlichkeiten waren. Gegen Licht und Wärme, Förderer des allzu raschen Vergilbens und Mürbewerdens von Papier, schützten große Vorhänge aus Leinen, welche vor die riesigen Fensterfronten gespannt wurden. Es war eine der ersten Beckschen Amtshandlungen. Jedes Aktenpaket erhielt eine Schürze, worauf in alter preußischer Tradition seine Bestandsbezeichnung mit der laufenden Lagerungsnummer verzeichnet war. Aber dessen nicht genug, auch das Orangerie-Dach leckte bei Regen, sodass Eimer und Wannen untergestellt werden mussten. Zudem barg die mit Kohlen zu fütternde Heizungsanlage im hinteren nördlichen Teil der Halle Gefahren, die durch Brandschutztüren gebannt werden mussten. Ein wachhabender Polizeimann und ein hauseigener Zivilwächter kontrollierten die Sicherheit der Einrichtung, aber auch die Einhaltung der Dienstanweisungen durch die Mitarbeiter.

Die Flut von Akten musste auch für die amtliche Nutzung und die wissenschaftliche Forschung erschlossen werden. Hier kam der Stellenplan ins Spiel, und der sah insgesamt zehn Mitarbeiter vor, nach dem Weggang von Dr. Neufeldt waren es neun. 1956 war Friedrich Beck von Paul Schwabe, dem Personalfunktionär und der rechten Hand von Leiter Otto Meier, regulär als Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs berufen worden, seine kommissarische Zeit endete. Kollege Dr. Wolfgang Eger, gebürtiger Vogtländer, hatte 1957 dem Archiv und danach der DDR den Rücken gekehrt, um eine Stelle als Leiter des evangelischen Landeskirchlichen Archivs in Speyer in der Pfalz anzunehmen. Für ihn rückte ein IfA-Kursteilnehmer, der ursprünglich aus Dresden stammende und kurzzeitig nach Schwerin und Weimar verpflanzte Hans-Joachim Schreckenbach, nach. Sein Schicksal macht betroffen. Von einem Flakhelfereinsatz bei den mitteldeutschen Benzinwerken heimkehrend, hatte er in der Bombennacht vom 13. Februar 1945 vor seiner Stadt gestanden und konnte das Flammeninferno, in dem seine Mutter und sein Bruder verbrannten, nicht mehr betreten. 1958 stand der Direktor mit seiner Belegschaft vor etwa sechzehn- bis siebzehntausend laufenden Metern an Beständen, eine derartig hohe Zahl, was die berechtigte Frage aufwarf, wer das alles bearbeiten sollte. Zuerst einmal mussten Findbücher erarbeitet werden. Jeder einzelne

Aktenband eines Bestandes, beispielsweise einer Behörde und deren Abteilungen, war mit seinem Titel zu verzeichnen. Nur auf diese Weise konnte in dem Wust von Papier Ordnung hineingebracht werden. Bei Anfragen von Forschern für Publikationen oder Dissertationen sind diese Bezeichnungen und Signaturen notwendige Voraussetzung, um sie als wissenschaftliche Belege geltend machen zu können, so auch für die Angaben in den Fußnoten. Um für eine Akte ohne Titel einen Titel bilden zu können, muss man Kenntnisse in Geschichte haben. Sie sind die Grundlage dafür, Akten in den jeweiligen historischen Zusammenhang einzuordnen.

Eines Tages im Jahr 1958 traf ein Beauftragter der Kontrollabteilung des Ministeriums des Inneren im Archiv ein. Er inspizierte seinerzeit alle Landesarchive der DDR und stellte sich ebenso in der Orangerie vor. Er berichtete, dass er in Weimar und Dresden wohlsortierte Archive vorgefunden habe, und hoffe, dass dies auch hier der Fall sei. An dieser Stelle bremste ihn Beck im Redefluss und erörterte, dass das vollkommen im Aufbau begriffene Archiv nicht mit jenen jahrhundertealten geordneten und verzeichneten Archiven vergleichbar sei. Der Gast stutzte. »Bitte beachten Sie zudem, dass man anhand eines Stellenplans, der neun Mitarbeiter vorsieht, keine siebzehntausend laufende Meter bearbeiten kann.« Um dem Gesagten Nachdruck zu verleihen, bat Beck seinen Besucher ins Magazin. Als ihm die Glastüren geöffnet wurden, staunte er. »Ist das alles aus Holz?« Beck erläuterte ihm, wie es dazu gekommen war. In der zentralen Vorhalle zwischen den beiden Flügeln türmte sich in der Mitte ein etwa drei Meter hoher Berg von Akten, intern scherzhaft »die Jungfrau« genannt, der mit Leitern bestiegen wurde. Er bestand aus Grundakten. Um fremde Mitbenutzer des Magazins möglichst fernzuhalten, hatte Beck sie übernehmen lassen. Grundakten wurden in der DDR keine große Bedeutung zugemessen, denn Grundeigentum besaß lange nicht mehr den Stellenwert, welches es zuvor hatte oder nach 1989/90 zurückerhielt. Aber es waren historische Dokumente, nicht nur die Grundakten selbst, auch die Grundbücher der Grundbuchämter der Amtsgerichte. Sie gingen bis ins 18. Jahrhundert zurück, was für ökonomische und sozialgeschichtliche Forschungen interessant war. Leider fehlten die Bestände der nun abgetrennten Ostgebiete der ehemaligen Provinz Brandenburg, welche entweder willkürlich oder bei den grausamen Kämpfen um die Städte mit untergegangen waren. Das machte sich nach 1945 bei Ansprüchen an Polen bemerkbar, wie beispielsweise in Königsberg in der Neumark, wo nur noch Stadtmauer und ein paar Kirchtürme in den Himmel ragten. Vor jenem Berg von Grundakten fragte sich der Beauftragte nun, was das sei. »Das sind unsere Neuzugänge. Die werden sicherlich noch Jahre hier liegen«, erklärte ihm Beck. »Mit unserer kleinen Belegschaft ist das gar nicht anders zu bewerkstelligen.« »Das muss alles noch geordnet und verzeichnet werden?« »Ja,

sicher.« Beck hatte seinem Besucher allerdings absichtlich vorenthalten, dass die Grundbuchnummern vorhanden waren. Anhand derer konnte das technische Personal den Bestand ordnend ablegen. Die Strategie war aufgegangen: Binnen kurzer Zeit erreichte Beck ein neuer Stellenplan. Mit ihm kamen für die wissenschaftliche Ebene zwei Neuzugänge: der Mecklenburger Dr. Rudolf Knaack sowie Dr. Gebhard Falk aus dem vogtländischen Plauen. Außerdem zehn weitere Mitarbeiter des mittleren gehobenen Dienstes, Absolventen der Fachschule für Archivwesen mit durchaus gediegenem Wissen, zudem 27 technische Angestellte: für den Magazindienst, für die Fotowerkstatt, die Buchbinderwerkstatt, die Bibliothek sowie ein Hausmeister, Reinigungskräfte und Fahrer für Pkw/Kleintransporter, sodass man ad hoc auf 48 Mitarbeiter angewachsen war. Das Brandenburgische Landeshauptarchiv stand bis zu diesem Zeitpunkt unter der Verwaltung des Zentralarchivs. Dazu zählte übrigens auch, am bereitgestellten Mittagessen im Ostflügel der Orangerie teilnehmen zu dürfen. Das funktionierte gut, die Köche mühten sich redlich. Mit der Stellenaufstockung kam es zu einem *eigenen* Haushalt mit einem *eigenen* Verwaltungsleiter und einer *eigenen* Haushaltsführung. Damit war erreicht, was man durchaus als gesetztes Ziel bezeichnen darf: eine Niveauangleichung an die der großen Landeshauptarchive der DDR.

Des Direktors Tagesablauf hatte natürlich Struktur. Zu Anfang war es unter den Archivdirektoren üblich, *nicht* der Erste im Archiv zu sein. Das änderte sich Ende der Fünfzigerjahre mit dem neuen Leiter der Staatlichen Archivverwaltung Karl Schirdewan. Ein Dienstbeginn 7.15 Uhr wurde für alle einheitlich festgelegt. Beck startete den laufenden Regelbetrieb mit seinem morgendlichen Rundgang, begrüßte nacheinander seine Abteilungsleiter und Verwaltungsmitarbeiter. Diese konnten ihrem Vorgesetzten ungefiltert mitteilen, was gelang und wo es hakte. Dann wandte sich Beck der eingegangenen Post zu, was seine zweite Amtshandlung war. Nach Kenntnisnahme der Angelegenheiten wurden die Anfragen den Abteilungen zur Bearbeitung zugeordnet. In der Einarbeitungszeit traten mit den Aktenplänen und der Ablage in der Registratur hin und wieder Probleme auf. Man suchte, ohne zu finden. Später war das reibungslose Heraussuchen in Fleisch und Blut übergegangen. Nachdem die Sekretärin die aktuelle Post wieder abgeholt hatte, ging Beck regelmäßig ins Magazin, um nach dem Rechten zu sehen. Bei der Wache wurde der Polizist pro forma nach Vorkommnissen befragt, die Telefonistin begrüßt. Dann suchte er seine technischen Mitarbeiter auf, die als unausgebildete, aber durchaus fähige Kräfte Akten verzeichneten, beispielsweise diejenigen der großen Bestände aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert der beiden Regierungen Potsdam und Frankfurt. Da sie selbst noch Sütterlinschrift in der Schule gelernt hatten, war das unproblematisch. Ihnen ist es zu verdanken, dass ein Teil der Bestände

in Findbücher übernommen wurde. Die Akten der preußischen Kriegs- und Domänenkammern aus dem 18. Jahrhundert bearbeiteten die auch in älterer deutscher Schrift ausgebildeten Diplomarchivare. Die Nachmittage behielt sich Beck für wissenschaftliche Tätigkeiten vor, wenn sich keine Gäste aus der Staatlichen Archivverwaltung oder vom Rat des Bezirkes angekündigt hatten.

Jene Tätigkeiten betrafen unter anderem eigenes Verzeichnen. Die archi-
vische Verzeichnung ist ein wichtiger Teil der Erschließung, bei der wesentliche
Inhalte von Akten oder Karten und Plänen präzise erfasst werden. Mit der Ver-
zeichnung wird dem Benutzer ein rascher Zugang zu Informationen ermöglicht.
Friedrich Beck verzeichnete im Magazin das Archiv des Fürsten Pückler-Brantz
sowie einen Bestand des Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg. Es handelte
sich dabei um die Verwaltungsspitze beider Regierungen, die flächendeckend
die Provinz abdeckten. Jede preußische Provinz war mit einem Oberpräsidenten
und mehreren Regierungspräsidenten von regionaler Wirksamkeit ausgestattet.
Was Beck ein Leben lang begleiten sollte, war das Regestieren von Urkunden.
Es hatte zum Ziel, dass das Brandenburgische Landeshauptarchiv eines Tages
ein eigenes Urkundeninventar herausgeben werde. Beim Regestieren wird der
Inhalt einer Urkunde, der ja zum Teil in lateinisch, mittelnieder- beziehungs-
weise frühneuhochdeutsch verfasst ist, in eine moderne Darstellung übertragen.
Das geschieht nach einem bestimmten Schema. Um ein Datum festzustellen,
bedarf es der Chronologie. Da hieß es beispielsweise: »Drei Tage nach Johannes
im 67.« Das Standardwerk Grotefend kann zur Zeiterrechnung des deutschen
Mittelalters und der Neuzeit bei der Begriffsklärung »Johannes« helfen. Zuerst
aber sollte anhand der Schrift das 67. Jahr – 1467 bzw. 1567 – bestimmt werden.
Nach Becks Pensionierung erschien 2001 das dreibändige Werk beim Berliner
Wissenschaftsverlag. Seine erste Veröffentlichung war die Herausgabe einer
Festschrift zum 65. Geburtstag von Dr. Rudolf Lehmann – formal eine Dar-
stellung, eine gegliederte Zusammenbringung von fünfzehn wissenschaftlichen
Beiträgen und Beiträgern und mit Becks Abhandlung über die Endphase der
Niederlausitzer Stände.

Auf der Grundlage des neuen Personalschlüssels von 1958 beriet sich
Friedrich Beck mit seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern, um auf der Basis
der vorhandenen Bestände die bisherige Verwaltungsstruktur des Archivs zu
reformieren. Die 1953 gebildeten drei Abteilungen hatten mit der vorgenom-
menen Untergliederung in untere, mittlere und obere Behörden die Bestände
gesplittet. Das hatte zur Folge, eventuell auch geschichtliche Wirklichkeit
und daraus resultierende Zusammenhänge auseinanderzureißen. Becks erste
Überlegungen betrafen eine Änderung der Struktur, sowohl für die Verwaltung
des Archivs als auch für dessen Bestände. Er wollte sie nun auf historische
Entwicklungen beziehungsweise auf historische Etappen festlegen. Eine erste

Etappe führte vom Spätmittelalter bis zu den großen preußischen Reformen 1808/15, mit Einschluss der Reformen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. und ihrem Aufbau der preußischen Verwaltung. Sie enthielt auch die bis ins späte Mittelalter zurückgehenden Guts- und Herrschaftsarchive. Diese Etappe wurde als Abteilung 1 unter die Leitung von Dr. Lieselott Enders gestellt. Friedrich Beck behielt sich im Einverständnis mit seiner Kollegin vor, den ihm auf den Leib geschnittenen Urkundenbestand daraus zu übernehmen. Zur zweiten Etappe = Abteilung 2 gehörten dann die Bestände der preußischen Provinz Brandenburg ab 1813/15 bis 1945 mit dem Oberpräsidenten und den beiden Bezirksregierungen und Kreisbehörden. Die mittleren Behörden wurden auf Dr. Gebhard Falk – Regierungspräsidium Frankfurt und die Niederlausitz – und Dr. Rudolf Knaack – Polizeipräsidium Berlin und Regierungspräsidium Potsdam – aufgeteilt. Im Hinblick auf die politische Bedeutung war dies der wichtigste Bestand, da die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch das Polizeipräsidium Berlin ein Hauptgebiet der DDR-Forschung darstellte. Die stark dezimierten Bestände der zwölfjährigen NS-Zeit gehörten dazu. Belastendes Material war vielfach vernichtet worden, was 1989/90 ebenso geschah. Als letzte und dritte Etappe und damit Abteilung 3 unter der Leitung von Hans-Joachim Schreckenbach zählte die Neuzeit, in der die Bestände der Provinzial- und Landesregierung von 1945 bis 1952 den Grundstock bildeten. Eine besondere Kartenabteilung gab es auch. Die Zukunft des Archivs waren Zugänge aus den drei Bezirksräten Potsdam, Frankfurt und Cottbus und aus der Wirtschaft, denn ab sofort fielen Bestände von staatlichen Betrieben in die Zuständigkeit des Archivs.

Hinzu kam, dass die Leiter der einzelnen Abteilungen gemeinsam Richtlinien: Ordnungs- und Verzeichnisgrundsätze erarbeiteten, um die Erschließung ihrer Bestände zu vereinheitlichen. Nach diesen Grundsätzen hatte sich jeder, der verzeichnete, zu richten. Es ging aber noch um einen weiteren Punkt, um die Auswertung der Bestände, um eigene Publikationen. Darauf zielte letztlich alles ab. Zu diesem Zwecke begann man frühzeitig an einer Übersicht zu arbeiten, welche eine Gliederung der im Archiv vorhandenen Bestände als Gesamtbestand in eben den beschriebenen Verwaltungsstrukturen widerspiegelte. Insofern wurden Erschließungsrichtlinien für alle mit der Aufgabe betrauten Mitarbeiter entwickelt, wofür man Vorbildern in Archiven wie Dresden und Magdeburg folgte.

Mit seinen Abteilungsleitern führte der Direktor monatliche Besprechungen durch, bei denen man die Arbeiten rückwirkend evaluierte und künftig beriet. Gegenüber der Staatlichen Archivverwaltung und den Räten der Bezirke, die gewisse Zuständigkeiten hatten, war Rechenschaft über Ergebnisse und die Planung abzulegen. Das Ganze wurde eingebettet in eine Erörterung der ak-

tuell gesellschaftlich-politischen Lage. Im Übrigen war das von allen Direktoren der Landesarchive gefordert und wurde eingehalten. Bei den Besprechungen in der Staatlichen Archivverwaltung waren dann meist ein- bis zweistündige Referate zu hören, deren Inhalte wiederum an die Abteilungsleiter weiterzugeben waren, um sie über die neuesten Aufgaben zu informieren. Ebenso hatte Friedrich Beck regelmäßig »ein Stelldichein« mit dem aus der Staatlichen Archivverwaltung entsandten Kontrollbeauftragten. Alle Jahre wieder war es im Dezember Zeit für die Planung und im Januar Zeit für das Schreiben des obligaten, etwa fünfzig Schreibmaschinenseiten langen, resümierenden und einem vorgegebenen Schema folgenden Jahresplanes und -berichts. Manches darin wie die mechanisch abgerufenen politischen Statements blieb Beiwerk, aber der erzieherische Wert des Evaluierens im eigenen Hause hatte durchaus positive Seiten. Auch hierfür brauchte Beck die Berichte seiner Leiter.

Neben den äußerst positiven Entwicklungen des Jahres 1958 gab es für Friedrich Beck und zahlreiche Archivare auch eine negative: Professor Willy Flach verließ im Januar die DDR. Er war er an die Universität Bonn berufen worden, um dort eine Professur für Historische Hilfswissenschaften und Landesgeschichte anzunehmen. Bis dahin hatte er als Koryphäe wesentlich dazu beigetragen, die archivalischen Überlieferungen zur Kulturgeschichte Weimars zu bewahren, sie vor allem zahlreichen Forschern zur Verfügung zu stellen. Sein archivpraktisches Vorgehen hatte zur Folge, dass das Goethe- und Schiller-Archiv erstmals komplett erschlossen werden konnte. Flach prägte Literaturarchive im Ergebnis einer von ihm entwickelten Methodik im Umgang mit Dichternachlässen nachhaltig. Zwei Jahre vor seinem Weggang war er noch in die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig gewählt worden. Der aus Glauchau stammende und 1951 nach Marburg gegangene Professor Walter Schlesinger, ein guter Freund, war unter anderem Inhaber eines Lehrstuhls an der Freien Universität in Westberlin. Möglicherweise hat er ihm bei seiner Entscheidung zugeraten. Vor dem Eingang der Orangerie hatten sich Beck und Flach voneinander verabschiedet. Beck spürte, dass sein geschätzter Mentor einen Schlussstrich gezogen hatte. Flachs Vorstellungen erfüllten sich in Bonn jedoch nicht. Als fünfundfünfzigjähriger tief in seiner thüringischen Heimat verwurzelter Archivar gewöhnte er sich nur schwer ein, sah sich inmitten einer starken Konkurrenz und war seinen Leistungen gemäß nicht an eine der renommierten Universitäten in der BRD wie in Frankfurt am Main, Göttingen oder München berufen worden. Im März 1958 nahm er sich das Leben. In der DDR entbrannte daraufhin eine großangelegte Propaganda-Welle. Plakate an Berliner Litfaßsäulen zeigten sein Konterfei und klagten seine Abwerbung und seinen »Verrat« öffentlich an. Die Fallhöhe war hoch. Der Verlust sollte Friedrich Beck tief treffen.

Mit Karl Schirdewan (1958–65) eine neue Epoche für die Archive in der DDR, Zentralisierung statt Föderalismus, Entwicklung eines sozialistischen Archivwesens, unter Aufsicht und ab August 1961 in einer geschlossenen Gesellschaft, Walter Hochmuth (1965–1968)

Im offenbar bewegten Jahr 1958 hatte eine neue Epoche in der Staatlichen Archivverwaltung begonnen, die einschneidend und richtungsweisend für alle Archivdirektoren in der DDR werden sollte. Nach Otto Korfes und Otto Meier trat eine weitere historische Persönlichkeit an ihre Spitze. Im Februar überbrachte der Kraftfahrer, welcher zwischen dem Ministerium des Inneren und der Orangerie pendelte, ein Gerücht. Es besagte, dass Karl Schirdewan, der bis dahin in der Politik als Kronprinz von Walter Ulbricht gehandelt worden war, neuer Leiter der Staatlichen Archivverwaltung werden würde. Der Grund war seine »Fraktionstätigkeit« für eine politische Kurskorrektur in der Gruppe Karl Schirdewan, Alfred Oelsner und Ernst Wollweber. Das hatte zum Sturz geführt. Otto Meier war zwei Jahre zuvor schwer erkrankt und wurde von Dr. Karl Höhnel, einem Deutsch-Böhmen aus Prag, vertreten. Der Karrierist arbeitete an seinem Aufstieg, hatte dafür sämtliche Macht an sich gerafft und vertrat das Archivwesen der DDR auch international. Er hatte jedoch verschwiegen, dass er in der sudetendeutschen Henlein-Partei (»Fünfte Kolonne« Hitlers) und später in der NSDAP gewesen war. Auch die vorgenommene Germanisierung seines Namens in »Höhnel«, welcher nun süddeutsch klang, war bis zu diesem Zeitpunkt verborgen geblieben. Nach Schirdewans überraschenden Berufung kam seine Vergangenheit bei einer Kaderüberprüfung ans Licht. Höhnel glaubte, seinen Einfluss unter Schirdewan halten zu können, täuschte sich aber. Dem war sehr daran gelegen zu beweisen, die neue Dienststelle im Griff zu haben. Zu einer Degradierung kam es dennoch nicht, da man sich mit seinem einstigen Aushängeschild gegenüber der Bundesrepublik keine Blöße geben wollte. Deshalb wurde Höhnel Anfang der Sechzigerjahre immerhin zum Leiter des Staatsarchivs Leipzig bestellt. Vom Übergang der Landeshauptarchive in Staatsarchive im sozialistischen Zentralisierungsprozess wird noch zu lesen sein.

Karl Schirdewans Ernennung war tatsächlich eine Überraschung. Ein höchster Parteifunktionär »für die Zukunft« wurde auf eine hohe Archivposition »für die Vergangenheit« abgeschoben. Der Posten bot seinen Kontrahenten Honecker und Mielke, den Nutznießern seiner Verabschiedung, beste Voraussetzungen für Aufsicht und Kontrolle. Auf einer der Direktorenversammlungen wurde Schirdewan vom damaligen stellvertretenden Minister des Inneren vorgestellt und führte sich durch Besuche in den großen Archiven



Karl Schirdewan bei einer Beratung im Deutschen Zentralarchiv in der Außenstelle Merseburg, von links: Dr. Helmut Lötzke, Dr. Walter Nissen (sein 50. Geburtstag), Karl Schirdewan, Karl Höhnel, Friedrich Beck und Mitarbeiter, 1957

ein. Seinem anfänglichen Auftreten gab er einen kollegial-jovialen Anstrich, der Nichtraucher bot dem Kreis der rauchenden Wissenschaftler stets eine gut gefüllte Schachtel Zigaretten an. Die Dienstbesprechungen der Direktoren wurden dann auch von Berlin nach Griebnitzsee in ein Objekt der Staatlichen Archiverwaltung verlagert. Sie endeten ein ums andere Mal mit einem üppigen Mahl. Die Weinbrandsorte »Schirdewan« – ein Namensvetter – erhitzte die Gemüter der Runde und lud insgeheim zum Spötteln ein. Einwöchige Dienstreisen an attraktive Orte in der DDR wie nach Schierke im Harz oder nach Sellin auf Rügen dienten der positiven Einstimmung auf die künftige Zusammenarbeit. Der Leiter und seine Frau empfingen aber auch privat ihre Gäste im Haus des Dichterviertels der Berliner Vorstadt in der Nähe des Heiligen Sees: in der Böcklinstraße, wo die kinderreiche Familie lebte. Gespräche mit dem Ehepaar Beck waren durchaus persönlicher Natur.

Karl Schirdewan stammte aus Schlesien und war als Findelkind bei Pflegeeltern, in einem Waisenhaus und schließlich bei seinen Adoptiveltern in Breslau großgeworden. Auch in seiner Parteikarriere als KPD-Funktionär hatte er schwere Zeiten durchgemacht. Unter anderem arbeitete er in Hamburg am Aufbau der illegalen Führung der KPD mit, wo man ihn 1934 verhaftete und folterte. Nach drei Jahren Zuchthaus kam er in sogenannte Schutz-

haft und wurde in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Flossenbürg verlegt. Letzteres in der Oberpfalz war berüchtigt dafür, seine Häftlinge gesundheitlich in den Steinbrüchen zugrunde zu richten. Bei der Befreiung durch die Amerikaner konnte sich Schirdewan, schwer erkrankt, auf dem Todesmarsch in Richtung Dachau unter barbarischen Bedingungen nur noch zitternd und bei zwei Mithäftlingen untergehakt vorwärts schleppen. Sein Lebens- und Leidensweg, sein unerschütterliches politisches Bekenntnis und starker Charakter beeindruckten Beck sehr wohl. Doch dies war nur ein Bereich in der Begegnung mit dem geprüften Widerstandskämpfer. Im anderen Teil, im Zuge der gemeinsamen Arbeit in den folgenden Jahren, häuften sich Vorkommnisse, die seine stark autoritäre, mitunter auch verächtliche Art der Führung offenbarte.

Schirdewans relativ überschaubare, aber vieles verändernde Amtszeit von acht Jahren kann man als ursächlichen Beginn des Aufbaus eines sozialistischen Archivwesens nach dem Muster des sowjetischen zusammenfassen. Die geschilderte nachkriegsbedingte Entwicklungs- beziehungsweise Entscheidungsfreiheit in den Archiven unter der Führung von Otto Meier endete. Nun wurden die Archive gegenüber der Partei und dem Staat in die Pflicht genommen. Aufgaben, zuvor selbst festgelegt und ausgeführt, wurden durch sogenannte Maßnahmen ersetzt. Eine erste Maßnahme war die Bildung einer sogenannten Thesenkommission. Dr. Helmut Lötze und Dr. Botho Brachmann arbeiteten als Hauptträger – neben anderen – mit. Sie erforschten von ihnen geforderte Thesen als theoretische Grundlagen, mit dem Ziel, die Haltung der Archivare politisch-ideologisch zu durchdringen. Das hieß, jene zu erwerbende Haltung sollte sowohl die wissenschaftliche als auch die archivpraktische Arbeit beeinflussen. Das bedeutete auch, weltanschauliche Bekenntnisse machen zu müssen. Sie wurden erwartet. Wer einen nichtparteikonformen Standpunkt vertrat oder Verbindungen zur Kirche unterhielt, musste dafür büßen.

Eine andere Maßnahme bestand darin, verstärkt SED-Mitglieder in den Archiven zu verankern. Am 30. Juni 1960 waren zu diesem Zwecke – als vertrauliche Dienstsache behandelt – neue Kaderrichtlinien erlassen worden, um die soziale und politische Struktur der Kollektive zu verändern. Unter Schirdewan erhielt Beck erst einmal einen neuen Kaderleiter, der bisherige wurde abgelöst. Kaderleiter hatten dem Führungsanspruch der SED zu folgen und den Mitarbeitern »politisch-zuverlässig« und »fachlich-kompetent« zur Seite zu stehen. Es kam Arno Hausmann aus der Potsdamer Familie Hausmann, dessen Vater Adolf Gründungsmitglied der KPD in Babelsberg und ein verfolgter Antifaschist gewesen war. Doch Schirdewan hatte sich, was er sonst wenig tat, getäuscht. Statt eines straff auf Kaderlinie geeichten Mannes hatte er einen Schögeist geschickt, der später ein guter Freund wurde und dessen

Gedichte Beck gern las. Zudem arbeitete sich dieser rasch als Mitarbeiter in die Belegschaft des Archivs ein und war an der Beobachtung seines Leiters nicht interessiert, ganz im Gegenteil, ihre humanistischen Menschenbilder ähnelten sich. Sicherlich hing es auch damit zusammen, dass sich Hausmann zuvor nichts hatte zuschulden kommen lassen und nicht abgeschoben worden war. Spitzeleien fanden ja nicht selten vor dem Hintergrund zu verschleiender Vorkommnisse statt, worüber die Akten der Staatssicherheit mannigfaltig Auskunft geben. Nach seiner Mitarbeit in der Landesregierung, im Referat Kultur, war Hausmann freischaffend tätig gewesen. Die daran geknüpften finanziellen Risiken waren offenbar nicht mehr tragbar, weshalb er sich für diese (ihm nicht unbedingt liegende) Tätigkeit entschieden hatte. Die eingangs genannte Maßnahme sollte bewirken, dass sich Beck bei geplanten Neueinstellungen nun prinzipiell für SED-Mitglieder zu entscheiden hatte. Das konnte er zwar grundsätzlich nicht abwenden, wählte dafür aber »unempfindlichere« Einsatzgebiete wie den technischen Bereich aus. Auch Stellen für den mittleren Dienst wurden mit ihnen besetzt, aber nicht der Wissenschaftsbereich.

Eine der verschärften Kaderrichtlinien hatte auch die schriftliche Meldepflicht privater Westkontakte nach sich gezogen. Noch gravierender für den täglichen Ablauf war nach einer internen Strukturveränderung in der Staatlichen Archivverwaltung die neue Regelung, dass Anfragen ausländischer Benutzer, welche bisher an die Direktoren der Archive direkt gestellt worden waren, ab sofort zuerst an eine der beiden neugebildeten Abteilungen der Staatlichen Archivverwaltung gerichtet werden mussten. Von nun an gab es dort eine Abteilung »Wissenschaft«, die die Archive betreute, und eine Abteilung »Auswertung«, die angefragte Auskünfte aus dem nichtsozialistischen Ausland entgegennahm und die Archividirektoren dann mit deren Beantwortung beauftragte. Das war eine eingebaute Kontroll- und Zensurabteilung, die – wenn man dem Begriff folgt – mit Publikationen gar nichts zu tun hatte, sondern die Korrespondenzen der Direktoren zu überwachen suchte. Dabei gingen die Antworten mit dem Briefkopf der Archive nebst Unterschrift wieder über die Staatliche Archivverwaltung an die Benutzer hinaus. In erster Linie fragten westdeutsche und Westberliner Historiker, aber auch europäische und Wissenschaftler aus den USA an, die vor allem auf Bestände des Zentralarchivs aus der Reichszeit seit 1871 abzielten. Es betraf aber auch Bestände des Geheimen Staatsarchivs, die in Merseburg lagen und die gesamte preußische Entwicklung widerspiegeln, mit Ausnahme der Bestände des preußischen Militärs, welche während des Zweiten Weltkrieges auf dem Brauhausberg verblieben und dort 1945 verbrannt waren. Anfragen der Abteilung »Auswertung« hatte Beck in die Verantwortung seines Abteilungsleiters Gebhard Falk gegeben. Er konnte sich auf ihn und seine Mitarbeiter verlassen. Lediglich Falks lange



Studienreise nach Moskau, Kiew und Belaja Zerkow, von links nach rechts: Wolfgang Blöß, die beiden Damen (zweite von links und ganz rechts) sind sowjetischen Begleiterinnen, in der Mitte Friedrich Beck, Dr. Hartmut Ross, Dr. Meta Kohnke, 1960

Bearbeitungszeiten aufgrund penibler Quellenauswertung veranlasste die Archivverwaltung zu Mahnungen, die Beck zu überbringen hatte. Das Gelieferte war dann einwandfrei.

Für die Errichtung der beiden neuen Abteilungen war Friedrich Beck im Vorfeld als Leiter einer Kommission eingesetzt worden, die eine Vorlage für die Staatliche Archivverwaltung ausarbeiten sollte. Dafür wurden Studienreisen in die östlichen Bruderstaaten Polen und Sowjetunion unternommen. Die Zentrale Archivverwaltung in Moskau empfing die kleine Abordnung aus der DDR mit Krimsekt; in der Ukraine ging es mit gutem Cognac weiter. Die DDR-Archivare bestanden darauf, auch ein Archiv auf der Kreisebene – Rajon genannt – besuchen zu dürfen, dem stattgegeben wurde. Man fuhr nach Belaja Zerkow (ukr. Bila Zerkwa), nach Weißkirchen, einem unter Katharina II. gegründeten schwäbisch-deutschen Städtchen. In einer Konsumgaststätte wurde die Delegation mit Unmengen von Wodka begrüßt. Schirdewan hatte im Vorfeld der Reise den Hinweis gegeben, stets ein großes Stofftaschentuch mit sich zu führen, um die ununterbrochen ausgesprochenen Toaste mit den dazugehörigen »sto gramm« (hundert Gramm) zu überstehen. Hierhinein ließ man angeblich schnäuzend den Schnaps rinnen. Die jungen Kollegen der Kommission hatten sich rasch mit den ebenfalls jungen Archivarinnen aus der Ukraine angefreundet, was völkerverbindende Briefwechsel nach sich zog. Dennoch stand jene Kommission unter einem ungunen Stern. Denn das, was sie vorschlug, nämlich an der bestandsbezogenen Struktur festzuhalten, passte nicht zu den Plänen der Staatlichen Archivverwaltung, welche die Vorschläge ad acta legte.

Die Einstufungen von Vertraulichen Dienstsachen bis hin zu Geheimen Verschlussachen waren im selben Jahr ebenfalls neu festgelegt worden. Sie sollten dem Schriftgut mit Geheimhaltungsgrad eine erhöhte Aufmerksamkeit verschaffen. Karl Schirdewan hatte auch dafür eine Kontrollkommission eingerichtet, die die Archive regelmäßig bereiste und begutachtete. Dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zog er einen Parteigenossen aus dem mittleren Dienst ab, um ihn in jener Kommission zu installieren. Der Betreffende war durchaus willens: Die höhere Gehaltsstufe lockte. Vorhandene Schwachstellen im Archiv waren ihm bekannt, er suchte sie auch auszunutzen. So ein wunder Punkt waren ausgesonderte, nicht fachgerecht zerrissene Unterlagen, Durchschläge von Schriften. Er hatte sie im Papierkorb aufgestöbert und wieder zusammengesetzt. Seiner »Prüfung« folgte ein Bericht. Danach hatten sich der Direktor und sein Kaderleiter bei ihrem Vorgesetzten in der Staatlichen Archivverwaltung zu verantworten. Nach gemeinsamer Auswertung des Sachverhaltes wurde eine Schreddermaschine angeschafft. Was hier im Rückblick simpel und fast dilettantisch anmutet, war aber ein

wesentlicher Eingriff in die bisherige Souveränität der Einrichtungen. Denn die Kontrollergebnisse aus sämtlichen Archiven wurden auch während der Direktorendienstbesprechungen offengelegt und ausgebreitet, was die Direktoren verunsicherte. Es entstand der Eindruck, stets und ständig über irgendetwas stolpern zu können. Misstrauen breitete sich aus.

Bis zum Mauerbau im August 1961 verließ eine ganze Reihe von Kollegen die staatlichen Archive der DDR. Es gab in jedem der großen Landeshauptarchive Abwanderungen. Am meisten war das Archiv in Weimar betroffen, aber auch das in Schwerin und Magdeburg. Interessanterweise betraf dies nicht nur wissenschaftliche Mitarbeiter, sondern auch deren Stellvertreter. 1960 gelangte diese belastende Situation zu ihrem Höhepunkt. Schirdewan hatte ausnahmsweise eine große DDR-Delegation, unter anderem mit den Direktoren und deren Ehefrauen, zum Stockholmer Archivkongress durchgesetzt. Margot und Friedrich Beck reisten gemeinsam nach Schweden. In diesem Zusammenhang setzten sich einige der Teilnehmer bei der Rückreise über Westberlin in die BRD ab. Um unbehelligt vom Osten in den Westen Berlins zu gelangen, durfte man nicht mit größerem Gepäck auffallen. Man hatte sich sowieso regelmäßig auszuweisen, zu legitimieren. Die Kontrollen fanden meist unterwegs statt. Eine Kontrollstelle befand sich in Großbeeren, an der Grenze von Brandenburg nach Berlin. Aber im Zuge einer Kongress-Teilnahme in Stockholm war Reisegepäck selbstverständlich.

Der starke Abgang wissenschaftlicher Archivare beschäftigte auch die Becks. Sie erwogen hierbei speziell die Frage, ob sie in direkter Nähe zur Staatlichen Archivverwaltung bleiben wollten. Das Brandenburgische Landeshauptarchiv und besonders das Deutsche Zentralarchiv standen als nahegelegene Standorte unter deren Aufsicht. Auch Schirdewans Führungsstil – des Funktionärs einer Kaderpartei – spielte eine Rolle. Er hatte erste spürbare Einengungen von Befugnissen durchgesetzt. Zum damaligen Zeitpunkt konnten sie in ihre Überlegungen noch nicht mit einbeziehen, dass Margots Bruder die DDR verlassen werde – unbeabsichtigt bei einem Verwandtenbesuch, dann jedoch bewusst auf der anderen Seite verbleibend. Jeglicher Umgang mit Westdeutschen und Westberlinern, selbst mit Familienangehörigen, wurde Geheimnisträgern nur wenige Jahre später untersagt. Tatsache war, dass die im Rentenalter angekommenen Eltern Friedrich Becks gebrechlich und gesundheitlich angeschlagen, der Vater schwerkrank, nicht zurückgelassen werden durften. Die Senioren konnten in jenen Nachkriegs- und Verstaatlichungszeiten mit ihrem Gasthaus, welches 1958 wieder einmal verpachtet werden musste, keine blühenden Geschäftsjahre verbuchen. Margot und Friedrich Beck leisteten finanzielle als auch praktische Hilfe, fuhren regelmäßig nach Thüringen. Aber das war es nicht allein. Auch die an Beck gestellte Aufgabe, das Archiv sowohl wissenschaftlich als auch in

menschlich enger Verbindung führen zu dürfen, ließ ihn die Bundesrepublik als Ort einer besseren beruflichen und persönlichen Verwirklichung nicht enger in Betracht ziehen. Schicksale weggegangener Kollegen waren ihm bekannt geworden, das von Professor Flach fand bereits Erwähnung, Dr. Neufeldt hatte mehrere Jahre warten müssen, um als Archivrat des Bundesarchives angestellt zu werden. Mit einer SED-Mitgliedschaft wäre eine Direktorenfunktion nicht mehr in Frage gekommen. Ausnahmefälle betraf Nicht-Parteimitglieder wie Dr. Manfred Hamann, Stellvertreter im Schweriner Archiv und nach längerer Wartezeit Direktor des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover. Dr. Gregor Richter aus Weimar war nach Baden-Württemberg gegangen, wurde sogar Präsident der Landesarchivverwaltung, wobei seine Konfessionszugehörigkeit nützlich war. Das waren aber Ausnahmen, viele andere sind über die Position eines Staatsarchivrats nicht hinausgekommen. Leitungspositionen waren nicht vorgesehen. Diese waren in festen Händen von Inhabern, welche sie seit 1933 innehatten. Damit waren die Würfel gefallen, die Entscheidung zu bleiben stand fest. Daran änderte sich auch nichts, als in der Nacht zum 13. August 1961 Westberlin mit Stacheldraht umzäunt wurde, was die Westberliner in den folgenden achtundzwanzig Jahren Inselleben mitunter als begrenzender erlebten als die Ostberliner, Potsdamer oder Märker. Nun stand die Mauer. Spätestens jetzt wurde klar, dass sich die Bleibenden in diesem Land einzurichten hatten.

Im Dezember 1963 kurz vor Weihnachten hatte Jenny Beck ihren Sohn über den eingetretenen Tod des Vaters benachrichtigt. Die Botschaft erreichte ihn einen Tag vor der letzten erscheinungspflichtigen Dienstbesprechung des Jahres. Friedrich Beck informierte seinen Vorgesetzten Karl Schirdewan telefonisch über das Ableben seines Vaters. Er wolle sofort zu seiner Mutter und Familie fahren. Er schicke Vertretung. Die Antwort – gleichermaßen Weisung – lautete hingegen: »Morgen ist Direktorendienstbesprechung!« Danach wurde der Hörer aufgelegt. Friedrich Beck fuhr zu seinen Angehörigen und nahm an den Vorbereitungen und an der Beisetzung seines Vaters teil. Mit gewisser Bange bezüglich der Reaktion auf seine dienstliche Widersetzung trat er die Rückreise nach Potsdam an. Es waren indes keine Konsequenzen gezogen worden, nichts geschah.

Wie ging es in den Archiven weiter? Die 1964 erschienenen neuen Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze, welche die eigenen der einzelnen Archive ersetzten und nun komplett vereinheitlichten, determinierten das sozialistische Archivwesen. An den Vorbereitungen hatte eine Fachkommission, in der Friedrich Beck mitarbeitete, unter der Leitung von Dr. Helmut Lötzke mehrere Jahre gearbeitet. Die Grundsätze bezogen sich in erster Linie auf die Ordnung und Verzeichnung des Aktenschriftgutes aus der

sozialistischen Epoche. In ihr gab es eine Sonderentwicklung. Anders als in der Bundesrepublik, deren staatlichen Archive keine privatwirtschaftlichen Akten beziehungsweise Bestände übernahmen, kam ein großer Prozentsatz solcher Bestände aus den volkseigenen Betrieben. Die Entwicklung der volkseigenen Wirtschaft verlief nicht geradlinig, mitunter chaotisch, es gab zahlreiche Veränderungen. Archivare hatten sich neben zu erwerbenden Kenntnissen vom Verwaltungsaufbau des Staates nun auch in fast alle gesellschaftlichen Gebiete, aus denen Überlieferungen in ihre Archive kommen sollten, einzuarbeiten. In Spezialgebieten wie zum Beispiel der Literatur hatten sich Literaturarchive herausgebildet. Es gab Akademiearchive usw. usf. In die Landeshauptarchive flossen alle relevanten DDR-Wirtschaftsbestände gemäß ihrer Sprengel. Hierfür war es zwingend, sich mit der Geschichte der Wirtschaft und ihren Institutionen zu befassen, mitunter auch mit Begriffen zu den Produkten, die sie bearbeiteten. Stahlkombinate hatten beispielsweise andere Bestände als Betriebe in der Leichtindustrie. Für die Erschließung, also für die Titelbildung und -bearbeitung, musste man Interna kennen.

An dieser Stelle soll ein interessantes und für die Archive unerlässliches Thema angesprochen werden, das der sogenannten Ablieferungs- oder Annahmepflicht. Jede Behörde hatte, wenn sie Akten zur Kassation, zur Vernichtung, freigeben wollte, vorher Listen von ihren Unterlagen einzureichen. Die Archive wählten diese unter Berücksichtigung ihrer Zuständigkeit und nach den geltenden Prinzipien für die Bildung und Abgrenzung ihrer Bestände entsprechend aus. Dafür gab es in der DDR Rahmendokumentationsprofile, die unter Leitung von Elisabeth Brachmann-Teubner in Bewertungskommissionen erstellt wurden. Jene Richtlinien – soweit es staatliche Bestände betraf – respektierten den zentralistischen Staatsaufbau und beruhten auf dialektisch-materialistischen Grundlagen und waren durchzusetzen. Mit ihnen erhielten die Führungs- und Leitungsorgane in den Ministerien im Staat die größte Aufmerksamkeit, während das Interesse bei den Bezirken und bei den Kreisen und Kommunen immer weiter nachließ. Dadurch ging viel Interessantes, was den täglichen Ablauf schilderte, verloren. Es kamen immer nur Leitlinien heraus, die von oben als obrigkeitliche Meinung nach unten durchgestellt wurden. Im Grunde genommen war es ein auf dem Kopf stehender demokratischer Zentralismus, denn eigentlich funktioniert Demokratie genau andersherum. Für die Städte und Kommunen waren eigene Bewertungen in Form von Listen vorgesehen. Die Abgaben nach der Liste waren im Umfang / in Prozent ausgedrückt sehr geringfügig und folgten nicht dem Wunsch, den Historiker immer formulierten, *alles* aufzuheben. Das kann man prinzipiell nicht, weil dafür nie ausreichende Magazinkapazitäten vorhanden sein werden. Insofern hatte man festgelegt, etwa 25 % aus den Ministerien zu übernehmen, von den

Bezirken etwa 10 %, und noch weiter unten lag man bei etwa 3 % oder bei 0 %. Hinzu kam der Aspekt, dass Altpapier in der DDR mit Kusshand genommen wurde. Der Schwerpunkt lag daher bei den Abliefernden eher auf der Kassation. Diskussionen zugunsten von Wertermittlung und -erhaltung für die Forschung und für staatliche Aufgaben wurden inzwischen geführt. Zudem ging und geht es in den Archiven nicht darum zu sammeln. Über diesen Aspekt wird in der Fachwelt schon länger diskutiert. Bibliotheken oder Museen tragen die Bestände nach ihren jeweiligen Sammlungskonzepten zusammen. Sie kaufen oder nehmen Schenkungen entgegen. Dem Archiv wachsen die Bestände zu. Wie eben geschildert, wurde die Archivwürdigkeit von Archivgut stets festgelegt. Was ein Archiv aufbewahrt, bestimmen letztlich die bestehende Gesellschaftsform in ihrem Aufbau und mit ihren Wertekriterien sowie auch die Forschungsschwerpunkte ihrer Historiker. So hatten die Archive – sozusagen als Endstation von Überlieferungen – in Deutschland beginnend im 8. Jahrhundert zuvörderst die Aufgabe, Besitzstände, also Rechtszustände in Form von Urkunden zu sichern und auch geheim zu halten, seit dem 15./16. Jahrhundert in Form von Akten, bis sie schließlich im 19. Jahrhundert vorrangig der Geschichtsforschung und -schreibung dienten, um in heutigen Tagen dem Informations- und Dokumentationszeitalter Folge zu leisten.

Die Archive in der DDR erfuhren ab 1965 eine Umstrukturierung: Neben den großen Landesarchiven entstanden aufgrund der gebildeten Bezirke mehrere neue Staatsarchive mit einer neuen Archivverordnung. In Thüringen änderte sich nicht viel. Aufgrund der früheren Einzelstaaten gab es Archive in Meiningen für den Bezirk Suhl, in Rudolstadt für den Bezirk Gera, in Weimar das ehemalige Landeshauptarchiv für den Bezirk Erfurt. Sachsen hatte drei: in Dresden, Leipzig, Chemnitz. Mecklenburg als Küstenbezirk, der aus militärisch-strategischen Gründen von der Oder bis zur westdeutschen Grenze als Bezirk Rostock gebildet wurde, hatte zwei: das Archiv in Greifswald (mit Archivalien des ehemaligen Stettiner Provinzial- und Staatsarchivs), in Schwerin wurde das alte Landeshauptarchiv beibehalten. Diese neue Ordnung zielte darauf ab, das gewisse Machtmonopol der großen Landeshauptarchive einzuschränken, indem man sie zersplitterte: Teile und herrsche – ein altes Prinzip. In Brandenburg allerdings brachte man es zu keinen drei eigenen Staatsarchiven, sondern behielt das Brandenburgische Landeshauptarchiv. Man benannte es in Staatsarchiv Potsdam um. Es hatte jedoch Bestrebungen gegeben, ein Staatsarchiv für den Bezirk Cottbus zu gründen. Eben solche Vorstöße waren 1958 auch aus dem Landesarchiv Lübben gekommen. Rudolf Lehmann war bereits im Ruhestand. Sein Vertreter, ein staatlich geprüfter Archivar des mittleren Dienstes, plädierte für ein solches Archiv. Friedrich Beck war ihm insofern zuvorgekommen, indem er im gleichen Jahr wesentliche

Lübbener Bestände und die zugehörigen Findhilfsmittel – Lehmanns Lebenswerk – nach Potsdam hatte überführen lassen. Ein verletzender Affront, aber nach eingängiger Beratung taktisch vorausschauend. Wenn nämlich in Frankfurt ein solches Staatsarchiv entstanden wäre, hätte ein Teil der Bestände des eben geschaffenen Potsdamer Archivs dorthin abgegeben werden müssen. In Frankfurt hätte man auf die Bestände in der Neumark, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Polen übernommen worden waren, verzichten müssen, nicht aber auf die der kostbaren Bestände der Regionalbehörden der Neumark und der Niederlausitz. Sie wären zu übergeben gewesen, was Beck zu verhindern wusste. Alles, was im Brandenburgischen Landeshauptarchiv bisher so mühevoll zusammengetragen und aufgebaut worden war, wäre in erhebliche Teile zerfallen. Beck argumentierte im Sinne der erlangten Bedeutung seines Archivs, aus dem ein reichliches Drittel der Bestände wieder herausgelöst worden wäre, aber auch in Bezug auf die fehlenden Bauten in Cottbus und Frankfurt. Im Gegenzug bot er an, die Archivarbeit in den Bezirken auf der untersten Ebene zu betreuen, was eigentlich die Bezirksreferenten zu leisten gehabt hätten.

Aus fast allen Archiven, besonders aus dem Zentralarchiv, verlautete mehr und mehr, dass Karl Schirdewan als Vorgesetzter nicht mehr tragbar sei. Sowohl Recherchen über die Person als auch seine Autobiografie »Ein Jahrhundert Leben«, erschienen bei der edition ost im Jahre 1998, geben zwar Auskunft über seine großen Ambitionen, das Staatliche Archivwesen der DDR umzubauen, doch über jene Widerstände – eine Eingabe von betroffenen Kollegen aus dem Zentralarchiv war beim Zentralkomitee erfolgt – nicht. Eine vom ZK entsandte Kontrollgruppe ließ den Fall prüfen und berief den 58jährigen Schirdewan ab. Sein Nachfolger Walter Hochmuth war von politisch gleicher Herkunft, aber anderer Wesensart. Von 1931 bis 1933 Bürgerschafts-abgeordneter der KPD in Hamburg, floh er 1933 nach Dänemark, später in die Niederlande und nach Belgien. Dort spürten ihn SS-Angehörige beziehungsweise Gestapoleute nach der Besetzung auf, internierten ihn im berüchtigten französischen Lager Gurs am Fuße der Pyrenäen. Darin waren viele sehr bekannte deutsch-jüdische Prominente wie Ernst Busch und Konrad Wolf eingesperrt. Die Bedingungen vor Ort müssen katastrophal gewesen sein. Hochmuth wurde 1942 nach Deutschland ausgeliefert, noch verschiedentlich inhaftiert und saß bis zum Ende des Krieges in Brandenburg an der Havel im Zuchthaus. Nach der Gründung der DDR siedelte man den gebildeten Mann mit seinen parlamentarischen Erfahrungen als Konsul beziehungsweise Botschafter in asiatischen Staaten, die die DDR anerkannten, im diplomatischen Dienst an. Seine Fähigkeiten, gut vermitteln, mit Menschen umgehen und Kompromisse schließen zu können, hatte man erkannt. Das wirkte sich nach dem Führungsstil seines Vorgängers sehr positiv aus. Vor seinem Aufstieg war



Fünfzigjähriges Jubiläum des sozialistischen Archivwesens der UdSSR, Walter Hochmuth (Dritter von links), 1967

er auf Vorschlag Schirdewans Mitarbeiter im Zentralen Staatsarchiv geworden, denn der Sicherheitsapparat hegte starkes Misstrauen gegen Direktor Lötzke, was aus den später geöffneten Stasiunterlagen hervorging. Trotz menschlicher Qualitäten wich Hochmuth in seiner Linie von dem eingeschlagenen Weg der verschärften Kaderrichtlinien nicht ab. Während seiner drei kurzen Jahre im Amt verließen Hugo Cordshagen in Schwerin und Hanns Gringmuth-Dallmer in Magdeburg aufgrund von Verstößen gegen die damalige Geheimhaltungsordnung ihre Positionen als Archivdirektoren, worauf noch im Einzelnen eingegangen werden wird. Friedrich Beck selbst hatte durch die Landsmannschaft eine persönlichere Bindung zu Hochmuth: Der dreiundzwanzig Jahre ältere Vorgesetzte stammte aus Reichenbach im Vogtland, etwa fünfzehn Kilometer von Greiz entfernt. Man tauschte sich über heimatliche Erinnerungen aus und trat in Beziehung. Beck erhielt von ihm das Angebot, in die Staatliche Archivverwaltung »überzuwechseln«. Diesem war allerdings der harte Stuhl in der Orangerie als Direktor des Staatsarchivs Potsdam lieber und vor allem sicherer als der Schleudersitz des Leiters der Staatlichen Archivverwaltung. Neben Fehlleistungen in der Führung spielten innerparteiliche Auseinandersetzungen eine große Rolle, im Anschluss abgeschoben zu werden. Die Partei- und Staatsführung suchte dann nach Stellen, in denen der Betreffende keinen Schaden mehr anrichten konnte. Dazu bot sich das Archivwesen regelrecht an, weil es

kaum in der Öffentlichkeit, jedoch unter ständiger Beobachtung der Organe des Inneren stand. Es war also doppelt gesichert. Hinter vorgehaltener Hand witzelten die Kollegen über den entstandenen »Heldenfriedhof der Gefallenen«.

Stabilisierung der Verhältnisse, Gerhard Exner (1968–1982), eine neue Geheimhaltungsordnung (1973), auf der Suche nach Magazinraum

Nachdem Walter Hochmuth in Rente gegangen war, folgte ihm ein neuer Leiter, ein Urgestein mit einer polizeilichen Karriere. Der Niederschlesier Gerhard Exner war nach 1945 ins thüringische Altenburg gekommen und begann seine Berufslaufbahn als Wachtmeister bei der Schutzpolizei. Er besuchte dann die Polizeischule und studierte im Fernstudium in Potsdam-Babelsberg an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften, legte Ende der Fünfzigerjahre sein Diplom als Jurist ab. Exner diente sich hoch, bis er schließlich in hohen Partei- und Staatsstellen eingesetzt wurde. Als Generalmajor saß er im Nationalen Verteidigungsrat und war auch Kaderleiter im Ministerium des Innern. Er war in einem besonderen Einsatzstab an den Vorbereitungen zum Mauerbau beteiligt gewesen, den Geheimnisschutz absichernd. Dann kam der Knick – er wurde abgelöst. Die wahren Gründe blieben unbenannt. Exner ging nach seinem Einstieg in der Staatlichen Archivverwaltung unverzüglich an die weitere Durchsetzung der neuen Kaderpolitik in den Archiven heran und setzte auf verstärkte politisch-ideologische Erziehungsarbeit. Im Vergleich zu Schirdewan war er ein humaner, über trockenen Humor verfügender Chef, aber von seiner Herkunft aus dem Polizeiapparat auf die strikte Einhaltung und Durchsetzung aller Weisungen bedacht.

Friedrich Beck war stets an einem fachlich-kollegialen, aber auch persönlich-freundschaftlichen Austausch mit seinen Partnern in den anderen großen Archiven der DDR gelegen, waren sie doch zum Teil Ausbildungs- und Weggefährten. Man fühlte eine gewisse Zugehörigkeit, trug ebenbürtig die Geschicke der Einrichtungen. Die Ablösung von Hugo Cordshagen als parteiloser Direktor des Schweriner Archivs traf wie ein Schlag. Ehefrau Christa arbeitete – ähnlich wie Margot Beck in Potsdam – im selben Archiv unter der Direktion ihres Mannes als wissenschaftliche Archivarin. Nach Mitteilung seiner Abberufung im Dienstsitz der Staatlichen Archivverwaltung saßen die Cordshagens und Becks in der Orangerie beieinander. Man rang um Fassung, sprach sich Trost zu. Cordshagen entschloss sich, der Stellvertreter seines Nachfolgers Franz Höppner zu werden und eine der Abteilungen zu leiten,

spricht dem Archiv nicht den Rücken zu kehren, sondern ihm zuzuarbeiten, denn Höppner war zwar verwaltungserfahren und von ausgeglichenem mecklenburgischen Gemüt, aber es fehlte ihm Fachkompetenz. Margot und Friedrich Beck pflegten aber auch ein gutes Verhältnis zu Hanns Gringmuth-Dallmer in Magdeburg. Wenn man in der Gegend weilte, besuchte man sich. Ihn traf die Entscheidung, seinen Posten räumen zu müssen, im Oktober 1967. Ein Jahr zuvor hatte er seine langjährige Honorar-dozentur im Institut für Archivwissenschaften in Potsdam aufgegeben. Man bot ihm eine neugeschaffene Außenstelle an: das sogenannte Harzarchiv in Wernigerode. Damit wuchs ihm bis zur Erreichung des Ruhestandes eine behagliche und attraktive Position zu, von dort zog Gringmuth-Dallmer dann Mitte der Siebzigerjahre noch in die Bundesrepublik. Statt seiner war nun ein sehr junger aktiver Parteigenosse in das Amt des Direktors des Staatsarchivs Magdeburg gehoben worden, Dr. Rudolf Engelhardt. Von dessen IM-Tätigkeit wusste damals keiner im Kollegenkreis. Zwischen beiden Archiven in Magdeburg und Potsdam bestand stets eine gute Verbindung, welche auf die Tradition als preußische Provinzialarchive zurückzuführen ist. Man hatte vergleichbare Bestände aufgrund derselben Verwaltungsstruktur, anders als in Sachsen, Mecklenburg und in Thüringen. Jene gewachsene Nähe schwächte sich unter der Neubesetzung nach und nach ab. Auch miteinander abgestimmte Publikationsvorhaben nahmen ein Ende. Der neue Leiter veröffentlichte vorzugsweise Propagandistisches in Zusammenarbeit mit der SED-Bezirksleitung Magdeburg und hatte bis zum Ende der DDR an der Fortführung der nachbarschaftlichen Beziehungen kein Interesse, was für ein entsprechend angespanntes Verhältnis sorgte. Ähnliches spielte sich auch in Thüringen ab, wo nach Professor Flachs Weggang einer der letzten bürgerlichen Archivare als Archivdirektor eingesetzt worden war. Dr. Hans Eberhardt betrieb lange Zeit Forschungen und Publikationen zur thüringischen Landesgeschichte, war eng mit kirchlichen Kreisen verbunden, veröffentlichte auch in Westdeutschland. Er konnte sich immerhin bis zum Ruhestand Anfang der Siebzigerjahre im Amt halten. Eberhardt bestand darauf, seine Publikationsvorhaben als Archivar fortzuführen, und wurde über neunzig Jahre alt. Bis zum Schluss hat er wissenschaftlich gearbeitet, wenngleich er damit keinerlei Einwirkung auf das Archivwesen erzielen konnte. Ein ganz strammes Parteimitglied und, wie sich später herausstellte, Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit, ein Nichtfachmann, Genosse Gottfried Börnert, ersetzte ihn. Damit veränderte sich das thüringische Archivwesen von Grund auf. Leitende Positionen in den dortigen drei Staatsarchiven wurden dank Forderungen der Staatlichen Archivverwaltung mit Genossen besetzt. Die umfangreichen Publikationen, vor allem die Bestandsübersichten der einzelnen Archive, welche von großem Nutzen für die Benutzung waren, wurden nach

deren Erscheinen eingestellt. Dafür erschienen Propaganda-Hefte der SED-Bezirksleitung. In Sachsen hatte Hellmut Kretzschmar den Ruhestand erreicht, und Dr. Horst Schlechte und dessen Nachfolger Professor Dr. Reiner Groß hatten das Direktorat des Hauptstaatsarchivs Dresden übernommen. Beck unterhielt mit Schlechte sowohl freundschaftliche Verbindungen als auch landesgeschichtlich-fachlich enge Beziehungen, was wiederum mit den gemeinsamen Beständen der Niederlausitz, den ehemaligen sächsischen Oberbehörden und mit den späteren preußischen zusammenhing.

Wie sah es nun zu jener Zeit im Staatsarchiv Potsdam aus? Direktor Beck stand als einziger leitender Kader mit einer Mitgliedschaft in der SED seinen Abteilungsleitern vor. Lieselott Enders war parteilos. Ihr Ehemann Gerhart war SED-gebunden, zudem Stellvertreter von Helmut Lötzke im Deutschen Zentralarchiv. Er hatte maßgeblich am Aufbau des Archivs mitgewirkt und Anfang der Sechzigerjahre ein Standardwerk der Archivverwaltungslehre verfasst. Aus seinen Überzeugungen machte er jedoch kein Hehl, war offenerherzig, äußerte sich häufig über die neuesten westlichen Publikationen. Das war bestimmten Leuten ein rotes Tuch. Bewusst inszenierte Anschuldigungen aus der Staatlichen Archivverwaltung ab Mitte der Sechzigerjahre stellten ihn in den Fokus des Ministeriums für Staatssicherheit. Jene Ermittlungen trafen den damals unheilbar schwer Lungenerkrankten, der 1970 invalidisiert werden musste, ins Mark, weil er mit den Angriffen nicht gerechnet hatte. Zwei Jahre später starb er achtundvierzigjährig. Seine Frau Lieselott Enders, geborene Olivier, Nachfahrin von Hugenotten, war eine Archivarin und Historikerin von Format, »durch und durch Wissenschaftlerin«. Obwohl Mutter und Familienmensch »blieb der Herd kalt«, es gab Tütensuppen, oder man aß im Restaurant. Sie konnte dem Staatsarchiv Potsdam durch ihre Publikationen zur brandenburgischen Landesgeschichte ein Ruhmesblatt hinzufügen. Ursprünglich wollte sie in Halle während ihres Studiums wohl in die Partei eintreten, was sie dann aber doch nicht tat. Becks zweiter Stellvertreter Hans-Joachim Schreckenbach stammte aus einer alten sächsischen Familie von Gutsbauern. Er selbst war parteilos und durch die Ehefrau als Pfarrerstochter kirchlich gebunden. Der dritte im Bunde, Gebhard Falk, war Mitglied der LDPPD. Der Vierte, Rudolf Knaack, war parteilos und wie Falk konfessionell verankert. Von den insgesamt fünf wissenschaftlichen Mitarbeitern waren vier in der Gemeindearbeit aktiv. Das war ein ausgesprochener Ausnahmefall in der Archivgeschichte der Siebziger- und später der Achtzigerjahre in der DDR und guter Rat teuer. Beck wurde von seinem Vorgesetzten Exner diesbezüglich immer wieder kritisiert und darauf hingewiesen, seine Abteilungsleiter stärker zu schulen, aber »seine Bemühungen« blieben erfolglos. »Strengere Maßnahmen« wurden angedroht, sodass Beck zum Nutzen des Archivs für seine

Abteilungsleiter geeignete Stellvertreter fand, die aufgrund von Karriereknicken gut untergebracht werden mussten als auch die interne Statistik verbessern konnten. Einer von ihnen war Dozent für »Ökonomie im Kapitalismus« an der Parteischule der SED-Bezirksleitung Potsdam in Brandenburg an der Havel gewesen. Dass dessen Tochter nach dem Mauerbau in den Westen geflüchtet war, kostete ihn seine Stelle. Er hieß Hans Lippert und übernahm auch gleich die Parteileitung des Archivs. Ebenso stand die viel zu kleine Parteiorganisation im Visier Exners. Etwa sechs zählbare Mitglieder – das war natürlich ein großer Lapsus. Lippert wurde Falks Stellvertreter. Genossin Ursula Naumann, Ehefrau eines Dozenten an der MfS-Hochschule in Potsdam-Eiche, wurde in der Abteilung Schreckenbach eingesetzt, und zwar aus gutem Grund. Dort lagen die modernsten Überlieferungen, die der Landesregierung von 1945 bis 1952, mit zum Teil delikaten Beständen wie denen der Landratsämter zu den Übergriffen der Soldaten der Besatzungsmacht, in besonderer Geheimhaltung. Es kamen aber auch brandaktuelle Ablieferungen aus den neuen Staatsorganen, von den Räten der drei Bezirke, aber auch Bestände über den wirtschaftlichen Aufbau, welche nach Auffassung des MfS besonders geheimhaltungspflichtig waren. Die wegen ihres kollegialen Verhaltens geschätzte Ursula Naumann sollte 1983 während eines sommerlichen Betriebsausflugs als Allergikerin einen asthmatischen Schock erleiden und ihm nach Verlassen des gemieteten Busses in den Armen von Lieselott Enders erliegen. Grundsätzlich bewährte sich das kuriose Konstrukt der Etablierung eines Stellvertreters mit SED-Mitgliedschaft unter den parteilosen Abteilungsleitern bis zum Ende der DDR. Zweifellos haben dabei deren archivfachliche und wissenschaftliche Leistungen eine Rolle gespielt, die auch außerhalb der DDR Beachtung und Anerkennung fanden.

1973 war die neue Geheimhaltungsordnung (GHO) eingeführt worden. Auf Veranlassung des Ministeriums des Innern waren ab jetzt im Prinzip alle Dinge unabhängig von Schutzfristen geheim zu halten, auch die älteren Akten. Das Ganze baute darauf, die Archivare streng zu vergattern. Vertrauliche Dienst-sachen (VD), Verschluss-sachen (VS) und Geheime Verschluss-sachen (GVS) zogen bestimmte Verpflichtungen nach sich. Viele Mitarbeiter des mittleren Dienstes, welche an entsprechend eingestuftem Beständen arbeiteten, wurden zu GVS verpflichtet, der Direktor sowieso. Bei Dienstbesprechungen waren zum Beispiel Arbeitsbücher zu führen, die unter VS oder GVS liefen. Die GHO ging dann so weit, dass mit dem Anlegen der Arbeitsbücher auch gesonderte Aufbewahrungen erfolgten. Hinzu kam, dass die Staatliche Archivverwaltung bei sich einen eigenen Sicherheitsbeauftragten installierte, einen Oberst der Volksarmee, er hieß Krug. Er hatte in jedem Archiv seinen Ableger, spöttisch als »Krüglein« bezeichnet. Die sehr aktive Kaderleiterin in der Staatlichen Archivverwaltung mit dem Namen Schützle hatte auch in jedem Archiv ihre



Beim Deutschen Archivtag in Goslar: Dr. Hans-Stephan Brather, Dr. Friedrich Beck und Dr. Rudolf Diezel (3. Reihe von links), 1954 (Foto: Geza Streicher, Goslar)

Ableger in den Kaderabteilungen, »Schützlinge« genannt. Im Staatsarchiv Potsdam gab es nun also auch einen Sicherheitsbeauftragten, »ein Krüglein«, einen Major der Volkspolizei mit Majorsknick. Wenn er ein Schreiben abfasste, führte ihm Beck hierbei meist nachsichtig die Feder, denn als ostpreußisches Flüchtlingskind hatte er auf eine Schulbildung weitgehend verzichten müssen. Es spielte sich sozusagen ein, wenngleich es auch die eine oder andere interne Auseinandersetzung mit den sich gegängelt gefühlten Abteilungsleitern gab. Ein »Schützling« – Offizier der Grenztruppen – übernahm nach dem erfahrenen Arno Hausmann die Kaderleitung im Staatsarchiv Potsdam. In jener Zeit kam auch das allgemeine Verbot, Westfernsehen und -funk einzuschalten, was sich als eine nicht kontrollierbare Entscheidung herausstellen sollte. Sie wurde kaum eingehalten, denn beispielsweise bei den Dienstfahrten durch die brandenburgische Provinz verplapperte sich hin und wieder der Fahrer, was Beck wohlweislich in Gedanken abwesend nicht zur Notiz zu nehmen schien.

Neben den Becks gerieten auch besonders Mitarbeiter des Zentralen Staatsarchivs aufgrund ihrer familiären Kontakte nach Westdeutschland in Widerspruch mit den Geheimhaltungsvorschriften. Das betraf Irmtraut und Gerhard Schmid (Abteilungsleiter) und Hans-Stephan Brather (Leiter der Bibliothek). Beide leitende Kollegen sahen sich vor die Frage gestellt, all ihre Beziehungen abzubrechen oder sich eine neue Dienststelle zu suchen, denn wenn man Verwandten, Freunden, Bekannten schrieb oder ihre Post erhielt,

unterlag dies der Pflicht einer Meldung in der Abteilung »Auswertung«! Beide gingen auf Vermittlung von Professor Dr. Karl-Heinz Hahn, Direktor des Goethe- und Schiller Archivs und Jenaer Studienkollege, vor 1971 weg. Gerhard Schmid wurde in selbigem Archivar und stellvertretender Direktor und erhielt eine Professur am Institut für Archivwissenschaft an der Humboldt Universität zu Berlin. Seine Frau edierte unter anderem die an Goethe gerichteten Briefwechsel. Das dem Kulturministerium unterstehende Archiv bot Möglichkeiten, relativ ideologiefrei kultur- und literaturgeschichtliche Arbeit betreiben zu können. Beide konnten sich entfalten und dienstlich sogar in die BRD reisen. Ein Jahr später ging Brather an die Ostberliner Akademie der Wissenschaften zur dortigen Leibniz-Forschung – sie hatte eine eigene Leibniz-Forschungsstelle, die alte Preußische Akademie der Wissenschaften war vom Namensträger mitbegründet worden. Auch Brather fand dort im Großen und Ganzen ein befriedigendes neues Aufgabengebiet. Vor allen Dingen ermöglichte ihm die Arbeit Reisen nach Westdeutschland, nach Hannover, wo Leibniz tätig gewesen war, und er konnte sich noch habilitieren und bekam im Gegensatz zu Schmid eine Professur. Beck versuchte vehement, seine Abteilungsleiter zu halten, was ihm auch gelang. Er wusste davon, dass Briefe seiner Mitarbeiter nach Westdeutschland über andere Adressen umgeleitet und Brücken nicht abgebrochen wurden. Auch Margot Beck lebte im Zwiespalt, wenn ihr Ehemann als Direktor seinen Mitarbeitern mitteilen musste: »Leute, ihr dürft keine Korrespondenz mehr mit Westdeutschen führen!« Sie selbst hörte von ihrem Bruder nur über die Eltern und die in Potsdam lebenden Geschwister seiner Frau. Der Kontakt zu Freundinnen wurde eingefroren, da sie ihren Gatten nicht in Gefahr bringen wollte.

Sehr einschneidend auf der beruflichen Ebene war die Maßgabe, den innerdeutschen Literaturaustausch aufgrund der Geheimhaltungsordnung erst zu drosseln und danach vollkommen einzustellen. Bis dahin wurde westdeutsche Archivaliteratur mit hiesigen Veröffentlichungen getauscht. Bestandsübersichten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs oder das Historische Ortslexikon Brandenburg »liefen« über das Westberliner Landesarchiv weiter in bundesdeutsche Archive, was ab sofort nur noch von der Staatlichen Archivverwaltung gelenkt wurde. Dem neuen Gebot fiel auch die Fachzeitschrift »Der Archivar« zum Opfer. Es war *die* wesentliche Quelle für Mitarbeiter, sich über das westdeutsche Archivwesen zu informieren, um auf internationalem Gebiet einigermaßen Bescheid zu wissen, während aus den einzelnen Ostblockstaaten regelmäßig Mitteilungen kamen. In den Staatsarchiven konnten sich hiermit nur noch Leitungskader bedienen, bevor die Ausgaben des »Archivar« im »Giftschrank« der Bibliothek verschwanden. In der DDR erschien ab 1951 die Zeitschrift »Archivmitteilungen«, zunächst nur als Manuskripte bei Bedarf

gedruckt; in den letzten Jahren erschienen etwa sechs Hefte pro Jahr. Den Mitteilungen ging stets ein politischer Leitartikel voraus, was in allen Fachzeitschriften des Landes üblich war. In diesem Falle behandelten die Beiträge auch Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Archivwesen in Westdeutschland. Zudem erschienen gute fachliche Artikel. Beck arbeitete lange Jahre in der Redaktion mit. Die DDR-Archivare warteten, obwohl zahlenmäßig unterlegen, dennoch mit einem höheren Anteil an Fachpublikationen auf als ihre zahlreicheren westlichen Kollegen und leisteten damit ihren Beitrag in der Weiterentwicklung des Archivwesens.

Eine weitere Verordnung im staatlichen Archivwesen kam im Jahr 1976, im Zuge der neuen revidierten Verfassung von 1974. Die sozialistische Verfassung war im Grunde genommen nach dem VIII. Parteitag 1971 als Grundlage des neuen Kurses für eine stärkere Durchsetzung des Sozialismus mit der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« beschlossen worden. Die Verordnung brachte einen Staatlichen Archivfonds auf den Weg, StAFO genannt, der das Volkseigentum an Archivalien durchsetzte, und zwar vollkommen ungeachtet dessen, woher die Bestände kamen. Das hieß konkret: Das Archivgut ehemaliger Archive der Wirtschaft, des Adels, der Gutsarchive, bislang Privateigentum, gehörte nun zum staatlichen Archivfonds, unabhängig von Ort und Zeit und Aufbewahrung. Das verhielt sich der Auffassung westlicher Staaten ihren Archiven gegenüber konträr und war ein Abbild sowjetischer Archivterminologie und Handhabung. Dort hatte man die Bestände des Adels und der privaten Unternehmen vereinnahmt. Nach der Theorie des sozialistischen Staatswesens hätte folglich jedes Mitglied der Gesellschaft Zugang zum Archivgut gehabt. Das wurde jedoch aufgrund der Geheimhaltungsordnung gravierend erschwert. Nutzern konnten Auskünfte für ihre Recherchen vorenthalten werden.

Wie wurde demnach das Archivwesen organisiert? Jede staatliche Einrichtung hatte ein Verwaltungsarchiv – also ein Zwischenarchiv – zu führen. All diese Registratur- oder Verwaltungsarchive arbeiteten mit den zuständigen Staatsarchiven Abgabelisten aus, wobei es sich nur um ausgewählte Übernahmen handelte. Hier war – wie in einer vorherigen Ausführung über die Listen bereits erwähnt – »ein Pferdefuß«. Denn mitunter steckte auch Interessantes in den Beständen der Kleinbetriebe, wo sich der tägliche Ablauf, der Alltag, mehr als in einem der Kombinate widerspiegelte. Probleme der Einzelbetriebe findet man dort nur verallgemeinert oder überhaupt nicht. Unter diesem konzipierten System war das hinzunehmen, was Beck aber auch Historiker oft bedauerten. Es gab nun also das Deutsche Zentralarchiv, ab Oktober 1973 umbenannt in Zentrales Staatsarchiv (ZStA), die Staatsarchive in den Bezirken, Archive in den Kreisen, die kommunale Verwaltung hatte eigene Stadtarchive, und – was für die DDR im Unterschied zur BRD sehr

charakteristisch war – es gab Sonderarchive für eine ganze Reihe von Staatsorganen. Potsdam hatte ein Militärarchiv in der damaligen Leninallee, heute Zeppelinstraße, welches unter anderem auch die früheren Heeresarchive der deutschen Einzelstaaten mit aufnahm, das preußische war 1945 bis auf Reste vernichtet worden, aber das sächsische beispielsweise nicht. Es gab natürlich auch eigene Archive des Ministeriums für Staatssicherheit. Das waren nicht nur Archive der Behörde an sich, sondern im Grunde genommen Sammelarchive über geheimdienstliche Tätigkeiten und daraus resultierende Unterlagen des MfS aber auch aus der Zeit des Nationalsozialismus, da man für entsprechende »Maßnahmen« und propagandistische Vorhaben auf diese Bestände zurückgreifen wollte.

In diesen Zusammenhang gehörte unter anderem das »Braunbuch über Nazi- und Kriegsverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin«, welches per Ministerratsbeschluss von 1964 unter Leitung von Albert Norden – Politbüromitglied, Journalist, exzellenter Rhetoriker – durch das eigens dafür eingerichtete Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung erarbeitet und gemeinsam mit dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland herausgegeben wurde. Es erfuhr mehrere Nachauflagen und sorgte mit seinen Entlarvungen in der Bundesrepublik für personelle Konsequenzen. Das erste Braunbuch war bereits 1933 von der KPD im Exil in Paris von Willi Münzenberg unter Nordens Mitwirkung veröffentlicht worden und hieß »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror«. In dem im Juli 1965 verlegten Braunbuch wurde beispielsweise die Vergangenheit von Hans Globke, ehemals rechte Hand Konrad Adenauers, aber auch die von Hans Filbinger, des späteren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, der während des Kriegsendes als Marinerichter gegen »Überläufer« und »Deserteure« noch Todesurteile gefällt hatte, von Heinrich Lübke, zweiter Bundespräsident der BRD, vormals Vermessungsingenieur und Bauleiter, der einen Entwurf für KZ-Baracken bestätigt hatte, seither in der DDR als der »KZ-Baumeister« gehandelt, aber auch die von kleineren NSDAP-Funktionären ins Zielfernrohr genommen. Der Titel kam nicht von ungefähr, er bezieht sich auf die hitlerbraune Vergangenheit. Jenes Dokumentationszentrum erhielt mehr und mehr Personal, entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einem Riesenapparat, wobei die Mehrzahl der Bearbeiter keine fachliche Ausbildung mitbrachte, sie aber im Interesse der Partei als politisch kompetent galten und die Unterlagen in diesem Sinne auch zu beurteilen hatten. In jedem der größeren Archive entstand eine eigene Forschungsgruppe, die wiederum – das betraf auch das Staatsarchiv Potsdam – mit Parteimitgliedern bestückt wurden. Mit dem Ergebnis, dass die neuen »Erschließer« den Benutzerkontakt verloren und die neuen »Auswerter« die Bestände nicht kannten. Das war für die

Archive damals insofern sehr einschneidend gewesen, als eigene fachliche Arbeiten zurückgestellt werden mussten, um in den übergebenen Beständen nach Anhaltspunkten zu forschen und den Publikationen zuzuarbeiten. Offiziell erklärte das Ministerium des Innern die Einrichtung der beiden Abteilungen »Erschließung« und »Auswertung« mit »Rationalisierungsgründen«. Daran mag auch etwas Wahres gewesen sein. Denn die Staatliche Archivverwaltung mit ihrem inzwischen massiv gewachsenen Personalbestand konnte nun mit nur jeweils *einer* ihr nachgeordneten Abteilung in den Archiven arbeiten. Das war von Vorteil beim unkomplizierten Zusammentragen von Forschungsmaterial aus verschiedenen Archiven, was sich bei großen Publikationsvorhaben auszahlte. Als Nachteil sollte sich ergeben, dass diejenigen, die die Kernarbeit verrichteten, nämlich das Erschließen und Verzeichnen der Bestände, weitgehend von der wissenschaftlichen Auswertung abgezogen wurden. Besonders jüngere Kollegen waren nun auf das Erschließen geeicht und brachten in der Regel keine eigenen Veröffentlichungen zur Archiv- und Landesgeschichte hervor.

Friedrich Beck hat mit seinen Kollegen – anders als in den meisten anderen Staatsarchiven – in jener Zeit nicht nachgelassen, an Grundsatzwerken für die Landesgeschichte weiterzuarbeiten und arbeiten zu lassen und damit auch Verwaltungsorganen Nachschlagewerke zu schaffen, was ihm die Staatliche Archivverwaltung durchaus anerkannte. Eine 1958 von ihm auf den Weg gebrachte Schriftenreihe »Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs« veröffentlichte sukzessive zahlreiche Bände von Nachschlagewerken. Lieselott Enders hat sich auf diesem Gebiet unter anderem mit der Arbeit an dem schon erwähnten Historischen Ortslexikon für Brandenburg sehr verdient gemacht. Sie nutzte die einmalige Chance – wie sie übrigens kein anderer im Archiv geboten bekam –, sich intensiv in die Archivbestände einzuarbeiten, da sie alle Angaben zu sämtlichen Ortschaften und Wohnplätzen mit eigenem Namen – auch Vorwerken, Mühlen, Kolonien –, die jemals seit der mittelalterlichen Besiedlung existierten, zu belegen hatte. Die mitgeteilten Fakten und Daten beruhen auf einer Auswertung von wesentlich in Frage kommenden Überlieferungen. Nach ihrem Eintritt in den Ruhestand 1987 schrieb Enders die Geschichte für drei märkische Landschaften: für die Uckermark, Prignitz und Altmark. (Wobei die Altmark eigentlich nicht zum Zuständigkeitsbereich des Brandenburgischen Landeshauptarchivs gehörte.) Die vielen Bände des Historischen Ortslexikons für Brandenburg – unter Mitarbeit von Dr. Peter P. Rohrlach und Margot Beck, welche in Lieselott Enders Abteilung arbeitete – und die Landschaftsgeschichte über die Uckermark waren im Verlag Hermann Böhlhaus Nachfolger in Weimar erstauferlegt worden, während die beiden anderen Landschaftsgeschichten erst ab den späten Neunzigerjahren beim Berliner Wissenschaftsverlag erschienen. Friedrich Beck verfolgte die

Taktik, mit seinem Abteilungsleiter Rudolf Knaack und der Geschichtskommission der SED-Bezirksleitung gemeinsam kleine Hefte zur sozialen Entwicklung Brandenburgs herauszugeben. Ein fachlicher Balanceakt: Vorsicht war geboten, wichtige Vorhaben nicht zu gefährden, denn Druckkosten für Publikationen wurden von der Staatlichen Archivverwaltung genehmigt. Viele landesgeschichtliche Vorhaben, wie sie von Rudolf Lehmann übermittelt worden waren, konnten auf diese Weise gerettet werden. In die Schriftenreihe wurden auch Quelleneditionen aufgenommen sowie eine den guten Ruf des Archivs mitbegründende Reihe mit dem etwas reißerischen Titel: »Dokumente aus geheimen Archiven«. Die Bände 1 bis 4 behandeln die Zeit zwischen 1878 und 1913 und enthalten Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung, den Vorläufern der unabhängigen Linke und KPD unter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die hochinteressanten Berichte gaben die Ergebnisse der polizeilichen Überwachung der genannten Bewegungen wieder. Rudolf Knaack erarbeitete die Reihe gemeinsam mit dem Jenaer Professor Dieter Fricke. Sie wurde von Friedrich Beck und Walter Schmidt, Becks ehemaligem Greizer Oberschüler im Praktikum, herausgegeben. Hinzu traten einige Einzelveröffentlichungen von Nicht-Mitarbeitern des Staatsarchivs Potsdam, die, wenn sie sich mit brandenburgischer Landesgeschichte beschäftigten, mit in die Schriftenreihe aufgenommen wurden. Die »Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs« waren 1993, im Jahr des Ausscheidens ihres beständigen Herausgebers, bis auf 34 Bände angewachsen und wurden von seinem Nachfolger Klaus Neitmann fortgesetzt.

Im Brandenburgischen Landeshauptarchiv hatten Mitte der Siebzigerjahre die Arbeiten an der Erschließung ihren Höhepunkt erreicht. Die Bestände beliefen sich auf rund 22 000 laufende Meter Aktengut, zudem auf etwa 20 000 Karten, etwa 11 000 bis 12 000 Urkunden (mittelalterlich/frühneuzeitlich) und auf über einhundert bedeutende und weniger bedeutende Nachlässe. Diese Mengen wurden wieder einmal zum Problem: Das Magazin der Orangerie quoll über. Entsprechend der Situation mussten Auslagerungsstätten angemietet werden. Die in Potsdam verwahrten Grundakten wurden wie die anderer Staatsarchive deshalb in sehr großem Umfang konzentriert sowohl nach Lübben (damit folgten sie den Beständen der Hansearchive) als auch nach Barby gegeben. Dagegen hatten im Vorfeld die Direktoren auf den Direktorenkonferenzen auch keine Einwände erhoben. Doch gegen den Vorschlag von Dr. Karl Höhnel, nunmehr Direktor des Staatsarchivs Leipzig, setzte sich die Runde geschlossen zur Wehr. Höhnel vertrat die Ansicht, man könne platzsparend, um nicht nur drei, sondern auch vier Grundakten in ein Regal hineinpresse zu können, die großen breiten Ränder der Grundakten beschneiden und leere Seiten aus den

Grundbüchern heraustrennen, um sie als Konzeptpapier zu benutzen. Was für eine Quellenvernichtung! Wenn das durchgesetzt worden wäre, hätten mit Sicherheit auch noch die letzten Direktoren, die nach dem Gesellschaftsumbruch von 1989/90 die Leitung ihres Archivs behielten, ihren Posten räumen können. Denn sie hätten einen juristisch nicht vertretbaren Eingriff in die nun begehrten Grundaktenbestände mitveranlasst. Jene Notlage hatte sich daraus ergeben, da trotz der Unterstellung unter das Ministerium des Innern, welches durchaus Neubauten für seine Organe und deren Aufgaben errichtete, dieses nicht gewillt war, für seine Archive Gleiches zu tun. Die wenigen Neubauten waren lediglich den Verwaltungsarchiven der Räte der Bezirke vorbehalten, für deren Akten, die sie manchmal länger behielten, zum Beispiel geheime Akten, sowie für Akten, die sie dann an die Staatsarchive abgaben. In der inneren Verwaltung des Rates des Bezirkes Potsdam gab es einen sehr rührigen Archivar, der ein solch kleines Archiv mit moderner Einrichtung und einem praktischen Schieberegal erbauen ließ. Ähnliches geschah in Frankfurt und Karl-Marx-Stadt, alle anderen waren in Notunterkünften beziehungsweise die älteren Stadtarchive in den Rathäusern untergebracht. Es gab in den 1980er-Jahren Pläne des Zentralen Staatsarchivs, in Berlin-Buch auf einem Grundstück einen Neubau zu errichten, was sich nicht realisieren ließ. Für das Staatsarchiv Potsdam wurden mehrere Möglichkeiten eruiert. Friedrich Beck bemühte sich beim Generaldirektor der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci Joachim Mückenberger um weitere Anmietungen innerhalb seines Verwaltungsbereiches, was nicht zum gewünschten Erfolg führte. Gemeinsam mit dem damaligen Schlösserdirektor Hans-Joachim Giersberg hatte er die langgestreckten Kellerräume des Belvederes auf dem Pfingstberg unter den beiden Türmen inspiziert, doch diese waren – obwohl auf einem Hügel gelegen – feucht und modrig. Im damaligen Bezirk Frankfurt an der Oder, in der heutigen Gemeinde Tauche bei Beeskow im Landkreis Oberspree stand das Schloss Kossenblatt leer und war dem Verfall preisgegeben. Nach Übernahme als Filiale des Landeshauptarchivs hatten Hans-Joachim Schreckenbach und Friedrich Beck mit Hilfe der Staatlichen Archivverwaltung erste Baumaßnahmen zur Gewinnung von Magazinräumen durchführen können. Doch kurzerhand wurde die Aktion wieder zurückgezogen, da Mormonen aus Utah in den USA beabsichtigten, ihre Personenstandsregister verfilmen zu lassen. Die Staatliche Archivverwaltung und ihre übergeordneten Entscheidungsträger hatten den Auftrag gegen »gutes Geld« in Dollar und einer Zur-Verfügung-Stellung modernster Geräte angenommen, wofür das Objekt Kossenblatt nun speziell ausgebaut und mit Fotowerkstätten eingerichtet wurde. Damit fand das Engagement der Potsdamer Archivare ein rasches Ende. Doch hiermit konnte man sich nicht zufriedengeben. Weitere Pläne betrafen das Gebäude hinter der Bezirksleitung der SED auf dem Brauhausberg, wo

der Verwaltungsbau des früheren Reichsarchivs gestanden hatte. Eine günstige Stelle: zentral in Bahnhofsnähe und trocken, da auf dem Berg und damit über dem Havel Spiegel gelegen. Die Magazine waren bombenzerstört, aber das Stahlskelett stand, von Phosphorbomben geschmolzen und in sich zusammengesunken, mit Beton ummantelt da. Das Gelände war zur Brache geworden. Beck beantragte und verhandelte, dort ansiedeln zu können, rechnete aber nicht mit der Gegenwehr und Mächtigkeit der hiesigen Bezirksleitung, die niemanden auf ihr Grundstück lassen wollte – auch kein Archiv, welches dem Ministerium des Inneren unterstellt war! Eine weitere Planung des Staatsarchivs Potsdam betraf ein Neubaugelände auf den Ravensbergen. Auf jenem Grund und Boden baute die SED-Bezirksleitung dann ihre Parteischule. So musste das Staatsarchiv Potsdam bis zum Ende der DDR und noch einige Jahre darüber hinaus mit seinen bescheidenen Ressourcen in der Orangerie auskommen.

Die Dienstzeit von Roland Leipold (1983–1989), ein deutsch-deutsches Kulturabkommen (1986), Stagnation und Reformunwilligkeit, Untergang der DDR

Friedrich Beck erlebte die 1980er-Jahre in der Archivgeschichte der DDR als ein tristes Kapitel – trotz des Endes der Hallstein-Doktrin, trotz der einsetzenden internationalen Entspannung ab 1972 mit dem geschlossenen innerdeutschen Grundlagenvertrag und 1975 mit der international verbindlichen Schlussakte von Helsinki. Beide Verträge hätten auch im Archivwesen eine Grundlage für mehr Öffnung, Annäherung und Kooperation legen können, kamen in der Praxis aber leider kaum zum Tragen. Darauf hatte sich das Ministerium des Inneren nach dem krankheitsbedingten Ausscheiden Gerhard Exners – er litt unter einem Hirntumor – nicht eingelassen. Der »Heldenfriedhof« abgeräumter Politfunktionäre galt nicht mehr, die Staatliche Archivverwaltung gelangte nun fest in die Hände des Ministeriums für Staatssicherheit. Der neue Mann Roland Leipold war ein Offizier im Besonderen Einsatz gewesen, die Abkürzung lautete OiBE, und wurde auf die Stelle des Leiters gehoben. Es kursierte das Gerücht, dass er aufgrund einer Verfehlung (an der Stelle blieb man sich treu) das Vertrauen und damit die Leitung des zentralen MfS-Archives mit seinen Akten und Unterlagen sicherheitsdienstlicher Art verloren hätte. Leipold besaß wie sein Vorgänger keinerlei fachliche Eignung, wobei sich Exner im Laufe seiner über fünfzehn Dienstjahre viel Fachwissen angeeignet hatte. Ebenso wie Karl Schirdewan wollte sich Leipold keine neuen Verfehlungen nachweisen lassen. Deshalb diente er seinem Ministerium treu ergeben, war



Roland Leibold (rechts) bei einer Dienstberatung mit Mitarbeitern der StAV und den Direktoren der Archive, links: Elisabeth Brachmann-Teubner und Friedrich Beck, Mitte der 1980er-Jahre (Deutsches Zentralarchiv Potsdam)

aber an einem umgänglichen menschlichen Miteinander mit den Archivaren nicht interessiert. Für die ersten von ihm anberaumten Dienstbesprechungen hatte er ellenlange Reden vorbereitet, die er vom Blatt ablas, um die Direktoren einzustimmen. Wenn es darum ging, an internationalen Archivkongressen teilzunehmen, fühlte er sich häufig einem solchen Auftritt nicht gewachsen und schickte Vertreter. Auch drang er bei Neueinstellungen darauf, mit den Parteikadern höhere Zahlen zu erreichen. Problematisch insgesamt war seine Absicht, die Direktoren und Archive »auf Vordermann zu bringen« und »die Schrauben anzuziehen«. Dabei behandelte er vorrangig Fragen von Wachsamkeit und Sicherheit, was verständlich ist, wenn man betrachtet, woher er kam und wozu er erzogen war.

Einen Silberstreif am Horizont gab es dennoch: 1986 wurde nach jahrelangen Verhandlungen ein Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD abgeschlossen, welches einen fachlichen Austausch über Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung vorsah, wobei die Führung in Ostberlin auf die Zustimmung der sowjetischen Führung unter Gorbatschow angewiesen war. Im Kulturabkommen ging es unter anderem auch um den Austausch von Archivbeständen,

die sich kriegs- und nachkriegsbedingt in Verlagerungsorten befanden. Ein Faustpfand in den Händen der DDR waren die bereits genannten Bestände der Hansearchive Lübeck, Hamburg und Bremen, die erst in die Sowjetunion verbracht, hernach in Potsdam übergeben worden waren und nun in Lübben lagen, aber auch noch wie die der bereits erwähnten Bestände der Bonner Universitätsbibliothek und des Stadtarchivs Mainz, die in Meiningen lagen. Direktor Beck war für sein Staatsarchiv Potsdam sehr interessiert an Teilen des Lübbener Ständearchivs sowie des bedeutenden Stadtarchivs Prenzlau mit seinem großen Urkundenbestand, die im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem lagen und in einer für DDR-Bestände eingerichteten Dependence des niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover. Das Schweriner Staatsarchiv meldete große Forderungen bezüglich der Auslagerungen in der Lüneburger Heide an. Das Archiv des ehemaligen Landes Anhalt war nach der Zerstörung seines Dienstortes im Schloss Zerbst 1945 nun Außenstelle des Staatsarchivs Magdeburg. Der weitaus größte Bestandteil (international bedeutsam beispielsweise aufgrund der Briefe von Katharina II., der anhaltischen Prinzessin auf dem Zarenthron) konnte nach Kriegsende aus seinen Auslagerungsorten gerettet und im schönen Barockschloss Oranienbaum eingelagert werden, wo sie von den Archivaren – unter Leitung der Familie Ross, mit denen die Becks befreundet sind – betreut wurden. Aus der Sowjetunion kamen 1957 Akten zurück. Den Oranienbaumer Kollegen lag viel daran, unter anderem auch Bestände zurückzuerlangen, die durch britische Alliierte nach Westdeutschland gelangt waren. Die Archivare der DDR hatten demzufolge großes Interesse daran, diese Bestände zurückzubekommen. Verhandlungen über einen Transfer wurden von Vertretern des DDR-Außenministeriums und denen der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR geführt. Der Abgesandte des Bundesarchivs war Dr. Klaus Oldenhage und der der Staatlichen Archivverwaltung Dr. Reinhard Kluge. Roland Leipold war nicht anwesend. Eine Fortsetzung der Gespräche fand im warmen spätbarocken geräumigen Dienstzimmer von Friedrich Beck statt, da die Örtlichkeiten der Staatlichen Archivverwaltung im Hinterhaus des Zentralen Staatsarchivs wenig repräsentativ waren. Oldenhage war ein ausgezeichneter Verhandlungsführer, Mitglied des Internationalen Archivrates mit Sitz in Paris. Beck als Gastgeber sorgte für ein handfestes Frühstück. Er saß derweil als (fast) »stummer Makler« mit in der Runde und konnte sogar hie und da seine Meinung äußern. Ihm lag sehr am Herzen, für das Staatsarchiv Potsdam bestimmte Reste von mehreren in Dahlem verbliebenen Beständen erlangen zu wollen. Es betraf auch »Splitter« von kleinen Ämtern, von denen Potsdam etwa tausend und Dahlem etwa fünfundzwanzig Akten besaß. Nach dem archivarischem Provenienzprinzip wäre eine Herausgabe recht und billig gewesen. Doch das Geheime Staatsarchiv wollte bestimmte Bestände wie die

umfangreichen Kartenabteilungen der Regierungen Potsdam und Frankfurt (die bereits in die allgemeine Kartensammlung inkorporiert worden war) auf jeden Fall behalten. Es hatte auch juristisch die besseren Karten, denn das Geheime Staatsarchiv gehörte ab 1957 zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz, welche bis heute der Museums- und Archivwelt Probleme schafft. Über das aus dem früheren Freistaat Preußen stammende Kulturgut – soweit es sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Boden der Bundesrepublik befunden hatte und in dieser Berliner Stiftung zusammengefasst worden war – hatten die beiden deutschen Staaten kein Einvernehmen herstellen können. Was Beck zumindest erreichen konnte, war eine teilweise Verfilmung, welche allerdings große Umstände allein durch die Formate der quadratmetergroßen Karten bereitete. Ein Grund, dass das Vorhaben nicht beendet wurde. Die erfolgreich rückverhandelten Bestände erreichten eines Tages auf sieben großen Lastkraftwagen die Orangerie. Nach der Entladung konnten sie an die betreffenden Archive weitergeleitet werden. Jene Aktion feierte man im Anschluss zünftig. In einer später von Friedrich Beck mitherausgegebenen Veröffentlichung stellen beide Verhandlungsführer interessanterweise den Verlauf der Zusammenkunft aus ihrer jeweiligen Perspektive dar.

Es trafen weitere Besucher aus der Bundesrepublik ein, unter anderem Hans Booms, 1972 bis 1989 Präsident des Bundesarchivs, der einer Einladung im Zuge der beiderseitigen Rückgaben der Bestände zur Vertragsunterzeichnung folgte. Bei seinem Aufenthalt traf er auf Friedrich Beck, beide kannten sich persönlich bereits vor 1961. Als Präsident des Internationalen Archivrats (1984 bis 1988) hatte er von Amts wegen die Pflicht und Aufgabe, alle Mitgliedstaaten – zu der die DDR ab ihrer Aufnahme in die UN im September 1973 gehörte – zu besuchen. Hier ging es nicht um Fragen der Zweistaatlichkeit, sondern um die Vertretung einer internationalen Organisation, was der Internationale Archivrat zu beachten hatte. Es war ein weiterer kleiner Schritt, der zwar keine Normalisierung, aber den Beginn eines wachsenden Aufeinander-Zugehens darstellte. Außerdem kam eine Exkursion von etwa zwanzig Fachschülern der Archivschule Marburg zustande, die die Fachschule für Archivwesen und das Zentrale Staatsarchiv in Potsdam besuchte, und zu ein paar kulturellen Höhepunkten der Klassiker nach Dresden mit seinen Bauten vor dem Ersten Weltkrieg und nach Weimar mit seinem ersten deutschen Zweckbauarchiv aus den 1860er-Jahren geführt wurde. Die Orangerie enthielt man ihnen trotz ihrer architektonischen Schönheit vor. Friedrich Becks Einwände betrafen die unsachgemäße Lagerung der Bestände in Holzregalen hinter Glas. Des Weiteren erschien eine Delegation des Vorstandes des Vereins Deutscher Archivare der Bundesrepublik mit dem Vorsitzenden Dr. Hermann Rumschöttel – solch einen Verein gab es in der DDR nicht. Von jenen westlichen Besuchen

und Besuchern erfuhr Beck, konnte allerdings selbst als Gastgeber mit seiner Notunterkunft nur geringfügig in Erscheinung treten. Doch derlei Kontaktaufnahmen machten Hoffnung. Sie sorgten für ein gewisses Aufatmen, da man Fachkollegen traf. Ein unausgesprochener Code war, während der persönlichen Begegnungen über nichts Politisches zu diskutieren, sondern über Fachliches. So hatte sich auch ergeben, dass Dr. Werner Vogel, ein wegen seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen bekannter Kollege aus Westberlin und späterer Direktor des Geheimen Staatsarchivs, als Benutzer in die Orangerie kam, weil er sich mit Urkunden der brandenburgischen Wittelsbacher und deren Regestierung beschäftigte. Beck stand ihm als Hilfwissenschaftler tatkräftig zur Seite und lud auch gern zum Cognac ein. Darüber hinaus war ihm daran gelegen, interessierte Kollegen aus dem Geheimen Staatsarchiv in die Orangerie einzuladen, um ihnen zu zeigen, was aus ihren ehemaligen Beständen hier nun geworden war.

Ein für Friedrich Beck deprimierendes Thema blieb das der weitgehend fehlenden Möglichkeiten zur Teilnahme an internationalen Tagungen, da er kein sogenannter Reisekader geworden war. Eine Erklärung hierfür sieht er in der Tatsache, dass Margots Bruder in Westdeutschland lebte und dort ein Anlaufpunkt existiert hätte. Vielleicht auch darin, dass er seine parteilosen Abteilungsleiter beschützte und alles in allem der Klassenstandpunkt nicht stimmte. Wer weiß. 1988 fand der Internationale Archivtag in Paris statt. Paris ist der Traum vieler Menschen, und als Kriegsgefangener war der junge Beck mit seinen Kameraden in einem offenen Eisenbahnwaggon um die Stadt gefahren. Es weckte seine Sehnsucht, als gestandener Mann nun einen Blick in die berühmte Stadt selbst werfen und ein paar Kollegen aus der Welt begegnen zu können. Die Bürger in der DDR hungerten nach Welthaltigem. »Untertänigst« trug er seine Bitte vor, in die Delegation aufgenommen zu werden und mit nach Paris fahren zu dürfen. Leipolds prompte Absage daraufhin lautete: »Das ist eine Kaderfrage!« Es fehlte den Entscheidern an Vertrauen. Reisekader waren häufig Leute – wie die Archividirektoren in Magdeburg und Weimar –, die auch als Informelle Mitarbeiter des MfS arbeiteten. Anders die Direktoren des Zentralen Staatsarchivs der DDR, die häufig zu internationalen Archivkongressen fuhren. Ihr Archiv besaß welthistorisches Renommee. Dort lagen immerhin die Akten des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945.

Friedrich Beck wurde für informelle Tätigkeiten des MfS nicht angeworben. Es waren ja genügend »Vertrauensleute« im Archiv installiert, was nach dem Untergang des Systems zutage trat. Das betraf insgesamt sechs Mitarbeiter, darunter der Parteisekretär, Becks Sekretariatsleiter, der Magazinmeister und weitere. Kollegen, die Beck meist fachlich schätzte, die aber irgendeinen Erpressungsgrund aufzuweisen hatten. Wenn Mitarbeiter des MfS ins Archiv

kamen, begrüßten sie erst einmal ordnungsgemäß den Direktor und gingen dann zum Sicherheitsbeauftragten, der ihre Hauptauskunftsstelle war. Bei »Problemen« sollte Rücksprache mit ihm gehalten werden. Bevor sie wieder gingen, »besuchten« sie noch den Parteisekretär Hans Lippert. Er hatte im Zuge der Übernahme der Staatlichen Archivverwaltung durch das MfS im Staatsarchiv Potsdam noch einen besonderen Auftrag übernehmen müssen, ersichtlich daran, dass eines Tages immer mehr Abgesandte des Ministeriums auftauchten, um aus bestimmten Gründen Akten auszuleihen. Vor allen Dingen ging es um ihren Chef Erich Mielke, Minister der Staatssicherheit, der in der Weimarer Republik an einem Mord von zwei Polizeioffizieren in Berlin am Bülowplatz beteiligt gewesen war. Das konnte allerdings erst Anfang der Neunzigerjahre aufgeklärt werden. Es kam zu einem Prozess und zu seiner Verhaftung. Meistens wurden die Akten auch wieder zurückgegeben, aber – wie Lippert seinem Vorgesetzten einst berichtete – nicht in jedem Falle. Es ist die Rede davon, dass bei Mielkes Festnahme Unterlagen in seinem Panzerschrank aufgefunden worden waren.

Mit dem Verbot des »Sputnik« im November 1988 sollten sämtliche Hoffnungen auf innere und äußere Öffnung im Land wieder in sich zusammensinken. In der sowjetischen Monatszeitschrift – für das östliche als auch das westliche Ausland in mehrere Sprachen übersetzt – war in der Oktoberausgabe ein Artikel erschienen, der schnell berühmt wurde. Jener Artikel beschrieb bis dahin im Ostblock unausgesprochene Aspekte in der Geschichtsaufarbeitung nach den verheerenden Stalin'schen Verbrechen, dem deutsch-sowjetischen Nicht-Angriffspakt vom August 1939 nebst geheimen Absprachen und die Reformabsichten Gorbatschows für die Sowjetunion, genannt Perestroika und Glasnost. Das wurde von politisch interessierten DDR-Bürgern auch im eigenen Interesse aufmerksam verfolgt. Die offensichtlich gewordene Zensur durch die SED-Führung hatte beim hiesigen Leser für Unmut und Aufbegehren gesorgt. Als Politbüromitglied Kurt Hager den Vorgang noch höhnisch mit: »Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?« kommentierte, ging ein Protest durchs Land, welcher auch das Archiv erreichte. Schreckenbachs Sohn hatte in der Sowjetunion studiert und sich empört. Beck hegte Bedenken, ob es zu tiefgreifenden Veränderungen kommen könnte, da der Zerfall der DDR immer stärker zutage trat.

Die Grenzzaunöffnung Ungarns zum österreichischen Burgenland in der Nacht vom 10. zum 11. September 1989 war der Beginn der Öffnung des sogenannten Eisernen Vorhangs. Diese wirkte sich auch im Staatsarchiv Potsdam aus: Die Tochter der Schreckenbachs ging während ihres Ungarn-Urlaubs mit ihrem Freund über jene Grenze. Sie hatte als Medizinstudentin ihr erstes

Studienjahr absolviert und rief ihre Eltern in Potsdam aus Frankfurt an. Die fragten ihre Tochter, was sie denn in Frankfurt mache, weil sie an Frankfurt an der Oder dachten. Als ihnen bewusst wurde, dass ihr Anruf aus Frankfurt am Main kam, fielen sie aus allen Wolken. In den Folgetagen und -wochen erschienen Abgesandte des MfS im Archiv und führten Gespräche mit dem Abteilungsleiter Schreckenbach. Er stellte zwangsläufig die Lage dar und gab vor, sich darum zu bemühen, seine Tochter zurückzuholen, um sich seiner »Besucher« rasch wieder zu entledigen.

An jedem zweiten Sonntag im September wurde in der DDR der Opfer des Faschismus gedacht. Es galt Anwesenheitspflicht, so auch für Margot und Friedrich Beck als Archivabgesandte. Die Kundgebung des Jahres 1989 in Potsdam fand auf dem Platz der Einheit statt. Die Becks rückten in der Menschenmenge nicht weit vor, sondern blieben weiter hinten stehen. Von dort aus bemerkten sie Mannschaftswagen der Volkspolizei. Vorn, vor der Redtribüne, standen Männer mit Bärten in dunkler Kleidung und fielen den Rednern ins Wort, um eigene Meinungen kundzutun. Es gab natürlich auch Männer in Lederjacken, die die Szenerie beobachteten. Die Versammelten wurden nervös, es brodelte. Nie zuvor waren bei Demonstrationen Mannschaftswagen vorgefahren! Friedrich Beck wandte sich besorgt seiner Frau zu: »Wir gehen jetzt nach Hause, hier bleiben wir nicht.«

Europa in Atem hielten auch Tausende DDR-Flüchtlinge, welche von Juni bis September 1989 die Deutsche Botschaft in Prag besetzten. Im Palais und Garten Lobkowitz kampierten Geflüchtete über Wochen unter unsäglichen Verhältnissen. Die Witterung schlug um, es wurde kalt. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher verhandelte mit der DDR-Führung langwierig und erreichte schließlich, dass Anfang Oktober eine Evakuierung und Ausreise der Flüchtlinge in die Bundesrepublik gelang, wobei die Züge durch das Territorium der DDR, über Dresden, Karl-Marx-Stadt und Plauen nach dem bayerischen Hof geleitet wurden. Vor den Stationen der Durchfahrten gab es Proteste und panikartige Reaktionen, weil unter anderem Leute gekommen waren, die auf diese Züge aufspringen wollten, was Vertreter von Volkspolizei und Staatssicherheit unterbanden. Es gab Verhaftungen.

Ebenso wurde der Besuch von Michail Gorbatschow zum 40. Jahrestag der DDR auf dem Platz der Republik mit seinen »Gorbi-hilf-uns«-Rufen zum Problem, und zwar zu solch einem großen, dass man hierzu im Staatsarchiv Potsdam eine Betriebsversammlung einberufen musste. Es gab Unmut während dieser, die in sehr engen räumlichen Verhältnissen stattfand. Friedrich Beck spürte als Versammlungsleiter einen Unterschied zwischen denjenigen Mitarbeitern, die schon lange im Archiv tätig waren, und den jüngeren, neu hinzugekommenen. Das drückte sich in einem entsprechend vertrauensvollen

oder weniger vertrauensvollen Verhältnis aus. Es gab erste Wortmeldungen zur aktuellen politischen Lage und auch Beiträge an der hauseigenen Wandzeitung, welche kritische Meinungen beinhalteten. Becks Sekretariatsleiter war einer der Ersten, der ein gewisses Schuldeingeständnis an jener Wandzeitung aushängte. Die Stimmung kippte – wie es andernorts geschah – trotz großer Erregung nicht. Der Direktor wirkte neben Schreckenbach und Falk, die im gesamten Kollegenkreis angesehen waren, beruhigend auf die Diskutanten ein. Hineingetragene Zündfunken des Sicherheitsbeauftragten, der gegen das Vorgetragene argumentierte, wurden gelöscht. Jeder konnte seine Meinung äußern. Friedrich Beck legte offen seine Zweifel und große Sorge darüber dar, ob sich Gorbatschow auch weiterhin auf seine Partei stützen können oder nicht. Seine Befürchtungen zielten auf Gorbatschows Gegenkräfte ab, auf die um ihre Privilegien fürchtenden Funktionäre, an deren Spitze sich Boris Jelzin stellte. Beck sah in den Vorgängen durchaus eine Parallele zum 17. Juni 1953 und führte aus: »Wir wünschen uns doch wohl alle nicht, dass sowjetische Panzer wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag, 1981 in Polen nun hier wieder auffahren werden?« Er traute »der Sache« nicht, er traute Gorbatschow nicht, behielt immer im Hinterkopf: »Die rücken hier wieder ein! Und dann mit einer hochbewaffneten Nationalen Volksarmee und mit der schlagkräftigen Staatsicherheit. Das kann nicht gut ausgehen!« Nach seiner Warnung beruhigte sich die Lage im Raum, man ging wieder auseinander.

In jener Zeit kommunizierte das Innenministerium mit dem Archivwesen ziemlich sporadisch. Alle zwei, drei Tage veränderten sich die Mitteilungen über Möglichkeiten des Reisens über eine ganze Reihe von Regierungsanordnungen, die schrittweise kamen und – wie die kleine Abordnung von DDR-Archivaren, die erstmalig nach dem Mauerbau Ende September zum Deutschen Archivtag nach Lübeck hatte fahren dürfen – Zugeständnisse waren, aber im Grunde genommen die Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllten. Man wollte mehr. Und das hatte der 9. November mit dem Mauerfall gebracht. An diesem Tag gab es eine Direktorendienstbesprechung in der Staatlichen Archivverwaltung mit dem Stellvertreter des Ministers des Inneren der DDR, Oberst Dieter Winderlich. Abschließend schaute er auf seine Uhr und äußerte als Schlusswort: »Es findet heute noch eine Pressekonferenz statt. Vielleicht werden wir da noch überrascht.« Beck ging nach Hause und aß mit seiner Frau zu Abend. Danach wollte er gern noch weiter an seinen Urkunden arbeiten und suchte Ruhe, während Margot Beck von einem Freund mit dem Auto zu einer Veranstaltung des Kulturbundes in die heutige Villa Bernhard Kellermann in die Mangerstraße mitgenommen wurde. Es gab dort den Humboldt-Klub und den Klub der Intelligenz. In letzterem fand ein Vortrag von Markus Wolf über sein Buch »Die Troika« statt, welches soeben beim Westberliner Claassen-Verlag

erschienen war. Im Buch behandelt er die Geschichte von drei Kinderfreundschaften deutscher Familien im Moskauer Exil, eine davon die Wolfs. Als auch sie der Stalin-Terror erreicht, trennen sich enttäuscht vom sozialistischen Experiment ihre Lebenswege, und die Freunde leben fortan auf zwei Seiten des Eisernen Vorhangs. Das Sachbuch liest sich als eine selbstkritische Bestandsaufnahme eines Mannes, der 1986 von hochrangigen Geheimdienst- und MfS-Funktionen zurückgetreten war. Der Vortragsraum füllte sich mit Interessenten, die sich vom Sehen her kannten, aber auch mit befreundeten Kollegen. Nach den Ausführungen wurden konkrete Fragen an Markus Wolf gerichtet, denen er teilweise mit »es tut mir leid, darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben, ich unterliege noch der Schweigepflicht« begegnete. Kurz vor dem Ende der Veranstaltung gegen 22 Uhr öffnete sich die Tür. Es stand jemand auf der Schwelle, der in die Menge sprach: »Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen eine Mitteilung machen: Die Mauer ist offen.« Alle erstarrten auf ihren Plätzen. Keiner sagte auch nur ein Wort. Markus Wolf stand vorn mit einer Aktentasche und packte seine Unterlagen weiter ein. Man ging schweigend zur Garderobe, nahm Mäntel und Jacken auf. Die Freundinnen Schreckenbach und Beck sahen sich stumm an. Ihr Begleiter fragte schließlich, ob man zur Glienicker Brücke fahren wolle. »Nee, Günther, wir können jetzt nicht an die Glienicker Brücke fahren, draußen ist Nebel«, meinte Margot Beck. Es war ein trüber kalter Novemberabend. Als sie heimkehrte, saß ihr Mann im Schein der Lampe über »seine« Urkunden gebeugt. Sie trat ein und forderte ihn auf: »Mach mal den Fernseher an!«

Das aufregende Jahr 1990: die vorübergehende Betreuung des Archivgutes des MfS, ein Scherbengericht, Überprüfungen, eine Wiederbelebung der Länder und Netzwerke

Das Kartenhaus fiel in sich zusammen. In den Wirren des gesellschaftlichen Umsturzes belagerten ab Dezember 1989 aufgebrachte Bürger die MfS-Archive, um nach ihren Akten zu suchen, aber auch um generell Diebstahl, Vernichtung und eine unsachgemäße Verbringung von Akten zu verhindern. Auf die Stasizentrale in der Ostberliner Normannenstraße als auch auf andere in den Bezirkshauptstädten, überall dort, wo MfS-Bezirksverwaltungen saßen, setzte der Sturm ein. Im Bereich des Potsdamer Staatsarchivs betraf es Verwaltungen in Cottbus, in Frankfurt an der Oder und in Potsdam selbst, in der Hegelallee, im Hauptsitz der Bezirksverwaltung. Der Zentrale Runde Tisch in

Ostberlin hatte die kontrollierte Auflösung des MfS – also eine Sicherstellung und Archivierung seiner Unterlagen – gefordert, und Hans Modrow, seinerzeit Vorsitzender des Ministerrates des DDR, bezog nach anfänglichen internen Vernichtungsaufrufen die Bürgerbewegung tatsächlich für eine solche Sicherstellung mit ein. Bei Friedrich Beck und seinen Kollegen schrillten sämtliche Alarmglocken; es war klar, dass nun die Archivare als Bewahrer des Archivgutes schützend tätig werden müssten, nur war unklar, wie und auf welchem Wege dies geschehen könnte. Beck teilte in einer Presseerklärung mit: »Wollen wir unsere Geschichte wahrheitsgetreu, exakt, differenziert, interessant darstellen, wollen wir aus der Geschichte lernen, dann benötigen wir dazu die entsprechenden Quellen.« Eine Kontaktaufnahme mit dem neu gebildeten Potsdamer Bürgerkomitee »Rat der Volkskontrolle« war unumgänglich. Die Vertreter des Gremiums begegneten den unter der Staatsmacht arbeitenden Archivaren anfänglich und verständlicherweise mit Misstrauen und überwachten deren Handeln. Gebhard Falk und Hans-Joachim Schreckenbach bemühten sich um eine einvernehmliche Zusammenarbeit an den Runden Tischen, machten fachkundig auf die bestehende Problematik aufmerksam. Die Vertreter der Bürgerbewegung sahen auch rasch ein, dass sie auf eine fachkundige Beratung nicht verzichten konnten und dass jeder Einzelne auf der Suche nach »seiner Akte« das Ganze durcheinanderbringen und Chaos hinterlassen werde, was später eine gezielte Auswertung unmöglich mache. Man gründete eine Schriftgutkommission, welche die Papierberge vor Ort in den Gebäuden der Potsdamer Bezirksverwaltung des MfS sichtete. In dieser diffizilen Phase wurden die Archivare gesuchte, unverzichtbare und helfende Partner. Das Staatsarchiv Potsdam entsandte aber auch einen Mitarbeiter, einen früheren Magazinverwalter, der sich mit Signaturen gut auskannte, nach Frankfurt an der Oder. In Cottbus gab es größere Schwierigkeiten. Sie wurden dann insofern gelöst, als das dortige Bürgerkomitee den Beschluss fasste, das aus dem Stasigebäude verbrachte Schriftgut in eine baufeste Garage der Bezirksverwaltung regelrecht einzumauern. Beck reiste vor Ort, um persönlich zugegen zu sein, als Maurer Stein um Stein in die breite Garagenöffnung setzten, um sie zu schließen.

Mit der neuen Besetzung der Volkskammer nach der Wahl im März 1990 und unter dem Ministerpräsidenten Lothar de Maizière kam für die Auflösung der MfS-Archive Unterstützung. Ins Ministerium des Inneren wurde ein neuer Minister berufen: Peter Michael Diestel, dessen beruflicher Werdegang ein erstaunlicher ist, da er ursprünglich Facharbeiter für Rinderzucht, Vizemeister im Melken, Bademeister, Schwimmlehrer, Boxer war. Beck nahm an mehreren seiner Besprechungen in dem riesigen Gebäude des Ministeriums in der Berliner Mauerstraße teil, Diestel fand sich aber auch in der Staatlichen

Archivverwaltung und in Potsdam ein. Er war es, der die MfS-Archive den Staatsarchiven geschlossen übergab. Der Regierungsbeauftragte für den Bezirk Potsdam hieß Wolfgang Splett. Nun wurden die in der Garage eingemauerten Akten von Cottbus nach Frankfurt in das Gebäude des ehemaligen MfS überführt. Die Potsdamer MfS-Akten wurden für kurze Zeit in die als zukünftigen Archivsitz vorgesehene Dependance nach Bornim auf den Mühlenberg verbracht, und zwar in die Fahrzeughallen der Fahrbereitschaft des ehemaligen MfS-Objekts, was Mitglieder der Schriftgutkommission überwachten. In jener kurzen vorübergehenden Zeit wurde an der Einrichtung von Beauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit gearbeitet. Beck vom Staatsarchiv Potsdam kooperierte dabei sowohl mit Britta Stark (SPD), der Leiterin der neuen Bezirksverwaltungsbehörde in Frankfurt an der Oder, als auch in Potsdam mit Uta Leichsenring, der Beauftragten des Parlamentarischen Sonderausschusses zur Kontrolle zur Auflösung des MfS in der Verwaltung der Volkskammer. Leichsenring und Beck arbeiteten kollegial miteinander und brachten sich volles Vertrauen entgegen. An sie übergab das Staatsarchiv Potsdam im August 1990 aufgrund des Volkskammergesetzes über die Sicherung und Nutzung personenbezogener Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit auch die gesamten MfS-Unterlagen. Beck war heilfroh, »dieses Teufelszeug«, welches ein Sicherheitsrisiko für das Archiv bildete, wieder loszuwerden.

Für eine Wiederbelebung der 1952 abgeschafften Länder bedurfte es auch in den Archiven vieler Vorarbeiten. Große Teile der Bevölkerung stimmten dem grundsätzlich zu, was verdeutlicht, dass es eigentlich nicht gelungen war, eine zentralistische Verwaltung unter Befürwortung der Menschen in der DDR zu verankern, obwohl eine solche in Staaten wie Italien oder Frankreich Praxis war und ist. In Ostdeutschland war der föderalistische Gedanke offenbar immer sehr gegenwärtig geblieben. Er hatte vor allem in Sachsen und Thüringen starken Rückhalt, wobei es dort auch noch um andere Länderbildungen ging.



Vor der Vernichtung bewahrter Urkundenschrank von Arnim von Boitzenburg aus dem Schloss Boitzenburg, ab 1949 in der Obhut des BLHA und nach 1990 an den Eigentümer zurückgegeben

Manchen Befürwortern – unter anderem Karlheinz Blaschke – erschienen die früheren Länder nämlich zu klein. Er schlug vor, ein Land Mitteldeutschland mit Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu bilden. Das war aber ein Begriff, der nach Abtrennung der Ostgebiete eine andere Bedeutung bekommen hatte. Auch Mecklenburg beschäftigte sich mit der Frage, da der vorpommersche Teil Greifswald und Stralsund zu einer preußischen Provinz gezählt hatte. Die ehemaligen preußischen Provinzen Sachsen und Brandenburg hingegen sahen sich immer schon als einen Teil eines Gesamtstaates und nicht als eigene Bundesländer. Das Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – das Ländereinführungsgesetz –, welches die Neugründung der fünf Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als Gliedstaaten des Bundes vorbereitete, wurde am 22. Juli 1990 von der Volkskammer verabschiedet und galt ab 3. Oktober desselben Jahres. Sogenannte Länderprogramme dienten dem Aufbau neuer Verwaltungen nach westdeutschem Vorbild.

Ein Landesarchiv hat in erster Linie seiner Landesregierung zur Verfügung zu stehen. Deshalb sind Archive meist auch in unmittelbarer Nähe zum Regierungssitz wie in Dresden oder Schwerin angesiedelt, was in Potsdam aus verwaltungsgeschichtlichen Gründen nicht der Fall war. Für den Brandenburger Verfassungsentwurf machte sich Hans-Joachim Schreckenbach sehr verdient. Aus den Archivbeständen wurde die erste Verfassung des kurzlebigen Landes – von 1947 bis 1952 – unter Ministerpräsident Dr. Carl Steinhoff hervorgeholt, die sich antifaschistisch-demokratisch nannte und es in weiten Teilen auch war. Dem damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe konnten daraus Einblicke in die Verhandlungen zu ihrer Entstehung vorgelegt werden. Parallel dazu ging es um das neue Wappen Brandenburgs, das auf eine lange Geschichte zurückblickt. Deutschlands ältester wappengeschichtlicher Verein, der Herold, mit alten erfahrenen Mitgliedern und Sitz in Westberlin, schlug sofort vor, das alte Wappen des Kurfürstentums Brandenburg mit Adler (Landesherren), Kurschwert (Gerechtigkeit) und Reichsapfel (Herrscherzeichen) wiederzubeleben. Das hätte aber nach Auffassung der Potsdamer Archivare bedeutet, die alte Symbolik auch für Territorien des Kurfürstentums geltend zu machen, die heute nicht mehr dazu zählen: Ostpreußen, Hinterpommern, das Rheinland und Westfalen. Gebhard Falk, in der kommunalen Heraldik heimisch, entwarf unter Gegenwind der Westberliner Kollegen das Wappen entsprechend heraldischer Vorschriften für das heutige kleinere Gebiet der Mark Brandenburg. Wappenkundlich korrekt beschrieben heißt es: »In Silber ein nach rechts schauender roter Adler golden bewehrt. Schnabel, Fänge belegt mit dreiblättrigen goldenen Kleestängeln.« Darüber entfachte sich auch innerhalb Potsdams ein Streit. Dr. Kurt Markert, bis 1991 Direktor der Gerichts-

medizin, befreundet mit dem letzten Chef der SED-Bezirksleitung Günther Jahn, setzte sich für die Wiedereinführung des alten Wappens ein. Seine als Journalistin tätige Frau ließ einen unsachlichen Artikel veröffentlichen, in dem sinngemäß geschrieben stand: »Die aus Thüringen und Sachsen zugelaufenen Archivare entscheiden nun über das Wappen unseres Landes!« Namen wurden nicht genannt, aber jeder wusste, dass Falk und Beck gemeint waren. Der Wappenvorschlag wurde vom Landtag angenommen, und Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich überreichte symbolträchtig den Archivaren Beck und Schreckenbach die Wappen-Urkunde zur Verwahrung im Archiv des Landes und eine rot-silberne Krawatte in den Landesfarben. Eine gute Verheißung für das nun wieder Brandenburgische Landeshauptarchiv.

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR gemäß Artikel 23 dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei. Die deutsch-deutschen Verhandlungen hatten im Juli nach der Währungsunion begonnen und dauerten etwa sieben Wochen. Das bestehende Grundgesetz hätte nach Friedrich Becks Meinung für einen Zusammenschluss überarbeitet werden sollen, was nicht geschah. Es bestehen Zweifel, ob neben dem sehr erfahrenen Verhandlungsführer der BRD, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der Parlamentarische DDR-Staatssekretär, CDU-Fraktionsvorsitzende und Ingenieur Günther Krause zum Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der geeignete Verhandlungspartner war. Krause war vermutlich mit dem MfS verhandelt und verstrickte sich Anfang der Neunzigerjahre als Verkehrsminister in mehrere »Affären«, die ihn stürzten. Nach über dreißig Jahren – notabene – sind in den wichtigen Leitungspositionen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft kaum DDR-Bürger vertreten, und die Schaltel der Wirtschaft befinden sich in der alten Bundesrepublik.

Bereits im Mai des Jahres war es zur Gründung eines eigenen DDR-Archivar-Verbandes gekommen. Damit erfüllte sich endlich eine alte Forderung, mit der sich so mancher Archivdirektor (beispielsweise Beck und Professor Dr. Reiner Groß aus Dresden) zuvor bei der Staatlichen Archivverwaltung (beim Leiter Exner) den Mund verbrannt hatte. »Wir haben doch die Gewerkschaft Wissenschaft! Da seid ihr doch alle drin!« Mit dieser Begründung fanden derlei Anfragen stets ein rasches Ende. Die strenge Hierarchie des Ministeriums des Inneren duldet neben sich keine andere Meinungsbildung oder gar Beeinflussung. Dabei ging es den Archivaren um das Vortragen gewisser Vorstellungen, unter anderem über soziale und Ausbildungsfragen ihres Bereiches. Vergleichsweise benannte man Bibliothekare und die Museologen, mit denen die Archivare harmonierten, die aber dem Ministerium für Kultur unterstanden. Der erste Vorsitzende dieses Verbandes war Friedrich Becks alter Freund Gerhard Schmid aus Weimar, der nach dem 1989er Umbruch

Direktor des Goethe- und Schillerarchivs geworden war. Er bemühte sich rund zwei Jahre lang: bis zur vollständigen Auflösung der Staatlichen Archivverwaltung Ende 1991, bis sich die Mitglieder dem bereits bestehenden Verein der bundesdeutschen Archivare anschließen konnten. Neben sozialen Fragen ging es besonders um das Mitspracherecht von Mitarbeitern, was in Becks Augen ein erster Schritt zur Demokratisierung neben der strengen Leitungspyramide war. Denn der damalige Gewerkschaftsvertreter, ein leitender Mitarbeiter der Staatlichen Archivverwaltung, hielt wenig mitarbeiterfreundlich einen strikten Kurs. Roland Leopold war indes wiederum von einem Nicht-Fachmann, von Günter Herzog, Leiter einer Polizeischule, Ende 1989 abgelöst worden.

Im »Archivar« beziehungsweise in den »Archivmitteilungen« erschienen zwei Beiträge, welche die Situation des Wendeprozesses im Archivwesen der DDR in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 sehr deutlich schilderten. Ein von Gerhard Schmid verfasster kritischer Artikel zur Archivgeschichte der DDR trug den Titel »Prolegomena«, der die Leistungen der DDR-Archivare auf fachlichem Gebiet einschloss. Der zweite Artikel stammte von Lieselott Enders, die ihn mit »Herausforderung und aufrechter Gang – ein Wort zur Bewertung« überschrieb. Die Wortwahl des Titels zielte darauf ab, den Finger in die Wunde zu legen, nämlich einerseits das hierarchisch aufgebaute und ideologisierte Archivwesen ins Visier zu nehmen, andererseits dass sich in ihm fachliche Arbeiten durchaus durchgesetzt hatten: ideologieunabhängig und allgemeingültig. Damit wandte sie sich frei von Betroffenheit – man erinnere sich an die Bespitzelung ihres Mannes durch das MfS – gegen Kritik westdeutscher Archivare, die behaupteten, ihre Kollegen in der DDR seien angeblich nur politisch tätig gewesen. Diese Art der Missachtung war anfangs weit verbreitet.

Ein Paukenschlag sollte das gemeinsame Treffen der Leiter der Landesarchivverwaltungen und der DDR-Staatsarchive in Coburg im Juli erschüttern, und zwar gleich nach den recht konzilianteren, einführenden Worten des damaligen Leiters der Archivreferentenkonferenz Professor Dr. Franz-Josef Heyen, Direktor des Landeshauptarchivs Koblenz, den Friedrich Beck sogar noch von einigen Begegnungen vor 1961 her kannte. (Im Zuge eines Treffens von Teilnehmern des IfA-Kurses mit denen der Archivschule Marburg hatte Heyen seine Gäste damals in den Käfer gesetzt und samt Kind und Kegel zu einem unvergesslichen Ausflug zum Westerwald chauffiert. Jener Ausflug wurde in einer Festschrift für Franz-Josef Heyen von Beck mit dem Beitrag »Vom Dammbau im Westerwald zum Brückenschlag in Potsdam« behandelt.) Heyen erklärte, man wolle wieder aufeinander zugehen. Doch zunächst einmal erhob ein Kollege das Wort, Dr. Gregor Richter, Präsident der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, der im Zuge seiner Rückreise vom Internationalen Archivtag in Stockholm 1960 die DDR über Westberlin verlassen hatte. Beck hatte

ihn am IfA mit ausgebildet, wobei von Becks Dozenturen und Professuren noch ausführlicher die Rede sein wird. Richter hatte in Weimar bei Professor Flach sehr gute Erfahrungen machen können, litt dann aber unter Flachs Nachfolger Gottfried Börnert, der kein Facharchivar war und einige parteilose Mitarbeiter schikanös behandelte. Dies gab Richter in Coburg Anlass, gegen den Noch-Direktor Börnert mit aggressiven Worten vorzugehen und ein Scherbengericht abzuhalten. Für einige Momente herrschte betretenes Schweigen im Raum. Beiderseits hatte man sich diese Zusammenkunft so nicht vorgestellt, es ging um das Finden fachlicher Gemeinsamkeiten. Nun aber wurden durch seine persönliche Betroffenheit alle Anwesenden aufgefordert, Stellung zu nehmen. Börnert als auch Engelhardt aus Magdeburg beteuerten, dass für sie eine Welt zusammengebrochen sei. Nach ihnen kamen ausgleichende Wortmeldungen, so unter anderem vom Präsidenten des Bundesarchivs Professor Dr. Friedrich P. Kahlenberg. Gerhard Schmid als Vorsitzender des Verbandes der DDR-Archivare sowie Hermann Schreyer, damals leitender Mitarbeiter im Zentralarchiv, glätteten die Situation mit dem Argument von anstehenden Einzelfallprüfungen, was einen Schlussstrich unter die Sache setzte. Erst am Abend in geselliger Runde bei fränkischem Wein löste sich weitgehend die Anspannung. Man versuchte, den aufgerissenen Graben wieder zu schließen. Weit angenehmer verlief dagegen die Aufnahme von Verbindungen zum alten »Mutterarchiv«, dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv. Beck ersuchte, sich in Dahlem vorstellen zu können, entsandte Grüße »seines Kollektivs« – ihm entschlüpfte hierbei die gewohnte Bezeichnung – und lud in die Orangerie ein. Hier kam es dann auch zu einer äußerst lebendigen Zusammenkunft mit nicht enden wollenden Gesprächen. Aus Becks Thüringer Heimat importierte Rostbratwürste und mehrere Fässer Potsdamer Rex-Pils bekräftigten den Neuanfang guter nachbarschaftlicher Beziehungen. Man musste oder wollte schließlich »zusammenwachsen«, wie es Willy Brandt im emotional aufgewühlten »deutschen Herbst 1989« ausgedrückt hatte.

Dafür waren die ostdeutschen Kollegen vor eine wichtige Aufgabe gestellt, nämlich die, rasch neue Beziehungen zu knüpfen. Der alte Apparat der Staatlichen Archivverwaltung der DDR war ein Auslaufmodell. Dessen Leitung und Mitarbeiter hatten darauf gehofft, als eine Abteilung für die fünf Ostländer in das Bundesarchiv aufgenommen und eingegliedert zu werden, was im Staatsaufbau der Bundesrepublik jedoch nicht möglich war. Einige der Kollegen standen vor dem Aus. Das Zentrale Staatsarchiv wurde hingegen aufgrund seiner Zuständigkeit und organisatorischen Gliederung als eine Abteilung dorthin übernommen. Die Direktorin Elisabeth Brachmann-Teubner erhielt eine Referentenstelle, neuer Leiter wurde Dr. Klaus Oldenhage, den Beck vom deutsch-deutschen Kulturabkommen her kannte. Über diese Strecke

ergab sich zwischen den beiden Archiven ein kollegiales Verhältnis. Oldenhege als ausgesprochener Kenner der Rechts- und Haushaltsverhältnisse steckte so manch nützlichen Hinweis zur Orangerie durch. Hans-Joachim Schreckenbach wurde nach Vorschlag seines Direktors der neue Referent im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur in der Brandenburgischen Landesregierung, sowohl für die Archive als auch Bibliotheken. Mit ihm hatte das Brandenburgische Landeshauptarchiv als einziges der großen Landesarchive einen eigenen Vertreter, der gleichzeitig ihr Vorgesetzter in der Landesarchivverwaltung war.

Es war eine aufregende Zeit mit einer Unmenge an Arbeit, da permanent eine neue Verordnung die vorherige überschrieb. Auf neuer Rechtsgrundlage mussten die Gebiete »Personal« und »Haushaltsrecht« vollkommen umgestellt werden. Im Personalrecht gab es etwa neue Einstufungen, sie mussten für jeden Mitarbeiter neu bestimmt und ausgewertet werden. Man war daran gewöhnt, dass die Gehälter in der DDR immer nur hochgestuft wurden, nun mussten sie in Einzelfällen herabgestuft werden, was bei manchem eine Verstimmung hervorrief. Beck versuchte beim Ministerium durchzuboxen, was durchzuboxen ging. Die notwendige fachliche Beratung und Hilfe kam vom Archivreferenten Dr. Hans Schmitz aus dem Partnerland Nordrhein-Westfalen. Auch Wolfgang Hempel, ein enger Vertrauter des ersten Brandenburger Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur ab 1990 Dr. h.c. Hinrich Enderlein (FDP) und Hauptabteilungsleiter Dokumentation und Archive beim Südwestfunk, gab gute Ratschläge und wurde später zum guten Freund. Enderlein war von Hause aus Historiker und hatte somit eine Beziehung zum Archivwesen, wusste, was dort gebraucht wird. Ein Schwerpunkt war die Ausarbeitung von dessen gesetzlichen Grundlagen. Seine Beratung bezog sich aber auch auf Landesgeschichtliches, sodass Nordrhein-Westfalen und Brandenburg gemeinsame Publikationen vorbereiteten. Hempels Fähigkeiten als Netzwerker nutzten dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv sehr: Er brachte alle wichtigen Leute in Politik, Wissenschaft und Kultur zusammen. Er hatte auch rasch dafür gesorgt, das Archiv vom Ministerium des Innern zum Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur zu überführen und ihm dringend benötigte Magazine in einer ehemaligen Stasiliegenschaft auf dem Gelände des Mühlenbergs in Bornim zur Verfügung zu stellen.

Es kam nun auch die Zeit der beginnenden Einzelfallprüfungen, was die Betroffenen in tiefe Krisen stürzen sowie Suizide auslösen konnte. In der Staatlichen Archivverwaltung und den größeren Archiven der DDR gab es Vieles aufzuklären, infolgedessen Leiter und Mitarbeiter ihre Ämter zur Verfügung stellen mussten. Es ging darum, gezielt Unrecht aufzuheben, welches Kollegen widerfahren war. Auf Antrag von Lieselott Enders rehabilitierte Gün-

ther Herzog und die noch existierende Staatliche Archivverwaltung Gerhart Enders als auch Dr. Hugo Cordshagen in Mecklenburg. Aus dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur kam Mitte Januar 1991 ein Beauftragter ins Brandenburgische Landeshauptarchiv, Staatssekretär Jürgen Dittberner, ein Parteifreund von Minister Enderlein, der eine Überprüfung im Archiv vornahm. Gemeinsam mit der Vorsitzenden des Personalrates Rosemarie Posselt befragte er Friedrich Beck als Ersten seines Kollegiums. Friedrich Beck hatte darüber Auskunft zu geben, welche Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit zu ihm gekommen, welche Fragen gestellt worden waren, ob es Probleme gegeben habe. Er und jeder Mitarbeiter erhielten einen Fragebogen, der zu beantworten und an das Ministerium zu schicken war. Darin sollte der gesamte Lebenslauf dargestellt werden, einschließlich Mitgliedschaften in Organisationen, Parteizugehörigkeiten und ob Tätigkeiten als Informeller Mitarbeiter des MfS stattgefunden hatten. Alle gemachten Angaben wurden dann im Ministerium überprüft. Die folgenden Monate waren emotional sehr belastend. Jene Nachprüfungen vor dem Hintergrund der äußerst scharf vorgebrachten »Coburger Vorwürfe« gegen die DDR-Kollegenschaft verunsicherten Beck. Ebenso grenzte sich die SPD gegen ihren linken Flügel – so auch gegen SED-Mitglieder – viel härter ab als andere Parteien. Becks SED-Mitgliedschaft wurde ihm zwar nie öffentlich vorgeworfen, verhinderte aber nach seinem Austritt im Dezember 1989 einen angestrebten Eintritt in die SPD. Im Juli 1991 erhielt er endlich vom Ministerium eine Mitteilung darüber, dass keine weiteren Auskünfte beziehungsweise keine weiteren Überprüfungen mehr erforderlich seien. Zugleich wurde ihm ein neuer Arbeitsvertrag zur Fortführung des bisherigen Arbeitsverhältnisses zugesandt.

Friedrich und Margot Beck beabsichtigen bis heute nicht, ihre Stasiunterlagen anzufordern und einzusehen, um sich das bestehende ungestörte Verhältnis zu Kollegen und Freunden bewahren zu können, was auch Lieselott Enders so sah. Wie sollte man manch einem, der schamlos oder harmlos berichtet hatte, gegenüber auftreten? Was stand dahinter? Musste man die Gründe wissen? Wollte man diejenigen nun bloßgestellt sehen? Enders erfuhr zufällig über einen bekannten Kollegen, wer ihren Mann überwacht und über ihn berichtet hatte, was sie vor eine Entscheidung stellte. Sie entschloss sich dazu, die Beziehung in distanzierterer Form weiterzuführen. Ihre kämpferische Natur lebte auch Humanität und damit Größe vor, es blieb nicht allein beim Ideal. Ähnlich sah es Beck, der den langjährigen Magazinverwalter, dessen IM-Tätigkeit aufgrund der Erpressung durch das MfS wegen eines Verhältnisses zu einer Kollegin bekannt wurde, im Archiv halten wollte, weil er ihn als zuverlässig, aufgeschlossen, intelligent und geeignet schätzte – vergeblich. Auf eigenen Wunsch verließ dieser das Archiv.

Neben all den Ernsthaftigkeiten, Aufregungen und Sorgen war es im Grunde genommen ein Lebensgefühl mit vielen Hoffnungen und auch Glücksempfinden. Die Gewissheit, nun wieder in der Ausdehnung zwischen der in Erinnerung gebliebenen Kurischen Nehrung und dem Rhein unbehelligt reisen zu dürfen, war unfassbar. Friedrich Beck hatte nun drei große Umbrüche leibhaftig miterlebt und damit auch die Erfahrung gemacht, dass Fachkräfte wie Ärzte, Polizisten und eben auch Archivare in jeder Gesellschaft gebraucht werden.

Zusammenwachsen und Abschied (1990–1993)

An dieser Stelle soll noch einmal deutlich gemacht werden, dass für das Brandenburgische Landeshauptarchiv während der allgemeinen gesellschaftlichen Neuordnung die fachliche Hauptarbeit vor allen Dingen darin bestand, generelle Maßnahmen zur Sicherung für die Registraturen und das Schriftgut aller alten DDR-Institutionen und in den Staatsbehörden und Wirtschaftsunternehmen der drei Bezirke vorzubereiten und sie möglichst schnell zu übernehmen, um eine Quellenvernichtung zu verhindern. Insbesondere Hans-Joachim Schreckenbach – der Leiter der neueren Bestände nach 1945 – machte sich hierbei sehr verdient, indem er den Überblick bewahrte, schriftliche Anschreiben an die Registraturbildner entsendete, Abgesandte vor Ort beorderte. Darin teilte er mit, dass das Brandenburgische Landeshauptarchiv auch Archive im nichtstaatlichen Bereich betreue. Die Bezirksarchivreferenten konnten sich nach den Bewertungslisten für die staatlichen Verwaltungsinstitutionen darum kümmern, aber die Archivare der vielen Wirtschaftsbetriebe der sozialistisch-verstaatlichten Wirtschaft nicht. Dort hat es beim Weg über die Treuhand zu meist ins Aus oder in Privathand geführt und Vernichtungen von Teilbeständen gegeben. Jedoch konnte der überwiegende Teil, vor allem Unterlagen aus den Großbetrieben von Kohle und Energie der Niederlausitz, aus den Stahlwerken in Brandenburg und in Frankfurt an der Oder, bewahrt werden. Aber allein mit Rundschreiben und einer Pressekampagne war das nicht getan, sondern nur in langfristiger Bemühung. Friedrich Beck kam das alles bekannt vor. 1952 betraf es Schriftgut aus sieben Jahren, 1990 war es Schriftgut aus dreißig Jahren. Nachdem die Wirtschaft privatisiert worden war, hatte sie nichts mehr mit dem staatlichen Archivwesen zu tun. Die Archivdirektoren der Staatsarchive der DDR haben aber damals darauf bestanden, dass die Staatsbetriebe der DDR auch als staatliches Eigentum zu betrachten und deren Unterlagen an sie zu übergeben seien. Das war mit Ausnahmen auch geschehen. Somit konnten die

bereits genannten Bestände der Großbetriebe/Kombinate der drei Bezirke dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zugeführt werden. Die Grundakten, die zu DDR-Zeiten in Depots nach Barby und Lübben verlagert worden waren, kehrten nach Potsdam zurück. Mit ihnen kam eine Fülle von Privatbenutzern auf die Archivare zu, die im Grunde genommen ihre wissenschaftlichen Erschließungsarbeiten stoppen und ihre sämtliche Energie auf schriftliche und mündliche Auskünfte für die Wiedererlangung von in der DDR enteignetem Privateigentum in den Grundakten einsetzen mussten. Speziell dafür wurden von der Landesregierung zehn neue Mitarbeiter eingestellt. Benutzer, die ihre Grundbuchunterlagen einsehen wollten, schauten nicht selten erstaunt auf: »Det könn' wir ja jar nich lesen!« Sütterlin oder ältere Schriften, zum Teil aus dem 18. Jahrhundert, waren ihnen nicht geläufig. Mit diesem Thema hatte man sich übrigens noch über ein Jahrzehnt lang zu beschäftigen. Dass das historische Forschungsgebiet DDR mit seinem Quellenfundus insgesamt eine große Forschungsaufgabe werden würde, war den Archivaren von Anfang an bewusst. Auch, dass das Archiv wieder einmal mit seinen Archivzugängen aus allen Nähten platzte. Die Übernahme einer Fahrzeughalle in Bornim war nur eine Notlösung. Es musste weiter an einer zukunftssträchtigen Lösung gearbeitet werden.

Eigentlich hatte sich Friedrich Beck nach rund vierzig Jahren Dienstzeit auf den breiten Schultern vorgestellt, einen gelassenen Abschied vorzubereiten und auf seinen Ruhestand zuzugehen. Er hatte sich schon ausgemalt, was er dann alles machen würde. Mit ihren großen Publikationen waren die Kollegen Enders und Schreckenbach stets Vorbilder gewesen. Lieselott Enders war 1987 in Rente gegangen und legte kontinuierlich neue Veröffentlichungen vor. Schreckenbach war mit seiner Bibliografie der Mark Brandenburg herausgekommen. So etwas schwebte Beck vor. Die rare freie Zeit neben der Dienstzeit hatte er sich für Vorbereitungen von Urkundenregesten, Editionen und Beiträgen zu den Historischen Hilfswissenschaften reservieren können. Nun galt es, im lebhaften Treiben eine ordnungsgemäße Übergabe an seinen Nachfolger vorzubereiten, denn im Juni 1992 stand der reguläre Eintritt in den Ruhestand an. In der DDR konnte man, wenn man wollte, länger arbeiten. Mit dem Gedanken spielte auch Beck, der, Friedrich Meinecke zitierend, »ein Liebesverhältnis nicht im, sondern mit seinem Archiv führte«, aber auch finanzielle Erwägungen spielten hierfür eine Rolle. Seine bundesrepublikanische Anstellung mit der entsprechenden Tarifeinstufung führten zu einer Gehaltsklasse, die regelrecht zum Weitermachen aufforderte.

Hans-Joachim Schreckenbach, als Leiter des Referates Archivwesen im Ministerium, hatte das freiwerdende Amt zur Ausschreibung gebracht, wie es in der Bundesrepublik Pflicht ist. DDR-Ministerien regelten dies – wie

zuvor ausführlich behandelt – nach vollkommen anderen Maßstäben. Mitunter stand die fachliche Eignung sogar ganz am Ende der Auswahlkriterien. Um die Becksche Nachfolge bewarben sich rund zwölf Bewerber. In Vorstellungsrunden kamen Dittberner, Oldenhage, Schreckenbach, Beck und ein Vertreter des Personalrates des Brandenburgischen Landeshauptarchivs hierfür zusammen. In der engeren Auswahl favorisierte Friedrich Beck den Leiter des Archivs der DDR-Akademie der Wissenschaften in Berlin, den von ihm an der Humboldt Universität mit ausgebildeten Dr. Wolfgang Knobloch, der dann jedoch die Bewerbung aufgrund seiner Weiterbeschäftigung wieder zurückzog. Es stellten sich zwei Bewerber aus dem Geheimen Staatsarchiv vor, die Beck von Veranstaltungen her kannte. Einer von ihnen war Dr. Klaus Neitmann, ein Kenner auf dem Gebiet der Landesgeschichte. Zudem kannte er das Verhältnis zwischen Westberlin und der Brandenburgischen Umgebung, denn die Berliner hatten in der Regel ein offeneres Ohr und Auge hierfür als die restlichen Bewerber aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Aufgrund von Kenntnis und Erfahrung im engen Nebeneinander, welche aus gegenseitigem Verstehen, aber auch Widersprechen erwachsen waren, befürwortete Beck, dass sein Nachfolger aus dieser Umgebung kam. Das Entscheidende war also die Herkunft. Zudem hatte das Preußische Geheime Staatsarchiv als Archivinstitution einen guten Namen und war seit jeher mit der Geschichte des Brandenburgischen Landeshauptarchivs eng verbunden. Die Entscheidung für Klaus Neitmann fiel im Jahr 1992. Bis zum Ablauf von dessen Kündigungsfrist blieb Beck noch bis Ende Januar 1993 im Amt. Danach übergab er dem neuen Direktor einen Personalbestand von rund 75 Mitarbeitern. Beide schauten sich dabei tief in die Augen und wussten, dass der nicht zu halten sein werde.

Ein publizistisches Beispiel für das Zusammenwachsen und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist die Entstehung des Bandes »Archivistica docet« (»Die Archivwissenschaft lehrt«). Genau vierzig Autoren konnten für Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds gewonnen werden. Sie wurden von Friedrich Beck, Eckart Henning und Wolfgang Hempel beim Verlag Berlin-Brandenburg 1999 herausgegeben. Ein anerkennendes Geleitwort verfasste Dr. Norbert Reimann, der damalige Vorsitzende des Vereins deutscher Archivare. Es war ihm ein Anliegen, die in der DDR auf fachlichem Gebiet gemachten Erfahrungen nicht einfach untergehen zu lassen, sondern einzubauen in das große Ganze, Gemeinsame. Ob das geschehen ist?



Friedrich Beck bei seiner Verabschiedung im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, 1993

Der Kreis schließt sich – nun doch Hochschulpädagogie auf Lebenszeit und ein Herzensfach: die Paläographie

Bildung lag Friedrich Beck getreu seines Talents und universitären Werdegangs ein Berufsleben lang am Herzen. Es ging ihm neben Erziehung und ethischem Vorleben vor allem darum, Wissen zu vermitteln, Wissen weiterzugeben. Schulpraktika hatten ihm früh Freude bereitet. Er hatte aber auch glücklicherweise prägende Lehrer, Mentoren und Vorbilder wie Friedrich Schneider, Willy Flach, Karl Griewank und Otto Meisner gefunden. Es war deren *sancto scientiae*, welches Beck faszinierte und ihn antrieb, den Weg genauso gehen zu wollen.

Nach Flachs Berufung an die Humboldt-Universität zu Berlin im Jahre 1955 trat Friedrich Beck zunächst als Lehrbeauftragter seine Nachfolge am IfA in der Orangerie an, welches 1955 in das Zentrale Staatsarchiv in der Potsdamer Stalinallee umzog und 1958 der Humboldt-Universität angeschlossen wurde. Hierbei gab es nach Eingliederung in die wechselnden Hochschulstrukturen viele Umbenennungen; vor seiner Auflösung im Jahre 1994 war es als Institut »Heinrich Otto Meisner« an der Philosophischen Fakultät, Bereich Archivwissenschaft, in der Fachrichtung Geschichte angesiedelt. Becks Tätigkeit als Lehrbeauftragter lief neben seiner eigentlichen Arbeit im Staatsarchiv Potsdam. Fahrer und Dienstwagen waren von der Staatlichen Archivverwaltung genehmigt worden, und Beck fuhr einmal wöchentlich rund zwei Stunden um Westberlin herum nach Berlin und zwei Stunden wieder zurück. Der Status des *Lehrbeauftragten* hatte sich nach rund zehn Jahren erfolgreich bestätigt. Der Erwerb der *Facultas docendi*, der *Lehrbefähigung*, stand an. 1977 wurde er als Honorarprofessor berufen, 1982 zum Honorarprofessor berufen. Hierzu fand eine große Festveranstaltung im »Haus der Ministerien« der DDR – heute Detlev-Rohwedder-Haus beziehungsweise Bundesfinanzministerium – statt. Friedrich Beck wurde vom Minister aufgerufen, bis der feierlich weiter ausführte: »... wird berufen zum Professor für Historische Hilfswissenschaften des Mittelalters und der Neuzeit ...«. Ein dumpfes Raunen ging durch den Saal. »Hilfswissenschaften?« Die anwesenden Mediziner und Naturwissenschaftler stutzten ob des tiefstapelnden Begriffs, während Friedrich Beck stolz seine Urkunde entgegennahm. Im Laufe der Jahrzehnte konnte mit dem Institut für Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität ein Studium mit Promotionsrecht etabliert werden, in dem man Geschichte und Archivwissenschaft kombinierte, was durchaus zu Lasten des Geschichtsstudiums ging. Archivwissenschaft stand als Berufsziel im Mittelpunkt, wobei man in der Regel ohne ausgezeichnete Geschichtskennntnisse kein guter Archivar wird. Es ging in der DDR um eine dem Zentralismus gemäße einheitliche und geschlossene Aus-

bildung und wohl auch um einen raschen Berufseinsatz der Absolventen, bei Männern vor dem Hintergrund der Dienstpflicht in der Nationalen Volksarmee. Daraus ergaben sich durchaus Vorteile wie die gleichberechtigte Stellung der Frau im Archivwesen, aber auch Nachteile, welche auf politisch-ideologischem Gebiet lagen. Hier gab es viele Möglichkeiten, nachdrücklich auf die Auszubildenden einzuwirken.

Der Ausbildungsweg in Westdeutschland verlief wesentlich länger und hatte – anders als in der DDR – kein Promotionsrecht erlangt. Als außeruniversitäre, verwaltungsinterne Ausbildung für staatliche Archive war und ist das auch nicht möglich. Sie wurde durch Archivreferenten aus den zuständigen Ministerien gesteuert, welche sich mit Ausnahme von Bayern auf eine Einrichtung, auf die Archivschule Marburg, festlegten. Dieses Manko des fehlenden Promotionsrechts haben die westdeutschen Kollegen stets bedauert, obwohl die Mehrzahl der Absolventen bereits promoviert war.

In Potsdam war indes 1991 unter Minister Hinrich Enderleins und Wolfgang Hempels Initiativen – übrigens beides treibende Kräfte im Brandenburgischen Hochschul- und Universitätswesen jener Jahre – mit dem drängenden, aktivistischen Gründungsrektor Professor Dr. Helmut Knüppel eine Fachhochschule gegründet worden. Der Campus befindet sich auf dem Bornstedter Feld, welches ab der Mitte des 18. Jahrhunderts größter Exerzierplatz der preußischen Garnison war und das Kasernengelände von 1945 bis 1993 von der Sowjetarmee genutzt wurde. In den Kasernen gibt es heute fünf Fachbereiche als »akademisches Herz« der Schule. Im Fachbereich Informationswissenschaften ist die Archivwissenschaft untergebracht. Deren Absolventen können im Anschluss in die Wirtschaft, in die Medien, in die Kultur gehen, was natürlich eine echte Konkurrenz zur Marburger Ausbildung darstellt. Beck, mit Knüppel an der Gründung beteiligt, wurde Lehrbeauftragter im Bereich Archiv, Bibliothek und Dokumentation, aber auch Vorsitzender eines 1992 gegründeten Beirates für Archivwesen, der zwei Jahre lang tagte. Eine Reihe von Professoren kam aus Westdeutschland, aus dem Osten waren neben Beck auch Schreckenbach, Eleonore Poetzsch, eine Professorin der Berliner Akademie der Wissenschaften und nur wenige weitere vertreten. Eine neue Generation trat an.

Friedrich Becks Begeisterung fürs Pädagogische trug dazu bei, dass er im Laufe von vier Jahrzehnten etwa 400 wissenschaftliche Archivare in der DDR mit ausbildete, was eine sehr stattliche Zahl ist. Und dies auf *seinem* Gebiet, dem der Historischen Hilfswissenschaften. Dieser Fachbereich konnte ideologisch wenig belastet werden und war seinerzeit Grundvoraussetzung für wissenschaftliche Arbeit an historischen Archivbeständen. Wer Jahrhunderte zurückliegende Quellen bearbeiten will, braucht paläographische Kenntnisse sowie der Diplomatik und in den kleinen Hilfswissenschaften der Heraldik,

Sphragistik und Chronologie. Die Paläographie war Becks Herzensfach. Es hatte sich früh ein Gespür dafür herausgebildet. Mutter Jenny Beck schrieb die deutsche Schrift, welche es seit dem 16. Jahrhundert gab, und zwar in Abgrenzung zur lateinischen Antiqua, die wir heute noch als Normalschrift schreiben. Diese deutsche Schrift hat ihre Entwicklungsetappen: Sie war in der Renaissance anders als im Barock, der sie mit Ausschmückungen überlud, und in der Klassik wieder schlichter. Ab Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die Alphabete des Schriftreformers Ludwig Sütterlin in einigen Ländern schon vermittelt. Im Deutschen Reich wurde die Sütterlinschrift in den Zwanzigerjahren als allgemein verbindlich eingeführt und von den Nationalsozialisten mit ihren gotischen Schriftzeichen erst einmal als propagierte Deutsche Nationalschrift gefördert. Doch aufgrund der völlig absurden Behauptung, sie sei in einer jüdischen Druckerei bei Nürnberg entwickelt worden, wurde sie 1941 verboten. Dabei ist sie eine Nachfahrin der spätgotischen Schriften des Spätmittelalters. Eine Lüge führte dazu, dass diese Schrift verteufelt und nicht mehr geschrieben werden sollte. Das war ein Impuls, das war packend.

Mit dieser Intention ging Friedrich Beck an die Vermittlung. Tausende Kopien hat er in der Fotowerkstatt des Staatsarchivs anfertigen lassen, es gab damals noch keine Anschauungsmaterialien. Beginnend mit Schriften aus der Römerzeit, danach der karolingischen Minuskel aus dem 8./9. Jahrhundert, die das Muster für die heutige Antiqua ist. Wir schreiben heute noch Buchstaben, die vom berühmten Alkuin, dem frühmittelalterlichen Gelehrten und Berater Karls des Großen, entwickelt wurden. Beck legte Unterlagen aus dem eigenen Archiv mit der für Urkunden entwickelten Urkundenschrift in verschiedenen Abstufungen vor, aber auch kalligraphische und kursive Schriften. Je weiter der Ausbau der Verwaltungen seit dem 14. Jahrhundert fortschritt, desto weiter entwickelten sich die Urkunden zu einer rein kursiven Form. Im 16. Jahrhundert wandelte sie sich dann zur deutschen Schrift mit ihren spätgotischen, akkurat eckigen Formen. Nach dem Vortrag über das Theoretische wurde praktisch lesen geübt, es wurde schreiben geübt. An die Aufgabe, einen Text aus der Antiqua und umgekehrt in deutsche Schreibschrift umzusetzen, erinnern sich alle Studierenden, über die entstandenen Krakeleien wurde nicht selten geschmunzelt. Um die trockene Buchstabenlehre schmackhaft zu machen, mussten spannende Inhalte der Texte her, starres Verwaltungsschriftgut allein hätte das Interesse getrübt. Solche Highlights waren beispielsweise mittelalterliche Urkunden, die keine Unterschriften, sondern im Monogramm mit den Buchstaben des kaiserlichen Vornamens und seinem eigenhändigen Vollziehungsstrich mit der Gänsefeder aufweisen. Es vollzog sich bei Ansicht nicht selten eine Bewusstwerdung: Dort hatte vor Jahrhunderten des Regenten Hand gelegen. Erst seit dem Kaiser Karl IV., der humanistisch gebildet war,



Die drei Direktoren des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Prof. Dr. Mario Glauert (links), Prof. Dr. Klaus Neitmann (rechts) und Prof. Dr. Friedrich Beck (Mitte) mit der Biografin Francisca Drechsler vor der ehemaligen Wirkungsstätte in der Orangerie Potsdam-Sanssouci, September 2021 (Foto: Friedrike Scharlau)

gab es wieder Urkundenunterschriften. Solch eine Urkunde in der Hand zu halten, kann ein erhebendes Gefühl sein. Für Erheiterung und Aufmerksamkeit sorgten auch glühende Liebesbriefe von hohen Persönlichkeiten aus Politik und Herrscherhäusern, so unter anderem die des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. an seine Geliebte, die Gräfin Lichtenau. Ein in deutscher Schrift geschriebener Brief aus der Korrespondenz von Clara Zetkin und Lenin über parteiinterne Dinge erregte ebenso Interesse. Nach Zetkins Ableben übernahm das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau einen Großteil des in der SU liegenden Nachlasses. Seine Verfilmung besorgte später das Zentrale Parteiarchiv der SED in Ostberlin, das gute Verbindungen nach Moskau pflegte. Neben paläografischen Betrachtungen können auch graphologische sehr beeindruckend wirken. Zum Beispiel schrieb Lenin die deutsche Schrift noch vor Einführung der Sütterlinschrift ebenmäßig, nicht steil und aufrecht, sondern flott laufend, leicht rechtsliegend, mit geringen Unterschieden der Großbuchstaben. Regelrecht erschütternd hingegen wirkt ein berühmtes Schreiben Heinrich Himmlers, ein Beleg für die Zeit nach

dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Die protokollarische Aufzeichnung aus dem Führerhauptquartier stammte von Himmler in einer ausgesprochen eckigen, aggressiv wirkenden Sütterlinschrift. Eine der wenigen Zeilen hatte er unterstrichen: Thälmann liquidieren! Am 14. August 1944 erteilte Hitler den Befehl.

Ob als Lehrender am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam, ob an der Berliner Humboldt-, der Potsdamer Universität sowie an der neu gegründeten Potsdamer Fachhochschule – hier schließt sich der Kreis. Neben dem bemerkenswerten Aufbau eines repräsentativen Landeshauptarchivs konnte Friedrich Beck sowohl berufsbildend als auch identitätsbildend wirksam werden, zwar von der Gewichtung als Nebenweg geführt, aber in der Berufung gleichberechtigt. Auch nach seinem Ausscheiden verehren ihn seine einstigen Mitarbeiter als Führungspersönlichkeit. Er ist und bleibt ein beliebter Vorgesetzter, Kollege, Lehrer, Freund, verlässlicher Ehepartner, Vater und Großvater.

Der geliebte Sohn

Verwaiste Eltern fühlen Schmerzen, die sie nie zuvor gekannt haben. Ihre Einsamkeit bleibt ungeteilt. Die Kraft dem Leben gegenüber muss immer wieder neu gewonnen werden, Tag für Tag, Nacht um Nacht.

Lorenz Friedrich Beck erblickte als fünfzehn Jahre lang ersehntes Wunschkind seiner Eltern Margot und Friedrich Beck am 4. Januar 1969 das Licht dieser Welt. Sein waches aufgewecktes Naturell brachte ihnen Freude und Erfüllung, sein Tod kurz vor der Vollendung des 45. Lebensjahres unendlich tiefe Trauer.

Trotz bewusst geförderter musischer und naturwissenschaftlicher Begabungen trat Lorenz beruflich in die Fußstapfen von Mutter und Vater und war durch nichts davon abzubringen. Er hatte das Spielen auf der Klarinette erlernt und spielte in diversen kleinen Ensembles, später oft zur Freude seines Vaters wie zur Begrüßung von Gästen in der Orangerie oder zu seinem Abschied in den Ruhestand. Obgleich er leichtfüßig erfolgreich Mathematikolympiaden im Schulalltag gewann – es zog ihn zum Historikerdasein und ins Archiv.

Lorenz studierte vier Jahre lang an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Freien Universität Geschichte und Germanistik. Danach promovierte er an der Technischen Universität und absolvierte sein Archivreferendariat im Staatsarchiv Münster, um sich in Marburg an der Archivschule der Archivwissenschaft zuzuwenden.

Er war nach einer Tätigkeit im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden Direktor des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin-Dahlem geworden und einer der besten Kenner sowohl der klassischen Aktenkunde als auch von Gebieten der Historischen Hilfswissenschaften. Im Arbeitskreis »Aktenkunde des 20. und 21. Jahrhunderts« trug er wesentlich zur Erneuerung und Anpassung des Fachs an die Gegenwart bei, was ihm hoch angerechnet wurde.

Vom starken Vorbild des Vaters geprägt, wirkte er in der Ausbildung von Archivaren mit: an der Fachhochschule in Potsdam, der Archivschule Marburg und von Referendaren in Dresden am Hauptstaatsarchiv. Wie der Vater besaß Lorenz die seltene Fähigkeit, wissenschaftliche Stoffe prägnant zu durchdringen und in einen lebendigen Bezug zur Praxis zu setzen.

Seine Beiträge für die Landesgeschichte des mitteldeutschen Raums und seine (Mit-)Herausgebertätigkeit für die Max-Planck-Gesellschaft werden in guter Erinnerung bleiben, so wie die Vielzahl von Aufsätzen, in denen er Forschungsdiskussionen anregte. Sein Tod hat weiteres verhindert, der Verlust ist nicht fass- und messbar. Und für Enkel Julius ist es noch zu früh zu wissen, wohin ihn seine beruflichen Wege künftig führen werden.

Dietrich Bonhoeffer kleidete einst in Worte, was eigentlich nicht in Worte zu kleiden ist:

»Je schöner und voller die Erinnerung, desto schwerer ist die Trennung. Aber die Dankbarkeit verwandelt die Qual der Erinnerung in stille Freude. Man trägt das vergangene Schöne nicht wie einen Stachel, sondern wie ein kostbares Geschenk in sich.«

Veröffentlichungen von Friedrich Beck (Auswahl)*

Archivgeschichte und Archivwissenschaft

- Zur Geschichte des Brandenburgischen Provinzialarchivs und heutigen Landeshauptarchivs in Potsdam, in: Archivmitteilungen 8 (1958), S. 2–14.
- Bestandsbildung und Bestandsabgrenzung im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam, in: Archivmitteilungen 14 (1964), S. 53–61.
- Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Band 4: Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam Teil 1, Behörden und Institutionen in den Territorien Kurmark, Neumark, Niederlausitz bis 1808/16 von Friedrich Beck, Lieselott Enders, Heinz Braun, Margot Beck und Barbara Merker, Weimar 1964
- Benjamin unter den deutschen Staatsarchiven – Erinnerungen an die Anfänge des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, in: Im Dienste von Verwaltung, Archivwissenschaft und brandenburgischer Landesgeschichte. 50 Jahre Brandenburgisches Landeshauptarchiv, herausgegeben von Klaus Neitmann (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Band 8), Frankfurt a. M. 2000, S. 121–129.
- Provenienz und Bestandsbildung bei Urkundenbeständen im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, in: Archiv und Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg, herausgegeben von Klaus Oldenhage, Hermann Schreyer, Wolfram Werner (Schriften des Bundesarchivs, Band 57), Düsseldorf 2000, S. 76–94.

Landes-, Orts- und Verwaltungsgeschichte

- Die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt Greiz während des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der Industrialisierung in Deutschland (Beiträge zur mittelalterlichen, neueren und allgemeinen Geschichte, hg. von F. Schneider, Bd. 25), Weimar 1955.
- Quellen zur brandenburgischen Landesgeschichte, in: Brandenburgische Geschichte, hg. von Ingo Materna und Wolfgang Ribbe, Berlin 1995, S. 801–824.
- Die brandenburgischen Provinzialstände 1823–1875, in: Geschichte der brandenburgischen Landtage: Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, hg. von Kurt Adamy und Kristina Hübener (Brandenburgische Historische Studien, Band 3), Potsdam 1999, S. 1–80.

* Siehe auch die Bibliografie von Friedrich Beck in: »Ausgewählte Aufsätze aus den Jahren 1956–2000«, herausgegeben von Klaus Neitmann, bearbeitet von Florian Seher, Potsdam 2003, S. 313–318.

Historische Hilfswissenschaften

- Die »Deutsche Schrift« – Medium in fünf Jahrhunderten deutscher Geschichte, in: *Archiv für Diplomatik, Schriftgeschichte, Siegel- und Wappenkunde*, Bd. 37 (1991), S. 453–479.
- Die Historischen Hilfswissenschaften in der DDR 1949–1990, in *Heroldstudien*, Bd. 6 (2003), S. 117–129.
- Schwabacher Judenlettern. Schriftverruf im Dritten Reich, in: *Kunst des Vernetzens. Festschrift für Wolfgang Hempel*, hg. von B. Brachmann, H. Knüppel, J. F. Leonhard, J. H. Schoeps, Berlin 2006, S. 251–269.
- Die lateinische Schrift. Schriftzeugnisse aus dem deutschen Sprachgebiet vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Koautor Lorenz Friedrich Beck). Mit 265 Abbildungen und Transkriptionen. Köln, Weimar, Wien 2007.
- Schrift, in: *Die archivalischen Quellen. Mit einer Einführung in die Historischen Hilfswissenschaften*, hg. von F. Beck und E. Henning, 5. erweiterte und aktualisierte Auflage, Köln, Weimar, Wien 2012, S. 225–226.

Quellenpublikationen/Editionen

- »... mit Brief und Siegel«. Dokumente aus Archiven der Deutschen Demokratischen Republik (Koautor: Manfred Unger), Leipzig 1979.
- Aus tausend Jahren deutscher Geschichte. Dokumente aus Archiven der Deutschen Demokratischen Republik (Koautoren: Reiner Groß, Manfred Unger), Berlin 1989.
- Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 5: Die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851–1866. Präliminardokumente, Protokolle und Anlagen (in Verbindung mit W. Schmidt) (Veröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 27), Weimar 1993.
- Urkundeninventar des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Kurmark. Teile 1–3 (Veröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 41, 45, 55), Berlin 2001, 2002, 2007.
- Regesten der Urkunden der Kurmärkischen Stände (Rep. 23 A) des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 16), Frankfurt a. M. 2006.

Herausgeber

- Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (Staatsarchiv Potsdam), Bd. 1–34, Friedrich Beck, Klaus Neitmann, Weimar 1958–1997. Darin: *Historisches Ortslexikon für Brandenburg*, 11 Bde., und *Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg*, 6 Bde.
- Die archivalischen Quellen. Mit einer Einführung in ihre Benutzung*, hg. von F. Beck und E. Henning, 1. bis 5. Auflage, Weimar 1994–2012.

- Potsdamer Studien. Schriftenreihe der gemeinnützigen Gesellschaft für Fortbildung, Forschung und Dokumentation (gGFFD), hg. von F. Beck, B. Brachmann, W. Hempel, Bd. 1–18, Potsdam 1995–2005.
- Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds, hg. von F. Beck, W. Hempel und E. Henning (Potsdamer Studien, Bd. 9), Potsdam 1999.
- Brandenburgisches Biographisches Lexikon. Hg. von F. Beck und E. Henning in Verbindung mit K. Adamy, P. Bahl und D. Kotsch, Potsdam 2002.
- Lebensbilder brandenburgischer Archivare und Historiker. Hg. von F. Beck und K. Neitmann (Brandenburgische Historische Studien, Bd. 16), Berlin 2013.

Mitglied in Kommissionen

1956 bis 1959 Geschäftsführer der Kommission Landesgeschichte des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR

Mitglied der Historikergesellschaft in der DDR

Ebenda Vorsitzender der Fachkommission Quellenkunde / Historische Hilfswissenschaften

Bis 1961 Gast der Westberliner Historischen Kommission

Ehrenmitglied der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg

Gründungsvorsitzender und Ehrenmitglied der Potsdamer Bibliotheksgesellschaft

Gründungsvorsitzender der Arbeitsgruppe Historische Hilfswissenschaften des Herold und dessen korrespondierendes Mitglied

Gründungsvorsitzender und Ehrenmitglied der Brandenburgischen Historischen Kommission e. V.

Ehrungen/Auszeichnungen:

In regelmäßigen Abständen gab es eine *Verdienstmedaille* in Bronze, Silber und Gold.

In Anerkennung und Würdigung besonderer Leistungen und Pflichterfüllung beim Aufbau des Sozialismus und bei der Festigung und Stärkung der DDR anlässlich des 19. Jahrestages der DDR mit der *Verdienstmedaille der DDR* ausgezeichnet.

1974: *Banner der Arbeit*, Stufe 2, Medaille, für die besonderen Verdienste zum 25. Jahrestag des Staatsarchivs Potsdam.

1987, zum 60. Geburtstag: *Vaterländischer Verdienstorden* in Bronze.

Zu Nationalfeiertagen und gesellschaftlichen Veranstaltungen in der Staatlichen Archivverwaltung war es Pflicht, die Ordensspanne anzulegen.

Danksagungen

Mit kollegialem Dank bin ich meinen Nachfolgern im Amt, Professor Dr. Klaus Neitmann und Professor Dr. Mario Glauert, verbunden. Ihren Wünschen und Bemühungen ist die Aufnahme der vorliegenden Erinnerungen in die von Francisca Drechsler begründete und von ihnen herausgegebene biografische Reihe »Zwischen Pflicht und Freiheit – Lebenswege in der DDR« zu danken. Klaus Neitmann hat die Publikation und die damit verbundene Würdigung einer fast vierzigjährigen Berufs- und Leitungstätigkeit mit ihren Höhen und Tiefen als Fachlektor begleitet und wertvolle sachdienliche Hinweise gegeben. Mario Glauert, als ihr derzeitiger Herausgeber und Hüter des Archivs, hat das Vorhaben mit freizügiger Bereitstellung von Quellen, vor allem aus von Frau Jeanette Spahn betreuten »Vorlass Beck« und einschlägiger Literatur durch den Bibliothekar, Herrn Florian Seher, gefördert.

Die Erinnerungen wären wohl nur ein Stückwerk geblieben, hätte ihre Publikation nicht in den Händen der erfahrenen Begründerin und Bearbeiterin der bereits genannten Reihe gelegen. In jeweils zehn mehrstündigen Interviews erschien Frau Francisca Drechsler, nach eingehender Recherche, als stets auf ein nicht gerade alltägliches Berufsbild gründlich vorbereitete Partnerin. Mit nie erlahmender Geduld vernahm sie die hier und da etwas wortreichen und gelegentlich auch mit Wiederholungen verbundenen Darstellungen des fast Fünfundneunzigjährigen. Auf dieser narrativen Grundlage erarbeitete sie das Manuskript und dessen strukturelle Gliederung, welches abschließend eine gemeinsame Endfassung fand.

Ausdrücklicher Dank gebührt schließlich meiner mir 67 Jahre verbundenen Ehefrau und Vertrauten Margot Beck. Ohne ihre Hilfe und Entlastung von Alltagsarbeiten hätte sich manches Projekt nicht verwirklichen lassen. Dies gilt nicht zuletzt für ihre Unterstützung meiner wissenschaftlichen Vorhaben. Tausende von Manuskriptseiten, die sie auf der »Erika« oder dann per Computer geschrieben hat, füllen Bände. Letzter Dank gilt auch meinem Sohn, der bis zu seinem frühen Tod vom wissenschaftlichen Begleiter zum Anreger und Partner geworden ist.

Friedrich Beck

Mein ganz besonderer Dank gilt Margot und Friedrich Beck für ihre herz-wärmenden Empfänge an einer stets reich gedeckten Kaffeetafel – natürlich vorrangig für ihre Bereitschaft, mich mit ihrem Archivwissen vertraut zu machen und damit für sämtliche sowohl ernsthaft als auch humorvoll geführten Gespräche, welche wir in gegenseitiger Übereinkunft mit einem finalen »feinen Tröpfchen« (sozusagen in Untergrochlitzer Charme gehüllt) besiegelten.

Mein großer Dank geht an Klaus Neitmann für seine persönliche Förderung meiner Projekte der biografischen Reihe, für Fachberatung, Lektorat und seine nachhaltige Empfehlung bei seinem Amtsnachfolger.

Mario Glauert danke ich herzlich für seinen Vertrauensvorschuss, also für diesen anspruchsvollen Auftrag, und die sehr angenehme, wertschätzende Zusammenarbeit.

Dr. Frank Böttcher vom Lukas Verlag danke ich für die inzwischen kontinuierliche Kooperation und gratuliere ihm anerkennend zum Deutschen Verlagspreis 2021.

Ich danke wieder und wieder Norbert Leisegang für sein nicht versiegendes Interesse an meinen Manuskripten und den mitunter notwendigen finanziellen Rückhalt.

In stillem Gedenken an Burghard Ciesla, mit dem ich diese biografische Reihe einst zum Leben erweckte.

Francisca Drechsler



Wolfgang Blöß in seiner Wohnung, 2022 (Foto: Francisca Drechsler)

WOLFGANG BLÖSS

»Wir waren auf dem großen Sprung«

Ein Potsdamer Archivar und Historiker

Einleitung

Wolfgang Blöß, Archivar und Historiker, Jahrgang 1932, stellt sich als Porträtpartner gewissermaßen in den Dienst der seit 2019 vom BLHA herausgegebenen und im Berliner Lukas Verlag veröffentlichten biografischen Reihe »Zwischen Pflicht und Freiheit – Lebenswege in der DDR«. Sie widmet sich Menschen, welche einst in mehr oder minder staatstragenden Funktionen Verantwortung übernahmen und deren Rekonstruktionen aus der Distanz über Sinn und Unsinn des gelebten Lebens reflektieren. Die Selbstauskünfte fallen absichtlich subjektiv aus und erheben daher keinen Anspruch auf wohlabgewogene oder gar gesicherte Objektivität. Der Leser folgt den Darstellungen in ihrer vorhandenen Glaubwürdigkeit oder eben auch nicht. Dem am Thema arbeitenden Historiker steht es frei, anhand anderer historischer Quellen den Gegenstand zu analysieren und die Blöß'schen Darlegungen mit Pro und Contra zu bedenken. Ungeachtet dessen bleiben die geäußerten persönlichen Wertvorstellungen unantastbar, weil sie die Atmosphäre der Zeit und der jeweiligen Lebenswelt als sowohl rare wie auch unverzichtbare Bestandteile widerspiegeln, wenn es darum geht, »Inhalt und Form« einer Gesellschaft tiefgründiger zu untersuchen.

Das vorliegende Manuskript, welches Stationen des Lebens von Wolfgang Blöß behandelt, basiert im Wesentlichen auf insgesamt vierzehn von mir vorbereiteten und geführten narrativen Interviews im Haushalt von Ada und Wolfgang Blöß in der Potsdamer Berliner Vorstadt im Zeitraum von Oktober 2021 bis Juni 2022. Dabei war es meine vordringlichste Aufgabe, aus dem assoziationsreichen Potpourri von Einzelerzählungen einen roten Faden herzuleiten und einen charakteristischen wie lebendigen Text zu schmieden. Nach den Biografien der Vorgänger entstand auch hier ein Resultat, welches das Einverständnis des Porträtierten voraussetzt. Im Zentrum des folgenden Werkes steht Wolfgang Blöß' Berufstätigkeit als langjähriger Mitarbeiter der Staatlichen Archivverwaltung, einer Hauptabteilung des Ministeriums des Innern der DDR. Es ist ihm ein Bedürfnis, zu seiner Arbeit und ihrer nach dem Zusammenbruch der DDR einsetzenden (Ab-)Wertung am Ende selbst einmal ausführlich und unzensiert Stellung nehmen zu können.

Darüber hinaus sind Blöß' Erzählungen über Vorfahren sowie das Kindheits- und Jugendmilieu ein Schlüssel zum Verständnis der eigenen Persönlichkeitsentwicklung: ein zeitig geweckter sportlicher Ehrgeiz und relativ spät gesetzte berufliche und politische Ziele, sich in der Entstehung begriffenen neuen Gesellschaft zu verorten. Die Beschreibung beider ostpreußischer Großelternfamilien, aus ärmlichsten Landarbeiter-Verhältnissen Ostpreußens

stammend, machen betroffen ob der Härte, die jene soziale Schicht bis ins Mark traf. Letztlich war es der Courage der Großmutter mütterlicherseits zu verdanken, die der Familienlegende nach mit einer Geschäftsidee in den Zwanzigerjahren nach Potsdam ging, um dort bessere Chancen für sich und ihre Kinder zu erkämpfen. Milieuentsprechend, aber auch fluchtbedingt bei der väterlichen Seite und dem Bombenterror der Briten und Amerikaner geschuldet auf der mütterlichen gibt es kaum schriftliche Überlieferungen aus der Zeit, weshalb lediglich mündlich weitergetragene Erinnerungen in – für mich – faszinierenden Splittern zusammengefügt werden konnten. Blöß' Eltern siedelten sich unter nicht mehr eindeutig rekonstruierbaren, aber letztlich glücklichen Umständen in einem kleinen Haus in Bornim an. Dort erlebten sie die unsäglichen zivilen Städtebombardierungen der Alliierten als auch letzte barbarische Kampfhandlungen der Deutschen Wehrmacht mit der Roten Armee vor der Kapitulation im Mai 1945.

In schulischen Kontexten wurde Wolfgang Blöß sogleich bewusst, welcher sozialen Schicht er angehörte und dass er sich – als Außenseiter fühlend – einem Vergleich zu wohlhabenderen bäuerlichen und bürgerlichen Klassenkameraden zu stellen hatte. Er knüpfte Kontakte und hielt Freundschaften zu Gleichgesinnten, genoss es, wenn deren Lebenswelt den Horizont der eigenen Familie erweiterte, ohne sie dabei zu verleugnen. Schulisch arbeitete er dann ambitioniert, wenn ein Pädagoge kraft einer Besonderheit dazu in der Lage war, über die reine Stoffvermittlung hinaus zu begeistern, was sich später in beiden Studiengängen und letztlich in der Praxis als Leitmotiv wiederfindet. Die organisierten Offerten für Kinder und Jugendliche sowohl im Dritten Reich als auch in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR dienten ihm als ähnlich empfundenes Experimentierfeld, auf welchem Kameradschaft, Messen der Kräfte und Erprobung von Waffen eine zentrale Rolle spielten und neben dem Bedürfnis nach Ordnung und Disziplin aber auch reine Abenteuer waren.

Der Wechsel auf die Universität im Jahr 1952 gelang Blöß leicht. Das Abitur war abgelegt, das gesellschaftspolitische und anfänglich durchaus demokratische Novum »Brechung des Bildungsprivilegs« brachte dem Arbeiterkind einen entscheidenden Vorteil ein. Doch alles, was studienhalber an der Humboldt-Universität zu Berlin geschah, empfand er fremd und als Zwang. Erst in den letzten zwei Semestern begegnete er den Professoren Heinrich Otto Meisner und Willy Flach, die aus dem empfundenen Mittelmaß des Lehrkörpers weit herausragten. Nach den Vorlesungen und Seminaren suchte Blöß rasch das Weite, fuhr zurück nach Potsdam, um zum eigentlichen Leben, nämlich zum Training oder zu Spielen seiner Handballmannschaft, die in der Landes- bzw. DDR-Liga spielte, zurückzukehren. Drei bedeutsame Ereignisse fallen in die beiden ersten Universitätsjahre 1952/53: der Aufbau einer sozialistischen

Gesellschaftsordnung mit einem totalen Umbruch in der Staats- und Gesellschaftsorganisation und der administrativ-territorialen Gestaltung des Landes, der Tod Stalins und der 17. Juni, deren Tragweite sich dem Studenten damals (noch) nicht erschlossen. Hinzu kam, dass die ideologische Bevormundung in der Seminar- und FDJ-Gruppe, mit Eifer geführt und Lippenbekenntnisse einfordernd, ihm zusetzte und Abwehr erweckte.

Seine Teilnahme am postgradualen Studiengang am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam ergab sich problemlos. Das Ministerium des Innern der DDR hatte Anfang der Fünfzigerjahre für seinen Bereich eine eigene archivarische Ausbildungsstätte gegründet. In dem Ausbildungszweig wurden Akademiker aufgenommen, die Blöß (inklusive sich selbst) heute in politisch-ideologischer Hinsicht als »negative Auslese« empfindet. Sie setzte sich aus studierten jungen Menschen zusammen, die auf der Suche nach gesellschaftlichen Nischen und Nebenwegen waren. Sämtliche Vorbereitungen auf die künftige Arbeit geschahen in unterschiedlicher Qualität, förderten dennoch spannende Themen zutage sowie eine enge Verbindung unter den Lehrgangsteilnehmern, auf die sie sich in ihren späteren Berufsjahren als Netzwerk zu berufen wussten.

Die wohl größte Veränderung im Leben begann mit der Abnabelung aus dem Elternhaus, mit der Eheschließung und Gründung einer Familie und dem Einstieg in die praktische Arbeit. Die Kollegen des Merseburger Archivs, eine Dependance des in Potsdam ansässigen Deutschen Zentralarchivs, empfingen Wolfgang Blöß freundlich, und die Anziehungskraft der dort verwahrten historischen Dokumente war außerordentlich stark. Die Geschichte Preußens in Form der (kriegsbedingte) sicher ausgelagerten Bestände des Preußischen Geheimen Staatsarchivs – fünfhundert Jahre in Papier geronnene Materie – stürzte aus den Regalen regelrecht auf ihn ein. Obwohl sich der junge Archivwissenschaftler mit der eigentlichen Tätigkeit unterfordert fühlte, lernte er jenseits der Theorie die tatsächliche Arbeit am Bestand und mit den Benutzern. Bei der gerne übernommenen Betreuung der Bibliothek – sie ermöglichte Blicke über die engen Mauern des Archivs – erwies sich Blöß als ideenreich und geschickt.

Merseburg zu verlassen, um an das »Mutterschiff« Deutsches Zentralarchiv zu wechseln, war innerhalb von fünf Jahren des Einstiegs in den Beruf gereift und von einer Art Krise ausgelöst, auf diese Weise nicht fortfahren zu wollen. Im Deutschen Zentralarchiv herrschte bei Blöß' Ankunft eine Atmosphäre, welche seine Offenheit für neue (noch nicht konkretisierte) Aufgaben mehr und mehr dämpfte. Die Handlungskompetenz und -freiheit der alten führenden Wissenschaftler des Hauses mit ihrer gehobenen Stellung in der Archivlandschaft der DDR wurden in jener Phase durch Karl Schirdewan, dem Leiter der Staatlichen Archivverwaltung (1958–1965), und seiner Strategie, ein neues,

nämlich dem Staat entsprechendes, sozialistisches Archivwesen aufzubauen, massiv eingeschränkt. Die Betroffenen trugen bestehende Konflikte auf fachlicher wie persönlicher Ebene in bissiger Schärfe aus. Spürbar und belastend war, dass beide Behörden im selben Haus residierten: die übergeordnete (kurioserweise) im Hinterhaus der untergeordneten. Blöß fühlte sich mehr oder minder deutlich aufgefordert, sich zu positionieren, was ihm Unbehagen bereitete. In diese Spannungen hinein fiel die Begegnung mit Alfred Schlegel, dem Leiter der Archivtechnik der Staatlichen Archivverwaltung, der als ehemaliger DEFA-Mitarbeiter einfallsreich sämtliche Bildstellen betreute, so auch die Blöß inzwischen anvertraute im Zentralarchiv. Sie brachte auch den Wendepunkt, denn der charismatische Vorgesetzte fragte Blöß: »Was willst du denn hier? Komm doch zu uns! Da kannst du was gestalten.«

Sein Vorschlag fiel auf fruchtbaren Boden, da Blöß perspektivisch seine Aufgaben nicht darin sah, Archivalien in einem der Staatsarchive zu verzeichnen, sondern es für sehr attraktiv hielt, eine neue Struktur des DDR-Archivwesens mit zu planen und zu organisieren. Die erforderliche politische Haltung verschaffte er sich mit dem Eintritt in die SED sowie mit einer zweijährigen Ausbildung an der Bezirksparteischule der SED, der Parteiorganisation des Ministeriums des Innern. Als designerter Parteisekretär – einem Amt, welches Potenzial zum Aufstieg zum zweiten (häufig sogar zum ersten) Direktor hatte – »hielt Blöß nicht hinterm Berg, was er zu tun gedenke«, machte Fehler, schuf sich Gegner und fiel letztendlich schmerzhaft tief. In der Realität angekommen, arbeitete er Anfang der Siebzigerjahre fachlich weiterhin als Referent, stellte Beschlüsse und Entscheidungen von der Zentrale nach unten zu den örtlichen Organen durch, plante Vorgaben für die Räte der Bezirke. Er erlebte wesentliche Vorgänge wie die Einrichtung des Dokumentationszentrums zur Aufarbeitung der Naziverbrechen, die konkreten Auswirkungen des innerdeutschen Grundlagenvertrages, die Vorbereitungen zum Gesetz zum Schutz des Archivgutes in der DDR. Fähigkeiten und Fehler seiner Leiter Walter Hochmuth (1965–1968) und Gerhard Exner (1968–1982) fielen ihm ebenso auf wie der Umstand, dass die Fachbereiche Wissenschaft, Finanzen und Wirtschaft, Kader und Sicherheit sich zu Einzelverwaltungen entwickelt hatten. Erst Roland Leopold (1983–1998) gelang es, mit neuen Bereichsleitern ein mehr oder minder einheitlich arbeitendes Organ zu erschaffen. Blöß erhielt von ihm für seine Planung und Organisation ein eigenes Hauptreferat. Als Verantwortlicher für die Kreis- und Stadtarchive beschäftigte er sich u. a. mit Publikationen, deren Arbeitsanleitungen vom Empfängerkreis verstanden wurden und umgesetzt werden konnten. Von seinem einstigen Tiefpunkt hatte er sich mit Arbeitsleistung und Loyalität erheben können, lebte stabile Jahre mit Privilegien und in Selbstgewissheit auf Künftiges.

Das, was sich ab Herbst 1989 im eigenen Land erhob und auch außenpolitisch in hoher Geschwindigkeit und Dynamik abspielte, überrollte Blöß wie eine Walze. Fassungslos und nahezu handlungsunfähig war er ein Teil der gesellschaftlichen Implosion und fand keine – aus seiner Sicht adäquate – neue berufliche Position. In einer Art Kurzschlussreaktion kassierte er sein gesamtes, Archive und Archivverwaltung betreffendes Schriftgut, suchte damit radikal einen Schlussstrich zu ziehen. Nach ersatzloser Auflösung der Staatlichen Archivverwaltung unterzeichnete Blöß zu Beginn des Jahres 1991 bei einem französischen Weingut einen Honorarvertrag und streifte als Händler durch eine ihm völlig fremde Welt. Hierbei lernte er nicht nur einen besonderen Menschenschlag, sondern auch jenseits der Theorie »den Kapitalismus« kennen – eine Weitung des Horizontes. Indes traf die Schwemme der Rücküberengungen per Gesetz die Familie im Innersten, und ihr zehrender juristischer Kampf um die Heimstätte war ein vergeblicher.

In Blöß' Rückbetrachtungen wird deutlich, wie identitätsbildend Hierarchien auf ihn wirken und sein individuelles Verständnis für seine Tätigkeit im Staatswesen auf entsprechender Einordnung gründet. Er will und wird als »Diener seines Staates« und schon gar nicht als Historiker »das Ergebnis DDR« als eine historische Gegebenheit nach der Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg vom Grundsatz her in Frage stellen. Mitbürger, die sich dem entzogen oder entgegenstellten, waren für ihn allerdings eine bestimmte Gruppe, Elemente, die man – wie in anderen oder vorherigen Staaten auch – »in Griff zu bekommen« hatte, um das Ganze »seinetwillen« zu erhalten. Das im real existierenden Sozialismus propagierte und zum Teil auch tatsächlich verinnerlichte Ideal vom Menschen, »dessen Gutes zu fördern war, um es gut zu machen«, zerschellte. Überdauern werden progressive fachliche Leistungen, mit welchen die Mitarbeiter des DDR-Archivwesens trotz ideologischer Anfechtungen Anerkennung und Vorbildwirkung auf internationalem Parkett errangen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass ich einige der Ausführungen von Wolfgang Blöß während der Interviews mit ihm, ausgehend von meiner eigenen Haltung zu den bewusst erlebten Achtzigerjahren in der DDR, kontrovers diskutiert habe, was aber für den Leser letztlich unerheblich ist. Denn es geht in der Bearbeitung von »Lebenswegen in der DDR« darum, sie nachzuvollziehen, sie zu erläutern und zu verstehen – und nicht abzuurteilen.

In diesem Sinne danke ich Ada und Wolfgang Blöß für vertrauensvolle Gespräche nebst Bewirtung im hellen schönen Wintergarten ihrer Wohnung nahe der geschichtsträchtigen Glienicker Brücke und wünsche ihnen persönlich alles Gute!

Vita

- ✦ am 23. Dezember 1932 in Bornim (Kr. Osthavelland) geboren
- ✦ Einschulung zu Ostern 1939 in der Grundschule in Bornim
- ✦ an der 1. Städtischen Oberschule für Jungen und im Humboldt-Gymnasium in Potsdam (1943–1952)
- ✦ Handballer in Potsdam und Merseburg (1948–1963)
- ✦ Studium »Geschichte« an der Philosophischen Fakultät der Humboldt Universität zu Berlin, Diplomseminar (1952–1956)
- ✦ Ausbildung im postgradualen Studiengang am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam (1956–1958)
- ✦ Heirat mit Ada, geb. Urban (1958)
- ✦ Mitarbeiter des Deutschen Zentralarchivs, Abteilung Merseburg (1958–1963)
- ✦ Nebenamtlicher Dozent an der Fachschule für Archivwesen Potsdam: Aktenkunde des Staates und der Wirtschaft (1959–1989)
- ✦ Geburt des Sohnes Fabian (1962)
- ✦ Mitarbeiter des Deutschen Zentralarchivs Potsdam (1963–1964)
- ✦ Geburt der Tochter Ulrike (1968)
- ✦ Referent der Staatlichen Archivverwaltung, Abteilung Wissenschaft (1964–1983), Leiter des selbständigen Referats »Organisation und Planung, Kulturgutschutz« (1983–1989)
- ✦ Fachverkäufer/Vertriebsmitarbeiter für Weine (1991–1999)
- ✦ Publizistische Tätigkeiten, siehe Publikationsverzeichnis
- ✦ Lebt und arbeitet in der Potsdamer Berliner Vorstadt

Prolog

Mit dem Archiv ist es eine besondere Sache. Jeder Mensch verfügt über eines, kaum einer nimmt es als solches wahr. Die Geburtsurkunde und andere Dokumente zum Verlauf des Lebens wie Zeugnisse, der Mietvertrag bzw. Grundbuchauszug, die KfZ-Zulassung nebst Versicherungspolice, intime Briefe und Emails von Nahestehenden – sie füllen nur wenige Mappen und werden heutzutage mehr und mehr abgelöst von der Festplatte des Computers. Sie alle legen Zeugnis ab von einem Leben; sie alle werden behütet, nicht jeder soll sie lesen.

Dokumente, insbesondere diejenigen, welche Zeugnis ablegen von der Existenz eines Staates und seinem Handeln im Guten und im Schlechten, füllen andere Verwahrstätten. Sie werden nicht gemessen nach Blättern und Mappen, ihre Menge ist nur in laufenden, besser: in stehenden Metern auszudrücken; man stellt sie sich dabei übereinander gestapelt vor. Sie dürfen nur Berechtigte lesen.

Um die Existenz des Staates, ihres Urhebers, zu sichern und zu belegen, seine Handlungsfähigkeit zu garantieren, später darüber berichten und Zeugnis ablegen zu können, werden diese Dokumente lange aufbewahrt, die aussagekräftigsten über einen unbegrenzten Zeitraum. Sie reifen in diesem Prozess zu historischen Quellen. Auch dann bleiben sie das Sublimat des Staates, seines Wesens und Kerns, die Verkörperung seiner innersten Identität. In fernen Zeiten waren das die *arcana imperii*, Herz, Trost und Schatz eines Herren, sein Schatzkästlein. Der Aufbewahrungsort war das Archiv als unverzichtbarer Teil des Staatsapparates. Zuerst eine eiserne Truhe, dann ein besonders gesichertes Gewölbe, schließlich das Geheime Archiv. Zugang hatten nur wenige besonders bestimmte Würdenträger und Personen.

Über allem wacht, für alles sorgt der Archivar. Er ist nach Ausbildung und Wesen Historiker. Die Eigenart seiner Bestimmung verlangt jedoch von ihm, zu einem Teil das Feld historischer Betätigung zu verlassen. Durch die Verantwortung für die Auswahl der aus der ungeheuren Masse der Überlieferung zur dauerhaften Aufbewahrung vorgesehenen Dokumente muss er seine Aufmerksamkeit auch auf die Gegenwart und Zukunft richten. Von einer janusköpfigen Gestalt hat man deshalb gesprochen. Das zu bewältigen mag leichter fallen, wenn der Archivar nach Meinecke ein Liebesverhältnis mit seinem Archiv eingeht. Auf alle Fälle aber benötigt er das Vertrauen des Dokumentenproduzenten als Lebenselixier für sich und seine Schätze. Ist dieses nicht vorhanden oder geht es verloren, gerät er mit diesen ins Abseits.

Schlimmer noch: Der Zustrom der bedeutendsten Dokumente, deren Bestimmung es ist, im Archiv zur historischen Quelle mit Aussagen über Vergangenes zu reifen, versiegt. In den Amtsstuben nämlich sind die Dokumente der dauernden Gefahr ausgesetzt, kassiert (vernichtet) zu werden. Dieses gilt für alle Gesellschaftsformationen und für alle Staatsformen und zu allen Zeiten. Der Zugang zu den Archiven ist auch heute nicht frei, Genehmigungspflicht und Zugangssperren sichern ihn.

Ausgerechnet in der DDR, die sich als Diktatur des Proletariats verstand, unternahm es eine kleine, aber äußerst einflussreiche Gruppe, dieses Verhältnis in Frage zu stellen. Staatsräson und tradierte Muster traten gegenüber der Vorstellung vom Archiv als wissenschaftlicher Institution zurück. Ein selbstgenügsames, autarkes, von den gesellschaftlichen Verhältnissen gelöstes Modell sollte als wissenschaftliche Theorie diese Auffassung begründen und propagieren. Das wurde dadurch begünstigt und sogar gefördert, dass die oberste Behörde für die Leitung des Archivwesens, die im Ministerium des Innern als Staatliche Archivverwaltung organisiert war, über längere Zeit zur Ausübung der ihr übertragenen Aufgaben und zur Durchsetzung einer den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprechenden Ordnung nicht in der Lage war. Damit war die Entwicklung des Archivwesens nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR für eine bestimmte Zeit einem vollkommen irregulären Verlauf gefolgt. Mit Sicht auf die anderen sozialistischen Staaten nahm es eine singuläre Stellung ein.

Mit der Berufung von Karl Schirdewan zum Leiter begann die Staatliche Archivverwaltung, die Archive auf ihre originären Aufgaben einzustimmen und sie in die staatlichen Strukturen einzuordnen. Diese Einordnung kam zu spät. Unersetzliche Dokumente waren bereits unwiederbringlich verloren gegangen. Um die Definitions- und Gestaltungshoheit entwickelten sich langandauernde Auseinandersetzungen. Sie materialisierten sich in einem Dauerzwist zwischen Staatlicher Archivverwaltung und Deutschem Zentralarchiv. In diese wurde ich spätestens mit meiner Arbeitsaufnahme in Potsdam einbezogen, denn sofort sprang mich der Widerspruch an. Ich hatte bis dahin vergessen, woher ich komme und wohin ich gehöre. Das bedeutete, Stellung zu beziehen. Persönlicher Tort war dabei nicht zu vermeiden. Und genau in diesem Spannungsverhältnis verlief das Auf und Ab meines dienstlichen Lebens.

Wolfgang Blöß

Die Vorfahren

Alle Überlieferungen, die die Vergangenheit der Vorfahren betreffen, beruhen auf persönlichen Erlebnissen und auf bruchstückartigen Mitteilungen von Verwandten. In den Familien wurde zeit- und milieugemäß weder vernehmbar über sich selbst nachgedacht noch über sich gesprochen. Vorhandene Kenntnisse reichen demzufolge bis zu den eigenen Großeltern und nicht weiter zurück. Beide Großelternfamilien – sowohl mütterlicher- als auch väterlicherseits – kamen aus Ostpreußen. Beide lebten dort auf dem niedrigsten Stand des Lebensniveaus.

Die soziale Lage der Bevölkerungskreise, der die Großeltern entstammten, beschrieb in einer Parlamentsdebatte im Preußischen Haus der Abgeordneten in den 1890er-Jahren ein Großgrundbesitzer folgendermaßen: Die Unterbringung der Landarbeiter in den östlichen preußischen Provinzen sei schlechter als die Ställe für die Schweine der Grundbesitzer im Westen. Max Weber forschte über die Verhältnisse der Landarbeiter in den östlichen Provinzen. Im Westen Preußens gab es keine Gutsherrschaft, sondern Grundherrschaft. Großgrundbesitzer verpachteten ihr Land. Im Osten konnte ein Gutsarbeiter nur ein guter Soldat sein. Von Kindesbeinen an gewöhnte man ihn mit der Peitsche oder mit dem Knüppel an bedingungslosen Gehorsam. Und es war wohl ohne Zweifel so, dass die pommerschen und die ostpreußischen Grenadiere die besten der preußischen Armee waren. Geprügelt wurde in Prügelstuben der Gutsinspektoren. Sonnabend war Prügeltag. Es wurde geprügelt bei schlecht verrichteter sowie bei gut verrichteter Arbeit. Es gehörte einfach dazu. Auch in den Memoiren des Großgrundbesitzers Elard von Oldenburg-Januschau ist nachzulesen, wie gesellschaftsfähig das Ganze war. Ohne Glanz war ihr Leben, wie ein ostpreußischer Dichter schrieb, mit schmerzdem Rücken ging man durch die Tage, auf der Schwelle saß die Sorge als Gast. Die einfache Frömmigkeit der Armen bewahrte sie vor der Verzweiflung.

Großvater (väterlicherseits) Friedrich Blöß war Knecht und stand damit auf der untersten Stufe des Landarbeiters. Ein Knecht besaß kein Haus, gründete zunächst auch keine Familie, sondern lebte irgendwo im Pferdestall oder in einem abgetrennten Abteil unter der Treppe bei einem Bauern oder Großgrundbesitzer als Untermieter, wo er sich verdingte. Friedrich Blöß war fünf Jahre jünger als seine Frau Marie Hein, geb. Tilsner, eine Witwe, die zudem ein uneheliches Kind mitbrachte.

Beide Großmütter waren, was mitunter ins Grotteske gezogen wird, Opfer ihrer Arbeitgeber oder deren Söhne geworden. Das stellte damals keine Selten-



Marie und Friedrich Blöß,
Großeltern väterlicherseits,
mit Enkelkind, um 1937

heit dar, und Abtreibungen hat es scheinbar nicht gegeben. Die betreffenden Frauen wurden abgefunden, indem man ihnen einen Knecht als Mann zuwies, jenem eine kleine Summe in die Hand gab und möglicherweise eine höhere Stufe in der Arbeitshierarchie versprach. Wolfgang Blöß nimmt an, dass es sich bei der Eheschließung seiner beiden Großelternpaare um einen solchen Vorgang handelte. Die Großmutter Marie Blöß brachte dann mindestens zwölf Kinder zur Welt, weshalb nicht anzunehmen ist, dass sie irgendwohin in Stellung ging.

Eines Tages zogen die Großeltern Blöß aus Rädtkeim (Kr. Preußisch Eylau) auf das relativ kleine Gut Lippitz bei Marienthal/Kosakowo (Kr. Rastenburg). Wie in Preußen üblich, gab es ein Kirchdorf und weitab vom Schuss diesen Gutshof, der aus dem Herrenhaus, dem Wirtschaftshof und den Katen für die Arbeiter bestand. Irgendwann war der Großvater vom Knecht zum



Friedrich Dittkowski, Großvater mütterlicherseits, gefallen am 27.7.1915

Instmann aufgestiegen, zum Landarbeiter, der vollständig auf einem Gut lebte und arbeitete, deshalb kein Tagelöhner mehr war. Instleute erhielten eine kleine Kate, in der sie höchstwahrscheinlich ohne Mietforderungen wohnten. Dazu gehörte ein eigenes Stückchen Land, auf dem sie Kartoffeln und Dinge für den eigenen Bedarf anbauen durften. Von Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang gab es Arbeit.

Der Großmutter mütterlicherseits, Auguste Markowski, verheiratet Dittkowski, wurde ein Mann zugewiesen, der am 27. Juli 1915 im Ersten Weltkrieg fiel. Sie war offensichtlich (nicht nur dem Namen nach) eine Slawin mit rundem Gesicht, untersetzter Figur und ganz heller Haut. Als sich die beiden Familien verbanden, gesellte sich das Gegenteil hinzu: ein brünetter

Menschenschlag mit fester Haut, möglicherweise aus Salzburg oder Frankreich zugewandert oder in Pillau als Matrose gestrandet. Wer weiß. Wolfgang Blöß verehrt seine Großmutter aufgrund ihrer geistigen Verfassung, die sich vom Landarbeitermilieu abhob. Sie arbeitete nicht auf dem Feld, sondern als Wirtschafterin auf Gütern und somit auch auf dem Gut, auf welchem die Blöß-Familie arbeitete. Sie bewegte sich in einer anderen Sphäre, hatte nicht nur mit dem Gutsinspektor zu tun. 1907 hatte sie eine uneheliche Tochter Anna zur Welt gebracht, aus ihrer Ehe stammen zwei Söhne: Kurt und Paul.

Ohne ein Datum oder Jahr nennen zu können – vielleicht hatte es mit der Inflation zu tun –, muss die Großmutter beschlossen haben wegzugehen. Es geht die Erzählung um, sie habe einen Eisenbahnwaggon Kartoffeln gekauft und sei damit nach Potsdam gefahren, wo bereits einer ihrer Brüder, ein Hallodri, gelandet war. Der wollte unbedingt zu den roten Husaren in die gelben Kasernen: zur Leibgarde Kaiser Wilhelms II., dem nach Ende der napoleonischen Kriege geschaffenen preußischen Husaren-Regiment. Eine Aufnahme dort fand aber nur statt, wenn der Bewerber ein Pferd und eine Ausgehuniform mitbrachte. Die Eltern sollen dafür ihre letzten Groschen zusammengekratzt



Gesellige Runde in der Gaststätte »Zur Fähre«, v. l. n. r.: Tante Olga und Onkel Hermann Markowski, Anna und Heinrich Blöß, vorn: die späteren Großmütter Auguste Dittkowski und Marie Blöß

haben, worüber sich die Großmutter immer heftig ärgern konnte, weil nur ein Kind gefördert wurde. Aber genau dieses hatte in Potsdam eine Mamsell, die bei irgendwelchen Leuten putzte, kennengelernt: Tante Olga. Zu ihr gehörte Onkel Hermann. Die saßen da und wussten scheinbar nicht so recht, was sie machen sollten – bis die Großmutter mit dem Waggon Kartoffeln ankam. Die drei machten einen Tante-Emma-Laden in der Holzmarktstraße auf.

Ihre beiden Söhne schickte sie in die Lehrausbildung. Einer wurde Maler, der andere Maurer; ihre Tochter Anna musste sich als Zimmermädchen verdingen. Sie begann bei dem berühmten jüdischen Orthopäden Richard Zuelzer, welcher in der stattlichen Villa gegenüber des Potsdamer Stadthauses lebte. Weil Familie Zuelzer 1938 nach London emigrieren musste, zählt das Haus zu den jüdischen Gedenkorten der Stadt. In ihren Berichten schwang immer mit, wie vornehm und edel dort alles gewesen war. Der Unterschied zu ihrer Herkunft muss nahezu unvorstellbar gewesen sein. Danach arbeitete sie als Hausmädchen der Potsdamer Baufirma Cordes. Zum Ende der Zwanzigerjahre waren Anna Dittkowski und Heinrich Blöß ein Paar geworden, wobei dieser noch in Ostpreußen lebte. Sie war es, die ihn in der schlimmen Zeit



Hochzeit der Eltern am 21.12.1931 in der Gaststätte »Zur Fähre«; 1. Reihe v.l.n.r.: Onkel Hermann Markowski, Marie Blöß, Anna und Heinrich Blöß, Großmutter Auguste Dittkowski, Tante Frieda (später verh. Pahl), 3. Reihe, 2. v.l.n.r.: Tante Liesbeth Anger, Onkel Hans Anger

der Weltwirtschaftskrise nach Potsdam holte. Sie heirateten am 21. Dezember 1931.

Heinrich Blöß, als höchstwahrscheinlich drittes Kind in der Geschwisterreihe 1906 zur Welt gekommen, war viele Kilometer weit in eine der sogenannten Pantinenschulen gelaufen, wo Schüler aller Altersgruppen versammelt in einer Klasse saßen und häufig keine festen Schuhe, sondern eben Pantinen trugen. In solch einer preußischen Grundschule brachte man ihm Rechnen und Schreiben bei. Mit vierzehn Jahren ging er gleich im Anschluss daran als Gutsarbeiter aufs Feld und lebte weiterhin bei seinen Eltern. Nach seiner Ankunft in Potsdam fing er als Kohlenträger an. Heutzutage bewerkstelligen Einwanderer unliebsame harte körperliche Arbeiten, damals waren es die Leute vom Land. Doch Anna entschied bald darauf, dass ihr Mann einen ordentlichen Beruf zu erlernen habe, und erreichte bei ihrem Arbeitgeber Cordes, wo die beiden anfänglich auch wohnten, tatsächlich eine Zimmermannslehre. In der Hegelallee neben dem damaligen Amtsgerichtsgebäude führte eine kleine Zufahrt zum Unternehmerhaus und zum »Platz« genannten Betriebsgelände.



Anna Dittkowski, Mutter noch ledig, in Anstellung bei Dr. Richard Zuelzer, dem stadtbekanntesten Potsdamer Orthopäden, um 1925



Heinrich Blöß, Vater, kurz nach seiner Ankunft in Potsdam, 1925

Dort standen die Lkw mit den Anhängern und die Gerüste. In schuppenartigen Gebäuden waren Werkstätten untergebracht. Neben den Zimmerleuten gab es Maurer und Dachdecker und einen betriebseigenen Schlosser, der Fahrzeuge und Geräte wartete. In der Zimmermannswerkstatt konnten die Zimmerleute den Winter über ihre Vorarbeiten (beispielsweise zum Bau der Dachstühle) im Sommer erledigen. Heinrich Blöß war der geborene Zimmermann und stolz auf seine Arbeit.

Im Unterschied zu vielen seiner Vorfahren kam Wolfgang Blöß als eheliches Kind zur Welt. Mit der Eheschließung hatten die Eltern sofort damit begonnen, ein Haus zu bauen, wobei schwer nachzuvollziehen ist, wie es überhaupt dazu kam. Wahrscheinlich hat der Bauunternehmer, für den sie arbeiteten, Unterstützung (einen günstigen Kredit) geboten, denn sie konnten keine entsprechende Rücklage gebildet haben, um als frischgebackenes Ehepaar sich selbst Grundstückskauf und Hausbau leisten zu können. Der Vater war Zimmermann und die beiden Schwager Maler und Maurer, was sich auszahlte. Mutter hatte ihre Stellung aufgegeben und arbeitete zu Hause.



Elterliches Haus in Bornim, 1930er-Jahre



Der jüngere Bruder
Hans-Dieter Blöß
sowie Heinrich
Blöß mit dem Vater
Wolfgang Blöß,
1942

Das etwa 500 Quadratmeter große Grundstück befand sich in Bornim. Der dortige Bauer Krüger besaß einen Hof mit Scheune, Pferde- und Schweinestall und einem kleinen Bauernhaus. Das Hauptgrundstück, insgesamt etwa sechs Morgen, erstreckte sich hinter dem Haus an der Straße entlang bis zum Grundstück vom Bauern Komorek. (Der gebürtige Schlesier war ein sogenanntes Original.) Hinzu kamen dann noch ein paar kleine Streuflächen. Krüger hatte an zwei Parteien etwas von seinem Land verkauft, was an der Straße lag. Der Nachbar zur rechten verfügte offenbar über mehr Kapital, denn er baute ein alleinstehendes Haus, ein sehr schönes. Die Eltern hatten wenig Mittel und der Bauer anscheinend auch, sodass er ihnen anzubauen angeboten hat. Auf diese Weise entstand ein Doppelhaus. Das war eine recht merkwürdige Konstruktion. Der Blick aus dem Blöß'schen Küchenfenster ging gleich zum Zaun und Bauernhof. Dahinter spendete ein großer Kastanienbaum Schatten. Darunter wurde zur Spargelzeit der Spargel in großen Waschbottichen, vor der Sonne geschützt, aufbewahrt. Die obere Etage im Haus wurde vermietet. Die Miete betrug 50 Mark pro Monat, und am Ende des Zweiten Weltkrieges war die Hypothek abbezahlt. Als Wolfgang Blöß geboren wurde, war das Elternhaus schon fertiggestellt. Es gab jedoch weder Bett noch Wiege, sondern nur einen Persil-Karton für den Neugeborenen, welchen die Großmutter aus ihrem Laden besorgt hatte. Ihm folgten die beiden Geschwisterkinder Hans-Dieter und Helmut.

Erinnerungen an Kindheit, Einschulung und Bombenkrieg

Das Familienleben war sehr karg, weil die Mitglieder damit beschäftigt waren zu überleben. Es gab kaum Begegnungen, so wie das heute in der Regel üblich ist. Man traf sich zu den Feier- und Geburtstagen. Sonnabends wurde gearbeitet und in die Schule gegangen, ein Sonntag diente der Regeneration, wobei der Vater auch sonntags arbeitete. Für Gefühle gab es weder Zeit noch Raum. Das hat sich in den Generationen, die sich aus ärmlichen Verhältnissen überwiegend aus eigener Kraft herausarbeiteten, immer noch gehalten. Sie kamen aus ihrer Haut nicht heraus. Je älter man wird, desto mehr Dinge liegen außerhalb des eigenen Einflussvermögens. Die eigenen Kinder zu umarmen war nicht üblich. Und doch gab es Unterschiede zwischen den Generationen. Während die ländliche Welt der Großelterngeneration noch darauf ausgerichtet war, Kinder als helfende, also funktionierende Hände in kärglichen Verhältnissen aufzuziehen, war das gesamte Trachten der Elterngeneration

darauf gerichtet, dass es ihre Kinder »einmal besser haben«. Das hieß, dass ihre Kinder gut ausgebildet werden und später gutverdienend sein sollten. Die neue Gesellschaftsordnung machte das für die soziale Schicht der Arbeiter und Bauern meist auch möglich. Übriggeblieben war aber auf jeden Fall das Verlangen, sich anzustrengen.

Wolfgang Blöß strengte sich nicht an, konnte das, was die Eltern für ihn einbrachten, seinerzeit nicht abschätzen und nicht würdigen. Es fehlte ihm die Vorstellung seiner beruflichen Zukunft. Stattdessen verbrachte er viel Zeit mit Freunden. In allen schulischen Benotungen stand dann geschrieben: »könnte mehr leisten«. Diese Art zu leben hielt lange an. Im Rückblick hätte er gern frühzeitig wachgerüttelt werden wollen, doch dazu fehlte es den Eltern an Zugriffsmöglichkeiten. Sie dachten, wenn sie ihren Sohn auf die Schiene setzten, rolle der Zug schon von allein. Demnach achteten sie darauf, dass der Sohn pünktlich zur Schule ging; sie schimpften, wenn sein Zeugnis schlecht ausfiel, mehr aber nicht. Überliefert ist die Vorstellung der Eltern, dass der Sohn eigentlich Arzt werden sollte. Was vielleicht daran lag, dass es in Bornim einen sehr auffälligen Arzt gab, Dr. Stappenbeck, nach dem sogar heute noch eine Bushaltestelle im Ort benannt ist. Ein gutaussehender Mann, ein ausgesprochener Frauentyp, der obendrein noch ein Cabrio fuhr.

Ein besonderes Verhältnis bestand zur Großmutter Auguste Dittkowski. Sie lebte und arbeitete in einem der gutbürgerlichen Potsdamer Häuser mit hohen Decken, welches übereck in der Neuen Königsstraße und Holzmarktstraße stand. Eine schmale Treppe führte zum Laden hinauf, der im Hochparterre untergebracht war. Rechts und links des Eingangs waren zwei von der Brauerei gestiftete große Emailschilder mit den Längen Kerls angebracht, weil man hier auch »Potsdamer Stange« verkaufte. In einem relativ kleinen Raum befand sich im linken Teil eine Theke, hinter der Tante Olga und die Großmutter ihre Geschäfte abwickelten. Darauf standen für Kinderaugen gut sichtbar Bonbongläser. Im Regal mit Schubladen hinter ihnen wurden Mehl, Zucker und andere Waren angeboten. Rechts der Theke standen Holzfässer mit Heringen und sauren Gurken. Was heutzutage als umweltfreundlich, nämlich plastikfrei, propagiert wird, war damals vollkommen normal. Der Kunde kam mit Gefäßen, in welche man die Waren legte; Zucker, Mehl und Hülsenfrüchte wurden in Papiertüten abgefüllt. Eine Treppe im Raum führte in einen oberen dunklen Flur, in dem eine Rolle stand, ein riesiger Apparat, der die Diele beherrschte und das Bügeln ersetzte. Er war etwa drei Meter lang und eineinhalb Meter breit und mit Steinen gefüllt. Etwas breiter als der Kasten waren Holzrollen, ganz glatt, wie Samt. Darauf wurde die Wäsche gelegt. Rechter Hand befand sich ein großes Rad, welches Onkel Hermann bediente. Das Rollen war sicherlich sein Nebenverdienst. Unklar bleibt, wie viel die drei

damals mit ihren Unternehmungen verdienten, aber zum Leben muss es gereicht haben. Hinter dem Verkaufsraum befand sich eine recht große Küche, in der die Großmutter nächtigte, solange ihre beiden Söhne noch bei ihr wohnten. Sie teilten ein Zimmer, welches sich neben dem Raum von Tante Olga und Onkel Hermann befand. Über der Tür hing ein Bild von Onkel Hermann als Husar. Eine Toilette gab es auch, die roch nach zweierlei: nach dem üblichen und nach altem Papier. Einer der Söhne las viel, und alles, was er gelesen hatte, hob er auf. So war das Örtchen mit Heftchen zugestapelt. Neben dem Tor der Einfahrt befand sich eine Bäckerei und auf dem Hof die Konservenfabrik Zinnert. Beim Bäcker bekamen die Kinder der Nachbarschaft (aber auch so mancher von den Erwachsenen) die von den Blechkuchen abgeschnittenen Ränder – eine Köstlichkeit.

Die Beziehung zur Großmutter empfand Wolfgang Blöß als Luxus, weil sie sowohl zusammen spazieren gingen als auch Reisen unternahmen. Sie nahm ihn mit zu ihrem Lieblingsbruder Franz nach Berlin. Der wohnte mit seiner Frau Berta in der Nähe von Ostkreuz in der Neuen Bahnhofstraße. Onkel Franz arbeitete bei Knorr-Bremse mit einem riesigen Firmengelände ganz in der Nähe, er brauchte nur über die Straße zu gehen. Eine gemeinsame Reise mit ihr im Jahr 1939 zu seinen väterlichen Großeltern auf dem Gut des Besitzers Lippitz in Marienthal/Kosakowo wird zur unauslöschlichen Kindheitserinnerung. Mit dem Zug ging es durch den Polnischen Korridor. Der Sechsjährige erlebte in Schneidemühl/Piła den Lokomotiv- und Personalwechsel. Polnische Eisenbahner trugen viereckige Mützen, deren Spitze nach vorne zeigte; völlig ungewohnt für den an deutsche Uniformen gewöhnten Jungen. An einem der Knotenpunkte auf der Strecke nach Königsberg, in Korschen/Korsze, stiegen Großmutter und Enkel in einen gelben Postbus auf drei Achsen und fuhren über Land weiter. Zum Gut gehörten Flächen mit einem schweren Boden, weshalb man mit einem Vierergespann und mit gummibereiften Wagen arbeitete. Der Kutscher saß nicht auf dem Kutschbock, sondern auf dem linken hinteren Pferd, auf dem Führpferd. Als kleiner Steppke durfte Wolfgang Blöß bei der Getreideernte »weiterfahren«. Das hieß, von einer Hocke (der zum Trocknen aufgestellten Getreidegarbe) zur nächsten zu fahren. Es gab noch keine Mähdrescher. Die damals modernste Getreide-Erntemaschine war der Mähbinder, welcher mit relativ breiten Schnittflächen das Getreide schnitt und gleichzeitig die Garben band. Damit war die schwere Arbeit des vor allem den Frauen aufgetragenen Garbenbindens abgelöst. Nun brauchte man die Garben nur noch aufzunehmen und zu Hocken aufzustellen. Wenn das Getreide richtig abgetrocknet war, kam der Viererspann (mit dem kleinen Blöß obendrauf) und fuhr von Hocke zu Hocke. Das Getreide wurde meist nicht sofort gedroschen, sondern in den Scheunen aufgestapelt, was nicht immer von Erfolg gekrönt

war. In der Regel hat man nicht »vom Halm verkauft« – das taten diejenigen, die unbedingt verkaufen und damit in ihren Forderungen zurückstecken mussten. Eines Tages auf dem Hof rief plötzlich der Gutsbesitzer Lippitz mit schneidender Stimme: »Blöß – anspannen!« Diesen Befehl behielt der Enkel ein Leben lang im Ohr.

Die Einschulung fand für den siebenjährigen Wolfgang zu Ostern 1939 in der Grundschule Bornim statt. Seine Klassenkameraden waren Jungen und Mädchen der umliegenden Bauern und Großbauern im Dorf Bornim, die mit ihren Grundstücken und Häusern auf sich aufmerksam machten. Das waren keine Kleinbauern- oder Arbeiterfamilien, da steckte schon ein bisschen Vermögen dahinter. Wolfgang fühlte den sozialen Unterschied, sah sich in einer Außenseiterrolle »der schwarze Schwan unter den weißen«, und hatte sich auch körperlich gegen Angriffe zur Wehr zu setzen. Kinder sind untereinander nicht zimperlich, und den kräftigen Bauernjungen war er in der Regel unterlegen. Die vier Jahre an der Schule waren in der Rangordnung und im Vergleich mit anderen auch von Angst geprägt. Auf allgemeine Bildung (neben der höheren) wurde großer Wert gelegt, was Wolfgang Blöß jedoch erst im Rückblick auf jene Zeit als eine der großen Leistungen des preußischen und dann des deutschen Staates anerkennen kann. Fachlich als auch pädagogisch waren die Grundschullehrer ausgezeichnet ausgebildet und konnten Schülern beibringen, was sie später brauchten: Rechnen, Schreiben, Heimatkunde, Zeichnen und weiteres. Sie wurden von ihren Schülern als »schon ältere Leute« angesehen, durchaus auch als ausgesprochene Respektspersonen. Aus der Schule heraus kam die Empfehlung, dass Wolfgang künftig die Oberschule besuchen sollte, was den Eltern möglicherweise nicht in den Sinn gekommen wäre. Es stand der Besuch einer Napola, der nationalpolitischen Eliteschule des Dritten Reiches, in Aussicht, was die Eltern mit: »Das kommt gar nicht in Frage!« vom Tisch wischten. Die Enttäuschung ihres Sohnes war groß, wobei er sich ihre Ablehnung bis heute nicht erklären kann. Sie waren politisch nicht interessiert und engagiert gewesen, doch was hat sie konkret bewogen? Sie gehörten sicherlich zu der großen Gruppe der politisch Indifferenten. Wie vieles in ihrem Dasein, so hatte sie besonders die Arbeit auf dem platten Lande, in den Gutsbezirken, geformt. Über ihr eigenes Leben mitzubestimmen, war ihnen bis zu den Kommunalwahlen des Jahres 1929 verwehrt. Kommunalwahlrecht stand allein dem Gutsvorsteher zu. Bei den Reichstags- und Landtagswahlen wusste dieser natürlich seine übergeordnete Position in seinem Interesse einzusetzen. Der Vater war jedenfalls kein Mitglied der NSDAP, die Mutter nicht in der NS-Frauenschaft.

Im Deutschen Jungvolk, eine Jugendorganisation der Hitlerjugend – von zehn bis vierzehn Jahren eine Pflichtveranstaltung – »machte es Spaß«. Sorgenvoll schaute das Mitglied allerdings auf seine Ausstattung. In eine Sommer-

uniform mit Braunhemd, schwarzer Hose und einem schwarzen Schlips nebst Lederknoten hatten die Eltern investiert, doch Geld für die teure schwarze Winteruniform mit einer Überfallhose und einer Art Windjacke konnten sie nicht aufbringen. Geknickt erschien der Zögling in Privatklamotten zum sogenannten Dienst. Der Gedanke, wie man Kinder für diese Art von Freizeitgestaltung gewann, war raffiniert. Alle waren mit Feuer und Flamme dabei, beim Exerzieren, bei den Geländespielen. Da wurde spielerisch Kriegsführung vorbereitet, und zwar den kindlich-jugendlichen Vorstellungen, Wünschen, Begehrlichkeiten angepasst. Man musste zusammenhalten, wenn man gewinnen wollte. In dem Gemeinschaftsgefühl wurde auch ein Bestreben geweckt, in den jeweiligen Dienstgraden höher zu kommen. Beim Jungvolk wurden sie durch Schnüre ausgedrückt. Die Führer trugen Schnüre in unterschiedlichsten Farben. Sie machten den Unterschied, denn die Uniformen waren alle gleich. Ein besonderes Geländespiel fand auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz statt. Soldaten fungierten als Führer der Gruppen. Die Jungen ärgerte seinerzeit, nicht wie italienische Jungfaschisten echte Waffen tragen zu dürfen, sondern lediglich Attrappen.

Der Zweite Weltkrieg spielte für Wolfgang Blöß zunächst keine besondere Rolle, und seine Eltern verhielten sich weder begeistert noch abgeneigt. Onkel Kurt, der Maurer, wurde eingezogen. Ein Foto gibt preis, wie er noch in Zivil und in gehobener Stimmung auf eine der Kasernen zumarschiert. Auch alle anderen Eingezogenen auf dem Bild haben einen fröhlichen Gesichtsausdruck. Er kam nach Eberswalde zur schweren motorisierten Artillerie. Deren 15-cm-Geschütze wurden nicht mehr von Pferden gezogen – im Ersten Weltkrieg war man noch mit Pferden durch die Sümpfe gejagt –, sondern von Zugmaschinen, die wie Lkw aussahen, vorn gummibereift, doch hinten trugen sie Ketten, wie bei Panzern. Damit konnte man unwegsames Gelände passieren. Auf der Ladefläche saß die Geschützbedienung mit der ersten Munitionsausstattung. Es gab bestimmte Regeln, wieviel Schuss man beim ersten Mal verbrauchen konnte. Nachschub kam dann erst auf Transportern hinterher. Eines Tages im März fuhr die Großmutter mit ihrem Enkel nach Eberswalde zum Tag der Wehrmacht. Jedes Jahr um diese Zeit wurden die Kasernen geöffnet, um die Zugmaschinen zu präsentieren, und staunende Kinder durften aufsteigen. Soldaten gaben stolz Vorführungen, wie man die Geschütze lädt, und sie drehten sogar eine Vorführrunde auf dem Platz.

Zu Beginn des Krieges war Vater Heinrich Blöß dreiunddreißig Jahre alt. Er besaß keinerlei militärische Ausbildung, hatte nicht gedient, war kein Reservist. Doch er wurde, wie alle Männer der Firma Cordes, durch die Organisation Todt, welche für die bauliche Realisierung von Schutz- und Rüstungsprojekten aufgebaut worden war, dienstverpflichtet – wie es hieß. Sie waren dann im



Einberufung von Kurt Dittkowski (in Zivil), Eberswalde, 1939

Grunde genommen eine zusätzliche Pioniereinheit, halb-militärisch organisiert. Der Firmenchef blieb Dienstvorgesetzter seiner Leute, welche in die Ukraine verlegt wurden, um das, was die gegnerischen Partisanen am vollkommen unterentwickelten Eisenbahnnetz der Sowjetunion in der Nacht gesprengt hatten, am nächsten Tage möglichst wieder in Ordnung zu bringen. Mit einer solchen Streckensprengung konnte man ganze Armeen stoppen, weshalb es an entscheidenden Stellen häufig Überfälle gab. Der Vater hat darüber leider nicht allzu viel erzählt, nur so viel, dass die Einheit bei Gomel stationiert war und sich die fachlich versierten Bauleute dort ein gutes Lager mit festen Baracken gebaut hatten. Es existierten Fotos, die etwas verblüfften, weil darauf die Männer fraternisierend mit den dortigen Küchenfrauen abgebildet waren. Das sah nach »Friede, Freude, Eierkuchen« aus. Diese Bilder sind jedoch nach dem Tod der Eltern verschwunden. Der Vater kehrte ein- bis zweimal auf Urlaub nach Hause zurück und wirkte bei seinen Besuchen von mal zu mal besser genährt, war voll des Lobes. Der Verdacht kam auf, seine Kameraden und er hätten in der Ferne wie die Made im Speck gelebt und seien höchstwahrscheinlich den Frauen vor Ort auch menschlich nähergekommen. Die Einheit wurde nie in Kampfhandlungen verwickelt, hatte keinen einzigen Toten zu verzeichnen. Als die Rote Armee dann immer weiter vorrückte, musste sie abgezogen und ins Rheinland verlegt werden. Dort kümmerte man sich um die Behebung von Bombenschäden. Zu Beginn des Jahres 1945 tauchte der Vater wieder zu Hause auf. Er war desertiert und die ganze Strecke vom Rheinland bis nach

Potsdam heimgelaufen, was einem Wunder glich, denn überall gab es Kontrollen. Keinem der sogenannten Kettenhunde fiel er in die Hände und wurde zu Hause auch nicht von den Soldaten der Roten Armee gefangen genommen. Sein Sohn stellte sich später die Frage, wie ein relativ unselbständiger Mensch das hat bewältigen können.

Bombenangriffe auf deutsche Städte hatten im Laufe der Zeit zugenommen, zunächst wurde nur nachts angegriffen. Man hörte in Bornim die Geschwader, gewöhnte sich daran und wusste genau: Hier passiert nichts, denn die fliegen nach Berlin weiter. Von einem bestimmten Zeitpunkt an, als die deutsche Luftabwehr sozusagen am Boden lag, kamen sie zu allen möglichen Stunden, so auch an sonnigen Tagen. Die Schüler standen auf ihrem Schulhof und schauten auf, wenn die silbern glänzenden Riesenschwärme, einer nach dem anderen, in geordneter Formation, angefliegen kamen, Hunderte von Bombern! Jeder Einzelne davon war zu erkennen. Alles flog unbeirrt brummend geradeaus – und es gab kein deutsches Jagdflugzeug zur Abwehr, keine einzige Flakgranate explodierte. Es geschah nichts. Die Schüler fragten sich, was da los war. Es breitete sich ein Gefühl der vollkommenen Machtlosigkeit aus: ausgeliefert zu sein einer fremden Gewalt, welche unbesorgt ihr schauriges Geschäft verrichtete, nämlich Tod und Verderben zu bringen. Inzwischen waren Luftwarnzeiten organisiert worden. Über Hannover gab es Messungen. Hannover – Potsdam erhielt als erste die Meldung L 30, was hieß, dass in dreißig Minuten die Flugzeuge erwartet wurden. Nach dem Alarm wurde sämtliches Leben stillgelegt. Die Schüler hatten auf schnellstem Wege nach Hause zu gehen, sofern sie in der Nähe wohnten und in einem Luftschutzbunker Schutz suchen konnten. Bei L 15 war der Schulluftschutzbunker aufzusuchen. Die 1. Städtische Oberschule für Jungen (bis 1937/38: 1. Städtische Oberrealschule) befand sich in der Packhofstraße, ganz in der Nähe von Großmutter's Domizil und einem großen Luftschutzbunker, den Wolfgang und sein Schulfreund angeblich ansteuerten. Tatsächlich liefen sie die Berliner Straße entlang, welche aus großbürgerlichen Häusern bestand: luxuriöse und stilvolle Bauten. Dort lebten keine »normalen Leute«, sondern höhere Beamte, Offiziere der beiden Kasernen und andere. In einem dieser Häuser mit vier oder fünf Stockwerken nebst erlesenem Treppenhaus stiegen sie hinauf bis auf den Dachboden, um von dort aus die Flugzeuge zu beobachten.

Kurz bevor Potsdam von Truppen der Roten Armee eingenommen wurde, musste der jüngste Bruder Hans-Dieter stationär behandelt werden. Leider ist nicht mehr zu ermitteln, woran genau er erkrankt war. Auf dem heutigen Gelände des Babelsberger Oberlinhauses befand sich das Krankenhaus Babelsberg, ein Relikt der ehemals selbständigen Stadt, in das er kam. Nun lag er da, während die Rote Armee immer näher rückte. Schließlich wollten ihn die

Eltern dort nicht allein lassen. Ihr Credo: »Wenn es zu Ende geht, müssen wir alle zusammenbleiben!« Mit dieser Überzeugung brach der Vater auf, um ihn nach Hause zu holen. In seinem anschließenden Bericht hieß es, dass er als letzter Passant die Lange Brücke überquerte, bevor sie gesprengt wurde. Denn die Pioniere vor Ort hatten ihm versichert: »Du brauchst hier nicht mehr zurückzukommen! Hier wird in Kürze alles weg sein!« Notgedrungen schlug der Vater den Rückweg über die Glienicker Brücke ein, seinen achtjährigen kranken Sohn auf einer weißen Krankenhausbahre vor sich herschiebend. Auch das soll sich knapp vor ihrer Sprengung – sie brach genau in der Mitte auseinander, und die Mittelenden sanken ins Wasser – zugetragen haben. Der Vater kam mit seiner fragilen Last heil heim. Der Bruder überlebte, und die Familie war wieder vereint.

In der Nacht vom 14. zum 15. April 1945 waren alle Familienmitglieder in Bornim zu Hause. Irgendjemand wurde wach und weckte die anderen. Oder alle schreckten hoch und standen sofort auf. Irgendetwas war anders als sonst. Man hörte fürchterlichen Krach, Explosionen. Die Technologie der Bombenangriffe besagte: In der ersten Welle werden die Dächer der Gebäude zerstört und in der zweiten die Brandbomben fallengelassen. Es kam also die zweite Welle mit den Brandbomben. Der Himmel war vollkommen rot von den Flammen. Angst stieg auf, was mit den Angehörigen in der Stadt geschehen war. Der nahende Morgen musste abgewartet werden. Wolfgang trat vor die Tür. Die Luft hing voll von verbranntem Papier, welches wie Schnee herunterrieselte und den Garten mit einer unnatürlichen Schicht bedeckte. Jener Augenblick wirkte noch nach Jahrzehnten wie eine Vorwegnahme, ein Hinweis auf oder ein Symbol für den künftigen beruflichen Werdegang: Das Heeresarchiv auf dem Brauhausberg war verbrannt, und es sollte sich herausstellen, dass das nationalsozialistische Regime nicht nur fremdes Kulturgut gestohlen, sondern auch versäumt hatte, das eigene zu schützen. Die deutsche Militärverwaltung in ihrer Abgehobenheit erachtete seinen Schutz für nicht erforderlich, während das Preußische Geheime Staatsarchiv und auch das Reichsarchiv Vorsorge getroffen und fast das gesamte wertvolle Archivgut sicher ausgelagert hatten. Beim Untergang des Heeresarchivs wurde die gesamte Dokumentation des preußischen und deutschen Heeres, der friderizianischen Kriege, der Befreiungs- und Einigungskriege, der Scharnhorstischen Militärreform ausgelöscht und vieles mehr. Was für ein Verlust! Wissenschaftler haben später gezielt danach geforscht, unter welchen Umständen Archivgut brennt, denn gestapeltes Papier bleibt im Kern geschützt, während die Ränder langsam kokeln. Eine Brandgefahr beginnt somit erst in dem Moment, in welchem der Stapel einstürzt. Man kann davon ausgehen, dass die alliierten Flieger Brandbomben mit enormen Entzündungstemperaturen einsetzten.

Wolfgang besaß seit dem achten Lebensjahr ein Fahrrad und machte sich damit auf den Weg in die Stadt, um seine Großmutter zu suchen: die Potsdamer Straße entlang zum Sanssouci-Berg und über den Brandenburger Platz in die Charlottenstraße. Dort hatte man die ersten Toten aus den Kellern geborgen. Sie lagen wie geparkte Autos am Rinnstein. Es war die erste Begegnung dieser Art und äußerst beängstigend. Die Leichen waren zum Teil entstellt, die Kleider angebrannt. In der Berliner Straße angekommen, war auch dort fast alles zerstört, aber nach dem Betreten des Hofes stand vor der Zinnertschen Fabrik leibhaftig die Großmutter. Tante Olga und Onkel Hermann lebten auch. Ein Glücksfall. Was war geschehen? Uniformierte Beauftragte der Luftschutzorganisation hatten festgelegt, wer im Haus im Bedarfsfall welchen Keller aufsuchen musste. Der Keller unter dem Laden und der Wohnung war nicht als Luftschutzkeller ausgebaut, daher wurden die Bewohner auf einen solchen verteilt. Der Anweisung folgten sie auch, in jener Nacht aber ausnahmsweise nicht. Tante Olga und die Großmutter tauchten im Luftschutzkeller des Bäckers unter, weil dort Radio gehört werden konnte und sie in Erfahrung bringen wollten, was überhaupt los ist. Onkel Hermann hingegen zog seinen großen Keller vor, welchen er »betrieb«, weil er Sammler war. Man muss sich vorstellen, dass jeder rostige Nagel, jedes Hufeisen und alles, was auf der Straße zu finden und zu verwerten war, von ihm aufgehoben wurde. Mit seinem einachsigen Rollwagen rangierte er immer zur Markthalle am Neuen Markt, wo heute noch der Kutschstall steht. Von dort holte er Obst und Gemüse. Wenn er auf der Fahrt etwas fand, nahm er das mit. Seinen Keller hatte er bis oben unter die Decke mit allem möglichen, im Grunde alten Kram aufgestapelt, der ihm jedoch sehr wertvoll erschienen sein muss, da es ihn bei Bombenangriffen dort hinzog. Bei dem schweren Angriff vom 14. zum 15. April 1945 wurde er zwischen seinen Schätzen eingeklemmt. Damit war er der einzige Verwehrte aus dem Blöß'schen Umkreis. Und genau auf den für die drei vorgesehenen Luftschutzkeller war eine Luftmine gefallen so wie auf das Haus samt Laden und Wohnung. Alle Insassen kamen zu Tode. Unter ihnen befand sich eine junge Mutter mit ihrem Säugling, Flüchtlinge. Und ein grausamer Zufall ergab, dass der Ehemann, der Vater des Kindes, der in Potsdam stationiert war, in dem Augenblick hinzukam, als Helfer einen Zugang in den Luftschutzkeller geschlagen hatten. Das Bild der Frau mit ihrem Kind im Arm, sitzend, leblos und doch bis eben noch von Fleisch und Blut, brannte sich tief ins Gedächtnis.

Der Zeitraum zwischen dem Bombardement der Stadt und dem Aufatmen, dass »man davongekommen war« und die Angehörigen das Ganze körperlich unversehrt überstanden hatten, war eigentlich nur gering. Bald kam die Front. Erstaunlicher- und für einfache Leute unvorhersehbarerweise sollte der Angriff aus der entgegengesetzten Richtung, aus dem Westen, kommen. Wolfgang

kletterte mit dem ältesten Sohn der Obermieterfamilie aufs Dach hinter den Schornstein, um Ausschau zu halten, und hörte das beständige Wummern und den üblichen Kriegslärm. Im Vorgarten vorm Haus hatte der Vater unter der kleinen Rasenfläche einen Bunker gebaut – schwere Arbeit mit der Picke, weil der Bornimer Boden unter einer ganz flachen Humus-Schicht nur noch lehmig-tonig war. Die Wände des Bunkers brauchten nicht einmal abgestürzt zu werden, sein Eingang zeigte zur Haustür, durch eine Klappe ging steil eine Treppe hinab. Eines Tages öffnete Wolfgang die Eingangstür, als im selben Augenblick im Nachbarhaus eine Granate, aus Westen kommend, einschlug und dort ein riesiges Loch hineinriss. Der Luftdruck schleuderte den Jungen vier Meter tief in den geöffneten Bunker. Es blieb bei einem großen Schrecken und ein paar Prellungen. Im nahe gelegenen Wäldchen Katharienhölzchen waren Reste der Wenck-Armee zusammengezogen worden. Hinter jedem Baum stand praktisch ein Soldat, und auf allen befahrbaren Wegen standen Fahrzeuge, wahrscheinlich von einer Versorgungseinheit. Neugierig pilgerten Wolfgang und die Kinder aus der Nachbarschaft dorthin und duckten sich vor den sowjetischen Rata-Tief- und Schlachtfliegern ab, die direkt über den Baumkronen entlang flogen, ohne beschossen zu werden. Zum Teil konnte man die Piloten hinter der Scheibe sehen, und vor allem konnte man sehen, wenn sie schossen und Bomben abwarfen. Danach begannen die Bodenkämpfe. Die deutschen Verteidiger wichen aus dem Dorffinneren durch die Obstgärten zurück. Auf diesem Wege kam auch ein versprengter Haufen, wahrscheinlich vom Volkssturm, auf das Grundstück und wollte sich hinter dem Bunker verschanzen. Doch der Vater stellte sich einem älteren befehlenden Hauptmann energisch entgegen: »Das kommt gar nicht in Frage! Hier sind Frauen und Kinder im Haus! Wenn Sie das Feuer eröffnen, wird hier alles zerstört!« Die Truppe zog sich zurück, der Hauptmann erschoss sich unter dem Kastanienbaum auf dem Nachbarhof. Er lag dort so lange, bis die Sowjets kamen. Als erstes wurden ihm die Stiefel von den Füßen gezogen, weil Rotarmisten außerordentlich schlecht ausgestattet waren. Der Leichnam lag dann noch zwei Tage in Socken, was Wolfgang merkwürdig beeindruckte. Von den eigentlichen Kampfhandlungen blieb die Familie verschont, sie spielten sich im Katharienhölzchen und auf der Potsdamer Straße ab, wo eine Reihe T 34 und ein Tiger, der mehrere von ihnen abschoss, auffuhren. Sinnlos und verhängnisvoll sind in den letzten Tagen auf beiden Seiten noch sehr viele Soldaten ums Leben gekommen. Während die Rote Armee ihre Gefallenen sehr schnell bestattete, mussten für die Sorge um die deutschen Toten erst die NSDAP-Mitglieder des Dorfes zusammengetrommelt werden.

In dem Moment, als die Sowjets vor dem elterlichen Hause auftauchten, war klar, dass die Dinge entschieden waren. Die Familie nahm es still zur Kenntnis,

dahingehend: »Es ist jetzt einfach so.« Im Katharinenholz standen herrenlos gewordene Autos, Motorräder, Lkw, beladen mit Waffen, Munition, Nahrungsmitteln und allem, was eine militärische Einheit braucht. Mit seinen Freunden stöberte Wolfgang im Wald herum und lief bis zu den Kasernen in Eiche, zur Kriegsschule in Bornstedt, um vor Ort Vorhandenes durchzuforsten. Von seinen Streifzügen nach Hause zurückkehrend, fragte er seine Mutter: »In der Kriegsschule liegt schöne neue Bettwäsche in den Schränken. Kann ich davon nicht mal was mitbringen?« »Nein.« Dem Vater berichtete er: »Da stehen ein Trecker, ein Lkw, ein Motorrad – wollen wir die nicht holen?« »Nein!« Das kam überhaupt nicht in Frage! Während Nachbarn und Bekannte sich bedienten – ein Arbeitskollege hatte sich einen Lkw-Anhänger angeeignet und für ein gewisses Salär an die Firma Cordes vermietet –, wollten die Eltern davon nichts wissen. Sie besaßen ein festgefügtes Weltbild und Vorstellungen von dem, was man tut und was man unterlässt, welche sie selbst in so einer rechtlosen Zeit – und das war sie – nicht aufgaben. Das war in ihnen angelegt. Sie verließen sich auf ihre eigene Kraft, auf das, wozu sie imstande waren. Wolfgang blieb diese Haltung mit dem zugrundeliegenden Ethos damals unverstänlich, weil er in seinem Umfeld beobachtete, wie die Eltern anderer Kinder grundverschieden zu den eigenen agierten und dabei materiell viel besser wegkamen.

An der Oberschule (1943–1952)

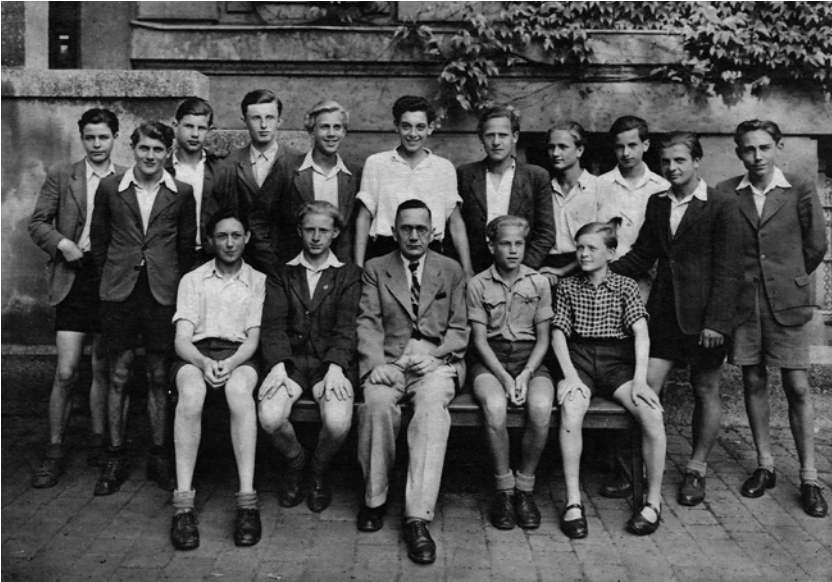
Die Oberschulzeit hatte bereits im Sommer 1943 begonnen. An der – als dunkel und unheimlich empfundenen – Einrichtung in der Gardes-du-Corps-Straße gab es einen Sportlehrer, der auf Zack war und den pffiffige Schüler deshalb »Zacko« taufte. Zacko war auch zuständig für die Sammlung von Altstoffen und übrigens ein SA-Mann, der in Uniform zum Dienst erschien. Für die Altstoffsammlung wies er an: »Wenn ihr nicht das sammelt, was euch aufgegeben ist, kommt ihr alle nach Sibirien!«, und bezog sich damit auf die Ausstellung »Das Sowjetparadies«, welche im Frühsommer 1942 im Berliner Lustgarten gezeigt wurde. Es wurden Menschen des feindlichen Systems in einer ganz primitiven Darstellung gezeigt. Wenn die dorthin delegierten und daran eigentlich gar nicht interessierten Schüler die Gesichter von Ostjuden mit den Schläfenlöckchen, Hakennasen und speckigen Kaftanen betrachteten, wurde ihnen regelrecht schlecht. Die Nationalsozialisten bedienten das klassische Bild des Antisemitismus und des Untermenschen, und der Begriff Sibirien war in der Bevölkerung längst präsent. Bei der Altstoffsammlung lag der Fokus auf Altpapier, welches in einem langgestreckten höhlenartigen

Gebäudeteil der Schule gestapelt wurde. Alle Schüler schleppten so viel davon heran, dass dieser Raum bis oben an die Decke vollgestopft war. Und wenn ein Niveau erreicht worden war, auf dem man nur noch auf dem Bauch kriechend vorankam, bildeten die Tüchtigen eine Schlange und krochen schwitzend mit den Papierbündeln bis zum Ende durch. Zacko stand an der Eingangstür und beobachtete das Treiben. Im Laufe des Krieges war ein Deutschlehrer gekommen, der eine besondere Beziehung zu Italien pflegte. Er verfolgte mit den Schülern zum Beispiel die Landung der Alliierten in Unteritalien im September 1943. Es wurde eine große Wandkarte von Italien aufgehängt, anhand derer er die neue Frontlinie bekannt gab, die immer weiter zurückging. Er schimpfte wie ein Rohrspatz über die Italiener: »Das sind keine guten Bundesgenossen, schlechte Soldaten, die sind feige, gehen in Kriegsgefangenschaft!« Das Schlimmste kam, als der italienische Marschall Pietro Badoglio kapituliert hatte. Es folgte dann jeden Tag eine Suada über diesen »Verräter«. Daraufhin hieß der Mann im Schülermund »Badoglio«. Die beiden Pädagogen nahmen bewusst politisch-ideologischen Einfluss auf ihre Schüler, während im laufenden Schulbetrieb auf politische Ereignisse nicht direkt Bezug genommen wurde. Schule war Schule, sie stand für sich, es ging darum, vernünftige Abiturienten auszubilden.

Ein außerordentlich rühriger Stadtschulrat und Altkommunist, Hans Riebau, hatte dafür gesorgt, den Schulbetrieb nach der Kapitulation Deutschlands wieder zügig in Gang zu bringen. Der Unterricht wurde bereits am 22. Mai 1945 wieder aufgenommen. Potsdam war in dieser Hinsicht eine der ersten Städte in der sowjetischen Besatzungszone. Die Schüler ärgerten sich, ein ganzes Jahr nachholen zu müssen – durch die Luftschutzwarnungen hatte es einen viel zu hohen Stundenausfall gegeben. Die Oberschule selbst war dem verheerenden Luftangriff zum Opfer gefallen. Ihr Unterricht fand deshalb vormittags und nachmittags in der Oberschule gegenüber des Obeliskens an der Ecke Hegelallee/Schopenhauerstraße statt – ein neobarocker Kasten, während der Nazizeit Wilhelm-Frick-Schule, später 2. Städtische Oberschule, dann Einstein-Schule. Kasernen und Schulen bleiben in der Regel Kasernen und Schulen. Dort sah sich Wolfgang Blöß in einer ähnlichen Situation wie in der Grundschule: Er traf auf Kinder der besser situierten Schicht in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wobei sich das soziale Gefälle nicht mehr so brutal zeigte wie zuvor an der Grundschule, wo es in der Abgrenzung darum ging, entweder »Bauer« oder »kein Bauer« zu sein. Hierher kamen Handwerker-, Rechtsanwalts- und Kaufmannskinder aus dem mittleren und gehobenen Bürgertum. Am ersten Tag des Schulbetriebs stand er neben seinem Freund einsam und verloren auf dem riesigen Schulhof, fühlte und dachte, er sei in der Hierarchie der Gemeinschaft »am unteren Rand«. Der Freund war

aus schwierigen familiären Verhältnissen heraus bei den Riebaus untergekommen, die das Bild einer modernen Familie abgaben. Zudem besaßen sie viele Bücher, wirkten belesen und damit gebildet. Wolfgang beeindruckte die Wohnungseinrichtung mit den stilvollen Bauhausmöbeln aus der Weimarer Zeit damals sehr, während die eigenen Eltern das gute alte Buffet liebten. Wenn die Arbeiterkollegen des Vaters sie zu Hause besuchten, wurde auch ganz anders gesprochen als bei Familie Riebau oder in der Schule. Wolfgang legte sich für beide Milieus eine bestimmte sprachliche Ausdrucksweise zurecht. Auf Ausstattung, Kleidung und Eigentum achtete er frühzeitig. Zwei Klassenkameraden besaßen Boote. Besonders ein geklinkerter Kanadier mit Seitenbordmotor – 1945 das aktuellste Modell und im Besitz eines Klassenkameraden (eines Kaufmannssohnes) – erregte große Begehrlichkeiten, wenn sich die Jungen hin und wieder an dem an der Havel zwischen Geltow und Caputh gelegenen Zeltplatz »Himmelreich« gründlich austobten.

In der Regel waren leitende Beamte Mitglieder der NSDAP gewesen, Direktor Friedrichs nicht. Er und alle anderen Lehrer – außer dem Sportlehrer – wurden weiterbeschäftigt. Der bedeutendste Pädagoge für Wolfgang war Gottfried Behrendt, ein Neulehrer, Junggeselle. Er unterrichtete Deutsch und kam mit blankgeputzten Offiziersstiefeln in die Schule, wofür ihn die Jungen bewunderten. Fräulein Johanna Jäckel gab Latein. Die Neulehrer hatten einen viel geringeren Altersabstand und auch ein deutlich persönlicheres Verhältnis zu ihren Schülern als die alten Lehrer, die jeglichen außerschulischen Kontakt zu ihren Eleven mieden. Sie waren »echte Lehrer«, die ihr ganzes Sinnen und Bemühen dem Ziel untergeordnet hatten, kluge, gebildete Schüler zu erziehen und aus ihrer Lehre hervorzubringen. Aber sie konnten aus ihrer Haut nicht heraus, sie fürchteten sicherlich, sich sonst etwas zu vergeben. Behrendt aber hatte etwas Einnehmendes, indem er die Kunst des Zuhörens beherrschte und die übergeordnete Ebene – die bislang entsprechend des akademischen Grades immer eingehalten wurde – nicht brauchte. Man konnte mit ihm zwanglos auch über Dinge sprechen, die nicht unbedingt zur Schule gehörten, die man aber auch zu Hause nicht anbringen wollte. Es entstand eine ganz andere Atmosphäre. Aufgrund seiner verständlichen, umstandslosen Art, Literatur vorzustellen und zu erläutern, wurden Detektiv-Romane und John Klings Abenteuer für Wolfgang bald uninteressant. Der Impetus zu lesen war vorher schon vorhanden gewesen, Behrendt lenkte ihn nur behutsam in die richtige Bahn. Bei einem Aufsatz über die Novelle »Die Judenbuche« von Annette von Droste-Hülshoff war beispielsweise die Frage zu beantworten, ob der Protagonist zum Mörder werden musste. Interpretiert werden sollte die Situation, Wolfgang beschrieb das Individuum, welches sich der Folgen hätte bewusst sein müssen. Unter dem Aufsatz stand: »Thema verfehlt, trotzdem 1«. Später



Die Klassenstufe 11 der Potsdamer Humboldt-Schule; 1. Reihe, 3. v. l. n. r.: Lehrer Dankwart; 2. Reihe 7. v. l. n. r.: Wolfgang Blöß

machte Behrendt Karriere an einer Oberschule in der Lausitz, war verdienter Lehrer des Volkes, was eine große Auszeichnung war, aus der hervorging, dass auch die Gesellschaft seine Bemühungen würdigte.

In der 10. und 11. Klasse wurde die Klasse – möglicherweise als eine der ersten Jungensklassen einer Oberschule – mit Mädchen aus zwei Potsdamer Mädchenoberschulen zusammengelegt. Das war schlimmer als eine Revolution, denn die Pubertät war im vollem Gange, und die Jugendlichen waren vollkommen durcheinander. In der Grundschule hatte man die Mädchen gar nicht beachtet oder maximal an den Zöpfen gezogen. Nun befand man sich in einer Phase, in der man mit anderen Augen auf das andere Geschlecht schaute: für schulische Belange das reine Gift. Bis auf den Primus waren die Schüler auf ihrem Weg zum Abitur mindestens um eine Zensur abgerutscht. Der Unterricht stand gar nicht mehr im Vordergrund, sondern das Imponiergehabe, das Gucken mit allen verschiedenen Expektorationen, die da eine Rolle spielten. Sicherlich ist es das normale Leben, aber für damalige Verhältnisse war es sozusagen außerordentlich. Die Jungen waren in dem Alter auf einzelne Dinge fixiert und in keiner Weise schon in der Lage, die Situation richtig einzuschätzen. Die Mädchen schienen diesbezüglich einfach weiter zu sein, körperlich, geistig und in ihrer Einstellung zum Leben.



VP-Bus mit Chauffeur – Schulausflug im Winter nach Hasselfelde



Das Haus der Jugend in Hasselfelde im Schnee

Ein persönlicher Erfolg stellte sich im 11. Jahrgang ein. Eines Tages stand fest, dass die Schulklasse vierzehn Tage lang nach Hasselfelde im Oberharz in den Wintersport fahren durfte. Aber wie sollte sie dorthin gelangen? Wolfgang hatte den Einfall, dass er und seine Klassenkameraden in brütender Hitze dafür geschuftet hatten, das Thälmann-Stadion für den Sportclub Dynamo Potsdam am Lustgarten aufzubauen, wofür eine sehr schöne architektonische Lösung mit einem frei tragenden Tribünendach gefunden worden war. Es mussten Wälle für die Zuschauer aufgeschüttet werden. In der Stadt lagerte eine ganze Menge Schutt, auch vom zerstörten Stadtschloss. Zum Transport waren Gleise verlegt worden. Die Schüler hoben Steine in die Loren und waren somit beteiligt gewesen, das Stadion zu errichten. Wolfgang schlug vor, für diese Arbeit nun den Lohn einholen zu können. »Ich gehe zu Staimer [1945–50 Chef der Landespolizeibehörde Brandenburg in Potsdam] und frage, ob er uns helfen kann. Denn die Polizei hat jede Menge Fahrzeuge – vielleicht stellen die uns eins.« Mit der Tochter des Hochschulpfarrers Kehnscherper wurde er sogar zu ihm vorgelassen. Sie trugen ihm ihr Anliegen vor. Wolfgang erzählte auch von seiner Nutzung der Turnhalle, welche die Polizei auf ihrem Territorium unterhielt. »Na klar«, sagte Staimer, »das machen wir, ihr kriegt einen Bus!« Einer der Busfahrer fuhr die Klasse in den Harz und wieder nach Hause zurück. Nach der gelungenen Aktion wurde Wolfgang zum Klassen-sprecher gewählt.

In der Zeit des Übergangs von der 11. zur 12. Klasse wurde das erste FDJ-Ferienlager in Trassenheide auf Usedom an der Ostsee eröffnet. Wolfgang Blöß und seinen Banknachbar, beide bei der Potsdamer FDJ organisiert, hatte man aufgrund besonderer gesellschaftlicher Arbeit im Freizeitbereich ausgewählt, an einem Sommertreffen teilzunehmen, zu welchem aus dem Land Brandenburg die besten FDJler zusammenkamen. Das Lager befand sich noch im Aufbau. Es standen ein paar Zelte eingepflockt, bei Wind und Wetter wurde in der Düne unter freiem Himmel gekocht. Die Mitgliedschaft empfand Wolfgang Blöß nicht als Zwang, ebenso wenig wie die in den Jugendorganisationen des Nationalsozialismus. Auch wenn es aus heutiger Sicht eine Negativleistung ist – es war gelungen, die Jugend anzusprechen. Die Ideologie hatte zunächst einmal nicht im Vordergrund gestanden, sondern es hatte gegolten, bestimmte Verhaltensweisen wie Disziplin zu erlernen oder sich in eine größere Gemeinschaft einzuordnen, natürlich mit der Zielstellung, fügsame Soldaten zu erziehen. Es machte Spaß, einmal in der Woche zum Dienst zu erscheinen. Wenn man zusammenkam, wurde auf einem Appell abgezählt, wer da war und wer nicht. Danach ging es auf das Gelände hinaus zum Geländespiel. Was konnte man einem Jungen Besseres bieten? Die Mitgliedschaft in der FDJ war im Grunde genommen nichts Neuartiges, sondern eine Art von Fortsetzung. Auch wenn

der Vergleich schief ausfällt, war es doch eine ähnliche Situation wie die nach 1933, als Leute aus dem Rotfrontkämpferbund zahlreich in die SA übertraten. Den größten Zufluss konnte die SA aus der kommunistischen Bewegung verzeichnen. Da steckte gar nicht so viel Ideologie dahinter, sondern das Bestreben der Männer, sich wieder in eine Ordnung mit Disziplin einzugliedern.

Wenn man sich die allgemeinen Verhältnisse in der DDR bis 1952 anschaut, so haben sie sich zum Teil sehr stark von den späteren unterschieden. Es war eine viel größere Meinungsvielfalt vorhanden, letztlich auch kein Druck. Jedenfalls verspürten Wolfgang Blöß und Freunde keinen solchen. An einer anderen Potsdamer Oberschule verabredete sich eine Klasse beim Demonstrieren am 1. Mai, Tag des internationalen Kampfes der Werktätigen, zum Tragen weißer Nelken statt der roten. Die Schüler inszenierten einen Anlass, nur um sich später damit legitimieren zu können, verfolgt worden zu sein, und sind dann tatsächlich geschlossen nach Westdeutschland abgehauen. Als gesamte Klasse wurden sie an einer Oberschule in Bremen aufgenommen, weil sie sich als Widerstandskämpfer darstellten, was die Zurückgebliebenen schließlich gar nicht mehr berührt hat. Sie fragten sich eher, weshalb Leute einfach so ihre Heimat verlassen.

Sport als Lebenselixier

Bewegung und sportliche Betätigung spielte für Wolfgang Blöß seit seiner Diphtherieerkrankung im Grundschulalter eine sehr wichtige Rolle – ging es doch dabei um Leben und Tod. Da kein Penicillin oder keine ähnlichen Medikamente zur Verfügung standen, hatte man den Kampf anzunehmen und mit körpereigenen Kräften gesund zu werden. Die Krankheit brachte die einschneidende, furchteinflößende Erfahrung mit sich, vorübergehend blind zu sein. Plötzlich festzustellen, nicht mehr sehen und lesen zu können, ist grausam. Weder der behandelnde Arzt noch die Eltern gaben dazu irgendeine Erklärung ab. Zum zweiten blieb ein Herzfehler übrig, eine Klappe funktionierte nicht mehr komplett. Auf der täglichen Tour zur Schule mit dem Rad fehlten die körperlichen Kräfte, esieß, entweder zu schieben oder auch Stürze hinzunehmen. Ein junger Sportlehrer empfahl Wolfgang, Handball zu spielen.

Bei »Einheit, Willy Sänger«, der Sportgemeinschaft der staatlichen Verwaltung, stellte er den Aufnahmeantrag. Zu dieser Zeit wurde allein Feldhandball gespielt; alle Spiele fanden bei Wind und Wetter unter freiem Himmel auf einem normalen Fußballfeld statt. Training und Spiele brachten das Herz in Schwung, es wurde leistungsfähig und riesengroß. Ein paar Kameraden



Im Stadion des Armeesportklubs Potsdam (ASK) am Luftschiffhafen, l.: Wolfgang Blöß in Aktion, 1956

aus der Klasse hatte Wolfgang zur Verstärkung mitgenommen. Bald stieg die Mannschaft von der B-Jugend in die A-Klasse auf, und Blöß stand in der Jugendauswahl des Landes Brandenburg, die Auswahlspiele spielte. In der 11. Klasse kam er in die erste Männermannschaft, die damals Spiele der (obersten) Landesklasse bestritt. Der überwiegende Teil bestand aus älteren Männern, die fast alle im Krieg gewesen, aber nicht in sowjetische Gefangenschaft geraten waren, der kleinere Teil aus den jungen »Knöpfen«. Nach dem Training und den Spielen wurde ordentlich getrunken. Für Spiele der Landesliga musste man nach Biesenthal, Luckenwalde, in die Lausitz nach Forst und Guben und Premnitz ausrücken. Wie damals üblich, saßen die Spieler auf der Ladefläche eines offenen Lkw (manchmal mit, manchmal ohne schützender Plane) auf ein paar Holzbänken im hinteren Bereich. Es war ziemlich herausfordernd, und die Mannschaft spielte relativ gut. Die Handballer bekamen zwar kein Geld für ein gewonnenes Match, aber der Sektionsleiter gab danach eine Runde aus, was das Höchste war! Zudem orientierten sich die Sportler daran, wer das beste Beförderungsmittel zur Verfügung stellte oder einen Trainingsanzug, weil man verhindern wollte, das Jersey selbst bezahlen zu müssen.

Die Mannschaft wechselte deshalb zunächst zu »Empor«, der Sportgemeinschaft der Handelsorganisation, dann von der »HO« zu »Wissenschaft Potsdam-West« unter der Trägerschaft der Pädagogischen Hochschule, weil die Verantwortlichen einen Bus versprochen. In die Sektion Sport wurden jedes Jahr neue Leute aufgenommen, welche Sport studierten. Die Mannschaft achtete immer genau darauf, ob darunter ein guter Handballer steckte. Einige waren zu gewinnen, aber nach vier Studienjahren gingen die meisten wieder weg, weshalb die Mannschaft einer gewissen Fluktuation unterlag, die ihr nicht guttat. Aber sie schaffte es bis in die DDR-Liga, damals die zweithöchste Spielklasse, und wurde DDR-Studentenmeister. Die Hallenspiele fanden in Babelsberg in der Halle des Karl-Marx-Werkes statt, welche den Maßen: 40 m × 20 m, Torraum: Halbkreis mit Radius von 6 m, 9 m vom Tor entfernt eine Freiwurflinie, 7 m Siebenmeterlinie für den Strafwurfentsprach, aber einen gefürchteten Betonfußboden hatte, auf den man nicht fallen durfte. Trainiert wurde in der Sporthalle der Bezirksbehörde der Volkspolizei. Diese hatte zwar einen schonenden Holzfußboden, war jedoch noch kleiner als die Babelsberger Halle und deshalb für reguläre Spiele nicht geeignet. Blöß gehörte nicht nur zur Jugendauswahl des Landes Brandenburg, sondern auch zur Auswahl der Männer. Es gab damals etwa zehn bis zwölf Landesliga-Mannschaften, eine unter ihnen zu sein, war erhebend und erfüllend: ein Lebensinhalt, welcher Abitur und Studienplatz zur Nebensache erklärte.

Potsdam war seinerzeit eine ausgesprochene Sportstadt. Sie hatte nicht nur eine gute Handballmannschaft, sondern eine noch viel bessere Fußballmannschaft: Rotation Babelsberg, die in der DDR-Oberliga spielte. Es gab eine sehr gute Sektion Leichtathletik bei Dynamo; Namen wie Fritz Lacina und Christa Seliger – das waren DDR-Meister. Der vorzügliche Trainer Curt Eins leistete in diesem Zeitraum bestmögliche Arbeit. Ein ausgezeichnete Radfahrer, ein DDR-Sprint-Meister, lebt noch: Karl-Heinz Neie. Er fuhr gegen den westdeutschen Sprint-Meister im Thälmann-Stadion, der hierhergekommen war. Potsdam hatte auch hervorragende Ruderer. Einer von ihnen war der Vorsitzende der Hochschulsportgemeinschaft Wissenschaft: Wilfried Raddatz, DDR-Meister im Zweier. Volleyball war noch nicht aktuell. Aber Boxen! Dynamo hatte eine sehr gute Box-Staffel. Die Sportkameraden kamen häufig zusammen, zum Beispiel im »Seekrug« am Templiner See, der damals noch offen war. Man kannte sich, man fühlte sich wohl in dieser Gesellschaft. Das war das eine. Das andere, vielleicht noch Wichtigere, war, dass die Handballer auch nach Westdeutschland führen.

Die DDR wie auch die Sowjetunion waren Anfang der Fünfzigerjahre immer noch bestrebt, die deutsche Einheit zu erreichen. Es gab hierzulande die Losung: »Deutsche! Alle an einen Tisch«, und es wurden – auffälligerweise

nur von der DDR-Seite her – zahlreiche Begegnungen organisiert. Sport wurde dafür bewusst eingesetzt. Weshalb die Auswahl auf die Potsdamer Handball-Mannschaft gefallen war, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Politisch stach keiner hervor, auf dem Feld waren die Spieler gut. Es gab damals den Kreis-Sport-Ausschuss, der das alles in der Hand hatte – darüber gibt es kaum eine Akte. Die Freude war groß, weil die Spiele nach Oberfranken, Siegen, Aachen, Leverkusen, Bremen, Hannover und nach Niedersachsen führten. Alles war komplett geplant und vorbereitet nebst Unterbringung, Feierlichkeiten und spannenden Ausflügen. In Marktleuthen, einem ganz kleinen Ort, unterhielt ein Glasfabrikant eine Mannschaft; er lud die Gäste aus Ostdeutschland in seine Glasfabrik ein, die dort feststellten, dass ein Mäzen die ganze Mannschaft trug und nicht wie zu Hause Betriebssportgemeinschaften den Sport organisierten. Aber eigentlich waren die Spieler nur an jenen Mädchen interessiert, welche mit großen Wagen herumfuhren und an die in der Hitze schwitzenden Glasarbeiter riesige Krüge mit Bier ausschenkten. Auf der Rückfahrt im Mannschaftsbus (übrigens ein Robur) verkündete der Delegationsleiter: »Wir halten in Hof noch mal an, da kann jeder sein Geld ausgeben.« (Es wurde stets ein kleines Handgeld in DM zur Verfügung gestellt.) »Da braucht ihr nicht nach Westberlin zu fahren. In ein oder zwei Stunden treffen wir uns wieder.« Die Mannschaft fand sich wieder ein, aber einer fehlte. Der Betreffende hatte nichts angekündigt, er kam einfach nicht zurück. Nach kurzer Beratschlagung wurde festgelegt, dass die Männer suchend ausschwärmen sollten. Hof ist nicht allzu groß, und tatsächlich fand man ihn. Bei einer Aussprache gestand er, mit seiner Frau sein Wegbleiben abgesprochen zu haben. Diese war bereits nach Westberlin gefahren. Solch ein Vorfall sorgte dafür, dass die Mannschaft aus der Nomenklatura gezogen wurde und nicht mehr reisen durfte. Man rang ihm das Versprechen in die Hand ab, dass keiner über diese Sache auch nur ein Wort verlöre, wenn er mit den anderen die Grenze passierte und Potsdam erreichte. Von dort aus könne er unbehelligt mit Bus oder S-Bahn nach Westberlin ausreisen. Und so geschah es auch. Noch als Randnotiz: Bei der Mannschaft »Wissenschaft« waren künftige Akademiker an Bord. Bei ihren zahlreichen Westreisen wurde kein einziger Versuch einer Abwerbung unternommen, niemand war angesprochen worden, niemand nutzte die Chance, »drüben« zu bleiben.

Studium an der Humboldt Universität zu Berlin (1952–1956) und bedeutsame gesellschaftliche Ereignisse

Obwohl der Sport Wolfgang Blöß vollkommen absorbierte, verbunden mit Hoffnungen und Wünschen, in die Oberliga aufzusteigen, war dem jungen unbedarften Mann klargeworden, dass Geschichte wohl der einzige geeignete Studiengang für ihn sei: Neben Deutsch und Gegenwartskunde war es stets das bestbenotete Fach. Vielleicht gab aber auch der Handballmannschaftskollege Ulrich Freye, Assistent bei Prof. Gerhard Schilfert, der Neuere Geschichte an der Humboldt Universität zu Berlin (HUB) lehrte, den Anstoß. Blöß bewarb sich dort 1952 nach dem Ablegen des Abiturs. Seine Bewerbung wurde ohne Beanstandung akzeptiert. Die zweite Hochschulreform in der DDR dekretierte in jenem Jahr das Ein-Fach-Studium und beeinflusste den Studiengang maßgeblich. »Geschichte« war eine Fachschaft an der Philosophischen Fakultät, und tatsächlich hat man für dieses Fach gleichzeitig fünf Seminare eingerichtet: ein Diplomseminar und vier Lehrerseminare zum Ausgleich des Lehrermangels.

Blöß fühlte sich als Student des Diplomseminars zunächst vollkommen hilflos, was auf seine Herkunft zurückzuführen ist, die ihn in keiner Weise auf ein wissenschaftliches Leben mit Büchern und Diskussionen über bestimmte Themen vorbereitet hatte – da war einfach nichts. Plötzlich stand er in einer riesigen Universität, ebenso schüchterte ihn die Staats- und Universitätsbibliothek ein. Bereits auf der Hinfahrt nach Berlin freute er sich darauf, wieder nach Hause zum Training zurückzukehren. Alles, was studienhalber geschah, empfand er als Zwang. Er war aber viel zu diszipliniert erzogen worden, um aufzugeben. Das wollte er sich und seinen Eltern nicht antun. Sie waren, wie alle in ihrer Klasse, stolz darauf, dass ihr Sohn das Abitur abgelegt hatte und studierte, wenngleich sie nicht verstanden, was da geschah. Sie äußerten ihren Stolz nicht. Doch bei gesellschaftlichen Anlässen, wie beispielsweise dem jährlich stattfindenden großen Ball im Bornimer »Zum alten Krug«, wo man den Vater als Mitglied des Gesangsvereins kannte, bot sich die Gelegenheit zu zeigen, dass ihr Sohn in dieser Hinsicht weitergekommen war. Keiner der ehemaligen Schulkameraden aus Bornim war diesbezüglich weitergegangen, denn auf dem Land war Boden das Familienheiligtum, was auch in der Familie zu bleiben hatte. Diese Einstellung war unter den gegebenen Verhältnissen völlig normal und verständlich. Es wäre Eltern zum Verhängnis geworden, wenn der Erbe des Hofes Arzt oder Rechtsanwalt oder Geschichtsprofessor geworden wäre. Im 19. Jahrhundert spielte diese Überlegung eine große Rolle bei der Regelung des Erbrechtes.

An der Universität gab es einen Orientalisten, Professor Meier, unter Studenten »Orient-Meier« genannt – ein Lehrender im besten Sinne. Er

dozierte nie hinter dem Katheder, sondern barst förmlich vor Mitteilungs- und Sendungsbedürfnissen. Der Hörsaal mit seinen ansteigenden Stuhlreihen befand sich im Vorderasiatischen Museum. Er marschierte dort stets hoch und runter. Wenn er mit einer wunderbar gutturalen Stimme etwas vortrug, sah man ihm an, dass er sich mit diesem seinem Eigenen völlig identifizierte. Es klingt heute noch im Ohr, wenn er die beiden alten Staaten in Mesopotamien »Ur« und »Uruk« mit seinem rollenden »r« aussprach. Was er vortrug, war für Wolfgang Blöß vollkommen uninteressant, so wie auch niemand aus dem Seminar von seiner Fachrichtung angezogen wurde, aber die Art des Vortrags überzeugte. Ähnlich hatte Blöß das Studium der Bibel nicht wegen des theologischen Inhalts begonnen, sondern weil ihre Sprache ihn so begeisterte. Als das ganze Gegenteil davon stellte sich Frau Professor Welskopf heraus. Liselotte Welskopf-Henrich war Althistorikerin und Schriftstellerin, in der DDR sehr bekannt durch ihren Romanzyklus: »Die Söhne der großen Bärin« und »Blut des Adlers«. Neben Belletristik veröffentlichte sie auch zu einigen wissenschaftlichen Themen. Sie lehrte griechische Geschichte, ein Thema, mit welchem Leidenschaft hätte erweckt werden können, wenn man an die Spartaner denkt und an erste frühe Formen der Demokratie! Doch sie arbeitete den Stoff so geruhsam ab, dass er zur reinen Qual geriet. Demzufolge interessierte sich dafür auch niemand. Dann gab es den schon genannten Professor Schilfert, der das vorstellte, was er am Vortag notiert hatte. Frau Dr. Grothe – eine in Westberlin lebende Dame mittleren Alters, die auch auf junge Männer sehr anziehend wirkte – las nur zur Französischen Revolution. Sie unterschied sich von fast allen anderen Kollegen durch ihre Sprache und trug ihr Thema mit Wärme, Eleganz und Überzeugungskraft vor, was dazu führte, dass ihre Darbietung von Tatsachen und Personen als einzige aus der Studienzeit bis heute noch im Kopf geblieben ist. Dann gab es noch einen Dozenten, einen Wunderknaben: Frithjof Sielaff hatte in Greifswald studiert und ein Seminar (keine Vorlesung) zur Einführung in die Geschichte des Mittelalters übernommen, das zum Abgewöhnen verleitete. Er war ein Kleinkrämer, suchte irgendwelche Dokumente zusammen und stellte dazu Fragen, ob die Datierung richtig sei usw. usf. Danach stand für Blöß fest: »Das machst du nie!«

In den ersten beiden der vier Studienjahre fanden mindestens drei bedeutende Ereignisse statt. Zum einen gewissermaßen eine Revolution, denn 1952 schwang sich die DDR auf, einen neuen Staat zu formieren. Bis dahin war es ein föderaler Staat gewesen. Der Staat stellte sich in Bezug zu den neuen Aufgaben neu auf. Das war kein kommunistischer Trick, sondern das ergab sich aus den inneren Notwendigkeiten des Aufbaus einer neuen Gesellschaftsordnung. Der Ursprung liegt in der Zweiten Parteikonferenz, welche im Juli

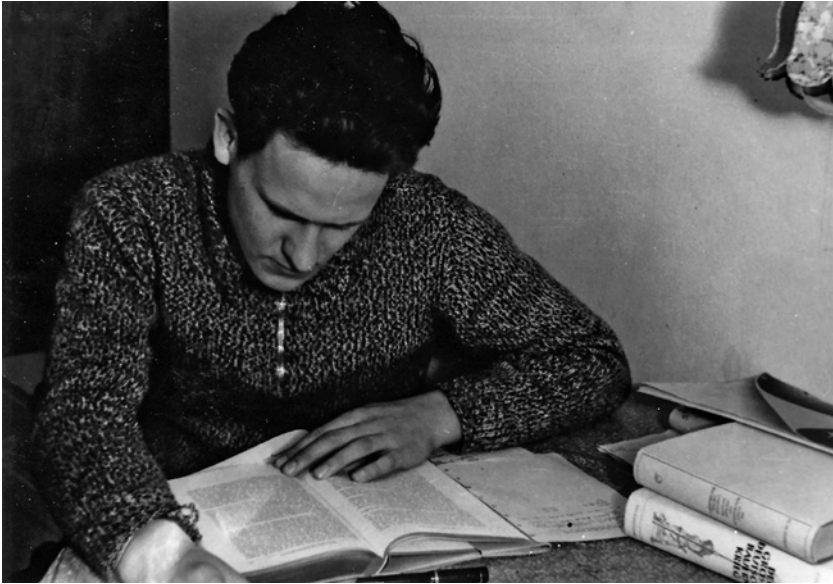
des Jahres stattgefunden und dort beschlossen hatte, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen. Die Entscheidung prägte die ideologische Arbeit in der Universität zum Teil, war aber praktisch ein nichtssagender Ballon, denn niemand erklärte den Studenten deren Ableitungen und erläuterte, was es bedeutete, Bezirke zu bilden und eine neue Organisation von Stadt-, Kreis- und Gemeinde-Arbeit sowie der Wirtschaft (seither gab es Wirtschafts- und Industrieministerien) aufzustellen. Das zweite bedeutende Ereignis war der Tod Stalins im März 1953, für den riesige Trauerkundgebungen abgehalten wurden. Zu Stalin muss man sagen, dass er mit Inbrunst immens überhöht worden war. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus lehnt sich ja eng an die christliche Lehre an, zumindest in den äußeren Formen. Anstelle der Kanzel oder des erhöhten Altars gab es immer ein Präsidium. Ganz egal, wo man war, ob eine hohe Versammlung des Zentralkomitees oder der Nationalrat anberaumt war oder eine Sitzung in einer Gemeinde: Immer wurde ein Präsidium gebildet und dabei immer ein Stuhl für den Genossen Stalin freigehalten. In Mitteleuropa könnten die Gepflogenheiten auch an eine monarchische Herkunft angelehnt sein. In Preußen gab es bis zu den Stein-Hardenbergschen Reformen kollegiale Behörden wie das Generaldirektorium und den Geheimen Rat, die Zusammenfassung der verantwortlichen Departementchefs. Es gab noch keine Verfassung, allem hatte der König vorzusitzen, denn er war der absolute Monarch. Er kam aber nie persönlich. Am Kopfende des Präsidiums des Generaldirektoriums – in dieser großen inneren Behörde Preußens waren Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft zusammengefasst – stand immer der Sessel für den König. Und er blieb leer, es präsierte immer nach dem Anciennitätsprinzip der älteste Minister. So war es auch bei Stalin. Die Universität marschierte also zu seinen Ehren auf der Stalinallee, um an seinem Denkmal vorbei zu defilieren, im Sinne einer Kondolenz. Blöß dachte hierbei weniger an das Denkmal als an die wunderschöne Sporthalle, in der er jedes Jahr beim Neujahrsturnier spielte. An dieser Demonstration waren jedoch zwei Dinge für ihn interessant: Fast alle Studentinnen weinten, am meisten eine aus seinem Seminar. Hinter ihm gingen zwei Doktoranden. Der eine sagte zum anderen: »Ich bin mit meiner Diss fertig. Was mach ich jetzt bloß? Da sind lauter Stalin-Zitate drin.« Er musste informiert oder mit Weitsicht ausgestattet gewesen sein. Blöß dachte sich: »Verdammt noch mal! Ob dir auch mal so etwas passiert?« Eine Sondervorlesung über eines der letzten Werke Stalins »Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft« war amüsanter. Historiker und Slawisten besuchten sie gemeinsam. Sie wurde von außerordentlich anziehenden Studentinnen repräsentiert. Wenige Monate später, am 17. Juni 1953, vollzog sich das dritte bedeutsame Ereignis, und zwar als eine ebenso recht merkwürdige Begebenheit. Einen Tag zuvor, am 16. Juni,

gab es ein Seminar oder eine Vorlesung im Hauptgebäude der Universität in einem Raum, dessen Fenster zur Straße Unter den Linden lagen. Auf einmal rief jemand verstörend laut: »Was ist denn da auf der Straße los?« Dazu muss man wissen, dass es seinerzeit undenkbar war, mit Mütze an einer Vorlesung teilzunehmen oder aufzustehen oder mit seinem Nachbarn zu schwatzen. Doch in dem Moment war tatsächlich jemand aufgesprungen und rief in den Raum, dass Unter den Linden schwarz vor Menschen sei. Alle stürzten zu den Fenstern und beobachteten, wie die Massen über die Linden zogen. Niemand war darauf vorbereitet. Am nächsten Tag gingen die Vorlesungen weiter. Es war beschlossen worden, dass die Studenten sich unters Volk mischen sollten, um zu agitieren. Vor der Tür schob sich eine riesige Menschenmenge voran, worin sich die Kommilitonen rasch verloren. Es erschien lebensgefährlich, eine andere Meinung auszusprechen, weil die Leute außer sich waren. Bei einzelnen Ausbrüchen wurden auch Volkspolizisten verprügelt und Fahnen runtergerissen. Das waren aber keine Leute aus Hennigsdorf bzw. aus den Betrieben wie die Bauarbeiter der Stalinallee – das waren gezielte Aktionen, wie man sie heutzutage ebenso wahrnimmt. Blöß trieb hilflos im Strom, wusste nicht, auf welcher Seite er stand, und dachte an seinen Vater, der niemals mitmarschiert wäre und auch in keiner Weise seine Unzufriedenheit geäußert hätte. Vor dem Redaktionsgebäude der Zeitung »Tägliche Rundschau« wurde die Lage langsam brenzlich. Mit einem Mal durchbrach das typische vibrierende Geräusch von Panzerketten die aufgeheizte Szenerie. Eben brodelte die Straße noch voller Menschen – im Angesicht auffahrender Panzer leerte sie sich. In blitzartiger Geschwindigkeit stob alles davon.

Mit Eifer wurde in den Seminargruppensitzungen über Dinge gesprochen, die keinen Bezug zur Realität hatten, sondern pure Ideologie widerspiegelten, was Blöß abschreckte. Meistens schwieg er und ertrug die auch körperlich sehr unangenehm empfundenen Stunden. Die Gruppe setzte sich aus jungen Leuten, aber auch drei Älteren, unter anderem einem Oberschuldirektor, der zum Studium freigestellt worden war, zusammen. Die Älteren waren Parteimitglieder, hielten sich aber zurück. Für Auftrieb sorgten die Gleichaltrigen. Die eigentliche Ausnahmefigur im Seminar war der – als unnahbar empfundene – Kommilitone Jan Peters. Wenn er etwas beitrug, dann immer abgewogen. In den heftigen Auseinandersetzungen wurde er nie persönlich und griff niemanden an. Viel, viel später wurde Blöß bewusst, dass er diese Stellung aufgrund seiner Herkunft, seiner Erfahrungen im Exil und Verbindungen zu höchsten Parteikreisen hatte einnehmen können, sie ihn alles in allem unangreifbar machten. Er brachte seinen Hintergrund nie auch nur andeutungsweise ins Spiel, sondern wartete immer mit Argumenten auf. Es war eine der wenigen positiven Begegnungen aus dieser Zeit. Darüber hinaus eröffnete

sich eine Freundschaft zu einem Kommilitonen, der ein begnadeter Leichtathlet war. Die Beziehung lebte sich mehr auf sportlichem als auf historischem Gebiet aus. Sie hält bis heute, obwohl der gemeinsame wissenschaftliche Start in ihren späteren Berufszweigen – Historiker für Ur- und Frühgeschichte der eine, Archivar der andere – eher keine Berührungspunkte mehr bot. Blöß kam zu spät, versäumte Vorlesungen und Seminare, was ideologisch aufbereitet wurde. In einer Beurteilung der FDJ-Gruppe der Humboldt Universität zu Berlin steht zu lesen: »... ist nie über durchschnittliche Leistungen im Studium hinausgekommen, obwohl er zu wissenschaftlicher Arbeit durchaus befähigt ist. Das erklärt sich daraus, dass es ihm oft an Fleiß und Lust im Studium mangelte. Zeitweise erfüllte er im gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium nicht die an ihn gestellten Anforderungen, was in erster Linie in einer Unterschätzung der politischen Ökonomie durch ihn begründet schien ... zeitweise außerhalb des Kollektivs ... doch kaum selbständiges Interesse an politischer Arbeit und an der Entwicklung der Gruppe ... Mangel an gefühlsmäßiger Verbundenheit zu unserem Staate ... diese Verbundenheit muss ihm Herzenssache werden ...«. Damit drückte der Verfasser des Pamphlets die mehrheitliche ideologische Haltung aus – die Herzenssache, welche ihnen auf der Zunge lag. Es hieß immer missionarisch: »Wir kämpfen um jeden Menschen!« Im Zuge dessen tauchte ein weiterer Unglücklicher, ein Kommilitone aus Prenzlauer Berg, an einem Wochenende bei Blöß zu Hause in Bornim auf und brachte hervor: »Wolfgang, die haben irgendwas vor, die wollen uns beide exen!« Er war leicht behindert und bebte vor Angst. Blöß erwiderte ihm: »Kurt, die Sache kriegen wir schon wieder hin.« Das war das Klima, indem er entschied, »mit solchen Leuten nichts zu tun haben zu wollen«. Es löste aus, sich mit Marxismus-Leninismus nicht näher zu beschäftigen und einen Nebenweg zu suchen.

Erst in den letzten beiden Semestern traten die Professoren Heinrich-Otto Meisner und Willy Flach in Blöß' universitäres Leben und belebten das empfundene Mittelmaß des Lehrkörpers. Beide kamen wie aus einer anderen Welt, machten einen viel solideren Eindruck als die meisten der Professoren, Dozenten und Assistenten und waren ihrem Stoff, ähnlich Frau Dr. Grothe, sehr verbunden. Sie lebten, was sie lehrten, was Blöß ablenkte von dem, was er eigentlich ablehnte. Meisner unterrichtete preußische Verwaltungsgeschichte und fing auch schon mit Aktenkunde an. Da spielten zunächst einmal Ideologie und Politisches überhaupt keine Rolle. Es ging um die Verfassung von 1848 und die revidierte Verfassung von 1850 und so weiter und so fort. Wie sieht eine Kabinettsorder aus? Was ist ein Rescript? Was ist ein persönlicher Brief, was ein Handschreiben? Wo steht der Präsentat-Stempel? Was bedeutet ein grüner oder ein roter Stift? Das waren mit einem Mal Dinge, die einen aus



Wolfgang Blöß bei Bernhard Gramsch in Berlin, 1953

der überhöhten Geschichtsdarstellung auf den Boden holten, regelrechtes berufliches Handwerkszeug. Blöß wusste zwar, was ein Blauer Brief ist, wusste aber nicht, dass die Kabinettsorder dahintersteckte, die nicht immer positiven Inhalt hatte. Sie wurde in einem blauen Umschlag verschickt, weil man Papier aus Lumpen fertigte. Und die Lumpen (die Uniformen) waren meistens (preußisch) blau. Dann kam Flach mit Diplomatie. Vielleicht hatte Frithjof Sielaff mal davon gesprochen, aber ab sofort nahmen die Dinge Gestalt an. Intitulatio, Corroboratio, Dispositio, die verschiedenen Datierungsarten, die verschiedenen Schriften, Teile einer Urkunde, die Aussteller, die Empfänger, die Register, die Kopialbücher – das war etwas, was man mit den Händen fassen konnte: materielle Geschichte. Auch darüber kann man streiten. Für einen jungen, mit Ideologie überschütteten Studenten war das auf alle Fälle etwas wahrhaft Faszinierendes. Blöß empfand Flach zwar nicht als charismatische Persönlichkeit, aber als eine Respektperson. Meisner hingegen fand er bewundernswert, weil er etwas von einem alten Gelehrten an sich hatte: feinsinnig, zurückhaltend, vornehm und immer eine Tafel Schokolade in der Jackentasche.

In *Orphée*, dem populären Film der Fünfzigerjahre, führt der Übergang von der Ober- zur Unterwelt durch einen Spiegel. Beim Passieren desselben ist man entweder da oder dort. Jene assoziationsreichen Bilder erschienen

dem Praktikanten Blöß, als er die Räume des Brandenburgischen Landeshauptarchivs in der Orangerie von Potsdam-Sanssouci betrat und damit eine Welt, die isoliert von dem existierte, was er bisher erlebt und erlitten hatte. In diesem Rückzugsort ging es um praktische Arbeit, um das Verzeichnen der Akten des Domänenamts Rüdersdorf. Angeleitet hatte ihn Dr. Lieselott Enders, beeindruckt Direktor Dr. Friedrich Beck. Ein weiteres Praktikum brachte ihn und drei andere aus seiner Seminargruppe ins Stadtarchiv Schwerin. Nur sehr wenige Stadtarchive ragten über das normale Niveau hinaus: Frankfurt, Stralsund, Greifswald, Wismar, Rostock, Mühlhausen, Weimar, Erfurt und Magdeburg. Schwerin – dessen Leiter Hans Heinrich Leopoldi war – gehörte auch dazu. Dort fand er dieselbe Atmosphäre vor, nur die Akten waren andere. Die Arbeit in beiden Archiven haben neben den Professoren Meisner und Flach an der Universität die Bereitschaft erwachsen lassen, künftig als Archivar tätig werden zu wollen, mit dem Beweggrund, Ruhe vor den äußeren Umständen zu suchen.

Zuvor galt es, das Studium abzuschließen. Im Ostseebad Göhren schrieb Blöß am Strand im Zelt seine Staatsexamensarbeit zu Ende, deren Thema nicht mehr erinnerbar und ebenfalls nicht auf dem ausgestellten Diplom zu finden ist. Wie in der gesamten Studienzeit waren auch in der Prüfungszeit andere Dinge bedeutsamer; in dem Falle das Trainieren der Frauenhandballmannschaft BSG DEFA, die weit oben in der damaligen Bezirksliga spielte. Eines Tages hatten Verantwortliche Blöß daraufhin angesprochen, welcher die Vergütung von 20 Mark im Monat gern einplante, um das mit 240 Mark geförderte Leistungsstipendium aufzurunden. Der Vorsitzende der BSG war ein leitender Mann der DEFA. Ausgerechnet in den Tagen der anstehenden Prüfungen, die Diplomarbeit war auch noch nicht fertiggestellt, fuhr die Mannschaft in ein Ferienobjekt der DEFA zum Trainingslager. Tagsüber wurden die Damen »ordentlich« trainiert, und zwischendurch tippte die Frau des namhaften Kameramanns Werner Bergmann, eine gute Handballerin, das handschriftliche Manuskript der Examensarbeit. Doch erst im späten Rückblick nahm Blöß wahr und verinnerlichte, dass sein Studium relativ umfangreich angelegt gewesen war. Er erhielt die Chance, sich solides wie umfassendes Wissen »vom Alten Orient über das Mittelalter, von der bürgerlichen zur Französischen Revolution sowie zur russischen, sowjetischen und zur europäischen Geschichte« aneignen zu können. Spezielle Dinge davon blieben abrufbar, Vorgetragenes hatte sich eingepägt.

Postgradualer Studiengang am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam (1956–1958)

Lediglich über Kontakte mit Potsdamer Archivaren und Professor Meisner, der als Dozent im Institut für Archivwissenschaft lehrte, erschloss sich für Blöß unkompliziert eine Teilnahme am IV. Ausbildungslehrgang. In Berlin hatte sich eine kleine Gruppe um Meisner gebildet, welche offenbar dazu anregte, dort mit einzusteigen. In allen Kursen war die Mehrzahl der Teilnehmer nicht promoviert. Dr. Lötzke, der Direktor des Deutschen Zentralarchivs, führte das Aufnahmegespräch der Kommission, der Kaderleiter der Archivverwaltung und andere waren anwesend. Vierzehn Personen wurden zugelassen, davon entstammten vier nach ihrer sozialen Herkunft der Arbeiterklasse oder der Bauernschaft, worauf man damals achtete, nur wenige waren Mitglieder der SED. Es trat noch einer hinzu, der einzige (behinderte) Sohn eines ZK-Mitgliedes, der Arzt war, Gesundheitsminister in Thüringen und dann Professor für Medizingeschichte an der HUB. Alle anderen waren kleinbürgerlicher Herkunft oder kamen aus religiösen Familien. Unter den drei Frauen und elf Männern des Lehrgangs hatten vier an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, fünf in Berlin (Schrader, Kornow, Mette, Ross, Blöß) und je zwei in Leipzig und in Jena studiert. Die Gruppierungen lösten sich jedoch rasch auf, und es begann für Blöß ein bisher nicht gekanntes Studentenleben, indem sich bestehende Grenzen zwischen den jungen Leuten verwischten, wobei die beiden Älteren, der verheiratete Dr. Falk und Dr. Richter, für sich blieben. Im Grunde genommen waren die angehenden Archivarinnen und Archivare noch vollkommen unausgereift und benahmen sich außerhalb der Vorlesungen und Seminare zum Teil auch so wie die Jugend in der Feuerzangenbowle. Das Potsdamer »Dreimädelhaus« und die »Börse« dienten bevorzugt den abendlichen Vergnügungen, wobei in der »Börse« sogar noch zum Nachmittagste eine Kapelle aufspielte.

Das Institut für Archivwissenschaft nahm im deutschen und im internationalen Archivwesen eine Sonderstellung ein. In der DDR gab es bereits außerhalb der Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums stehende Hochschulen: die Hochschule der Volkspolizei und die juristische Hochschule, die Staatssicherheitsfunktionäre ausbildete. Alles Weitere lief über den universitären Rahmen oder den normalen Hochschulbetrieb. Und auch das Ministerium des Innern gründete für seinen Bereich eine zweite Ausbildungsstätte, die wahrscheinlich auf Karl Steinhoff (erster Ministerpräsident des Landes Brandenburg 1945–49; erster Innenminister der DDR 1949–52) zurückging; er hielt sogar die Eröffnungsrede. Im Ministerium des Innern waren in den leitenden Positionen allesamt Spanienkämpfer, Emigranten aus

der Sowjetunion, die überlebt hatten, tätig – alte erprobte Kommunisten. Als der archivarische Ausbildungszweig eingerichtet wurde, nahm man Leute auf, die nicht in dieses Umfeld passten. Viel später, als eines Tages ein Jubiläum des Instituts gefeiert wurde, hielt Blöß als Mitarbeiter der Staatlichen Archivverwaltung die Festrede und sprach davon, dass eine negative Auslese stattgefunden habe. Blöß zählt sich selbst hinzu, hatte er doch auch das subjektiv beste Recht, sich so zu äußern. Er gebrauchte »negative Auslese« in dem Sinne der besonderen ideologischen Einstellung, der eines nach Nischen und Nebenwegen Suchenden.

Der alles beherrschende Lehrer am Institut war Meisner, der in der Tradition der preußischen Archivverwaltung und des Preußischen Geheimen Staatsarchivs stand und auch die Krankheit der preußischen Könige in sich trug: Gicht. Wegen seiner Erscheinung, seines Wissens, seiner Art und Weise aufzutreten und letztlich wegen dieser Beeinträchtigung wurde er von den Kursteilnehmern als etwas ganz Besonderes erlebt. Er (ein Preuße) verstand es, die Geschichte so zu vermitteln, dass sie wirklich einging. Wenn Blöß – der sich selbst ein schlechtes Gedächtnis bescheinigt – dieser Tage an einer Ausarbeitung sitzt und auf eine bestimmte Sache stößt, kommt ihm die Erinnerung an das, was Meisner damals gelehrt und vermittelt hat. Es besteht Klarheit darüber, wo recherchiert werden kann, wenn Zusammenhänge fehlen. Insofern war allein durch Meißners Persönlichkeit bei Blöß die Vorstellung gewachsen, dass er ebenso gern im preußischen Bereich arbeiten wollte, zumindest, was seine eigentlichen Schwerpunkte betraf. Meisner hatte die Erinnerungen eines preußischen Generals in »Der Kriegsminister 1814–1914. Ein Beitrag zur militärischen Verfassungsgeschichte«, Verlag H. Reinshagen Berlin, 1940, bearbeitet, der im Ersten Weltkrieg noch eine Rolle gespielt hatte.

Eine besondere Art der Geschichtsbetrachtung entstand dadurch, dass sich Meisner mit den Dokumenten und mit den Dokumentenformen beschäftigte, welche die preußische Verwaltung geschaffen hatte. Das ist eine Sichtweise auf einen Staatsapparat, auf sein Wirken und auf seine Ergebnisse, die im Prinzip kein Historiker nachvollzog und auch heute nicht ermessen kann. Man kann schon fast davon sprechen, dass er eine Anatomie des staatlichen Wirkens dargestellt hat. Was ein Teil des archivarischen Wirkens ausmacht, hat er verstehen wollen, nämlich wie und durch wen eigentlich bestimmte Entscheidungen herbeigeführt oder verhindert worden sind. Dazu muss man ein Dokument dementsprechend beurteilen können. Dafür braucht es eine unvergleichlich gute Schule, die einen lehrt, wie eine staatliche Behörde arbeitet. Hinzugefügt werden muss allerdings, dass Meisner bestimmte Dinge nicht behandelte, und zwar die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der DDR. Für Archivare, welche in einem historischen Archiv arbeiteten, war die

DDR-Überlieferung uninteressant, aber für Bearbeiter, die in ein modernes Archiv kamen, entstanden durch ihre Übergehung Fehlstellen. Dazu zählte, wie 1952 aus einem föderal organisierten Staat ein Einheitsstaat wurde. Und Meisner thematisierte nicht, dass die DDR das vollbrachte, was der bürgerliche Staat jahrzehntelang angestrebt aber nicht verwirklicht hatte. Denn es hatte in der Weimarer Republik sowohl Bestrebungen zu einer preußischen Staatsreform als auch zu einer Reichsreform gegeben. Es sollten die staatlichen Verhältnisse, Strukturen und Verantwortlichkeiten neu geordnet werden. Es gab Überlegungen, die Länder aufzulösen und Bezirke einzurichten, aber keine Bestrebungen, aus den preußischen Provinzen Länder zu machen. Dazu gibt es eine Darstellung von Erwin Scheu: »Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke«, Berlin 1928. Man wollte Bezirke nach den wirtschaftlichen Schwerpunkten einrichten, genau wie es die DDR dann 1952 umgesetzt hat. Die innere Struktur ging demzufolge nicht mehr von Preußen, sondern von Deutschland aus. Man muss stets zwei verschiedene Sichtweisen ansetzen. Vom Reich her gesehen war die Struktur des 19. Jahrhunderts völlig überholt, es gab nämlich schon andere Verkehrsverhältnisse, und in der Industrie waren ganz andere wirtschaftliche Zusammenschlüsse (Imperialismus) entstanden. So kam der Gedanke auf, die staatlichen Strukturen nach den wirtschaftlichen Schwerpunkten auszurichten. Leider haben solche Pläne erst die Nationalsozialisten zum großen Teil umgesetzt, indem sie das Reich über Preußen und über seine anderen Bestandteile stellten. Alle preußischen Ministerien wurden mit den Reichsministerien vereinigt, Rechtsvorschriften schrieben das im Einzelnen vor. Durch die Kriegsniederlage wurde jene Struktur wieder obsolet, denn nach dem Willen der Siegermächte musste eine föderale Ordnung eingeführt werden. Meisner vermied es zudem vollkommen, über die Entwicklungen in der SBZ und DDR zu sprechen, obwohl er selber in der Provinzialverwaltung Brandenburg gearbeitet hatte und wusste, wie die Dinge gelaufen waren, zumindest in der ersten Zeit. Über die Gebietsreform von 1950, die Verwaltungsreform von 1952, die Grundlagen des Sozialismus (was für ihn sowieso eine negative Anmutung hatte) wurde nicht gesprochen. Die Lehrgangsteilnehmer wurden entlassen mit einem weißen Fleck, auf dem sie eigentlich lebten. Sicher kann man von einem alten Mann nicht verlangen, sich mit Dingen auseinanderzusetzen, für die er sich nicht interessierte. Aber die Studierenden hatten eigentlich ein Anrecht darauf, gerade weil man wusste, dass bereits Ergebnisse dieser Reform in den Archiven lagen, in die sie als Absolventen geschickt wurden. Der Umgang mit der modernsten Überlieferung hätte vorbereitet werden müssen und ist eine Aufgabe gewesen, die das Institut im Grunde genommen während der ganzen Zeit seiner Existenz negativ beeinflusst hat.

Die Studierenden waren Akademiker mit einem Universitätsabschluss. Sie sollten auf eine ganz bestimmte Arbeitsweise und auf einen ganz bestimmten Arbeitsgegenstand vorbereitet werden. Und das geschah in ganz unterschiedlicher Qualität. Prof. Meisner war (fast) ohne Fehl und Tadel. Prof. Flach kam wieder und lehrte alle Hilfswissenschaften, aber in der Hauptsache Diplomatie, Heraldik und Siegelkunde. Die Paläographie ist das Handwerkszeug, mit dem man von Dr. Beck vertraut gemacht wurde. Die Disziplinen befähigen den Historiker, ein Dokument als historische Quelle und in seinem Wert einzuschätzen, zur Quellenkritik befähigt zu sein. Dr. Erich Neuss war Stadtarchivar in Halle und unterrichtete kurioserweise Aktenkunde der Wirtschaft. Er war ein merkwürdiger Mann, der keine persönlichen Kontakte zuließ. Von ihm kam aber die einzige konkrete Hilfeleistung im Umgang mit Akten aus unserer Zeit. Er hatte zum Thema »Aktenkunde der Wirtschaft«, Teil 1: »Kapitalistische Wirtschaft«, Rütten & Loening, Schriftenreihe der Staatlichen Archivverwaltung Nr. 4, 1954, und Teil 2: »Volkseigene Wirtschaft« (1945–1955), Rütten & Loening, Schriftenreihe der Staatlichen Archivverwaltung, Nr. 5, publiziert. Wie ein Stadtarchivar, der Stadtgeschichtsforschung betrieb, dergleichen schreiben konnte, bleibt rätselhaft. Vielleicht kam er, da Halle eine der Hauptstädte der Salzproduktion war, über die Salzgeschichte zu tiefen Einblicken in die Funktionsweise der Wirtschaft. Die Aktenkunde »Kapitalistische Wirtschaft« ist ein kleiner Marx. Es ist unglaublich, wie Neuss über doppelte Buchführung, Aktien, Schuldscheine, über Gewinn- und Verlustrechnung, den Jahresbericht, die verschiedenen Rechtsformen der kapitalistischen Wirtschaft: GmbH, Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft, Kurszettel schrieb, schwierige Themen in einer sehr leicht fasslichen Form darstellte; man versteht, wie kapitalistische Wirtschaft funktioniert. Dr. Neuss wurde jedoch nicht ernst genommen. Seine Vorlesungen begann er mit der Frage, wann die Kohlen am billigsten seien. Davon fühlten sich die Studierenden unterfordert. Das eigentliche Hauptthema hätte die sogenannte Archivwissenschaft sein müssen. Das lief schief, da die Dozenten auf Fachschulniveau unterrichteten, aber mit einem riesigen Anspruch. Allein schon der Begriff Archivwissenschaft löste Diskussionen mit ausländischen Kollegen aus aufgrund des Zweifels, ob man dieses winzige Gebiet überhaupt als Wissenschaft bezeichnen könne. Formen der Verzeichnung, Titelbildung, Provenienzprinzip, Grenzen des Provenienzprinzips und Archivtypen wurden bis ins Unendliche vorgestellt. Das war neu, die Studierenden folgten mit Freude. Aber es ging dann so weit, dass einfache Gurte, mit denen man Aktenbündel verschnürt, die jeder Umzugsmann kennt, mit einem Verschluss, der sich selber zuzieht, als großer Gegenstand verhandelt wurde, beziehungsweise ausgiebig erörtert wurde, wie die Akten im Regal zu lagern sind, ob sie stehen oder liegen sollen, ob von links

unten nach rechts oben oder von links oben nach rechts unten – dafür sind die Magazinmeister zuständig. Wenn in einer bewegten Zeit viele Akten mit den Lkw gefahren wurden, wusste man, dass zuerst die Akte eingelagert wird, die zuletzt ins Regal gelegt wurde. Wenn sich wissenschaftliche Archivare mit Nebensächlichkeiten aufhalten, hat das katastrophale Folgen. Eine Einbettung in die internationale Entwicklung des Archivwesens fehlte völlig. Es wurde kaum ein Blick auf die Sowjetunion geworfen, wo die neue Archivzeit schon mit dem Dekret vom 1. Juni 1918 »Über die Reorganisation und Zentralisation des Archivwesens« begonnen hatte. Es gab keine Umschau bei den großen Archivnationen Österreich, Italien und Frankreich. Die Vorstellung von der besonderen »Insel« scheint auf.

An der Staatsexamensarbeit über »Die preußische Gesetzkommission 1781–1808. Eine Studie zur preußischen Verwaltungsgeschichte« schrieb Blöß im Archiv in Merseburg. Es war die erste wissenschaftliche Arbeit, an die er mit Engagement und Anteilnahme heranging. Meisner hatte ihn mit Sicherheit auf das Thema gebracht, denn Namen wie Carmer, Cocceji und Schroetter waren ihm bis dahin unbekannt gewesen. Die faszinierende Materie eröffnete den Zugang zur Verwaltungsgeschichte, unter der Voraussetzung, dass man sich davon sehr gute Kenntnisse aneignete. Der Vorgang spielt in der Zeit der sogenannten Reformen vor der Reform (von Stein und Hardenberg), eine Zeit des beginnenden Umbruchs. Die Geschichte beginnt mit der dritten polnischen Teilung 1795 und mit Erwerbungen Preußens im Westen. Im Osten entstanden hierbei zwei neue Provinzen Süd- und Ostpreußen, die aus Preußens Anteilen nach der Auflösung des polnischen Staates gebildet und dem preußischen Provinzialminister Schroetter unterstellt wurden, der in Königsberg an der Universität studiert hatte, damals eine Eliteeinrichtung. Schroetter ging – ähnlich wie Hardenberg in Franken – wie in einem rechtsfreien Raum vor, setzte sich über das geltende polnische Recht hinweg und traf nach eigenem Ermessen freie Verfügungen. Schroetter führte eine ganze Reihe von Neuerungen ein, die nachher bei den Stein-Hardenbergschen Reformen für ganz Preußen umgesetzt wurden. Der kleine historische Gegenstand interessierte Blöß, weil seine Vorfahren aus Ostpreußen stammten. Parallel dazu lief die Kodifizierung des allgemeinen Landrechts. Dafür waren ganz große Leute am Werk: Carmer und Cocceji. Carmer war Großkanzler und Präsident des Obertribunals. Sie kodifizierten das Recht in Preußen, da Preußen aus sehr vielen verschiedenen Territorien und Regionen zusammengesetzt war, die alle unterschiedliche Rechtsformen hatten. Das heißt, es galt überall ein anderes Eherecht, Erbrecht usw. Sie wurden alle zusammengefasst, und in diesem Zusammenhang wurde eine Gesetzkommission gebildet, die prüfen und untersuchen sollte, ob die herauszugebenden Rechtsvorschriften dem

geltenden Recht entsprachen, ob sie entsprechend formuliert und auch verständlich ausgedrückt waren. Dadurch erlangte eine Art Beamtenparlament auch Einfluss auf die Rechtsgebung. Diese Reform bildete den Stoff für die Examensarbeit.

In der Abteilung Merseburg des Deutschen Zentralarchivs (1958–1963)

Merseburg ist eine historische Stadt mit einem wunderbaren Schloss und einem Dom, ein ehemaliges Bistum. Gott sei Dank hielten sich die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges in Grenzen, aber der Ort lag katastrophal eingezwängt zwischen den riesigen Industriekomplexen Buna, Leuna, Lützkendorf und Geiseltal. In unmittelbarer Nähe erstreckte sich schönes zu erkundendes Land mit Stätten wie Freyburg und Bad Lauchstädt. In Buna gab es ein Kulturhaus von klassischer Schönheit, groß, das Hallesche Theater spielte dort.

In Merseburg existierte auch ein sogenanntes historisches Archiv. Preußen war 1947 liquidiert worden, seine Verwaltung bestand nicht mehr, demzufolge versiegten die Zugänge für sein einstiges Zentralarchiv, außer den Lieferungen aus der Sowjetunion: keine Übernahmen aus Behörden, sondern das, was die Sowjets nach 1945 abtransportiert hatten. Das Archiv bestand seinerzeit also zu 99 % aus den Beständen des Preußischen Geheimen Staatsarchivs. Dort nach Studium und Lehrgang in die praktische Arbeit einer 48-Stunden-Woche einzusteigen, war ein bewusster Schritt und ein radikaler Schnitt. Blöß zog endlich aus dem elterlichen Hause aus, heiratete seine atemberaubende Freundin Ada Urban, gründete eine Familie und trennte sich vom Potsdamer Sport.

Die Anziehungskraft der Möglichkeit, welche sich in Merseburg eröffnete, war außerordentlich stark. Blöß wollte nichts werden, er wollte etwas tun. Das Gebäude beeindruckte ihn, und die Geschichte aus den Regalen stürzte regelrecht auf ihn ein. Vielleicht berührte es jeden, der zum ersten Mal die Magazine betrat, wenn er fünfhundert Jahre in Papier geronnene Geschichte, mit allem Guten und Bösen, vor sich sah. Friedrich Meinecke schilderte solches Empfinden mit anrührenden Worten. Im Gegensatz zu den Militärarchivaren, die ihr Heeresarchiv auf dem Potsdamer Brauhausberg hatten verbrennen lassen, hatten sich die Archivare des Geheimen Staatsarchivs und der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive Ernst Zipfel, der übrigens mit einem schlechten Image belegt war, außerordentlich verdient gemacht. Alle wesentlichen Bestände waren sowohl vor Bombenangriffen als auch vor sonstiger äußerer Zerstörung sicher untergebracht worden. Die Wahl fiel auf die



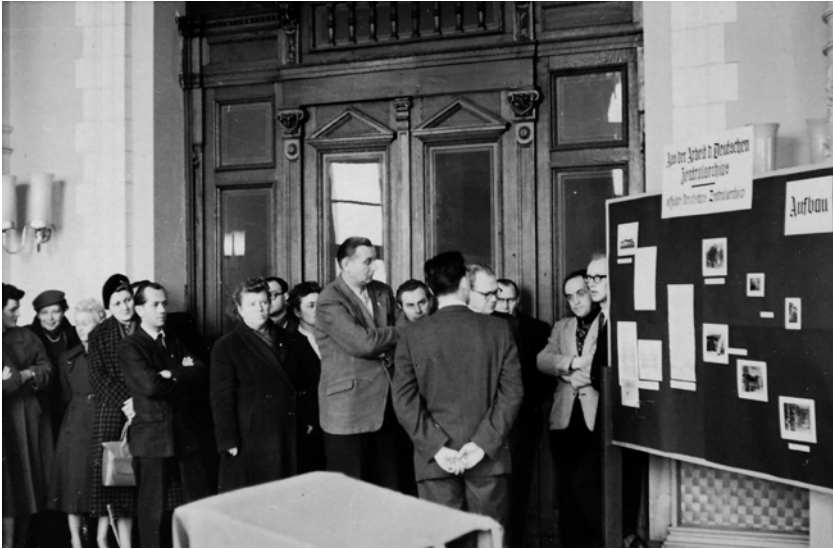
Hochzeit von Ada und Wolfgang Blöß am 22.2.1958, Standesamt Merseburg; Trauzeugen: Meta Kohnke und Johannes Kornow

Salzbergwerkstollen in Staßfurt und Schönebeck und nicht auf irgendeine der zahlreichen Kohlengruben, die so viel Wasser führen, dass innerhalb weniger Jahre die Akten kaputtgegangen wären. In den Salzbergwerken herrscht ein ideales Klima für Akten, weshalb sie keinerlei Schaden genommen hatten. Sie lagen in der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen, als der 8. Mai 1945 kam. Nach der Organisation der sowjetischen Militärverwaltung arbeiteten die einzelnen Administrationen für die Provinzen und Länder relativ selbständig, was recht erstaunlich ist. Und die Sowjetische Militäradministration (SMA) für die Provinz Sachsen entschied, dass alles, was auf ihrem Territorium lag, da auch verblieb. Es galt noch uneingeschränkt der Viermächtestatus. Aus den Bergwerken wurden die Bestände herausgeholt und landeten nach verschiedenen Zwischenstationen auf dem Gelände der ehemaligen Provinzialversicherungsanstalt der Provinz Sachsen, einem großen Komplex mit einem repräsentativen Verwaltungsgebäude, einem großen Park und einem Zweckbau für die Versicherungsakten: für die damalige Zeit außerordentlich modern mit Terrazzofußböden ausgestattet, in denen Schienen für die Schubanlagen verliefen. Im Krieg war es zum Lazarett um- und ausgebaut worden. Als man das Lazarett nicht mehr brauchte, konnten die Akten dort untergebracht werden. Es war – wie das Beck'sche Archiv in der Potsdamer Orangerie – mit stabilen

Holzregalen ausgestattet. Der Magazinkomplex war vom Haupthaus etwas abgesetzt, im Hinterhof, fast an der Eisenbahnhauptlinie Richtung Halle gelegen, und in keiner Weise ein repräsentativer Bau, sondern ein Zweckbau. Darin befand sich nun das bedeutendste Archiv im deutschsprachigen Raum nach dem Wiener Hof-, Haus- und Staatsarchiv. Das bayerische und auch das sächsische Staatsarchiv haben bei weitem nicht so wichtige Bestände, was sich automatisch aus der Rolle Preußens ergibt. Das angebaute Verwaltungsgebäude war eine ausgesprochene Notlösung. Über eine enge Treppe ging man nach oben zu den Arbeitsräumen, im Untergeschoß befanden sich ein Aufenthaltsraum und ein Treffpunkt zum Frühstück und zur Zeitungsschau, ebenso eine sehr gute Restaurierungswerkstatt zur Wiederherstellung von Akten und eine relativ leistungsfähige Bildstelle. Im Archiv arbeiteten 1958 der Direktor, Dr. Nissen, und drei bereits am Institut für Archivwissenschaft ausgebildete wissenschaftliche Archivare, außerdem Archivare des mittleren Dienstes, Magazinpersonal, Angestellte in den Werkstätten, Schreibkräfte (für das Schreiben der Findbücher) sowie der Pförtner. Zu den drei eingewachsenen Wissenschaftlern kamen drei junge IfA-Absolventen hinzu, was eine Verdoppe-



Bei einem Treffen der IfA-IV-Teilnehmer nebst Familien im Schloss Dornburg, v.l.n.r.: Dr. Thomas Mette, Dr. Regina Kluge, Dr. Meta Kohnke, Charlotte Hermann, Dr. Peter Rakow, Dr. Hans Kornow, Edith Kornow, Fides Scheyer, Dr. Hermann Schreyer, Marlies und Dr. Hartmut Ross, Helga Fichtner/Reich, Ada und Wolfgang Blöß, Dr. Gebhard Falk (in der Reihe der Kinder) und auf der Treppe sitzend die Kinder der Eheleute Falk, Kornow, Fichtner, Kluge, Ross, Blöß, Schreyer.



Eine Ausstellung zur Information über das Zentrale Staatsarchiv und seine Arbeit im ehemaligen Ständehaus in Merseburg, Ende der 1975er-Jahre

lung des wissenschaftlichen Personals war. Sie wurden außerordentlich gut aufgenommen, es herrschte eine vertrauensvolle Atmosphäre. Heutzutage ist sowieso kaum noch vorstellbar, wie seinerzeit das höhere mit dem unteren Personal in familiärer Art und Weise Umgang pflegte. Jeder wurde für seine Arbeit, für die er qualifiziert und angestellt war, geachtet. Dazu trug mit Sicherheit auch die gemeinsame körperliche Arbeit bei. Einerseits kamen Akten aus der Sowjetunion zurück, zu deren Unterbringung es notwendig war, innerhalb der Magazine umzuschichten. Andererseits fuhren alle Mitarbeiter für vierzehntägige Ernteeinsätze nach Ballenstedt/Harz zur Paten-LPG. Solche zusätzliche Faktoren beförderten ein gutes Einvernehmen zwischen den Kollegen und nivellierten Bildungsunterschiede.

Einer der Mitarbeiter war Rudolf Herrnstadt, der nach dem 17. Juni 1953 wegen seiner vom Parteikurs abweichenden Haltung zu den Ereignissen vom Politbüro der SED gemäßregelt worden war und damit seine Stelle beim Neuen Deutschland als Chefredakteur verloren hatte. 1954 wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Es kursierten im Archiv schlimme Gerüchte über eine verhinderte Todesstrafe. Deutlich wurde, dass er einen Absturz in ein schwarzes Loch erlitten hatte, man ihn aber in irgendeiner Weise zu respektieren hatte. Denn er war, ebenso wie Karl Schirdewan (der später Blöß davon erzählte), Patient



Im Park der ehemaligen Provinzialversicherungsanstalt Merseburg, v.l. n. r.: Karl Höhnel, Friedrich Beck, Hanns Gringmuth-Dallmer, Helmut Lötzke, Walter Nissen, Karl Schirdewan, Berent Schweineköper, 1958

in der Tbc-Heilstätte Sülzhayn gewesen. Herrnstadt und Schirdewan lagen schwer an Tbc erkrankt nebeneinander auf der Pritsche. Herrnstadt arbeitete für den KGB und wollte Schirdewan anwerben, was ihm dann offenbar das Leben rettete. Er kam jeden Morgen aus Halle mit Straßenbahn ins Archiv, was übrigens eine schöne Fahrt durch Buna ist. Der stilistisch begnadete Journalist schien unter keinen besonderen Vorgaben zu stehen, konnte nach seinem Gusto wissenschaftlich arbeiten. Vielleicht hatte ihn Dr. Nissen dazu gebracht, sich mit einem sehr speziellen Thema zu beschäftigen. Auf der Siegesallee in Berlin nahm Herrnstadt alle Monumente der Hohenzollern in Augenschein, studierte die dazugehörigen Akten und schrieb eine scharfe, spitzzüngige, sehr schöne Analyse der Monarchie: »Die Beine der Hohenzollern«, Berlin, Rütten und Loening, 1960. Nach deren Beendigung begann er, sich mit dem Begriff der Klasse zu beschäftigen. Allgemein denkt man bei »Klasse« an Marxismus-Leninismus, die Vokabel wurde aber auch schon immer von der Machtelite benutzt. Leider wurde der Text nicht vollendet. Im Archiv fiel Herrnstadt überhaupt nicht auf, da er sich still, vornehm, zurückgezogen verhielt und kaum in der Öffentlichkeit stand. Er mied die Frühstücksrunden, doch zu den Zeitungsschauen, die es eine Zeitlang gab, gesellte er sich manches Mal hinzu. Hierfür kam morgens die Belegschaft zusammen, um über wesentliche Artikel zu

sprechen. Den Unterschied machte, ob die Diskussion der Journalist Herrnstadt anleitete oder einer der Archivmitarbeiter.

Es gab im Kollegium noch einen zweiten Nicht-Archivar: Herbert Buck, von dem unter der Hand gesagt wurde, er sei der einzige Amtsrichter im Dritten Reich gewesen, der kein Parteimitglied war. Aber warum wurde er dann nicht gleich nach 1945 in den Justizdienst der SBZ übernommen? Die wissenschaftlichen Archivare ärgerte fürchterlich, dass Buck neben Herrnstadt als Einziger im ganzen Archiv wissenschaftlich nach außen, für die wissenschaftliche Öffentlichkeit, arbeitete, während alle anderen – wie Registratoren – nur nach innen beschäftigt waren. Buck hat unglaublich viel geleistet. Von allen Ministerien gab es große Überlieferungen, in denen sich Preußen als Zentrum der kapitalistischen Entwicklung im 19. Jahrhundert widerspiegelte: vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten (es hieß damals nicht Auswärtiges Amt) über das Landwirtschaftsministerium bis zum Ministerium für Handel und Gewerbe mit einem ausgesprochen guten Bestand. Mit preußischer Akribie, Sorgfalt und Umsicht war alles überwacht worden, wie zum Beispiel die Dampfkessel, worauf der heutige TÜV zurückzuführen ist. Das Handelsministerium hat mit seinen Akten auch über die Entwicklung vom Kapitalismus zum Imperialismus Auskunft gegeben, um es mit Lenins Worten auszudrücken. Vom Bergwerk bis zur Nagelfabrik wurde alles dokumentiert. Buck erhielt den Auftrag, die Akten des Handelsministeriums Seite für Seite zur detaillierten Zusammenstellung wirtschaftlicher Vorgänge zu sichten, wobei er keine Ahnung von Geschichte hatte – er war Jurist! Blöß sieht ihn noch vor sich, wie er mit klarer Handschrift jeden einzelnen Vorgang aus den Akten niederschrieb. Dabei kam ein dreibändiges Spezialinventar des Bestandes Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe »Zur Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in Preußen 1810–1933«, in einer Schriftenreihe des Deutschen Zentralarchivs als Band 1 und 2 1966/68 und Band 3 1970 beim Böhlau Verlag Weimar veröffentlicht, heraus, ein verdichtetes Findbuch, in dem nicht nur steht: »die Streiks der Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet«, sondern: »der Bürgermeister hat die Polizei beauftragt, mit Waffengewalt vorzugehen« oder ähnliches. Jeder einzelne Vorgang wurde dargestellt, denn man glaubte, dadurch den Historikern den Zugang zu diesem riesigen Aktenberg erleichtern zu können.

Die drei jungen wissenschaftlichen Archivarzugänge waren mehr oder minder nicht zufrieden damit, welche Vorhaben zur Bearbeitung im Archiv für sie vorgesehen waren. Sie hatten sehr viel Wissen gespeichert, das in der praktischen Arbeit am Bestand überhaupt nicht abgerufen werden konnte. Sie kamen mit den Benutzern häufig in Kontakt und lernten, was dabei alles eine Rolle spielte. Und sie absolvierten – im Unterschied zu heutigen Archive-

wohnheiten – jede Woche eine Dienstbesprechung. Hierbei versammelten sich der Direktor, die wissenschaftlichen Archivare und der BGL-Sekretär und behandelten wesentliche Archivangelegenheiten. Es war ganz wichtig, dass Konzeptionen vortragen werden konnten, die für die Erschließung eines Bestandes ausgearbeitet wurden. Die Bestände waren nämlich noch in einer Registraturordnung, da im Geheimen Staatsarchiv nicht allzu viel an den Akten gearbeitet worden war. Man hatte sie so, wie sie zusammen mit den damaligen Hilfsmitteln aus der Registratur abgeliefert worden waren, ins Archiv gebracht. An den Signaturen war ersichtlich, wie immer eine Schicht auf die andere gelegt worden war, obwohl sie in der chronologischen Abfolge zusammengehörten. Für viele Bestände fehlten moderne Findbücher. Aber die Registraturhilfsmittel waren tatsächlich ganz ausgezeichnet. Mit ihnen konnte man arbeiten, wenn man wusste, wie sie strukturiert waren. Aus dem Vortrag der Konzeptionen ergaben sich häufig außerordentlich interessante Diskussionen über Inhalte, Verwaltungsgeschichte und vieles mehr. Die älteren Kollegen erteilten viele nützliche Hinweise, die sie nicht hinterm Berge hielten.

Dr. Nissen war ein Archivar alter Schule, noch am alten, am Geheimen Staatsarchiv angesiedelten Institut für Archivwissenschaft ausgebildet und – bevor er zum Kriegsdienst eingezogen wurde – dort tätig. Er und Friedrich Beck waren damals die Direktoren, welche über den Tellerrand schauten und sich nicht damit zufriedengaben, möglichst viel zu verzeichnen – nach dem Motto: noch ein Vermerk und noch ein Vermerk. Beide wollten nach außen gehen und ihr Archiv mit seinem wertvollen Inhalt an historischen Quellen für alle Geschichtsinteressenten sichtbar werden lassen. Sie wollten nicht nur das Potenzial der vorhandenen Dokumente, sondern auch die wissenschaftliche Kraft des Hauses für deren historische Auswertung einsetzen. Sie gingen beide ungefähr den gleichen Weg. Beck wandte sich an die Bezirksleitung der SED, und Nissen schloss sich mit Leo Stern, Historiker und Professor für neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiterbewegung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zusammen, um eine Publikationsreihe ins Leben zu rufen, in der alle Akten, welche zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Archiven lagen und die unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen von besonderer Bedeutung waren, mit Akzentitel bzw. zusammenfassender Inhaltsangabe zusammengestellt wurden. Die Reihe (mit insgesamt acht Bänden und einem Sonderband) »Quellennachweise – Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« wurde von der Staatlichen Archivverwaltung und dem Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften herausgegeben. Die Mitarbeiter des Archivs begannen mit der Aufgabe. Blöß bekam bestimmte Akten des preußischen Innenministeriums zur Sichtung.

Für die Beobachtung der Entwicklung nach der Novemberrevolution 1918 war dort ein eigener Strukturteil eingerichtet worden, die sogenannte Ost-West-Abteilung; im Osten für die zu beobachtenden Kommunisten und im Westen für die Separatisten, einen Herrn Adenauer zum Beispiel. Das ist eine außerordentlich substanzreiche Aktengruppe. Besonders die Ostabteilung war von Interesse, mit der sich Blöß beschäftigte. Zum ersten Mal berührte die eigene Hand originale Dokumente mit den Fragen zum »Klassenkampf«, zur »Rolle der Arbeiterklasse« und »Rolle von KPD und SPD«, woraus wunderbar zu ersehen war, wie der staatliche Unterdrückungsapparat funktionierte. Seine Wirkweise bekam Blöß ad oculos demonstriert, was ihm bedeutend erschien, weil sie zuvor nur rein theoretisch behandelt worden war. Auf einmal und unmittelbar stand im Raum, wie ein Klassenstaat funktionierte und wie er mit Leuten umging, die ihm nicht passten. Dr. Nissen blieb ein Jahr im Amt, bevor er 1959 leider in den Westen ging, was sicherlich darin begründet war, dass die älteren Archivare nach bundesdeutschem Recht Beamte waren. Aus Magdeburg folgte Dr. Berent Schweineköper und aus Weimar Professor Dr. Willy Flach. Interessanterweise erreichte kaum einer von jenen Archivaren, welche die DDR verließen, den Stand, den sie hierzulande innegehabt hatten. Dr. Nissen wurde Stadtarchivdirektor in Göttingen, Dr. Schweineköper Stadtarchivdirektor in Freiburg, und Professor Flach an der Universität in Bonn wählte bald den Freitod. Allein Manfred Hamann aus Schwerin wurde beim Staatsarchiv Hannover angestellt.

Keiner wollte damals freiwillig die Betreuung der Bibliothek übernehmen. Blöß (als Neuzugang) bekam sie zusätzlich zum Tagesgeschäft zugesprochen: eine für ihn angenehme Arbeit, weil sie ihn auch außer Haus führte. Die Bibliothek des Geheimen Staatsarchivs war nach Schlesien ausgelagert worden und befindet sich auch heute noch leider in Polen. Einige wertvolle Bibliotheksbestände – alte Zeitungen aus dem 18. Jahrhundert, große in Leinen gebundene Konvolute, die sogenannte »Broschürensammlung« – waren mit den Akten ausgelagert worden. Die kleine Bibliothek war eine der wenigen, die über diese Zeitungen (und vor allem vollständig) verfügte, weshalb viele Fernleihen anstanden, die über den Leihverkehr der deutschen Bibliotheken liefen. Es gab nur einen sehr geringen Archivetat, da Merseburg eine Abteilung des Deutschen Zentralarchivs war. Vom Potsdamer Bibliotheksreferenten kam nichts, weshalb Blöß bei der Archivverwaltung vorstellig wurde und ein zusätzliches Budget aushandelte. Er schaffte es, zweimal im Jahr beim zuständigen stellvertretenden Direktor der Deutschen Bücherei (dem Vorgänger der heutigen Nationalbibliothek in Leipzig) vorzusprechen, um in den dortigen Doublettenkeller gehen zu dürfen und im Anschluss das Auto mit Büchern voll zu stapeln, die nichts kosteten. Denn kostspielig waren Ankäufe in Antiquariaten, die seinerzeit noch

sehr gute Bestände an preußischer Literatur anboten. Bei der Suche halfen deren regelmäßig herausgegebene Verzeichnisse.

Das Merseburger Archiv war seinerzeit nach Bestandsgruppen gegliedert, es galt ein Referatsystem auf der Grundlage eingeteilter Aufgabengebiete. Jeder Archivar als Referatsleiter trug Verantwortung für die Ordnung des Bestandes bzw. hatte diese herzustellen. Direktor Welsch bearbeitete das Außenministerium, Kollege Thieme das Innenministerium, Kollege Waldmann (ein staatlich geprüfter Archivar) das Ministerium für Handel und Gewerbe und Fräulein Dr. Herricht das Kultusministerium. Es gab die alten Repositoren 1–69, die mit den Stein-Hardenbergschen Reformen aufhören, da 1808 die Ministerialorganisation eingeführt wurde. Das sind Pertinenzbestände, die noch vor der Gründung des Geheimen Rates 1604 einsetzen und hinter denen zwar eine produzierende Verwaltung stand, die aber nicht in der Struktur des Bestandes kenntlich wurde. Es ist kompliziert, die Bestände zu benutzen. Formulierungen von Aktentiteln müssen vorher entschlüsselt werden, denn wenn überhaupt Findhilfsmittel vorhanden sind, stammen sie aus der Zeit der Entstehung der Bestände: zum Teil aus dem 16.–18. Jahrhundert. Die Betreuung dieser Überlieferungen wollte demnach keiner freiwillig übernehmen, bis die Kollegin Kohnke, mit welcher Blöß das Arbeitszimmer teilte, herangezogen wurde und sich hervorragend einarbeitete. Es gab einen weiteren großen Komplex, der die inneren Behörden des feudalen Staates fasste: das General-Oberfinanz-, Kriegs- und Domänen-Direktorium (Generaldirektorium), welches nach den einst selbständigen Territorien Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen usw. gegliedert war. Im Grunde genommen sind das heute die Ministerien »Innen«, »Wirtschaft« und »Landwirtschaft«. Dazu kamen Sachdepartements wie das Salz- und Berg- und Hüttendepartement, die schon etwas mehr auf die neue Zeit ausgerichtet waren. Ursprünglich gab es nur Provinzialdepartements, die Sachdepartements bildeten sich erst im Laufe der wirtschaftlichen Spezialisierung heraus, was ein problematischer (wie gleichermaßen unumgänglicher) Prozess war, weil die Provinzialminister ihre Zuständigkeiten nicht aufgeben wollten. Diese Bestandsgruppe bekam Blöß, zudem noch die sogenannten Übergangsbehörden. Preußen war ja bis auf den kleinen Zipfel Ostpreußen, in den Luise flüchtete, vollständig von den Franzosen besetzt gewesen, das Generaldirektorium war aufgehoben, der Geheime Rat auseinandergegangen. Man musste aber auf irgendeine Weise die innere Verwaltung aufrechterhalten. Dazu wurden Spezialbehörden aufgebaut, die vor allem die zentralen Behörden ersetzten, die unteren arbeiteten ja sowieso weiter. Ironischerweise mussten im Laufe des späteren Siegeszuges gegen Napoleon für die zurückeroberten Gebiete zwischen Weichsel und Oder und zwischen Elbe und Weser wiederum neue Behörden eingerichtet werden.

Zur Bestandsbetreuung gehörte auch, dass die verantwortlichen Referatsleiter und ihre Mitarbeiter alle Benutzeranfragen ihres Referates zu bearbeiten hatten. Das waren sehr viele, manchmal zu viele. Im Rückblick gesehen ein zweischneidiges Schwert: Zum einen war genau deshalb die Gelegenheit gegeben, sich tief in spezielle Sachverhalte hineinzusetzen, andererseits wusste man nie im Voraus, welche Qualität und Quantität der jeweilige Auftrag beinhalten werde. Bei Recherchen hielt sich der Druck in Grenzen, aber wenn ein Termin zum persönlichen Erscheinen eines Professors oder Assistenten von einer Universität feststand, hatte man demjenigen gegenüber immer einen Schritt voraus zu sein. Das war anfänglich eine Bewährungssituation, die sich allerdings im Laufe der Zeit für Blöß zum Teil als fremdbestimmt und zur täglichen Routine im Hamsterrad wandelte. Ab 1959 unterrichtete er an der Fachschule für Archivwesen in Potsdam das, was er neben preußischer Geschichte und seinen Beständen am besten beherrschte: Aktenkunde der Wirtschaft.

Fast zeitgleich zur Aufnahme der Tätigkeit im Archiv ging von der Staatlichen Archivverwaltung (StAV) ein besonderer Auftrag ein, welcher sich von den archivarischen Alltäglichkeiten abhob und einen Höhepunkt darstellte. Die polnische Archivverwaltung hatte darum ersucht, Akten auszuliefern, die in Zeiten von Herrschaftswechseln bereits mehrfach zwischen Deutschland und Polen hin und her gewandert waren. Als verantwortlicher Referent ging Blöß wissenschaftlich fundiert dagegen vor, indem er historische Vorgänge und Umstände rekonstruierte. Ein Exemplar des Gutachtens, welches verhindern sollte, den polnischen Ansprüchen gerecht werden zu müssen, befindet sich heute noch in seinem Privatbesitz; seine Argumentation konnte sich seinerzeit nicht durchsetzen, obwohl im internationalen Archivrecht die allgemeine Auffassung gilt, dass bei Staatennachfolge keine Akten zentraler Behörden ausgeliefert werden dürfen, vollkommen unabhängig davon, ob diese das abgetretene Gebiet betreffen oder nicht. Darauf zielte die Expertise ab. Ungeachtet dessen gab es aber ein letztes schlagendes und unwiderlegbares Argument, welches darauf verwies, was Nazideutschland in Polen einst angerichtet hatte. Wenig später musste die nächste Abgabe getätigt werden. Das in Merseburg verwahrte Kurländische Ritterschaftsarchiv wurde an die Sowjetunion übergeben. Dagegen konnte Einspruch nicht erhoben werden. Nach geltendem Archivrecht gehörten diese Dokumente zum Gebiet ihrer Entstehung. Der Archivar konnte nicht ahnen, dass er hierbei mit einer Problematik in Berührung gekommen war, die ihn in seinem dienstlichen Leben bis zum Ende begleiten sollte.

In einer der Dienst- bzw. Referatsbesprechungen fragte Blöß seinen Direktor Dr. Welsch »Wollen wir denn ewig so weiterarbeiten? Leute, die keine wissenschaftlichen Archivare sind, machen für das Archiv die großen Publikationen, derweil wir hier sozusagen als Kärner im Magazin mit blauen

Kitteln herumlaufen. Wann können wir denn endlich mal was machen?« Die Antwort lautete: »Wenn wir alles verzeichnet haben, dann setzen wir uns an Publikationen.« Dr. Welsch hatte die von den führenden Potsdamer Archivaren des Deutschen Zentralarchivs (von Blöß spöttisch mit dem Spitznamen »Archivgötter« betitelt) ausgegebene Parole in sich aufgenommen. Deshalb wurden ein paar unbedeutende Artikelchen publiziert, aber nichts Großes. Blöß dachte zum einen an die Protokolle des preußischen Staatsministeriums. Jene Protokolle von mehr als 5200 Staatsministerialsitzungen von 1810/17 bis 1934/38, die sich als eine sogenannte Stammquelle zur preußischen und deutschen Politik-, Verfassungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte erweisen, wurden 2003 nach Abschluss des geförderten Projekts im Rahmen des Deutschen Akademieprogramms von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vorgestellt. Zum anderen reizten Blöß die außerordentlich gehaltvollen Nachlässe des Archivs. Durch einen Benutzer wurde er auf den Nachlass Althoff gestoßen. Friedrich Theodor Althoff war der leitende Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium, der sich zwischen 1882 und 1907 vorrangig um die preußischen Universitäten und deren Besetzung mit Professoren kümmerte. Ein zuständiger Minister war – wie auch heute noch – ein »Reise- und Redeonkel«. Die Arbeit wurde von anderen gemacht – im Auswärtigen Amt übrigens von Friedrich von Holstein. Beide waren die großen preußischen und Reichsbeamten am Ende des 19. Jahrhunderts. Althoff hatte ein kleines Spitzelsystem eingeführt. Junge Professoren, die er protegierte und denen er eine gehobene Professur in Aussicht stellte, mussten sich dafür bedanken, indem sie über ihr Umfeld berichteten. Er setzte sie vor allem für seine Entscheidungsfindung ein, wenn eine neue Professur zu vergeben war und es mehr als eine Handvoll Bewerber gab. Da hieß es: »Machen Sie mal eine Beurteilung von dem und dem.« Das die Geschichte – insbesondere die Wissenschaftsgeschichte – erhellende Thema war damals nicht durchzusetzen.

Blöß' Wunsch wog schwer, auf diese Weise nicht mehr fortzufahren, sondern eine neue Qualität zu bestimmen, obwohl er sich im kleinen Kreis seiner ehemaligen Studien- und damaligen Arbeitskollegen heimisch fühlte. Es gab auch Möglichkeiten zum Sport. Der Magazinmeister war ein führender Handballer in Merseburg, der Blöß umgehend in seine Mannschaft (eine Klasse tiefer als in Potsdam in der Bezirksliga) eingeführt hatte. Die Spieler waren zumeist Arbeiter oder Ingenieure aus dem Metallwerk Merseburg, die Aluminiumfolien herstellten. Aber es kamen auch Spieler aus Buna, Leuna und dem VVB Braunkohle hinzu. Die Verbindung zum Werk war innig, weil dort eine Kantine mit ausgezeichnetem Essen betrieben wurde und die netten Köchinnen auch zum Nachschlag neigten. Den Archivaren »auf ihrer Insel der Seligen« wurde gewahr, dass sie hier auf das pralle Leben stießen. Schon auf dem

Weg zum Metallwerk roch es von weitem nach Öl der Maschinen, man sah und hörte die Arbeiter. Weniger belebend war der Umstand, dass Merseburg Süd, wo die junge Familie Blöß nach Umwegen über ein möbliertes Zimmer und eine Teilwohnung eine Neubauwohnung mit Ofenheizung und Balkon erhalten hatte, mit dem Wind die Abluft von Leuna von der einen und mit dem Wind aus Buna von der anderen Seite und aus dem Süden die der Kohlegruben zu spüren bekam. Eines Tages lag ihr neugeborenes Kind, Sohn Fabian, in weiße Decken gehüllt im Kinderwagen auf dem Balkon und war nach kurzer Zeit vollkommen mit schwarzen Partikelchen übersät. Jenes Ereignis war der Schlüssel, über einen Weggang ernsthaft nachzudenken, obwohl Ada Blöß einer anspruchsvollen Arbeit als Leiterin einer großen Kinderkrippe nachging und sie die Wohnung eben neu bezogen hatten. Doch die Würfel fielen. Als Mitarbeiter des Deutschen Zentralarchivs hielt Blöß es für angemessen, sich innerhalb seiner eigenen Institution in Potsdam zu bewerben, und er wurde genommen. Er machte sich keine Gedanken darüber, dass er damit seiner Frau jegliche Karrieremöglichkeit abgeschnitten hatte.

Zurück in Potsdam, ein Intermezzo am Deutschen Zentralarchiv (1963–1964)

Im Mai 1963 war es so weit. Blöß durfte nach Potsdam zurückkehren, weil ihn das Deutsche Zentralarchiv als Mitarbeiter bestätigt hatte. Damals herrschten Wohnungsnot und Zuzugssperren. Ein Jahr lebte die Familie getrennt, bis Ada Blöß von einer Kinderkrippe in Werder eingestellt und damit eine Zuzugs- und Kaufgenehmigung für ein kleines Haus auf einem langen schmalen Grundstück am Plessower See möglich wurde. Die Besitzerin war durch einen Motorradunfall zu Tode gekommen. Das nach 1945 von dem bekannten Potsdamer Architekten von Estorff erbaute Gebäude befand sich einem abstoßend verdreckten Zustand, Heizung und Dach waren kaputt. Interimshalber schlüpfte Blöß bei seinen Eltern unter.

Die Atmosphäre im Zentralarchiv hatte sich zugespitzt, seitdem Karl Schirdewan (ab 1958 Leiter der Staatlichen Archivverwaltung der DDR) die untergeordneten Archive programmatisch in die Pflicht nahm und dem staatlichen Archivwesen den Platz zuwies, welchen es in der neuen Gesellschaftsordnung einzunehmen hatte. Den drei führenden Wissenschaftlern des Zentralarchivs, Dr. Gerhart Enders, Dr. Gerhard Schmid und Dr. Hans-Stephan Brather, wurde bewusst, dass ihre Zeit in Autonomie vorbei war. Bis dahin hatten sie mit Genugtuung ihre Hervorhebung als »Archivgötter«

registriert und versuchten, mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, Stellung und Einfluss zu erhalten. Für Blöß kam es dabei zu teilweise außerordentlich unangenehmen Begebenheiten. Private Einladungen dienten dem Ziel, ihn für ihren Kreis zu gewinnen. Zunächst war es nur ein unbestimmtes Gefühl, dass irgendetwas nicht stimmte. Blöß fiel auf, dass die Genannten mit zwei Sachen beschäftigt waren: zum einen mit ihren Lehraufträgen sowohl am Institut als auch an der Fachschule, sodass ein erheblicher (und bezahlter) Teil ihrer Arbeitszeit dem Schreiben von Lehrmaterialien für das Fachschulfernstudium gewidmet wurde. Zum anderen ging es um die reine Theorie, um die Grenzen des Provenienzprinzips. Es gab stundenlange Diskussionen zum Thema »was zu dem und was zu dem Bestand gehört«. Kaffeepausen wurden mit entsprechenden Debatten überzogen. Es fühlte sich an wie im Mittelalter, als die Scholastiker stritten. Blöß empfand dies als außerordentlich unfruchtbar. Was ihm besonders aufstieß, war die perfide Art, mit der einzelne Mitarbeiter der Archivverwaltung und vor allem ihr Leiter kritisiert wurden. Zunächst war Blöß Schirdewan hin und wieder im Haus oder in der Kantine begegnet. Dabei hatte es weder ein Gespräch noch eine Kontaktaufnahme gegeben. Von den Kollegen hörte Blöß vorausseilend: »Der hat keine Ahnung! Was will der hier? Der will uns irgendwas oktroyieren. Und die Mitarbeiter – der letzte Husten!« Was zum Teil auch stimmte, denn die Archivverwaltung war bezüglich ihrer Fachreferentenstellen nicht qualifiziert besetzt. Ex-General Otto Korfes und Ex-Landtagspräsident Otto Meier, die beiden ersten Leiter der Archivverwaltung, hatten mehr vergangenen Zeiten nachgetrauert, als sich stimulierend und tatkräftig der neuen Aufgabe zu stellen. Nach Auflösung der Länder 1952 wurden zum Teil leitende Mitarbeiter der Landesregierung übernommen, die untergebracht werden mussten, wie zum Beispiel der ehemalige Leiter der Hauptabteilung Staatliche Verwaltung im brandenburgischen Innenministerium, Fritz Wollny. Bevor er in die Landesregierung eingetreten war, war er übrigens stellvertretender Landrat von Calau gewesen: ein Verwaltungsfachmann, der ungefähr wusste, wie die Verwaltung funktionierte, aber nicht, wie das Archivwesen arbeitete. Und diese Leerstelle hatten bis zu Schirdewans Antritt die drei führenden Archivare des Deutschen Zentralarchivs ausgefüllt. Sie bestimmten, was gemacht wurde. Damit war das Staatsarchivwesen eine gewisse Zeit lang sozusagen ein außerhalb des Staatswesens liegender Bestandteil. Es kreiste um sich selbst, mit teilweise verheerenden Folgen. Klassifizierte Dokumente wurden nicht, wie rechtlich vorgeschrieben, von der Verwaltung abgegeben, weil man dort der Ansicht war, sie seien in den Archiven nicht sicher. Es gab sogar Kassationen von wertvollen Dokumenten. Die zuständigen Archive wurden von den entsprechenden Mitarbeitern der Räte der Bezirke mitunter auch gar nicht erst befragt, weil man sie für nicht

zuverlässig hielt. In der Zentrale war es noch viel schlimmer: Dort wurde ein eigenes Archiv für Staatsdokumente gegründet, und zwar für all diejenigen, die man nicht an das DZA abgeben wollte. Das war eine außer der Gesetzmäßigkeit liegende Erscheinung. Mühselig musste man aus dieser im Prinzip unhaltbaren Situation herauskommen.

Unter Schirdewan begann bald eine andere Politik. Es ging ihm darum, das Archivwesen in die Funktionsweise des Staates einzubinden. Dafür rief er Kollektive zusammen, die berieten und Vorschläge unterbreiteten, wie dieses Ziel erreicht werden könne. Er wusste auch von vornherein, dass ohne Beachtung der Staatsräson und ohne Eintreten für die proklamierten Ziele der Gesellschaft das Archivwesen erledigt war. Natürlich versuchte er dann auch, in den einzelnen Archiven Mitarbeiter einzusetzen, die die Verbindung zu den Ministerien, den Räten der Bezirke, zu den Bezirksleitungen der SED und auch zum MfS herstellen konnten und hielten. Das waren die Säulen, mit denen die StAV zu arbeiten hatte. Das MfS war zuständig für die Kontrolle der Verschlusssachen (VS), die Polizei für die der vertraulichen Dienstsachen (VD). Diesen Stellen musste erläutert werden, dass es sich nicht allein um geheime Staatsdokumente handelte, sondern möglicherweise auch um historische Dokumente. Auf dieser Einsicht gründete das ganze Bewertungssystem. Zum Teil waren hunderte laufende Meter aufgehoben worden, um die durch die Vernichtung klassifizierter Dokumente entstandenen Lücken zu schließen. Eine der großen Leistungen Schirdewans war es, dass er von Anfang an erkannte, nur mit bestimmten Menschen das erstrebte Ziel ansteuern zu können, denn der Korpsgeist in den Archiven war ausgeprägt. Die Potsdamer Archivare mit ihrer mehr oder minder spürbaren Abneigung gegenüber der StAV bildeten Studenten aus, die danach feststellten: »Um Himmels Willen – ich geh nicht in die Archivverwaltung!« Erstaunlicherweise verhielten sich die alten übernommenen NSDAP-Direktoren loyal. Beispielsweise hatte Dr. Nissen sofort begriffen, dass sein Archiv nach außen wirken musste, indem er mit Leo Stern die Quellenarbeit auf den Weg gebracht hatte. Das haben Flach in Weimar oder Kretzschmar in Dresden anders gesehen, aber sie verhielten sich von Herkunft und Ausbildung her loyal, so wie sie es bei Wiedereinführung der Monarchie wahrscheinlich auch getan hätten. Die eigentlichen Störer waren jüngere Archivare.

Blöß bearbeitete im Deutschen Zentralarchiv das, was übriggeblieben war und andere nicht machen wollten. Er konnte dem auch keine eigenen Vorstellungen entgegensetzen. Zur Bearbeitung standen große Wirtschaftsbestände aus der Zeit bis 1945, aber auch seit der Gründung der VEB an. Er begann, den Bestand der IG Farben (eine amorphe Ablieferungsmasse von 900 laufenden Metern, in die man sozusagen erst einmal einsteigen musste) zu ver-

zeichnen. Das, was darin dargestellt wurde, war das innere Leben des Konzerns, hinzu kam die Giftgasgeschichte. Mit der konkreten Archivarbeit vereinigte sich die theoretische Abstraktion zurückliegender universitärer Vorlesungen mit der greifbaren Materie, die vor ihm lag und von der eine unmittelbare Wirkung ausging – ähnlich der eines Bildes, obwohl die Plastizität eine andere ist. Nachteilig wirkt sich auf den Archivar aus, dass er zu viel davon sieht. Er entnimmt den Akten immer mehr Negatives als Positives, mitunter in einem derartigen Umfang, dass er sich schützen muss, um seinen archivarischen Alltag mental gesund bewältigen zu können.

Wesentlicher als das Verzeichnen wurde bald die Leitung der Bildstelle des Hauses, eine zusätzlich an Blöß herangetragene Aufgabe. Hatte er bei der Führung der Bibliothek in Merseburg zeitweilig und gern den engen Rahmen des Archivs verlassen können, geriet er mit der fachlichen Betreuung der Bildstelle in Potsdam an ein Politikum. Es sollte zum Bruch mit den Kollegen im DZA führen. Bildstellen der Archive waren damals in der Regel sehr gut ausgestattet, hatten zwei Aufnahmegeräte, dank derer man mit normalen Rollfilmen von Dokumenten oder Dokumentengruppen Duplikate erstellen konnte. Die Aufnahmen waren allerdings nicht für den internen Gebrauch gedacht, sondern als Dienstleistung für Benutzeranfragen. Heute kann man ohne weiteres mit Smartphone bzw. Fotoapparat am Tisch des Benutzerraums die Akten fotografieren. Seinerzeit war es aber außerordentlich umständlich und zeitraubend, hunderte Seiten abzuschreiben. Ein Benutzer steht übrigens immer noch vor bestimmten Überlegungen und Entscheidungen: Macht er sich ein Exzerpt von einem ihn interessierenden Dokument, oder ist dieses so wichtig, um es wortwörtlich abzubilden? Hat er überhaupt die Zeit, alles im Einzelnen durchzugehen? Vorlagen in Überformat oder Vorlagen, bei denen die Farbigkeit unverzichtbare Aussagen enthielten, sowie besondere Dokumentenarten wurden mit speziellen Aufnahmeverfahren auf besondere Träger reproduziert, zum Beispiel Urkunden, Siegel oder Karten. Da hieß es für die Mitarbeiter, geschickte Fotografen zu sein. Das Spektrum war also relativ groß, es brauchte lediglich ein Reproduktionsauftrag erteilt zu werden. Eine Aufnahme kostete damals 20 Pfennige.

Als im Zusammenhang mit dem Kulturgutschutz die Sicherungsverfilmung der wertvollsten Bestände zu einer wichtigen Aufgabe wurde, entspann sich allerdings bald ein Konflikt mit dem vorherigen Leiter der Bildstelle, der den Standpunkt einnahm, dass das wertvolle, weil authentische Archivgut, welches im Gegensatz zu Büchern in den Bibliotheken in Herkunft, Aussage und materieller Form einmalig war, nicht beliebig dupliziert werden sollte. Dieser Auffassung hielt Blöß argumentativ entgegen, dass vom gesamten staatlichen Archivfond ein Benutzer sowieso nur einen winzigen Ausschnitt erhalten

konnte, und setzte sich mit seiner Position auch praktisch durch. Niemandem wäre es möglich gewesen, den gesamten Bestand auf diese Weise in die Hand zu bekommen, zumal angestrebt wurde, nur die bedeutendsten Dokumente zu erfassen. Berechtigterweise wurde eingewandt, die Akten den Belastungen beim Verfilmen nicht aussetzen zu wollen, denn es musste jedes Blatt umgedreht werden: Klappe hoch – umdrehen – Klappe zu – mit dem Fuß wurde ausgelöst – Klappe hoch – umdrehen – Klappe zu: eine eintönige Arbeit. Papier aus dem 18. Jahrhundert konnte dabei kaum beschädigt werden, aber Papier aus dem Ende eines Krieges, also von 1919 oder 1945, für das die letzten Reserven zusammengebracht worden waren, ist verwundbar. Neben dem dargelegten Widerstand gab es ein zweites gewichtiges Problem. Eines Tages konnte der Filmhersteller Wolfen »ORWO« keine Filme mehr für die Dokumentenfotografie liefern, aber die Sicherungsverfilmung musste unter allen Umständen fortgeführt werden. Der Leiter der Abteilung Technik der StAV, Alfred Schlegel, übte daher einen gewissen Druck aus. Schlegel, von der Ausbildung her Feinmechaniker, hatte aber nach 1945 bei der DEFA gearbeitet und sich deshalb mit Aufnahmetechnik vertraut gemacht. Er schlug vor, einen nicht-sensibilisierten Kopierfilm einzusetzen, dem die übliche Emulsionsbeschichtung fehlte. Diesen gab es in rauen Mengen, und er war sehr billig. Man konnte ihn nur verwenden, wenn man die Lichtstärke um das x-fache vergrößerte, was mit den normalen Lampen der Zeiss-Aufnahmegeräte nicht möglich war. Er kam auf die Idee, mit Quecksilberhochdrucklampen zu arbeiten. Eines der beiden Aufnahmegeräte im DZA wurde umgerüstet, was funktionierte. Die Aufnahmen waren in der Qualität nicht wesentlich schlechter als auf den normalen Filmen. Beide Männer hatten im Ringen um die Sicherungsverfilmung und technische Umrüstung der Apparate ein gutes Verhältnis zueinander entwickelt. Eines Tages fragte Schlegel: »Was willst du denn hier eigentlich? Komm doch zu uns! Da kannst du was gestalten!« Blöß wollte.

Mitarbeiter der Staatlichen Archivverwaltung (1964–1990)

An dieser Stelle sei noch einmal auf die Besonderheit hingewiesen, dass die StAV eine Verwaltung des Ministeriums des Innern war, ein administrativ-politischer Strukturteil, die den Status einer Hauptabteilung (wie die Kriminalpolizei, Schutzpolizei und Feuerwehr) besaß. Und diese Hauptabteilung war – neben dem Karten- und Vermessungswesen mit Sitz in Bohnsdorf – nicht im Haus des Ministeriums in Berlin beheimatet, sondern als Untermieter im Hinterhof einer nachgeordneten Einrichtung, des Deutschen Zentralarchivs,

in Potsdam. Die Archivverwaltung hatte nur in ihren ersten Zügen – als sie im Prinzip noch gar nicht existierte – ihr Domizil in Berlin. Ihr erster tatsächlicher Leiter, Otto Meier, der in Potsdam wohnte, muss so viel Einfluss gehabt haben, dass er es durchsetzen konnte, sie beim Deutschen Zentralarchiv anzusiedeln. Das war der Anfang vom Ende. Zumindest hätte sich Vieles mit Sicherheit nicht in dieser Art und Weise zugespitzt, wenn die Kollegen nicht auf gegenüberliegenden Korridoren residiert hätten. Unklar ist, warum kein einziger der späteren Leiter darauf bestanden hat, die StAV ins Ministerium zu überführen. Keiner von ihnen war aufgrund seiner besonderen Fähigkeiten im Archivwesen oder in der Geschichtswissenschaft auf diesen Posten gelangt, sondern nur deshalb, weil in der vorherigen Laufbahn etwas schiefgegangen war oder weil derjenige schlicht versorgt werden musste. Es wurde dann immer abschätzig vom »Heldenfriedhof« gesprochen. Dieser Umstand sowie die abseitige Lage führten wiederum dazu, sich abzukapseln. Blöß kam aus einem abgekapselten Bereich des Deutschen Zentralarchivs in einen politisch abgekapselten Bereich, in dem den Leitern die Flügel beschnitten waren und alle ihre Funktion nicht so ausfüllen konnten, wie es eigentlich nach Rechtslage und Lage der Dinge erforderlich gewesen wäre und wie sie selbst es gewollt hätten. Die StAV wurde vom eigenen Ministerium wie ein Wurmfortsatz angesehen. Diese Einschätzung stützt sich unter anderem auf ein Ereignis: Es gab in Ferch ein Ferienhaus, eine attraktive Villa aus den Zwanzigerjahren, einladend über dem Schwielowsee gelegen. Darin konnten die Mitarbeiter der StAV sowohl Lehrgänge als auch am Wochenende Feierlichkeiten abhalten. Alles war bestens ausgestattet, es gab eine Küche und Personal. Seinerzeit wurden beispielsweise keine Rechtsanwaltskanzleien beauftragt, um Rechtsvorschriften auszuarbeiten – das machten die Mitarbeiter in zusammengezogenen Gruppen selber. Bei der Gelegenheit bot sich an, die beauftragten Kollegen im Haus mal für eine Woche »einzusperren«. Sie fühlten sich dort sehr wohl, wurden gut gepflegt und konnten sich abseits des Alltags an die Arbeit setzen. Als 1966 der neue stellvertretende Minister des Innern der DDR, Generalmajor Heinz Huth, ins Amt kam, beanspruchte er das Ferienhaus als »General-Erholungsheim« – und bekam es. »Wir brauchen aber auch Raum für Schulungen«, hieß es zurück. Daraufhin ließ er von Häftlingen auf dem Hof des Potsdamer Geländes eine große Baracke mit einem saalartigen Raum und mehreren Zimmern aufstellen. »Wenn es da Zimmer gibt, zieht unsere Abteilung dort ein!« Schon diese ganz kleine Entfernung erzeugte eine freiere Atmosphäre, obwohl die Mitarbeiter dort wie Gefangene in einer Baracke saßen.

Staatsbedienstete in der DDR mussten nicht wie Beamte in der BRD bei Einstellung einen Eid auf Verfassung und Staat leisten. Gleichwohl wurde davon ausgegangen, dass sie sich Staat und Gesellschaft verpflichtet fühlten

und ihre Diensträtigkeit darauf ausrichteten. Dazu gehörte natürlich auch die Respektierung der gegebenen Hierarchie samt des damit verbundenen Verhältnisses von Über- und Unterordnung, das sich in Weisungen und Berichterstattungspflicht materialisierte. Alle fachlichen Weisungen waren in jeweils dazu qualifizierten Gremien vorberaten worden. Die von Karl Schirdewan 1962 auf den Weg gebrachten »Grundsätze zur weiteren Entwicklung des staatlichen Archivwesens der DDR« waren eine Art Verfassung, aus der deutlich hervorging, sich über die Archivmauern hinaus zu öffnen. Mit diesem Dokument änderte sich die Richtung der Arbeit – das Augenmerk wurde auf die Produkte der neuen Gesellschaft gelegt, was den Archivdirektoren nicht sehr entgegenkam. Als 1952 die Länder aufgelöst wurden, kamen deren Überlieferungen sofort in die Archive, was ein erster, sehr großer Anfall neuester Überlieferung war. Seinerzeit musste sich überhaupt erst einmal eine funktionierende Staatsform herausbilden, die nicht nur wie in der herkömmlichen Staatsverwaltung Inneres, Justiz, Außenpolitik lenkte, sondern auch die Wirtschaft. Aufgrund dessen ergaben sich sehr viele Veränderungen in der Zentrale, die die Bildung eines Ministeriums beschloss, es aber dann wieder mit einem anderen zusammenfasste usw. Und jedes Mal, wenn solch eine Veränderung vollzogen war, gab derjenige, der entweder abgeschafft oder mit jemandem anderen zusammengelegt worden war, Unterlagen ab. Es kamen demnach sehr viele Dokumente auf die Archive zu, mit denen sich die Archivare beschäftigen mussten. Das potenzielle Archivgut wurde zunächst nur notdürftig zusammengeschnürt, auf die Lkw geworfen und kam dann in die Regale der Archive. Es galt zu entscheiden, was davon überhaupt übernommen werden sollte. Bei der Planung wurde darauf hingewiesen, dass vorrangig die neuen Bestände zu bearbeiten seien und nicht die alten verstaubten lieb gewordenen.

Blöß musste sich zunächst einmal bewähren. Das hieß: Position und Ausübung einer Referentenstelle im Fachbereich Wissenschaft, ohne einen festen Zuständigkeitsbereich, mit demselben Gehalt, welches im DZA gezahlt wurde. Damals wurden die Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätzen ausgearbeitet, woran er sich beteiligte.

Nach etwa einem Jahr Bewährungszeit trat man mit dem Anliegen an Blöß heran, in die Partei einzutreten. Er folgte der Einladung zu einer der Parteiversammlungen, die im ehemaligen Offizierskasino des Garde Husarenregiments in der Berliner Straße stattfand, wobei ihm sogar Redezeit eingeräumt wurde, um Vorstellungen von dem vorzutragen, was er in der Archivverwaltung eigentlich machen wollte. Die Mitglieder verhielten sich sehr freundlich und entgegenkommend. Sie hätten durchaus fordernd auftreten können: »Du hast Geschichte studiert! Du bist ein Arbeiterkind! Und du bist immer noch nicht in der Partei? Da, wo du eigentlich hingehörst.« Blöß fühlte sich respektiert, weshalb er

zustimmte, ab Oktober 1965 Kandidat der SED zu werden. Freund und Kollege Schlegel sowie Kommilitone und Freund Kornow waren seine Bürgen, die man für einen Parteieintritt brauchte. 1966 folgte die unspektakuläre Aufnahme als Mitglied. Gravierender war, dass man ihn 1968 zur Parteischule schickte. In den Ministerien – so auch im MdI – gab es überall SED-Kreisleitungen, die der Stellung nach Bezirksleitungen gleichkamen. Insofern gehörte Blöß der Kreisleitung des MdI an, die entsprechende Parteischule hieß Bezirksparteischule. Dort war er zwei Jahre, fuhr einmal in der Woche nach Berlin. Ziel war die Vorbereitung auf eine Funktion innerhalb der Partei. Naturgemäß behandelte man dort nicht Goethe oder Schiller, sondern zwei Themenkomplexe: zum einen den Marxismus-Leninismus, von Marx und Engels ausgehend, die berühmten Arbeiten von Lenin über die Rolle der Partei und des Staates, die Geschichte der KPdSU und der deutschen Arbeiterbewegung; zum anderen die Frage, wie man auf dieser Grundlage die Aufgaben des Ministeriums des Innern definierte. Vieles fiel Blöß leicht, weil er es von der Universität her kannte, interessiert las er genauer nach. Welcher Marxist nimmt schon oft das Kapital in die Hand? Blöß erlebte es als eine Auffrischung auf dem Stand der Zeit. Ulbricht entwickelte gerade seine Theorie vom Sozialismus als relativ selbständige, langandauernde Periode, was wohl der letzte Stein im Rollen war und ihn zu Fall brachte, weil er sich damit gegen die marxistische Auslegung der Sowjets gestellt hatte. Das jeweils letzte Plenum des ZK der SED wurde immer besprochen. Die Dozenten waren fast alle hohe Offiziere, Dozenten der Hochschule der Volkspolizei und zum Teil Mitarbeiter des ZK. Atmosphärisch war es interessant, noch interessanter waren allerdings die Führungskaderlehrgänge. Die Offiziere des Ministeriums empfand Blöß immer verklemmt wie Schriftgelehrte in der Theologie, ganz konform zum letzten Parteibeschluss, weder zweifelnd noch offen oder gar eine andere Sicht zulassend, während auf den Führungskaderlehrgängen in der Regel Vortragende aus dem ZK oder aus den ZK-Instituten (Marxismus-Leninismus und Gesellschaftswissenschaften) schon mal offenere Debatten zuließen. Sie wussten auch, wen sie vor sich hatten. In dem Sinne war die Parteischule mehr eine Wiederholung schon bekannten Wissens und etwas Einblick in eine Sphäre einer uniformierten Sichtweise, denn ein wissenschaftlich ausgebildeter Mensch begreift viele Dinge anders als ein Funktionär. Ein marxistischer Philosoph stellt den Zweifel als wesentlichen Antrieb des Fortschritts dar, und ohne Zweifel kann man Wissenschaft nicht ernsthaft betreiben. Der Uniformierte hat aber jemand zu sein, der außer jedem Zweifel steht, weil er Befehle erfüllen muss. Das ist nicht DDR-typisch, sondern gilt überall. Blöß öffnete sich dafür, diese Welt zu betreten, die bislang nicht die seine war. Innerhalb kurzer Zeit wurde er stellvertretender Parteisekretär und kam in die sogenannte Führungskaderreserve. Die damalige

(bürokratische) Kaderplanung des Ministeriums des Innern untersuchte: Wann brauchen wir wie viele Kader in welchen Qualifikationsstufen? Wer ist für eine Führungsposition vorgesehen? Fest stand, dass Blöß zur nächsten Wahl der neue Parteisekretär werden sollte.

Anfang der Siebzigerjahre erreichte die Regierung der DDR ein Antrag des Präsidenten Osvaldo Dorticós der Republik Kuba, dass das kubanische Archivwesen Unterstützung brauche. Im Inselstaat unterstand es der Akademie der Wissenschaften, weshalb sich die Anfrage auch an die in Ostberlin richtete. Es gab auf Kuba keine archivarische Ausbildung, weshalb das befreundete Land in der DDR Dozenten suchte, welche ihr Personal schulen und in die Arbeit einführen konnten. Es ersuchte ebenso um die Ausbildung von Technikern, welche den bedenklichen Zustand und die Lagerung der Dokumente verbessern sollten. Zudem ging es um die Aufnahme in den Internationalen Archivrat. Zögerlich reagierte der Leiter der StAV, und Blöß – in *der* aussichtsreichen Zeit seiner Laufbahn – wurde von Februar bis März 1971 zur Dienstreise delegiert. Die zuständige Genossin der Reisestelle in der Archivverwaltung teilte ihm seine Flugroute mit: Schönefeld – Tunis (Interflug) und Tunis (Aeroflot) – Havanna; Direktflüge gab es nicht. Zwischen Ankunft und Abflug lagen drei Tage. In einem Hotel der Zwischenstation genoss der Reisende zum ersten Mal im Leben französische Küche, fuhr mit dem Zug in die Stadt und sah sich den Hafen an. Als das Flugzeug über Havanna zur Landung ansetzte, überkam ihn eine tiefe Enttäuschung, da sich sein Bild in der Jahreszeit von blühenden Sträuchern und üppigen Palmen nicht erfüllte – die Landschaft lag braun. Den Menschenschlag erlebte er hingegen als überwältigend offen und freundlich. Aufgrund der absolvierten Italienisch-Kurse bediente er sich des kleinen Schatzes an romanischer Nomenklatur, wobei stets ein Übersetzer zur Seite stand. Das Nationalarchiv von Kuba hatte keine Schäden erlitten, außer 1898, als die Amerikaner ihr eigenes Schlachtschiff samt Besatzung in die Luft gesprengt hatten, um in den Befreiungskrieg gegen die spanischen Kolonisatoren einzusteigen und das Land als Satelliten zu nutzen. Das Archiv liegt relativ dicht am Hafen, bietet demnach aufgrund der Seeluft und der Abgase vieler Schiffe ungünstige Lagerungsbedingungen, um das Papier über längere Zeit zu erhalten. In den Magazinen roch es muffig, die Wände waren zum Teil von Schimmel befallen.

Das ausgebaute kubanische Provinzialarchivwesen unterschied sich von dem in der DDR. Jede Provinz hatte ihr eigenes Archiv – alle aus der Zeit vor der Revolution. Dort waren die Akten in einem wesentlich besseren Zustand. Bei den Gesprächen mit Blöß ging es im Wesentlichen darum, wie die kubanischen Archivare mit den staatlichen Akten aus Wirtschaft und Kultur bzw. mit allem, was noch Akten produzierte, umgehen sollten. Sie suchten einen Erfahrungs-

austausch. Doch er gestaltete sich schwierig, weil es kaum Gemeinsamkeiten gab. Die hiesigen Ordnungs- und Verzeichnisgrundsätze hätten nicht angewendet werden können, auch die Bewertung lief anders. Die Gastgeber widmeten sich ihrem Besucher, verwendeten viel Zeit damit, ihm Fachliches wie auch Kulturelles zu zeigen, zu fragen und sich Bestätigung zu holen. Nicht zu vergessen: Das Archivwesen der DDR nahm in der Archiwelt damals eine durchaus gehobene Stellung ein. Ähnlich wie während der Ukraine-Reise wurde Blöß wie ein Staatsgast behandelt und zu Empfängen der Akademie der Wissenschaften eingeladen, wobei er den Präsidenten, ein Mitkämpfer von Fidel Castro, persönlich kennenlernte und einige Gespräche mit ihm führte. Er betonte, wie wichtig ihm die Aufnahme von Beziehungen seien. Auch die Botschaft war in einer speziellen Art und Weise an einer Zusammenarbeit interessiert, die Blöß schon fast zu viel vorkam. Er nahm die politische Dimension bei der Sicht auf die Dinge wahr, besonders als Gast bei Botschaftsempfängen, wo er vom damaligen Kulturattaché Ruff erfuhr: »Wir müssen da was machen, die Franzosen und Spanier stehen schon vor der Tür!« In dem Sinne: Helft uns, engagiert euch! Blöß folgte einer Einladung zur Einweihung des großen Wissenschaftszentrums mit Bibliothek, Museum, wissenschaftlichen Instituten und dem von der DDR gestifteten Observatorium, was Millionen gekostet haben muss, auf der Isla de la Juventud. Ihn faszinierte, wie der Aufbau bei den Menschen vor Ort ankam – was keine Selbstverständlichkeit war. Er spürte eine starke Verbundenheit und ein Einstehen für den Staat. Die Solidarisierung gegen den Klassenfeind bei einer der Kundgebungen, bei der Fidel auf der Plaza de la Revolution sprach, war atmosphärisch ganz anders als in der DDR, wo man auch nebenbei etwas Anderes dachte, machte oder sich entfernte. Es entstand der Eindruck, in Kuba galt Geschlossenheit. Blöß verfasste im Anschluss seiner Reise einen umfangreichen Bericht über den von ihm erfassten Zustand mit Vorschlägen zur Hilfe, doch die uniformierten Kollegen im Ministerium des Innern sahen keinen Anlass zu handeln. Die Sache verlief im Sande – auch weil die Dinge für Blöß ganz anders kamen als gedacht:

Kurz vor der Wahl des neuen Parteisekretärs im Jahr 1972 kam der große persönliche Fall mit der Maßregelung, gegen geltende Regeln verstoßen zu haben. Blöß hatte den Auftrag bekommen, ins Staatsarchiv Dresden zu fahren, um klassifizierte Dokumente mit einem Geheimhaltungsgrad, die normalerweise per Kurier befördert wurden, abzuholen. Er fuhr gemeinsam mit seiner Frau im neuen Auto – ein Zastava – in die Elbestadt, was mit seinem Leiter Dr. Exner abgesprochen war. Nun hatte sich Blöß aber vor Rückkehr nach Potsdam in den Kopf gesetzt, in der ČSSR qualitativ besseres Motorenöl für den Wagen kaufen zu können als in der DDR. Als das Ehepaar die Grenze erreichte, war es weit und breit das einzige Auto, welches aus der Warteschlange

gewunken wurde. Der diensthabende Offizier zeigte auf die Aktentasche und fragte, was darin sei und wohin sie damit wollten. Eine ganz prekäre Situation! Im Nu eilte die Spitzenmeldung nach Berlin. Vollkommen unbesonnen war das, was er getan hatte. Ebenso bedenkenlos hatte Blöß vor vielen Kollegen schon seinen Kandidatenstand für die nächste Wahl des Parteisekretärs angekündigt und ein Programm entwickelt: eine andere Atmosphäre im Sinne echter Zusammenarbeit in der Archivverwaltung zu schaffen, die Forderungen an die Staatsarchive zu erhöhen, mehr nach außen zu wirken und auf die Ausbildungseinrichtungen Einfluss auszuüben. Die dafür zuständige Abteilung hieß »Kader/Ausbildung«. Die »Ausbildung« war in der Regel nur mit einem Mitarbeiter und nur ganz kurze Zeit mit einem Archivar besetzt gewesen, ansonsten immer von jemandem, der mit dem Archivwesen nicht vertraut war. Daher hatten diese beiden Institute – die Fachschule und das IfA – für sich gearbeitet. Blöß wollte die Lehrprogramme noch einmal auf den Tisch legen, um genauer hinzusehen, was da eigentlich mit welcher Richtung gelehrt wurde. Besonders ärgerte ihn, dass die Fachschule zwar außerordentlich gut mit Dozenten besetzt war, aber von ihnen kein Einziger etwas dazu beigetragen hatte, für Lehrmaterial zu sorgen oder an der Weiterentwicklung der theoretischen und praktischen Grundlagen mitzuwirken. Widerstand war ihm gewiss, Beipflichten ebenso. Darüber hinaus gab es – neben persönlichen Differenzen – mindestens noch einen weiteren Stolperstein, nämlich streng geheime Filmrollen im Kofferraum des Dienstwagens, was später noch aufgegriffen werden wird. Blöß wurde sofort aus der Parteileitung entfernt, blieb aber Genosse in der Parteiorganisation. Merkwürdigerweise gab es keine Parteistrafe, sondern lediglich eine Maßregelung und keine Berücksichtigung bei der nächsten Tarifierhöhung und Auszeichnungsrunde. Das war üblich. Plötzlich erfuhr Blöß am eigenen Leib, eine persona non grata zu sein. Man verkehrte eine Zeitlang nur noch dienstlich, und sein Leiter Dr. Exner, der die Hand über ihn hielt, blieb der Einzige, der zum 40. Geburtstag gratulierte. Kuriose gesellschaftlich-innerparteiliche Gepflogenheiten in der DDR brachten mit sich, dass der »Delinquent« nicht in den Orkus geworfen wurde. Blöß erlebte zwar seine Streichung aus dem Führungskaderplan, aber neben der ihm übertragenen Leitung des Parteilehrjahres für die leitenden Kader der StAV – die dafür sorgte, dass er seinen Kollegen dann doch in einer bestimmten Weise wieder näherkam – ging die fachliche Arbeit einfach weiter. Die Verlufterfahrung war einschneidend, denn neben der Chance, relativ freizügig bei den Räten der Bezirke und in den Ministerien aufzutreten, war es die Möglichkeit gewesen, eigene Vorstellungen umzusetzen. Der Parteisekretär war der zweite Direktor und häufig sogar der erste – was nicht nur Auswirkungen auf die fachlichen Aspekte, sondern vor allen Dingen auf die Kaderauswahl gehabt hätte. Die monatliche Zusammen-



Während einer Dienstbesprechung; v.l. n. r.: Gerhard Exner, Generalmajor Ernst Marterer (stellv. Innenminister), Ernst Harder, Willi Seewald, Achim Ehlert, Ende der 1960er-Jahre

kunft im Parteilehrjahr bot Gelegenheit, sich mit Vielem auseinanderzusetzen. Da Blöß sich hierbei (ohne zu widersprechen) nicht an parteiamtliche Vorgaben hielt, kam es zu lebhaften Problem-Diskussionen ohne Scheuklappen, die noch lebhafter geführt wurden, als mit Konrad Naumann das dritte gefallene Politbüro-Mitglied hinzustieß.

Unmittelbar nach seinem Einstieg in die StAV arbeitete Blöß mit dem Technikreferenten Alfred Schlegel zusammen, welcher für ihn auch von seiner persönlichen Entwicklung her ein Vorbild war. Beide waren sich einig, die Sicherungsverfilmung besser auf den Weg bringen und anders organisieren zu wollen, wofür man eine Fabrik brauchte. Schloss Kossenblatt war damals noch eine halbe Ruine, sehr schön auf einer Insel gelegen, anzufahren über eine Brücke, beide Spreearme liegen ringsherum. Die StAV gehörte zum Ministerium des Innern, dessen Bezirksbehörden der Volkspolizei alle mit eigenen Bauabteilungen ausgestattet waren, die wiederum mit Ingenieuren, Architekten und Baukapazitäten. Dort konnte eine solche Arbeit vorbereitet als auch ausgeführt werden, weil die entsprechenden Betriebe zur Hand gingen. Sowohl für die StAV als auch für die bewaffneten Organe galt die LVO, die Lieferungs- und Leistungsverordnung. Wenn man Steine, Beton, Schreibpapier,

ein Auto oder irgendwas brauchte, wurden die bewaffneten Organe gegenüber anderen bevorzugt beliefert. Schlegel besorgte die notwendige Technik: 22 Aufnahmegeräte. Außerdem warb er über Beziehungen eine Familie von Filmexperten, welche die fototechnische Arbeit übernahm. Das Problem – dem Blöß bereits im DZA gegenüberstand – waren nicht die Aufnahmegeräte, sondern Kopierung und Entwicklung. Seinerzeit war die DDR-Filmindustrie noch nicht in der Lage, die für die großen, aus der Sicherungsverfilmung anfallenden Filmmengen erforderlichen Entwicklungs- und Kopiermaschinen zu bauen. Der einfallsreiche Schlegel hatte allerdings vom DEFA-Spielfilm eine nicht mehr zu verwendende große Entwicklungsmaschine an Land gezogen, die dann jahrzehntelang in Kossenblatt ihren Dienst leistete. Dafür stellte man entsprechende Leute ein. Und Blöß war derjenige, der für »das Futter« zu sorgen hatte, und zwar Tausend laufende Meter im Jahr. Wann ihm diese Aufgabe übertragen wurde, weiß er nicht mehr. Er beschäftigte sich mit den Aufgaben Planung, Berichterstattung und Organisation. Das hieß, alle Planvorschläge für jedes Jahr gelangten auf seinen Tisch, im Anschluss auch die jährlichen Berichte. Jährlich musste er einen Vortrag für den Leiter schreiben, der diesen auf den Direktorendienstbesprechungen auswertete. Dadurch hatte er einen direkten Einblick bis in die geheimsten Verästelungen der einzelnen Archive und konnte deren Leistungen bewerten und die Unterschiede zwischen ihnen feststellen. Probleme kamen nämlich dann auf den Tisch, wenn er anwies: »von dem Bestand werden 50 lfm und von dem Bestand 20 lfm verfilmt« und ihm Kollegen – beispielsweise diejenigen vom DZA – häufig erwiderten, jene Bestände seien noch nicht bearbeitet oder filmreif. Dadurch entwickelte sich eine Schieflage – die Geräte sollten ja regelmäßig ausgelastet sein. Blöß musste zum Teil auf Bestände von Archiven zurückgreifen, die bei weitem nicht die Bedeutung hatten wie die des DZA. Somit konnte die Kapazität pro Jahr zwar ausgefüllt werden, aber mitunter stand leider die Quantität über der Qualität. Im Zuge dessen soll noch einmal knapp auf die Bewertung eingegangen werden. Es wurden sowohl die vorhandenen Archivbestände bewertet als auch die künftigen Zugänge. Die Archivbestände wurden in drei Wertgruppen eingeteilt: A, B, C, wobei nur A verfilmt werden sollte. Darüber standen die ganz besonderen, kleinsten Teile von überragendem Wert. Die sogenannten Registraturbildner, also die Behörden und Verwaltungen, die Akten produzierten, wurden in drei Kategorien eingeteilt. Hierbei sollten Unterlagen in der Regel nur aus der ersten Kategorie übernommen werden. Die Akten der dritten Kategorie wurden vollständig von der Verfilmung ausgeschlossen und die der zweiten nur in starker Auswahl. Durch diese Wertgruppierung konnte Blöß die zur Verfilmung geeigneten Bestände leicht eruieren. Wenn man sich heute den Filmfonds ansieht, erkennt man, dass von den bedeutendsten Akten aus

dem zentralen Archiv in der Relation weniger vorhanden ist als zum Beispiel aus dem Staatsarchiv Magdeburg. Der Wert eines Bestandes hängt nicht unbedingt davon ab, wie oft er benutzt wird. Es gibt Bestände, die 100 oder 200 Jahre unberührt liegen, immer mehr einstauben und trotzdem wertvoll sind. Auch unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, war es richtig zu verfilmen. Zudem hatte die Arbeit internationale Wirkung. Alle bedeutenden Archivnationen haben die Sicherungsverfilmung genutzt, die sozialistischen Staaten sowieso. Von dort kamen die Archivare in die DDR und fragten nach Arbeitsweise und -organisation. Die Sicherungsverfilmung ist Bestandteil des Kulturgutschutzes: 1. Er dient dem Schutz vor kriegerischen Ereignissen, Feuer, Wasser etc. Man erinnere sich an den Einsturz des Kölner Stadtarchivs 2009 oder an das abgebrannte Staatsarchiv Landshut in Bayern im Oktober 1961, das sich in einer Burg befand; die Feuerwehr konnte das Burgtor nicht passieren. 2. Der Kulturgutschutz dient dem Schutz der originalen Akten vor Beeinträchtigungen durch Benutzung. Nach einer Verfilmung muss die originale Akte dem Benutzer nicht mehr vorgelegt werden, was für ihn zwar unangenehm sein kann, aber für die Erhaltung der Substanz des Originals sehr nützlich ist. Ein doppelter Zweck wird hier erfüllt: die Sicherung des Inhalts und die Sicherung der äußeren Form. Trotzdem ist jede Akte ein Individuum, welches kein zweites Mal existiert.

In erster Linie ging es in Blöß' Tätigkeit darum, Beschlüsse und Entscheidungen der Zentrale auf dem Gebiet des Archivwesens nach unten durchzustellen. Was heute als Subsidiarität bezeichnet und praktiziert wird, wurde in der DDR ohne hochtrabende Ausschmückung als tägliche Wirklichkeit in den Beziehungen zwischen Zentrale und den örtlichen Volksvertretungen und ihren Organen gelebt. Die Bezirks- und Kreistage sowie die Gemeindeparlamente hatten für ihren Zuständigkeitsbereich eine bestimmte Souveränität innerhalb der Verfassung der DDR. Da konnten Dinge geregelt werden, die beispielsweise nur den Bezirk Potsdam angingen, für den Straßenbau, für die Gründung einer LPG oder deren Zusammenlegung. Das konnte über Volksvertretungen und über die Räte geregelt werden. Wenn das Ministerium des Innern die Verfilmung von personenintensiven Dokumenten anwies, musste sie auf direktem Leitungswege erfolgen. Blöß plante für die Räte der Bezirke Vorgaben, dass sie so und so viele Meter in diesem oder im nächsten Planjahr lieferten. Die Mengen mussten abgestimmt sein und passen, damit es Kossenblatt verarbeiten konnte. Insofern war die doppelte Unterstellung eine durchaus sinnvolle Angelegenheit. Natürlich hing daran Kontrolle. Die Hauptabteilung Innere Angelegenheiten führte zwei, drei Kontrolleinsätze pro Jahr bei den Bereichen Inneres durch, Wirtschaft oder Kultur lagen in anderen Zuständigkeiten. Hier ging es zum Beispiel darum, dass ein Kreisarchiv nicht ordentlich gearbeitet hatte oder dass dort jemand eingestellt werden musste oder dass

kein Wasserrohr durch ein Archivmagazin gehen durfte – also häufig um ganz primitive Fragen. Kreisarchive waren zum Teil in einem schlimmen Zustand, und den örtlichen Funktionären, die zuweilen keinerlei Vorstellungen bzw. Ahnung von der Rolle eines Archivs hatten, waren die Mängel erst einmal nahezubringen. Ihnen gegenüber konnte man eigene Interessen vertreten, was nicht immer funktionierte. Kontrolle ist damit organisch verbunden, aber sie steht an zweiter Stelle.

Die DDR – ein jeder erinnert sich schnell daran – war stets arm an Devisen und bestrebt, solche einzunehmen. Auch das Objekt Kossenblatt brauchte sie dafür dringend, und Mormonen aus Utah boten die Gelegenheit dazu. Schon seit längerer Zeit streckten sie in Europa ihre Fühler aus, auch in den sozialistischen Ländern Polen, Ungarn oder in der ČSSR, um dort in den Archiven personenbezogene Akten verfilmen zu lassen und aus dem gesammelten riesigen Schatz an genealogischen Daten ein Geschäft zu machen. Man kann nach Utah schreiben und sich nach seinen Vorfahren erkundigen. Auskunft erhält man gegen eine entsprechende Gebühr, wie das in allen anderen Archiven auch der Fall ist. Der hauptsächliche Zweck war allerdings ein theologischer: Die Sekte wollte sich mit möglichst vielen Anhängern schmücken. Sie lieferte für ihre Aufträge Maschinen (Westfabrikate), die nach Abschluss der Arbeiten den Archiven als Äquivalent überlassen wurden – dann allerdings kaum noch zu gebrauchen waren. Als die Mormonen bei der StAV nachfragten, wusste man schon Bescheid, wie die Auftraggeber ihre Sache anlegten. Es gab Verhandlungen mit der StAV unter der Voraussetzung, nur für Devisen zu arbeiten. Man einigte sich, Geld schien kein Problem zu sein. Infolgedessen hatte Blöß einen Teil der Kapazität der Sicherungsverfilmung für diesen Auftrag abzutreten, was ihm missfiel. Am Horizont lockte allerdings die Verheißung, eines Tages so viele Devisen zur Verfügung zu haben, dass in Kossenblatt maschinell auf Westtechnik umgestellt werden konnte – was gelang. Zeiss war nicht mehr in der Lage, solch moderne Maschinen zu bauen. Die Auflage war zu klein, Verhandlungen mit den Fachleuten in Jena liefen ins Leere. Eine Reise führte sogar nach Moskau, um die Genossen dort dazu zu bewegen, für ihre zahlreichen Archive die Ausstattung ebenso bei Zeiss zu bestellen – was nicht gelang. Klarheit bestand darüber, dass weder Maschinen noch Ersatzteile von Zeiss kommen würden. So entstand Handlungsbedarf. Hinzu kam, dass die neuen Akten nicht mehr gebunden, sondern lose in Ordnern abgelegt wurden, und im gesamten sozialistischen Lager gab es keine Durchlaufmaschinen, um sie unter das Objektiv zu transportieren. Solche Maschinen wurden in der DDR gar nicht hergestellt, aber von einer Firma in Westberlin. Deren Mitarbeiter erhielten fast als einzige (!) Zugang zur Zentralstelle für Reprographie Kossenblatt, wenn Reparaturen anstanden.

1972 war die innerdeutsche Grundsatzvereinbarung (Grundlagenvertrag) mit einer neuen Reisegesetzgebung in Kraft getreten, aufgrund dessen DDR-Bürger unter bestimmten Voraussetzungen nach Westdeutschland reisen durften. Daraus ergaben sich Folgen für das Personenstandswesen, welches in der DDR anders als heute geregelt war. Das Einwohnermeldeamt war nicht bei den Kommunen, sondern bei den Kreispolizeiämtern angesiedelt. Jeder Reisende musste erst einen Antrag stellen mitsamt der Begutachtung seines Vorgesetzten, danach prüfte das MfS den Vorgang. Es sammelte sich rasch sehr viel Papier an, und die Meldestellen wussten nicht mehr, wo sie es lagern sollten. Im Ministerium wurde erwogen, alle VPKA müssten zur Bewältigung der Papiermassen einen neuen Anbau oder Neubau bekommen. Alfred Schlegel, mit dem Ministerium gut vernetzt, fuhr zu irgendeinem stellvertretenden Minister, ohne sich mit Blöß oder dem Leiter der StAV besprochen zu haben, und unterbreitete den Vorschlag, es müsse nicht gebaut werden, da die StAV die Unterlagen verfilmen könnte. Daraufhin gab es eine intensive Auseinandersetzung in einer Dienstbesprechung, in der Blöß versuchte, im Interesse des Kulturgutschutzes zu argumentieren und den Plan zu verhindern, was ihm misslang. Der Vorschlag kam durch. Daraufhin wurden 50 % der Kapazität von Kossenblatt für die Verfilmung der Meldeunterlagen eingesetzt. Es kamen Polizei-Lkw mit den Unterlagen, welche nach der Verfilmung gleich in die Papiermühle gingen. Von diesen Reiseanträgen sind demzufolge nur noch Filme vorhanden. Von heute auf morgen entfielen etwa 500 Meter Aktenverfilmung pro Jahr! Die Freundschaft mit Schlegel litt unter dem Eklat. Für lange Zeit stellte Blöß seine Konversation mit ihm ein, bis sich ein kleinster gemeinsamer Nenner fand, und zwar gemeinsam mit dem Leiter von Kossenblatt durchzusetzen, dass ORWO Wolfen wieder einen Dokumentenfilm produzierte. Die Kameras wurden von 35 mm auf 16 mm umgestellt. Auf diese Weise hatte man auch die Lagerungsmenge auf 50 % reduziert, da das Schloss aus allen Nähten platzte. Hinzu kam die Brandgefahr. Eine Schutz gewährende Unterbringung für die Sicherungsfilme musste gefunden werden. Schlegel tat durch seine Beziehungen einen alten ungeeigneten Wehrmachtbunker bei Jüterbog auf, bis in den Achtzigerjahren in Ferch ein moderner, allen Anforderungen entsprechender Bunker gebaut wurde. Darüber hinaus bedurfte es einer technischen Werkstatt, die die Filme bearbeiten konnte. Jeder Film musste in bestimmten Zeitabständen überprüft werden. Die entsprechenden Geräte waren alle vorhanden. Für den Leiter wurde sogar ein Haus gebaut, damit er direkt auf dem Objekt wohnte. In der Summe haben diese Dinge Blöß' Arbeitszeit und Nerven belastet. Später, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, sollte er noch einmal damit zu tun bekommen, als die verantwortliche BRD-Stelle entschied, beide Filmfonds zusammenzulegen.

Nach Abschluss des Grundlagenvertrages, der mehr Beziehungen und Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten zuließ, galt die Geheimhaltungsordnung, um den Staatsapparat in besonderer Weise abzuschirmen. In diesem Zusammenhang waren die Kontrolle der Verschlussachen und die Zuständigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit festgelegt worden. Die Kollegen wurden entsprechend des Geheimhaltungsgrades ständig unter Kontrolle gehalten. Demnach überprüfte man alle Mitarbeiter, die für VS und GVS zuständig waren, regelmäßig: Post, Telefon, private Kontakte und, und, und. Diese Angelegenheit war staatlich geregelt und lief außerhalb der Einflussmöglichkeiten der StAV. Mitarbeiter der Staatsarchive profitierten dennoch von diesem Negativum, indem sie als Zivilangestellte des Ministeriums des Innern eingestuft wurden und damit finanziell einen mächtigen Satz nach oben machten. Darüber sollte sich niemand im Nachhinein beklagen. Daraus entstand im Übrigen allzu viel Missgunst und Missstimmung bei »den Verwandten« im Informationsbereich, in den Bibliotheken und Museen, die nicht der GHO verpflichtet waren. Zudem gab es eine interne Weisung, wie sich Mitarbeiter gegenüber Westreportern bei Nachfrage verhalten sollten: »Wenden Sie sich an die Pressestelle des Ministeriums des Innern!« Es sollte nichts geäußert werden, ohne dass es zuvor »abgesegnet« worden war, was die Mitarbeiter seinerzeit äußerst befremdlich empfanden. Heutzutage ist das gang und gäbe.

Der Grundlagenvertrag führte auch dazu, viele Vorstellungen über weitere Abkommen mit der BRD zu entwickeln, unter anderem auf dem Gebiet des Kulturgutes, mit dem strategischen Ziel der Anerkennung der DDR und im Sinne von vernünftigen Verhältnissen beider deutschen Staaten. Im ZK wurde darüber nachgedacht, einen Archivgutaustausch zu organisieren. Der führende Ideologe Kurt Hager sagte im Januar 1976 in Weimar auf einer Parteiveranstaltung, dass hierzu auch das Merseburger Archiv gehöre. Zuvor hatte niemand die Kollegen in der StAV oder im betreffenden Archiv dazu kontaktiert, bei ihnen nachgefragt oder darüber informiert. Blöß dachte: »Das kann doch nicht wahr sein!«, weil er wusste, dass kaum adäquate Anfragen bzw. Forderungen an die BRD gestellt werden konnten. Wieder wandte er sich an seinen Freund Schlegel, der aus seiner frühen Parteimitgliedschaft eine Person in einflussreicher Stellung kannte, einen leitenden Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus, welches Hager im ZK unterstand: Professor Ernst Diehl. Blöß und Schlegel entschlossen sich, Diehl zu bitten, den Genossen Hager darüber aufzuklären, was er eigentlich vorgetragen habe, und setzten ein Schreiben auf, in dem alarmierend darauf hingewiesen wurde, was alles verloren ginge und wie viele persönliche (teilweise negative) Informationen über damals noch lebende Funktionäre offengelegt werden würden. Sie holten das

Einverständnis ihres Leiters Dr. Exner ein mit der Frage, ob die Angelegenheit möglicherweise nur auf dem Amtsweg über die SED-Kreisleitung im MdI oder über den Minister zu lösen sei. Dr. Exner meinte: »Darüber wird das nichts.« Diehl nahm sich des Einspruches an und erklärte sich bereit, ihn weiterzugeben. Daraufhin stellte sich keine Reaktion ein, doch das Merseburger Archiv bestand bis zur Deutschen Wiedervereinigung unversehrt in Merseburg. 1986 kam es nach langjährigen Vorverhandlungen zum Kulturgutaustausch, bei dem die im Archivdepot Dornburg verwahrten sogenannten Hansearchive (hauptsächlich Teile der Stadtarchive Bremen, Hamburg und Lübeck) übergeben wurden – eine große Aufgabe. In Dornburg lag ein riesiger Bestand von Patentunterlagen von Siemens, IG Farben, die im Grunde genommen für die Benutzung keinerlei Bedeutung hatten. Ebenso befand sich dort ein großer Bestand von Akten der Heilanstalten aus der Rheinprovinz, die zum Teil dem dortigen Provinzialverband unterstanden hatten und zum Teil aus privaten Heilanstalten stammten. Auch zu diesem Anlass wurde der damalige Vorstoß mit keinem Wort erwähnt.

Deutschland hatte im Mai 1945 bedingungslos kapituliert. Die Siegermächte hätten alles mitnehmen können, denn es gab keine legitimierte Staatsgewalt mehr in Deutschland. Das wird häufig übersehen, vor allem, wenn man auf das Wirken der sowjetischen Militäradministration schaut. Die Besatzungsmächte hatten die staatliche Hoheit inne. Die Engländer nahmen zum Beispiel die Marineakten, die sich in den Auslagerungsstätten befanden, an sich. Die Sowjets spezialisierten sich auf die Arbeiterbewegung. Es gab im Bestand des preußischen Innenministeriums einen ganzen Titel »Sozialdemokratie«. Die Amerikaner zogen alle noch erhaltenen Unterlagen der SS (persönlicher Stab des Reichsführers SS, die Hauptämter des Reichssicherheitshauptamtes) an sich, woraus sie sofort ein Geschäft machten. Die Papiere wurden verfilmt und verkauft. Ein Makel, der auch den DDR-Archiven anhängt, bestand oder besteht darin, dass man sich zunächst schwer damit tat, an der Aufklärung von Naziverbrechen mitzuwirken. Man betrieb weder die allgemeine Aufklärung noch die im eigenen Raum. Blöß empfindet es als außerordentlich peinlich und unerklärlich, dass heutzutage westdeutsche Archivare die Nazivergangenheit von DDR-Mitarbeitern aufdecken. Es wurde im Arbeitskontext nie darüber gesprochen – anscheinend ein Tabu. 1964 war der Ministerratsbeschluss gefasst worden, alle Kräfte darauf zu richten, die noch lebenden Naziverbrecher aufzuspüren. Rasch wurde ein Dokumentationszentrum eingerichtet. Es galt, entsprechende Dokumente beizubringen, aber die Aktenbestände aus der Zeit des Nationalsozialismus waren ziemlich lückenhaft. Die Planung besagte, dass die Archive besonders danach zu suchen hatten, aber absehbar konnten sie die Aufgabe nicht bewältigen. Dann öffnete sich wieder der »Heldenfriedhof«, und

es kamen von irgendwoher irgendwelche Mitarbeiter, die sich mit dieser Aufgabe in den Archiven im Speziellen beschäftigten und auch sehr viel Unruhe mit hineinbrachten. Die größte Gruppe arbeitete im DZA.

Bei der Arbeit stellte sich schnell heraus, dass ohne die amerikanischen Filme nichts zu machen war. Die Amerikaner hatten über die einzelnen Bestände sogenannte Guides herausgegeben, eine Art Findbücher. Die Filme waren mit kurzen Inhaltsangaben aufgeführt. Da kaum einer in der Archivverwaltung Englisch sprach, übersetzte Blöß, weshalb er einen gewissen Einblick erlangte. Aufgrund des Guides konnten die entsprechenden Filmnummern bestellt werden, die allerdings nicht geliefert wurden, weil man offenbar mit offiziellen Stellen eines sozialistischen Landes keinerlei Beziehungen eingehen wollte. Über einen Umweg, nämlich über eine Korporation, die in der DDR existierte und seelsorgerisch frei von ideologischer oder staatlicher Einflussnahme arbeitete, gelang das Vorhaben doch noch. Im Verhältnis zu dem, wie die sogenannte Sonderstaatsanwaltschaft in Ludwigsburg vorging, arbeitete das Dokumentationszentrum planmäßig und zielstrebig. In jedem Archiv gab es besondere Beauftragte. Alle Archive bekamen Auflagen, eine bestimmte Anzahl von Mikrofilmen auszuwerten, und erhielten dafür Lesegeräte, ein positiver Nebeneffekt für die Ausstattung. Es gab Karteikarten, Vordrucke für die notwendigen Angaben: Name, Geburtstag, Geburtsort, Einheit usw., die in der StAV eingingen und alphabetisch geordnet wurden, was viele Frauen erledigten. Ein Exemplar davon ging dann ins Dokumentationszentrum zur weiteren Auswertung, zum MfS sowieso. Der Arbeitsumfang war sehr hoch, und es erhoben sich mehr oder minder leise Stimmen aus den Archiven, die diesen Einsatz bezweifelten. Und je länger sich die Recherche hinzog, umso mehr Recht bekamen sie, weil die juristisch zu verfolgenden Nationalsozialisten bereits gestorben waren bzw. es zu reinen Schauprozessen führte, nach dem Sprichwort: Die Kleinen hängt man, und die Großen lässt man laufen. Dennoch wurde eine ansehnliche Anzahl von ehemaligen Nationalsozialisten erfasst, und es ist erstaunlich, dass im Auge des Orkans Ruhe herrschte, weil sich sehr viele in der DDR aufhielten. Mancher hatte Karriere gemacht, große Auszeichnungen erhalten und war dann erst durch diese Ermittlungen aufgedeckt worden. Die Washingtoner Filme wurden als Bestandteil des staatlichen Archivfonds angesehen, durften aber für die Auswertung nicht benutzt werden, weil sie nicht offiziell an die DDR geliefert worden waren, sondern über den beschriebenen Umweg. Sie wurden kopiert und gingen an die Staatsarchive oder an das DZA. Auch das verursachte außerordentlich viel Arbeit, kostete Zeit und Mühe. Eines Tages (oder besser eines Nachts) brachte sich Blöß damit in eine höchst komplizierte Lage. Die StAV verfügte über einen Dienstwagenpark. Meistens wurden die Mitarbeiter von den

Chauffeuren gefahren, es gab aber auch sogenannte Selbstfahrer, nämlich wenn alle ausgeschwärmt waren. Deshalb fuhr Blöß selbst nach Kossenblatt. Sein Arbeitstag vor Ort dauerte (wie meist) lange, erst gegen 22 oder 23 Uhr kehrte er zurück, stellte den Wagen in der Garage des Dienstwagenparkes ab, im Kofferraum ließ er einen ganzen Packen bereits kopierter Filmrollen zurück. Am nächsten Morgen tauchte der Sicherheitsmann bei ihm auf und sagte: »Du weißt doch, wie das zu laufen hat! Es gab eine Kontrolle der Staatssicherheit in der Nacht auf unserem Hof, und die Kontrolleure haben gesehen, dass in deinem Auto noch die Filme liegen.« Die Konsequenz des Vorfalls ist bereits geschildert worden.

Ab 1965 hatte die Archivverordnung das Ministerium des Innern befugt, grenzüberschreitendes Archivgut zu kontrollieren. Das Gesetz zum Schutz des Kulturgutes der DDR und vier Bestimmungen zur Durchführung traten 1980 in Kraft: möglicherweise das Beste, was es jemals auf diesem Gebiet gegeben hat. Blöß arbeitete als Vertreter des Ministeriums des Inneren am Entwurf in der beim federführenden Ministerium für Kultur gebildeten Arbeitsgruppe mit. Darin waren auch das Oberste Gericht, der Generalstaatsanwalt und das Justizministerium vertreten. Man tagte dort nicht nur außergewöhnlich lange, sondern diskutierte auch sehr ausgiebig. Blöß erinnert sich nur an einen Diskussionsgegenstand, und zwar an die Frage, ob ein Vorstadium für ein Gemälde schon unter den Begriff Kulturgut und damit schon unter den Schutz falle oder ob der Schöpfer nach eigenem Belieben damit umgehen könne. Tagelang wurde darüber gesprochen. Letztlich fiel der Sachverhalt unter »persönliches Ermessen«. Das Ergebnis dieser Gesetzgebung war eine ausgearbeitete Nomenklatur, in der nationales Kulturgut beschrieben wurde: das Gemälde, die Münze, das Gebäude etc. Damit gab es eine wesentliche Festlegung und ein geordnetes Verfahren, dass Kulturgut nicht außer Landes gebracht werden darf, womit Blöß, als die zahlreichen Ausreisen aus der DDR begannen, zu tun bekam. Ausreisende hatten zu genehmigende Listen ihres Umzugsgutes vorzulegen. Die Funktionäre, die sie überprüften, waren aber meist dazu gar nicht in der Lage, weshalb sie geschult werden mussten. Andererseits war die Post zu kontrollieren, da man versucht hatte, Autographen zu schmuggeln. In Potsdam-Rehbrücke befand sich das Kontrollzentrum des MfS bzw. des Zolls. Blöß versuchte den dortigen Mitarbeitern beizubringen, wie man Schmuggelgut überhaupt erkennen könne. Manchmal kamen sie auch in die Dienststelle, um bei einer Sache nachzufragen. Blöß vermutet, dass hierbei sehr viel verlorenging. Wie bereits erwähnt, zählt »Kriegsbeute« nicht unter »Raub«. Häufig wird aber mit eindeutig politischem Motiv von »Raubkunst« gesprochen. Kaum wird man auf den Begriff stoßen, wenn beispielsweise in den USA ein Gemälde aufgefunden wird, welches in der Nachkriegszeit aus

Westdeutschland verschwand. Ein ABER gilt es dennoch hinzuzufügen. In den Kommandanturen der SMA gab es Kulturoffiziere, die unter anderem anscheinend den Auftrag hatten, nach bestimmten Dokumenten zu suchen und sie in die Sowjetunion zu verbringen. Ende der Siebziger-, Anfang der Achtzigerjahre kam der Direktor des Zentralen Parteiarchivs in die StAV und sagte, er werde nach Moskau reisen und beim dortigen Zentralen Parteiarchiv nach Akten der deutschen Arbeiterbewegung suchen. In seinem der StAV nicht unterstellten Bereich fehlte eine Reihe von Dokumenten, die die sowjetischen Kulturoffiziere zumeist aus den Stadtarchiven mitgenommen hatten. Er wisse von deren Existenz und werde sozusagen als ehrlicher Makler auftreten und im Sinne der DDR auch nach staatlichen Akten fragen. Daraufhin startete Blöß ein Rundschreiben und stellte eine ziemlich lange Liste mit Aktentiteln und Signaturen zusammen. Von Historikern, die in der Sowjetunion gearbeitet hatten, war berichtet worden, dass ein ganzes Archiv deutsche Wehrmachtsbeuteakten (von den teilweise rasend schnell überrannten und abgeschlagenen Einheiten, die ihre Unterlagen weder mitnehmen noch vernichten konnten und die in die Hände der Roten Armee gefallen waren) aufbewahrte. Blöß legte seinem Vorgesetzten auch eine Liste mit den Akten des deutschen Militärs vor, worauf der antwortete: »Ich stelle keine diesbezüglichen Fragen!« Da war nichts zu machen. Sehr problematisch waren auch die Verhandlungen mit Polen. Große Teile der Handschriftensammlung der einstigen Preußischen Staatsbibliothek liegen in Polen. Gierek, der damalige polnische Generalsekretär, kam zu einem Staatsbesuch und überreichte Honecker als Staatsgeschenk ein Autograph aus diesen Beständen. Historiker, die in Breslau gearbeitet hatten, waren anhand der schmalen, gelben Rückentitel (die Signaturen waren mit spitzer Schrift über- oder untereinander geschrieben) zu der Auffassung gelangt, dass dort auch die Bibliothek des Geheimen Staatsarchivs verwahrt wurde. Blöß und Kollegen wollten die Bibliothek natürlich gern in den staatlichen Archivfond überführen. Ihm wurde untersagt, die Absicht in den Verhandlungen vorzubringen. Auch das Urkundenarchiv (mit den gesamten mittelalterlichen Beständen aus Schlesien) des Staatsarchivs Breslau war ein wirklicher Fund. Schlesien war immer schon – auch vor der preußischen Zeit – ein besonderes Territorium mit großen Bistümern, Klöstern und Städten gewesen. Eine Gegenleistung gab es nicht. Aber als die nächste – berechnete – Forderung von Polen erhoben wurde, alle Akten aus den Grenzstädten – wie Görlitz, Frankfurt und den östlich an Oder oder Neiße gelegenen Städten – auszuliefern, verhandelte Blöß, nur die technischen Akten (bzgl. Wasser, Strom, Häuser) abgeben zu müssen. Eine letzte Beratung mit einer polnischen Delegation fand übrigens in den Herbstunruhen von 1989 in Dresden statt. Davor war Blöß mit der Rückführung des Archivs der Brüdergemeine Neuwied, das zum Schutz vor Bombenangriffen

nach Herrnhut gebracht worden war, und mit einem Archivgutaustausch mit dem Archiv des niederländischen Königshauses befasst.

Wenn über »Leitung« gesprochen wird, ist (neben der Art der Führungspersönlichkeit) zu berücksichtigen, dass eine Rivalität zwischen den ober- und den untergeordneten Behörden zum Verwaltungsalltag schlicht und einfach dazugehört. Was haben Regierungs- oder Oberpräsidenten den Ministerien in Preußen für Beschwerden vorgebracht! Das war schon immer so und gehört einfach zum System. Allein die Eingruppierung in der Hierarchie ergibt eine ganz andere Sichtweise, was für Blöß wiederum ganz entscheidend war. Denn nach seinem Ausscheiden aus den beiden Staatsarchiven eröffnete sich für ihn in der StAV auf einmal ein ganz anderer Blick, der aus der Archivperspektive nicht zu erkennen war, auch nicht erkennbar zu sein brauchte. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass die dortigen Funktionäre, Genossen und ehemaligen Offiziere, die zum Teil von hohen Positionen gekommen waren, mit einem Mal abgestiegen waren. Sie sahen ihren Arbeitsplatzwechsel auch als Abstieg an und wollten sich bewähren, versuchten das, was in ihrem Gesichtskreis bzw. anhand ihrer Ausbildung möglich war, umzusetzen. Aber je mehr sie sich anstrengten, desto mehr Fehler wurden gemacht, weil sie die Besonderheiten des Bereichs nicht kannten, für den sie auf einmal verantwortlich waren. Blöß sieht vieles von dem, was sie an Negativem bewirkten, vor dem Hintergrund, dass sie eigentlich etwas Besseres hätten erreichen wollen. Aber das war objektiv nicht möglich. Man kann ihnen vorwerfen, dass sie nicht um Rat fragten. Doch wenn jemand zuvor als Oberst der Grenztruppen Befehlsgewalt ausgeübt hatte, galt es schon fast als ehrenrührig zu sagen: Kannst du mir helfen? Es war demnach eine offen diagnostizierte »chronische Erkrankung« (übrigens nicht nur in der Archivverwaltung, sondern auch in den direkt unterstellten Bereichen), dass Fachleute (Archivare) in der Minderheit waren, und zwar zahlenmäßig und auch nach ihrem politischen Einfluss. In beiden Bereichen ist derselbe Fehler begangen worden. Nur wenige Archivare wollten eine politische Funktion ausüben und Parteisekretär werden. Es wurde weiterverwiesen unter dem Motto: »Das kann der dahergelaufene Polizist machen oder der vom Friedenskomitee.« Derjenige, der eine Parteiorganisation beherrscht – ob er etwas von der Sache versteht oder nicht –, hält damit natürlich eine bestimmte Gewalt in der Hand. Sowohl in den Archiven als auch in der StAV waren in einem viel höherem Maße Nicht-Fachleute Parteigenossen, der Parteisekretär meist auch. Sie konnten innerhalb der Parteiorganisation viele Dinge unter sich besprechen, ohne Mitarbeiter vom Fach vorher fragen zu müssen.

Die StAV war in die Fachbereiche Wissenschaft bzw. Archivfonds, Finanzen und Wirtschaft, Kader und Sicherheit gegliedert. Unter dem Leiter Karl Schirdewan blieb gar nichts anderes übrig, als nach Order zu parieren.

Nach dem, was er an Vorgaben setzte, war zu arbeiten. In der Archivverwaltung geschah dann etwas Ähnliches, wenn nicht in der böartigen Form, wie zuvor in den Archiven. Nach Schirdewans Ablösung atmeten einige auf und dachten: »Wir machen jetzt mal stärker das, was uns betrifft und interessiert.« Mit der Zeit bildeten sich sehr aktive und auf ihre eigenen Interessen bezogene Fachbereichsleiter heraus. Sie bewegten sich im luftleeren Raum und waren längst nicht so berichterstattungspflichtig wie die Archive. Blöß kommentierte diesen Umstand scherzhaft: »Wir haben nicht nur eine Archivverwaltung, sondern mehrere«. Wirtschaft und Finanzen griffen nicht weiter in das innere Leben ein, verfügten aber natürlich über wichtige Ressourcen. Der Bereich Auswertung – welcher nur wenig mit Publikationen zu tun hatte, obwohl es der Bezeichnung entsprochen hätte – entwickelte sich regelrecht zu einem Nebenunternehmen des MfS, weil von einem bestimmten Zeitpunkt an über die Benutzer aus Westdeutschland Auskunft erteilt werden musste und dafür ein Verbindungsoffizier des MfS im Hause installiert wurde. Er sprach offenbar mit den Mitarbeitern »Auswertung« ab, auf welchen von ihnen besonderer Wert gelegt werden sollte. Der für die Benutzung zuständige Referent im Archiv musste über jeden einzelnen Benutzer einen Bericht schreiben. Darin hatte nicht nur zu stehen, was derjenige fachlich untersuchte, sondern auch was seine Äußerungen betraf, ob er freundlich »unserem System« gegenüberstand oder distanziert oder gar feindlich. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien einmal ein Artikel eines Historikers, er sei zum Verhör bestellt worden. Dabei kam es auf das Geschick desjenigen – der »das Verhör« durchführte – an, ob er es aus Überzeugung vornahm oder nicht. Diese Benutzerberichte wurden von der Abteilung Auswertung zum MfS weitergegeben, wodurch ein sehr enges Verhältnis zwischen den entsprechenden Bereichen entstand. Die restlichen Fachbereiche waren nie im Bilde, was da vor sich ging – sie hörten immer nur von »Sonderaufgaben«. Beispielsweise waren eines Tages bei Straßenarbeiten in Torgau im Straßengraben Akten in der Nähe einer im Dritten Reich bestehenden Wehrmachtsstrafanstalt aufgetaucht. Der Abteilungsleiter, der die längste Zeit in der »Auswertung« arbeitete, ein früherer Oberst der DDR-Luftstreitkräfte, benutzte seinerzeit jede Parteiversammlung und jede Dienstbesprechung, um von seinen Erfolgen auf seinem Gebiet zu berichten, wobei auch deutlich wurde, dass er einen Teil aus dem Zuständigkeitsbereich »Wissenschaft« herauslöst hatte.

Die Abteilung Kader war eine »ganz merkwürdige Angelegenheit«. Zufällig wohnte Familie Blöß mit der Kaderleiterin und ihrem Gatten im selben Haus. Sie luden sich gegenseitig zu Geburtstagen und Festivitäten ein, wobei sich der liebevolle Austausch auf Privates beschränkte. Ausgerechnet die Kaderleiterin trieb es auf die Spitze, indem sie eigene Veranstaltungen mit den Kaderverant-

wortlichen in den Archiven ins Leben rief und sich einen Direktor hinzuholte, zu dem sie ein besonders gutes Verhältnis pflegte. Es wurde natürlich gekungelt, was Blöß bewog, die persönlichen Beziehungen zu beenden. In der Abteilung Sicherheit waltete ein tatkräftiger, energischer Bereichsleiter, ein ehemaliger Regimentskommandeur bei den Grenztruppen, der es sehr leicht hatte, weil er für die äußere Sicherheit (Schutz vor Feuer, Wasser etc.) verantwortlich war und mit den örtlichen Volkspolizeibehörden kooperierte. Die Kollegen machte er zu seinem Stab. Er rief die entsprechenden Mitarbeiter aus den Archiven zusammen, um gemeinsam über riesigen Ausarbeitungen (die Ablaufpläne bestanden aus ganzen Rollen von Papier) zu sitzen. Sie enthielten, wer zum Alarm wann da und dort sein musste. Nachts um drei Uhr klingelte das Telefon zum Probealarm, und wie beim Militär ging es bis zum vorher festgelegten Ergebnis. Daraus erwachsen positive Effekte, denn solch einen Brand wie in der Weimarer Anna-Amalia-Bibliothek hätte es in der DDR nicht gegeben. In puncto »Sicherheit« wurde aber auch übertrieben. Es ist anzunehmen, dass darüber zusätzliche Informationen eingeholt wurden. Leider übten genau die genannten drei Strukturteile häufig eine größere Außenwirkung aus als der Bereich Wissenschaft, sie konnten mit mehr Nachdruck und zum Teil auch mit Strafandrohungen arbeiten, was »Wissenschaft« nicht konnte. Dieser Bereich – welcher im Übrigen selbst intern an Differenzen und »Futterneid« kränkelte, denn beispielsweise wurde Blöß mit vielen Dingen wie Übersetzungen und Dienstreisen betraut, die über den Kopf seines unmittelbaren Leiters hinweg entschieden worden waren – musste mit Argumenten überzeugen, wenn irgendetwas Neues eingeführt werden sollte. Seinem ansonsten sehr geschätzten Leiter Dr. Exner muss Blöß vorrangig vorwerfen, sich nicht rigoros genug gegen seine autonom handelnden Bereichsleiter durchsetzen zu können oder zu wollen. Erst sein Nachfolger Roland Leipold öffnete jene Mauern, die in der Archivverwaltung um sich und auch nach außen gezogen worden waren. Er hatte rasch erkannt, was da vor sich ging. Leipold entfernte die Betroffenen von ihrem Posten, stellte Kontakte zur Hauptabteilung Inneres des MdI und zu den Bereichen Inneres der Räte der Bezirke her. Blöß erhielt als bisheriger Referent ein eigenes Hauptreferat, in derselben Rangstufe, wie Abteilungsleiter ihre Abteilungen unter sich hatten. Ab 1983 war die Archivverwaltung ein mehr oder minder einheitlich arbeitendes und wirkendes Organ. Vieles war zu spät gekommen: die Einstellung auf den neuen Staat und die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit. Es blieb dann nicht mehr allzu viel Zeit.

In der dem demokratischen Zentralismus verpflichteten Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR herrschte ein ausgewogenes Verhältnis von oben und unten, wie etwa im Planungsablauf sichtbar wurde. Die Planung wurde demzufolge mit Vorschlägen aus den Archiven vorgenommen. Dafür

gab es eine größere Vorgabe über langfristige Pläne. Blöß arbeitete nicht nur die Jahrespläne aus, sondern auch den Perspektivplan (einen Fünfjahrplan) und eine Prognose (rund zehn Jahre) sowie eine Grundkonzeption (die fast bis ans Ende des Jahrtausends reichte), die den Archiven bekannt waren. Sie konnten sich in diese sehr allgemein gehaltenen Vorgaben einordnen und ihre konkreten Wünsche äußern. Prof. Beck war übrigens der Einzige, der mit seinen (mit Thema, Verlag und Druckkostenzuschuss benannten) Publikationsvorhaben hervorstach. Wenn ein auswärtiger Autor gefragt werden sollte, der nicht im Archiv arbeitete, war noch dessen Honorar einzuplanen. Der Finanzbedarf ging jedoch weit über Publikationen hinaus, betraf Haushaltspläne, Betriebskosten wie Kohlen, Miete, Reinigung, Strom, Reparaturen, Autos, Benzin. Ab einem bestimmten Zeitpunkt musste sehr viel Geld zum Bauen eingeplant werden. Es entstanden keine Neubauten, aber der Ausbau alter Gebäude war schwierig und teuer. All das lief über die Abteilung Finanzen, auch Dienstreisen und der Bibliotheksfond. Zum anderen beschäftigte Blöß sich mit dem Riesenkomplex »Organisation« – von den wenigen Mitarbeitern überhaupt nicht zu bewältigen. Blöß war für das Netz der Archive verantwortlich, was nach der Archivverordnung von 1965 im Wesentlichen hieß, die sogenannten Verwaltungs- und Endarchive zu betreuen, die Staatsarchive sowieso, aber auch die Archive außerhalb des direkten Zuständigkeitsbereiches: (rund 50) Stadt-, (rund 200) Kreis-, viele Betriebsarchive. Nun gab es viele Stadtarchive mit einer zum Teil jahrhundertealten Tradition, deren Städte aber nicht kreisfrei waren. Sie hätten nach Rechtslage in das im selben Ort liegende Kreisarchiv inkorporiert werden müssen, was für sie eine Zumutung gewesen wäre. Die betreffenden Archive konnten dann bei der StAV einen Antrag stellen, als selbständiges Archiv (als Endarchiv) anerkannt zu werden, wofür es eine ganze Menge Kriterien gab. Solche Vorgänge bearbeitete Blöß. Betriebsarchive waren eo ipso keine Endarchive. Wolfen, Leuna, Buna, Lützenkendorf oder auch Betriebe in Karl-Marx-Stadt hätten demzufolge ihre historisch wertvollen Akten an das zuständige Staatsarchiv abgeben müssen. Auch hier wurden Anträge gestellt, die Blöß prüfte, was er als unangenehm empfand. Der Stadtarchivar von Mühlhausen zum Beispiel sah es als persönliche Beleidigung an, sich dem Kreisarchivar unterordnen zu müssen. Zum großen Teil hatten die Beschwerdeführer recht, weil sie in der Regel besser qualifiziert waren. In den Kreisarchiven arbeiteten einfache Mitarbeiter, die nach der rechtlichen Regelung plötzlich als übergeordnet galten. Mit seiner Beschwerde war der Mühlhausener Archivar bis zum Innenministerium vorgedrungen und schließlich noch an Kurt Hager herantreten. Blöß widmete sich der Sache.

Zur »Organisation« gehörte auch der Aktenaustausch im Sinne gegenseitiger Forderungen mit anderen Staaten. Blöß hatte als Verantwortlicher

dafür zu garantieren, dass kein einziges Stück des DDR-Archivgutes das Land verließ – ein schwieriges Unterfangen. Es gab hierbei Vorgänge, die nach geltendem Völkerrecht zu behandeln waren, wie zum Beispiel der Fall aller hinterpommerschen Stadtarchive, deren Unterlagen zum großen Teil in Greifswald lagen. Der damalige Greifswalder Leiter hatte behauptet (weshalb er dann auch entlassen wurde), er habe sie nicht im Archiv. Während eines Treffens mit der entsprechenden polnischen Delegation erzählte einer der Anwesenden, dass ein Historiker in Greifswald die Akten jedoch schon benutzt hatte: eine peinliche Situation. Zum anderen tauchten Urkunden aus dem polnischen Kronarchiv auf, die in Merseburg versteckt (!) waren. In der Regel gibt es in den Archiven sogenannte Schwänze, aus dem Zusammenhang gefallene Dokumente oder auch einzelne Akten, aus denen nicht auf den ersten Blick hervorgeht, in welchen Bestand, Karton oder in welches Paket sie gehören; sie wurden dann immer ans Ende gelegt und später eingearbeitet. In Merseburg gab es aufgrund der vielen Umlagerungen ziemlich viele solcher Schwänze und damit ein ganzes Regal, in dem Diverses und Sonstiges stand. Kurioserweise fanden sich aber die Urkunden nicht dort wieder ein, sondern in der Bibliothek, wo sie Blöß entdeckt hatte, unter anderem auch eine große Sammlung von Wappenmalereien aus dem Nachlass eines berühmten deutschen Wappenmalers, allerdings vollkommen ungeordnet. Dann ließen sich Urkunden, Register und Kopialbücher aus dem Staatsarchiv Breslau wieder blicken, welche wahrscheinlich auch versteckt werden sollten. All das musste durchgesehen und geregelt werden. Nach Sichtung der Bestände ging es um Zollformalitäten, und dabei handelte es sich mehr um administrative als fachliche Arbeit.

Ab Mitte der Siebzigerjahre wurde um eine große Neuausrichtung des Archivwesens gerungen. Unter der Leitung von Prof. Beck arbeitete die Kommission »Archivorganisation« – personell sehr gut besetzt –, Blöß wurde deren Geschäftsführer. Diskussionen – anders als man das heute gern kolportiert – verliefen nicht nur lebhaft, sondern gingen bis aufs Messer, um die beste Lösung für ein Problem zu finden. Natürlich gab es unterschiedliche Auffassungen von der Organisation und Ausrichtung der Archive, aber auch sinnvolle Einbringungen. Schließlich kam ein Ergebnis auf den Tisch, was sich sehen lassen konnte. Die DDR war in vierzehn Bezirke plus Berlin aufgeteilt, wobei nicht alle Bezirke (wie Neubrandenburg, Suhl, Cottbus, Frankfurt an der Oder, Karl-Marx-Stadt) ein Staatsarchiv hatten. In den anderen Bezirken waren aus den alten, schon bestehenden Außenstellen Staatsarchive hervorgegangen: beispielsweise das selbständige Archiv des Fürstentums Rudolstadt, schon immer dezentralisiert, dann zuständig für den Bezirk Gera. Es ging darum, ob zum Beispiel das Staatsarchiv Potsdam nicht nur für den Bezirk Potsdam, sondern auch für die Bezirke Frankfurt und Cottbus zuständig sein sollte oder Dresden

für Dresden und Karl-Marx-Stadt, oder ob jeder Bezirk ein eigenes Archiv erhalten sollte. Diese schwere Frage war zuerst zu klären. Die noch schwierigere Entscheidung musste zu den Beständen gefällt werden. Dabei brach eine der typischen »archivarischen Erkrankungen« aus, nämlich dass Archivare ihr Archivterritorium »immer bis zum Urschleim abbilden wollen«. Das hätte für die neuen Archive in Frankfurt oder in Karl-Marx-Stadt usw. bedeutet, große Teile aus den alten Archiven herausnehmen zu müssen. Dazu gehörte es, auszurechnen und zu diskutieren, wie viel Bestand ein solches Archiv in zwanzig bis vierzig Jahren einmal haben werde und ob sich das lohne. Wie groß musste ein Neubau sein? Zwei große Studienreisen führten in Länder, die administrativ ungefähr ähnlich konstruiert waren. Polen hatte eine zentrale Archivverwaltung, und in jeder Wojewodschaft befand sich ein Wojewodschaftsarchiv. Es hieß aber vor allem, von der Sowjetunion zu lernen. So fuhren alle Delegationen nach Moskau in die Archivhauptverwaltung, welche direkt dem Ministerrat der UdSSR unterstellt war. Die StAV unterstand aber in der DDR dem Ministerium des Innern und nicht dem Ministerrat, obwohl die Kollegen das gern gesehen hätten. Die Moskauer Archivhauptverwaltung konnte insofern nicht als Vorbild dienen, weil die Sowjetunion ein föderal aufgestellter Staat war und die Sowjetregierung nur über Zuständigkeiten für die Union als Ganzes verfügte und in ihr entsprechende Gesetze galten. Dennoch wollte die Delegation mit Blöß in eine der Republiken reisen, was ihnen die Hauptverwaltung zur großen Überraschung aller ermöglichte. Damit wurde er ein Teilnehmer der ersten Delegation aus der DDR, die die Archivverwaltung in der Ukraine besuchte. Die Genossen vor Ort fühlten sich durch ihre Vorbildrolle erhoben, stellten sehr großzügig ihre Organisation vor, und die Delegierten wurden in jeglicher Hinsicht wie Staatsgäste behandelt. Danach fuhren sie nach Tschernigow, was einem DDR-Bezirk entsprach, und besuchten die dortigen Archivare. Es folgte ein Rayon, was einem Kreis entsprach, mit seinem Archiv in Belaja Zerkow (Weißkirchen). Die Empfänge verliefen überraschend entgegenkommend. Je tiefer man in der Instanz kam, desto näher begegnete man sich. Als die Ausarbeitung »Archivorganisation« fertiggestellt war, wurde sie bei einer der Dienstbesprechungen von den Kollegen akzeptiert, danach ging sie nach Berlin ans Ministerium des Inneren und von dort an das Zentralkomitee. Dabei blieb es. Blöß glaubt, dass sie auf den Tisch hätte kommen müssen, wenn eine Gesetzesvorlage eingebracht worden wäre. Doch dafür war es noch zu früh, denn der zweite große, noch komplizierter zu ordnende Bereich umfasste die örtlichen Archive. In der DDR gab es – wie bereits beschrieben – etwas über zweihundert Kreise, und jeder Kreis hatte ein Kreisarchiv. Das Hauptproblem bestand darin, dass die Archivare vor Ort isoliert waren. Die wissenschaftlichen Archivare in den Archiven wurden (unabhängig von den regulären Arbeits-



Versammlung der Parteiorganisation der SED der Staatlichen Archivverwaltung; v.l.n.r. Horst Linke, Wolfgang Blöß, Reinhard Kluge, Eberhard Schetelich, Mitte der 1970er-Jahre



Eine der Versammlungen der Parteiorganisation der SED der Staatlichen Archivverwaltung; v.l.n.r.: Willi Seewald, Achim Ehlert, Helga Eisermann, Charlotte Schützle, Heinrich Brumme, Wolfgang Blöß, Mitte der 1970er-Jahre

abläufen) mit ihren wesentlichen Forderungen zwar gehört, doch sie hatten keinen wirklichen Austausch. In gewissen Zeitabständen besuchte sie der Bezirksreferent vom Referat Archivwesen, was eine Art Archivverwaltung im Bereich Inneres für den entsprechenden Bezirk war. Solch ein Referent war zuständig für die Registratur des Rates des Bezirkes und gleichzeitig für die Oberaufsicht und fachliche Anleitung der Kreis- und Stadtarchive. Man rief in möglichst regelmäßigen Abständen zu Erfahrungsaustauschen auf, beispielsweise, wenn von der StAV eine neue Richtlinie herausgekommen war. Blöß nahm an solchen Zusammenkünften häufig teil. Doch auf die Dauer war dieses System nicht aufrechtzuerhalten, weshalb dazu eine Kommission »Örtliche Archive« einberufen wurde, die kurz vor der sogenannten Wende ihre Arbeit hat abschließen können. In den »Archivmitteilungen« konnten Blöß und einer seiner Mitarbeiter ihre Ergebnisse noch veröffentlichen. Die Kreisarchive und die nicht als Endarchive klassifizierten Stadtarchive sollten in einem dem zuständigen Staatsarchiv unterstehenden Zweigarchiv vereint werden. Das hätte den Vorteil gehabt, dadurch die historische Forschung zu bevorzugen. Der Benutzer hätte nämlich nur in einem Archiv recherchieren müssen und nicht in zwanzig Kreisarchiven in einem großen Bezirk. Allerdings arbeiteten die Bezirke durch die Volksvertretungen relativ autonom, sodass es fraglich erscheint, ob es der StAV überhaupt gelungen wäre, sozusagen von oben einzuwirken. Zumindest gab es den Vorschlag. Eine zweite Variante sah vor, vereinigte Stadt- und Kreisarchive zu bilden, die organisiert werden sollten. Unabhängig von der Organisationsentscheidung sollte die Tarifsituation der dort Arbeitenden erheblich verbessert werden. Der Bezirksreferent aus Karl-Marx-Stadt, der in der Arbeitsgruppe von Blöß mitarbeitete, führte dafür aufwändige Umfragen in Museen und Bibliotheken durch, um deren Einkommensverhältnisse herauszufinden. Daraufhin wurden Tarifvertrag, Stellenplan und Bezahlung bis ins Einzelne ausgearbeitet.

Für die Bearbeitung von Publikationen und größerer wissenschaftlicher Problemstellungen reichten die Kräfte der StAV nicht aus. Die zentrale Behörde hielt die Dinge in der Hand, bildete Arbeitsgruppen bzw. ein Redaktionskollegium. Von entscheidendem Vorteil war es, Einblick in alle Archive zu haben, um für die Vorhaben die geeignetsten Mitarbeiter auszuwählen. Darunter gab es leider auch welche, die ihre Absichten auf der Zunge trugen, dann aber letztlich versagten, wenn sie vor eine Aufgabe gestellt wurden. Aber in der Regel führte die Zusammensetzung zu sehr guten Ergebnissen. Viele Mitarbeitenden sahen es auch als eine gewisse Auszeichnung an. Sie bemerkten dabei, über die Mauern des Archivs hinausschauen und etwas leisten zu können, das zuvor nicht im Blickwinkel gelegen hatte. Sie behandelten Dinge, in die sie sich erst einmal einarbeiten mussten, was besonders bei der Bewertung sichtbar

wurde. Für jeden gesellschaftlichen Bereich war eine Gruppe zusammengestellt worden, die selbigen vom Ministerium bis zur letzten Stelle durchleuchtete. Besondere Anforderungen stellte die Analyse der sozialistischen Wirtschaft. Das führe man sich einmal vor Augen! Im Rückblick betrachtet eine große Leistung, weil von Menschen vollbracht, die höchstens an der Universität einmal etwas von Wirtschaft gehört hatten. Das Ergebnis war eine Strukturdarstellung des Staates bis in die kleinsten Verästelungen. Neben dem für den Kulturgutschutz erbrachten Ergebnissen gehört das darauf fußende »System der Bewertung« zu den herausragenden Leistungen des Archivwesens der DDR.

Das Schloss Dornburg an der Elbe war als Archivdepot der Staatlichen Archivverwaltung dafür bestimmt, Bestände aufzunehmen, für welche die StAV nicht zuständig war, weil sie zum Besitz von Ländern außerhalb der DDR-Grenze und damit nicht zum direkten Zuständigkeitsbereich zählten. Zu ihnen gehörten die Hansearchive sowie ein riesiger Bestand von Patentunterlagen der Konzerne Siemens und IG Farben als auch ein großer Bestand von Akten der Heilanstalten aus der Rheinprovinz, Krankenakten von geistig Behinderten. All diesen Beständen brauchte man sich nicht zu widmen, da sie fremdes Eigentum waren und lediglich sicher verwahrt werden mussten. Eines Tages stellte ein Neurologe einer rheinischen Landeslinik einen Benutzungsantrag, um in – seine Forschung betreffende – Bestände einzusehen. Er arbeitete zur Erkrankung Chorea-Huntington (Veitstanz) und suchte die zu dem Zeitpunkt in der Medizin herrschende Meinung, sie sei unheilbar, zu widerlegen. Langjährige Forschungen hatten die These ergeben, dass die Krankheit erblich sei, nur Jungen betreffen und die Pubertät als Altersgrenze eine zentrale Rolle spiele. Wenn man jedoch bis zu dieser gezielt den potenziellen Patienten behandle, könne man einen Ausbruch verhindern. Die Landeskliniken hatten (möglicherweise bereits bei den grausamen Euthanasie-Forschungen) enorme Stammbäume von Familien entwickelt, in denen die Krankheit aufgetreten war. Die Abteilung Auswertung der StAV lehnte das Gesuch des Arztes mehrere Male ab, wohl auch, weil ihr Leiter dem MfS angeboten hatte, die leerstehende Hälfte des Depots zu nutzen, denn man benötigte für die Bestände »Politische Gerichtsverfahren« dringend Magazinraum. Damit wurde das Schloss zum »Geheimobjekt«. Der Neurologe ließ nicht locker und schrieb an Erich Honecker, welcher auf einem Formular signierte: »E.H. – einverstanden«. Blöß bekam den Auftrag, die Benutzung zu organisieren. Als er sich in Dornburg einfand, empfingen ihn, in einem Raum abgelegt, riesige Aktenstapel. Er entschied, in dem Zustand keine Benutzung zuzulassen und Unterstützung anzufordern. Diese kam aus den Reihen von Fachschülern, die regelmäßig vor Ort unterrichtet wurden, was der damalige Leiter des Depots, Kornow (in der StAV für »Ausbildung« verantwortlich), organisiert hatte. Ihre Unterbringung

war möglich, dank der Weitsicht Schirdewans, der unter anderem das unvollendet gebliebene Schloss Katharinas der Großen hatte weiter ausbauen und nicht nur Magazinraum schaffen, sondern unterm Dach auch etwa zwanzig Gästezimmer sowie eine große Küche (mit Personal) einrichten lassen. Blöß wies die Fachschüler in die Arbeit ein. Innerhalb mehrerer Wochen stellten sie sämtliche Akten mit Stammtafeln zusammen – zu viele, um sie nach Potsdam zu holen. Blöß fragte seinen Leiter Dr. Exner: »Wie wollen wir das vor Ort regeln? Es wird ein Mann aus dem Westen kommen. Der muss auch etwas zu Mittag essen. Da sitzen dann an die zwanzig MfS-Leute und er?« »Na ja«, sagte er, »wir können nun mal das Ganze nicht herholen.« Daraufhin wurde der Arzt informiert, nach Dornburg kommen zu können. Bei seinem Erscheinen war Blöß anwesend. Das Schloss, anmutig auf einem Hügel über einem alten Saalearm gelegen, war durch einen doppelten Stacheldrahtzaun mit Hundelauf gesichert. Die Hunde bellten. Es war Sommer, und auf einmal rollte ein offenes BMW-Cabrio heran. Der Pförtner öffnete, und Mitarbeiter des MfS luden wieder einmal einen Lkw aus – eine skurrile Situation. Der Arzt recherchierte einige Tage lang und schätzte sich glücklich, weil er mit Blöß an seiner Seite (nebst guten Kantinenmahlzeiten am Extra-Tisch) fand, was er suchte. Jene Bestände wurden neben denen der Hansearchive 1986 im Zuge des deutsch-deutschen Kulturabkommens abgegeben. Nachdem die Akten in die BRD zurückgekehrt waren, verwehrten die zuständigen Behörden dem Forschenden den Zugang, wie aus einem Brief an Blöß hervorging. Er schrieb ihm auch, wie berührt er von der Fürsorge sei, die ihm widerfahren war. Interessanterweise hatte sich Erich Honecker als Repräsentant der DDR für eine sehr kostspielige humanistische Sache engagiert und es ermöglicht, Menschen zu helfen.

Stolz ist Blöß auch auf die Produkte seiner Tätigkeit als Verantwortlicher für die örtlichen Archive. Es gab zwar eine ganze Menge Arbeitsanleitungen wie die Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze, das waren aber alles Materialien, die für den Bildungs- und den Ausbildungsstand der Archivare in den Kreis- und in den meisten Stadtarchiven eine Latte zu hoch lagen. Gerade deshalb musste versucht werden, ihnen eine Orientierung in der Archivarbeit zu geben, sie beispielsweise zu unterrichten, wie sie eine Akte verzeichnen oder bei Übernahmen von Dokumenten und deren Bewertung vorgehen sollten. Nach der sogenannten Wende wurden jene Anleitungen von Bundesarchivaren zwar belächelt wie auch in die Ecke der ideologischen Vorgabengeber gestellt, aber danach konnte jeder Mensch, der bisher wenig vom Archivwesen gehört hatte, arbeiten. Für diesen Empfängerkreis war in darstellender Weise die gesamte Archivarbeit abgebildet und in geraffter Form ein Gesamtüberblick mit Hinweisen, Literatur und allem, was dazugehörte, gegeben worden. Blöß hielt – mit Unterstützung seines Leiters – in den Achtzigerjahren die Sache

in der Hand, da die Publikationen durch Kollektive erarbeitet wurden. Die entsprechenden Autoren (Archivare) mussten aus ihrer eigentlichen Arbeit herausgenommen und bezahlt werden, was kein Problem darstellte. Vor dem Erscheinen gingen die Manuskripte in eine öffentliche Diskussion. Sie verlief – abhängig von Bedeutung und Reichweite – als Beratung und Prüfung in den Archiven oder durch Experten. Von großem Vorteil war, dass sich die zentralen Staatsorgane des Staatsverlages bedienen konnten, weshalb keine aufwändigen Verhandlungen mit anderen Verlagen geführt werden mussten, und dass mit den dortigen Redakteuren, Lektoren usw. eine sehr gute Zusammenarbeit entstand.

Der Zentrale Bestandsnachweis (ZBN) war die materielle, papierne Abstraktion bzw. Inkarnation des Staatlichen Archivfonds und eine Neuerung, die seit dem Archivgesetz in der UdSSR auch in den sozialistischen Staaten die Regel war. Dokumente des Staates, seiner Organe und seiner Wirtschaft wurden zum staatlichen Eigentum erklärt. Mit Hilfe dessen wurden sämtliche Informationen über die in den Staats- und Stadtarchiven vorhandenen Bestände gesammelt. Für jeden einzelnen Bestand musste – gemäß einem Muster mit persönlichen Daten wie Größe, zeitliche Erstreckung, Ordnungszustand – eine Karteikarte angelegt werden, sodass sich mit der Zeit bei der StAV riesige Karteikästen formierten. Wichtig war, den Bearbeitungszustand und auch den Fortschritt eventueller Arbeiten zu erfassen. Das Ziel (in einem Prä-Computer-Zeitalter) bestand darin, an einem Standort auf den gesamten Staatlichen Archivfonds zugreifen zu können, um sich zum einen eine allgemeine Übersicht zu verschaffen und zum anderen zu eruieren, wie der konkrete (aktuelle) Bearbeitungszustand war. Diese Informationen benötigte Blöß für die Beurteilung seiner Planungen. Danach entschied sich, was notwendigerweise gemacht werden musste und was nicht. Mit dem ZBN verknüpften sich auch erste Geh- und Fehlversuche mit der Datenverarbeitung, die im bevorstehenden gesellschaftlichen Umbruch mit untergingen.

Blöß sieht seine Tätigkeit – ohne es direkt so benennen zu wollen – im Grunde genommen als ein Beamtenverhältnis an. Darin gab es das 11. und 12. Monatsgehalt: zum Jahresende und zum Tag der Volkspolizei. Und relativ spät, Anfang/Mitte der Achtzigerjahre, wurde eine Treueprämie eingeführt. Je nachdem wie lange die Mitarbeit gewährt hatte, gab es einen Zuschlag. Nach fünf Jahren ging das los und hörte nach 25 Jahren auf. Für bestimmte Dienstzeiten bekam man auch noch eine Medaille, an der Geld hing. Das dreißigste Dienstjubiläum brachte eine »goldene« Uhr, Modell Glashütte. Mitte der Achtzigerjahre wurden, was Blöß völlig überraschte, Aufwandsentschädigungen zusätzlich zu den sehr hohen Gehältern gezahlt, was eine verkappte Gehaltserhöhung war. Man brauchte nur einen anderen Topf im Finanzplan, was mit



Wolfgang Blöß bei der Ernennung zum Archivrat, 1986



Eine Expertengruppe der DDR und der VR Polen vor dem Staatsarchiv Dresden; 1. Reihe links: Wolfgang Blöß, 3. v.l.: Reinhard Kluge, obere Reihe r.: Johannes Kornow, Oktober 1989 (Bildstelle Staatsarchiv Dresden)

»Aufwandsentschädigung« gelöst wurde, obwohl die Mitarbeiter des MdI / der StAV in dem Sinne keine Aufwände hatten. Dienstreise- und Übernachtungskosten konnten abgerechnet werden. Der einzige Aufwand bestand möglicherweise darin, dass man Schlips und Anzug besaß, doch das verstand sich von selbst. Vielleicht ist noch interessant zu erfahren – das war aber kein MdI-Spezifikum, sondern DDR-typisch für die Lohnpolitik –, dass aus dem Lohnfonds andere Zuwendungen flossen. Ob es eine Tätigkeit beim Rat des Kreises oder in Leuna oder an der Universität oder in einem Archiv betraf: Es mussten für ein Jahr die Löhne berechnet werden. Davon war ein bestimmter Prozentsatz Prämienfond, und zwar in zweierlei Hinsicht: einmal für außerordentliche Leistungen und zum anderen für die Förderung des Kollektivs. Aus dem Prämienfond konnten sehr hohe Prämien für gute Leistungen gezahlt werden. Die Mitarbeiter in beiden Organisationskommissionen erhielten sehr viel Geld daraus. In der StAV war in dem Prämienfond »Förderung des Kollektivs« zum Teil so viel Geld vorhanden (möglicherweise auch in den Archiven), dass mit den Gewerkschaftsgruppen mehrtägige Reisen gemacht werden konnten, die in viele Städte der DDR und auch nach Karlsbad führten. Es musste nur ein fachlicher Bezug vorhanden sein. Somit wurden bestimmte Archive zur Konsultation ausgewählt, alles andere war dann Vergnügen. Für die Fahrt mit der Bahn gab es VP-Fahrscheine, die zu beantragen, aber nicht selbst zu bezahlen waren, weil die Angelegenheit im Voraus schon bei der Reichsbahn durch das Ministerium geregelt worden war, falls man nicht das Auto nutzte. Für das ganze Haus wurde einmal im Jahr ein großer Ball organisiert. Jene ansprechenden Festivitäten zählen heute unter die Rubrik Erinnerungen. Dabei war es das normale Leben.

Der große Umbruch (ab 1989/90)

Auf das, was kam, war niemand vorbereitet – weder im Politbüro, im Ministerium des Inneren, in der Staatlichen Archivverwaltung, möglicherweise auch in den Archiven. Dass ein Zusammenbruch bevorstand, hatte weder Blöß noch sein Umfeld (außer Schlegel) wirklich in den Blick genommen. Im Wesentlichen implodierte das System. Es fiel in sich zusammen, hilflos und konzeptionslos. Blöß wunderte (und er wundert sich noch immer), dass der Wille fehlte, sich dem entgegenzustellen. Man hisste die weiße Fahne, bevor der Sieger richtig auf dem Platz erschienen war. Dieser erschien dann mit einem Selbstverständnis, dass alles Künftige von ihm ausgehe, von ihm abhängen. An die sogenannte Augenhöhe war überhaupt nicht zu denken. Mit Überhebung wurde voraus-

gesetzt, dass jegliche Struktur der BRD-Seite übernommen werden müsse: vom Rechtssystem über Wirtschaft, Forschung und Kultur bis in jede Faser des privaten Lebens hinein.

Der Bezirk Potsdam spielte in der gesamten Metamorphose des Systems eine spezielle Rolle, zumindest im Bereich Inneres und im Hinblick auf den Rat des Bezirkes. Das Land Brandenburg setzte sich im Wesentlichen aus den drei Bezirken Potsdam, Cottbus und Frankfurt zusammen, mit kleinen Korrekturen am Rande. Mit Sachsen und mit Mecklenburg gab es Grenzprobleme, aber die Hauptbestandteile waren die drei Bezirke. Die Räte der Bezirke wurden alle restlos liquidiert. In Potsdam allerdings ging der gesamte Bereich Inneres schadlos in die neue Zeit über. Sogar der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Inneres, der Abteilungsleiter Inneres und sein Stellvertreter wurden zwar nicht direkt als Angestellte in die Landesregierung übernommen, aber sie erhielten Honorarverträge. So wurde beispielsweise derjenige, welcher für die letzten Wahlen verantwortlich gewesen war, erneut Wahlreferent im Landesinnenministerium. Der Referent für Archivwesen, den Blöß sehr gut kannte und mit dem er freundschaftlich verbunden war, wollte das Spiel nicht mitspielen und entließ sich selbst. In der Archivverwaltung wurden alle Mitarbeiter zur Disposition gestellt.

Bei der Implosion und dem Darniederliegen verfiel man zum einen in übertriebene, hektische und sinnlose Aktivitäten – als ob irgendetwas noch hätte bewirkt bzw. Leitung ersetzt werden können. In der Folge jede Menge Papier vollgeschrieben wurde, um zu veranschaulichen, was die Noch-Mitarbeiter der StAV der DDR im Bundesarchiv künftig gern hätten machen wollen. Jeder wollte selbstverständlich seinen Posten behalten. Erstaunlicherweise hatte das Ministerium selbst von vornherein aufgegeben, irgendetwas bewirken zu wollen. Es gab im Zeitraum von Dezember 1989 bis April 1990 lediglich drei Direktorendienstbesprechungen, auf denen Durchhalteparolen verkündet wurden, aber keine Konzeptionen. Das ging so weit, dass an einer der Dienstbesprechungen der stellvertretende Minister teilnahm und erklärte, dass auch leitende Funktionäre des MdI – damit waren seine eigenen Genossen gemeint – ausgewechselt werden müssten. Daran war zu erkennen, wie das Ganze zerbröselte. Ein stellvertretender Minister, der zur Leitungsebene des Ministeriums gehörte, hätte eigentlich die Kräfte zusammenziehen müssen, um zu retten, was zu retten war: Nein! Die Situation kennzeichnete auch die episodenhafte Tätigkeit der Arbeitsgruppe, die der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Prof. Dr. Stephan Supranowitz, zusammengerufen hatte. Vertreter der Ministerien und des Magistrats von Berlin sollten über die Lage beraten und Vorschläge unterbreiten, um die geordnete Überführung von DDR-Strukturen in BRD-Strukturen zu realisieren. Blöß nahm als Vertreter des Ministeriums des

Innern teil. Die Zeit für aktives Handeln war jedoch abgelaufen. So gerieten die Beratungen zu Schilderungen des Zusammenfalls und des Aufgebens in den einzelnen Bereichen und zu Bekundungen der Hilflosigkeit. Die Kommission konnte überhaupt nicht konstruktiv arbeiten, weil nur geklagt wurde. Die Strukturen waren nämlich schon besetzt oder vorgesehen für Mitarbeiter aus der BRD, was auf hiesiger Seite nur noch zur Kenntnis zu nehmen war. Man wollte den Eindruck erwecken, DDR-Mitarbeiter als Partner wahrzunehmen, um unter diesem Deckmantel ungestört das neue System aufzubauen. Die Kommission saß höchstens zehnmal zusammen. Je länger dieser Prozess dauerte, nämlich im »kurzen Sommer 1990« nach der Volkskammerwahl, desto mehr wurde klar, was tatsächlich kommen würde. Der Verlauf des Aufgebens dessen, wofür man dreißig Jahre nach außen eingestanden hatte, ging dann so weit, dass im Juli 1990 (bereits ohne Mitwirkung der StAV) die DDR-Staatsarchivdirektoren mit leitenden Archivaren aus der BRD in Coburg zusammenkamen. Und einer der Großsprecher der anderen Seite war ausgerechnet ein IfA-Kommilitone von Blöß. Kaum von der IfA abgegangen, war er schon in den Westen übergewechselt, um dort Karriere zu machen. Dieser Mann hatte die Stirn, in Coburg zu verkünden: »Für uns kommen nur Menschen in Frage, die dem Marxismus-Leninismus abschwören!«

Derweil erklärten die hiesigen Direktoren (Staatsangehörige der DDR) ihre Loyalität zum Staats- und Rechtssystem der BRD, obwohl die DDR noch existierte. Zum anderen war es gang und gäbe, wovon in Umbrüchen dieser Art stets zu hören und zu lesen ist: »Ich habe damit nichts zu tun!« Das negative Ergebnis dieser Meinung ist dann der Persilschein. Es gab tatsächlich leitende Mitarbeiter der StAV (Parteimitglieder), die sich solche Persilscheine erbaten, und zwar aus der Abteilung Auswertung, Kollegen, die die Westbenutzerberichte geschrieben hatten und jetzt behaupteten, nichts Negatives berichtet zu haben – ähnlich wie die Informellen Mitarbeiter des MfS. Wenn etwas aufgedeckt wurde, hieß es immer: »Ich habe niemandem geschadet!«

Jeder hatte mit sich zu tun. Blöß erlebte, wie die Absolventen seines ehemaligen IfA-Lehrgangs, die während der zurückliegenden Berufsjahrzehnte in einem festen zugewandten fachlichen wie privaten Zusammenhalt miteinander verkehrt hatten, regelrecht auseinanderliefen und darüber hinaus kein Einziger mehr eine Frage nach dem Befinden des anderen stellte. Als Blöß sich bei einem Kollegen erkundigte, ob er zu Besuch kommen dürfe, lautete die Antwort: »Ich muss mich erst einmal abstimmen, ob wir wieder Kontakt haben dürfen.« Die Reaktion war schwer zu verarbeiten. Dazu passte es, dass Blöß seine Promotion nicht zu Ende bringen konnte. Die dazugehörige ML-Prüfung hatte er mit Bravour bestanden, der letzte Schritt, die Ansetzung eines Verteidigungstermins, blieb offen. Zu spät! Die Arbeit »Organisationsformen

von Dokumenten im Feudalismus, Beiträge zur Vorgeschichte der Archive« lag seit dem 30. November 1989 in Leinen gebunden dem wissenschaftlichen Rat der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt Universität zu Berlin vor, zu einem Zeitpunkt, zu dem der Umbruch in vollem Gange war. Das Institut für Archivwissenschaft war ein Bestandteil dieser Fakultät. Beide Doktorväter rührten sich nicht mehr. Blöß fragte nicht nach, um sich keine Blöße zu geben, um nicht als Bittsteller dazustehen. Zudem ahnte er, dass sein wissenschaftliches Leben hier enden werde. Dabei wirft Blöß sich selbst vor, so lange mit einer entsprechenden Arbeit gewartet zu haben.

Mehr oder minder erfolgreich bemühte sich Blöß, Referenten seines Unterstellungsbereiches, die auf der »Abschussliste« standen, noch unterzubringen. Für ihn selbst setzte sich allein Professor Beck mit einem Stellenangebot für das Staatsarchiv Potsdam (bzw. Brandenburgische Landeshauptarchiv) ein. Blöß nahm es nicht an. Es hatte Jahrzehnte zuvor zwei wesentliche fachliche Zusammenstöße gegeben. Sie hatten ihre Wurzel in dem gegenüber allen anderen Staatsarchiven besonderen Zuschnitt des Beck'schen Archivs. Mit den Überlieferungen ehemals souveräner Vorgängerterritorien war das Staatsarchiv Potsdam als ehemalige Abteilung des Preußischen Geheimen Staatsarchivs in seinen historischen Bestandteilen ein reines Provinzialarchiv. Ihm fehlten unter anderem die für die Reputation so wichtigen Urkunden. Es mangelte am historischen Unterbau, der etwas von einem Ritterschlag an sich hatte. Das zu ändern, war ein Herzensanliegen seines Direktors. Als Blöß noch in Merseburg arbeitete, wollte Beck nur kleinere Bestände seines Bereiches mit einem nach seinem Dafürhalten brandenburgischen Bezug für sein Archiv herauslösen. Das gelang ihm zum Teil, Blöß konnte jedoch alle Forderungen, die sich auf seinen Verantwortungsbereich richteten, abwehren. Als Blöß dann für »Organisation« in der StAV zuständig war, kam auf den Tisch, dass Beck die Bestände vor 1604, also alles vor der Gründung des Geheimen Rates, in Merseburg für sein Archiv »abschneiden wollte«. Der Geheime Rat in (Brandenburg-)Preußen ist das äußere Kennzeichen dafür, dass sich aus einer Provinz ein Gesamtstaat erhob. Beck führte als Argument an, dass die gesamte vorherige Überlieferung provinzieller Provenienz sei und deshalb in sein Archiv gehöre, und wollte damit aufrücken in die Phalanx der alten Staatsarchive. Jetzt traf sein Begehren nicht auf einen Bestandsreferenten, sondern auf einen mit Entscheidungsbefugnis ausgestatteten Mitarbeiter der übergeordneten Behörde. Blöß widersetzte sich dem Anliegen allerdings erfolgreich mit seiner wissenschaftlich-konzeptionellen Vorstellung, dass, wenn sich aus einer Provinz wie hier aus der Kurmark Brandenburg ein neuer (preußischer) Staat entwickelte, all das Geschehen vor der eigentlichen Staatsgründung nun einmal mit dazugehöre – wie von einem volljährigen Menschen auch seine Kindheit nicht abzutrennen ist.

Die Auseinandersetzungen hatten Spuren bei Blöß hinterlassen, obwohl Beck nie zu erkennen gegeben hatte, vermutlich an seiner verwundbarsten Stelle getroffen worden zu sein. Es bestand deshalb große Unsicherheit darüber, ob eine Zusammenarbeit mit dem Direktor des Brandenburgischen Landeshauptarchivs funktionieren könnte. Die Entscheidung erscheint auch im Nachhinein als berechtigt, denn allein aufgrund der Politik »Rückgabe vor Entschädigung« der zum großen Teil kommunal verwalteten Häuser in der DDR – wovon noch zu lesen sein wird – wäre es für ihn zu einem unauflösbaren Konflikt gekommen. Die Dokumentation des von seiner Familie bewohnten Hauses und Grundstücks lag im BLHA.

Es kursierte ein Spruch: Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe eine Arbeitsgruppe oder Kommission! In jener Zeit wurden für alles Mögliche Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich selbst und anderen Leitungstätigkeit vorspielen sollten, obwohl schon gar nichts mehr entschieden werden konnte. In der Archivverwaltung gab es »Kulturgutschutz und Reprografie«, die Blöß geleitet und dafür jede Menge Papier beschrieben hatte. Dann gab es »Aufgaben für das Archivwesen im deutschen Einigungsprozess«. Den Mitarbeitern der StAV war bewusst, dass eine Behörde wie die ihre in einer föderalen Ordnung gar nicht existierte. Aber man nährte hilflos die naive Vorstellung, dass in dem größeren deutschen Staat das Bundesarchiv eine größere Rolle spielen werde. Das Bundesarchiv hatte eine Abteilung Z (Zentralabteilung), eine Querschnittsabteilung, in welcher Kader, Organisation und alle Aufgaben, die mit Archivarbeit im engeren Sinne nichts zu tun hatten, zusammengefasst waren. Man hoffte, sich dort einklinken zu können. Über jene Ausarbeitungen würde man heute nur noch lächeln, aber für Blöß und Kollegen waren sie der letzte Versuch. Ende 1989, Anfang 1990 begann der Sturm auf die MfS-Stellen im Land. Er verursachte die große Sorge, dass überall die Archive getroffen werden könnten. Die StAV hatte seinerzeit schon keinen richtigen Zugriff mehr. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt vollzog sich auch noch ein Leiterwechsel: Roland Leopold ging und Dr. Günter Herzog kam, übrigens ohne jegliche Vorbildung und Vorbereitung. Den Mitarbeitern hätte es um das Wesentliche gehen müssen, um die Registraturen der Ministerien, der Räte der Bezirke, Kreise und sogar der Gemeinden. Sie hätten praktisch ihrer eigentlichen Funktion nachkommen müssen, die Bestände vor unbefugten Zugriffen, Verschleppung oder Vernichtung zu schützen. Doch Dr. Günter Herzog nutzte den wesentlichen Teil seiner Arbeitszeit für Verhandlungen mit Leitern und Referenten der Archivverwaltungen aus der BRD, und die Mitarbeiter seiner Verwaltung waren mit dem eigenen Überleben beschäftigt. In den Dienstbesprechungen der Direktoren wurde die Handlungsunfähigkeit der StAV zurecht kritisiert. Es wurde deutlich, dass es nur noch außerhalb der staatlichen Strukturen, die

nicht mehr galten, weitergehen konnte. Deshalb berief man einen Runden Tisch Archivwesen ein, mit drei Mitarbeitern aus der StAV und einigen Archivaren aus den Archiven, die ein Notprogramm ausarbeiteten und es an den Ministerpräsidenten Lothar de Maizière schicken. Dem Staatssekretär des Ministerrates Harry Möbis konnten die Probleme vorgetragen werden – ergebnislos. So rasch, wie die Autorität der StAV schwand, so rasch zogen sich auch die Archivare aus dem unterstellten und nicht-unterstellten Bereich zurück. Beim Rat des Bezirkes Potsdam thematisierte eine Arbeitsgruppe die Überleitung vom Bezirk ins Land im Hinblick auf kommunale Probleme, in welche Blöß zur Mitarbeit berufen wurde. Auch sie beschrieb nur Papier. Die Arbeitsgruppe bei Staatssekretär Supranowitz war das sinnfälligste Symbol für die Recht- und Machtlosigkeit der staatlichen Strukturen der DDR und ihren Untergang. Durch jene Mitarbeit war Blöß in den Tagen und Wochen, in denen möglicherweise noch irgendwelche Entscheidungen hätten getroffen werden können, fast gar nicht mehr im Haus gewesen, sondern unterwegs beim Rat des Bezirkes oder im Büro des Ministerrates oder einmal in Rostock, wo sich die Direktoren der Stadtarchive Wismar, Rostock, Stralsund und Greifswald trafen. Aufgrund der Reisetätigkeiten war er an zahlreichen Vorgängen gar nicht mehr direkt beteiligt und erhielt auch keine Informationen mehr darüber.

Bürokraten sind nicht so dumm, wie sie mitunter dargestellt werden. Jemand war nämlich auf den naheliegenden Gedanken gekommen, ohne einen administrativen Bescheid auskommen zu können, um eine missliebige Stelle geräuschlos zu beseitigen. Die Staatliche Archivverwaltung der DDR saß in Potsdam, Potsdam wurde Hauptstadt des neu gebildeten Landes Brandenburg, und das Land Brandenburg wurde für die Archivverwaltung verantwortlich gemacht. Die Landesregierung konnte jedoch mit den Kollegen der StAV nichts anfangen, denn ein einzelnes Bundesland brauchte keine so große Archivverwaltung. Am 23. Juli 1990 hatte Dr. Günter Herzog aus Koblenz die Nachricht mitgebracht, dass das Bundesarchivgesetz übernommen werde. Außerdem werde es keine Zwischenorganisation zwischen dem Bundesinnenministerium, dem das Bundesarchiv damals unterstand, und dem Bundesarchiv geben. Bei der nächsten Dienstbesprechung wurde weiterhin verkündet, dass die StAV ab 1. September 1990 unter der Bezeichnung »Zentrales Archivamt« firmiere, was die Liquidation aus dem Ministerium des Inneren der DDR bedeutete. Dr. Herzog erklärte hierzu seinen Mitarbeitern: Wer könne, solle die Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen. Am 19. September wurde über »die Abwicklung« gesprochen, am 8. Oktober war eine »Konzeption« über »die Abwicklung« zu erarbeiten, am 22. Oktober ging es um »unsere Perspektive nach Konstituierung der neuen Landesregierung«. Am 29. November erfolgte die Bekanntgabe, dass das Zentrale Archivamt zum

31. Dezember 1990 aufgelöst werde. Bis auf diese Mitteilung gab es keine Entlassungspapiere, nichts.

Für Blöß war jegliche Hoffnung mit dem Beitritt zur BRD gestorben. Er hatte auf alles Zugetragene reagieren und in eigene Entscheidungen einbeziehen müssen. Von der Abteilung Z des Bundesarchivs war ein eindeutiges Signal ausgegangen, keine berufliche Chance zu erhalten. Die Nachricht wurde von einem Gerücht begleitet, es habe eine schwarze Liste mit Namen von Mitarbeitern gegeben, die auf keinen Fall weiterbeschäftigt werden sollten. Zunächst einmal brauchte Blöß mit dem Erhalt von Arbeitslosengeld keinen Hunger zu leiden, was aber gar nicht das Entscheidende war, sondern der Absturz ins Bodenlose und die damit verbundene gesellschaftliche Ächtung. Er hatte sich neu zu organisieren und üblicherweise in regelmäßigen Abständen beim zuständigen Arbeitsamt zu melden: Welch Erniedrigung, als Nummer in einem Flur zu sitzen und aufgerufen zu werden. Bei der Einteilung in die entsprechende Berufsgruppe musste Blöß seinen Sachbearbeiter erst einmal darüber aufklären, worin zuvor seine Tätigkeit bestanden hatte. Dieser Mann vom Amt aus den alten Bundesländern beugte sich zu Blöß: »Wenn Sie auf die Malediven fliegen wollen, müssen Sie vorher zu mir kommen und Bescheid geben!« Es war zu einer ganzen Reihe von derart negativen Erlebnissen gekommen, und das Maß war voll. In dem Moment, in welchem sich Blöß seiner neuen Situation vollends bewusst wurde, beschloss er: »Jetzt setzt du unter dein vorheriges Leben einen Schlussstrich, lässt den Vorhang runter!« und wandte sich vom Archivwesen ab. In dieser Verfasstheit kassierte er seine gesamte berufliche Registratur! Das Absolute des Schrittes bereut er heute als eine Fehlentscheidung.

Wieder möglich wurde es Blöß, die Verbindung zu Verwandten jenseits der Mauer aufzunehmen: zu den Cousins und zur Cousine, Kinder der Schwestern des Vaters. Mit ihnen waren die Blöß', bevor sich die Grenze schloss, ziemlich eng verbunden gewesen. Ein Ehepaar aus diesem Umfeld stand nebenberuflich als Weinverkäufer bei einem großen Vertrieb unter Vertrag. Sie schlugen Blöß vor: »Wolfgang, mach das doch!« Bei derselben Firma einzusteigen, erschien ihm zu nah, und kurioserweise sollte sich der Händler einige Zeit später als Panscher, der bestimmte Weine mit Glykol (Frostschutzmittel für Autos) streckte, herausstellen, was einen Skandal hervorrief, zumal dessen Bruder seinerzeit Westberliner Finanzsenator war. Im Januar 1991 fand wie jedes Jahr die Grüne Woche in Berlin statt, und in der Zeitung war die Annonce zu lesen: »Französisches Weingut sucht Vertreter.« Blöß fuhr dort hin und fing sofort bei einem Weingut aus dem französischen Jura an zu arbeiten. Es war unter den Ersten, die die Chance erkannten, den ostdeutschen Markt zu erobern, und die umgehend an der Grenze eine Niederlassung errichteten. An der Stelle lernte Blöß den Kapitalismus nicht im Parteilehrjahr bzw. in

Dr. Neuss' Aktenkunde der Wirtschaft (mitsamt den Regeln des Börsengeschäfts), sondern am untersten Rand der Gesellschaft kennen. Er musste einsehen, nicht mehr derjenige zu sein, zu dem Mitarbeiter aufblicken und ihm folgen. Auf einmal hatte er auf fremde Menschen zuzugehen und zu fragen: »Möchten Sie von meinen Produkten etwas probieren?« Das war unglaublich und der Beginn eines vollkommen neuen Lebens. Blöß kam mit Menschen zusammen, mit denen er zuvor sonst nie hätte Kontakt haben können, unabhängig von der Deutschen Einheit. Die neuen Kollegen waren allesamt gescheiterte Existenzen: Spieler, Trinker, Leute, die ihrer geschiedenen Frau keinen Unterhalt zahlen wollten usw., unter ihnen auch eine Dame aus Frankreich, eine blendende Verkäuferin, die mit irgendeinem Geschäft Konkurs gegangen war und nun ihre Schulden abzahlen musste. Mit zwei Franzosen knüpfte Blöß eine etwas engere Beziehung und konnte damit auch ein wenig in deren persönliches Leben schauen. Ein Fünfunddreißigjähriger aus Metz besaß zum Beispiel 500 000 Franc Spielschulden. Blöß machte sich sogar mit seinen Eltern bekannt. Und er lernte die andere Seite kennen – die Welt des Geldes. Zum ersten Mal wurde die Diskrepanz fassbar, die zwischen DDR- und Bundesbürgern in der Ausstattung mit finanziellen Mitteln lag. Unter den Kunden befanden sich mitunter betuchte Leute mit Festivitäten auf einem Schloss in Liechtenstein und in riesigen Villen am Rhein. Blöß war nur noch unterwegs, weil er von einer Messe zur nächsten fuhr, dem Credo folgend, immer dahin zu gehen, wohin Leute mit Geld gingen. Zur Provision erhielt er Tagegeld, die Übernachtung wurde gezahlt, was viel wert war, da man die Ausgaben nicht vorschießen musste – die Geschäfte liefen prächtig. In Friedrichshafen fand jedes Jahr die größte Bootsausstellung in Europa statt, wohin Besucher zum Teil per Privatflugzeug flogen, um sich eine Yacht für zwei, drei Millionen DM zu kaufen. Einen der Anbieter fragte Blöß, wie denn die Geschäfte liefen, und erfuhr: »Das Einzige, was nicht geht, sind Boote um 100 000 DM.« Alles darüber gehe blendend.

Parallel zu den neuen Eindrücken außerhalb des bisherigen Erfahrungshorizontes lief das Leben zu Hause in Potsdam in dramatischer Weise ab. Noch heute liegen »alle Akten« unberührt im Keller, für die Kinder zum Nachschlagen und für den Fall, dass sich noch einmal die Gesellschaftsordnung wendet. Der Beginn der Geschichte liegt im Jahr 1968, als Tochter Ulrike geboren und das Werdersche Haus am Plessower See zu klein wurde, ein Anbau war nicht möglich. Ein für damalige Zeiten üblicher, aber sehr aufwändiger Ringtausch mit vielen Beteiligten ermöglichte der Familie, eine der Villen der Potsdamer Böcklinstraße nahe des Heiligen Sees zu beziehen, welche nach 1945 wie vielfach üblich zu einem Zweifamilienhaus umgebaut worden war, was neben Vorteilen auch Nachteile mit sich brachte: Die Küche befand sich unten,

das Bad oben. Demzufolge stand den Mietern im Erdgeschoss kein Bad und im Obergeschoss keine Küche zur Verfügung, aber eine weitläufige Diele, in der immer getafelt wurde, wenn die Blöß' eine größere Gesellschaft empfingen. Sie richteten sich in zwei Wohnzimmern, einer Küche, einem Kinderzimmer für die Tochter, einem Schlafzimmer und unter dem Dach in einer hübschen Dachkammer für den Sohn ein, übernahmen das Bad in seinem originalen Zustand und nutzten zwei Balkone. Relativ niedrige Mietzahlungen in bevorzugter Lage wurden dadurch ausgeglichen, dass die Familie selbst außerordentlich viel Eigenleistung mit Reparaturen, Ausbau und Pflege einbrachte. Blöß' Vater lebte damals noch und baute beispielsweise mit seinem Sohn eine Küche ein, brachte die Heizung in Ordnung. Auf diese Weise wohnte man häufig in der DDR – es gab aus verschiedenen Gründen den heute schon notorisch zu nennenden Bezug auf Eigentum nicht. In der Villa hatten bis zur Kapitulation im Mai 1945 hochrangige Nazis gelebt, welche die Flucht ergriffen, nachdem sie zuvor einem Westberliner das Anwesen verkauft hatten, der dann nicht lange dort wohnte. Er folgte auch nicht der gängigen Regel, dass im Kapitalismus Eigentum verpflichtet. Es gab nämlich durchaus Eigentümer, die weiterhin zahlten und damit ihr Eigentum behielten. Der Besitzer machte jedenfalls keinerlei Anstalten, für sein Haus zu sorgen, welches in die Zuständigkeit der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) gefallen und die auf das Geld für seine Instandhaltung angewiesen war. Nach einigen Jahren kam es zu einer Überschuldung. Der Schuldner erhielt eine Entschädigung, und das Haus ging in Volkseigentum über.

Unter der Regierung der letzten Volkskammer bestand für DDR-Bürger die Möglichkeit, ihre gemieteten Häuser zu kaufen. Die Kommunen brauchten dringend Geld und schlugen ihren Besitz (Volkseigentum) aktiv los. Blößens schlossen sich mit den Mietern des Erdgeschosses zusammen, um das Haus zu kaufen. Allerdings verabschiedete wenige Monate später, kurz vor der Deutschen Einheit, die Volkskammer der DDR das Vermögensgesetz, nachdem sich beide deutsche Staaten eilig auf »Eckwerte offener Vermögensfragen« geeinigt hatten. Ab jetzt galt der Grundsatz »Rückgabe vor Enteignung«. Damit wurde vielen Betroffenen, die häufig als »unredliche Erwerber« abqualifiziert wurden, klar, den sogenannten Alteigentümern weichen zu müssen, die zum Teil vehement auf den Plan traten. Blöß wehrte sich. Er gründete – als einziger Mann und Sekretär eines tatkräftigen Frauenzusammenschlusses – eine Initiative »Redliche Erwerber« mit, nachdem aufgrund der raffinierten Rechtssetzung des Gesetzes bestimmte Käufer als »unredlich« eingestuft wurden. Sie hätten wissen und beachten müssen, dass »Rückgabe vor Enteignung« galt. Blöß erlebte den Ministerpräsidenten der DDR Lothar de Maizière bei einer von der Initiative organisierten Versamm-

lung im großen Saal der Urania in Berlin live, wie er enttäuscht einräumte, bei der Ausarbeitung des Gesetzes vollkommen einflusslos geblieben zu sein, und sogar offen zugab, unter dem Druck der FDP gestanden zu haben. Blöß reiste mit nach Bonn zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Bundestages (CDU), der nur fragte: »Wie viele stehen hinter Ihnen? Hundert? Tausend? Zehntausend?« Beim Justizminister Brätigam in der Landesregierung Brandenburg wurden sie ebenso vorstellig. »Ja, vielleicht können wir da was machen, aber Sie müssen uns dazu Stichhaltiges auf den Tisch legen.« Ein Ministerium mit x Angestellten hatte kein Interesse daran, die Rechtssituation darzustellen, um eine Bundesratsinitiative in die Wege zu leiten. Die betroffenen Käufer sammelten Geld, mit dem sie einen Professor von der Freien Universität Berlin mit einem Gutachten beauftragten, welches natürlich zu ihren Gunsten ausfiel. Beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, versuchte man es ebenso vergeblich. Schließlich erreichte der Bescheid der Rückgabe die Familie. Blöß zog vor Gericht. Für die Richter der unangenehmen Verhandlung war jedoch von vornherein klar, dass die Kläger im Unrecht waren, ebenso, dass der sogenannte Alteigentümer und Ansprucherheber entscheiden durfte, die Entschädigung oder die Immobilie zu nehmen, obwohl der Ansprucherheber gar kein Eigentümer mehr war! Als schlagendes Argument, dem rechtlich nicht mehr widersprochen werden konnte, wurde schließlich angebracht, der Eigentümer sei zwar von der DDR entschädigt, aber die Entschädigung nur auf den Einheitswert berechnet worden, jedoch auf einen Ertragswert für eine bestimmte Zeit hätte berechnet werden müssen und demnach höher ausgefallen wäre. Das war das Ende, denn das Bundesverfassungsgericht nahm eine weitere Klage gar nicht mehr an. Somit meldete der Alteigentümer mit seiner jungen Frau, die es offensichtlich auf seinen in Aussicht stehenden Besitz abgesehen hatte, Eigenbedarf an der Blößschen Wohnung an. Im Zuge dessen brach die Zeit der Beerdigungen an, Beerdigungen von »unredlichen Erwerbern«, die dem Druck nicht mehr gewachsen waren, die sich aufhängten, vergifteten oder erschossen. Viele von ihnen hatten zum Honorar des Gutachtens beigetragen. Ada und Wolfgang Blöß fühlten sich allen Betroffenen verpflichtet – und das waren viele. Sie trauerten mit den Hinterbliebenen und sahen sich nach einer neuen Bleibe um.

Aus der Distanz – unwiederbringlich

Blöß betont, dass die Kollegen im Archivwesen oft unter denkbar ungünstigen Umständen »etwas Vernünftiges und Vorbildliches geschaffen haben.« Es schmerzt ihn am meisten, dass das Werk nicht zu Ende gebracht werden konnte, welches er sich vorgenommen hatte. Gemeinsam, vor allem mit dem stellvertretenden Leiter der StAV Reinhard Kluge und Friedrich Beck, war er auf dem großen Sprung, etwas noch sehr viel Vollkommeneres zu erreichen. Es gelang durch den Zeitenlauf nicht mehr: eine neue Organisation und Arbeitsweise des Archivwesens, seine bewusste Integration in das gesellschaftliche System, eine bessere Anbindung an das allgemeine Leben. Ihm lag es besonders daran, die Vereinzelung der Mitarbeiter zu überwinden, die vor allem in den Kreis-, in vielen Stadt- und Betriebsarchiven vorherrschte und effektives Arbeiten behinderte. Erstaunt nimmt er trotz allem zur Kenntnis, was mit den bescheidenen Mitteln überhaupt geschafft wurde, was ein kleiner Bereich alles auf die Beine gestellt hatte! Gilt es zu bedenken, dass es wenige Staatsformen oder Staatsgründungen gegeben hat, denen so wenig Zeit vergönnt war, sich zu entwickeln. Bei Punkt null wurde begonnen, und es gab keinerlei Erfahrungen. Obwohl das Beispiel Sowjetunion existierte, war dieses nur in sehr geringem Maße im Archivwesen der DDR anzuwenden. Bei der Planung fragte sich Blöß: Was schaffen wir? Wie funktioniert das? Mit welchen Kräften sind die Vorhaben umzusetzen?

Nach dem VIII. Parteitag der SED vom Juni 1971, der die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« und eine Abkehr von der Ulbricht-Ära und deren wirtschaftlichen Reformversuchen vorsah, wusste Blöß, dass es nun bergab gehen werde, womit er recht behielt. In einer größeren Diskussion, die über die internen DDR-Verhältnisse hinausging und notabene natürlich auch auf die Situation in Deutschland zu sprechen kam, erklärte ihm sein Freund Schlegel aufgrund seiner guten Intuition: »Das wird nicht mehr lange dauern, da lassen uns die Sowjets fallen«. Blöß schaute ihn fassungslos an und entgegnete, das sei unmöglich. Völlig klar trat zutage, dass eine voluntaristische Epoche einsetzen werde.

Im Gegensatz zu vielen anderen versuchte Blöß, ein objektives Bild von Walter Ulbricht zu zeichnen. Dessen staatspolitischen Leistungen und seine Ideen für eine der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung entsprechende Verwaltungsorganisation lassen sich nicht von seiner äußeren Erscheinungsform und Sprechweise übertönen. Ulbricht verfolgte nicht nur die richtige wirtschafts- und staatspolitische Strategie, er besaß auch ein Faible für die Wissenschaft, hatte dafür neue Organisationsformen ins Leben gerufen und die nötigen Geldmittel eingesammelt und Ähnliches wie den Julisturm in petto.

Sogleich konnte man ihm nicht immer folgen. Über seine Devise »Überholen statt einzuholen« wurde gespöttelt, da man lange nicht dazu bereit war, diesen Gedanken zu hinterfragen. Die Entwicklungen, beispielsweise der modernen Informationstechnologien, beruhen auf solchen Sprüngen und bestätigen seine Auffassung.

Honecker beendete nach seinem Antritt die Ulbricht'sche Strategie sofort. Er versuchte, sich Rückhalt zu verschaffen, indem er Geld in den Konsum und nicht in die Wirtschaft steckte. Blöß nahm diese Vorgänge relativ früh wahr und diskutierte auch mit anderen darüber. Es ist eine häufige und leider falsche Vorstellung von »unserem Leben in der DDR« anzunehmen, man habe Marxismus-Leninismus und Parteilinie eingetrichtert bekommen und nur stur nach Vorgaben diskutiert und gehandelt. In den Kreisen, in denen Blöß sich bewegte, wurde über all die Jahre jedoch sehr offen debattiert. Verständnislos reagierten die Diskutanten, als Honecker in Gera das Parteilehrjahr eröffnete und verkündete, den Kommunismus noch erleben zu wollen. Sein Ziehvater Ulbricht – mit einem klaren Blick auf die Dinge – hatte aber davon gesprochen, dass der Sozialismus eine relativ lange selbständige Periode sein werde. In Blöß' Abteilung rangen die Mitarbeiter darum, die wissenschaftliche Arbeit zu intensivieren. Sie lasen amerikanische Literatur über Wissenschaftsorganisation. Leute, die »den Brain« hatten, konnten sich alles zubringen lassen, und als es auf den Tisch kam, hieß es gleich: »Ja – und wie sollen wir das machen«? Ganz einfach, die Bibliothek war gleich nebenan.

Überzeugt war Blöß auch von dem Ideal, für welches Maxim Gorki die Worte gefunden hatte: Ein Mensch – wie stolz das klingt! Menschenbild und Bewusstseinsentwicklung sollten sich mehr entsprechenden Vorstellungen fügen. Was für eine Fehleinschätzung! Ein Generationenkonflikt, welcher über eine Generation hinausreichte und in der staatsführenden Ebene weiterlebte, bestimmte Ideologie und Politik. Zum Problem waren die alten Kommunisten geworden, welche noch die Zeit der Weimarer Republik kannten und den Faschismus entweder im Konzentrationslager oder in der Emigration überstanden hatten. Die Jüngeren erlebten sie – bei allem Respekt vor ihren erlittenen Lebenswegen – als vollkommen zugemauert und unfähig zu gestalten. Sie konnten gar nicht mehr unbelastet nach vorne blicken. Subjektive Gesellschaftsbilder und Vorstellungen bestimmten mehr und mehr die Politik. Die Abwärtsbewegung des Systems wurde in den Siebzigerjahren deutlich sichtbar und in den Achtzigern stringenter. Man musste sich damals wirklich die Frage stellen: Was passiert denn hier eigentlich? Trotz allem war Blöß von der Stabilität des Systems überzeugt. Honecker habe – um noch ein weiteres Beispiel zu nennen – die Einschätzungen maßgebender Mitarbeiter der Staatssicherheit gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen wollen. Sie hatten

außerhalb von Bespitzelung einen guten Einblick in die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der DDR.

Geburtsschmerz und Stolperstein war von Anfang an, dass der Staat unter einem Druck von außen stand, der ihm bis zum Mauerbau fast seine Existenz gekostet hätte. Dieses Trauma war natürlich in den Köpfen der Oberen latent. Man wollte und musste verhindern, dass das Staatswesen in Frage gestellt wurde. Blöß dachte lange Zeit, die Kubaner hätten klüger gehandelt. Alle Elemente, die mit den Intentionen des Staates nicht übereinstimmten, konnten relativ frei die Insel verlassen. Hätte ein solches Verfahren nicht auch in der DDR funktionieren können? Das wäre nicht möglich gewesen! Kuba konnte auf solche Leute verzichten. Das Land hatte keine große, ausgebaute Industrie, während in der DDR jeder Arbeiter notwendig war. Es konnten nicht alle gut ausgebildeten Ingenieure und Ärzte ziehen gelassen werden. Irgendwann musste damit Schluss sein, wenn man weiterbestehen wollte. Mit dem Bau der Mauer zog für eine relativ lange Zeit politische Konstanz und auch Ruhe ein.

Diese sollte sich als trügerisch erweisen. Es war eine scheinbare Ruhe. Die Versuche, den Konsumtionsbereich anzureichern, konnten die Risse nicht überdecken, welche die ideologisch verengte Politik hervorgerufen hatte. Es kam, wie es kommen musste. Bei seinen Kontakten in den Ministerien, bei den Räten der Bezirke, der Kreise und Städte traf Blöß zunehmend auf Vertreter der staatlichen Elite, die sich von dem von ihnen nicht aufzulösenden Widerspruch zwischen Anspruch und Realität zermürbt und von immer neuen – ihnen illusionär erscheinenden – Anforderungen zerrieben zeigten. Direktoren von Staatsarchiven äußerten sich unter vier Augen bei einem Glase offen kritisch. Als die Stunde schlug, ging es um das pure Überleben.

Epilog

Als ich mit Arbeitslosengeld – euphemistisch als Altersübergangsgeld bezeichnet – ausgestattet, beschäftigungslos die veränderte Welt zur Kenntnis nehmen musste, klang ein Begriff der neuen Zeit mir besonders schrill in den Ohren: Lebensplanung.

Ich habe auch geplant, allerdings in anderen Dimensionen und mit anderen Zielsetzungen. Auf der Grundlage und mit Unterstützung von Experten ausgearbeiteter langfristiger Planungen legten die Staatsarchive Planangebote vor, aus denen der abgestimmte Plan für sie selbst und den ganzen Bereich entstand. Zunächst nur den direkt unterstellten Bereich umfassend, konnten dank engeren Schulterschlusses mit der Hauptabteilung innere Angelegenheiten auch die örtlichen Archive, die den Räten der Bezirke zugeordnet waren, einbezogen und dadurch abgestimmtes Handeln herbeigeführt werden. Damit war ich einem Teil meines inneren Antriebs, etwas gestalten zu wollen, nähergekommen.

Damit aber noch nicht genug. Vor allem die Archive der sozialistischen Wirtschaft mussten fester in das System eingefügt werden. Der von der Archivverordnung gebotene Rechts- und Organisationsrahmen reichte dazu nicht mehr. Ein Archivgesetz sollte deshalb die neue Rechtsgrundlage bieten. Ein wesentlicher Beitrag war unter Leitung von Prof. Kluge bereits geleistet worden: Das System der Bewertung hatte feine chirurgische Schnitte in die Masse der im Lande existierenden Behörden, Betriebe und Organisationen gesetzt und damit die gesamte innere Struktur der Republik seziert. Im Ergebnis war festgeschrieben, aus welchen Stellen welche Dokumente an die Archive gelangten. Deren Netz jedoch war weder der Aufnahme dieser Dokumente noch deren effektiver Benutzung durch staatliche Stellen, Historiker und andere Wissenschaftler gewachsen. Die Aufgabe, eine dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und den staatlichen Strukturen entsprechende Struktur und Verteilung der staatlichen Archive zu schaffen, wurde zweigeteilt. Die Kommission »Archivorganisation« unter Prof. Beck und mir erarbeitete den großen Organisationsrahmen, die »Kommission örtliche Archive« unter meiner Leitung baute diese in die große Organisation ein und konzipierte das Bedingungsgefüge, um diese Archive in Ausstattung und Tarifsituation an das Niveau der Staatsarchive heranzuführen. Mit diesen drei Großprojekten hatten Beck, Kluge und ich den wesentlichen Grundstock für den Entwurf eines Archivgesetzes konstruiert, dessen Erlass – einem großen Sprung gleichkommend – dem Archivwesen einen neuen Rahmen in der neuen Gesellschaftsordnung schaffen und die Bedingungen für sein Wirken in dieser entscheidend verbessern sollte.

Alle diese Modelle passten naturgemäß nicht zu dem System, das dem Beitrittsgebiet übergestülpt wurde. Ich musste erleben, wie sie zusammen mit anderen Symbolen des untergegangenen Staates zerschlagen wurden. Die Mühen, Niederlagen und Erfolge eines Arbeitslebens vergingen damit. Während die großen Leistungen Planungs- und Berichterstattungssystem, Kulturgutschutz durch reprographische Vervielfältigung, System der Bewertung, Einbindung der Archive in die Förderung von Geschichts- und Nationalbewusstsein, noch sichtbar sind, liegt der abschließende und zu vollendende Schritt als theoretische Vorstellung in den Akten.

Was bleibt? Ich glaube, meine Pflicht getan und vielleicht ein Beispiel dafür geliefert zu haben, wie innerhalb von zwei Generationen ein Aufstieg gelingen konnte. Die Urahnen hatten noch die Prügelstube des Gutsinspektors kennengelernt. Auf der Schwelle der Großeltern war die Sorge der ständige Gast. Einfache Frömmigkeit bewahrte sie vor der Verzweiflung. Die Eltern machten buchstäblich den Rücken krumm für ihre Kinder. Der Sohn ging mit zwei Staatsexamen und dem Wissen um die Veränderbarkeit der Welt ans Werk.

Das schlimme Schicksal der nicht begründeten und nicht dokumentierten Entfernung aus dem Dienst barg für mich doch eine positive Seite: Ich brauchte nicht um einen Persilschein zu betteln, nicht den Rücken zu beugen, keinen Eid auf den Staat zu schwören, der mich so schnöde behandelt hatte. Ich konnte mich völlig neuen Herausforderungen stellen. Ich glaube, auch diesen habe ich mich gewachsen gezeigt.

Wolfgang Blöß

Publikationen

- Anfänge archivarischer Berufsausbildung in Deutschland. Die »Archivschule« in Marburg 1894, in: Archivmitteilungen (im Folgenden: AM) 9 (1959), S. 82–91.
- Wappenverleihung für Städte und Landgemeinden in neuerer Zeit, in: AM 11 (1961), S. 85–91.
- Erfahrungen bei der Bearbeitung der »Archivalischen Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« im Deutschen Zentralarchiv, Abteilung Merseburg, in: AM 12 (1962), S. 62–68.
- Zur nationalen Befreiungsbewegung 1813/14. Quellen im Deutschen Zentralarchiv, Abteilung Merseburg, in: AM 13 (1963), S. 84–95.
- Registraturbildnerkartei und Registraturbildnerakte, in AM 17 (1967), S. 93–99.
- Sicherungsverfilmung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: AM 18 (1968), S. 122–128.
- Die Anwendung der 16-mm-Technik in der archivischen Reprographie, in: AM 20 (1970), S. 24–29.
- Mikrofilmtechnik in der heutigen Zeit, in: Bild und Ton 23 (1970), S. 27–20, 61–64.
- Archivarbeit in der sozialistischen Wirtschaft, in: AM 21 (1971), S. 152–154.
- Die Erschließung des Archivgutes im Zeitraum des Fünfjahresplanes, in: AM 22 (1972), S. 44–48.
- Zur Bestimmung des Archivgutbegriffs (gemeinsam mit H. Ross), in: AM 22 (1972), S. 141–144.
- Die Planung der Herstellung von Mikrofilmen, in: Werner Wunderlich (Hg.): Rationalisieren durch Fotografieren, Leipzig 1972, S. 89–101.
- Lehr- und Studienmaterial für die Aus- und Weiterbildung der Archivare. Bibliographische Übersicht, in: AM 30 (1980), S. 109–111.
- Das Archivwesen der DDR, in: Heimatgeschichte 1981, H. 12, S. 16–42.
- Archivorganisation, in: Archivwesen der Deutschen Demokratischen Republik. Theorie und Praxis, Berlin 1984, S. 189–212.
- Archivarbeit rationell. Arbeitsabläufe, Berlin 1984 (gemeinsam mit H. Welsch Redaktion).
- Archive in Italien, in: AM 23 (1984), S. 213–214.
- Das Archivwesen der DDR und die Aufgaben der Verwaltungsarchive von Organen, Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie von Kreis- und Stadtarchiven, in: Leitfaden für Archivare. Ratgeber für die praktische Arbeit in Verwaltungs-, Kreis- und Stadtarchiven, Berlin 1988, S. 21–35.
- Sicherung und Schutz des dienstlichen Schriftgutes und Archivgutes, in: ebenda, S. 44–48.

- Bewertung und Kassation, in: ebenda, S. 99–132.
- Reprographie, in: ebenda, S. 252–255.
- Archive und Revolution, in: AM 39 (1989), S. 1–7.
- Archivpraxis und Arbeitsinstrumentarium. Zum Erscheinen des Leitfadens für Archivare (gemeinsam mit H. Welsch), in: AM 39 (1989), S. 7–11.
- Archivgutaustausch DDR – Königreich der Niederlande, in: AM 39 (1989), S. 48–49.
- Die Kreis- und Stadtarchive im 40. Jahr der DDR, in: AM 39 (1989), S. 122–124.
- Besprechungen argentinischer, italienischer, spanischer und US-amerikanischer Fachliteratur und Fachzeitschriften in der Zeitschrift »Archivmitteilungen«.
- Verwaltungs- und Archivgeschichte der brandenburgischen Kreise seit 1815 im Überblick, in: Uwe Schaper (Hg.): Kurzübersicht über die Archivbestände der Kreise, Städte und Gemeinden im Land Brandenburg (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, 10), Frankfurt a. M. 2001, S. 9–64.
- Von der Archivpflege zur Leitung der örtlichen Archive. Die Integration der Kreis- und Stadtarchive in das staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick, in: Michael Scholz (Hg.): Archivberatung und -pflege (Veröffentlichungen der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, 4), Potsdam 2008, S. 27–76.
- Umbruch und Namen. Ortsnamenpolitik in Brandenburg 1945–1952, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands (im Folgenden: JGMOD) 55 (2009), S. 167–230.
- Zwischen fehlender Souveränität und Deutschlandpolitik. Die brandenburgisch-mecklenburgische Grenze 1945–1952, in: Mecklenburgische Jahrbücher 124 (2009), S. 303–339.
- Brandenburgische Kreise und Gemeinden 1945–1952. Grenzänderungen, Eingemeindungen und Ausgemeindungen (Veröffentlichungen der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv; 6), Potsdam 2010.
- Stadtrechtsdiskussionen in den Ländern der SBZ/DDR, in: JGMO 58 (2012), S. 93–112.
- »Die landrätliche Verwaltung existiert nicht mehr«. Vom Landratsamt zum Rat des Kreises: Die neue Amtsbezeichnung, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 63 (2012), S. 185–201.
- Umbruch und Namen. Ortsnamenpolitik in Brandenburg 1945–1952, in: JGMOD 55 (2009), S. 167–230.
- Statusfragen in Zeiten politischer Umwälzung. Streit um den Sitz von Kreisverwaltungen in Brandenburg 1945–1950, in: Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte 64 (2013), S. 141–157.

- »Wollen wir überhaupt Stadtkreise belassen?«. Die kreisfreien Städte in Brandenburg und den anderen Gliedern der SBZ/DDR 1945–1952. Teil I, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 149 (2013), S. 327–427; Teil II, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 150 (2014), S. 463–521.
- Grenzen und Reformen in einer Umbruchgesellschaft. Vom Land Brandenburg zu den Bezirken 1945–1952 (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, 66), Berlin 2014.
- Niederbarnim – Oberbarnim – Barnim. Die Landkreise Nieder- und Oberbarnim 1945–1952, in: Klaus Neitmann; Britta Heine (Hg.): *Kreise und Landräte auf dem Barnim vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (Brandenburgische Historische Studien; 7 / Barnimer Historische Forschungen, 1), Berlin 2015, S. 82–101.
- »Die Auflösung der Gutsbezirke ist also eine Frage von eminent politischem Charakter ...«. Die Gutsbezirke in der Provinz Brandenburg, in: *JGMOD* 61 (2015), S. 201–287.
- Verwaltungsstrukturreform im Dritten Reich. Das Beispiel Vorpommern und seine Folgen, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 152 (2016), S. 463–508.
- Kommunale Strukturen im Spannungsfeld gesellschaftlicher Umwälzungen. Die Grenzen von Gemeinden und Kreisen in Brandenburg 1945–1952 (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, 71), Berlin 2018.
- Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1815 bis 1945/52, in: Brigitta Heine/Klaus Neitmann (Hg.): *Der Landkreis Barnim. Eine Kreiskunde*, Berlin 2019, S. 83–112.
- Neubeginn auf dem Lande in schwerer Zeit. Jahnsfelde (Kr. Lebus) – zwei Experimente der brandenburgischen Siedlungsplanung nach 1945, in: *JGMOD* 66 (2020), S. 187–229.
- Reformversuche in Demokratie und Diktatur: Die Sonderbehörden in den Umformungsprozessen der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 156 (2020), S. 347–378.
- Siedlungsplanung in Brandenburg 1945–1950. »Bei der Schaffung von Neusiedlerstellen wollen wir uns nicht mit komplizierten Planungen befassen, sondern einfach anfangen zu arbeiten« (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, 77), Berlin 2021.
- Anfänge der brandenburgischen Landesplanung nach 1945. Balg, Erbs, Hammerbacher, Pries, Seidel, Striemer, Vogel, Wunschik, in: *JGMOD* 67 (2021), S. 211–271.
- Hillersleben – Eine Vision. Vom Schießplatz zur Mittelstadt, in: *Sachsen und Anhalt. Jahrbuch der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt* 34 (2022), S. 195–209.



Marlies Ross im Innenhof ihres Hauses in Oranienbaum, vor sich ihre Publikation »Oranienbaum, Porträt einer kleinen Stadt«, hg. 2011 vom Ortsverband Oranienbaum des Kulturbundes Dessau-Wörlitz e. V. (Foto: Thomas Klitzsch)

MARLIES ROSS

»Ich musste auf alles Mögliche reagieren,
richtig reagieren«

Der außergewöhnliche Werdegang
einer deutschen Archivarin

Einleitung

Als Verfasserin der Lebensbilder der beiden Archivare und Historiker Prof. Dr. Friedrich Beck und Wolfgang Blöß fühle ich mich mit dem folgenden dritten Manuskript meiner Porträtpartnerin Marlies Ross, Diplomarchivarin, Jahrgang 1939, im Besonderen verpflichtet. Denn ihre Sicht als Frau erweitert den bislang ausnahmslos männlichen Blick auf das »Leben und Wirken im Archivwesen der DDR«, und zwar auf der Grundlage einer beispiellosen Entwicklung.

Umstände, Fügungen und ihre außerordentlich hohe Leistungsbereitschaft ebneten Marlies Ross den Weg zur Leiterin eines kleinen, damals an den Rand des staatlichen Archivwesens gerückten Archivs, weil offenbar kein wissenschaftlicher Archivar dazu bereit war, die Aufgabe zu übernehmen. Ihre Schlussfolgerung aus heutiger Sicht relativiert im speziellen Fall die geläufige Annahme, dass im beruflichen Aufstiegsgefüge der sozialistischen Gesellschaft der DDR die Gleichstellung von Mann und Frau im Hinblick auf die Vergabe von Leitungsfunktionen zielgerichtet praktiziert wurde. Im Gegensatz zu bundesrepublikanischen Verhältnissen im Archivwesen stiegen – wie ich bei meinen Befragungen erfuhr – weibliche wissenschaftliche Archivare in der DDR, beispielsweise Dr. Lieselott Enders (Brandenburgisches Landeshauptarchiv bzw. Staatsarchiv Potsdam) und Dr. Meta Kohnke (Deutsches Zentralarchiv bzw. Zentrales Staatsarchiv, Abteilung Merseburg), zu Abteilungsleiterinnen auf – an die Spitze der Staatsarchive allerdings schafften es bis auf eine Ausnahme, Dr. Elisabeth Brachmann-Teubner (1985–1990 Direktorin des Zentralen Staatsarchivs), nur Männer. Der Forschungsgegenstand wurde mir erst jüngst gewahrt, und gerne würde ich mich ihm weiterführend widmen.

Für die Beschreibung von Marlies Ross' stattlichen 46 Dienstjahren während unserer narrativen Interviews im Zeitraum von September 2023 bis Mai 2024 war es nützlich wie erhellend, an bestimmten Stellen auf das von mir bereits zusammengetragene und geordnete Wissen ihrer geschätzten Kollegen Beck und Blöß aufmerksam gemacht zu werden, weil für sie bestimmte Hintergründe wie politische Entscheidungen, Verordnungen und Umstrukturierungsmaßnahmen seinerzeit »im Fluss der Bewältigung des rasanten Berufsalltags nebst Familienfürsorge« ohne konkreten Realitätsbezug geblieben waren, das heißt, in diesem Zusammenhang von ihr nicht reflektiert wurden.

Marlies Ross ergriff gemäß den Möglichkeiten der sogenannten DDR-Aufbaujahre mit dem Besuch der neu eröffneten Fachschule für Archivwesen in Potsdam den Beruf des Staatlich geprüften Archivars. Sich als seinerzeit Jüngste aus einem gleichsam sehr partnerschaftlich wie bildend empfundenen

ersten Kollegenkreis im Deutschen Zentralarchiv lösen zu müssen, war eine schmerzliche Erfahrung, und ihr Einstieg in Oranienbaum gelang alles andere als mühelos. Denn Potsdam – nach aufreibender Flucht aus Schlesien und Kapitulation der Wehrmacht ab 1946 zum »Familiensitz« geworden sowie emotional zur »Traumstadt« erhoben – mit der anhaltischen »Kleinstadt« Oranienbaum »einzutauschen«, brauchte seine Zeit.

Ihre Teilnahme als Mitarbeiterin des Landesarchivs Oranienbaum am Fernstudium an der Humboldt Universität zu Berlin Anfang der 1970er-Jahre führte 1983 zur Anerkennung als Diplomarchivarin. In den ihr recht früh übertragenen Stellungen – als stellvertretende, kommissarische oder »echte« Leiterin des Landesarchivs / Historischen Staatsarchivs Oranienbaum / Abteilung Oranienbaum / Abteilung Dessau – vermochte sie bis in ihr spätes Berufsleben hinein, sich neuen Notwendigkeiten stets schöpferisch zu stellen und um diese im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs zu kämpfen. Staatliche Archive sind fest an die jeweils geltenden Verwaltungsstrukturen des Staates gebunden und unterliegen damit von selbst politischen wie gesellschaftlichen Veränderungen. »Ich hatte zu reagieren, richtig zu reagieren«, trifft den Nagel auf den Kopf.

Dabei waren Marlies Ross' Berufschancen weder vorhersehbar noch geplant. Ebenso wenig wie sie sich um selbige bemühte, strebte sie auch nicht an, eine reine Wissenschaftlerin zu werden, da das Feld in der Regel mit Forschung verbunden ist, welche den Akademiker an seinen Schreibtisch fesselt. Als unbedingte Praktikerin erweiterte sie mit allen anfallenden Pflichtaufgaben ganz nebenbei, fast spielerisch, ständig ihr Wissen, was durch kein Studium zu erreichen ist. Dennoch war es ihr selbstverständlich verpflichtende Voraussetzung, wissenschaftlich zu arbeiten, weil sie einem Archiv vorstand, dessen bedeutende Bestände bis ins 10. Jahrhundert zurückreichen.

Marlies Ross verweist darauf – und diese Erkenntnis erscheint mir heutzutage als essentiell –, dass ein Archivar, der durch Erschließung sowie Recherchen aufgrund von Anfragen seiner Benutzer tagtäglich mit dem Inhalt der Akten seines Archivs zu tun hat, »mit seinen Detailkenntnissen eine wahre Fundgrube« sein kann. Die Grundkenntnisse eines Archivars sind in jedem Archiv einsetzbar. Der Wechsel in ein anderes Archiv bedeutet aber, sich vollkommen neue Kenntnisse aneignen zu müssen, um überhaupt in das Innere der Bestände vorzudringen. Insofern ist der Archivar eines Staatsarchivs mit alten Beständen nur dann wertvoll, wenn er längere Zeit vor Ort Erfahrungen sammeln kann, sodass ihn in dieser Beziehung moderne Technik bislang nicht zu ersetzen vermag.

Neben der Schicht um Schicht vollzogenen Freilegung der DDR-Vergangenheit, dem Schwerpunkt meiner Untersuchungen, offenbarte sich mir – mehr oder minder überraschend – auch die umfassende Darstellung der

beruflichen Tätigkeit als Archvidirektorin von 1993 bis zum Berufsende 2002. Marlies Ross gelang ein gleitender Übergang mit einem Übermaß an Arbeit ins vereinigte Deutschland, zuweilen mit persönlicher Betroffenheit: Ein hochrangiger Beamter erklärte ihr 1995 bei Übergabe der Urkunde für »40jährige gewissenhafte Pflichterfüllung im öffentlichen Dienst« nach ehrerbietenden Worten, dass »es in den Neuen Bundesländern nicht so viele Arbeitslose gäbe, wenn nicht alle Frauen meinten, arbeiten zu müssen«. Und sie entwirft in der Rückschau ein mustergültiges Bild, wie sich im Aufeinandertreffen von Ost und West im Speziellen, aber auch darüber hinaus, sozusagen im Weitwinkel, die Folgen von Sachunkenntnis, die Unfähigkeit zur Kommunikation und die damit verbundenen Fehlentscheidungen innerhalb von Behördenhierarchien miteinander verquickten.

Ihr Beruf bot viele Voraussetzungen, auch den Ruhestand lebendig zu gestalten. Umfangreich erworbene Kenntnisse fasste sie gemeinsam mit ihrem Ehemann Hartmut Ross, einem wissenschaftlichen Archivar und ehemaliger Direktor der Staatlichen Schlösser und Gärten Dessau-Wörlitz-Oranienbaum, in sechs Publikationen über Oranienbaum zusammen. In achtzehn Jahren als Vorsitzende des Kulturbundes realisierte sie für ihre Mitglieder Exkursionen zu Stätten im In- und Ausland, welche Oranienbaum aufgrund historischer Verbindungen nahestehen. Ansprechende, qualitätvolle und vielfach honorarfreie geschichtliche Vorträge organisierte sie aus dem reichhaltigen Fundus ihrer früheren Benutzerschar.

Marlies Ross' ausgeprägte »soziale Ader« ist auf ihre Wurzeln rückführbar, weshalb ich den Erinnerungen an das nunmehr als erfüllt wahrgenommene Berufsleben die mit bewusster Ausführlichkeit erbetene Betrachtung über die Herkunft voranstelle. Sie offenbart jene Schicksalshaftigkeit, in der allein gelassene Mütter unzähliger Flüchtlingsfamilien die elende Last des Zweiten Weltkrieges zu schultern hatten. Dieses Nichts – nämlich einer vollkommenen Mittellosigkeit ausgeliefert zu sein – setzte den sprichwörtlichen Überlebenswillen in Gang, welcher unter derzeitigen »Work-Life-Balance«-Gesichtspunkten wie eine ferne, untergegangene, nahezu »unwirkliche« Welt erscheint. Die daraus resultierende lebenslange Fähigkeit, sich brauchbarer Dinge nicht zu entledigen, sondern sie zu bewahren und später einmal zu verwerten, ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern steht auch ihrem Berufsbild nahe.

An dieser Stelle übermittle ich Marlies Ross meinen großen Dank dafür, dass sie sich trotz hoher Beanspruchung durch familiäre Verpflichtungen bereit erklärte, sich in die zahllosen Überlieferungen ihres privaten Archivs einzulesen, sich der Vergangenheit zu stellen, zu erinnern und zu erzählen.

Vita

- ✦ Marlies Dreßler wurde am 3. Juni 1939 als zweites Kind von Helene Dreßler, geb. Mader (1913–1998), und Georg Dreßler (1910–1943) in Breslau geboren. Die Mutter war eine gelernte Schuhstepperin, der Vater ein gelernter Maßschuhmacher. 1939 wurde er in die Wehrmacht eingezogen. Eine letzte persönliche Nachricht von ihm erreichte die Familie am 25. Dezember 1942 aus Stalingrad.
- ✦ Helene Dreßler und ihre beiden Kinder wurden 1944 aufgrund von Evakuierungsmaßnahmen in Trachenberg bzw. Lapschitz, rund 30 Kilometer von Breslau entfernt, bei einer Bauernfamilie untergebracht. Die Flucht im Treck mit Pferdefuhrwerken wurde zu Beginn auf schlesischem Gebiet noch von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) organisiert, nach der Auflösung des Trecks folgte ein Überlebenskampf von Station zu Station. Im Februar 1945 kam die Familie in Berlin an, sah Verwandte wieder, erlebte Fliegerangriffe, kämpfte um das (Über-)Leben im Bunker. In der zweiten Märzhälfte 1945 flohen Mutter und Kinder nach Thüringen, wurden untergebracht in Fraureuth bei Greiz und erlebten die Ankunft beider Besatzungsmächte: erst die der Amerikaner, dann die der Roten Armee.
- ✦ Im Frühjahr 1946 wurde Marlies Ross in Fraureuth eingeschult, bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit der Mutter. Im November 1946 nahm Helene Dreßler ihre Tätigkeit bei der Provinzialregierung Mark Brandenburg (ab 1947 Landesregierung Brandenburg) unter dem Leiter der Personalabteilung Paul Hentschel auf. Von 1946 bis 1961 wurden Wohnungen in Potsdam in der Leibl-, Zeppelin-, Clara-Zetkin-, Feuerbach- und Hans-Sachs-Straße bezogen. 1946–53 wurde Marlies Ross in der Grundschule Potsdam, 1953–55 an der Oberschule Potsdam (mit dem Erwerb der Mittleren Reife) unterrichtet.
- ✦ 1955–57 wurde Marlies Ross zur Staatlich geprüften Archivarin an der neu gegründeten zentralen Ausbildungsstätte »Fachschule für Archivwesen in der DDR« ausgebildet. Im September 1957 nahm sie ihren Dienst im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam, »Referat Auswärtiges«, auf und arbeitete am Bestand des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches.
- ✦ Im Sommer 1961 zog Marlies Ross aufgrund der Hochzeit mit Hartmut Ross nach Oranienbaum und wechselte an das Landesarchiv Oranienbaum, war dort vorerst allerdings als Mitarbeiterin des Landeshauptarchivs Magdeburg tätig. Zu Beginn der Tätigkeit war sie zuständig für nicht-anhaltische Bestände, Stolberger und Blankenburger Überlieferungen, die

in Oranienbaum eingelagert waren, darüber hinaus erschloss sie Bestände des Landeshauptarchivs Magdeburg und des Deutschen Zentralarchivs. Die Staatliche Archivverwaltung der DDR ließ Archivgutverzeichnisse für die Wirtschaft des Landes erarbeiten, im Zuge dessen Marlies Ross maßgebend an der Erfassung archivwürdiger Überlieferungen der Chemieindustrie mitwirkte.

- ✦ 1962 wurde der Sohn Tjard geboren, die Mutter wählte statt des Erziehungsurlaubes die Teilzeitarbeit.
- ✦ 1974–76 bildete sich Marlies Ross durch Teilnahme an Lehrveranstaltungen des Bereichs Archivwissenschaft an der Sektion Geschichte der Humboldt Universität Berlin weiter und legte zu deren Abschluss eine Prüfung ab.
- ✦ Ihre wissenschaftliche Belegarbeit zum Thema »Möglichkeiten der Erarbeitung einer Tektonik der Anhaltischen Bestände bei Überlieferung umfangreicher Pertinenzbestände« war ausschlaggebend für die neu geschaffene Tektonik des Landesarchivs und erleichterte u. a. die Einordnung der nach dem ost-westdeutschen Kulturabkommen (1986) zurückkehrenden Bestandteile des anhaltischen Archivs aus der BRD.
- ✦ Seit 1967 war Marlies Ross stellvertretende Leiterin, seit 1977 Leiterin des nunmehr Historischen Staatsarchivs Oranienbaum. 1983 wurde ihr der akademische Grad »Diplomarchivarin« aufgrund des erwähnten Fernstudiums und der langjährigen Berufserfahrung zuerkannt. 1993 wurde sie zur Leiterin des selbständigen Landesarchivs Oranienbaum bestellt, 1997 zur Landesbeamtin im Land Sachsen-Anhalt ernannt, war als solche dem Ministerium des Innern, Fachreferat Archivwesen, unterstellt. Sie absolvierte in den Neunzigerjahren im Rahmen der Umstrukturierung des Archivwesens der ehemaligen DDR Lehrgänge zum Thema »öffentliche Verwaltung und Rechtspflege« bzgl. der Umstellung auf neu geltende Rechtsnormen und Verwaltungsstrukturen und zur Einstellung neuer Mitarbeiter.
- ✦ Marlies Ross betreute internationale wissenschaftliche Forscher sowie Recherchen in offenen Vermögensfragen und zu Restitutionsanträgen und leitete die Arbeit an der Neuerschließung und Überarbeitung von Beständen. Ab 1993 wirkte sie aktiv an der Planung und Einrichtung der Zentralen Archivalien-Restaurierungswerkstatt (ZRW) in Oranienbaum für die drei sachsen-anhaltischen Landesarchive und Museen mit; die ZRW ermöglichte u. a. eine intensive Vermessung und bestandserhaltende Neuverpackung des umfangreichen Urkundenbestandes des Landesarchivs. Dessen Vernetzung mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Kooperationen blieb nach der deutschen Wiedervereinigung bestehen. Marlies Ross förderte und praktizierte die enge Zusammenarbeit des Landesarchivs Oranienbaum mit den anhaltischen Museen im Hinblick auf anhaltische/

sachsen-anhaltische Landesgeschichte und für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Sie arbeitete im Verein für Anhaltische Landeskunde (VAL) mit und kooperierte mit der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt.

- ✦ Marlies Ross organisierte den Landesarchivtag 1997. Im selben Jahr begann die aufwändige Suche nach einem neuen Standort des Landesarchivs Oranienbaum, da das Schloss, in dem es seit Anbeginn nur Mieter war, wieder in eine museale Nutzung überführt werden sollte. Sie begleitete intensiv die Bauplanung für das Areal »Neuer Wasserturm Dessau«. 1998 initiierte und verantwortete sie die öffentliche Würdigung des 150. Jahrestages der Revolution von 1848 mittels Wanderausstellungen, wissenschaftlichem Kolloquium, Publikationen, Vorträgen und einem durch Deutschland rollenden Ausstellungszug.
- ✦ 2001 wurden die drei Landesarchive Magdeburg, Merseburg und Oranienbaum zu einem Landeshauptarchiv (seit 2015 Landesarchiv) Sachsen-Anhalt aufgrund einer Verwaltungsreform zusammengelegt; das anhaltische Archiv wurde zur Abteilung Dessau. Marlies Ross verhinderte gemeinsam mit politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Unterstützern erfolgreich die Absicht, anhaltische Archivalien nach Magdeburg zu verlagern, was eine Neuaufgliederung und die Zerschlagung des über Jahrhunderte gewachsenen anhaltischen Archivbestandes zur Folge gehabt hätte. 2002 erfolgte der vollständige Umzug des Archivs von Oranienbaum nach Dessau, wo der Dienstbetrieb wiederaufgenommen wurde.
- ✦ 2003 trat Marlies Ross in den Ruhestand, übernahm für zwei Jahrzehnte den Vorsitz im Kulturbund Oranienbaum; ihr Engagement, ihre historischen Kenntnisse und ihre Zuneigung zu ihrer Lebensstätte flossen in mehrere Publikationen ein.

Erinnerungssplitter: Herkunft und Kindheit im Zweiten Weltkrieg

Marlies Ingrid Ross, geb. Dreßler, wurde am 3. Juni 1939 als zweites Kind ihrer Eltern Helene Dreßler (1913–1998), geb. Mader, und Georg Dreßler (1910–1943) in Breslau geboren. Bereits im September desselben Jahres wurde ihr Vater zur Wehrmacht einberufen und im Zweiten Weltkrieg zunächst in Frankreich, dann an der Ostfront eingesetzt. Vom Heiligabend des Jahres 1942 stammte seine letzte handschriftliche (inzwischen verlorengegangene) Nachricht aus dem Kessel von Stalingrad. Einen Tag später folgte eine zweite, der zufolge er vermisst wurde. Erst 1980, nahezu vier Jahrzehnte später, wurde sein Tod ohne Angaben von Ort und Gründen auf August 1943 datiert. In bitterer Konsequenz hatte die Familie, zu der auch der Erstgeborene, der fünf Jahre ältere Bruder Norbert Dreßler (1934–2014), gehörte, mit kaum zählbaren vielen anderen das Schicksal der Zeit zu teilen, als vollständiges Ganzes nur wenige Wochen lang existiert zu haben. Relativ jung hatten die Eltern 1933 ihre Ehe geschlossen – sie war zwanzig, er dreiundzwanzig Jahre alt gewesen. Der gelernte Maßschuhmacher und die ausgebildete Schuhstepperin arbeiteten in verwandten Berufen – möglicherweise fanden sie deshalb zueinander.

Georg Dreßler kam 1910 in Breslau zur Welt und war das vorletzte Kind in einer Reihe von elf Geschwistern, welche zwischen 1897 bis 1914 geboren wurden und von denen fünf Söhne und drei Töchter vorerst überlebten – drei der Söhne fielen im Zweiten Weltkrieg. Großvater August Dreßler starb im März 1916, weshalb Großmutter Anna, geb. Scholz, geboren 1877 in Breslau, fortan vollständig auf sich allein gestellt, acht Kinder durchzubringen hatte. Sie war eine bescheidene, schon in jungen Jahren sehr abgearbeitete Frau: Tagsüber wusch sie Wäsche, nachts servierte sie in verschiedenen Gaststätten und Gaststuben. Damit eröffnete sie ihrem Sohn Georg die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen. Nach beschwerlicher Flucht im Januar 1945 und ersten Nachkriegsjahren in Thüringen lebte sie später bei einem ihrer Söhne in Helmstedt, wo sie 1959 verstarb.

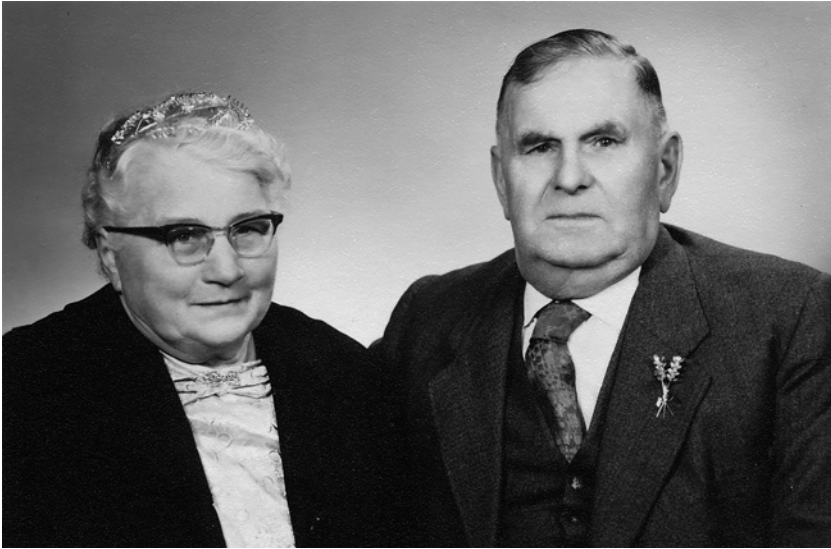
Wie die väterlichen Vorfahren stammten auch die mütterlichen offenbar alle aus dem Schlesischen, aus Breslau. Urgroßvater Franz Mader rangierte Eisenbahnen, und Urgroßvater Paul Sambale fuhr Kutschen. Großvater Richard Mader, evangelisch, war wie sein Vater Kutscher, und Großmutter Berta Sambale, katholisch, war Näherin. Berta hatte eine schwere Kindheit mit mehreren Stiefmüttern erlitten und erlebt, dass religiöse Zugehörigkeit von außerordentlicher Bedeutung war. Als junges Mädchen musste sie vor dem Schulunterricht einem Pfarrer Milch und Brötchen »vorbeibringen« und schlief danach bei der Stoffvermittlung in der Schule stets ein. Wörtlich



V.l. n. r. Helene Dreßler (geb. Mader), Norbert und Marlies, Georg Dreßler, Photograph: H. Stadler, Friedrich Wilhelmstraße 37, Breslau, 1942

sprach sie nie von Missbrauch (welcher Art auch immer), erzog ihre Kinder und Enkel jedoch streng antikatholisch. Noch Jahrzehnte später erkundigte sie sich bei dem künftigen Ehemann ihrer Enkelin Marlies als erstes, ob er der katholischen Konfession angehöre. Sie selbst brachte 1913 – damals noch keine einundzwanzig Jahre alt und damit minderjährig – ihr erstes Kind, Helene, unehelich zur Welt, weil die Erziehungsberechtigten eine Heirat mit Richard Mader, dem Kindsvater, untersagten. Der Nachname der Tochter wurde im Familienstammbuch zunächst offengelassen. Erst kurz vor der Geburt des zweiten Kindes und aufgrund intensiven Drängens der Großeltern durfte das Paar heiraten, und im Stammbuch wurde bei beiden vermerkt: »nachträglich legitimiert«. Trotz ihres geringen Lebensstandards ließen Richard und Berta Mader ihre drei Töchter einen Beruf erlernen, was für damalige Verhältnisse außergewöhnlich war. Ein spätgeborener Sohn (1929) erkrank mit sieben Jahren an einem Pfingstsonntag in der Oder, das Ereignis hinterließ in der Familie viele Jahre lang Spuren.

Die Wohnverhältnisse der Verwandtschaft – ausgenommen die einer Tante, welche einen Beamten geheiratet hatte, sodass das Paar eine große moderne Wohnung bewohnte – waren größtenteils beengt. Es gab üblicherweise eine Wohnküche, ein Zimmer und eine Toilette. Besonders winzig und mit



Großeltern mütterlicherseits: Berta und Richard Mader, Foto: Herrmann Potsdam, Wilhelm-Pieck-Straße, November 1964

Außentoilette ausgestattet war die Bleibe der Großeltern. Doch zum Teil konnte schon die nächste Generation in schöneren Häusern eine Wohnung mit Inntoilette oder gar mit einem für damalige Verhältnisse sehr seltenen Bad mieten. Alle waren stolz auf das, was sie sich inzwischen durch das wenige, hart verdiente Geld hatten anschaffen können. So war auch Helene Dreßler sehr angetan von ihrer zeitgemäßen Küche, pflegte sie (ebenso wie ihr neues modernes Schlafzimmer) sorgsam und polierte sie täglich, bis sie glänzte. Es bestanden enge familiäre Kontakte, gegenseitige Besuche waren gang und gäbe.

Helene und Georg Dreßler verfolgten in den 1930er-Jahren die Absicht, sich selbstständig zu machen. Eine im Ratenkauf erworbene alte Nähmaschine für die Stiefel- und Schuhherstellung stand bereits im Flur. Mit hoher Wahrscheinlichkeit war sie zuvor in der Schuhfabrik Dorndorf im Einsatz gewesen, wo Helene als Stepperin bzw. Zierstepperin arbeitete. Es standen auch schon Kisten mit Kernleder bereit. Im Besonderen lagen unter den Matratzen in den Betten der Dreßlers große Lederfelle. Dieses Leder spielte in der Familie tatsächlich eine große Rolle. Es musste monatlich einmal gewendet und gelüftet werden. Mutter und Vater verbanden damit sicherlich die konkrete Vorstellung von einem schöneren und wohlhabenderen Leben, waren darum bemüht, aus dem, was man konnte, etwas zu machen, wozu es aber nicht mehr kam.



Eine der von Georg Dreßler 1942 geschneiderten Brieftaschen aus Leder im Besitz von Marlies Ross (Foto: Francisca Drechsler, 2024)

Georg Dreßler kehrte zwischen 1939 und 1942 nur zweimal im Zuge eines Fronturlaubes zurück nach Hause, das letzte Mal zum dritten Geburtstag seiner Tochter. In dieser Zeit fertigte er für seine Kinder Norbert und Marlies Schuhe, Stiefel, Schulmappen – für den Jungen eine mit langer, für das Mädchen eine mit halber Klappe, dazu eine Brottasche zum Umhängen, auch Brieftaschen für mehrere Familienangehörige mit wichtigen Dokumenten, die die Größe der damaligen Sozialversicherungsausweise berücksichtigte. Später sollten die Cousinen übereinstimmend feststellen, von ihren Eltern Exemplare dieser Art übernommen zu haben, wobei Marlies sofort das Leder erkannte, auf dem sie einst geschlafen hatte.

Auf den Sparbüchern der Familie befand sich bald nach Georg Dreßlers Einberufung nur noch ein geringer Betrag, weshalb Helene gezwungen war, etwa im Zeitraum von 1941 bis 1943 nachts in einem Breslauer Postamt zu arbeiten. Als ihr Sohn erkrankte, blieb sie zu Hause, empfing bei sich Geschäftsfrauen, welche tagsüber nicht zum Friseur gehen konnten, um sie zu ondulieren und zu frisieren. Ihre Ondulierscheren behielt sie bis zum Lebensende. Zudem strickte sie viel und nähte aus alten Sachen Neues.

Zu Marlies fünftem Geburtstag im Juni 1944 hatten Dreßlers Breslau bereits verlassen, waren aufgrund der drohenden Luftangriffe in das rund 30 Kilometer nördlich gelegene Trachenberg (Żmigród) bzw. nahegelegene

Lapschitz (Provinz Niederschlesien, Kreis Militsch-Trachenberg) evakuiert worden. Eine als offen und warmherzig empfundene Bauernfamilie stellte ihnen eines ihrer Zimmer zur Verfügung sowie eine unvergessliche Geburtstagstorte »fürs liebe Kind« zum Ehrentag. Vom letzten Weihnachtsfest hatte Marlies sogar ihre große Puppe (in einen rosa Lammfellmantel gewandet) und einen Puppenwagen mitnehmen dürfen, wobei der kostbare Besitz nicht von Dauer sein sollte und ihm nie mehr ein auch nur annäherender Ersatz folgte. Mit der Tochter des Bauern freundschaftlich verbunden, konnte sie in kindlicher Zwanglosigkeit die ländliche Gegend erkunden, mit den Ställen, den Gärten und dem Vieh.

Von den aktuellen Vorgängen des Krieges und seines Verlaufes waren nur »Christbäume« und »Nähmaschinen« über Breslau zu sehen und zu hören, alle weit weg, bis zum 19. Januar 1945. An jenem Tag erreichte den Kreis der Befehl zur Evakuierung – die Front stand schon kurz vor den Ortschaften, und die Verantwortlichen wurden davon regelrecht überrascht. Noch zwei Tage zuvor hatte die NSDAP-Kreisleitung das Gegenteil erklärt. Am Morgen des 20. Januar begann in eisiger Kälte die Flucht in Richtung Mitteldeutschland. Für alle Bewohner der Dörfer waren hektisch Pferdefuhrwerke organisiert und Trecks zusammengestellt worden. Städter sollten die Eisenbahn nehmen. Als keine mehr fuhr, mussten sie sich zu Fuß den Trecks anschließen.¹ Das Kommando über das Fuhrwerk, dem sich Helene Dreßler mit ihren Kindern anschloss, übernahm die Wirtin, deren Mann offenbar im Kriegseinsatz stand. Ihre jüngere Tochter Hertha und die gleichaltrige Marlies durften auf dem bis unter die Plane beladenen Wagen sitzen. Unter all den zusammengeschobenen Habseligkeiten befand sich auch Helenes großer Schrankkoffer aus Holz, auf dem ihr neues lila Abendkleid und das letzte Familienfoto lagen! Das Fuhrwerk mit einem Doppelgespann wurde von einem polnischen Zwangsarbeiter geführt. Neben ihm schob die Mutter unter Aufwand aller Kräfte ein mit Taschen behangenes Fahrrad durch den hohen Schnee. Bruder Norbert lief nebenher. Von den Geschehnissen sind nur noch einzelne bruchstückhafte Erinnerungen haften geblieben, angsteinflößende Bilder wie die von toten Säuglingen mit angefrorenen Windeln im Straßengraben oder davon, dass der Bruder oft auf- und abtauchte, weil er im Nebel den Anschluss verloren hatte. Ein HJ-Gruppenführer hatte ihn aufgespürt und seiner glücklichen Mutter wieder übergeben können. Auch der polnische Zwangsarbeiter war plötzlich im Wald verschwunden – überließ damit wortlos und endgültig den Frauen

1 Folgende Informationen sind Texttafeln einer Ausstellung des Kreismuseums Grimma entnommen: <https://museum-grimma.de/fluechtlinge-und-vertriebene-kommen-in-die-kreise-grimma-wurzen-und-borna>, abgerufen am 16.11.2024.

das Gefährt. Nach der ersten Etappe fiel eines der beiden Pferde um. Kurz darauf starb das zweite, womit der vollgepackte Wagen nicht mehr zu bewegen war und einfach stehenblieb. Jeder nahm, was er fassen und tragen konnte, der Rest blieb zurück. Auch von dem Wenigen sollte noch Weiteres Stück für Stück verschwinden. Einmal verloren die Dreßlers gänzlich den Anschluss an den Treck und damit das Gemeinschaftsgefühl, was die Mutter an Suizid denken ließ. Nachtlager wurden in einem überfüllten Kino auf Klappsitzen oder in Gaststätten aufgeschlagen. Von einer solchen Station brachte ein junger französischer Zwangsarbeiter die kleine Familie mit einem Schlitten, auf den er beide Kinder setzte, zu einem nahegelegenen Bahnhof, in dem noch Züge an- und abfuhr. Es hielt ein Zug in Richtung Berlin. Bei Ankunft auf dem Bahnsteig war er bereits völlig überfüllt, neben den Flüchtlingen vor allem mit verletzten deutschen Soldaten samt Gepäck. Die Mutter und Marlies waren schon im Zug, als er anfuhr; auf dem Bahnsteig stand unter vielen anderen der zehnjährige Bruder Norbert. Geistesgegenwärtig fasste ihn der Franzose am Hosenboden und schob ihn in eines der offenstehenden Toilettenfenster des Zuges. Dort lag er dann oben auf den Sachen, die die Landser in den Toiletten verstaubt hatten. Es dauerte einige Zeit, bis die Mutter von der Rettung erfuhr.

Erst im Zeitalter des Internets ergaben Recherchen, dass die Trecks des Kreises Militsch-Trachenberg von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) organisiert worden waren.² Der Weg und die Ziele waren von der Kreisleitung vorgegeben worden. Die funktionierende Organisation endete, als die Dreßlers die sächsische Grenze erreichten, von wo man sich ab sofort selbst überlassen war. Sie legten weiterhin abschnittsweise Strecken auf Lkws zurück, stiegen in Güterzüge, wo es hieß: »Entweder Kinder oder Gepäck!« Offiziell hätte man in Sachsen (Grimma oder Borna) aufgenommen werden müssen. Doch auf einem Bahnhof im Nirgendwo hielt ein Zug nach Berlin. Da in der Hauptstadt Verwandte lebten, beschloss man, sich dahin zu wenden. Vielleicht hatte es sogar eine Verabredung gegeben, sich dort im Fall der Fälle zu treffen. Man kam am 17. Februar 1945 am Schlesischen Bahnhof, dem heutigen Ostbahnhof, an, im Bombenhagel eines Fliegerangriffs. In Holger Happels Buch »Bunker in Berlin – Zeugnisse des Zweiten Weltkrieges« (erschienen im Ch. Links Verlag 2015) ist der Bunker identifizierbar, in dem sie Schutz suchten. Ziel war die Hohenschönhausener Wohnung einer Schwester der Großmutter, die bereits mit der jüngsten Tochter und einjährigem Enkelkind dort untergekommen war. Lange konnten die sechs nicht bei den Familien-

2 Die Angaben sind der Webseite des Vereins »Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg«: <http://militsch-trachenberg.de/flucht/> entnommen, abgerufen am 13.11.2024.

angehörigen bleiben, sondern kamen in zwei getrennten Räumen mit jeweils zwei bis drei fremden Personen in einem nahegelegenen Luftschutzbunker unter – genau an der Stelle, an der heute das Sportforum steht: für vielleicht eine Woche oder vierzehn Tage? In jedem Bunkerraum gab es zwei Doppelstockbetten, einen Tisch und zwei Stühle. Wenn die Fliegerangriffe rollten, strömten Menschen hinein und saßen auf den Betten. Demzufolge war alles zu haben, was Ungeziefer hieß: Flöhe, Läuse, Wanzen und Krätze. Die vielen Mütter von Säuglingen oder Kleinkindern konnten keine Windeln waschen, legten sie einfach über Bänke zum Trocknen. Was sie durchgestanden haben, ist unvorstellbar. Schließlich wurde der Bunker getroffen, sodass die darin Schutzsuchenden (zum Teil in nasse Decken gehüllt) ins Freie strömten. Wieder wurde Unterschlupf bei der Verwandtschaft gesucht, bis zur erneuten Evakuierung etwa Mitte März.

Jetzt ging es Richtung Thüringen. Die Zugfahrten begleiteten Tieffliegerangriffe. Während der Fahrt eilte ein Schaffner durch die Waggons und forderte die Insassen auf, bei Halt des Zuges unbedingt im Abteil zu bleiben. Das Personal hatte die Lokomotive abgehängt, um es so aussehen zu lassen, als stünde ein leerer Zug auf den Gleisen. In furchtbarer Angst vor den amerikanischen Bombengeschwadern rannten dann doch ein paar Reisende hinaus. Tiefflieger kehrten zurück. Es erwischte einen Güterwagen voller Gepäck. Menschen gerieten in Panik, weil überall Bettfedern herumflogen. Schließlich wurde Halt in Fraureuth (bis 1952 zum Kreis Greiz gehörig) gemacht, ein zwischen Werdau (3 km) in Sachsen und Greiz (11 km) in Thüringen gelegener Ort. Fraureuth dehnt sich sehr lang aus. Im letzten Haus des Unterdorfes bekamen Helene, Norbert und Marlies Dreßler Unterkunft bei einer Frau Dittrich: ein Zimmer mit einem Bett zum Schlafen, auf dem Dachboden war eine provisorische Küche eingerichtet. Großmutter und Tante wohnten im Oberdorf, wohin Marlies eine lange Strecke zu laufen hatte.

In Fraureuth erlebten alle zuerst den Einzug der Amerikaner. Überwiegend Schwarzhäutige fuhrten in Jeeps umher und verteilten freundlich Kaugummi wie auch Schokolade an Kinder. Kurz darauf folgte die gefürchtete Besetzung durch die Rote Armee. An jene Tage knüpft sich eine besondere Erinnerung. Der Ehemann der Wirtin Dittrich muss offenbar bei den Nationalsozialisten in einer höheren Position tätig gewesen sein, denn seine Frau hatte vorsorglich Koffer mit seinen sämtlichen Uniformen unter das Bett im Zimmer der Dreßlers geschoben. Helene Dreßler versteckte das aus dem Koffer gerettete Familienfoto mit ihrem Mann als Obergefreiten der Wehrmacht nicht, sondern brachte es – wie an so manchem Ort zuvor – im stillen Gedenken über dem Bett an. Eines Tages trat ein russischer Offizier ein. Seine Warmherzigkeit war überraschend. Möglicherweise hatte er bemerkt, dass die Anwesenden

1785

RK. Landesstelle Thüringen
Kreismeldestelle Greiz

OSTAUSWEIS

(Ausweis für Ostumsiedler, gültig nur in Verbindung mit einem allgemeinen Personalausweis)

Zuname: Dreßler Vorname: Helene

Geburtstag: 19.4.1913 Geburtsort: Breslau Kreis: Breslau

Heimatanschrift: Breslau, Alsenstrasse 92 Niederschlesien

Art und Nr. des allgemeinen Personalausweises: Kennkarte Nr. A 79LII

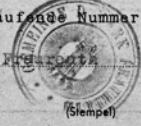
Wohnsitz ab 30. Juni 1944: Breslau Alsenstrasse 92

Im Transport weitergeleitet über: Berlin

Zugewiesener Unterbringungsort in Thüringen: Fraureuth, Werdauerstr. 14

Bestätigung durch die Kreismeldestelle: Greiz

Laufende Nummer der Aufnahmeliste: 2 (Sehl)

 den 8. Oktober 1945.

Unterschrift:
Helene Dreßler

(Stempel)

Helene Dreßlers Ausweis für Ostumsiedler, LK. Landesstelle Thüringen, Kreismeldestelle Greiz vom 8. Oktober 1945



Marlies Ross in ihrem Wohnzimmer mit dem ihr heute noch kostbaren Geschenk einer gütigen Fraureuther Nachbarin im Jahr 1946 (Foto: Francisca Drechsler, 2024)

ursprünglich nicht zu dieser Wohnung gehörten. Er suchte das Gespräch, und Marlies Mutter erklärte, dass sie ihren Mann in und seit Stalingrad vermisste. Daraufhin erzählte er ihr, dass deutsche Soldaten seine Frau und zwei Kinder ermordet hätten. Im Anschluss wurde die Wohnung beschlagnahmt. Die Dreßlers erhielten auf dem Boden einen weiteren Raum mit einem Doppelbett als neues Schlafdomizil.

Die Umsiedler Dreßler lernten Thüringen und seine Bewohner auf sehr unterschiedliche Weise kennen. Es gab geizige Bauern, welche Norbert und Marlies auf die Bitten um Kartoffeln mit Schalen abspeisten. Es galt Ware gegen Ware. Wenn Teppiche, Schmuckstücke oder ähnliches angeboten wurden, konnte der Tauschinteressent auch zu Brot kommen. Zu den seltenen humanen Ausnahmen zählte eine gütige Bäckerfrau, die einen Laden im Haus führte und Dreßlers weit über ein Almosen hinaus Hilfe leistete. Sie überließ ihnen großzügig Besteck und Geschirr, wovon bis heute einer dieser »kostbaren« Teller erhalten blieb, und beglückte sie mit einem im Backofen wunderbar »aufgegangenem« Federbett. Die Kinder lasen Kartoffeln und Ähren, letztere wurden in der Schrotmühle gemahlen.

In Fraureuth wurde Marlies im Frühjahr 1946 eingeschult. Die Schultüte war groß, wengleich geliehen. Ganz unten steckte Packpapier, darauf dunkle Nudeln, welche damals sehr wertvoll waren, und ein Brot.

Eines Tages entdeckte Marlies vom Bodenfenster aus zwei Männer, die sehr schwerfällig über angrenzende Felder auf das Haus zusteuerten. Sofort kamen »der Späherin« ihr Großvater Richard und ihr Onkel in den Sinn. Tatsächlich! Über einen privaten Suchdienst hatten beide die Adresse ihrer Angehörigen ausfindig machen können. Das entsprechende Dokument ging bis heute nicht verloren und lässt ein gewisses Erstaunen zu, dass trotz des allgemeinen Chaos in der Verwaltung noch vieles funktionierte. Auf demselben Wege hatten sich übrigens auch Großvater und der Onkel gefunden, die bis zum Schluss Breslau hatten verteidigen müssen. Großvaters Bericht kündete davon, wie die einst zu Glanz polierten Möbel seiner Tochter in den Barrikaden verbaut wurden und untergingen.

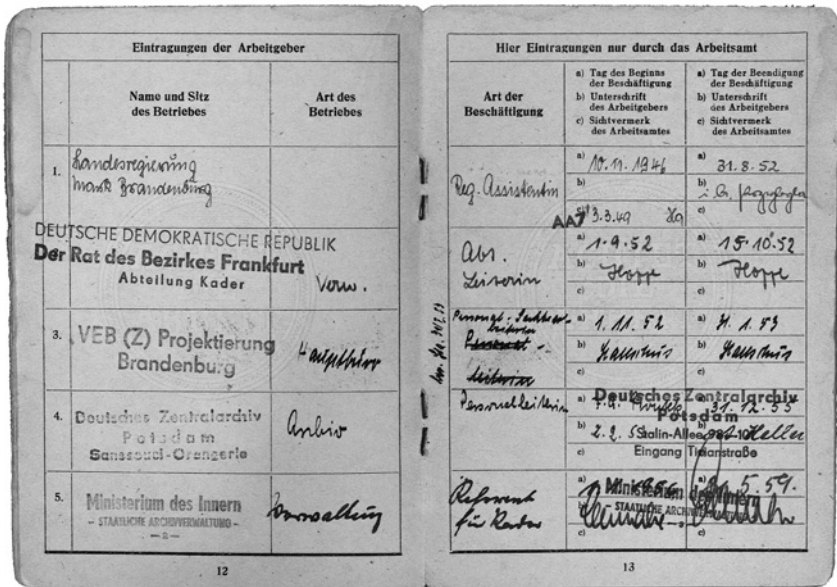
Helene Dreßler fand – wie viele damals – keine Arbeit in Thüringen. Die Not war groß, der Lebensunterhalt musste verdient werden. Eine ihrer beiden Schwestern war in Berlin geblieben und lebte bei Verwandten; ihr Mann hatte in Breslau als Steinmetz gearbeitet und in der Branche einen guten Freund, den Steinsetzer Paul Hentschel, gehabt. Hentschel war im Februar 1942 von der Wehrmacht zur Roten Armee übergelaufen und hatte im folgenden Jahr in Krasnogorsk das Nationalkomitee Freies Deutschland mitbegründet, im Frühjahr 1945 die KPD-Parteischule in Moskau besucht. Nach der Kapitulation arbeitete er von Juni 1945 bis Juli 1949 in der Landesregierung Brandenburg,

zuerst als stellvertretender Leiter und Leiter der Abteilung Inneres und dann als Leiter der Abteilung Personal und Schulung.³ Er war es, der den Großvater, den Onkel und wenig später auch die Mutter mit Arbeitsstellen in Potsdam versorgte, was einen Umzug von Fraureuth in die schwer zerstörte Stadt zur Folge hatte.

Neue Lebenswelt, Schülerin an der Grund- und Oberschule (1946–1953, 1953–1955) und Freundschaften

Großvater Richard erhielt im Stadthaus eine Pförtner- bzw. Wächterstelle. Sein Häuschen stand in der Mitte des Foyers, gleich nachdem der Besucher die geschwungene Treppe betreten hatte. Dort saß er jahrelang, bis er später seitlich an der Einfahrt zum Hof – nun mit seinem Schäferhund – die ein- und ausfahrenden Fahrzeuge bewachte. Helene Dreßler fing im November 1946 als Regierungsassistentin in der Abteilung Allgemeine Verwaltung bei der Provinzialregierung Mark Brandenburg mit Sitz in der Heinrich-Mann-Allee (dem Gebäude der heutigen Landesregierung) an zu arbeiten. Ihre erste Tätigkeit galt einer Volks- und Berufszählung bzw. der Erfassung von Beschäftigungen. Sie klopfte in der Anfangszeit auch Trümmersteine am Alten Markt. Als Mitarbeiterin erhielt sie freies Essen und eine extra Schnitte Brot, die sie stets ihren Kindern heimbrachte. Ab April 1948 arbeitete sie unter der Leitung Paul Hentschels in der Abteilung Personal der (ab 1947) Landesregierung Brandenburg. 1947 trat sie auch in die SED ein. Sie war sehr überzeugt und engagiert, betreute beispielsweise eine staatliche Nähstube für die Angestellten der Regierung. Dort wurde Bettwäsche geflickt oder aus Resten Kleidung genäht. Außerdem war sie im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund wie auch im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) organisiert und setzte sich dafür ehrenamtlich ein. Ihre verlust- und verzichtreiche Vergangenheit konnte sie mit der für ihre Familie typischen »sozialen Ader« in unzähligen Aktivitäten ausgleichen, war für andere da, fühlte sich gebraucht.

3 Die Angaben zur Person stammen aus: »Wer war wer?« Biografisches Handbuch, <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/paul-hentschel>, abgerufen am 2.12.2024, sowie aus: Torsten Hartisch: »Zum Landrat nicht geeignet«. Leitendes Personal der zentralen, regionalen und lokalen Verwaltungsdienststellen 1945–1952 (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 78), Berlin 2022, S. 318–320.



Helene Dreßlers Sozialversicherungsausweis mit Eintragungen ihrer Arbeitsverhältnisse ab November 1946 (Foto: Francisca Drechsler)

Die erste Unterkunft der im August 1946 ohne Wohnungszuweisung in Potsdam Zugezogenen befand sich in der Leiblstraße: ein stattliches Mehrfamilienhaus mit einer großzügigen Wohnung, welche sicherlich ein Anwalt oder Arzt bewohnte. (Nur wer arbeitete, durfte überhaupt zuziehen.) Ein Zimmer hatten sich bereits Tante, Onkel, Cousine und die Großeltern geteilt, und die drei Dreßlers kamen für die ersten Nächte noch hinzu. Ein eigenes Bett gab es nicht; Marlies schlief bis zu ihrem achten Lebensjahr neben der Mutter. Jeder brauchte Nahrung, Toilette und Waschmöglichkeiten. Heute fragt man sich: »Wie ging das überhaupt?« »Es musste gehen!« Und was haben damals die Wohnungsinhaber gedacht und gefühlt? Wie würde man selbst darauf reagieren, in allgemeiner Not Wohnraum teilen zu müssen?

Allen acht Personen wurde bald eine Bleibe in dem vornehmen Gebäude der Zeppelinstraße 11 zugewiesen, welches neben einer Druckerei lag. Im Parterre kamen Tante, Onkel und Cousine bei Familie Heine unter, die Großeltern und Dreßlers bei Familie Röstel im zweiten Obergeschoss. Deren familiäre Aufnahme und herzensgute Gastfreundschaft wurde für Marlies Ross zu einer der nachhaltig eindrücklichsten zwischenmenschlichen Begegnungen. Das Mittelzimmer (früher wohl das Speisezimmer) im Zentrum der großzügigen Vier-Raum-Wohnung mit Balkon war Abstellraum für nicht benötigte Möbel,

vor allem aber Durchgangsraum in alle anderen Räume. Das Herrenzimmer bewohnte das Ehepaar Röstel, das ehemalige Schlafzimmer die Schwiegermutter, die Neuankömmlinge waren anfänglich zu fünft in einem kleinen dritten Zimmer untergebracht. Hinter der Küche in der Abstellkammer am Dienstabotenaufgang lebte Herr Block als Untermieter. Küche und Toilette (kein Bad) wurden von allen genutzt. Nach dem Tod von Frau Röstels Mutter bezogen die Dreßlers deren Zimmer mit Blick zur Zeppelinstraße. Herr Röstel war gebildet, Studienrat; seine Frau war mütterlich, wurde für Marlies alsbald »Tante Röstel«. Im Mittelzimmer, vom Trubel der Wohngemeinschaft weitgehend unbehelligt, durfte Marlies spielen. Hier residierte aus Kindersicht ein voluminöser Schreibtisch, auf dem wunderbare Sachen wie Drehbleistifte und Radiergummis zu finden waren. Im Akademikerhaushalt gab es Bücher! Ebenso wurde der Dachboden für Marlies zum beliebten Aufenthaltsort; dort fanden sich ausranierte und interessante Gegenstände sowie auch getragene Kleidung. Um in der Nähstunde des Schulunterrichts (etwa in der fünften Klasse) mithalten zu können, trennte sie von einigen der Altkleider die Nähte und schneiderte sich einen Rock und eine Bluse. Das war die Grundsteinlegung für ein lebenslanges Vorgehen, denn es gibt bis zum heutigen Tag annähernd nichts, was weggeworfen wird: »Da kann man doch noch was draus machen!« In der eigenen Familie wie im Kollegenkreis setzte sie immer wieder durch, brauchbare Gegenstände nicht wegzuerwerfen, sondern geschickt zu verarbeiten oder an Bedürftige abzugeben. Über fünfzig Jahre später, nach dem Auszug des von ihr geleiteten Landesarchivs aus dem Schloss Oranienbaum, drang sie im Kollegium darauf, Nutzbares an eine Behindertenwerkstatt abzugeben, deren Zöglinge dann als Gegenleistung die leeren Diensträume besenrein übergaben. In der Erinnerung an die als gut empfundenen rund drei Jahre in der Zeppelinstraße 11 und an Herrn Röstels frühen Tod liegt Wehmut. In seiner Person sah das neugierige, aber auch sehr brave und zurückhaltende Mädchen einen väterlichen Mentor, welcher ihr das Tor zum Wissenserwerb zu jener Zeit schon hätte weit öffnen können.

Nach etwa zwei Monaten Schule in Thüringen wurde Marlies sofort in die zweite Klasse der Clara-Zetkin-Grundschule (Klassenstufen 1 bis 8) der Brandenburger Vorstadt in Potsdam eingeschult – eine reine Mädchenschule. Die Klassenstärke belief sich 1946 auf etwa sechzig, im Folgejahr »nur noch« auf 43 Schülerinnen. Sieben Freundschaften haben mit regelmäßigen Treffen bis zum heutigen Tag Bestand. Der Vater der besten Freundin war ebenfalls Schuhmacher von Beruf, und deren Eltern feierten am gleichen Tag wie die eigenen Eltern ihren Hochzeitstag, was ohne Frage ein Kuriosum ist. Beide Freundinnen saßen in sämtlichen Schulen immer nebeneinander und wählten auch denselben Ausbildungsweg, waren die ersten Teilnehmerinnen des



Die Mädchenklasse der Clara-Zetkin-Schule in Potsdam-West mit 43 Schülerinnen und Klassenlehrerin Fräulein von Marnitz, rechts neben ihr Marlies Dreßler, 1947

zweijährigen Ausbildungsganges zum staatlich geprüften Archivar in der am 1. September 1955 neu gegründeten zentralen Ausbildungsstätte, der Fachschule für Archivwesen mit Sitz in Potsdam.

Unterricht und gestaltete Schülerfreizeit eröffneten Marlies Dreßler neben der frühen Bildung und Erziehung vor allem ein Leben in Gemeinschaft mit Gleichaltrigen. Die Lehrerinnen der Anfangsjahre waren ausnahmslos gestandene alte Damen, sogenannte Fräuleins, die den vielen Schülerinnen solide Grundschulkenntnisse sowie Hauswirtschaftskunde praktisch beizubringen wussten. Fräulein von Marnitz, auf dem Klassenfoto sichtlich zwischen ihre Zöglinge geklemmt, führte diese bis zur fünften Klasse. Marlies ist (neben ihrer Lehrerin) in auffällig verspannter Körperhaltung zu sehen, weil ihr kurz vor der Ablichtung eine Sitznachbarin in der Schulspeisung glitschige Leinensamensuppe über das Kleid gekleckert hatte, welches sie zu verbergen suchte. Eine von der Mutter verordnete Baskenmütze verursachte »Unbehagen« und »verschwand«, weil sich die Kameradinnen darüber lustig machten. Darüber hinaus entstanden schnell unkomplizierte Kontakte zu den Mitstreitern. In der Pioniergruppe gab es viele Arbeitsgemeinschaften, Aktivitäten und schöne Erlebnisse. Zu den regelmäßigen 1.-Mai-Demonstrationen marschierte sie mit oder zog im Winter mit dem Schlitten zum Rodeln auf den Ruinenberg in Sanssouci.

Ein Schuljahr lang war Marlies Vorsitzende des Freundschaftsrates und leitete die obligatorischen Fahnenappelle, bei denen alle Schülerinnen der

Schule auf dem Schulhof zusammenkamen, was sie durchaus gern tat. Sie empfand ihr Dasein ohne Zwang. Als Auszeichnung durfte sie zu den Weltfestspielen nach Berlin fahren und aufregende Tage im Ferienlager Wuhlheide mit vielen – auch ausländischen – Kindern verbringen. Es waren nicht alle Schülerinnen der Pionierorganisation beigetreten, jedoch beteiligten sich einige von ihnen häufig und gern auch gegen den Willen ihrer Eltern an den Veranstaltungen – ausgenommen eine Klassenkameradin, deren älterer Bruder provokativ den verpflichtenden Russischunterricht am Gymnasium geschwänzt hatte und dafür wegen Sowjetfeindlichkeit vom NKWD verhört und letztlich (unter bis heute ungeklärten Umständen) erschossen worden war. Seinerzeit drang davon nichts nach außen, nur die Trauer der immer schwarz gekleideten Mutter fiel auch den Mitschülerinnen auf. Außerschulisch ging Marlies zum Mandolinen-Unterricht Alexander Otts, der ein Jugendorchester leitete und seine jungen Musiker nicht nur an verschiedenen Instrumenten ausbildete, sondern auch kleine Aufführungen organisierte.

Ab der sechsten Klasse bereicherten Junglehrerinnen den Lehrkörper – von ihren Schülerinnen verehrt und umschwärmt. Besonders die Russisch-Lehrerin beeindruckte, aber auch die für Erdkunde und Musik. Schulbücher gab es kostenfrei für alle. Alles, was schulisch geplant und gemeinsam unternommen wurde – wie die ab der vierten Klasse regelmäßig wahrgenommenen Theateranrechte (Abonnements) für Stücke des Hans-Otto-Theaters –, wurde von dort aus auch bezahlt. Vorhandene materielle Unterschiede fielen dadurch deutlich weniger ins Gewicht als heutzutage. Es war nicht das Geld der Eltern, welches es ermöglichte, an einer Veranstaltung teilzunehmen oder nicht. Unter den Kameradinnen stach keine besonders heraus, weder durch außergewöhnliche Kleidung noch durch Besitz. Allenfalls bei gegenseitigen Besuchen wurde die Art der Situiertheit an der Unversehrtheit der Wohnungseinrichtung sichtbar. Allerdings war die »Tanzstunde«, in der weibliche und männliche Teenager neben klassischen Gesellschaftstänzen auch Umgangsformen und Benehmen lernen sollten, keine schulische Veranstaltung. An ihr konnten oder wollten nicht alle Mitschülerinnen teilnehmen. Neben einer Teilnahmegebühr waren ein Kleid für die Prüfung und eines für den Abschlussball vonnöten. Wegen Fehlen des Letzteren musste Marlies schmerzlich auf die »Tanzstunde« verzichten.

Sehr beliebt waren Klassenfahrten, welche u. a. in die Nähe von Rheinsberg oder in die Sächsische Schweiz führten, wo vor Ort in Schulen Strohmatten zur Übernachtung bereitlagen. Nach einem der Kinderferienlageraufenthalte kehrte Marlies im Jahre 1950 zurück nach Potsdam und wohnte auf einmal in der Clara-Zetkin-Straße 13, zwei Häuser von ihrer Schule entfernt, Ecke Feuerbachstraße. Helene Dreßler hatte für sich und ihre Kinder eineinhalb

Zimmer einer Dreieinhalb-Zimmer-Wohnung – die restlichen Räume waren bis zum Zuzug einer vierköpfigen Familie ca. ein Jahr später versiegelt – in der zweiten Etage des Eckhauses zur Verfügung gestellt bekommen. Die Küche war mit einfachsten Möbeln der Mietvorgänger bestückt, die Zimmer mit dem Notwendigsten möbliert. Von der Decke hing eine Glühbirne, und alle Fenster, für die es keine Gardinen gab, wurden abends mit Laken als Sichtschutz zur Feuerbachstraße verhängt. Das war das erste Zuhause, welches die Dreßlers – sicherlich als Würdigung der gesellschaftlichen Arbeit der Mutter – vorerst wieder für sich allein in Anspruch nehmen konnten. Helene Dreßler arbeitete und verdiente, kaufte fortan von jedem Gehalt Stück für Stück Besteck oder Möbel, einen Kleiderschrank sowie einen kleinen Tisch, der zu den von Röstels geschenkten Sesseln passte, manch anderes auch auf Abzahlung. Manchmal lieh sie sich etwas Geld, um die nötigste Ausstattung anschaffen zu können, die so mit der Zeit wuchs.

Der eigentliche Kristallisationspunkt des mütterlichen Familienzweigs befand sich in der Lennéstraße 71, wo die jüngste Schwester mit Ehemann und wachsender Kinderschar eine moderne Dreieinhalb-Zimmer-Wohnung bezogen hatte, in der man regelmäßig zusammenkam und wichtige Feste gemeinsam beging. Die Großeltern hatten direkt gegenüber neben dem damaligen Hans-Otto-Theater Unterkunft gefunden. Großmutter war für alle da, kochte, wusch, besorgte den Haushalt, war Anlaufstation für die Enkel, deren Mütter auch an den Sonnabenden arbeiteten. Nur sie selbst hatte zu gegebener Zeit das Nachsehen: Es fehlten die Einzahlungen in die Sozialversicherung, was sich bitter auf ihre Altersversorgung auswirkte. Durch den engagierten Einsatz eines Schwiegeronkels erhielt sie schließlich doch eine kleine Rente. Die Tante arbeitete im Handel, einige Zeit im »Russenmagazin«, welches sich neben dem Stadtpalais in der Brandenburger Straße (heute noch KARSTADT) befand, später in einer Fleischerei in der Jägerstraße, danach in der Gastronomie. In all diesen Bereichen verhungerte man nicht – nicht zu vergleichen mit einer Tätigkeit in der Verwaltung. Für Marlies war meist ein Platz am Tisch mit eingedeckt. Nach Gründung der staatlichen Einzelhandelsorganisation HO Ende der Vierzigerjahre konnte sich zwar die Bevölkerung Lebensmittel ohne Marken kaufen, allerdings kostete dort zum Beispiel ein Schweineohr fünf Mark, eine Streuselschnecke zwei Mark. Auch die Tante in Berlin-Weißensee, die ein Modegeschäft leitete, verhielt sich Marlies gegenüber stets großzügig. Möglicherweise war dieser enge familiäre Zusammenhalt (neben den beruflichen wie gesellschaftlichen Verpflichtungen der Mutter und einem guten nachbarschaftlichen Umgang) einer der Gründe, weshalb es in Potsdam keinen Kontakt zu anderen Flüchtlingsfamilien, sogenannten Umsiedlern, in Westdeutschland »Heimatvertriebene«, gab. Der große Verlust des vorherigen

Daseins war ihr bewusst, doch es entstand kein trauriger Rückblick mit dem Gefühl, wieder zurückkehren zu wollen.

Am 1. September 1952 wurde Helene Dreßler im Zuge der Neugliederung und Bildung der vierzehn Bezirke – der einschneidenden Verwaltungsreform der DDR – zum Rat des Bezirkes Frankfurt (an der Oder) als Leiterin der Kaderabteilung berufen. Der Parteauftrag nahm auf private Verhältnisse keine Rücksicht. Bruder Norbert – von gutmütigem Charakter und handwerklich begabt – hatte eine Lehre bei der Märkischen Volksstimme als Schriftsetzer begonnen und kurz vor deren Ende als Siebzehnjähriger einen Betriebsunfall erlitten, bei dem er sich zwei Finger der rechten Hand abtrennte. Er musste sich nach einem anderen Broterwerb umsehen und ging zur frisch gegründeten Kasernierten Volkspolizei. Die dreizehnjährige Marlies war in gewisser Weise durch Schulbesuch und Einkehr bei den Großeltern »getaktet«, aber dennoch allein in der Wohnung zurückgeblieben. Manchmal stand sie stundenlang hinter der Glastür zum Flur, aus Furcht, aufgrund der beiden versiegelten Zimmer von Fremden überrascht zu werden. Ihr Verhalten muss die Mutter dazu bewogen haben, nach zwei Monaten auswärtiger Tätigkeit zurückzukehren. Sie arbeitete danach bis Januar 1953 bei dem VEB Projektierung Brandenburg, im Februar desselben Jahres wurde sie Leiterin der Personalabteilung des 1946 gegründeten Zentralarchivs in der sowjetischen Besatzungszone bzw. des Deutschen Zentralarchivs, welches bis zu seinem Umzug in die Stalinallee (Berliner Straße) 1955 im Ostflügel der Orangerie von Potsdam-Sanssouci untergebracht war.

Für Marlies begann im September 1953 der Unterricht an der Oberschule in der Dortustraße, wofür im Vorfeld entsprechende Leistungen erbracht werden mussten. Sogar logisches Denken (ein eher seltenes Urteil für ein junges Mädchen) war ihr auf einem der Zeugnisse bescheinigt worden. Zum Abschluss der Grundschule konnte sie ein »sehr gut« vorweisen. Das Ergebnis war ihrer Meinung nach auch deshalb zustande gekommen, weil sie einer Klassenkameradin Nachhilfestunden erteilt hatte. Um ihre Schularbeiten musste sich niemals jemand kümmern, worauf sie aber auch keinen besonderen Wert legte. Ab und an legte sie der Mutter lediglich ein Papier zur Unterschrift vor. Bemerkenswert ist aus heutiger Sicht die Formalie auf damaligen Zeugnisblättern: »Unterschrift des Vaters oder seines Vertreters«: offenbar ein Relikt aus alten Zeiten, von der Realität überholt. Neu war ab 1953 der gemischte Unterricht, sodass das jeweils andere Geschlecht »berochen« und »Sympathien entwickelt« wurden. Die älteren Jungs erschienen natürlich wesentlich interessanter als die gleichaltrigen, wobei diese sich nicht um die jüngeren Mädchen kümmerten. Hans-Joachim Giersberg, 1991/95–2001 Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, ging in die Parallelklasse. Dreieinhalb Jahrzehnte später kreuzten

sich ihre Wege dienstlich bei den kunsthistorischen Untersuchungen und Vergleichen der niederländischen Fliesenkeller in den Schlössern Caputh und Oranienbaum – und ein weiteres Mal 1988 (Marlies selbst als Gast) bei einem Empfang österreichischer Museumskollegen in Weimar, die nach der großen DDR-Ausstellung (Potsdam, Dresden, Weimar, Wörlitz) auf der Schallaburg bei Wien Gäste der Ausstellermuseen waren.

Marlies' Aktivitäten in der FDJ waren an der Dortu-Schule im Vergleich zur Pionierarbeit sehr zurückgegangen. Es hatte sich nicht ergeben, sie besaß nicht einmal ein »Blauhemd«. Die Plantage (an der stark beschädigten Garnisonkirche gelegen, welche bis zum Sommer 1968 noch stand) diente als schulischer Sportplatz und wurde »Plente« genannt. Eine Sporthalle gab es nicht. Auch an der Oberschule waren die für Schüler kostenfreien Ferienfahrten nach Jugendobjekten in Heringsdorf an der Ostsee oder in Bad Saarow Bestandteil eines regen Schullebens. Nach Beendigung der 10. Klasse legte Marlies eine Prüfung ab, welche ihr den Erwerb der mittleren Reife mit einem »gut« in sämtlichen Fächern bestätigte. Es war wohl das erste Schuljahr, in dem ein regulärer Mittlerer-Reife-Abschluss erfolgen konnte. Während der Oberschulzeit (1954) waren Helene und Marlies Dreßler in die Feuerbachstraße 41 gezogen.

Ausbildung an der Fachschule für Archivwesen zur Staatlich geprüften Archivarin (1955–1957)

Allgemeine Überlegungen zum künftigen beruflichen Werdegang von Marlies Dreßler – sie selbst hatte dazu zu gegebener Zeit keine eigenen Vorstellungen – besiegelte ein Besuch des frischvermählten Ehepaars Beck im mütterlichen Wohnzimmer. Dr. Friedrich Beck war von 1953 bis 1956 als wissenschaftlicher Referent (Absolvent des Instituts für Archivwissenschaft, IfA) im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) sowie im selben Zeitraum als Lehrbeauftragter an der neu gegründeten Fachschule für Archivwesen tätig, und seine Frau Margot stand im selben Archiv als Diplomarchivarin in Lohn und Brot. Die gute Bekanntschaft beider zur Mutter hatte sich aus der unmittelbaren Nachbarschaft des BLHA und des Deutschen Zentralarchivs in der Orangerie ergeben, man wertschätzte sich. Helene Dreßler lud, möglicherweise aus Dankbarkeit für so manche menschliche wie materielle Unterstützung, eines Tages zum Essen ein und stellte selbstgekochte Rouladen auf den Tisch. Die Gespräche berührten auch die Neugründung der genannten Fachschule, in welcher Beck das Fach Paläographie lehrte. Er war zu der Überzeugung gelangt, dass Tochter Marlies dort eine vielversprechende praxisverbundene,

keine rein wissenschaftliche Ausbildung erwarte, zudem auch ihre Mutter für eine rasche Berufstätigkeit mit Gehaltszahlungen plädierte.

Für die Ausbildung wissenschaftlicher Kader des Archivwesens war in der DDR ab 1950 das Institut für Archivwissenschaft zuständig, welchem von 1951 bis 1970 der Direktor Dr. Helmut Lötzke vorstand. Die postgradualen Lehrgangsteilnehmer hatten – insbesondere in den späteren Studiengängen – ihr erworbenes Fachwissen mit den Anforderungen der marxistisch-leninistischen Gesellschaft zu verknüpfen und sich als spezifische informationswissenschaftliche Disziplin zu verstehen.⁴ An der Fachschule für Archivwesen der DDR wurden mittlere Kader mit der Berufsbezeichnung Archivar bzw. bis 1975 staatlich geprüfter Archivar ausgebildet, und zwar für alle Archivtypen, insbesondere für den Einsatz in Staatsarchiven, Kreis- und Stadtarchiven, in Verwaltungsarchiven von Organen, Betrieben und Einrichtungen. Künftige Archivare mussten auf eine vielseitige und flexible Einsetzbarkeit hin geschult werden. Vor allem die durch die Verwaltungsreform von 1952 in der DDR entstandenen Schrift- und Archivgutmengen mussten qualifiziert bearbeitet werden. Entsprechende Kräfte sollten sich auch per Fernstudium ausbilden lassen können. Zum anderen bedurfte es für die mittlere Archivlaufbahn in der DDR einer Legitimierung in Anpassung an den Status einer Fachschule. Zwanzig Direktstudenten, die zuvor Eignungs- bzw. Aufnahmegespräche durchlaufen hatten, wurden im September 1955 erstmalig immatrikuliert. Hauptreferent für Kader und Ausbildung der Staatlichen Archivverwaltung (StAV) war seinerzeit Paul Schwabe unter dem Leiter der StAV Otto Meier sowie dem Leiter der Fachschule Dr. Helmut Lötzke, ab 1956 Dr. Botho Brachmann.⁵

Marlies Dreßler wurde als jüngste Teilnehmerin von insgesamt vierzehn Teilnehmern – elf Frauen und drei Männer, was sich bei den IfA-Lehrgängen geschlechterspezifisch genau umgekehrt verhielt – nach einer Aufnahmeprüfung bei drei Prüfern, u. a. Friedrich Beck, zum ersten Ausbildungsjahrgang zugelassen. Der Unterricht fand in einem der oberen Räume der Orangerie statt – kein unbekanntes Terrain, da die Mutter als Gewerkschaftlerin häufig Kinder-Weihnachtsfeiern für die (Marlies zum großen Teil bekannten) Mitarbeiter und deren Nachwuchs organisierte. Die gestellten Fragen berührten Themen wie: Welche Bedeutung haben Archive für den Staat? Welche Akten

4 Die Informationen aus dem Taschenbuch »Staatliches Archivwesen der DDR«, hg. v. der Staatlichen Archiverwaltung und dem Ministerium des Innern, Berlin 1971, S. 38.

5 Aufgaben und Organisation der Fachschule werden beschrieben in: Das Bundesarchiv: Fachschule für Archivwesen »Franz Mehring«, Potsdam, Einleitung: <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DO7-29690/index.htm?kid=604662e5-35a6-4324-91e2-cofo1311a7fa>, abgerufen am 22.10.2024.



Vierzehn Fachschülerinnen und drei Fachschüler des ersten Ausbildungsganges an der Zentralen Fachschule für Archivwesen der DDR, Berufsziel: staatlich geprüfter Archivar, ab September 1955

kommen in Archive? Welche Werke von Thomas und Heinrich Mann sind geläufig und welche Schriften des Marxismus-Leninismus? Warum ist es wichtig, deutsch-sowjetische Freundschaft zu pflegen? Welche Unterschiede gibt es bei den Thesen Luthers und Müntzers in der frühen Reformationszeit? Neben ausgeprägten persönlichen Sympathien beruhte Becks Votum sicherlich auch auf Marlies Dreßlers rascher Auffassungsgabe und ihrem offen-kameradschaftlichen, »gruppentauglichen« Wesen, denn ihr Oberschulabschluss mit entsprechendem Allgemeinwissen entsprach nicht dem eines Abiturs.

Die Teilnehmer des ersten Fachschullehrgangs erlebten sich als Probanden, denn ihre Dozenten waren überwiegend junge Wissenschaftler und Absolventen des IfA, Lehrgang 2, wie Friedrich Beck, Gerhart Enders, Hans-Stephan Brather und Ingo Rösler, welche am Deutschen Zentralarchiv oder am BLHA tätig waren und meist ohne methodisch-didaktische Erfahrungen mit ihrem erst vor Kurzem erworbenen Wissen begannen, Kriterien für dieses neue Berufsbild aufzustellen. Ihre Kenntnisse, die sie sich in der Auseinandersetzung mit der Fachliteratur und den Standards des Reichsarchivs und des Preußischen Geheimen Staatsarchivs angeeignet hatten, gaben sie unmittelbar an die Fachschüler weiter, weshalb Marlies Ross im Rückblick ihre seinerzeitige

Ausbildung um vieles profunder und hochwertiger einschätzt als diejenige in den folgenden Jahren, in denen die Studienpläne zugunsten einer »Verknüpfung von Theorie und Praxis« angepasst wurden, doch jene Aufbruchsstimmung und Passion den späteren hauptamtlichen Dozenten offenbar fehlte.

Vermittelt wurden die allgemeinbildenden Fächer Gesellschaftswissenschaft, Deutsch, Russisch (Ingo Rösler), Latein, Französisch (Lieselott Enders), Körpererziehung. Fachwissenschaftlich wurden gelehrt Deutsche Geschichte und Landesgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Verwaltungsgeschichte des Staates, Verwaltungsgeschichte der Wirtschaft, Betriebsökonomie, Archivkunde (Gerhard Enders), Aktenkunde der Staatsverwaltung, Aktenkunde der Wirtschaft, Verwaltungstechnik, literarische Quellenkunde, Paläographie (Friedrich Beck), Münz-, Siegel-, Wappenkunde und Genealogie und Chronologie. Im Privatarchiv von Marlies Ross befinden sich noch diverse Mitschriften (bspw. über Siegel- und Wappenkunde) als auch die Fragen einer Prüfung im Fach Geschichte (hier in Auszügen genannt), welche damalige gesellschaftspolitische Interpretationen widerspiegeln: 1.) Nennen Sie die wesentlichsten Merkmale der wirtschaftlichen Situation in Deutschland um 1500. 2.) Warum verschlechterte sich die Lage der Bauern gegen Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts? 3.) Worin liegen die Gründe für die allgemeine Verbitterung des deutschen Volkes gegen die Papstkirche? 4.) Worin liegen die Hauptverdienste des deutschen Humanismus? 5.) Worin zeigt sich der bürgerlich-gemäßigte Charakter der lutherischen Revolution? 6.) Worin bestand der revolutionäre Charakter der Lehre Müntzers von der Volksreformation? 7.) Worin bestanden die Unterschiede zwischen der gemäßigt bürgerlichen Reformation Luthers und der revolutionären Volksreformation Müntzers? 8.) Worin bestanden die Unterschiede zwischen der gemäßigt bürgerlichen Reformation Luthers und der revolutionären Volksreformation Müntzers? Alle neuen Fächer bereiteten Marlies Ross in der Aufnahme und Umsetzung keinerlei Schwierigkeiten; nur Latein stellte eine Hürde dar, weshalb es für sie und fünf weitere Fachschüler ohne Vorkenntnisse Extraunterricht bei Herrn Gold gab. Beliebte war Französisch, das Frau Dr. Enders lehrte, bei gutem Wetter häufig auch im Innenhof.

Die Ausbildung schuf ein ausgezeichnetes, solides, einheitliches Fundament für die Arbeit eines Archivars – diese Überzeugung sollte sich für Marlies Ross nach 1989/90 in der Zusammenarbeit mit Archivaren aus Westdeutschland und entsprechender Ausbildung häufig bestätigen. Dabei lagen die Ansprüche der jungen Akademiker an die IfA-Ausbildung nach beendetem Universitätsstudium naturgemäß bei Weitem über denen der Fachschüler, welche gerade erst die Schule verlassen hatten. Die Räumlichkeiten der Fachschule befanden sich ebenso wie die des IfA im Gebäude des Deutschen Zentralarchivs in der Stalinallee / Berliner Straße, einem älteren Neubau, was dazu führte, zwanglos den sogenannten IfAnten, seinerzeit Lehr-

gang 4 mit Hartmut Ross, Wolfgang Blöß, Hermann Schreyer, Meta Kohnke, Reinhard Kluge, Gebhard Falk, Johannes Kornow u. a. zu begegnen – beim gemeinsamen Mittagessen im Speiseraum, während der Pausen auf dem Innenhof oder im Keller zum Tischtennis. Daraus entwickelten sich zahlreiche Verbindungen bzw. Ehen.

Marlies Dreßler erhielt im Juni 1957 ein Schreiben des damaligen Vorsitzenden der »Absolventen-Lenkungs-Kommission« der Staatlichen Archivverwaltung Dr. Botho Brachmann. Darin teilte ihr die Kommission mit, dass sie zu Beginn des Monats September desselben Jahres im Deutschen Zentralarchiv als Staatlich geprüfte Archivarin eine Tätigkeit aufnehmen könne, und zwar mit dem damals grundsätzlich üblichen unbefristeten Vertrag. Der genaue Arbeitsbeginn (Uhrzeit) werde noch rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Zuordnung des Arbeitsplatzes beruhte wohl auch auf der Überlegung, dass für sie – eine von insgesamt zwei Potsdamer Absolventen – im Gegensatz zu den anderen am Arbeitsort keine Unterkunft gefunden werden musste. Bei Absolventen mit auswärtigem Heimatort kam immer gleich die Frage auf: »Wo bringen wir dich unter?« Zum anderen liegt die Vermutung nahe, dass die Tätigkeit der Mutter nicht ganz ohne Einfluss geblieben war: Helene Dreßler arbeitete von Januar 1956 bis August 1959 in der Kaderabteilung der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern, welche aus der Personalabteilung des Deutschen Zentralarchivs hervorgegangen war und Anfang der Fünfzigerjahre zur übergeordneten Behörde wurde, als Leiterin bzw. Referentin bei Paul Schwabe; hinzu kamen das weitreichende gesellschaftliche Engagement, ihr guter Ruf sowie die zahlreichen Verpflichtungen als Alleinerziehende für zwei Kinder. Zu Beginn des Jahres 1957 hatten Helene und Marlies Dreßler eine Zuzugsberechtigung für eine Wohnung in der Hans-Sachs-Straße 6 erhalten, womit die knapp Achtzehnjährige erstmals in ihrem Leben ein eigenes Zimmer erhielt.

Mitarbeit im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam (1957–1961), Werbungen des MfS, Berliner Mauerbau und eine Hochzeit

Das Deutsche Zentralarchiv (DZA) war zuständig für die Bestände seiner beiden Vorgänger, des Reichsarchivs in Potsdam und des Preußisches Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, mit den Akten der aufgelösten zentralen Reichs- und preußischen Behörden sowie für Bestände aus unterschiedlichen kriegsbedingten Auslagerungsorten im Gebiet der Sowjetischen Besatzungs-



Marlies Dreßler als Berufsanfängerin im Deutschen Zentralarchiv, 1957

zone, und war verantwortlich für die Übernahme von archivwürdigen Akten zentraler DDR-Staats- und Wirtschaftsorgane.

Marlies Dreßler hatte weisungsgemäß ihr Kommen dem Direktor der Dienststelle Dr. Helmut Lötze schriftlich mitgeteilt. Sie begann ihre Tätigkeit im September 1957 im Referat A2 »Auswärtiges« an Beständen des Auswärtigen Amtes des ehemaligen Deutschen Reiches (1871–1945). Sie wurde entsprechend ihrer Ausbildung mit Erschließungsaufgaben an den Akten der chinesischen Botschaft, der Presseabteilung und einiger wirtschaftspolitischer Abteilungen betraut. Anhand unzähliger Pressemitteilungen ließen sich die politischen Aktivitäten von Außenminister Joachim von Ribbentrop (1938–1945) verfolgen und vermittelten der Berufsanfängerin Zusammenhänge und Erkenntnisse in Bezug auf die Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Sie brachte die Überlieferung in die Ordnung, die durch Aktenpläne bereits vorgegeben, aber durch Kriegswirren zerstört worden war, oder sie schuf neue, den Behörden entsprechende Sachordnungen. Als Abschluss der Bestandsbearbeitung schrieb sie eine Bestandsgeschichte.

Sie stellte sich praktisch der zuvor theoretisch behandelten Aufgabe, dass ein Archivar archivwürdige Schriftquellen zu sichern und zu bewahren, aber auch relevante Quellen für Anfragen und Forschungsvorhaben zugänglich zu machen hat. Zu diesem Zweck werden in Archiven »Findhilfsmittel« – wie in Bibliotheken Kataloge – erarbeitet, welche eine genaue Übersicht über das vorhandene Archivgut vermitteln, indem sie dessen einzelne Einheiten knapp und präzise inhaltlich beschreiben, sodass der Benutzer die für sein Thema einschlägigen Akten ermitteln und bestellen kann.

Im Dienstleistungszeugnis (datiert auf den 20. September 1961) bescheinigte Dr. Lötze Marlies Ross (so seit ihrer Eheschließung 1961) für den Zeitraum vom 1. September 1957 bis zum 31. Mai 1961 neben den von ihr geleisteten Ordnungs- und Verzeichnisarbeiten die Prüfung und Entscheidung von Kassationen unter wissenschaftlicher Anleitung. Außerdem hatte sie sich mit der selbstständigen Bearbeitung einiger Probleme der Registraturgliederung sowohl der Presse- als auch Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes befasst und sich insbesondere in der Aufgabe bewährt, große Mengen verschiedenartigster Fragmente in dessen Registraturen einzuordnen. Bei der Bewältigung dieser vielseitigen Aufgaben zeigte sie eine schnelle Auffassungsgabe, einen guten Überblick über die zum Referat gehörenden Bestände und Geschick bei der praktischen Ausführung. Auf gesellschaftlichem Gebiet wurde ihre Tätigkeit als Hauptkassiererin der Deutsch Sowjetischen Freundschaft (DSF) hervorgehoben, ebenso die regelmäßige Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen wie auch an den damals regelmäßig stattfindenden betrieblichen (wenngleich fachfremden) Aufbau- und Ernteeinsätzen.

In die ersten Dienstmonate am Deutschen Zentralarchiv fielen umfangreiche Rückgaben von nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschlagnahmten Beständen durch die einstige sowjetische Besatzungsmacht. Sie brachten über Wochen sehr aufwändige und viel Zeit beanspruchende Arbeiten mit sich. Tag für Tag kamen große Lkws mit Aktenbündeln (zum Beispiel »Auswärtiges Amt«, »Justiz«, »Inneres«), die entladen und den zuständigen Fachabteilungen zugeordnet werden mussten. In Reih und Glied, vom obersten Chef bis zum einfachen Magaziner, standen die Mitarbeiter stundenlang, fingen und warfen einander Bündel um Bündel zu. Die Packen à 20 cm × 25 cm waren mit Verschnürungen bzw. Gurten versehen, damit sie nicht aufgingen. Nach Zwischenlagerungen im sogenannten Packraum wurden sie gemäß den Provenienzen getrennt und in Aktenwagen in die jeweils dafür vorgesehenen Magazine und zuständigen Abteilungen weitertransportiert. Dort wurden sie für eine schnelle Benutzbarkeit geordnet. Schon als Fachschülerin hatte sich Marlies Dreßler an der körperlich schweren Arbeit im Zuge der Umlagerungen der Archivalien des Deutschen Zentralarchivs aus der Orangerie in die Gebäude an der Stalinallee beteiligt, welche heutzutage für Frauen bzw. junge Frauen allein arbeitsrechtlich nicht mehr vertretbar wäre. »Viele Tage meiner Dienstzeit im Zentralarchiv war ich eigentlich Transportarbeiterin.« Wie Trümmerfrauen bewältigten die Archivfrauen Unmengen schwerer Pakete. Die Orangerie als Sitz des DZA und BLHA war einer der Umschlagplätze für Aktentransporte jener Zeit. In den sogenannten Anfangsjahren wurden aus verschiedenen Auslagerungsorten Akten geholt, in Archive eingelagert und so gesichert.

1957 begannen drei Fachschülerinnen und ein IfA-Absolvent ihre Tätigkeit im DZA und trafen hier auf ein sehr angenehmes und kollegiales Arbeitsklima. Einige der bisherigen Dozenten wurden zu Vorgesetzten, die die beruflichen Neulinge nahtlos in den Dienstbetrieb integrierten – ein Glücksumstand, der Kommilitoninnen, die beispielsweise an das Staatsarchiv Weimar delegiert worden waren, nicht zuteilwurde. Es gab dort vor Ort keine sofortige Einbindung als anerkannte Fachkraft. Problematisch für weibliche Mitarbeiter erwiesen sich auch Gittermagazinböden in den Magazinen, auf denen sie nicht in Röcken laufen sollten. In jenen Jahren setzte sich erst allmählich durch, dass Frauen selbstverständlich Hosen trugen. Im Grunde genommen wollte man am Staatsarchiv Weimar auch keine Frauen. Die Potsdamer Arbeitsatmosphäre war aufgeschlossener als die verstaubte in der thüringischen Kulturstadt.

Ihr Arbeitszimmer teilte Marlies Dreßler mit der Archivarin Dorette Hartmann, welche ihre Fachausbildung zwei Jahre früher abgeschlossen hatte und ebenfalls dem Referat A2 zugeteilt war. Arbeiten unmittelbar an den Akten erfolgten im Magazin an einfachen Arbeitstischen in den Fensternischen oder zwischen den Aktenregalen. Zur Magazinarbeit wurden Arbeitskittel getragen,

in den Büros, bei der Benutzerbetreuung und in den Speiseräumen achteten vor allem die jungen weiblichen Mitarbeiterinnen auf »gepflegte Kleidung« – ihre modischen Absatzschuhe mit recht spitzen Absätzen waren in den Fluren meist nicht zu überhören.

Beim Abteilungsleiter für Organisatorisches und stellvertretenden Direktor Dr. Gerhart Enders fanden regelmäßige Arbeitsbesprechungen statt – nicht an einem ehrerbietenden Konferenztisch, sondern in lockerer Sitzordnung um seinen Schreibtisch herum. Jeder Mitarbeiter erhielt ein Mitspracherecht und konnte seine Probleme und Fragen vorbringen. Auch wenn man nicht in der Mitarbeiterhierarchie des Archivs an höherer Stelle stand, bspw. als dienst- bzw. altersmäßig jüngstes Mitglied, oder Fehler machte, keiner wurde abgekanzelt. Jeder in seinem Bereich wurde gefragt und jede Antwort ernstgenommen. Vor allem war Dr. Enders ein guter Vermittler von Fachkenntnissen, etwa in der Archivverwaltungslehre. Er war wesentlich an der Ausarbeitung der Ordnungs- und Verzeichnisgrundsätze (OVG) für die staatlichen Archive in der DDR beteiligt. Seine Kompetenz zeigte sich auch in der praktischen Arbeit. Marlies Dreßler konnte seine Vorgaben gut annehmen und umsetzen, weil sie auf sachlichen Argumenten beruhten und begründet waren. Ihm oblag die Leitung im Sinne einer umfassenden Organisation; er delegierte Spezialaufgaben in den Bereichen Aktenübernahmen und -transporte, Magazinauslastungen oder Benutzungsfragen an die Mitarbeiter der einzelnen Referate. Es herrschte eine kollegial-lockere Atmosphäre, in der gute Arbeitsergebnisse hervorgebracht wurden. Dem »menschlichen Ton« fehlten Arroganz und Abstufung.

Die ersten vier Berufsjahre im DZA waren für Marlies Dreßler prägend für die weiteren 42 Jahre als Archivarin, besonders aber für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Zunächst stärkte das Vertrauen in die fachlichen Kompetenzen der jüngsten Mitarbeiterin deren Selbstvertrauen, bewahrte sie aber auch – im Vergleich zu den Kollegen – vor Selbstüberschätzung. Zum anderen war der enge kollegiale Kontakt zwischen wissenschaftlichen und staatlich geprüften Archivaren eine Quelle der fachlichen und allgemeinen Bildung. In den Gesprächen während der gemeinsamen Frühstückspausen mit sechs bis acht Kollegen wurde Literatur empfohlen. Es wurde überhaupt viel über Bücher gesprochen, die damals kursierten und aus dem Westen kamen wie die von Franz Kafka oder Simone de Beauvoir. Es fanden Diskussionen und Meinungsaustausche zu unterschiedlichsten Bereichen, gesellige Zusammenkünfte und gemeinsame Feste statt, z. B. im Haus der Freien Deutschen Jugend, der ehemaligen Villa des Mühlenunternehmers Kampffmeyer nahe der Glienicker Brücke, oder in den etwas größeren Wohnungen der Familien Enders und Schmid – all das war anregend und horizonterweiternd. Die kollegiale Verbundenheit erstreckte sich bis hin zu Hilfen im privaten Bereich

wie dem gelegentlichen »Babysitten« der beiden Kinder von Lieselott und Gerhard Enders, die in der Geschwister-Scholl-Straße am Parkeingang zum Schloss Charlottenhof in einer modern eingerichteten Wohnung wohnten. Geschmackvolle Wohnaccessoires aus dem »Dürerhaus«, einem Geschäft mit Kunsthandwerk in der Klement-Gottwald-Straße (Brandenburger Straße), waren Ausdruck guten Geschmacks und Vorbild für Anschaffungen, die sich noch heute im Haus der Familie Ross finden.

Zu einer Spezialaufgabe, die Marlies Dreßler neben den Erschließungsarbeiten an den Beständen des Auswärtigen Amtes zu erledigen hatte, gehörte die Bearbeitung und Beantwortung von Sozialanfragen. Ende der 1950er-Jahre erreichte das DZA eine Vielzahl von Auskunftersuchen zur Versorgung von Angehörigen im Krieg Verbliebener. Da die einschlägigen Akten zu dieser Zeit noch im BLHA lagerten, musste sie zur aufwändigen Durchsicht häufig ihren Arbeitsplatz von der Stalinallee in die Orangerie verlegen – eine angenehme Abwechslung. Von Wichtigkeit war auch ihre Erstellung von Spezialinventaren aus den Beständen des Auswärtigen Amtes. Mit Titeln, Signatur und zeitlichem Umfang erstellte sie ein Inventar zu »Ozeanien« und im Juli 1961 eine Quellenzusammenstellung zur Geschichte der Türkei – außerdienstlich (aber mit entsprechender Genehmigung und Honorar) für den Historiker Professor Dr. Konstantin Kosev von der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia. Eine der ersten Aufgaben der achtzehnjährigen Dienstanfängerin war es, die Kapazität eines Magazinneubaues auf dem Gelände für die entsprechenden Archivalien zu berechnen, was ihr Dr. Enders zutraute und mit Sicherheit auch kontrollierte. Das in sie gesetzte und erfüllte Vertrauen zog »Folgeaufträge« nach sich.

Im Juni 1961 kehrte Marlies Ross voller Bedauern dem DZA im Zuge der eigenen Familiengründung und wegen des damit verbundenen Wegzugs aus Potsdam den Rücken. Ihr Ehemann Hartmut Ross, zunächst am Landeshauptarchiv Magdeburg tätig, leitete ab 1959 das Landesarchiv Oranienbaum. Hermann Schreyer, wissenschaftlicher Mitarbeiter des DZA, verarbeitete »das Ereignis« in einem seiner im Kollegenkreis legendären Jahresrückblicke in Form von gern gehörten satirischen Versen mit Gesang meist nach Schlagermelodien: »Der Januar brachte [...] den Tag, an dem Schlossherr Ross Jungfer Marlies plötzlich und fast allen unerwartet heimführte. Der gute Tänzer hatte seine Wunsch-Partnerin von sich zu überzeugen gewusst. Familie Ross hat damit die für jeden richtigen Archivar an sich selbstverständliche Pflicht der innerberuflichen Heirat erfüllt. Die durch Beschäftigung eines Ehepaares in einem Betrieb auftretenden Protokollprobleme sind von der Familie Ross – wie bei der diesbezüglichen Veranlagung des Familienvorstandes nicht anders zu erwarten war – beispielhaft gelöst worden. Als Landesarchivdirektor sagt



Hartmut Ross bei einem Ausflug, Ende der 1950er-Jahre

er zu ihr ›Sie‹, als Privatmann sagt er zu ihr ›Du‹. Es ist lediglich noch ungeklärt, wie man sich bei einem dienstlichen Gespräch im privaten Bereich, oder, falls ein solches nicht geführt wird, bei einem Privatgespräch im dienstlichen Bereich verhält. Gerüchte, man habe sich für solche Situationen auf das verhältnismäßig neutrale ›Ihr‹ geeinigt, wurden bisher noch nicht bestätigt. [...] Als unmittelbare Folge der genannten Heirat ist Marlies Weggang aus dem DZA zu betrachten. Wie ich bereits damals in meinen Abschiedsworten prophetisch feststellte, hat sich dieser Weggang in der von Herrn Enders geleiteten alljährlichen im November wiederkehrenden Aktion ›Metermaß‹ besonders ernst bemerkbar gemacht. Bekanntlich pflegte Herr Enders

seinen Mess- und Rechnungstrupp mit Marlies an der Spitze um sich zu versammeln, wo dann die Summe unserer Meterware erarbeitet wurde. Dieses Geschäft findet in diesem Jahr erstmalig dezentralisiert in den Referaten statt. Damit ist wieder einmal eine Erfahrungstatsache aus der Verwaltungsgeschichte bestätigt worden, wonach nämlich Institutionen, die stark auf eine Person zugeschnitten sind, mit dem Ausscheiden dieser Person zu Grunde gehen.«

Nach dem Umzug nach Oranienbaum kam es nur noch zu gelegentlichen Kontakten mit den Kollegen des DZA, die Nabelschnur nach Potsdam jedoch blieb unbeschädigt. Es fanden regelmäßige Besuche bei der Mutter und Verwandtschaft statt, Verbindungen zu bestimmten bestehenden Freundschaften wurden intensiviert. Durch gemeinsame dienstliche Arbeitsvorhaben der Ehemänner zu Beginn der 1970er-Jahre häuften sich Zusammenkünfte der Ehepaare Beck, Blöß und Ross. Anlässe für gesellige Begegnungen, bei denen auch gern und viel getanzt wurde, gab es häufig. Bestehen blieben und mit den Familien ausgebaut wurden die Jahrestreffen der IfA IV, die in sehr reduziertem Kreis bis heute erhalten geblieben sind.

In jenen Jahren vor dem 13. August 1961 litt die DDR unter dem massiven Schwund von Fachpersonal durch deren Flucht nach Westdeutschland. Marlies

Dreßler traf die Fluktuation – bis auf einen sie betreffenden Fall, von welchem gleich die Rede sein wird – weder in der Familie noch im engeren Freundeskreis so stark wie andere Zeitgenossen. Dass Personen weggingen, spielte natürlich eine Rolle sowohl in ihrem eigenen Beruf, vor allem aber in medizinischen oder Ingenieurberufen und überall dort, wo die Ausbildung vortrefflich war. Fachkräfte wurden gebraucht und aufgebaut wie ebenso gezielt von westlicher Seite abgeworben. Dagegen gingen das Ministerium des Innern (MdI) und das Ministerium der Staatssicherheit (MfS) vor. Man versuchte festzustellen, ob sich in Gesprächen unter Mitarbeitern Fakten abzeichneten, die auf eine »Republikflucht« oder auch die illegale Verbringung von Archivgut hinwiesen. Einen Anlass suchten und fanden die beiden Behörden, als Marlies Dreßler an der Hochzeit ihrer Freundin und Kollegin aus dem Deutschen Zentralarchiv Hannelore Erlekamm teilgenommen hatte, welche offiziell vor dem Mauerbau in Westberlin gefeiert wurde. Zudem erschien die sehr junge, gut in die Belegschaft eingebundene und kommunikationsfreudige Archivarin als geeignete Person, um Informationen über interne Vorgänge erteilen zu können, und wurde in einen der Arbeitsräume der Staatlichen Archivverwaltung bestellt. Zwei ihr unbekannt Mitarbeiter des MfS versuchten, ihre Anwesenheit bei der Hochzeitsfeier als Unrecht bzw. Unkorrektheit hinzustellen, um sie unter Druck zu setzen. Für Archivdirektoren galt ab Oktober 1957 die Weisung, dass Privatreisen nach Westdeutschland nur in besonders dringlichen Fällen, z. B. zur Regelung familiärer Angelegenheiten, zu genehmigen seien und Urlaubsreisen unerwünscht waren. Bei Privat- und Dienstreisen durften keine privaten Vereinbarungen über Mikrofilmaustausch oder über gegenseitige Besuche getroffen werden.⁶ Marlies Dreßler wies die Vorwürfe zurück und argumentierte, sich in keiner Weise verpflichtet und auch kein Papier unterschrieben zu haben, was ihr eine Teilnahme an den Feierlichkeiten untersagt hätte. Unverrichteter Dinge drängten die verhörenden Mitarbeiter des MfS sie zur Verschwiegenheit in Bezug auf ihre »Unterredung«. Dies sei gar kein Problem, erwiderte sie, wenn man künftig auf Anwerbungen dieser Art verzichte. Entgegen der Verschwiegenheitsforderung setzte sie ihren Vorgesetzten Dr. Enders über den Vorfall in Kenntnis. Im Arbeitsalltag des Archivs verblasste das unangenehme Treffen rasch, doch ein zweiter Anlauf löste tiefe Verunsicherung bei ihr aus. Das verlangte Gespräch – ob es von denselben Leuten wie das vorherige geführt wurde, entzieht sich ihrer Erinnerung – blieb gleich in den Anfängen stecken. Marlies Dreßler erklärte, dass sie bereits vor einiger Zeit eine informelle Mitarbeit abgelehnt habe.

6 Vgl. Hermann Schreyer: Das staatliche Archivwesen der DDR, Droste, Düsseldorf 2008, S. 53.

Bei der Rekonstruktion der Ereignisse rückt zwangsläufig auch der Fall der Mutter ins Blickfeld, die aufgrund zweier »Verfehlungen« als Kaderreferentin im Mai 1959 ihre Arbeitsstelle verlor. Der Leiter der Staatlichen Archivverwaltung Karl Schirdewan (1958–1965) beschloss ihre Entlassung. Dabei kannte Helene Dreßler ihn persönlich. Einmal war sie von einer Zusammenkunft – möglicherweise bei ihm zu Hause, Familie Schirdewan wohnte in unmittelbarer Nähe des Deutschen Zentralarchivs und der Staatlichen Archivverwaltung in der Tizianstraße – tief ergriffen heimgekehrt. Der kommunistische Widerstandskämpfer hatte als Häftling der Konzentrationslager Sachsenhausen und Flossenbürg schwerkrank den sogenannten Todesmarsch überlebt. Seiner Spitzenfunktion im Zentralkomitee der SED war er wegen angeblicher Fraktionstätigkeit (mit einer strengen Rüge) enthoben und in die Archivverwaltung versetzt worden. »Kaderfragen« führte er erfahrungsgemäß mit misstrauisch-harter Hand.⁷ Was war genau vorgefallen? Zum einen gab es im Deutschen Zentralarchiv einen Mitarbeiter der Haushaltsverwaltung, der die DDR verlassen wollte. Helene Dreßler wusste von seiner Absicht und hätte diese »melden müssen«, was sie unterließ. Zum anderen hatte ihr eine Zufallsbekanntschaft während eines Kuraufenthaltes – wozu es Ende der 1950er-Jahre kam, weil ihre traumatischen Kriegserlebnisse und der harte Nachkriegsalltag eine medizinische Rehabilitation erforderten und letztlich zu einer frühen Invalidisierung führen sollten – unfreiwillig die langjährige Kontrolle der Staatssicherheit eingebracht. Der betreffende Bekannte leitete seinerzeit im thüringischen Gotha ein großes Kaufhaus. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, ob er die Geschäftsführung als Unternehmer noch innehatte oder bereits die Wandlung in einen volkseigenen Betrieb vollzogen war und als dessen Direktor tätig war. Helene Dreßler pflegte mit ihm über die Kur hinaus ein nettes freundschaftliches Verhältnis, wobei sich erst im Nachhinein herausstellte, dass sie nicht viel von ihm wusste. Er wohnte bei seinen Besuchen zwar nicht bei den Dreßlers, aber sie gingen gemeinsam aus. Helene Dreßlers in Ostberlin ansässige Schwester wurde in Ausflüge einbezogen und schließlich auch unwissentlich als Sprungbrett bzw. Umschlagplatz für Westberlin genutzt. Denn der Bekannte leitete in Koffern Gegenstände aus Gotha über Potsdam nach Ostberlin weiter und setzte sich schließlich nach Westberlin ab. Nach seinem gelungenen Coup stand die Mutter unter Verdacht, als sogenannte Fluchthelferin aktiv gewesen zu sein, und wurde anschließend jahrelang observiert – die Mitarbeiter des MfS standen offenkundig vor der Haustür.

7 Nach Karl Schirdewan: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen. Autobiografie, Berlin 1998.

Marlies und Hartmut Ross sahen trotz vorhandener Möglichkeiten einen Wechsel in die Bundesrepublik als keine Option an. Dem Wissenschaftler wäre es wohl leichtgefallen, dort Fuß zu fassen, weil er durch frühere Verbindungen seiner Eltern Personen in guten Stellungen in Westdeutschland kannte und ihm, als er zwischen 1954 und 1956 in Bamberg an seiner Dissertation arbeitete, ein Angebot unterbreitet wurde. Ebenso hätte er während zweier Dienstreisen in das Staatliche Archivlager in Göttingen, das seit 1953 ausgelagerte anhaltische Bestände verwahrte, und andernorts die Möglichkeit zum Verlassen der DDR aufgreifen können. Auch aus politischen Gründen wurde die Frage nicht aufgeworfen. Hartmut Ross war in die SED eingetreten. Seine Arbeits- und Lebensmaxime hieß: »Auf dem Posten, den ich nun einnehme, habe ich dafür zu sorgen, all meine Kräfte einzusetzen!« Hingegen bewirkte die starke Einbindung der Mutter als SED-Mitglied – mit dem Diktat von Pflichterfüllung ungeachtet persönlicher oder familiärer Notwendigkeiten – für Marlies Ross eine einschneidende negative Erfahrung und führte zu der Haltung, selbst nie in irgendeine Partei einzutreten. Als der kinderlose Bruder ihres Vaters in Helmstedt ihr 1959 anbot, sie in seinem Tante-Emma-Laden zu beschäftigen, wurde sie davon nicht versucht. Während eines Besuches anlässlich der Beisetzung ihrer Großmutter löste das Ansinnen des Onkels, einer recht jungen »Frau Direktor« die (mehr oder minder umfangreichen) Einkäufe nach Hause zu tragen, große Verwunderung und Unbehagen aus. Sie fühlte sich durch die DDR gefördert, begünstigt und fühlt sich auch im Rückblick auf jene Jahre als »gute DDR-Bürgerin«. Das Bewusstsein vieler DDR-Bürger war davon geprägt, dass ohne Grenzziehung das Land regelrecht ausgeblutet wäre. Für die DDR gab es keinen Marshall-Plan, sondern sie hatte enorme Reparationen für die Sowjetunion zu erbringen gehabt, die die BRD nicht leisten musste. Marlies Ross hält es für möglich, dass die DDR die Mauer nicht nötig gehabt hätte, wenn es nicht die enge Schnittstelle, die naturgemäß unmittelbare Verbindung von Ost- und Westberlin, gegeben hätte. Obschon ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit zum Leben und Wirken in der DDR bereits vor dem Berliner Mauerbau vorhanden war, verfolgten Marlies und Hartmut Ross konsequent die westliche Berichterstattung, insbesondere die kritischen Sendungen des Journalisten Peter Merseburger. Sie hörten auch regelmäßig die »Schlager der Woche«. Die Nachricht zu den Ereignissen des 13. August 1961 erreichte sie über das Radio – dadurch wurde die enge Bindung zu westdeutschen und Westberliner Familienangehörigen, Freunden und Kollegen abrupt gekappt. Die Welt, wie sie bisher war, brach auseinander, die Mauer stand. Und jene zum Teil dramatischen Vorkommnisse, welche sich in jenen Tagen ihrer Errichtung an ihr abspielten, wirkten auf sie verstörend.

Ein Neuanfang zwischen den Stühlen: Mitarbeiterin des Landeshauptarchivs Magdeburg im Landesarchiv Oranienbaum (1961–1964) mit neuen Aufgaben und alten Beständen sowie Mitarbeiterin des Landesarchivs Oranienbaum (ab 1964) mit Übernahme der stellvertretenden Leitung

Marlies Ross' Entscheidung, nach Oranienbaum zu gehen, zog Fragen nach ihrem künftigen Arbeitsplatz sowie einer gemeinsamen Wohnung nach sich, und die Chancen, beide zu bekommen, waren gering. Im Anschluss an die Trauung bat das Ehepaar Ross um eine Vorstellung bei Dr. Hanns Gringmuth-Dallmer, dem Direktor des Landeshauptarchivs Magdeburg (1949–1967), welches bis 1945 das zentrale Staatsarchiv für die preußische Provinz Sachsen mit vielfältigen Archivbeständen gewesen war und seinerzeit die vorgesetzte Stelle der Abteilung Landesarchiv Oranienbaum war. Die Unterredung, welche bald nach der Anfrage zustande kam und sehr freundlich verlief – die sichtliche Verwunderung über die als rasch empfundene Eheschließung eingeschlossen –, ergab, dass damals im Oranienbaumer Archiv keine freie Planstelle besetzt werden konnte. Mit guten Wünschen bedacht, aber ergebnislos kehrten die beiden in ihre Heimatorte zurück. Am nächsten Tag meldete sich Marlies Ross bei ihrem Vorgesetzten Dr. Lötzke in Potsdam, der von ihrem Anliegen bereits »per heißem Draht« aus Magdeburg – da er mit Dr. Gringmuth-Dallmer gut befreundet war – unterrichtet worden war. Damit lüftete sich ein Geheimnis, von dem bis dahin kein Kollege im Deutschen Zentralarchiv erfahren hatte.

Parallel zur Arbeitssuche, um die beide Ehepartner sich in Bibliotheken und Stadtarchiven rund um Dessau bemühten, schloss Marlies Ross begonnene Arbeiten (wie die an den Spezialinventaren) in Potsdam ab. Nach fünf Monaten kam ihr ein glücklicher Umstand zu Hilfe: Das Landeshauptarchiv Magdeburg hatte aus Platzgründen drei umfangreiche nichtanhaltische Bestände, nämlich die Herrschaftsarchive Stolberg-Wernigerode, Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla, sowie Blankenburger Überlieferungen im Landesarchiv Oranienbaum eingelagert, hatte dafür aber keinen Bearbeiter vor Ort, denn das Archiv war nur minimal mit Fachleuten besetzt. Zur Bearbeitung einschlägiger Benutzeranfragen fuhren Mitarbeiter aus Magdeburg nach Oranienbaum und sahen dort die entsprechenden Bestände durch. Zudem konnte Mitte 1961 am Landeshauptarchiv Magdeburg eine Stelle besetzt werden, die Marlies Ross zugesprochen wurde. Ihr unmittelbarer Vorgesetzter für die genannte Aufgabe war Dr. Gringmuth-Dallmer, während sie dem Oranienbaumer Archivleiter in allen archivtechnischen Angelegenheiten, in Arbeitsschutz und -disziplin und in Sicherheitsfragen unterstand.

Das Landesarchiv Oranienbaum – aus dem Anhaltischen Staatsarchiv, dem zentralen Archiv des 1945 aufgelösten Landes Anhalt, hervorgegangen – nahm unter den Landesarchiven eine besondere Stellung ein und besaß bis zu seiner Umbenennung 1965 in »Historisches Staatsarchiv« eine weitgehende wissenschaftliche Selbständigkeit, während Personalfragen (ebenso wie »Finanzen« und »allgemeine Verwaltung«) im Landeshauptarchiv Magdeburg bearbeitet wurden. Marlies Ross saß zu Beginn ihrer Tätigkeit regelrecht zwischen den Stühlen, da sie in Magdeburg angestellt, aber nicht körperlich anwesend war, sondern in Oranienbaum an fremden Beständen und durch Vertrag nicht im Kreis der Kollegen arbeitete. So sollte es auch noch geraume Zeit dauern, ehe die Gehaltsstufe, welche unter ihrem Entgelt im Deutschen Zentralarchiv lag, aufgestockt oder ihr eine Prämie für besondere Leistungen zugesprochen wurde. Weder Böswilligkeit noch Missachtung spielten hierbei eine Rolle, es fühlte sich keiner zuständig.

Auch in der neuen Umgebung brauchte es geraume Zeit zum Ankommen und Fußfassen, ja sogar Wurzelschlagen. Oranienbaum, die einstige Residenz, zwischen der geschichtsträchtigen Bauhaus-Stadt Dessau und Wörlitz, einem Symbol der Aufklärung, gelegen, hatte neben seinem wohlklingenden Namen mit damals rund 4500 Einwohnern den typischen Charakter einer Kleinstadt und dazugehöriger Neugiede: Einer nahm den anderen wahr. Der promovierte charmante Junggeselle Ross hatte durchaus weibliches Interesse auf sich gezogen – nun wurde offenkundig, dass er »jemanden von außen« mitbrachte, »nichts Besonderes, es hätte auch eine von hier sein können«. Die frisch Vermählten wohnten bis zum Bezug ihrer ersten gemeinsamen Bleibe zwar vorerst in der gleichen Straße, aber voneinander getrennt in zwei möblierten Zimmern mit strengen oder weniger gestrengen Wirtinnen – von dort aus erschien jeder zum Dienst. Marlies Ross kleidete sich noch immer stadtgemäß mit Kostüm und trug konsequent Absatzschuhe, denen das historische Pflaster kaum behagte. Kurz vor sieben Uhr »klapperte« sie los. In den Spionen, den beweglichen Spiegeln an Fenstermauern, die so eingestellt werden konnten, dass alle Bewegungen auf der Straße einsehbar wurden, war ihr Kommen nicht nur früh zu hören, sondern auch zu erspähen. Eines Tages, »dank« einer Ischias-Neuralgie, humpelte sie den Gehweg entlang, wobei sich Anwohner quer über die Straße zuriefen: »Wenn man in solche Schuhe nich loofen kann, soll man's lassen!« Marlies Ross verschaffte sich Akzeptanz und Anerkennung im Städtchen, weil ihr Wirken für ein kollegiales Miteinander innerhalb der Archivbelegschaft auch nach außen drang.

Mit Hartmut Ross übernahm 1959 erstmals ein wissenschaftlicher Archivar die ständige Leitung des Anhaltischen Staatsarchivs, das nach der Zerstörung des Zerbster Schlosses im Zweiten Weltkrieg seit 1947 unter der Bezeichnung

Landesarchiv Oranienbaum im gleichnamigen Schloss sein Domizil gefunden hatte. Bis zur Ankunft des jungen Wissenschaftlers lag die Verantwortung für dessen Bestände bei Dr. Berent Schweineköper, 1944 Archivrat am Staatsarchiv Magdeburg, nach Kriegsdienst und sowjetischer Kriegsgefangenschaft ab 1946 bis 1959 wissenschaftlicher Archivar am Landeshauptarchiv Magdeburg.⁸ Das Bombeninferno der US-Luftflotte vom April 1945 hatte das Schloss Zerbst und damit auch größtenteils das Archiv zerstört. In die ersten Nachkriegsjahre fiel die schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, dessen Bestände, die in verschiedenen Auslagerungsorten und im Zerbster Schlosskeller erhalten geblieben waren, in Oranienbaum zusammenzuführen. Erschwerend zu den materiellen Engpässen der unmittelbaren Nachkriegszeit kam hinzu, dass das einstige Personal fehlte. Für die Zusammenführung und den erneuten Aufbau setzten sich – in der Regel ohne genauere Kenntnisse der anhaltischen Bestände – »Archivare der ersten Stunde« wie Dr. Lotte Knabe, Dr. Heinz Butkus, Rudolf Böning, Dr. Berent Schweineköper und vor allem Otto Haarnagel in persönlichen Rettungsaktionen ein. Sie organisierten Hilfskräfte und Transportmittel, verhandelten sowohl mit örtlichen Behörden (die Akten für sich vereinnahmen wollten) als auch mit der sowjetischen Militäradministration über die Freigabe beschlagnahmter Akten. Dr. Lotte Knabe beschrieb die Zustände im Sommer 1946 folgendermaßen: »Die Akten lagern im Keller eines total zerbombten Hauses. Die Fenster sind entzwei, Türen fehlen völlig. Die Akten befinden sich in einem unbeschreiblichen Zustand der Verschmutzung und des Durcheinanders. Der Aktenkeller ist Mensch und Tier zugänglich ...« Neben Schloss Oranienbaum wurde auch Schloss Mosigkau als Standort in Erwägung gezogen, die Entscheidung zugunsten Oranienbaums wurde vom Kuratorium der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz (1918 als Joachim-Ernst-Stiftung durch Prinzregent Aribert von Anhalt errichtet, seit 1947 unter diesem Namen)⁹ begrüßt und von der Landesregierung 1948 formal bestätigt. Die Einlagerungen hatten bereits 1947 unter der Verantwortung des erfahrenen Praktikers Otto Haarnagel begonnen. Er brachte mit Hilfskräften Ordnung in die zersplitterten und dezimierten Bestände unter den beschriebenen Bedingungen. Rudolf Böning, Otto Haarnagels Schwiegersohn, konnte Hartmut Ross zumindest über die Schwierigkeiten des Neuanfangs Auskunft geben. Als Verwaltungs- und Verbindungsfachmann unterstützte er noch viele Jahre wohlwollend von Magdeburg aus das Landesarchiv in organisatorischen Fragen sowie in der

8 Aus dem Magdeburger Biographischen Lexikon: <https://mbl.ub.ovgu.de/Biografien/0839.htm>, abgerufen am 12.11.2024.

9 Daten zur Kulturstiftung Dessau-Wörlitz: <https://www.gartenreich.de/de/satzung>, abgerufen am 10.6.2025.



Schloss Oranienbaum, ca. 1948 (Landesarchiv Sachsen-Anhalt und Vorgänger)



Aktenberge im Schloss Oranienbaum nach der Rückführung aus den Auslagerungsstellen, ca. 1947 (Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau, Fotosammlung)



»Wachmann« Hartmut Ross mit Hund – die damalige Sicherheitsanlage für Archiv und Schloss Oranienbaum, Mitteilungen bzgl. des Archivgutschutzes wurden in einem A5-Notizbuch dokumentiert und hinterlegt, ca. 1960

Ausstattung. Im Rückblick ist interessant zu erwähnen, dass die Nutzung des Schlosses als Archiv mit Regalen und Archivalien den Räumen in den Folgejahrzehnten am wenigsten schadete. Bei Restaurierungsarbeiten nach 1989/1990 konnte sehr viel historische Raumausstattung an Wänden und Decken unbeschadet freigelegt werden.¹⁰

Bei Dienstantritt des jungen Leiters waren im Archiv folgende Mitarbeiter beschäftigt: ein Staatlich geprüfter Archivar (physisch und psychisch erkrankt, wohnhaft in einer Dienstwohnung im Seitenflügel des Schlosses), eine sehr gut eingearbeitete Mitarbeiterin ohne Fachausbildung (Anneliese Möller, ihr wurde später die Berufsbezeichnung Archivarin zuerkannt) vor allem für die Recherchebearbeitung und Benutzerbetreuung, ein Magazinmitarbeiter (für Aktenein- und -auslagerungen), eine Sekretärin/Schreibkraft für Findhilfsmittel, zwei Reinigungskräfte (halbtags), eine Hausmeisterin für das Heizen der zehn Kachelöfen und für die Gebäudesicherheit zwei Nachtwächter mit

¹⁰ Die Fakten sind dem Referat »Vom anhaltischen Staatsarchiv Zerbst zum Landesarchiv Oranienbaum 1872 bis 1997« entnommen, welches Marlies Ross zur Geschichte des Archivs und seiner Bestände auf dem Landesarchivtag Sachsen-Anhalt 1997 hielt.



Einer der seinerzeit im Oranienbaur Archiv verwendeten Aktenwagen

Schäferhund und ab und zu Praktikanten zur Vorbereitung auf das Archivstudium. Es lief, wobei (noch) kein richtiger Betrieb zustande kam. Vordringlichste Aufgabe war, überhaupt erst einmal »ein System reinzubringen«.

Aufgrund mehrerer skurril anmutender, aber dienstlich inakzeptabler Vorfälle wurde der staatlich geprüfte Kollege, der u. a. nachts unvermittelt durch das Archiv irrte und den Wächtern Anweisungen erteilte, abgezogen; Marlies Ross konnte ab Mitte 1964 seine Planstelle besetzen und ihre Dienstzeit von zwei Stunden täglich – dazu war es gekommen, als Sohn Tjard 1962 das Licht der Welt erblickt hatte – zur Halbtagsbeschäftigung ausbauen. Mutter Ross hatte ihr Kind nicht in die Tageskrippe geben, sondern gänzlich zu Hause bleiben wollen, wogegen Dr. Gringmuth-Dallmer, kinderfreundlich und entgegenkommend, Einspruch erhob: »Um Gottes

Willen, nun haben wir gerade für die Stolberger Bestände einen so guten Weg gefunden!« Endlich konnten Anfragen bearbeitet und beantwortet werden. Das Kind schlief währenddessen bei schlechtem Wetter zwischen den Aktenregalen im chinesisches Nachtraum (mit Blick auf die Abbildung eines zwei Meter großen Chinesen) und bei Sonnenschein unter der großen Palme im Innenhof des Schlosses.

Die Arbeiten an den drei Stolberger Beständen beschränkten sich zunächst darauf, einen Überblick über Zuständigkeit, Aufbau und zeitlichen Umfang zu erlangen, um anfallende Recherchen zu bearbeiten. Allein die Durchsicht der handschriftlichen Findbücher mit skurrilen (gemalten) Piktogrammen »1 Halbmond« oder »2 Halbmonde« etc. waren gewöhnungsbedürftig. Es lagen keinerlei Bestandsinformationen vor, und es fehlte einschlägige Literatur. So konnte nur die Ordnung der Akten nach den überlieferten Findhilfsmitteln wiederhergestellt und ihre Vollständigkeit überprüft werden. Im Juni 1967 wurden sie nach Wernigerode gebracht.¹¹ Dort war 1963/64 damit begonnen

¹¹ Angabe nach Schreyer, Das staatliche Archivwesen (wie Anm. 6), S. 136.

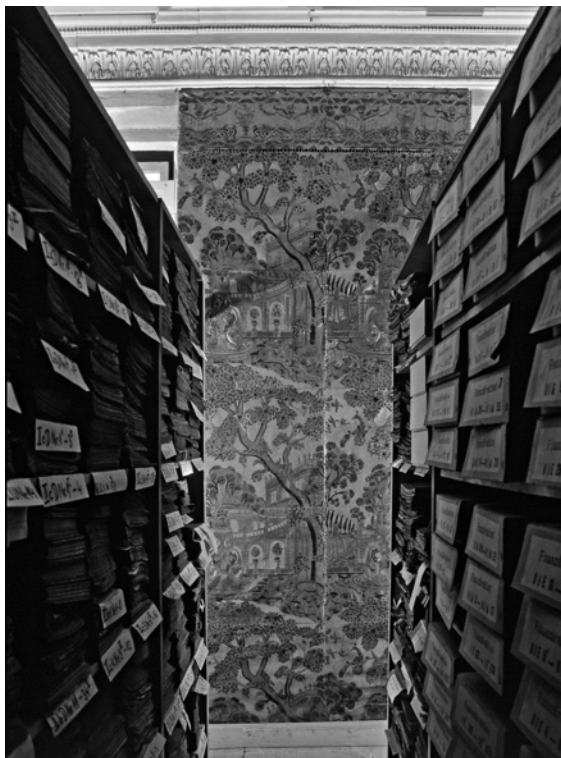
worden, die Orangerie im Lustgarten zum Archiv auszubauen, um das Gebäude vor seinem Verfall zu bewahren. Hingegen verblieb der Braunschweiger Bestand »Kreisbehörden Blankenburg« (nach Übernahmen aus den Jahren 1959, 1962 und 1977), weil die Akten sich auf DDR-Territorium bezogen, im Landesarchiv / Historischen Archiv Oranienbaum. Bis Mitte der Achtzigerjahre hatte Marlies Ross an einer Neuordnung gearbeitet und sie mit einer graphischen Darstellung der Behördenstruktur abgeschlossen; dem Braunschweiger Landesarchiv in Wolfenbüttel wurde ein Exemplar übergeben, zusammen mit einer Findbuchkopie.

Bereits 1961, bei Arbeitsbeginn in Oranienbaum, hatte der Ehemann seiner Frau erklärt: »Nun lernst du kennen, was ein «richtiges» Archiv ist!« Das galt gleichermaßen für die Arbeit an den Stolberger Beständen wie später – noch intensiver – für die am anhaltischen Archiv. Der Unterschied zwischen der Tätigkeit im Deutschen Zentralarchiv und im Historischen Landesarchiv konnte nicht größer sein: das DZA umfasste Bestände des 19. und 20. Jahrhunderts, die Stolberger Herrschaftsarchive entstammten dem 16. bis 19. Jahrhundert, das Anhaltische Staatsarchiv beinhaltete Überlieferungen vom 10. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Dass Marlies Ross zuvor nur »archivtechnisch« mit ihrem Leiter Ross in Kontakt gestanden hatte, änderte sich 1967 mit der Abgabe der »Fremd«-Bestände nach Wernigerode und mit dem Einstieg in die anhaltische Geschichte. Als Berufsanfängerin hatte sie Akten des 19. und 20. Jahrhunderts, maschinengeschrieben, gebunden, mit klaren Betreffen und eindeutigen Provenienzen, bearbeitet. Jetzt waren es bis ins 13. Jahrhundert zurückreichende Urkunden und Akten mit sehr individuellen Kanzlei- und persönlichen Handschriften, mit vielen zerstörten Provenienzen und abenteuerlich gebildeten Perтиненzen aus zerschnittenen Sachbänden. Es machte einen großen Unterschied aus, Urkunden zu lesen oder Zeitungsausschnitte aus dem 20. Jahrhundert zu sortieren. Marlies Ross lernte, was ein »richtiges« Archiv ist! Und sie musste eintauchen in eine komplizierte Landesgeschichte. Wesentliche Unterschiede gab es auch bei der Betreuung von Benutzern. Im Deutschen Zentralarchiv standen (wie bereits erwähnt) großformatige, mit Schreibmaschine geschriebene Findbücher zur Verfügung – in Oranienbaum reichten die handgeschriebenen Findhilfsmittel teilweise bis ins 17. Jahrhundert zurück. Benutzer konnten selbst diese häufig nicht lesen, geschweige denn die Akten. In den frühen Dienstjahren erschienen Studenten mit einem Eltern-, später mit einem Großelternanteil, als Lesehilfe. Ebenso unterschieden sich die Immobilien der Archive deutlich voneinander: Das Deutsche Zentralarchiv in Potsdam war ein moderner Zweckbau mit allem, was dazugehörte; das Landesarchiv Oranienbaum war in einem rund 300 Jahre alten Barockschloss untergebracht, ohne Fahrstühle, mit Wendeltreppen, über welche die Akten transportiert werden mussten. In der Bibliothek



Dienstbibliothek des Staatsarchivs im Schloss Oranienbaum, um 1980 (Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Fotosammlung der Abteilung Dessau)

– im ersten Obergeschoss des Mitteltrakts neben dem sogenannten Thronsaal mit Fenstern zum Schlosspark – standen maßgefertigte Regale und ein großer Konferenztisch, an dem regelmäßige Arbeitsberatungen stattfanden. Umfangreich ergänzt wurde der Bibliotheksbestand mit seinem Sammelschwerpunkt, der Geschichte Anhalts, in den Jahren von 1959 bis 1965 durch gezielten Erwerb von Anhaltinen. Der Benutzerraum mit sechs Plätzen befand sich im ersten Obergeschoss des südlichen Kavalierhauses mit Blick auf den Schlossinnenhof und die Stadt. Hier wie in den Arbeitsräumen standen Öfen, die mit Kohle aus dem nördlichen Schlosskeller beheizt werden mussten. In den Magazinen hatten die Mitarbeiter im Winter teilweise bei Minusgraden Archivgut aus- und einzulagern. Es gab bis 1962 keine Sanitäreinrichtungen außer Toiletten »mit freiem Fall« aus dem 17. Jahrhundert. Zum Händewaschen standen Wasserkaraffen und Schüsseln bereit. Sehr vermissen sollte Marlies Ross im neuen Kollegenkreis die im DZA üblichen gemeinsamen Frühstückspausen mit den anregenden fachlichen und persönlichen Gesprächen. Diese fehlten in Oranienbaum zu Beginn überhaupt, und zum Mittagessen gingen die Kollegen schnell nach Hause oder in eine Einrichtung, die Betriebsessen anbot. Der Mitarbeiterkreis war klein, er entsprach etwa der Größe eines Referats des Deutschen Zentralarchivs, auch die Gesprächsinhalte waren andere.



In der insgesamt rund 55 Jahre währenden Nutzungsgeschichte des Landesarchivs im Schloss Oranienbaum lagerten Archivalien in Aktenregalen beispielsweise vor den kostbaren Ledertapeten der glanzvollen Säle; bis auf gezielt durchgeführte Besichtigungen war es den Mitarbeitern vorbehalten, die kostbaren niederländischen Wandgestaltungen zu bewundern, aber vor allem durch »akribisch eingehaltenen« denkmalpflegerisch korrekte Nutzung auch der Nachwelt zu erhalten. (Landesarchiv Sachsen-Anhalt und Vorgänger)

Das Anhaltische Staatsarchiv wechselte in der zweiten Hälfte seiner 150-jährigen Historie mehrfach seinen Namen und zweimal seinen Standort. Aber die bewegte (und nicht immer glückliche) anhaltische Archivgeschichte hatte lange vor seinem Gründungsjahr 1872, als in Zerbst nach der Wiedervereinigung Anhalts 1863 die fünf bisher selbständigen Archive der Teilfürstentümer Bernburg, Dessau, Köthen und Zerbst zusammengeführt wurden, begonnen. Durch die Bestände, die eine tausendjährige Vergangenheit widerspiegelten, erhielt das Archiv sein Gewicht. Ihre Entwicklung, Tektonik und Aufbau sind ohne die Eckdaten der Geschichte Anhalts und seiner auswärtigen Beziehungen kaum darzustellen. Aus einer Erbteilung aus der ostdeutschen Ländermasse der Askanier hervorgegangen, wurde die Herrschaft 1212 von Heinrich I., einem Enkel Albrechts des Bären, übernommen. Mit geringen Grenzverschiebungen blieb dieser deutsche Territorialstaat bis 1945 bestehen und überstand zahlreiche Teilungen. Willy Flach, einer der führenden deutschen Archivare und Archivwissenschaftler, betonte die besondere Stellung

dieses Archivs unter den Landesarchiven und zählte es zu den bedeutsamen wie Dresden, Weimar und Schwerin.

Marlies Ross nahm mit sehr geringen Kenntnissen über diesen ehemaligen deutschen Staat ihre Arbeit auf, denn er war in ihrer Ausbildung an der Fachschule nur eine Randbemerkung wert gewesen. Sie musste schnell Wissen darüber erwerben, wofür sie künftig verantwortlich sein werde. Insbesondere für die Recherchebearbeitung und die Benutzerbetreuung waren Kenntnisse zu Überlieferungen aus den einzelnen Teilfürstentümern und den verschiedenen Zeitabschnitten ebenso wie über historische Entwicklungen und den Aufbau bzw. die Strukturen der Verwaltung unverzichtbar: eine komplizierte Angelegenheit aufgrund der 1603/06 erfolgten Teilung Anhalts in vier Fürstentümer und mit deren Selbständigkeit und der Existenz von jeweils eigenen Verwaltungsstrukturen für die Innen- und Außenpolitik! Anhalt-Zerbst verlor 1797 mit dem kinderlosen Bruder der Zarin Katharina der Großen als erstes Land seine Selbständigkeit und wurde unter den verbleibenden aufgeteilt. Das gleiche Schicksal erfuhren 1848 Köthen und 1863 Bernburg. Mit dem alleinigen Verbleib Anhalt-Dessaus war die Einheit des Landes 1863 – nach 260 Jahren – wiederhergestellt. Daher stellte sich immer die Frage: Welcher Teil bzw. welche Behörden von Zerbst sind welchem der anderen drei Herzogtümer zugeordnet worden? Welche verschiedenen politischen Funktionen hatten die einzelnen Fürsten? Eine weitere Herausforderung für die Benutzung der Bestände der Teilfürstentümer Bernburg, Köthen und Dessau lag in der Tragik, dass im Anhaltischen Staatsarchiv zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Provenienzen zerstört und aus zerlegten Bänden in loser ungebundener Form neue Pertinenzakten nach einheitlichem Ordnungsschema in sogenannten Abteilungen gebildet worden waren. Nach der 1848er Revolution waren in den noch bestehenden Teilfürstentümern neue Behörden gegründet worden: Ministerien, Regierungen, Kreis- und Kommunalverwaltungen, die es vorher in Anhalt nicht gegeben hatte. Erst mit diesen Kenntnissen ausgestattet, war es sinnvoll, entsprechend dem Thema der Benutzeranfrage an die Findhilfsmittel (die allein schon in meterlangen Reihen standen) heranzutreten, um danach Auskünfte über die Bestände (mit ein paar tausend Metern laufenden Akten) erteilen zu können.

Die Räume des Oranienbaumer Schlosses waren zur Lagerung der geretteten und geborgenen anhaltischen Akten mit maßgerechten Holzregalen ausgestattet worden. Bei deren Aufstellung hatten die Einrichter akribisch darauf geachtet, genügend Abstand zwischen den eingelagerten Akten und den historischen, mit Leder oder Stoff bespannten bzw. bemalten Wänden zu halten, um Schäden jeglicher Art zu vermeiden. Daher konnten fast alle Magazine nur mit Kabellampen (und entsprechend langen Verlängerungsschnüren) be-

leuchtet werden, was gegen sämtliche Arbeitsschutzbedingungen verstieß. Übernommene Akten wurden zunächst provisorisch auf Fußböden gestapelt, um sie dann – soweit das möglich und erkennbar war – nach Beständen vorgeordnet einzulagern. Diesen Zustand fand Hartmut Ross 1959 bei seinem Dienstantritt in Oranienbaum vor. Leider war wegen des Fehlens jeglicher Bestandsübersichten eine der Tektronik entsprechende Einlagerung nicht erfolgt; so konnte auch im September 1959 ein in fünf großen Holzkisten aus der Sowjetunion zurückgekehrter Zerbster Bestand (Urkunden, Kopiare und Akten) nicht mit dem bereits Vorhandenen vereint werden. Bei diesen Bestandteilen handelte es sich ausschließlich um Akten, die Auskünfte über die Zerbsterin Katharina die Große vermuten ließen. Sie waren gezielt von der Roten Armee bei Kriegsende ausgewählt und in die Sowjetunion verbracht worden. Bei der Rückgabe schien alles durchgearbeitet und gut geordnet zu sein, doch Katharina betreffende Archivalien fehlten, was anhand der alten Findhilfsmittel genau festgestellt werden konnte. In anderen Akten fanden sich Notizen in kyrillischer Schrift. In späteren Jahren wurde staatlicherseits mehrfach versucht, die fehlenden Akten aus der Sowjetunion zurückzubekommen, was bis zum heutigen Tag nicht gelungen ist. Es hieß, die Akten lägen in Leningrad / Sankt Petersburg oder in Moskau. 1960 wurde ein Vorstoß unternommen, wenigstens Kopien davon zu erhalten. Als die gerade erwähnten Transportkisten geöffnet wurden, kamen überraschenderweise auch mehrere Hundert wertvolle vermisste Karten (meistenteils aus dem Dessauer Bestand) zum Vorschein.

Neben den alltäglichen Benutzungs- und Erschießungsaufgaben hatten die wenigen Fachkräfte des Landesarchivs Oranienbaum eine Reihe von zentral gelenkten Spezial- und Sonderaufgaben zu erledigen. Dabei spielte die Erstellung von thematischen Inventaren eine wesentliche Rolle. Im April 1964 war die Dokumentationsstelle des Ministeriums des Innern bei der Staatlichen Archivverwaltung mit Sitz in Berlin gebildet worden. Deren Anleitung und Kontrolle oblag dem für die Archive zuständigen Innenminister.¹² Vertreter des Ministeriums für Staatssicherheit holten die Akten in den staatlichen Archiven ab, um sie in ihre Zentrale zu bringen. Der Auftrag lautete, von politischer Vergangenheit belastete Personen, die nach wie vor in der Bundesrepublik hohe Positionen innehatten, zu ermitteln. Im Oranienbaumer Archiv – wie in allen anderen staatlichen Archiven – arbeiteten die Mitarbeiter daran vorrangig und intensiv und fanden auch allerhand. In den anhaltischen Beständen selbst fiel nicht sehr viel an, weil wenig einschlägige Bestände aus dem fraglichen Zeitraum überliefert waren. Ergiebiger waren Recherchen an den in Oranienbaum la-

12 Angaben nach Schreyer, *Das staatliche Archivwesen* (wie Anm. 6), S. 120f.

gernden Braunschweiger Beständen. Darin ging es beispielsweise um Beamte, die bei der Einbürgerung Hitlers im Freistaat Braunschweig eine Rolle gespielt hatten; Hitler war dort 1932 zum Regierungsrat des Landeskultur- und Vermessungsamtes ernannt worden und damit deutscher Staatsbürger geworden. Ob Beamte als Verbrecher eingestuft wurden, entschieden die Mitarbeiter des Dokumentationszentrums.

Bereits ab den 1950er-Jahren war die Arbeit an Spezialinventaren zur Geschichte der Arbeiterbewegung von besonderer politischer Bedeutung. Eine systematische Ermittlung archivalischer Quellen, bei denen die Anwendung von »Enthält-Vermerken« und andere Formen der differenzierten Verzeichnung erprobt und praktiziert wurden, begann nach Übernahme der kriegsbedingt in die Salzstollen von Staßfurt und Schönebeck ausgelagerten Beständen zentraler Behörden des Reiches und Preußens. Eduard Winter, von 1947 bis 1951 Lehrstuhlinhaber für osteuropäische Geschichte an der Universität Halle, hatte sich im Auftrag der Landesregierung Sachsen-Anhalt bei der sowjetischen Verwaltung um deren Freigabe bemüht. Leo Stern, ordentlicher Professor für neuere Geschichte und Geschichte an derselben Universität, griff Winters Vorstoß und die vom III. Parteitag der SED ausgehende Forderung auf, um »Grundvoraussetzungen für ein neues, unverfälschtes deutsches Geschichtsbild zu schaffen«. Er rief unter seiner Leitung die Forschungsgemeinschaft »Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« ins Leben. Hierfür wurden sowohl Historiker als auch Archivare in allen staatlichen Archiven der DDR beauftragt, systematisch nach Quellen zu suchen und sie nachzuweisen. In der Reihe »Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« erschienen von 1954 bis 1971 und 1978 acht Bände sowie ein Sonderband, herausgegeben vom Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften in Verbindung mit der Staatlichen Archivverwaltung, fast ausschließlich zu Themen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Band 4, Teile 1 und 2, erarbeitet vom Landeshauptarchiv Magdeburg sowie dem Landesarchiv Oranienbaum, kam 1963 heraus.¹³

In der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre lag eine Fassung für das Landesarchiv Oranienbaum von rund 160 Schreibmaschinenseiten vor, in der alle einschlägigen Bestände erfasst waren – beginnend mit einer ausführlichen Einleitung über die Bestandslage zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Anhalt, weiterführend, nach Beständen geordnet, mit allen ermittelten Akten zum Thema. Jeder aufgenommene Bestand wurde mit einer kurzen

13 Folgende Angaben nach: ebenda, S. 56, 58.

Einführung eröffnet: In welcher Zeit hat die Behörde bestanden? Welche Aufgabe hatte sie? Welche Quellen sind vorhanden? Es folgte eine Auflistung von Akten »mit Betreff«, in denen Vorgänge zur Arbeiterbewegung ermittelt waren. Weil die Betreffende in der Regel sehr allgemein gefasst waren, wurde ein »Enthält«-Vermerk, eine kurze Inhaltsangabe zu den einzelnen spezielleren, die Arbeiterbewegung behandelnden Vorgänge im jeweiligen Aktenband erstellt. Die dem Magdeburger Staatsarchiv gelieferte Fassung kam zurück. Sämtliche Einleitungen und Ausführungen hätten die Arbeiterbewegung zu wenig als revolutionäre Bewegung widerspiegelt. Vor allem die Betreffende sollten neu formuliert werden – eine aufwendige Arbeit, das Computerzeitalter lag noch in weiter Ferne. Der damalige Leiter Hartmut Ross lehnte es ab, sämtliche Einleitungen neu zu fassen und aus jeder Unruhe, die in irgendeinem kleinen Ort entstanden war, eine revolutionäre Bewegung zu machen. Nach seinem Weggang 1977 wurde die Überarbeitung Marlies Ross übertragen. Auch sie weigerte sich, mit dem Argument, dass ihr dafür die wissenschaftlichen Voraussetzungen fehlten. Sie könne das auf keinen Fall! Sie wisse auch nicht, wie die Aufgabe in irgendeiner Weise besser und vor allem den Forderungen entsprechender zu bewältigen sei. In der Abteilung Auswertung am Staatsarchiv Magdeburg saßen doch geeignete Mitarbeiter, gern gebe sie entsprechende Akten dorthin. Die Aufforderung verlief im Sande. Die Magdeburger Bestandsübersicht ging bald darauf in den Druck, doch der Oranienbaumer Beitrag »Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung Anhalts« wurde ihres Wissens nach nie veröffentlicht.

Noch eine Anmerkung im Hinblick auf Bewertung und Kassation: Unter den aus den Auslagerungsorten übernommenen Akten des Anhaltischen Staatsarchivs Zerbst müssen einige über die Lebensverhältnisse von Arbeitern, vor allem über die Höhe ihrer Löhne und über deren Kaufkraft Auskunft gegeben haben. Das dazugehörige Kassationsverzeichnis mit entsprechenden Betreffenden wurde gefunden. Um welchen Bestand es sich dabei genau handelte, ist leider nicht mehr nachvollziehbar. Der die Aussonderung der Akten veranlassende Mitarbeiter hatte sich damals wahrscheinlich gefragt: Welchen Wert haben Informationen darüber, was ein Arbeiter verdiente? Als kurze Zeit später die systematische Erfassung von Quellen zur Arbeiterbewegung begann, hätte man die vernichteten Quellen dringend gebraucht, um sie mit in das angelegte Verzeichnis aufzunehmen. Dieses Beispiel veranschaulicht das hohe Maß an Verantwortung des Archivars für die Bewertung von Archivalien, für die Entscheidung, sie als archivwürdig einzuschätzen oder nicht. Wichtig für die Geschichte der Arbeiterbewegung sind auch Bestände aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Sie enthalten viele Beispiele zur damaligen Armut in der Bevölkerung, die spürbar durch die Erhöhung von Abgaben (Steuern) unter

dem alten Dessauer (Leopold I. von Anhalt-Dessau) anstieg. Unter seinem Enkel Fürst Franz wanderten 125 Oranienbaumer und Wörlitzer Bürger ihrer sozialen Lage wegen nach Russland aus. Eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen führte schließlich zu den revolutionären Ereignissen von 1848, die in Anhalt weitreichende Veränderungen nach sich zogen.

Mitten in den Umstrukturierungen des staatlichen Archivwesens der DDR: vom Landesarchiv zum Historischen Staatsarchiv Oranienbaum (1965–1976)

»Wen interessiert es, was Fürst Franz einst Progressives für sein Land bewerkstelligte? Uns interessiert ab jetzt: Was hat der VEB gemacht!« Mit einer generellen, politisch-wirtschaftlich motivierten Zielsetzung mussten auf Grund einer Verordnung der Staatlichen Archivverwaltung vom 17. Juni 1965 in den staatlichen Archiven vorrangig neben den »feudalen« (bis ca. 1848) und »kapitalistischen« (1848 bis 1945/47) die »sozialistischen« Bestände (ab 1945) aufgearbeitet werden. Das Landesarchiv Oranienbaum verwahrte »sozialistische« Bestände nicht, weil das Land Anhalt zwei Jahre nach 1945 aufgelöst worden war und es demnach auch keine anhaltischen Behörden und Territorien mehr gab. Landeshauptarchive und Landesarchive, die sich in einem Bezirk ohne Landeshauptarchiv befanden, wurden durch die Verordnung zu Staatsarchiven erklärt. Das Landesarchiv Oranienbaum sollte sogar kurzzeitig Staatsarchiv des Bezirkes Halle werden. Marlies Ross hatte an einigen wichtigen Beratungen mit Mitarbeitern der Kaderabteilung der Staatlichen Archivverwaltung teilgenommen, welche in Oranienbaum stattfanden, und wusste damit aus erster Hand, dass beabsichtigt war, drei Landesarchive der DDR in Staatsarchive umzuwandeln. Die Besprechungen behandelten sogar bereits die Vergabe von Planstellen, wie Aufgaben aussehen sollten, welche noch dazukommen könnten oder delegiert werden müssten. Plötzlich, und zwar ohne Angabe von Gründen, war die Planung vom Tisch. In Greifswald und Leipzig entstanden Staatsarchive, aus dem Landesarchiv Oranienbaum wurde das Historische Staatsarchiv Oranienbaum. Diese Umstrukturierung im staatlichen Archivwesen der DDR, die ein erster tiefer Eingriff in bisherige Organisationsstrukturen war, zog personelle Fluktuationen aufgrund von Versetzungen, Ablösungen oder mehr oder minder freiwilliger Weggänge führender Archivare nach sich. So geriet Dr. Gringmuth-Dallmer in die Kritik derer, die sich in der Staatlichen Archivverwaltung und innerhalb des Archivs der Durchsetzung einer sozialistischen Kaderpolitik verschrieben hatten. Als

Archivar mit alter gesamtdeutscher Tradition entsprach er nicht dem Vorbild einer sozialistischen Leitungspersönlichkeit. Mit einem vorgeschobenen Grund wurde er im Oktober 1967 in die Außenstelle Wernigerode versetzt; Dr. Rudolf Engelhardt löste ihn als Direktor des Staatsarchivs Magdeburg ab.¹⁴

Marlies Ross war damals nicht bewusst, dass es sich hierbei um einen politischen Umbruch handelte. Als junge Frau interessierte sie ihr Familienleben (mit der vorrangigen Aufgabe der Fürsorge und Erziehung ihres kleinen Sohnes) mehr als das, was »ringsherum« geschah. Sie versuchte stets, ihre Arbeit »richtig« und »ordentlich« zu machen. Sie bemerkte seinerzeit, dass Dr. Gringmuth-Dallmer »mit Sicherheit nicht freiwillig ging« – es musste eine Degradierung gewesen sein, eine Art »Entschlackung« per Versetzung bzw. Entfernung unbequemer erfahrener Kräfte. Die Oranienbaumer Belegschaft hatte ein gutes Verhältnis zu ihm. Mit einer Kollegin fuhr Marlies Ross zu seinem 60. Geburtstag, welcher in seiner Magdeburger Wohnung gefeiert wurde. Im Kollegenkreis war zuvor Geld gesammelt worden, um bei einem zeitgenössischen Dessauer Künstler ein Bild als Geschenk zu erwerben. Letztlich wurde es im engeren Umfeld als eine große Demütigung empfunden, Dr. Gringmuth-Dallmer in eine – ihm früher unterstellte – Außenstelle zu versetzen. Zunächst sollte Hartmut Ross ihn übergangsweise im Staatsarchiv Magdeburg vertreten, was er ablehnte. Anhand eines dienstlichen Schreibens mit Unterschrift von Dr. Johannes Kornow in Marlies Ross' Personalunterlagen ist nachvollziehbar, dass dieser nach Dr. Gringmuth-Dallmers Weggang für kurze Zeit die Vertretung innehatte, bevor er nach Greifswald wechselte.

Die Neubesetzung der Direktorenstelle am Staatsarchiv Magdeburg zog (in einem schleichenden Prozess) starke Spannungen zwischen den Leitern beider Archive nach sich. Dr. Engelhardt versuchte, die relative Selbständigkeit und das Ansehen des Oranienbaumer Archivs vor allem im Kreis massiv einzuschränken. Hartmut Ross wurde weiterhin als nachgeordneter Behördenleiter zu den Direktorendienstbesprechungen bei der Staatlichen Archivverwaltung eingeladen, vielleicht auch wegen seines aktiven fachlichen Wirkens innerhalb und außerhalb des Archivs und seines Einsatzes für die Landesgeschichte, wofür er mit Auszeichnungen geehrt worden war. Von persönlichen Motiven abgesehen, ist Dr. Engelhardts Vorgehen in der Sache, im Hinblick auf die Einhaltung der Behördenhierarchie, sogar verständlich.

Die bestehenden engen Kontakte von Hartmut Ross zu leitenden Mitarbeitern der Staatlichen Archivverwaltung wie Dr. Reinhard Kluge (1965–90: stellvertretender Leiter) und Wolfgang Blöß (1964–90: Leiter Referat »Planung,

14 Die Angaben entstammen dem Lebensbericht von Friedrich Beck in diesem Band.

Organisation, Kulturgutschutz«) resultierten aus der erwähnten Teilnahme am selben IfA-Kurs und waren u. a. die Grundlage für eine kompetente fachliche Zusammenarbeit bei der Durchführung zentraler Vorhaben der Staatlichen Archivverwaltung. Bedeutung erlangte auch das Ergebnis der Arbeitsgruppe »Organisation«, der die IfA-Kollegen Wolfgang Blöß, Dr. Hartmut Ross und Dr. Meta Kohnke angehörten und die Dr. Friedrich Beck leitete. Ihre gemeinsame Arbeit führte sie zu Erfahrungsaustauschen in die Ukraine nach Kiew. Hartmut Ross lehnte Angebote der Staatlichen Archivverwaltung – wie dasjenige, die Leitung eines der beiden neugegründeten Staatsarchive zu übernehmen – ab. Eine weitere attraktive Anfrage erreichte ihn aus dem Goethe-und-Schiller-Archiv in Weimar, dessen damaliger Direktor Prof. Dr. Karl-Heinz Hahn ihn als Stellvertreter gewinnen wollte. Stattdessen ergriff er die Möglichkeit, in Ostberlin an der Bauakademie zu arbeiten. Die Konflikte, Konkurrenzen und persönlichen Unvereinbarkeiten mit der vorgesetzten Dienststelle waren ihm zu stark »an die Nieren gegangen«. Für Hartmut Ross sollte allerdings das Intermezzo in der Hauptstadt der DDR nur wenige Monate dauern, obwohl seine Frau ihm anfänglich gern dorthin gefolgt wäre. Die Atmosphäre eines unruhigen Gemeinschaftsbüros, das Leben in der Großstadt sowie das stete Pendeln zur Familie an den Wochenenden erwiesen sich als zu aufreibend.

Nach Hartmut Ross' Weggang wurde Marlies Ross von Dr. Engelhardt im Juli 1969 die Funktion eines Geschäftsführers des Historischen Staatsarchivs Oranienbaum mit schriftlich fixierten Befugnissen offiziell übertragen. Bereits zwei Jahre zuvor, als die bisherige Stellvertreterin des Leiters in Rente gegangen war, hatte sie als einzige Fachkraft des Archivs deren Funktion übernommen, und zwar ohne Titel, ohne schriftliche Ermächtigung. In Abwesenheit des Leiters musste ein Mitarbeiter vor Ort sein, um Anfragen entgegenzunehmen. Hartmut Ross' Rückkehr an das Historische Staatsarchiv Oranienbaum war eine Anfrage bei der Staatlichen Archivverwaltung vorausgegangen, die – sicher auch in dienstlichem Interesse – positiv beschieden wurde. Daraufhin wurde Hartmut Ross mit neuen und über den Standort hinausgehenden Funktionen ausgestattet, zum Beispiel als Mitglied in verschiedenen Kommissionen oder auch als Dozent an der Fachschule für Archivwesen für die neuen Fächer Erkenntnistheorie, Semiotik und Informationstheorie bzw. Information und Dokumentation. Eine Reihe von Aufgaben führten ihn demzufolge wiederum an bestimmten Tagen vom Archiv weg, sodass Marlies Ross die Geschäftsführung beibehielt und darüber hinaus mit erweiterten Entscheidungsbefugnissen ausgestattet wurde.

Etwa zur selben Zeit wurde im Auftrag der Staatlichen Archivverwaltung im Thronsaal des Schlosses ein sogenanntes Repräsentationszentrum für

Direktorentagungen und sonstige herausgehobene Veranstaltungen und Anlässe eingerichtet, an dessen Ausführung Marlies Ross maßgeblich beteiligt war. Eigens dafür wurden Stoffe zur Wandgestaltung, Möbel und Geschirr angeschafft. Hin und wieder kamen dann die Direktoren dort zu Tagungen zusammen, oder es fanden Sitzungen zentraler Kommissionen und Arbeitsgruppen statt. Bei mehrtägigen Veranstaltungen mussten die Gäste mangels Gästezimmern in der beschaulichen Kleinstadt im benachbarten weltlicheren Dessau Logis nehmen.

Zwei weitere aufwändige Verpflichtungen deckte Marlies Ross während ihrer Archivtätigkeit von den sechziger bis in die Achtzigerjahre ab. Nach staatlicher Verordnung hatten Kreise und Städte in der DDR Ortschroniken anzulegen und zu führen, wofür Mitarbeiter aus Staatsarchiven beratend und kontrollierend eingesetzt wurden. Marlies Ross war für den Kreis Gräfenhainichen – der laut Kopie ihres damaligen Protokolls im Sommer 1966 aus dreißig Städten und Gemeinden bestand (und 1952 aus Teilen der alten Kreise Wittenberg, Bitterfeld und Dessau gebildet worden war) – verantwortlich, was ihr entsprechende Reisetätigkeit abverlangte. Zum zweiten begutachtete sie vor Ort, ob die Kreis- bzw. Stadtarchive ordentlich geführt, ob das Archiv- und Registraturgut überhaupt sachgemäß untergebracht und behandelt wurde. Ihre Analyse ergab, dass seinerzeit im Kreis nur sieben Ortschroniken geführt wurden, wovon zwei sich im Privatbesitz befanden. Die Bürgermeister wurden mit Nachdruck auf die wichtige Führung von Chroniken für Forschungsvorhaben der Heimat- und Ortsgeschichte hingewiesen. Sie zeigten zwar großes Interesse, vermissten jedoch fachliche Anleitung und Unterstützung für diese bedeutende Aufgabe. In den Gemeinden wurden Chroniken überwiegend von Lehrern geführt, in Einzelfällen von Genossenschaftsbauern, Arbeitern des Kraftwerkes Vockerode sowie Bürgermeistern. Schüler und die Pionierorganisation konnten in drei Gemeinden lobend hervorgehoben werden, Parteien als auch andere Organisationen fehlten in der Regel. »Der Leitfaden für Ortschronisten« erwies sich als hilfreich, für eine kontinuierliche Arbeit bedurfte es allerdings regelmäßiger Anleitungen. Solche Lehrgänge hielt Marlies Ross ab. Sie setzte sich dafür ein, Zeitungsartikel über wichtige Ereignisse, Veränderungen und Entwicklungen des Ortes oder Veranstaltungen zu sammeln. Ortschronisten nahmen auch an Sitzungen der Räte in den Städten teil und bekamen Einblicke in laufende Entscheidungsprozesse. Wie sich heute herausstellt, war das Vorhaben sinnvoll. Wenn Städte Jahrestage feiern, kann auf Quellen in den Archiven zurückgegriffen werden. Berichte über den Stand der Dinge wurden damals regulär dem Staatsarchiv Magdeburg erstattet und flossen dort in dessen Jahresberichte ein, die die Staatliche Archivverwaltung einforderte.



Marlies Ross wurde am 6. Oktober 1986 durch einen Vertreter des damaligen Innenministers Friedrich Dickel zum »Oberarchivar« ernannt.

Die nächste gravierende Strukturveränderung des DDR-Archivwesens erfolgte 1973 (bald nach dem Grundlagenvertrag beider deutscher Staaten vom Dezember 1972) mit der in Kraft tretenden Geheimhaltungsordnung. Nach ihr galten Verschlusssachen (VS) mit verschiedenen amtlichen Geheimhaltungsgraden, und es wurden sogenannte Sicherheitsbeauftragte (meist fachferne Offiziere, Unteroffiziere aus der Armee bzw. Grenztruppen) in jedem staatlichen Archiv eingesetzt. Parallel dazu wurden in jedem Staatsarchiv statt der drei Bestandsabteilungen »Feudalismus«, »Kapitalismus« und »Sozialismus« (mit entsprechenden Leitern) eine Abteilung »Erschließung« und eine Abteilung »Auswertung« eingerichtet. Die Abteilung »Erschließung« entschied (dem Namen nach) künftig darüber, welche Bestände vorrangig zu erschließen waren. Derartige Beschlüsse wurden aber häufig von größeren Forschungsvorhaben oder Anforderungen aus Politik und Wirtschaft bestimmt. Die Abteilung »Auswertung« (in der Namengebung begrifflich irreführend) kümmerte sich um Anfragen und Benutzung.¹⁵ Ab sofort mussten alle Briefe, die aus dem west-

¹⁵ Die Angaben entstammen dem Lebensbericht von Friedrich Beck in diesem Band.

lichen Ausland in Oranienbaum eingingen, an das Magdeburger Staatsarchiv weitergeleitet werden. Nach deren dortiger Sichtung wurden die Aufträge zur Bearbeitung mit entsprechender Instruktion zur konkreten Abwicklung des Schriftverkehrs zurückgegeben und anschließend zur Unterzeichnung wieder an das Staatsarchiv gesandt.

Arbeitsanweisungen an das Historische Staatsarchiv Oranienbaum nahmen fortan den Postweg über beide Abteilungen des Staatsarchivs Magdeburg. Die Oranienbaumer Bestände zählten (wie eingangs erwähnt) schwerpunktmäßig zur Abteilung »Feudalismus« und nahmen, weil sie neben den »sozialistischen« und »kapitalistischen« Akten (die u. a. zu Vergleichen beider Wirtschaftssysteme und der Hervorhebung des fortschrittlichen »sozialistischen« herangezogen wurden) in der politisch-wirtschaftlichen Brauchbarkeitshierarchie als »nahezu nutzlos« eingestuft waren, einen nachgeordneten Rang ein. Daher wurden die Mitarbeiter des Historischen Staatsarchivs Oranienbaum in die Bearbeitung einschlägiger Bestände des Staatsarchivs Magdeburg und des Deutschen Zentralarchivs einbezogen.

Das Ministerium des Innern und das Ministerium für Industrie der DDR hatten bereits 1950 eine Anweisung zur Errichtung von Betriebsarchiven erlassen, was aus der Überführung aller wesentlichen Wirtschaftsbereiche in Volkseigentum resultierte. Infolgedessen hatte jeder volkseigene Betrieb ein Betriebsarchiv für die Zeit vor als auch nach Übernahme in Volkseigentum einzurichten. Der Betriebsarchivar war der Betriebsleitung unmittelbar unterstellt und erhielt Weisungen von der Hauptabteilung Archivwesen bzw. dem Direktor des jeweiligen Staatsarchivs, mit dem auch die Kassationen abgestimmt wurden. Die staatlichen Archivare wurden dadurch in ihrer fachlichen Beratung bzw. Anleitung von Betriebsarchivaren qualitativ als auch quantitativ vor anspruchsvolle Aufgaben gestellt.¹⁶

Für das Historische Staatsarchiv Oranienbaum, das keine Akten aus der sozialistischen Epoche übernahm, stellten sich diese Arbeitsaufgaben zunächst nicht. Doch wurden seine drei Fachkräfte – einschließlich des Leiters – bald in die Erarbeitung von Archivgutverzeichnissen einbezogen. Oranienbaum wurde für die Bereiche Forstwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Landwirtschaft und Chemie zuständig. Insbesondere die Kollegen des Staatsarchivs Magdeburg machten dankbar Gebrauch davon, an die »Oranienbaumer« Aufträge delegieren zu können, welche sie selbst mit anstrengender Reisetätigkeit und zeitaufwändiger Einarbeitung in eine neue Materie hätten auf sich nehmen müssen. (Im Staatsarchiv Magdeburg war damit höchstens eine Mitarbeiterin

16 Nach Schreyer, Das staatliche Archivwesen (wie Anm. 6), S. 32.

betraut.) Die Organisation des Oranienbaumer Archivs war so einzurichten, dass nicht alle vielfach nur halbtags beschäftigten Mitarbeiter zur gleichen Zeit ihre Reisen planten und das Archiv letztlich unbesetzt verschlossen blieb.

Archivgutverzeichnisse waren Hilfs- und Orientierungsmittel für die sogenannten Endarchive bei der Auswahl und Übernahme von archivwürdigem Schriftgut – also Unterlagen, die für Forschungen bzw. wissenschaftliche Arbeiten in den Bereichen interessant werden würden – aus den Betrieben, dienten aber auch deren Registraturen. Sie waren gewissermaßen das Gegenstück zu den Negativverzeichnissen in den Betrieben; diese führten Schriftgutarten wie beispielsweise Dokumente aus der Allgemeinen Verwaltung, Anwesenheitslisten, Stundenabrechnungen etc. auf, welche nach vorgegebener meist kurzer Aufbewahrungsfrist ohne Überprüfung und Zustimmung der Staatsarchive kassiert werden konnten. Die Mitarbeiter der Registraturen wussten, dass sie selbst solche Akten nach fünf Jahren vernichten konnten. Akten, die zehn oder fünfzehn Jahre aufgehoben werden mussten, wurden nach Ablauf der Frist zur Entscheidung über Kassation oder weitere Aufbewahrung von Archivaren der Staatsarchive geprüft. So wurde zum Schluss der Umfang immer schmaler, es blieben nur noch bestimmte Kategorien in den Katalogen übrig. Archivgutverzeichnisse wurden also für Wirtschaftsschriftgut erstellt, welches einmal Archivgut werden sollte. Dafür waren die Registraturbildner – in dem Fall die für die DDR-Wirtschaft besonders bedeutsamen Kombinate, Betriebe etc. – von kompetenter Stelle bereits ausgewählt worden. Archivare der zuständigen Staatsarchive fuhren zu den Direktoren und Betriebsarchivaren, um sie nach ihren Aufgaben und deren Umsetzung in die Praxis zu befragen. Beste Ansprechpartner waren in der Regel gut eingearbeitete Sekretärinnen, welche die Aktenpläne kannten.

Marlies Ross hielt die Tätigkeit für eine interessante und sinnvolle Sache. In ihrem zu bearbeitenden Bereich »Chemie« besuchte sie Kombinate in Rudolstadt und Berlin. Vor Ort klärte sie mit den Verantwortlichen, was von den vorhandenen wie von den noch entstehenden Akten in welcher Form aufbewahrt werden sollte. Anfangs galt die Regel, dass zehn Prozent von allem neu entstehenden Schriftgut in die Archive abgegeben werden sollten; die Zahl musste allerdings im Laufe der Zeit noch reduziert werden. Zudem wurden Akten häufig nachträglich kassiert, weil die Raumkapazität an ihre Grenzen geriet oder weil Unterlagen in Eile übernommen worden waren, ohne im Vorfeld genau bewertet worden zu sein.

Aus der Bewertungsarbeit der Staatsarchive in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen konnten anhand der Art der Betriebsleitung und anhand der Art der entstehenden Akten einheitliche Bewertungskriterien für die Wirtschaftsbestände erstellt werden. Die Leiter der Kombinate hatten regel-

mäßig den zuständigen Ministerien Berichte zu erstatten. In ihnen schlugen sich – meist in Form von Statistiken – auch die Zuarbeiten der nachgeordneten Betriebe nieder. Es hieß dann: »Na ja, wenn das hier zusammengefasst ist, braucht man es von den Untergeordneten nicht mehr!« Diese Entscheidung stellte sich nicht als richtig heraus, denn die Arbeit in den den Kombinat unterstellten Betrieben konnte mitunter viel schwieriger bzw. unter ganz anderen Bedingungen erfolgt sein, was sich nicht in der Statistik widerspiegelte. »Was geschehen war«, konnten die Archivare nachvollziehen, nicht immer aber die Art und Weise des Zustandekommens, u. a. auch deshalb, weil »nicht jeder seine Fehler nach oben weiterleitete«. In den Archivgutverzeichnissen spiegelte sich die DDR-Wirtschaft mit allen vorhandenen Problemen auch finanzieller Natur wider. Die Aufbewahrung der Betriebsakten regelte ab März 1976 eine Verordnung für das staatliche Archivwesen. In der Konsequenz durften nur noch wenige Betriebsarchive ein sogenanntes Endarchiv selbst unterhalten. Sämtliches betriebliches Archivgut (vor 1945 entstanden) einschließlich laufender Betriebe ohne eigenes Archiv gelangten in die zuständigen Staatsarchive, damit auch dasjenige anhaltischer Traditionsbetriebe, welche Magdeburg und Oranienbaum aufnahmen.

Dr. Lieselott Enders leitete vom Staatsarchiv Potsdam (so die Bezeichnung ab 1965) aus eine Kommission, in der Marlies Ross mitwirkte, um die einzelnen von verschiedenen Mitarbeitern bearbeiteten Bereiche miteinander zu vergleichen. Die Vergleiche ermöglichten es wiederum, die Art der Quellen (nicht die Inhalte) in grober Form zu vereinheitlichen, was als sogenannter Neuerervorschlag behandelt wurde. Es sollte eine Richtschnur für die Nicht-Fachleute in den Betriebsarchiven geschaffen werden, damit sie an den entsprechenden Stellen genau prüften, was auf jeden Fall aufzubewahren war. Es entstand das Rahmenarchivgutverzeichnis. Marlies Ross erhielt daraufhin vom damaligen Leiter der Staatlichen Archivverwaltung Dr. Gerhard Exner ein Schreiben vom 31. Mai 1979: »Werte Kollegin Ross! Ihr gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Neuererkollektivs vorgelegter Neuerervorschlag zur Rationalisierung des Verfahrens der Erarbeitung von Archivgutverzeichnissen in Form eines in allen Industriezweigen anwendbaren Rahmenarchivgutverzeichnisses konnte bereits [...] in angemessener Weise gewürdigt werden. Auf Grund von Gutachten, die einen zusätzlichen Nutzeffekt des Neuerervorschlags belegen und einen erweiterten Anwendungsbereich ausweisen, erhöhe ich [...] [die] zugesprochene Vergütung von 262,40 M.« Außerdem verband er mit seinem Glückwunsch die Erwartung, dass sie auch weiterhin aktiv und initiativreich mitarbeiten werde.

Dem permanenten Fachkräftemangel des kleinen Oranienbaumer Archivs begenete der Leiter, indem er sich seinen Kolleginnen gegenüber sowohl

für die allgemeine als auch für die fachspezifische Bildung zur anhaltischen Landesgeschichte verantwortlich fühlte. Er nutzte jede Gelegenheit, den Wert der anhaltischen Bestände anschaulich zu vermitteln. Bei den obligat gefeierten Frauentagsveranstaltungen oder regelmäßigen Betriebsausflügen lag das Augenmerk neben einer guten Beköstigung stets auch auf einem kulturellen Beitrag für das gesamte Personal. Gemeinsam besuchten die Mitarbeiter u. a. Operaufführungen, das Konzerthaus in Leipzig, Museen oder Betriebe mit organisierten Führungen, was Kollegialität und Verbindlichkeit untereinander stärkte. Im Oranienbaumer Archiv wurden Lehrlinge ausgebildet, Praktikanten betreut und in der Nachwendezeit sogar ABM-Kräfte in die Archivarbeit eingewiesen. Die Mitarbeiterinnen nahmen seinerzeit an Weiterbildungen des Staatsarchivs Magdeburg oder der Staatlichen Archivverwaltung teil. Zwei Kolleginnen wurden Archivassistentinnen, insgesamt vier Kolleginnen absolvierten ein Fernstudium und qualifizierten sich ausgezeichnet. Marlies Ross begann 1974 (mit der Genehmigung Dr. Engelhardts) für zwei Jahre ein fachspezifisches Teilstudium mit Teilnahme an Lehrveranstaltungen des Bereichs Archivwissenschaft der Sektion Geschichte an der Humboldt Universität zu Berlin. Die Seminare fanden ein- bis zweimal im Monat für mehrere Tage statt. Hierbei kamen auch Archivare aus den Staats-, Kirchen- und anderen Archiven zusammen, die zuvor Geschichte studiert hatten und sich im Vollzeitstudium befanden. Die zahlenmäßig geringer vertretenen staatlich geprüften Archivare nutzten die fachspezifischen Lehrveranstaltungen zur Weiterbildung. Hartmut Ross hatte zuvor seiner Stellvertreterin und Ehefrau nahegelegt: »Na, du wirst doch da nicht nur hinfahren, sondern auch die Prüfung ablegen!« Daraufhin bestand sie die Prüfung und erhielt von Dr. Botho Brachmann, dem Leiter des Bereichs Archivwissenschaft, das entsprechende Zeugnis. »Na, jetzt bist du so weit gekommen, jetzt kannst du auch die Examensarbeit machen!«

Ihre über neunzig Seiten umfassende, schreibmaschinenverfasste wissenschaftliche Belegarbeit widmete Marlies Ross der schon erwähnten zentralen Thematik ihres Archivs, nämlich der Erarbeitung einer Tektonik. Diese theoretische Arbeit gab die Ordnung für den gesamten Archivbestand vor, in dem sich die zeitliche, territoriale und verwaltungsmäßige Entwicklung des Landes widerspiegelte, in den Urkunden (ab 994), in den Akten des Gesamtarchivs (bis 1603/06) und denen der durch die Landesteilung entstandenen Teilfürstentümer Anhalt-Bernburg, Anhalt-Dessau, Anhalt-Köthen und Anhalt-Zerbst (1603–1848) und in den nach der 1848er Revolution entstandenen Behörden (1848–1945). Danach galt es, diese Ordnung in die Praxis umzusetzen – eine über mehrere Jahre währende Arbeit, bei der durch aufwendige Bestandsrevisionen der Ist-Bestand der überlieferten Provenienzbestände mit den in der Theorie ermittelten Provenienzen verglichen und Ver-

luste festgehalten wurden. Ausnahme bildeten die Pertinenzbestände – die sogenannten Abteilungen – der Teilfürstentümer Dessau, Bernburg und Köthen. Welche Akten welcher Behörden oder welcher anderen Registraturbildner aus 260 Jahren ihrer Geschichte in ihnen nach bewusster Zerstörung der überlieferten Provenienzen Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Niederschlag fanden, ist nur schwer zu ermitteln. In einzelnen Akteneinheiten konnten bis zu fünf verschiedene Provenienzen festgestellt werden. Von Dr. Helmut Lötze damals mit den Worten »Das ist hochinteressant und liest sich wie ein Kriminalroman!« beurteilt, bildete die Abhandlung jahrzehntelang eine Grundlage für die neu geschaffene Tektonik, diente auch fachlichen Diskussionen in anderen Archiven mit ähnlicher Problematik, half, aus der Bundesrepublik Deutschland nach einem Ost-West-Kulturabkommen 1986/87 zurückgeführte anhaltische Bestandteile zügig einzuordnen, und war eine entscheidende Voraussetzung für den gelungenen kompletten Archivumzug 2002.

Marlies Ross wusste, was im Archivalltag von ihr erwartet wurde, weil es »klar geregelt« war. Anfallende Aufgaben ergaben sich daraus, welche Anforderungen die Benutzer stellten oder welche Forschungen in der DDR betrieben werden sollten. Universitäten oder Institutionen stellten Anfragen an die Archive. Deren Mitarbeiter untersuchten, welche dringend in der Forschung gebrauchten Bestände noch nicht (ausreichend) erschlossen waren. Für die Erschließung wurden – wie in anderen Arbeitsbereichen ebenfalls – Arbeitspläne erstellt, um die Arbeit demgemäß zu konzentrieren. Wirtschaftlich wichtig konnten auch einmal »feudalistische« Bestände sein. Überlieferungen von mehr als hundert Jahren anhaltischer Wirtschaftsgeschichte entstammten den Branchen Kalibergbau, Chemie, Energie, Maschinen-, Fahrzeug-, Flugzeug- und Schiffbau. In den anhaltisch-berenburgischen Beständen befanden sich umfangreiche Bergbauakten, die bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren für Großbaumaßnahmen im Straßen- und Brückenbau wichtige Auskünfte gaben, zum Beispiel über alte verschüttete Stollen und unterirdische Hohlräume. Dadurch gelang es, arbeits- und kostenaufwändige aktuelle Sicherungsbohrungen zu ersparen – vielfache Auskünfte und Benutzungen waren von hohem ökonomischem Wert.

Für die Erschließung galt eine standardisierte Verfahrensweise in Form der Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze (OVG), 1964 von der Staatlichen Archivverwaltung herausgegeben und im Zusammenhang mit Marlies Ross' Ausbildung im Deutschen Zentralarchiv bereits erwähnt. Auf über 70 Seiten und in 300 Paragraphen, mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis belegt, wurden Bestandsbildung, Aktentypen, Formulierung von Akten- und Kartentiteln sowie Aufnahme besonderer Akteninhalte nebst Laufzeit beschrieben. Selbst alphabetische Reihung und Umgang mit historischen Ortsnamen waren

hier geregelt. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik stellte sich für Marlies Ross heraus, dass die DDR-Archivare mit den OVG den westdeutschen Kollegen haushoch überlegen waren. Sie kannte diejenigen, die sie maßgeblich konzipiert hatten: Gerhard Schmid, Hans-Stephan Brather und Gerhart Enders. Die OVG waren den staatlichen Archivaren regelrecht in Fleisch und Blut übergegangen. Eine Verzeichnungskarte sah einheitlich aus, und jeder, der sie in die Hand nahm, wusste: Das ist eine *vorläufige* oder eine *endgültige* Signatur, danach konnte der Bestand gesucht werden; mit »Enthält«-Vermerk und Datum – alles immer genau vorgegeben, jeder wusste, wo etwas einzutragen war.

Anfang der Siebzigerjahre wurde in den staatlichen Archiven der Zentrale Bestandsnachweis (ZBN) eingeführt, welcher auf Karteikarten jeden Archivbestand mit der vergebenen Bestandssignatur sowie Daten und Angaben zur historischen Entwicklung der Behörde, Organisation oder Einrichtung als auch mit Laufzeit der Archivalien erfasste. Ab 1976 mussten alle Archive systematisch der Staatlichen Archivverwaltung Informationen zum Staatlichen Archivfonds (StAFO) liefern, was Marlies Ross als »eine sinnvolle Sache« ansah. Der StAFO umfasste das gesamte in Volkseigentum befindliche Archivgut unabhängig vom Zeitpunkt und Ort seines Entstehens. An zentraler Stelle wurde erfasst, welche einzelnen Bestände in welchem Archiv, aus welchem Zeitraum, mit welchem inhaltlichen Umfang in Zuständigkeit der Staatlichen Archivverwaltung existierten.

Mit seiner Umbenennung in Historisches Staatsarchiv konnte dem Wesen und Gewicht des Oranienbaumer Landesarchivs immer noch Rechnung getragen werden. Leitung und Kollektiv arbeiteten gezielt an der Außenwirkung ihrer bedeutenden Bestände, damit sie sowohl in der Bevölkerung wahrgenommen als auch an Schulen und Hochschulen für Forschungen ausgewertet wurden. Die gut in Gang gekommene Arbeit wurde allerdings mehr und mehr wegen (benannter) anderer zu erfüllender Aufgaben zurückgedrängt, bis 1976/77 auch noch das letzte Quäntchen Selbstständigkeit einer weiteren Verordnung des staatlichen Archivwesens – die auf der revidierten DDR-Verfassung von 1974 mit der verkündeten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik beruhte – zum Opfer fiel. »Oranienbaum« wurde wie »Möckern« und »Wernigerode« zur Außenstelle des Staatsarchivs Magdeburg. Die Oranienbaumer Archivare hatten ganz und gar das zu machen, was in den Magdeburger Plänen stand und was für sie eingeteilt wurde. Marlies Ross machte ihren Abteilungsleitern deutlich, dass nicht jeder zu 100 % deren Arbeitszeit verplanen konnte, wofür sich der von Wolfgang Blöß den Direktoren abverlangte Arbeitszeitnachweis (von dem noch die Rede sein wird) zur Einschätzung der Machbarkeit als hilfreich erwies.

Viele Mitarbeiter der Staatlichen Archivverwaltung wussten gar nicht, was in ihren eigenen Referaten und in den Abteilungen der Staatsarchive vor sich ging – im Besonderen, welche unsäglichen Weisungen von der Abteilung Auswertung für die Benutzungen an die Staatsarchive ausgegeben wurden, sodass sich dagegen permanent Widerstände formierten. Es war bekannt und wirkte nach außen, dass die Führungsspitze und die Mitarbeiterschaft der Staatlichen Archivverwaltung sich überwiegend nicht aus Fachkräften zusammensetzte, sondern aus abgewickelten Führungskadern des Staats-, Polizei- oder Staatssicherheitsdienstes. Nun wollten die abgestraften neuen Verantwortlichen von der Spitze her tunlichst keine neuen Fehler begehen, alle Fäden in der Hand behalten, kontrollieren und unterbinden, dass beispielsweise Archivare der Staatsarchive eigenständige Beziehungen zu Benutzern oder Archiven im Westen unterhielten, was diese wiederum sehr laienhaft empfanden. Selbst eine im Historischen Staatsarchiv Oranienbaum aus Amerika eingehende Anfrage zu Zerbster Landeskinderen, welche im 18. Jahrhundert von Katharinas der Großen geistesschwachem Bruder an England verkauft und für Kämpfe im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg eingesetzt worden waren, musste wie folgt beantwortet werden: »In den Beständen des staatlichen Archivfonds der Deutschen Demokratischen Republik konnten Quellen dazu nicht ermittelt werden.« Wenn Benutzer daraufhin Beschwerden einlegten, wurden die Anliegen von der Staatlichen Archivverwaltung in Potsdam beantwortet, was sich für die Archivare vor Ort sehr negativ auswirken konnte, weil auf einmal einer Benutzung zugestimmt wurde. Im konkreten Fall hatte sich nach 1989/90 ein westlicher Benutzer mit einem vorwurfsvollen Schreiben an Marlies Ross gewandt, dass sie seinerzeit im Archiv angeblich keine einschlägigen Quellen hätte ermitteln können. Es traf die Falsche, denn sehr wohl enthielt ihr damaliges Schreiben, an Magdeburg adressiert, einen positiven Bescheid, allerdings schlug ihr übergeordneter Kollege dort die Anfrage mit oben genannter Floskel aus. Es handelte sich bei den erbetenen Auskünften in der Regel um politisch harmlose Dinge. Die Oranienbaumer Kollegen schüttelten dann die Köpfe: »Was ist denn an einer Herausgabe so schlimm?« Interessant an der Stelle ist, dass diesbezügliche Schriftwechsel nicht in den Archiven verbleiben durften. Marlies Ross behielt dennoch »in Eigenregie« stets einen Durchschlag für die Benutzerakten. Damit widerlegte sie später Vorwürfe des westlichen Benutzers, bestimmte Dokumente ihres Archivs nicht herausgegeben zu haben, indem sie ihm den gesamten Vorgang vorlegte. Das als übertrieben empfundene »Getue« steigerte sich, weil die Angst umging, »der Westen könnte die DDR sabotieren«. Natürlich galt Vorsicht bei den Auskünften. Befürchtungen waren nicht unbegründet, weil Archivare vor dem Berliner Mauerbau »abhauten«. Sie schrieben mitunter ihren alten

Kollegen und baten um Auskünfte oder Zuarbeiten. Das kontrollieren und unterbinden zu müssen, ist nachvollziehbar. »Der Westen hat auch nicht alles rausgegeben.« Nur die undifferenzierte Vorgehensweise der DDR im Hinblick auf benutzende Personen und benutzte Bestände war falsch und unklug und hat der Sache eher geschadet als genutzt.

Dem permanenten Druck, der von der Staatlichen Archivverwaltung ausging, jedoch direkt vom Staatsarchiv Magdeburg gegenüber seiner Außenstelle Oranienbaum ausgeübt wurde, entzog sich deren Leiter Hartmut Ross endgültig, indem er ein Angebot des Rates des Kreises annahm, künftig die Leitung der Staatlichen Schlösser und Gärten Dessau-Wörlitz-Oranienbaum zu übernehmen, »obwohl er seinen Beruf als wissenschaftlicher Archivar sehr liebte«. In seiner rund achtzehnjährigen Tätigkeit für das Oranienbaumer Archiv hatte er sich sehr früh aktiv und intensiv mit der anhaltischen Geschichte beschäftigt, mit »dem progressiven Wörlitz unter Fürst Franz«, eingebunden in eine Kommission der Universität Halle zur Erforschung des Dessau-Wörlitz-Kulturkreises – und das in einer Zeit, in welcher über das (1945/47 aufgelöste Land) Anhalt eigentlich nichts mehr gesagt werden durfte. Gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern forschte er zum 1000-jährigen Bestehen der Stadt Wörlitz und zum 200. Jahrestag des Parks Wörlitz. Ihre Beiträge über den Fürsten und seine Zeit flossen in die 1965 erschienene, aufgrund des damaligen Papiermangels sehr platzsparend gestaltete Publikation »Der Dessau-Wörlitzer Kulturkreis« ein. Es war nicht erwartet worden, dass sie überhaupt gedruckt werden durfte. Bereits 1967 hielt Hartmut Ross an der Philosophischen Fakultät der Universität Halle – neben anderen Vorträgen allerorten – eine nachdrückliche Rede zur dringend notwendigen Aufarbeitung regionaler Geschichte. Die Resonanz war positiv, es kamen zahlreiche Benutzungsanfragen, und die Vergabe von Examens- und Promotionsthemen zur anhaltischen Geschichte stieg an. Er publizierte, wobei sich die Frage nach eigenen Publikationen im Landesarchiv Oranienbaum aufgrund der personellen Besetzung nicht stellte. Hier war nur die Mit- und Zuarbeit zur Benutzung und Recherchebearbeitung für Veröffentlichungen anderer möglich, verbunden häufig anschließend mit ausführlichem Dank an die Kollegen des Archivs. Hartmut Ross hatte sich einen Namen gemacht, erlangte Bekanntheit. Und als die Direktionsstelle der Schlösser- und Gartenverwaltung zu besetzen war, wurde er dafür als der Richtige befunden. Seine neue Tätigkeit nahm er am 1. Januar 1977 auf.

Alleinige Verantwortung für die Außenstelle Oranienbaum, »Besuch der DEFA«, Zuerkennung des Titels Diplomarchivarin, Ost-West-Kulturabkommen (1977–1989)

Das Jahr 1977 brachte der Geschäftsführerin Marlies Ross die Alleinverantwortung für die Außenstelle Oranienbaum. »Es gab keinen Bewerber, und ich hatte es bis hierhin gemacht, also konnte ich es auch weitermachen!«, ist Marlies Ross' kurze und bündige wie sachliche Feststellung zur Berufung als neue Leiterin bzw. Geschäftsführerin. Für die Amtsübernahme gab es weder einen großen noch einen kleinen Festakt, der Archivalltag lief in gewohntem Rhythmus weiter. Längst war sie gewohnt, Stück für Stück in die jeweils anfallende Verantwortung hineinzuwachsen. Wenngleich die Wertschätzung von außen keine hohen Wellen schlug, wuchsen die Herausforderungen der ihr recht früh übertragenen Leitungsaufgaben um einige Bereiche. Sie war ab sofort für die Führung und Koordinierung aller anfallenden und vorgegebenen Aufgaben zuständig. Vorgeschrieben waren »eine straffe Leitung, Planung unter Einbeziehung der Gewerkschaft«. In ihre Pläne hatte die prognostische Planung der Staatlichen Archivverwaltung einzufließen. Marlies Ross bedachte und entschied Personalfragen wie den zweckmäßigsten Einsatz aller Mitarbeiter des kleinen Archivs und die Entlastung der Fachkader für einfache Arbeiten (beispielsweise bei der Bestandserschließung) in regelmäßig stattfindenden vierteljährlichen Auswertungsbesprechungen mit ihren Kollegen. Sie organisierte sämtliche Fachaufgaben, sorgte für ein gutes Arbeitsklima, schob Qualifizierung, Wettbewerb (Stichwort: Neuerungsvorschläge bzw. Titelkampf »Kollektiv der sozialistischen Arbeit«) sowie Weiterbildung an. Damals übliche gesellschaftspolitische Aktivitäten (Zeitungsschauen und Veranstaltungen) wie auch die Unterstützung ihrer Kolleginnen im sozialen Umfeld (Organisation von Mittagessen und/oder von Unterkünften) kamen hinzu. Zudem trug sie partiell Verantwortung für ein historisches Gebäude als auch seinen Inhalt unter dem Leitbegriff Objekt- und Bestandssicherung. Außerdem übernahm sie den Sitz ihres ehemaligen Vorgesetzten in der Dessau-Wörlitz-Kommission.

Gemessen an Maßstäben des staatlichen Archivwesens der DDR wurde der Leiterin des Oranienbaumer Archivs auf sämtlichen Gebieten ihre nachrangige Rolle als Außenstelle mit Pflicht zur Berichterstattung verdeutlicht, was – wie sich später herausstellte – einem großen Teil der Mitarbeiter des Staatsarchivs Magdeburg nicht bewusst war. Ihre obligatorischen Jahresberichte reichte sie bei Dr. Engelhardt ein. Die ohnehin wenigen Planstellen wurden (mit der Erklärung, Planstellen für Aufgaben des Staatsarchivs Magdeburg dringender zu benötigen) um weitere gekürzt, und die wenigen Mitarbeiter erhielten Auf-

gaben außerhalb des Archivs wie die Arbeit an Archivgutverzeichnissen und Ortschroniken. Die verlorene Berechtigung zur Öffnung ausländischer Post ist bereits erwähnt worden. Hinzu kam, dass bei der Zitierung von Archivalien der Namen des Archivs nicht mehr angegeben werden durfte – »eine ganz und gar idiotische Regelung«. Wertvolle anhaltische Bestände und Bestandteile sollten in das Staatsarchiv Magdeburg abgezogen werden. Versuche dieser Art gab es immer wieder, wobei es gelang, sie mit ihren unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden weitestgehend abzuwehren. Ausgenommen waren die fast 600 Briefe und Handschriften Martin Luthers (etwa ein Drittel dessen, was überhaupt von ihm überliefert ist) aus dem Zeitraum 1514 bis 1546 im Bestand des Herzoglich Anhaltischen Haus- und Staatsarchivs Zerbst: Sie lagen nicht in Oranienbaum, sondern in Magdeburg, weil das Archiv im Schloss weder Sicherheit noch angemessene klimatische Bedingungen bot. Die von Fürsten Georg III. von Anhalt gesammelten Schreiben waren an Mitglieder des anhaltischen Fürstenhauses, an den Reformator Nikolaus Hausmann wie auch an Georg Spalatin gerichtet gewesen.¹⁷ Nachdem im Jahr 2002 Anhalts Archiv nach Dessau umgezogen war und dort im Vorfeld beste konservatorische Bedingungen im Wasserturm geschaffen worden waren, gab es keinen Grund mehr, die Sammlung in Magdeburg zu belassen. Sie wurde in acht eigens dafür angefertigten Kisten in die neue Aufbewahrungsstätte überführt.

Marlies Ross und Kollegen hatten mehreren Herren zu dienen: dem Magdeburger Direktor, dem das Oranienbaumer Archiv unterstellt war, dem Abteilungsleiter Erschließung für alle Aufgaben, die in der Erschließung erfüllt werden mussten, als auch dem Abteilungsleiter Auswertung sowie dem Sicherheitsbeauftragten und der Allgemeinen Verwaltung, von der alle Gelder abhingen. Jeder wollte kompetente Auskünfte erhalten. Und jeder glaubte, man sei nur für ihn zuständig. Es gab Konkurrenzgerangel zwischen Erschließung und Auswertung, weil die Auswertung aufgrund politischer Aspekte auf ihrem Vorrang bestand. Wenn Aufgaben zugeteilt wurden, hatte Marlies Ross oft zu berichtigen, pro Person nicht 40, sondern nur 20 Stunden zur Verfügung zu haben. Von der Abteilung Erschließung erteilte Aufgaben waren stets in einem bestimmten Zeitraum zu erledigen, was häufig mit dem tatsächlich vorhandenen Stundenkontingent gar nicht zu leisten war.

Zugute kam hierbei Marlies Ross der von Wolfgang Blöß den Archivaren »verordnete« Arbeitszeitbogen: ein täglicher Stunden- bzw. Halbstundennachweis über die angewendete und benötigte Arbeitszeit für jeweilige Arbeits- und Sonderaufgaben wie Leitung, Erschließung, Recherchen, Benutzung, Be-

17 Vgl. den Zeitungsartikel von Antje Rohm in der »Zerbster Volksstimme« vom 15.11.2002: Landeshauptarchiv Abteilung Dessau, »Nach 60 Jahren: Luthers Briefe wieder in Anhalt«.

wertungsfragen, Außentätigkeit, Sicherungsverfilmung, Krankheit, Urlaub und gesellschaftliche Arbeit. Es gab auch die Spalte »Sonstiges«. Dafür ging im Archiv Oranienbaum »immer mal eine halbe Stunde weg«, wenn bspw. Fachkräfte Kohlen schleppten, um die Öfen in Gang zu bringen. Die monatliche Arbeitszeit eines jeden Mitarbeiters floss in den Gesamtstundennachweis des Archivs. Marlies Ross erklärte ihren Kolleginnen: »Es geht mir nicht um zehn Minuten, aber um einen Überblick darüber, welche Zeit für welche Tätigkeit benötigt wird und zur Verfügung steht.« Nach anfänglichem Misstrauen legte jeder Kollege selbstverständlich am Monatsende seinen Stundenbogen vor, Bedenken wegen ständiger Kontrolle waren gewichen. Nach zwei bis drei Jahren wurde deutlich, wie viel Zeit benötigt wurde, um einen Benutzer mit anspruchsvollen Themen zu betreuen, und zwar mit der entsprechenden Beratung, dem Heraussuchen, Bringen und Folieren der bestellten Akten. In anderen Archiven hingegen formierte sich Widerstand gegen den Arbeitszeitbogen, weil sich die Mitarbeiter davon kontrolliert fühlten. Marlies Ross beharrte auf ihm. Erfahrungsgemäß konnte sie davon ausgehen, mit ihren Fachkräften so und so viele Stunden für einen Meter Erschließung von der und der Qualität zu haben. Das Ergebnis hing dabei erheblich davon ab, ob die Akten nach Sachbetreffen angelegt worden waren. Den Abteilungen Erschließung und Auswertung konnten dadurch für ihre Planungen genaue Angaben über das in Oranienbaum vorhandene Arbeitszeitvolumen gegeben werden. Als beispielsweise entsprechend der Anforderung der Abteilung Auswertung nach Nazi-Kriegsverbrechern in Anhalt gesucht wurde, konnte diese Statistik genaue Auskunft darüber erteilen, wie viele Kräfte für wie viele Stunden dafür zur Verfügung standen. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und mit Inkrafttreten bundesdeutscher Archivgesetze wurden die Nachweise abgeschafft. Marlies Ross appellierte an ihre Mitarbeiter: »Wir führen die Bögen seit über zehn Jahren und wissen nun, dass es keinem schadet. Im Gegenteil, wir wissen, was möglich und unmöglich ist. Und überhaupt, wenn ich einer Arbeit nachgehe, für die ich Geld erhalte, muss ich mich auch kontrollieren lassen. Ich plädiere dafür, sie weiterzuführen!« Ein damals neu eingestellter westdeutscher Kollege brachte seinen Missmut zum Ausdruck, indem er auch notierte, wie viel Zeit sein Toilettengang beanspruchte. Unbeirrt hielt Marlies Ross noch einige Jahre daran fest. In einer vom Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt organisierten Weiterbildung Mitte der 1990er-Jahre wurde übrigens »eine innovative Idee« für den Bereich der Polizei vorgestellt, die auch für alle anderen Bereiche geltend gemacht werden sollte: eine schriftliche Ermittlung von Aufwand und Kosten, die dem Blöß'schen Arbeitszeitnachweis sehr nahekam – in der Ausführung etwas anders, aber inhaltlich genau das Gleiche. Der Leiter des Archivreferats des Ministeriums war in jener Sitzung

anwesend und wies Marlies Ross an, über ihre konkreten DDR-Berufserfahrungen zu schweigen. Zuvor hatte er ihr die Führung des Nachweises im Archiv bereits untersagt.

Eine kontinuierliche, planbare Erschließung der anhaltischen Bestände, welche durch kriegsbedingte Aus- und Einlagerungen zu erheblichen Teilen unbenutzbar geworden waren, konnte im Landesarchiv in den 1960er- und 1970er-Jahren kaum erfolgen. Die geringe Anzahl der Fachkräfte hatte zunächst die Benutzerbetreuung abzusichern und Anfragen zu bearbeiten. Für Zuarbeiten wie Vorbereitung von Akten, Auslagerung, Benutzeraufsicht und Rücklagerung wurde auf Hilfskräfte zurückgegriffen, aber die Auswertung konnte letztlich nur eine Fachkraft vornehmen. Eingesetzt wurden die zwei vorhandenen Archivare zudem zur Erschließung von als »wichtiger« eingestuften Beständen aus dem Staatsarchiv Magdeburg oder dem Deutschen Zentralarchiv (bzw. Zentralen Staatsarchiv) in Potsdam. Die Beteiligung an der Erstellung von Archivgutverzeichnissen für die Wirtschaft wie auch die Anleitung und Betreuung von Ortschronisten des Kreises forderten viele Arbeitsstunden. Es ist leicht vorstellbar, dass diese Rahmenbedingungen Schwierigkeiten bereiteten und an eine – wie es damals hieß – Planerfüllung überhaupt nicht zu denken war. Es ergab sich mehr und mehr ein Rückstau mit immensem Nachholbedarf, dem sich offensichtlich kein externer Leiter hatte stellen wollen. Marlies Ross erhielt 1977 einen neuen Arbeitsvertrag als »Zivilbeschäftigte in den Organen des Ministeriums des Innern« mit voller Stundenzahl, mehr Verantwortung und der Verpflichtung, an Alarmen, Übungen und Einsätzen teilzunehmen sowie Weisungen des Vorgesetzten auszuführen, was in ihren vorherigen Dienstbeschreibungen in dieser Art nicht formuliert worden war: Ein neuer »Zungenschlag« wurde ab jetzt verwendet. Übertragen wurden auch »die Kompetenzen und Verantwortungen für die Teilnahme an angesagten Leitungssitzungen in Magdeburg und Umsetzung der Leitungsanforderungen«. Verantwortung in Personalfragen zu übernehmen, hieß nicht etwa, über Einstellungen oder Einstufungen im Gehalt zu entscheiden, sondern alle anderen Fragen in Personalangelegenheiten zu klären, wie zum Beispiel die Arbeitsorganisation mit den vorhandenen Mitarbeitern. »Organisieren Sie mal Arbeit, wenn Sie eigentlich niemanden zur Verfügung haben!«

Es war darüber hinaus eine Lebenssituation entstanden, in der Marlies Ross aufgrund der erwähnten verstärkten politischen Richtlinien von 1973 als Führungskraft kein Westfernsehen einschalten durfte, ihr Ehemann aber in einen Arbeitsbereich gewechselt war, in welchem er Beziehungen und Kontakte ins kapitalistische Ausland unterhielt und sich selbstverständlich darüber informierte, was dort vor sich ging. Wenn der Besuch eines Direktors aus Bayern oder aus Österreich angekündigt war und Marlies Ross als Ehefrau die Gäste

bewirtete, was sie gern tat, war sie verpflichtet, Meldung darüber zu erstatten. Hartmut Ross wurde mehrfach in die Schweiz und auch in die Schweizer Botschaft (in Ostberlin) eingeladen, weil häufig Schweizer Reisegruppen Wörlitz aufsuchten, was unter anderem damit zusammenhing, dass im 18. Jahrhundert Schweizer Glasgemälde in das eigens dafür eingerichtete Gotische Haus im Wörlitzer Park gekommen waren. Fürst Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau verband mit dem bürgerlichen Pfarrer Johann Caspar Lavater aus Zürich eine tiefe, länger währende Freundschaft mit derselben Leidenschaft für alte Kunst. Es ist die – 231 Exponate aus dem Spätmittelalter bis ins ausgehende 18. Jahrhundert umfassende – älteste Sammlung auf dem Kontinent.¹⁸ Zwei Einladungen in die Schweizer Botschaft galten auch der Gattin des Wörlitzer Direktors. Es gab jedes Mal ein langes Hin und Her, ehe Marlies Ross deren Annahme genehmigt wurde. Ein diesbezüglicher Briefwechsel befindet sich in ihren Unterlagen: Sie dürfe teilnehmen, solle sich aber zurückhalten und nur ganz oberflächliche Gespräche führen. Solche ungewohnten Angelegenheiten hatten mit ihrer neuen Position und der speziellen Konstellation beider Tätigkeiten zu tun und hatten zuvor keine Rolle gespielt. Die Veranstaltungen an sich empfand sie als sehr schön, es war im Anschluss daran allerdings ein Bericht darüber abzugeben. Ihr Mann quittierte diese Pflicht mit: »Das geht eure Dienststelle überhaupt nichts an!« Es war ein stetes Jonglieren mit der Fragestellung: Inwieweit sollten und konnten Dinge, die ihren Mann und seine Arbeit betrafen, an die eigene Dienststelle weitergegeben werden? Bis zu welchem Grad sah sich Marlies Ross überhaupt involviert?

Trotz mitunter erheblicher fachlicher Differenzen gelang es Marlies Ross, ein kollegiales Verhältnis zu ihrem Hauptvorgesetzten und den Magdeburger Fachkollegen aufrecht zu erhalten. Es gab dergleichen Spannungen wie unter der Leitung ihres Vorgängers zwischen dem Direktor des Staatsarchivs Magdeburg und ihr nicht, weil nicht dieselben Probleme bestanden. Sie empfand keinen Ehrgeiz und fühlte sich in keiner Weise in Konkurrenz zu ihrem Vorgesetzten. Unschöne Auseinandersetzungen mit Kollegen aus der Allgemeinen Verwaltung bzw. dem Bereich für Sicherheit gingen auf Einzelpersonen zurück, welche ihre Macht ausspielten. In einer schriftlichen Notiz der damaligen Verwaltungsleiterin vom 6. April 1989 fand Marlies Ross einen Hinweis darauf, dass diese sogar beabsichtigte, den Standort Oranienburg aufzulösen. Trotz allem: Das Arbeitsklima im eigenen Haus trug dazu bei, Tag für Tag gern zum Dienst zu erscheinen.

18 Die Informationen sind entnommen aus: »Antiquarische Gesellschaft in Zürich, Kantonaler Verein für Geschichte und Altertumskunde«: <https://www.antiquarische.ch/veranstaltung/die-glasgemaelde-im-gotischen-haus-zu-woerlitz/>, abgerufen am 2.12.2024.

Dank seiner Märchenhaftigkeit nutzte ab dem Frühsommer 1978 das volkseigene Filmstudio DEFA mit Sitz in Potsdam-Babelsberg Park und Schloss Oranienbaum als Drehort. Sämtliche Dreharbeiten mussten zuvor von der Staatlichen Archivverwaltung genehmigt und von allen Gewerken – vom Produktionsleiter bis zur Maskenbildnerin – die Personalien aufgenommen werden. Da im Schloss gedreht werden durfte, gab es exakte Instruktionen an die Mitarbeiter des Archivs über die geplanten Abläufe, die nachweislich bei Kontrollen stets zur Zufriedenheit erfüllt worden waren. Sie hatten ebenso wenig Interesse daran, Filmleute unbeaufsichtigt in ihren Magazinen stöbern zu lassen. Dabei ging es nicht allein um Vorsorge wegen Diebstahls, sondern um vorhandene Neugier, welche übrigens stark bei Handwerkern ausgeprägt war. Während der Wartungen und Reparaturen wurden zuweilen Akten entnommen und irgendwo wieder abgelegt, sodass sie entweder gar nicht mehr oder nur noch zufällig wiedergefunden werden konnten. Es gab deshalb präzise Regelungen. Größen der DDR-Filmwelt wie Erwin Geschonneck, Fred Delmare, Renate Blume und Jaeckie Schwarz spielten in der Komödie »Das Ding im Schloss« unter der Regie von Gottfried Kolditz. Zur Uraufführung des Films waren die Kollegen des Archivs in die Fortschritt-Lichtspiele nach Dessau eingeladen. Auch Katja Ebstein machte Jahre später, 1984, für die Fernsehserie »Unterwegs in der DDR« Halt in Oranienbaum. Hierfür wurde noch eine andere Vorsichtsmaßnahme getroffen: Auf gar keinen Fall sollten sich die Mitarbeiter des Archivs auf dem Schlosshof bei den Verpflegungs- und Technikwagen aufhalten. Die »höheren Stellen« fürchteten eine »Verbrüderung« mit der bundesdeutschen Sängerin und Schauspielerin, welche Anfang der Siebzigerjahre als erfolgreiche Teilnehmerin beim Contest »Grand Prix-Eurovision de la Chanson« international bekannt geworden und vom Staatsoberhaupt Erich Honecker in die DDR eingeladen worden war. Zur Aufsicht reiste sogar der damalige Sicherheitsbeauftragte des Staatsarchivs Magdeburg an. Marlies Ross weilte ausgerechnet im Zeitraum der Dreharbeiten im nur schwer zu verschiebenden Auslandsurlaub, hatte ihren Kollegen zuvor jedoch genau übermittelt, was das Protokoll enthielt. Nach ihrer Rückkehr wurde sie in heller Erregung begrüßt. Der Sicherheitsbeauftragte habe auf einmal im Wagen der sich »sehr diszipliniert verhaltenden« Katja Ebstein gesessen und ihr später wider alle Vorschriften sämtliche Türen im Schloss aufgesperrt. »Wir haben uns an alle Vorschriften gehalten – er hat sie torpediert!« Diesen Typus gab es häufig. Die Inhaber entsprechender Positionen glaubten, sich – meist ungeniert – solche Freiheiten herausnehmen zu können. Der Vorgang gipfelte darin, dass sich der Sicherheitsbeauftragte eine Zeitlang im Frauenruheraum des Archivs – welchen Hartmut Ross Anfang der 1960er-Jahre für seine Kolleginnen eingerichtet hatte, um ihnen im Bedarfsfall die Möglichkeit



Der Schauspieler Jaeki Schwarz im Fliesenkeller des Schlosses Oranienbaum bei Dreharbeiten zum Spielfilm »Das Ding im Schloss« von Gottfried Kolditz, 1979

zur kurzen Regenerierung zu geben – einquartierte und während der Nacht alle Schränke inspizierte. Ein Umgang mit dergleichen Personen/Kollegen/Vorgesetzten erschwerte das Vertrauensverhältnis zur übergeordneten Dienststelle beträchtlich.

In Marlies Ross' persönlichen Unterlagen befindet sich ein Änderungsvertrag vom Juli 1982. Seinerzeit war das Gehalt aller Mitarbeiter wahrscheinlich wieder ein bisschen höher gesetzt worden, denn im Archivwesen gab es die positive Entwicklung, die Gehälter regelmäßig zu erhöhen. Ein reichliches Jahr später, im Oktober 1983, erhielt sie einen weiteren Änderungsvertrag, der sie in der Funktionsbezeichnung nicht mehr als Archivar, sondern als Diplom-Archivar auswies – der einzige Nachweis dafür, dass ihr zu diesem Zeitpunkt das Fernstudium von 1974 bis 1976 im Zusammenhang mit ihrer langjährigen erfolgreichen Leitungstätigkeit anerkannt worden war! Einen anderen Beleg ihrer Höherstufung außer diesem kleinen A5-Blättchen gibt es nicht, wie sich aus der gründlichen Sichtung ihrer Akten ergab. Die Beförderung ging »so schmerzlos« über die Bühne, weshalb davon nichts in der Erinnerung haften blieb. Allerdings bildete sie die wesentliche Voraussetzung dafür, nach 1989/90

Leiterin des Landesarchivs Oranienbaum werden zu können und den Rang einer Archivdirektorin zu erreichen. Das Entgegenkommen verdankte Marlies Ross der Anregung der damaligen Frauenbeauftragten in Magdeburg, die die Prüfungsunterlagen eingesehen hatte. Zudem bekleidete Marlies Ross bereits alle Funktionen eines Geschäftsführers. Jene Fügungen waren wegweisend für ihren weiteren beruflichen Werdegang.

1984 übernahm Marlies Ross eine Tätigkeit auf Honorarbasis an der Fachschule für Archivwesen »Franz Mehring«. Für einen »Wissensspeicher Geschichte der politischen Organisation der Gesellschaft – Teil Sozialismus« behandelte sie den Spezialbereich Bauwesen. In die Darstellung flossen ihre Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit an den Archivgutverzeichnissen ein.

Ein Thema der Zeit war die sogenannte Sicherungsverfilmung, für die in den Sechzigerjahren im Schloss Kossenblatt eine zentrale DDR-Reprographie-Werkstatt geschaffen worden war, in welche die Archive ihre Bestände (über die StAV in Potsdam oder direkt) zur Verfilmung geben sollten. Die Sicherungsverfilmung stellte übrigens für viele Archive ein Grauen dar. In Magdeburg war dafür keine Kapazität vorhanden, oder man wollte sie nicht bereitstellen. Marlies Ross sah es hingegen als Glück an, anhaltische Archivalien verfilmen lassen zu können. Obwohl es sich vorwiegend um ungebundene und unfoliierte Akten handelte, gab es in Oranienbaum günstige Voraussetzungen: Bereits benutzte Akten waren foliiert, denn auch für die Benutzung herrschten gleiche Bedingungen wie für Veröffentlichungen, in denen der Forscher mit exakten Quellenangaben aufwarten musste. Die unfoliierten Akten wurden nachts von den Wärtern foliiert, welche die Ruhezeiten zwischen ihren obligatorischen Rundgängen mit dem Wachhund für diese wichtige wie aufwändige Aufgabe nutzten – eine sehr nützliche Erfindung und für sie selbst eine willkommene, interessante Abwechslung, weil sie ohne Zeitdruck auch in den Akten lesen konnten. Infolgedessen lieferte das Oranienbaumer Archiv die meisten Akten zur Sicherungsverfilmung. Es gab noch einen weiteren Vorteil: Mit den Filmen und zwei aus Magdeburg gelieferten Lesegeräten konnte die Benutzung vereinfacht werden, das heißt, die Mitarbeiter mussten nicht mehr über die Wendeltreppe in die Magazine steigen und die Akten in den Benutzerraum tragen. Weil Filme keiner Vorbereitung bedurften, waren sie viel schneller verfügbar. Außerdem brauchte nicht mehr so stark kontrolliert werden, denn es wurde aus den Akten mit losen Blättern häufig das eine oder andere gestohlen, was meist bei der Rückkontrolle bemerkt wurde und rückgängig gemacht werden konnte. Ein weiteres Problem wurde gelöst, indem im Winter die Akten vor der Auslieferung aus den kalten Magazinen nicht mehr temperiert werden mussten. Der Wechsel in den warmen Benutzerraum strapaziert das Papier erheblich. Mancher Benutzer war enttäuscht, wenn er eine Kopie statt des Originals vor

sich liegen sah. Marlies Ross behielt sich und ihren Kollegen jedoch immer vor, in begründeten Fällen auch das Original herauszugeben. Es ging zunächst einmal darum, einschlägige Quellen durchzusehen. Ein Film ist schneller zu sichten als die Akten selbst. Aber auch für die Filme mussten entsprechende Räume, Schränke und Temperaturen geschaffen werden. Kopien konnten bei Abgrenzungsfragen bzw. Streitigkeiten – gehören die Akten eher in dieses oder in jenes Archiv? – eingesetzt werden, was zwar nicht für Oranienbaum, aber für andere Archive zutraf. Es war sicherlich keine preisgünstige Aufgabe, die sich die StAV damals gestellt hatte, aber auf jeden Fall eine sehr sinnvolle, denn noch heute dient die Sicherungsverfilmung dem Schutz von Kultur- und Archivgut im Hinblick auf Einsturz, Wasserschäden oder Feuersbrünste.

Der Abschluss des deutsch-deutschen Kulturabkommens im Jahr 1986 und die Vereinbarungen zwischen den Archivverwaltungen der DDR und der BRD zur Rückführung von kriegsbedingt auf das jeweils andere Territorium ausgelagerten Beständen ging sozusagen vollkommen an Marlies Ross und ihren Kollegen vorüber. Sie wusste, dass Verhandlungen liefen, kannte aber nicht den jeweiligen Stand. Genaue Angaben zu den anhaltischen Beständen in Westdeutschland hatte ihr Vorgänger Anfang der 1960er-Jahre erlangt, als er dienstlich in Göttingen weilte, um dortige anhaltische Archivalien zu sichten und mit den vorhandenen Repertorien zu vergleichen. 650 Urkunden, 28 lfd. Meter Gesamtarchiv, 40 lfd. Meter Amtsbücher und große Bestandssplitter aus Pertinenzbeständen der vier Teilfürstentümer kamen 1987 vollständig zurück. Dass die Verhandlungen abgeschlossen worden waren, erfuhr Marlies Ross zu gegebener Zeit von Prof. Dr. Reinhard Kluge, dem stellvertretenden Leiter der Staatlichen Archivverwaltung, als er ihr mitteilte, wann die Transporte in Oranienbaum eintreffen würden. Es gab eine Zwischenlagerung, höchstwahrscheinlich in Potsdam, weil auch Bestände anderer Archive betroffen waren. Für einen Großteil der in der Tektonik erfassten Rückgaben gab es alte Findhilfsmittel, mit denen die Vollständigkeit der Überlieferung zügig überprüft, die Einlagerungen vorgenommen und eine Benutzung realisiert werden konnte. Schwieriger verhielt es sich mit Akten des sogenannten Gesamtarchivs aus der Zeit Gesamt-Anhalts vor 1603/06. Dieser Bestand von rund 30 lfd. Metern war vollkommen ungeordnet, ein Teil davon hatte auch in Göttingen gelegen. Die Akten konnten gemäß der Tektonik unkompliziert eingeordnet, aber nicht der Benutzung zur Verfügung gestellt werden.

Ingrid Mittenzwei, von 1980 bis 1989 am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften in Berlin tätig, veröffentlichte 1979 im VEB Verlag der Wissenschaften Berlin eine Biografie, die in der DDR Aufsehen erregte. Sie widmete sich Friedrich II. von Preußen und stellte in gewisser Hinsicht eine Hinwendung zu Preußen und eine teilweise Neubewertung deutscher Ge-

schichte in der DDR dar: »Preußen als ein Teil unserer Vergangenheit«. ¹⁹ Dafür soll auch Marlies Ross' Klassenkamerad Hans-Joachim Giersberg entscheidend gekämpft haben. Ende der Siebzigerjahre von einer Tagung heimkehrend, sagte sie zu ihrem Vorgänger und Ehemann: »Heute ist eine Äußerung über Preußen gefallen – da wird an irgendeiner Publikation gearbeitet!« Kurz darauf wurde nach persönlicher Order Erich Honeckers das Reiterstandbild Friedrich II. wieder in der Ostberliner Straße Unter den Linden aufgestellt. Damit war die Behandlung des Themas aus seinen vorherigen starren Fesseln gelöst worden. Das interne Schlagwort lautete dann: »Seit Friedrich der Große Unter den Linden reitet, ist dieses und jenes möglich!« Seither wurden mehr Anfragen bearbeitet, und es erfolgten mehr Benutzungen zu Fürst Leopold Friedrich Franz und seinen Maßnahmen sowohl im Bauwesen als auch in der Pädagogik sowie im Gesundheitswesen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis in die beiden ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts in Anhalt progressiv wirkten. Das Archiv unterstützte mit archivalischen Quellen und Texten nicht nur zahlreiche Publikationen, sondern auch – meist mit guten Faksimiles – Ausstellungen, die von den Staatlichen Schlössern und Gärten Dessau-Wörlitz gezeigt wurden, zum Beispiel über Georg Forster, Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff und Fürst Leopold; an der Ausstellung »Ein Garten für Jean-Jacques Rousseau« im Kulturzentrum der DDR in Paris und an der großen DDR-Ausstellung auf der Schallaburg in Österreich waren neben »Wörlitz« Museen aus Dresden, Potsdam und Weimar beteiligt.

Allzu gern hätte Marlies Ross ihren Mann, der als Direktor der Schlösser und Gärten Dessau-Wörlitz sogenannter NSW-Reisekader (mit Reiserecht in das Nicht Sozialistische Wirtschaftsgebiet) geworden war, nach Indien, Kanada, Paris, Westdeutschland, Österreich und in die Schweiz begleitet. Seine Reisen, welche mehr oder weniger internationale Öffentlichkeitsarbeit für seinen Kunst- und Kulturstandort zum einen und für den Staat DDR zum anderen waren, wirkten sich rückwirkend positiv auf seine Einrichtung aus. Die hohe Anerkennung führte zu größeren Zuteilungen staatlicher Gelder, Planstellen und Baukapazitäten. Dennoch war bei seiner Dienstreise nach Indien selbst im Jahr 1989 eine Begleitung durch seine Frau weit entfernt von jeglicher Realität. Ebenso wurde eine gemeinsame private Urlaubsreise nach Jugoslawien nicht bewilligt – einen Vorstoß des Paares lehnten die zuständigen Behörden mit fadenscheinigen Begründungen ab. Einen Vorteil wusste Marlies Ross allerdings zu schätzen: dass ihr Mann, stets sparsam im Umgang mit dem ihm zur Verfügung gestellten sogenannten Tagegeld und eine Kleidergröße schlanker,

19 Aus dem Beitrag der Webseite Berlingeschichte: https://berlingeschichte.de/lesezei/blz01_06/text10.htm, abgerufen am 25.11.2024.



Das Ehepaar Marlies und Hartmut Ross beim Tanz zu Gast bei Margot und Friedrich Beck in der Potsdamer Orangerie anlässlich des 60. Geburtstages von Friedrich Beck am 20.6.1987

wenn er nach Hause zurückkehrte, schöne Stoffe oder andere Raritäten, die in der DDR nur schwer zu erwerben waren, mitbrachte.

Anfang der Achtzigerjahre kam es zu einer Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Staatsarchiv Potsdam und den Staatlichen Schlössern und Gärten Potsdam-Sanssouci. Hans-Joachim Giersberg, der Schlösserdirektor, war federführend beteiligt. Der Band unter dem Titel »Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst« wurde von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR und den Staatlichen Schlössern und Gärten Potsdam-Sanssouci herausgegeben, erschien 1984 im VEB Brockhaus Verlag Leipzig und wurde in Räumen des Schlosses Cecilienhof im Neuen Garten feierlich vorgestellt. Hartmut Ross war zur Buchvorstellung eingeladen und erkundigte sich während der Feierlichkeit bei Friedrich Beck, wie das Vorhaben zustande gekommen war, und erfuhr, dass es auf jeden Fall von der Staatlichen Archivverwaltung hatte unterstützt werden müssen. »Feuer und Flamme« beschloss er, ebenfalls solch einen Band für »Anhaltische Schlösser in Geschichte und Kunst« gemeinsam mit der Außenstelle Oranienbaum des Staatsarchivs Magdeburg zu erarbeiten. Ein Auftrag der Staatlichen Archivverwaltung erreichte das Archiv ein Jahr später, 1985. Marlies Ross hielt es von Anfang an für ein ziemlich großwahn sinniges Unterfangen im Vergleich zu den überschaubaren Potsdamer Anlagen, weil im vorgegebenen Buchumfang von 208 Seiten nicht nur eine Stadt, sondern

vier Herzogtümer mit eigener Geschichte und vielen großartigen Schlössern aus fünf Jahrhunderten in gerechter Verteilung präsentiert werden mussten.

Dementsprechend war es nicht unproblematisch, dafür eine schlüssige Gesamtkonzeption zu erstellen. Erdmute Alex, damalige Abteilungsleiterin der Schlösser und Gärten Dessau-Wörlitz, und Marlies Ross waren dafür verantwortlich. Letztere reiste im Vorfeld zu Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, neben Udo Dräger, Gebhard Falk, Hans-Joachim Giersberg und Heinrich Waldmann ebenfalls Autor der Potsdamer Publikation, um mehrere Gespräche über die Gewährleistung einer einheitlichen Form und Gestaltung der Publikationsreihe zu führen. Ihre Erfahrungen gab sie nach der Umsetzung des Projektes an den stellvertretenden Direktor des Schweriner Staatsarchivs Dr. Peter-Joachim Rakow weiter, weil Band 3 für die Schweriner Schlösser vorgesehen war. Die Layoutkonzeption gab sachliche Zusammenhänge vor. Drei Textformate wurden festgelegt: allgemeine Texte über den historischen Hintergrund der sieben Hauptkapitel, erläuternde und beschreibende Texte zu den einzelnen Sach- und Zeitabschnitten sowie die Bildbeschreibungen. Für all das galten Vorgaben zur Schriftgröße und Platzhalter für Fotos. Wie beim Vorgängerband wurden zwei Fotografen engagiert, Hans-Dieter Kluge für Außenaufnahmen der Gebäude und Joachim Petri für die Archivalien und Parks etc. Aus der Vielzahl archivalischer Zeugnisse musste eine signifikante Auswahl getroffen werden. Es gab seinerzeit aber weder Bildstelle noch Kopiergeräte in Oranienbaum oder Wörlitz, sodass aus Oranienbaum stapelweise Akten zum Fotografieren in die Fotowerkstatt nach Magdeburg zu bringen und zurückzuholen waren. Allein das Dienstauto zu mobilisieren, bedeutete einen großen technischen Aufwand. Fotos dienten als Grundlage und bestimmten einen gewichtigen Teil des Inhalts. Es war notwendig, genau zu wissen, wie groß das jeweilige Bild gezeigt werden durfte, ob es für eine Doppelseite geeignet war, wo die Bruchstelle lag usw. – alles nicht zu vergleichen mit den heutigen technischen Möglichkeiten der Bildbearbeitung bzw. des Satzes und der Grafik am Computer. Von Wörlitz aus kümmerte sich Kollegin Erdmute Alex um das Bildmaterial zu den Schlössern und deren Mobiliar und Doris Hempel um die dazugehörige Literatur. Hartmut Ross schrieb alle Texte, bis auf den Einleitungstext für den Zeitraum vom 19. Jahrhundert bis 1945, den Dr. Engelhardt verfasste. Die Auswahl der Archivalien, für die außer der inhaltlichen Aussage auch der Schauwert eine wichtige Rolle spielte, sowie deren Transkription nahm Marlies Ross vor. Als sie gemeinsam mit Erdmute Alex beim Layouter des Brockhaus Verlages mit in Buchseiten geschnittenen Bögen und darin eingelegten maßstabsgerechten Einzeichnungen und Fotos der Abbildungen erschien, war dieser sehr beeindruckt. Die zunächst geforderten Änderungen konnte er ihnen nicht abringen – sie kämpften und setzten sich durch, denn

jede Platzveränderung hätte inhaltliche Zusammenhänge verfälscht. Die zeitaufwändige Arbeit erstreckte sich bis in das Jahr 1989 und fand ihr krönendes Finale aus gesellschaftlichen Gründen leider nicht mehr beim Brockhaus Verlag, sondern der Band wurde 1991 im Falken Verlag veröffentlicht.

Marlies Ross betrachtet und empfindet die Entwicklung jener Jahre vor der sogenannten Wende in der Kulturlandschaft der DDR als positiv und deshalb auch als erfüllend – und meint damit im engeren Sinne genau die kulturellen Räume, die sich ihr und ihrem Umfeld erschlossen. »Es wurden plötzlich Dinge möglich, die zuvor unvorstellbar waren. Es fühlte sich nach einer offeneren Gesellschaft an. Sicherlich hat dabei die Angst der staatlich Verantwortlichen eine Rolle gespielt, dass der Druck zu dicht an sie herankommen könne.«

In und nach der »Wende«: Ansturm aufs Schloss, Umstrukturierung des Archivwesens und Weiterbildung der Leiterin, Errichtung der Zentralen Landesrestaurierungswerkstatt (1989/90–2002)

Um den Niedergang der DDR im Binnenblick nachzuvollziehen, sollen an dieser Stelle nur stichpunktartig charakteristische Arbeits- und Lebensbedingungen im letzten Jahrzehnt ihrer Existenz skizziert werden. Der Zeitraum von 1982 bis 1989 wird häufig in der Rückschau als Schlussphase der DDR bezeichnet und von bestimmten DDR-Bürgern auch so empfunden. Krisenhafte Jahre der Planwirtschaft, ein drohender Konkurs und das Aufbegehren engagierter Menschen in neugegründeten Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen kennzeichnen den Abschnitt. Die von der Führungsspitze der SED beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen für die Bevölkerung, welche die herrschenden Machtverhältnisse stabilisieren sollten, scheiterten mehr und mehr an den real existierenden Bedingungen. Vor allem in den staatlichen Betrieben, besonders im Gesundheitswesen, wuchs die Unzufriedenheit des werktätigen Volkes aufgrund fehlender Mittel, falscher Entscheidungen in der Arbeitsorganisation und einer nicht unbeträchtlichen Fluktuation unter den Mitarbeitern, die durch den »Antrag auf ständige Ausreise« nach Westdeutschland, Westberlin und andere kapitalistische Staaten an das Innenministerium der DDR sowie durch die Flucht oder das Eingehen einer Scheinehe verursacht wurde. Die große Mehrheit der DDR-Bürger verhielt sich mit den zum Teil hart erarbeiteten materiell-kulturell Errungenschaften nebst den erworbenen beruflichen Freiräumen sowie privaten Nischen ihrem Staat gegenüber nur mehr oder minder distanziert.

Der Mauerfall verbindet sich für Marlies Ross mit der Erinnerung daran, dass ihr Mann mit einer Nierenbeckenentzündung schwerkrank zu Hause gepflegt werden musste und während eines Besuchs seines Stellvertreters zur Klärung einiger beruflicher Fragen das Fernsehen den Sturz der Mauer übertrug. »Ich weiß, dass wir daraufhin ernsthafte besorgte Gespräche führten. Es brach bei uns dreien neben dem privaten Glück, nach so vielen Jahren endlich wichtige Freunde wiedersehen zu können, tatsächlich kein reiner Jubel aus, sondern eher eine Bedrücktheit in Vorahnung auf Kommendes.«

In Oranienbaum kam es zu keinen Oktober-, November- und späteren Demonstrationen. Wahrscheinlich sind Oranienbaumer hierfür in die größeren umliegenden Städte gefahren, und Marlies Ross gehörte nicht zu denjenigen, welche sich öffentlich für einen grundsätzlichen Wandel in der Gesellschaft einsetzten. Sie nahm jedoch – wie viele Oranienbaumer Bürger – an einer Veranstaltung im »Haus der Jugend« teil, die wohl von den politisch Verantwortlichen des Kreises Gräfenhainichen angesetzt worden war. Hier schlugen die Wogen bald sehr hoch, lauter Unmut äußerte sich offen feindselig vor allem gegen »die Bonzen mit ihren Privilegien«.

Mit dieser Art heftigen Protestes aus der Bevölkerung bekam auch Marlies Ross bald zu tun; er betraf die bisherige Nutzung des Schlosses, insbesondere des Delfter Fliesenkellers als Austragungsort für Feiern, welcher separat von der Parkseite aus zu betreten war, ohne das Archiv zu tangieren. In den Achtzigerjahren war die SED-Kreisleitung Gräfenhainichen in Verbindung mit der Kreisverwaltung auf die Idee gekommen, diesen repräsentativen Raum zum Empfang besonderer Gäste und für offizielle Feierlichkeiten zu nutzen. Nach Einbau einer Fußbodenheizung sowie einer kleinen Toilette am Treppenabgang wurde der Fliesenkeller mit einem dafür hergestellten schlichten Holztisch und dazu passenden Sesselstühlen für 24 Personen ausgestattet. Im Vorraum befand sich die »Kaffeeküche«. Schlüssel zu den Räumen hatten nur der Direktor der Schlösser und Gärten Dessau-Wörlitz und ein berechtigter Vertreter des Kreises. Deren Über- und Rückgaben an und von Nutzern lagen in ihrer Verantwortung. Von der Innenseite hatten die Archivmitarbeiter für Sicherheitskontrollen Zutritt. Für die Nutzung gab es von Seiten der Schlösser und Gärten verbindliche Vorgaben, um Schäden jeglicher Art an den kostbaren Fliesen zu vermeiden. Marlies Ross wurde über bevorstehende Veranstaltungen informiert. Zu drei von ihnen wurde sie als Leiterin des Archivs eingeladen, so zum Empfang einer französischen Delegation im Zuge eines Städteausaustausches und zur Übergabe jüdischer Dokumente eines Staatsarchivs an eine jüdische Gemeinde. Die Bewirtung mit Essen und Getränken fand in angemessenem Rahmen – oft durch einen Gaststättenbetrieb aus Wörlitz organisiert – statt. Der außergewöhnliche

Veranstaltungsort weckte auch Begehrlichkeiten der Hallenser SED-Bezirksleitung. Eine von ihr durchgeführte Veranstaltung artete regelrecht aus. In ihrem Vorfeld transportierten Autos Verpflegung und Funktionäre durch den denkmalgeschützten Park bis zum Eingang, Sicherheitsdiensthabende eskortierten. Es wurde viel gegessen und noch mehr getrunken, sodass sich Kneipengeruch noch am nächsten Tag in den Räumen hielt. Spuren des Gelages fanden sich auch in den gärtnerisch liebevoll gepflegten Blumenrabatten. Von verschiedenen Seiten wurde der Vorfall in der Kleinstadt mit großem Missmut zur Kenntnis genommen. Dieser äußerte sich dann während der bereits erwähnten Veranstaltung im »Haus der Jugend«. Im Präsidium saßen (noch immer) Vertreter der SED-Kreisleitung und der Kreisverwaltung, welche hämische verbale Angriffe von Bürgern aus dem überfüllten Saal entgegennehmen mussten. Ab jetzt wollte »jeder« im Fliesenkeller des Schlosses seinen Geburtstag oder seine Hochzeit feiern, woraufhin ununterbrochen Anrufe mit Anfragen im Archiv eingingen. »Was die können, wollen wir, das Volk, auch!« Die meisten blockte Marlies Ross ab mit der Begründung, dass es bei Veranstaltungen genaue Vorgaben der Staatlichen Schlösser und Gärten in Bezug auf Feuchtigkeit und Fliesenschutz einzuhalten galt. Auf beiden Seiten riefen diese Auseinandersetzungen große Unzufriedenheit hervor. In Folge der besonderen, aber auch allgemeinen Frustration wurde eines Nachts trockenes Laub in die Gittertür am Kellereingang des Schlosses gesteckt und gezündelt – Gott sei Dank ohne einschneidendes Ergebnis.

Nach Gründung eines Regierungspräsidiums in Dessau 1992 stattete der (wahrscheinlich aus Niedersachsen stammende) erste Regierungspräsident Schloss und Staatsarchiv in Oranienbaum einen Besuch ab. Sein Interesse galt weniger dem Inhalt, umso mehr recht fordernd den Räumen des Schlosses. Begrüßungen einiger Mitarbeiterinnen ignorierte er, Marlies Ross gegenüber wurde sein Ton erst verbindlicher, nachdem er erfahren hatte, dass die Frau des Direktors von Wörlitz vor ihm stand. Er unterrichtete die Archivleiterin von seinem Vorhaben, im Thronsaal eine Veranstaltung abhalten zu wollen. Sie solle ihm den Schlüssel dafür aushändigen. »Ich unterstehe dem Ministerium des Innern, da muss ich erst einmal nachfragen«, lautete ihre Antwort. Das spiele keine Rolle, er unterstehe ebenso dem Innenministerium. Ihr Hinweis, dass es im großen Festsaal des Schlosses weder Möglichkeiten zur Bewirtung noch entsprechende Toiletten gebe, brachte ihn von diesem Vorhaben ab. Wenn der Festsaal nicht in Betracht komme, solle eben der Fliesenkeller genutzt werden. Marlies Ross erläuterte ihm, dass damit in der Bevölkerung ein heißes Eisen noch aus DDR-Zeiten angepackt werde. Das spiele keine Rolle, er sei demokratisch legitimiert, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun. Seine Veranstaltung fand statt. Wieder fuhren Autos vor, wieder waren

Wege für Oranienbaumer gesperrt, wieder ging es den Rabatten am nächsten Morgen schlecht. Die Bevölkerung staunte. Ein einfacher Bürger erhielt keine Genehmigung, doch die Nutzung durch die Obrigkeit ging schamlos weiter. Erneut brannte Laub am Gitter, hinzu kamen mit Farbe beschmierte Wände am Zugang.

Nachdem der Runde Tisch – wie in vielen anderen Städten auch – in Oranienbaum gegründet worden war, wurde Marlies Ross als langjähriges Mitglied des Kulturbundes dorthin entsandt. Die Sitzungen fanden meist im Rathaus statt. Insgesamt kamen etwa fünfzehn Vertreter zusammen. Von den Teilnehmern musste reihum immer ein anderer die Leitung übernehmen und Protokoll führen. Marlies Ross lud an dem Tag ihrer Sitzungsleitung in den Fliesenkeller ein und erlebte an Ort und Stelle die Enttäuschung der Teilnehmer, die aufgrund von Gerüchten ganz andere Erwartungen gehabt hatten. Es gab weder Bar noch Sauna oder etwaige Exotik. Kurze Zeit später ließen die Anfragen nach Nutzung deutlich nach.

Bald kam es zu ersten Entlassungen aufgrund von Schließung nahegelegener volkseigener Großbetriebe, in Vockerode wie auch in Dessau; Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften wurden aufgelöst. Die Vorgänge trafen die Bevölkerung des Landstrichs persönlich, was deren anfängliche Euphorie merklich sinken ließ, selbst bei den Kollegen des Archivs, welche zu DDR-Zeiten stets davon geschwärmt hatten, dass es »drüben immer wesentlich besser sei« und »ein Arbeitsloser viel mehr Geld bekomme als bei uns ein Angestellter«. Die Stimmung beim gemeinsamen Frühstück war dann gedrückt, wenn die Tochter der Kollegin plötzlich keine Arbeit mehr bekam – »es kroch alle ein bisschen an«. Darüber halfen auch die unzähligen neuen Joghurtsorten nicht hinweg. Der in der Nähe hergestellte, gut schmeckende Quark verschwand vom Markt und kam nie wieder. Dafür wurden täglich diverse neue Frühstückssnacks ausgepackt. Es dauerte nicht allzu lange, bis sich das Gefühl einstellte, dass all das auch nur mit Wasser gekocht war.

Noch gedämpfter war die Stimmung angesichts der Vielzahl von Benutzeranfragen, welche Rückforderungen im Rahmen offener Vermögensfragen bzw. Restitutionsanträge (wegen Enteignungen im Rahmen der Bodenreform) betrafen und dramatische Folgen für die Betroffenen nach sich zogen. Zum Beispiel bestand ein früherer Eigentümer auf Rückgabe seines großen Grundstücks in der Nähe von Dessau an der Mulde, welches seit Jahrzehnten verpachtet und mit Wochenend- oder kleinen Wohnhäusern bebaut bzw. bewohnt war. Daraufhin spielten sich tragische Szenen im Benutzerraum ab, als Menschen durch die Lektüre der Dokumente ihrem Schicksal ins Auge schauen mussten. Entscheidungen wurden selbstverständlich nicht im Archiv gefällt, aber Marlies Ross und Kollegen hatten Akten – falls vorhanden – herauszugeben und waren

sich der Tragweite bewusst. Die Fassungslosen fragten häufig im Wortlaut übereinstimmend: »Ist das wirklich so?«

Eine ähnlich große Herausforderung stellten die Rückforderungen dar, welche Prinz Eduard von Anhalt als Sohn des bereits 1918 enteigneten Joachim Ernst Herzog von Anhalt geltend machte. Sie beschränkten sich zunächst auf Immobilien. An einem Sonntagmittag kurz vor dem Mittagessen erschien er – mit zwei sehr langen Listen und darauf notierten Schlössern, Grundstücken, Herrenhäusern, Auen, Gärten und Wiesen – bei Familie Ross zu Hause. Freundlich baten sie darum, erst einmal die anstehende Mahlzeit einnehmen zu wollen, und sprachen eine Einladung zum gemeinsamen Kaffeetrinken aus. Im Gespräch wurde von ihnen grundsätzlich geklärt, dass – wie er sicherlich wisse – derlei Anliegen nur auf dem Amtsweg übergeben und bearbeitet würden und nicht privat. Er wünschte konkrete Auskünfte insbesondere über Gebäude in Wörlitz, zu denen es Akten sowohl im Archiv als auch bei den Staatlichen Schlössern und Gärten Dessau-Wörlitz gab. Im Zuge der Unterhaltung legte er auch einige seiner Pläne offen wie den Bau eines Golfplatzes und die Umzäunung des Parks, um Eintritt erheben zu können, obwohl dieser im 18. Jahrhundert, von Fürst Franz landschaftsplanerisch konzipiert, bewusst für jedermann frei zugänglich angelegt worden war. Prinz Eduard von Anhalt, Chef des Hauses, beauftragte seine Rechtsanwälte – »meist mit Hilfe eines Kofferträgers, der einen östlichen Hintergrund hatte« –, Recherchen im Landesarchiv Oranienbaum anzustellen. Jene Anwälte aus Westdeutschland verunglimpften Marlies Ross im Nachgang, zum Teil in dem Glauben, sie verweigere ihnen als »kommunistisches Urgestein« bewusst Zugang zu den Akten. Als erstes Objekt wurde das kleine Schlösschen Rotall zwischen Roßlau und Dessau zurückgefordert, in welchem eine Behinderteneinrichtung für Kinder untergebracht war. Besorgte Betreuer und Ärzte suchten Unterstützung beim Regierungspräsidium; einer der Mitarbeiter prüfte Quellen im Archiv, ebenso die Vertreter des Fürsten. Bei der Einsicht in Akten war jeder Benutzer – wie seit Jahrzehnten praktiziert – verpflichtet, sich im eingeklebten Benutzerblatt mit Datum einzutragen. Auf diese Weise konnte Marlies Ross beiden Parteien bei Anfragen nachweisen, dass gleiche Voraussetzungen in Bezug auf die Klage vorlagen. Die Verhandlungen endeten mit dem Ergebnis, dass dem Prinzen durch Bescheid des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen 1995 jegliche Rechte auf die von ihm geforderten Immobilien abgesprochen wurden, es gab keinerlei Rückgaben. Eine Revision gegen das Urteil wurde nicht zugelassen. Einige Objekte wie das Schloss Oranienbaum waren bereits 1927 in Landesbesitz übergegangen. Anders verhielt es sich mit Schloss Ballenstedt, dem letzten Wohnsitz der Familie bis 1945. Dem Prinzen wurden dort im Rausch der deutschen Wiedervereinigung für Aufenthalte zwei Zimmer zur Verfügung

gestellt. Aus diesem Anlass fand eine volksfestähnliche Veranstaltung mit bayerischen Würsten und Bier statt. »Hierbei lagen ihm alle zu Füßen!« Die Rechnungen zahlte – wenn man Gerüchten Glauben schenkt – die Stadt, und der amtierende Bürgermeister von Ballenstedt erklärte den Prinzen von Anhalt eines Tages zur unerwünschten Person. Neuerlich von diesem angestrengte Prozesse betrafen Mobilien wie Bücher, Akten und Gemälde. Im Zuge dessen verschwanden wertvolle Gobelins und Bilder aus staatlichen Museen. Eines Tages titelte die Presse: »Dem Land ist es gelungen, einen großen Gobelin zu erwerben!« Dabei kehrte er lediglich an seinem angestammten Ausstellungsort zurück. Wie seine die Akten des Familienarchivs im Landesarchiv Sachsen-Anhalt / Abteilung Dessau betreffenden Ansprüche letztlich beschieden wurden, entzieht sich Marlies Ross' Kenntnis, da der Vorgang schon in die Zeit nach dem Ende ihrer dienstlichen Tätigkeit fiel.

Insgesamt – das kann an der Stelle durchaus betont werden – spielte in jenen Jahren auch die Presse eine unrühmliche Rolle. Besonders genannt sei hier »Der Alte Dessauer«, der wöchentlich kostenlos erschien. Jeder konnte darin seinen persönlichen Verdruss in meist unangemessener Art und Weise in die Öffentlichkeit bringen. Ein öffentlicher Vorwurf gegen die Leitung des Oranienbaumer Archivs, einschlägige Akten für Forschungen über das Wörlitzer Gartenreich nicht zur Verfügung gestellt zu haben, war wohl eher (wegen bestehender Eheverbindung der Leiter) ein Seitenhieb gegen den eigenen Vorgesetzten bei den Schlössern und Gärten und rief zwei entsetzte Archivbenutzer zur Gegendarstellung auf den Plan.

Marlies Ross und Kollegen mussten in damaligen Tagen Akten des Amtsgerichtes Dessau für Übernahmen prüfen und einschätzen, ob sie kassiert werden sollten. Ein großer Aktenstapel war nach sorgfältiger Prüfung zur Vernichtung freigegeben worden. Es handelte sich dabei weder um Verhandlungen noch um Verurteilungen, sondern um Anzeigen aus geringen Anlässen, die nicht weiterverfolgt worden waren. Wie Phönix aus der Asche stiegen niedere Triebkräfte wie pure Abneigung bis hin zu Hass herauf, weil es dem ein oder anderen in der DDR scheinbar oder tatsächlich bessergegangen war – eine Zeit der allgemeinen Erregung und Abrechnung. Teile der besagten Unterlagen wurden aufbewahrt, allein um zu zeigen, welcher Schmutz in Umbruchszeiten ans Tageslicht gespült werden kann.

Auch der Ansturm verschiedener neu gegründeter Interessengruppen, Parteien und Privatleute, die glaubten, nun Verantwortung tragen und alles neu gestalten zu müssen – wie die künftige Nutzung des Schlosses Oranienbaum mit dem darin befindlichen Archiv –, nahm für Marlies Ross unangenehme Formen an. Bürgermeister und Mitarbeiter der Stadtverwaltung »spielten bei fruchtlosen Diskussionen meist in übler Weise mit«. Beispielsweise erklärte ihr

ein von ihnen ins Rennen geschickter Autofirmenbesitzer aus Westdeutschland während ihrer Führung durch die historischen Räumlichkeiten, wie er das gesamte Gebäude zum Hotel umbauen lassen wolle. Während sie sich mit dem Geschäfts- und Wortführer der kleinen Abordnung befasste, vermaßen zwei Herren im Anzug mit elektronischen Messgeräten ohne vorherige Absprache und Einverständniserklärung hinter ihrem Rücken die Räume. Bei der Verabschiedung hatten sie sozusagen alle Maße im Kasten. Wenige Stunden später war bereits ein Nutzungskonzept erstellt, in dem es hieß, das Archiv bekomme einen modernen Zweckbau – den Vorschlag konnte die Leiterin nur begrüßen, doch die Frage wo und durch wen er errichtet werden solle, blieb unbeantwortet. Die Stadtväter drangen auf einen baldigen Auszug des Archivs, um den Tourismus in Oranienbaum »zu sichern«. Wenn Marlies Ross zu bedenken gab: »Na, wie sieht es denn mit öffentlichen Toiletten, Cafés, Restaurants und Parkplätzen für die Touristen aus?«, wurde es stets ein bisschen stiller um sie herum. Beim Besitzer des Automobilwerks obsiegte schließlich die Vernunft; er gab zu, dass der Ausbau aus kosten- und denkmalpflegerischen Gründen vollkommen unrealistisch sei. Die 1992/93 in (Wieder-)Gründung befindliche Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, zu deren Kernbereich das Schloss Oranienbaum neben vier anderen Schlössern zählte, drang verständlicherweise auf eine museale Nutzung. Doch wohin mit dem Archiv? Zunächst wurde eine Doppelnutzung geplant, was eine unglaublich aufwendige wie sinnlose Arbeit war. Verantwortliche aus der zweiten Reihe der Ministerien für Inneres, Kultur und Finanzen, von den Staatlichen Schlössern und Gärten, dem Staatshochbauamt und Marlies Ross als Leiterin des Archivs kamen in unzähligen Sitzungen zusammen. Gemeinsam wurde über (teilweise komplizierte) Möglichkeiten gegrübelt, in welche Räume das Archiv verlegt werden könne, bis hin zur unabwendbaren Einsicht, dass Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis stünden und damit die Suche nach einem neuen Objekt unausweichlich sei.

Wissens- und erwähnenswert ist, dass Marlies Ross und Kollegen bereits ab den Siebzigerjahren neben der Betreuung der Archivbenutzer auch Besucher mit (in ihren Augen) berechtigten Anliegen durch die kunsthistorisch wertvollen Magazinräume führten. Über die Sommermonate hinweg gab es Tage der offenen Tür. Zur Ausstellung anlässlich des 300-jährigen Bestehens von Oranienbaum empfingen die Mitarbeiter des Archivs gezielt in großer Zahl Schulklassen. In jenen gesellschaftlichen Umbruchjahren stieg die Zahl der Schlossführungen steil an, insbesondere durch das große Interesse leitender Mitarbeiter aus den Ministerien Inneres und Kultur, welche die ihnen fremde Umgebung und deren Attraktionen rund um ihre neue Wirkungsstätte kennenlernen wollten. Der Staatssekretär des einen Ministeriums hatte seinem Freund, dem Staatssekretär des anderen, von der Schönheit der Oranienbaum-

Wörlitzer Anlagen berichtet und dessen Neugier geweckt. Eines Tages begrüßte Marlies Ross den Dessauer Regierungspräsidenten mit seinem Gast, einem Bundestagsabgeordneten aus Bonn, der in herzlicher Art zu ihr sprach: »Erinnern Sie sich? Ich war vor vielen Jahren als Benutzer hier. Ich wollte unbedingt diesen Benutzungsort wiedersehen. Sie haben mich damals sogar zu sich nach Hause zum Kaffee eingeladen, was sehr schön war.« Sie hatte es vergessen. Seine Erinnerungen hingegen waren detailliert, er wusste tatsächlich noch, in welcher Ecke ihres Wohnzimmers er bei ihrer Bewirtung gesessen hatte. Da es in Oranienbaum keine Cafés gab, fühlten sich Marlies und Hartmut Ross häufig verpflichtet, weitangereiste Benutzer zu sich einzuladen, was in frühen Jahren von der Staatlichen Archivverwaltung sogar erwünscht gewesen war. Überraschend kam ein Besuch des damaligen Innenministers von Sachsen-Anhalt Hartmut Perschau, der eines Abends auf der Rückfahrt von einer Dienstreise über die Privatnummer der Leiterin anfragen ließ, ob er einen Blick in das ihm unterstellte Landesarchiv werfen könne. Selbstverständlich konnte er! In Erstaunen versetzt und sehr erfreut war Marlies Ross, als der Minister nach Details aus dem Buch »Anhaltische Schlösser in Geschichte und Kunst« fragte. Kurz danach führte er eine größere dienstliche Veranstaltung im Thronsaal durch. Ein weiteres Mal (und diesmal gänzlich unangekündigt) kam Perschau während einer Fahrt mit Gästen nach Wörlitz, und zwar in dem Moment, in dem sich die Leiterin Ross im Arbeitskittel mit einem verschmutzten Bestand beschäftigte.

Leider stellte sich heraus, dass der Minister in eine Ermittlung gegen einige hohe Beamte wegen überzahlter Gehälter involviert gewesen war und seinen Posten aufgeben musste – sicherlich kein Einzelfall. Beamte aus den westdeutschen Bundesländern – in Sachsen-Anhalt meist aus Niedersachsen – erhielten in der Regel höhere Besoldungsgruppen als zuvor und davon 100 %, Mitarbeiter mit DDR-Ausbildung hingegen nur 60 %. Viele der Erstgenannten glaubten zudem noch Anspruch auf die sogenannte Buschzulage zu haben! Schon allein der Begriff erregte bei den auf diese Weise abgewerteten Mitarbeitern enormen Unmut und legt noch heute Zeugnis über eine ungeheuerliche Sprache bei der deutschen Wiedervereinigung ab.

Im Juli 1990 beschloss die Volkskammer der DDR zur Vorbereitung des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober die Wiedereinführung von Ländern auf ihrem Territorium, die künftigen fünf neuen Bundesländer, welche die bisherigen DDR-Bezirke ablösten. Bei der großen gesellschaftlichen Neugestaltung kam es infolge von Auflösungen bzw. Umstrukturierungen von Behörden – neben der Privatisierung von Betrieben und Demontage gesellschaftlicher Organisationen – zu gravierenden Veränderungen. Dabei spielten Dezentralisierung und die

Wiederanknüpfung an historische Strukturen eine große Rolle. Die jeweilige Landesregierung drückte ihren politischen Willen aus, den Aufbau des Archivwesens der neu entstandenen Verwaltungsstruktur anzupassen.

Zunächst wussten Marlies Ross und Kollegen nicht, was mit ihnen geschehen werde. Sie unterstanden noch dem Staatsarchiv Magdeburg, hießen immer noch Außenstelle, aber bemerkten, dass »Dr. Engelhardt anscheinend nicht mehr da war.« Von seiner raschen Ablösung aufgrund »seiner Verbindungen« zum Ministerium für Staatssicherheit erfuhr Marlies Ross zu gegebener Zeit aus der (Boulevard-)Presse. Im Einzelnen hatte sie von dem Vorgang »nichts mitbekommen; jeder musste mit dem, was um ihn herum geschah, fertig werden«. Im Kollegenkreis wurde über den Fall auch nicht gesprochen. Damals bestanden nur noch geringe dienstliche Beziehungen zum Magdeburger Archiv. Ebenso verhielt es sich mit denen zu Mitarbeitern der übergeordneten Staatlichen Archivverwaltung, deren Existenz nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am Ende des Jahres 1990 erlosch. »Die StAV war in unserer Realität kaum vorhanden, weil wir selten etwas direkt mit ihr zu tun hatten. Natürlich orientierten wir uns seinerzeit erst einmal im eigenen Kreis. Mir ging es am wenigsten schlecht. Bei mir lief es. Mich wollte keiner loswerden, ich musste nicht kämpfen, sondern nur auf alles Mögliche reagieren, richtig reagieren!«

Bald nahm Marlies Ross an den gesamtdeutschen Archivtagungen teil. Zu Anfang übernachtete sie gemeinsam mit Kolleginnen aus Magdeburg in Mehrbettzimmern von Jugendherbergen oder preiswerten Unterkünften, weil das Geld für eine Hotelunterkunft fehlte. Bei aller Freude, alte Fachkollegen wiederzusehen und neue kennenzulernen, war manche Atmosphäre von Unbehagen geprägt. Eine Art Wettlauf von DDR-Archivaren verschiedenster Provenienz um die Gunst tonangebender westdeutscher Fachkollegen fand statt. Zudem entwickelten sich während »der Wende« Verstimmungen über Vorgänge, die in ihrer Entstehungszeit möglicherweise gar nicht so schlimm gewesen waren, sich dann aber hochschaukelten. Empfundene und reale Verletzungen über Zurücksetzungen aus früheren Jahren traten jetzt zutage, aus leichten Rissen entstanden große Spalten; beim Blick in die berufliche Zukunft war sich jeder selbst der Nächste. Eine nicht geringe Einflussnahme für die Beurteilung einiger DDR-Archivare und deren Weiterbeschäftigung soll durch seine herausragende Stellung im neuen gesamtdeutschen staatlichen Archivwesen Prof. Dr. Gregor Richter eingenommen haben. Er hatte nach Beendigung seines IfA-Studiums seinen Berufsweg in Westdeutschland gesucht und gefunden. Es war die Rede von einem Auswahlverfahren nach einer sogenannten Schwarzen Liste, die wohl vorrangig Mitarbeiter der sich auflösenden bzw. aufgelösten StAV betraf. Zwar gab es seit Jahren berechtigte Kritik aus den Staatsarchiven an der Leitung ihrer

vorgesetzten Behörde – nicht ohne Grund hatten Hartmut Ross und Helga Reich aus dem Leipziger Staatsarchiv ihren geliebten Beruf aufgegeben –, doch die Art und Weise des Umgangs ließen Wünsche offen.

Im Februar 1991 erreichte Marlies Ross und ihre Mitarbeiter die Mitteilung, dass das Staatsarchiv Magdeburg gemäß § 13 des Einheitsvertrages ab September 1990 auf das Land Sachsen-Anhalt übergeleitet worden war. »Gemäß § [...] besteht Ihr Arbeitsverhältnis zu den am Tag vor dem Wirksamwerden des Beitritts geltenden Arbeitsbedingungen mit den Maßgaben des Einigungsvertrages fort.« Im Oktober 1991 erhielten alle Angestellten des nunmehr wieder Landeshauptarchiv Magdeburg genannten Hauses einen Änderungsvertrag, demzufolge sie im Dienst des Landes Sachsen-Anhalt auf unbestimmte Zeit weiter beschäftigt würden; er war unterzeichnet von Dr. Josef Hartmann, der kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt worden war. Hinzu kam eine sogenannte Verpflichtungserklärung, in der die Mitarbeiter sich zu jeglichen Beziehungen zur Staatssicherheit äußern und die sie unterschreiben mussten. Marlies Ross fügte einen Satz hinzu, welchen ihr Vorgesetzter verwundert zur Kenntnis nahm: »[...] ausgenommen die im Rahmen meiner dienstlichen Tätigkeit entstandenen Kontakte [...]«.

Im August 1993 fasste die Landesregierung Sachsen-Anhalts den Beschluss, dem Landesarchiv Oranienbaum die Selbständigkeit zuzuerkennen. Ein Schreiben an Marlies Ross vom 3. September 1993 beinhaltete: »Ihr Einverständnis vorausgesetzt, versetze ich Sie mit Wirkung vom 10.09.1993 aus dienstlichen Gründen an das Landesarchiv Oranienbaum. Dr. Hartmann, leitender Archivdirektor.« Wenige Tage später erhielt sie einen Brief vom Ministerium des Innern, gezeichnet in Vertretung des Staatssekretärs: »Im Rahmen der Neuorganisation der Archivverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt berufe ich Sie mit Wirkung vom 10.09.1993 zur Leiterin des Landesarchivs Oranienbaum.« Bevor die Berufung Marlies Ross erreichte, war sie nicht darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass sich inzwischen drei sachsen-anhaltische Landesarchive, Merseburg, Magdeburg und Oranienbaum, in Gründung befanden. Man verlegte 1990 die Landesregierung nach Magdeburg, um die sich auch Halle beworben hatte. Dessau – welches bei der Aufteilung von Landesbehörden in der Vergangenheit nicht immer berücksichtigt worden war – wurde zum Zünglein an der Waage, da es für Magdeburg gestimmt hatte und nun im Gegenzug ein Regierungspräsidium erhielt, welches allerdings nicht lange Bestand haben sollte. Dadurch wurde dem Oranienbaumer Archiv in seinem Territorium eine Behörde zugesprochen, für welches es zuständig war und aus dem es Akten übernehmen konnte. Als eines der drei Landesarchive mit Zuständigkeit für den Bezirk Dessau wurde »Oranienbaum« nach fünfzig Jahren wieder zum »lebenden« Archivstandort. Ab jetzt arbeitete Marlies Ross als

Leiterin eines selbständigen Archivs mit Unterstellung unter die Abteilung 4, Referat 44, Fachreferat Archivwesen – besetzt mit einem Leiter und einem Mitarbeiter – im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt. Gerald Heise war von 1990 bis 1993 erster Leiter dieses Referates, danach von 1993 bis 2016 Leiter des Landesarchivs Merseburg; Dr. Karlotto Bogumil, zuvor u. a. Leiter des Stadtarchivs Essen, wurde von 1993 bis 2002 sein Nachfolger. Neben dem Fachreferat waren im Ministerium eine Finanz-, Personal- und Organisationsabteilung für die drei Landesarchive zuständig, zu deren Arbeitsberatungen die Leiter regelmäßig Einladungen erhielten. Endlich konnte Marlies Ross Schwerpunkte ihrer Arbeit sowohl im Aufbau als auch in der Forschung selbst entscheiden, zum Beispiel Schwerpunktsetzungen in anhaltischer Geschichte für Studierende an der Universität Halle und neben einer Vorstellung der haus-eigenen Bestände Themen für Diplomarbeiten als auch Promotionen anregen. Rückwirkend eröffneten sich durch die Benutzungen auch dem Archiv selbst wieder andere Schwerpunkte.

Besondere Freude und Entlastung bereitete es Marlies Ross, niemanden entlassen zu müssen, sondern ganz im Gegenteil zusätzliche Planstellen zu erhalten und damit das Archiv spürbar mit qualifiziertem Personal aufstocken zu können. Die Neueinstellungen deckten die sprunghaft gestiegenen Benutzeranfragen zwecks Einsicht in Grundakten ab und ermöglichten dringend erforderliche Erschließungsarbeiten. Ein großer Gewinn war die wissenschaftliche Archivarin Dr. Ulrike Höroldt, die Marlies Ross persönlich an der Archivschule in Marburg auswählen durfte und die von 1995 bis 2001 auch ihre Stellvertreterin war. Ebenfalls konnten mit eigenem Haushaltsfond vordringliche Ausstattungen wie abschließbare Schreibtische, neue Stühle, neuwertige Technik wie Lesegeräte für Filme und eine elektrische Schreibmaschine mit Langwagen für DIN-A3-Blätter zum Schreiben der Findbücher sowie andere wichtige Arbeitsmittel angeschafft werden. Gravierende Lücken im – vom früheren Leiter sehr systematisch aufgebauten – Bestand der Archivbibliothek konnten vor allem durch Kauf von Anhaltinen allmählich geschlossen werden, was für die Bibliothek – für die ab dem Ende der Siebziger- und in den Achtzigerjahren mit versiegender Geldfluss aus dem Staatsarchiv Magdeburg keine Erwerbungen mehr hatten erfolgen dürfen – ein wertvoller Wandel war. Die neue Sicherheitsanlage bereitete anfänglich viele Kopfschmerzen, weil sie auf Bewegungsmeldern basierte. Nach häufigen schlafraubenden nächtlichen Alarmen suchten Marlies Ross und die örtliche Polizei alle Räume nach Einbrechern ab. Auslöser waren zunächst unbemerkt gebliebene Fledermäuse, die sich im Schloss niedergelassen hatten.

Eine spezielle Aufgabe wuchs dem Landesarchiv Oranienbaum mit der Angliederung einer Zentralen Archivalienrestaurierungswerkstatt zu. Bereits 1990

hatten Verantwortliche des frisch gegründeten Bundeslandes Sachsen-Anhalt festgestellt, dass dem Erhalt des über 1000-jährigen Archivgutes in Archiven und dem Kulturgut in Museen mehr Wertschätzung entgegenzubringen und Maßnahmen zu seiner Erhaltung zu ergreifen seien. 1992 fiel die Entscheidung für die Archive, mit der auch deutliche Personalaufstockungen einhergingen. Ohne alle Vorkenntnisse begann die Planung, und es wurden erste Voraussetzungen geschaffen. Räume im südlichen Kavalierhaus, die zuvor als Wohnraum gedient hatten, wurden provisorische Werkstattzimmer, in die zunächst nur kleinere Geräte wie die zur Bindung von Archivalien und Schneidemaschinen zum Zuschnitt größerer Papierbögen untergebracht wurden. Eine junge als Buchbinderin ausgebildete Kollegin aus Leipzig zeigte viel Engagement und überbrückte die ersten Jahre. Eine weitere Hilfskraft half, Akten von Staub und Schimmel zu befreien. 1993 bildete sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Staatlichen Schlösser und Gärten Wörlitz-Oranienbaum und des Landesarchivs Oranienbaum, welche beschloss, den bisher als Stadtbibliothek genutzten nördlichen Seitenflügel des Schlosses als Werkstatt auszubauen, und den ersten Bauantrag stellte. Es folgten viele Beratungen, Überarbeitungen und die Konzipierung einer denkmalpflegerischen Zielsetzung. 1995 stellte sich die Restauratorin Cordula Teuffert vor. Sie war seinerzeit aus persönlichen Gründen von Berlin nach Halle gezogen und suchte von dort aus eine Stelle. Es klappte auf den ersten Blick, bei dem man weiß: Das ist es! Sie leitete den Aufbau dieser großartigen Landeseinrichtung bis zum Archivumzug nach Dessau 2002. Mit großem Sachverstand bestellte sie Geräte für die anfallenden Restaurierungsvorhaben und wies neben der erwähnten Fachkraft mehrere Hilfskräfte mit großem Erfolg in fachliche Aufgaben ein. Im Februar 1997 erteilte die Oberfinanzdirektion eine zweckgebundene Ausgabenermächtigung, von Juni bis Dezember desselben Jahres wurde der Ausbau realisiert, und am 8. Januar 1998 begann der Einzug. Marlies Ross begrüßte ihre Gäste zur feierlichen Einweihung und fand folgende einführende Worte: »Die Errichtung dieser Werkstatt war eine schwere Geburt. Nein, nicht nur eine schwere Geburt. Dieses Wunschkind machte schon bei seiner Zeugung heute unvorstellbare Schwierigkeiten. Es wurde weit über die Zeit ausgetragen und kam unter heftigsten Wehen als Zangengeburt zur Welt. Dass es sich nun gut und schnell entwickeln möge!« Darauf wurde kräftig angestoßen, denn wenige Tage zuvor, als alle Arbeiten abgeschlossen waren, die Fußbodenheizung funktionierte und zu guter Letzt noch die schwerste Schneidemaschine eintraf, hatten die Beteiligten vor Ort bestürzt festgestellt, dass diese für die vorhandenen Türzargen wenige Zentimeter zu breit war. Im denkmalgeschützten Gebäude gab es nur eine Alternative, entweder Teile der Trockenwände herauszunehmen oder die Maschine zu zersägen. Die Lieferfirma, welche sämtliche Folgekosten zu



Die Zentrale Restaurierungswerkstatt im Pferdestall von Schloss Oranienbaum (Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

tragen hatte, entschied sich für die zweite Möglichkeit. Kostbare vier Jahre waren den fähigen Restauratorinnen und ihren Hilfskräften in der stilvollen Werkstatt vergönnt, hierbei vermaßen sie u. a. den umfänglichen Urkundenbestand und verpackten ihn zur besseren Bestandserhaltung neu. Der Aus- und Erweiterungsbau der Werkstatt im neuen Dessauer Domizil und der Umzug dorthin lag noch in den Händen von Cordula Teuffert, bevor sie das Archiv verließ und ihre eigene Werkstatt in Berlin bezog. Auch nach ihrem Ausscheiden war sie noch häufig in Sachsen-Anhalt als Restauratorin tätig. Sie widmete sich vorzugsweise den Tapeten im Schloss Wörlitz.

Zurück zur Neuorganisation des Archivwesens: Von notwendigen Lehrgängen waren alle Leiter von Ost-Behörden oder Behördenteilen, die dem Ministerium des Innern unterstellt waren, betroffen. »Ab 1994 fing es dann erst richtig an«, und zwar mit wichtigen Schulungen zu rechtlichen Fragen und Fragen von Gehaltseinstufungen. Es galten auf einmal ganz andere Tarife als zu DDR-Zeiten: der BAT für Angestellte und die Besoldungsstufen für

Beamte. Für jede Gruppe und jeden Tarif gab es bestimmte, manchmal auf einzelne Vokabeln festgelegte Leistungsbeschreibungen. Marlies Ross musste verantwortungsvoll für jeden Kollegen eine konkrete Tätigkeitsbeschreibung anfertigen, welche gleichzeitig die Grundlage für die Gehaltseinstufung darstellte. Kompliziert war es, die Arbeit, die jemand auszuführen hatte, mit diesen Vokabeln abzudecken und ihm zu garantieren, dass er die Stelle dann erhielt bzw. behielt. Die Beschreibungen mussten der Realität entsprechen, denn sie wurden vom Rechnungshof kontrolliert. Der Bundesangestelltentarifvertrag BAT-Ost enthielt – wie bereits erwähnt – gegenüber dem BAT-West nur 60 % der Gehälter, wogegen jeder westdeutsche Mitarbeiter automatisch (mit oder ohne Berufserfahrungen) zu 100 % eingestuft wurde. In Diskussionen im Kollegenkreis überzeugte die Leiterin ihre Mitarbeiter mit dem Argument: »besser 60 % für uns alle als 100 % für einige und Entlassungen für andere!« Von Februar bis März 1994 absolvierte Marlies Ross 150 Stunden Schulung an der Fachschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst in Halberstadt. Danach besuchte sie einen zwölfstündigen Grundlehrgang für die Arbeit am PC. Es folgten fünf Tage für Personalauswahl und Personalführung, 1995 waren im Magdeburger Ministerium 40 Stunden zum Thema Führung und Zusammenarbeit sowie in der Deutschen Angestellten Akademie Magdeburg drei Tage Einführung in die Informationstechnik für Führungskräfte zu belegen. 1999 absolvierte sie den Lehrgang HAMISSA für Anordnungsbefugte, welche die Bestätigung von Geldern nicht mehr per Hand ausführen sollten. Immer wieder prüften Tests, ob der Teilnehmer bestimmten Anforderungen gewachsen war. Dazu gehörten beispielsweise schriftliche Selbsteinschätzungen durch Beantwortung vorgegebener Fragen über Leistungsvermögen, Kollegialität, Art von Gesprächsführungen, die auch der Sitznachbar über einen beantwortet musste. Den Vergleich beider Resultate konnte jeder selbst ziehen, was eine interessante Erfahrung war und auch das Kennenlernen der anderen Teilnehmer förderte. Im Anschluss gab es immer eine Teilnahmebestätigung, keine Zensuren. Mit Sicherheit gingen die Beurteilungen an das Ministerium. Die Dozenten aus Westdeutschland konnten bei der Vermittlung ihre Fähigkeit oder Unfähigkeit unter Beweis stellen. Marlies Ross gelangte zu der verblüffenden Erkenntnis, dass man aus scheinbar sinnlos erscheinenden Aufgaben auf Charaktere und Eigenschaften schließen konnte, die Hand und Fuß hatten. Psychologie spielte hierbei eine Rolle. Nach eigenem Bekunden lernten aber auch die Dozenten viel von ihren Schulungsteilnehmern. Einer von ihnen überspielte anfangs seine starke Verunsicherung aufgrund des hohen Anteils selbstbewusster Frauen im Lehrgang mit aufgesetzter Lässigkeit. Mit seinen Beurteilungen der Kursteilnehmer überzeugte er jedoch.

Im April 1993 erhielt Marlies Ross von der Historischen Kommission zu Berlin bzw. deren Vorsitzendem Prof. Dr. Wolfram Fischer das Angebot, leitend und auf Grundlage eines Werkvertrages in einer Kommission zur Herstellung eines Inventars zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland mitzuwirken. In Westdeutschland war die Arbeit an den Verzeichnissen für Bremen und Hamburg abgeschlossen, während festgestellt wurde, dass in einigen DDR-Archiven wie Schwerin, Greifswald, Leipzig und auch Oranienbaum die Arbeiten noch nicht beendet waren. Die Kommission beschäftigte sich mit der Vervollständigung dieser Reihe. Neben Marlies Ross arbeiteten eine Archivarin aus Leipzig und zwei, drei junge, aber kompetente Wissenschaftler mit einem Zeitvertrag – eine grundlegende erste Erfahrung in der neuen Gesellschaftsordnung, dass eine gute Ausbildung nicht zwangsläufig ein sicheres Arbeitsverhältnis bedeuten musste. Für dieses Vorhaben stellte u. a. die Volkswagenstiftung Mittel bereit. Nach anfänglich honorierter intensiver Arbeit kam eines Tages die Information, dass der Umfang des Inventares zu groß ausgefallen sei und Gelder gekürzt werden müssten. 1997 erschien als Band 3 des »Inventars zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland« die Überlieferung der Stadtstaaten, aber kein Band zu den vorgenannten Archiven. Das Ganze verlief offenbar im Sande. In den Handakten von Marlies Ross befindet sich noch heute eine komplette Ausarbeitung zur Arbeiterbewegung Anhalts, und zwar in der – damals abgelehnten – Bearbeitung von Hartmut Ross von vor 1977, mit allen Einleitungen und erforderlichen Angaben. Die Kommissionsmitglieder waren übrigens davon sehr angetan und hielten keine einzige Verbesserung für notwendig. Das Manuskript sollte gedruckt werden, was dann bedauerlicherweise nicht mehr geschah.

Die Vernetzung des Landesarchivs Oranienbaum mit wissenschaftlichen Einrichtungen und die Kooperationen mit ihnen blieben über die gesellschaftliche Wende hinweg bestehen. Leider brachen die in den Siebzigerjahren engen Verbindungen zur Dessau-Wörlitz-Kommission in Halle und zur Internationalen Fasch-Gesellschaft e. V. Zerbst ab. Aufrechterhalten wurde die Zusammenarbeit mit den anhaltischen Museen, die in den Neunzigerjahren zu großem Engagement für Öffentlichkeitsarbeit zur anhaltischen und sachsen-anhaltischen Landesgeschichte führte, unterstützt durch die aktive Mitarbeit der Archivare im Verein für Anhaltische Landeskunde (VAL) und durch die Kooperation mit der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt.

Die Organisation des Landesarchivtages am 22. und 23. April 1997 lag in der Verantwortung des Landesarchivs Oranienbaum. Die Leiterin nutzte dabei die Chance, das anhaltische Archiv, das im gleichen Jahr sein 125-jähriges Bestehen beging, mit seiner Geschichte und seinen wertvollen Beständen in einem Vor-

trag vorzustellen. Kritische Anmerkungen über die Zeit der Unterstellung unter das Staatsarchiv Magdeburg und die daraus resultierende Zusammenarbeit führten zu derben Verstimmungen bei dem damals amtierenden Leiter. Marlies Ross nahm daraufhin inhaltlich ihre Aussagen nicht zurück, konnte aber später – das war ihr wichtig – in sachlichen Gesprächen die persönlichen Differenzen glätten, weil ihre Vorwürfe Magdeburger Bereiche betrafen, die nicht in seiner Verantwortung gestanden hatten und ihm zum großen Teil gar nicht bekannt waren. Die Besichtigung der für das Jubiläum im Schloss präsentierten Ausstellung rundete die Tagung ab.

Unübertroffen war die Würdigung des 150. Jahrestages der Revolution 1848 im Jahre 1998. Mit Engagement und Leidenschaft gestalteten die Mitarbeiter des Oranienbaumer Archivs in Zusammenarbeit mit anhaltischen Museen und kulturellen Einrichtungen Ausstellungen zum Jubiläum in Sachsen-Anhalt. Eine große Ausstellung im Landtagsgebäude in Magdeburg, für einige Zeit auch im Regierungspräsidium Dessau, unterstrich die herausragende Rolle der anhaltischen Herzogtümer. Ein sogenannter Revolutionszug, ein zum Museum umgerüsteter Zugwaggon, fuhr quer durch Deutschland und hielt »für Anhalt« am Bahnhof Bernburg. Darin wurden Archivalien und andere historisch bedeutsame Gegenstände der Zeit aus allen Ländern Deutschlands zum Jubiläum der Revolution gezeigt. Zum geschichtlichen Ereignis wurde auch ein wissenschaftliches Kolloquium veranstaltet. Dr. Peter-Joachim Rakow aus Schwerin, quellen- und archivkundig nicht nur in der mecklenburgischen Verfassungsgeschichte, hielt einen gewichtigen Vortrag zum Thema. Publiziert wurde im selben Jahr nicht allein ein ansprechender Ausstellungskatalog, sondern in der Reihe Quellen zur Geschichte Sachsen-Anhalts als Band 12 »Die Revolution von 1848/49 in Anhalt – Wegweiser zu den archivalischen Quellen im Landesarchiv Oranienbaum und anderen Archiven, wissenschaftlichen Bibliotheken und historischen Museen auf dem Gebiet der früheren anhaltischen Herzogtümer«, zusammengestellt von Thomas Brännler und Ulrike Höroldt. Beteiligt war das Landesarchiv Oranienbaum auch an den Ausstellungen »mittendrin – Sachsen-Anhalt in Geschichte« im stillgelegten Kraftwerk Vockerode (1998) und – in Zusammenarbeit mit mehreren anhaltischen Museen – »Gemeinsam sind wir Anhalt«. Im Jahr 2000 wurde eine umfangreiche Wanderausstellung über anhaltische Geschichte in den vier früheren Landeshauptstädten Dessau, Bernburg, Köthen und Zerbst gezeigt; sie wurde vom Landtagspräsidenten eröffnet. Die Zusammenarbeit mit Museen machte Ausstellungen durch das Zusammenwirken von Archivalien (»Flachware«) mit musealen gegenständlichen Ausstellungsstücken anschaulicher und spannender. Marlies Ross und ihre Kollegen gestalteten und unterstützten nicht allein Ausstellungen zu gegebenen Anlässen, sondern

stellten darüber hinaus auf Fachkonferenzen und Kolloquien mittels Vorträgen die in ihren Beständen vorhandenen Quellen zu Themen wie Johann Sebastian Bach in Köthen, dem Hofkomponisten und Hofkapellmeister Johann Friedrich Fasch am Zerbster Hof, Zarin Katharina II. und dem Baumeister der Wörlitzer Anlagen Johann Friedrich von Erdmannsdorff vor und regten damit Forschungen und Publikationen an.

Aus dem Landesarchiv Oranienbaum heraus wurden sowohl dem Ministerium für Kultur als auch der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt bei der Beschaffung bzw. Herstellung von besonderen Gastgeschenken gute Dienste erwiesen. Qualitätvoll angefertigte Faksimiles von auf die jeweiligen Gäste und deren Herkunft bezogenen Archivalien aus seinen Beständen konnten – in attraktiven Geschenkmappen handverlesen aus der Werkstatt kommend – als individuelle Präsente übergeben werden. So wurde einem Besuch aus den Niederlanden zu dessen großer Freude ein Portrait der Oranierin und Stadtgründerin von Oranienbaum Henriette Katharina sowie zwei von ihr erlassene und unterzeichnete Verordnungen über die Erziehung von Kindern und den Umgang zwischen Eheleuten überreicht. Ähnliche Geschenke wurden zu besonderen Anlässen für leitende Mitarbeiter des Ministeriums gefertigt. Einer interessanten Aufgabe stellte sich Marlies Ross, als sie für den damaligen Innenminister Manfred Püchel (1994–2002) von der SPD für seine Rede anlässlich eines Staatsbesuches aus Breslau historische Fakten zusammentrug, die mit Sachsen-Anhalt und der preußischen Provinz Schlesien und deren Hauptstadt Breslau in Verbindung standen. Fachfremden ist es häufig nicht gegeben, historische Vorgänge in ihrer Komplexität sicher einzuordnen und darzustellen.

Ein neuer Archivstandort: der Umzug des Landesarchivs Oranienbaum bzw. der Abteilung Oranienbaum des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt nach Dessau (1997–2002)

Gemeinsam mit dem damaligen Archivreferenten Erich Loschky bereiste und besichtigte Marlies Ross zahlreiche damals nutzungsfreie Objekte und Gebäude, um festzustellen, ob sie für ihr Anliegen, ein neues Domizil für das Archiv zu finden, unter folgenden Aspekten geeignet waren: War die Kapazität gegeben, um so und so viele laufende Meter Akten unterzubringen? Waren die klimatischen Voraussetzungen (Lichteinfall: Fensterflächen, Wände, Luftfeuchtigkeit etc.) und die erforderliche Tragfähigkeit der Böden für Compactusanlagen

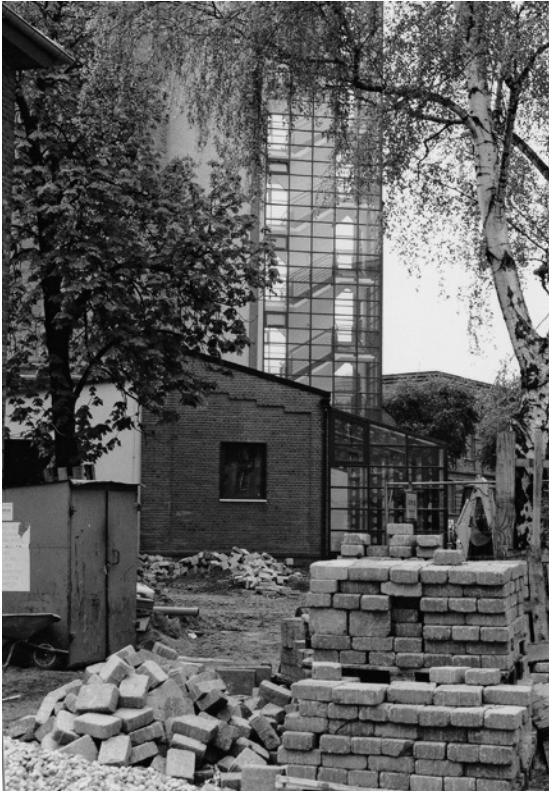
gegeben? Wie stand es um Arbeits- und Benutzerräume, Toiletten, öffentlichen Zugang und um Parkplätze? Sehr wichtig war es zu klären, wer der Träger (Vermieter) des möglicherweise landeseigenen Objekts sein werde und welche Kosten durch die Nutzung entstünden. Zu beachten war eine sogenannte Umbaufähigkeit, und zwar bei der Frage, ob die damals noch im Aufbau befindliche Landesrestaurationswerkstatt untergebracht werden könne oder nicht. Besichtigt wurde die Tabakfabrik Oranienbaum, von der es noch einen früheren Besitzer und Nachkommen gab. Sorgfältig wurden die Schlösser Coswig an der Elbe und Dornburg an der Elbe (beide in Anhalt) inspiziert, in welchen das Deutsche Zentralarchiv zu DDR-Zeiten große Magazine mit Aktenbeständen gefüllt als auch andere Räume mit geringer personeller Besetzung genutzt hatte. Ebenfalls wurden Kasernen in Zerbst geprüft, deren Inanspruchnahme verworfen werden musste – wie fast überall aufgrund fehlender Tragfähigkeit. Eine Wassermühle in Bernburg hatte dicke Mauern und war schön gelegen, doch das sie umschließende Wasser machte den Klimaansprüchen einen Strich durch die Rechnung. Nebenbauten des Schlosses Köthen (Orangerie u. a.) wurden in Erwägung gezogen, aber auch Industriebauten, bspw. die der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke in Dessau, welche zu klein oder zu zergliedert waren. Die Pläne scheiterten vor allem an den Kosten. Auf entstehende weite Fahrtwege der Mitarbeiter wurde prinzipiell keine Rücksicht genommen. Ein leerstehendes Verwaltungsgebäude in der Stadt Dessau rief bei Marlies Ross einen äußerst deprimierenden Eindruck hervor. Bei der Begehung lagen Kugelschreiber und Akten auf den Schreibtischen, für die sich von heute auf morgen niemand mehr verantwortlich fühlte. Die durch sämtliche Objekte führenden Personen gaben bereitwillig Auskunft über Gründe des Leerstands, was bei allen Beteiligten oft ein schales Gefühl hinterließ. Eine Mitarbeiterin, welche die Besichtigung jenes Dessauer Verwaltungsgebäudes leitete, fuhr zufällig wieder im Auto mit in die Innenstadt zurück, als Marlies Ross spontan äußerte: »Na, so etwas wie den Wasserturm bräuchten wir! Mit dicken Mauern, da kommt nicht so viel Licht rein, die Temperatur stimmt auch. Bloß der Turm allein reicht nicht.« »Was für eine Idee!« Ross' Gedankengang löste Begeisterung aus. Der Alte Wasserturm an der Heidestraße – Mitte 1870 für das erste Wasserleitungsnetz der Hauptstadt des Herzogtums Anhalt erbaut – war Ende der Neunzigerjahre eine Investruine des geplanten, durch die Expo 2000 geförderten und im Ausbau fortgeschrittenen Dessauer Jugendzentrums. Es gab bereits einen Außenaufzug, Räume und Toiletten. Kollegen der zuständigen Berufsfeuerwehr hatten von Amts wegen die Nutzung nicht freigegeben, weil für Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen zwingend Havarietreppen bzw. Notausgänge vorhanden sein mussten. Noch im Auto hieß es: »Der zentrale Standort wäre wunderbar – aber für eine Archivnutzung ist er nicht aus-

reichend!« Die Mitarbeiterin überlegte laut: »Hinter dem Turm befindet sich ein Gebäude der Wasserverwaltung, das momentan leer steht. Wollen Sie das mit dazu nehmen?« Daraus entwickelte sich die Vorstellung, beide Gebäude durch einen Magazinzeckbau zu verbinden.

Die Stadt, Besitzerin des Alten Wasserturms, setzte sich mit dem Innenministerium des Landes zusammen und fand als Lösung einen Objekttausch. Sie übernahm für das Land den Ausbau der beiden vorhandenen Gebäude und den Magazinneubau, im Gegenzug erhielt die Stadt große Grundstücke, sodass es bei den Verhandlungen erst einmal nicht um Geld ging. Es wurde festgelegt, dass das Stadtbauamt für das Archiv bauen und das Staatshochbauamt (mit Sitz in Dessau) dieses in Fachfragen beraten sollte – eine wichtige Entscheidung. Schnell konnte man sich Detailfragen widmen. Bald darauf schaltete sich auch das Fachreferat Archivwesen ein. Sein Referent erwies sich von Anfang an als äußerst hilfreich, obwohl es sein erstes Bauprojekt war. Zu Beginn nahmen sogar zwei Braunschweiger Architekten an den Beratungen teil mit guten Ideen zur Außenbeleuchtung, um einen ästhetischen Anblick des Gebäudes zu schaffen. Nach Marlies Ross' berechtigter Forderung, Sicherheit über Ästhetik zu stellen und daher eine Restaurierungswerkstatt, welche sich jahrhundertealter Urkunden annimmt, im Erdgeschoss aus Sicherheitsgründen nicht mit normalem Fensterglas ausstatten zu können, verloren sie ihr Interesse und stiegen aus. Berechnungen der Lagerkapazitäten eines Zweckbaues (in laufenden Metern Akten) mussten die Erwartungen auf Neuzugänge in etlichen künftigen Jahren einbeziehen. Welche Lagerungskapazität wird das Magazin in einem achteckigen Turm mit mehreren Etagen haben? Welche Flächen werden sich ergeben? Welche Art von Heizung für möglichst gleichbleibende Temperaturen ist nötig und möglich? Welche Fenster- und Mauerstärken haben sich in Archivzeckbauten als günstig für ein beständiges Raumklima erwiesen? Wie können vorhandene Räume des ehemaligen Verwaltungsgebäudes als Arbeitszimmer im Landesarchiv aufgeteilt werden? Welche Kostenfaktoren gibt es insgesamt? Marlies Ross erfuhr, dass bei einem Neubau die Arbeitszimmer entsprechend den Gehaltsgruppen der Mitarbeiter vergeben werden mussten: je höher die Gehaltsgruppe, desto mehr Quadratmeter. Aber welche Richtschnur sollte zugrunde gelegt werden, wenn Räume schon vorhanden waren? Der Referent für Archivwesen teilte Marlies Ross ein großes Zimmer zu, gleich nebenan sollte die Sekretärin sitzen. Sein Vorgesetzter torpedierte diese Festlegung und wies der Leiterin des Archivs einen Raum unter der Treppe an – wo bis heute der amtierende Leiter der Einrichtung residieren muss. »Mich, die es hatte treffen sollen, traf es am wenigsten, sondern alle meine Nachfolger!« Des Weiteren mussten behindertengerechte Sanitäranlagen sowohl im unteren Benutzer- als auch im Magazinbereich geschaffen werden. Es bedurfte Anfahrtswege,

Rampen zur Entladung der Akten, ebenso barrierefreier Übergänge innerhalb des Archivs für Aktentransporte, Möglichkeiten zur Zwischenlagerung von pilz- und ungezieferbefallenen Akten und deren Säuberung und Verzeichnung. Wie sollte mit dem bewusst erhaltenen Rest des originalen Wasserkessels in der achten Etage umgegangen werden? Die sinnvolle Entscheidung, ihn in den Konferenzraum mit Dachfenstern (in örtlicher Abgrenzung zu den Magazin- und Arbeitsräumen) zu integrieren, reifte erst mit der Zeit. In stilvollem Ambiente konnte und kann sich das Archiv auch der Öffentlichkeit präsentieren, ohne Sicherheitsprobleme heraufzubeschwören. Die gerade erst kräftezehrend fertiggestellte Landesrestaurierungswerkstatt in Oranienbaum stand wieder am Anfang. Für sie und den Magazinbereich galten strenge Kriterien, weshalb Marlies Ross die Werkstatt des Staatsarchivs Leipzig besuchte. Zum gezielten Erfahrungsaustausch fuhr sie auch in mehrere Archive der Bundesrepublik (Braunschweig, Bückeburg, Schleswig), wo sie stets kollegial und hilfsbereit empfangen wurde.

Die Auflistungen zeigen, welche Summe von Problemen zur Lösung anstanden – inklusive des Umganges mit Fehlern. »Die Stadt« drang stets darauf, dass »es nicht so teuer werden dürfe«. »Das Staatshochbauamt« verlangte, dass »die Sicherheit gewährleistet sein müsse.« Dieses Amt leitete – was selten vorkommt – eine Frau. Sie wurde als Nachfolgerin des ersten Dessauer Amtsleiters und gleichzeitigen Leiters des Staatshochbauamtes aus Hameln Dr. Dietrich Lösche eingearbeitet, wurde dafür fachlich eingeführt und stetig in ihrer neuen Tätigkeit unterwiesen. Unter ihrer Leitung waren mehrere kompetente Mitarbeiter für die Beratung des Archivs zuständig. Eine Reihe von Vorschriften waren umzusetzen, wie zum Beispiel die, feuerfeste Türen einzubauen, Stufenhöhen und Gangbreiten zu beachten: wichtige Kleinigkeiten. Ohne diese Absprachen wären Marlies Ross bei der Planung grobe Fehler unterlaufen, weil die Kollegen vom Stadtbauamt permanent die laufenden Kosten im Blick behielten und entsprechend argumentierten. Beide Bauämter waren an der besten Lösung »für die verfahrenere Situation mit dem Jugendzentrum in der Stadt« als auch für die drängende Standortklärung des Landesarchivs interessiert, wobei jeder zunächst einmal aus seiner eigenen Perspektive Forderungen erhob. Auf Marlies Ross' Schreibtisch liefen die Fäden zusammen. Sie hatte sämtliche Bedürfnisse aus allen Richtungen des Archivs zu bündeln und hierarchisch geordnet zu Papier zu bringen. Dazu benötigte und forderte sie die Mitarbeit ihrer Kolleginnen ein, besonders die von Dr. Ulrike Höroldt und Anke Boeck, welche ihre Leiterin auch bei Bauberatungen vertraten. Das war von 1999 an rund drei Jahre lang neben »dem normalen Betrieb« nebst zahlreichen Ausstellungs- und Publikationsprojekten die Hauptaufgabe.



Während des Um- und Anbaus zum Archiv auf dem Gelände beim Alten Wasserturm in Dessau 2000–2002 (Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Der Umbau auf dem Grundstück des Alten Wasserturms und des dahinterliegenden, aus den 1930er-Jahren stammenden Verwaltungsgebäudes der Wasserwirtschaft begann im Jahr 2000. Ein dreistöckiger Magazinneubau wurde zum Verbindungsstück. Da Marlies Ross' Vorgesetzter in Magdeburg »nicht wirklich in der Materie steckte und deshalb in seinen Entscheidungen auf Bauberatungen sehr zurückhaltend vorging«, beschwerten sich die Mitarbeiter des Staatshochbauamtes »wegen Behinderung der Arbeitsabläufe«. Aufgrund dessen hatte sich die Bauzeit um ein Jahr verzögert! Marlies Ross wurde deshalb vom Ministerium des Innern durch schriftliche Weisung dazu aufgefordert, an allen Bauberatungen wieder persönlich teilzunehmen. Parallel zu den Bauplanungen lag der Schwerpunkt für die Umzugsvorbereitungen im Archiv auf der Kartonierung der Akten. Lose Aktenbündel mussten für den Umzug in das neue Domizil transportfähig gemacht werden. Es wurden spezielle säurefreie Kartons mit 10 cm Höhe bestellt, die unter optimaler Platzausnutzung in die Regalfächer passten. Das Ganze war im Vorfeld genau

auszurechnen und die Verpackung als auch die Beschriftung sicherzustellen. Aufgrund der guten personellen Besetzung mit drei wissenschaftlichen Mitarbeitern, drei staatlich geprüften Archivaren, zwei Archivassistenten, den Restauratorinnen und einer ABM-Kraft gelang es, diese Aufgabenstellung beständig zu bewältigen. Nicht nur auf technische Korrektheit musste geachtet werden, sondern auch auf die richtige Ordnung unter Beachtung aller Vorschriften. Umzugs- und Einlagerungslisten wurden sorgfältig erstellt. Für den Umzug selbst war zu klären, wie viele Kartons auf die Ladefläche der Lkws passten. Die Archivare mussten genau wissen, wo die einzelnen Bestände im Neubau eingelagert werden konnten, oder ob es noch einer Zwischenlagerung bedurfte. Eine Unzahl von Dingen musste bedacht werden. Beim Rückblick auf jene Jahre stellte Marlies Ross fest, dass sie mit einer sehr schönen und vor allem vielseitigen Arbeit befasst gewesen war, diese ihr aber auch viele schlaflose Nächte gebracht hatte.

In die aktive Phase des Um- und Ausbaus des neuen Archivstandortes fiel die Verwaltungsreform von 2001, durch die die drei Regierungsbezirke mit ihren Präsidien (Dessau, Magdeburg, Halle) aufgelöst sowie die Landkreis- und Gemeindestrukturen in Sachsen-Anhalt verändert wurden. Im Vorfeld dieser Maßnahmen war – wie aus einer Pressemitteilung der Staatskanzlei Magdeburg vom 13. März desselben Jahres hervorging – auf Vorschlag von Innenminister Dr. Manfred Püchel im Kabinett die Neuordnung der Archivverwaltung Sachsen-Anhalts beschlossen worden. Die drei selbständigen Landesarchive Magdeburg, Merseburg und Oranienbaum wurden zu einem Landeshauptarchiv mit Sitz in Magdeburg zusammengelegt, und »alle Fach- und Querschnittsaufgaben sollten konzentriert werden«. Der Leiter des Referats Archivwesen musste seinem Minister hierfür – ohne die drei Archivleiter davon in Kenntnis gesetzt zu haben – eine entsprechende Vorlage unterbreitet haben: Das Landeshauptarchiv sei an mehreren Archivstandorten durch Abteilungen vertreten, und daraus ergebe sich, die Archivbestände den Einrichtungen künftig nach Aufgaben zuzuordnen. Bürger wie Forscher würden von einer besonderen Übersichtlichkeit profitieren. Am Standort Oranienbaum (perspektivisch Dessau) sollten die Wirtschaftsbestände mit den Überlieferungen von verstaatlichten und staatlichen Unternehmen aus den Landesarchiven Magdeburg und Merseburg, an den Standorten Magdeburg und Wernigerode alle übrigen mittelalterlichen und neuzeitlichen Bestände des Landes Sachsen-Anhalt zusammengefasst werden. Der Minister fand das »ganz wunderbar«; die neue Gliederung des Landesarchivgutes nach Aufgabebereichen komme wegen ihrer Klarheit und einfachen Nachvollziehbarkeit besonders den Benutzern entgegen, die Organisation des Archivwesens sei dadurch kompakter und kostengünstiger. Letztlich würden künftig sogar vier

Stellen freiwerden! Bei gleichzeitiger Verbesserung der Archivqualität sollte rund eine Viertelmillion DM pro Jahr im Personalbereich eingespart werden. Rein wirtschaftlich betrachtet, klang das nach einem Coup, inhaltlich stellte der Vorstoß ein Fiasko dar, was den Federführenden kaum bewusst war. Wie sollte es auch, wenn man die Bestände und deren Bedeutung nicht kannte! Marlies Ross »lief vollkommen überrumpelt dagegen Sturm« und reagierte umgehend schriftlich beim Minister und bat um Rücknahme des Beschlusses: »[...] der Entwurf [...] kam den Leitern der Landesarchive erst am 10. Januar 2001 zur Kenntnis. Es wurden Maßnahmen gegen die auf die Geschichte des ehemaligen Freistaates beruhenden kulturellen Grundlagen der Region Anhalt getroffen. Das nicht aus dem Landesarchiv Magdeburg hervorgegangene, sondern über eine jahrhundertealte Geschichte verfügende Landesarchiv bildet eine gewachsene und sogar in der DDR respektierte Einheit. Im Gegensatz zu den preußischen Provinzialarchiven [...] das Landesarchiv Oranienbaum als Nachfolger des Anhaltischen Staatsarchiv Zerbst, das zentrale Archiv eines früheren deutschen Staates, in dessen Archivbeständen sich die exceptionelle historische Bedeutung dieses namensgebenden Bestandteils unseres Bundeslandes spiegelt [...]«. Parallel zu ihrem Widerspruch »hagelte es« (nach Veröffentlichung des Kabinettsbeschlusses in Presse und Rundfunk) Protestschreiben aus Universitäten, Museen, kulturellen Einrichtungen und Organisationen, vor allem von denjenigen, die mit den Beständen arbeiteten. Leiterin und Mitarbeiter des Oranienbaumer Archivs wiesen laut und deutlich auf die Fehlerhaftigkeit der Entscheidung hin – mit Erfolg: Der Beschluss wurde zwar innerhalb von vierzehn Tagen nicht zurückgenommen, in der Gänze aber auch nicht umgesetzt, die Oranienbaumer Bestände blieben unangetastet.

Erst bei der genaueren Betrachtung aller beruflicher Stationen 2023 »dämmerte es« Marlies Ross, weshalb ihr Referatsleiter im Ministerium während der Objektsuche immer eine ganze Reihe von Gründen erwogen hatte, warum dieses und jenes nicht passte, es zu Bauverzögerungen und schließlich zu Regalbestellungen mit falschen Maßen gekommen war. Wie viele Arbeitsstunden und finanzielle Mittel waren verschwendet worden, weil »man einfach nicht mit offenen Karten spielte«! Es sollte nicht die letzte Fehlentscheidung ihres Vorgesetzten gewesen sein – die stellte sich bei den Vorbereitungen zur feierlichen Eröffnung des Archivs im Wasserturm heraus. Zwei Jahre zuvor, 2000, hatte die Leiterin Ross das entsprechende Budget dafür beantragt. Als sie es abrufen wollte, erklärte ihr der Referent, das Geld sei erst für 2003 eingeplant (also für einen Zeitpunkt, an welchem Marlies Ross planmäßig gar nicht mehr im Archiv tätig gewesen wäre). Ihr blieb nichts weiter übrig, als »doch noch ein paar Gelder einzuwerben« und in einer Dessauer Ausbildungsstätte für junge Gastronomen darum zu bitten, preiswerte Aufschnittplatten für die

Bewirtung der erwarteten »recht hochgebundenen« Gäste zur Verfügung zu stellen. Für die Auszubildenden biete sich hierbei eine gute Gelegenheit, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Über den Elternrat einer Bekannten wurde die Verbindung zu einer Jugendkapelle aufgenommen, die gegen eine kleine Aufwandsentschädigung aufspielte. Einen Teil des Sekts für die schließlich gelungene Eröffnungsfeier im Oktober zahlte das Ehepaar Ross aus eigener Tasche. Fügt man die Puzzleteile der damaligen Ereignisse zusammen, gerät ins Blickfeld, wie stark jene Konflikte aufgrund bestehender persönlicher Diskrepanzen und gestörter Kommunikation die Zusammenarbeit auf vielen Ebenen beeinflussten. Der Referatsleiter machte auf Marlies Ross einen unsicheren Eindruck, den er stets versuchte zu überspielen, indem er so tat, als ob er über allem stehe. Seine Archivleiterin schien es sich bereits durch ihren Widerspruch verscherzt zu haben, die Bestände ihres Magazins nicht umzulagern. Sie erklärte kurz und bündig: »Die Lagerung entspricht dem, was ich gelernt und vierzig Jahre lang praktiziert habe!« Das hieß: von links unten nach rechts oben. Zudem wollte er der erfahrenen Archivarin erklären, wie sie die Bestände zu berechnen habe. Sie erläuterte ihm daraufhin: »In den ersten Wochen meines Berufslebens habe ich bei Herrn Dr. Gerhart Enders [der Name sagte ihm mit Sicherheit nichts] den Platzbedarf des Neubaus des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam ausrechnen dürfen. Da lief nichts falsch!« Ihr Vorgesetzter blieb immer freundlich und in der Art des Umgangs verbindlich, aber wirkliche Probleme der drei Landesarchive waren nie Gegenstand seiner Arbeitsberatungen – wie zum Beispiel einheitliche Benutzerordnungen, ein einheitliches Vorgehen beim Brand- und Katastrophenschutz oder Möglichkeiten für Gefriertrocknungen nach Wasserschäden. Fragen, die unter den Nägeln brannten, besprach Marlies Ross mit ihren Leiterkollegen, wozu sie sie kurzerhand ins Landesarchiv Oranienbaum einlud. Eines Tages wurde sie stutzig, als sie bei Archivtagen zweimal von westdeutschen Kollegen angesprochen wurde. »Ach! Sie kommen aus Sachsen-Anhalt? Oh!« Verwirrend, was denn damit eigentlich gemeint war, »denn so schlecht ist doch unser Bundesland gar nicht!« In diesem Zusammenhang sollte auch Marlies Ross' Verbeamtung betrachtet werden. Sie setzte eine Beurteilung des Referatsleiters voraus, auf welche die Personalabteilung des Ministeriums dann reagieren konnte. Erst nach der dritten oder vierten Mahnung traf sie ein, die schlechteste Beurteilung, die Marlies Ross je erhielt. Als sie sie unterzeichnete, fügte sie den Satz hinzu: »Ich behalte mir das Recht vor, dagegen eine Erwiderung zu schreiben.« Das tat sie auch. »Ich weiß von meinen Stärken und Schwächen – ich bin nicht perfekt. Aber weder das eine noch das andere ist in dieser Bewertung in irgendeiner Weise zum Tragen gekommen, kein einziges Wort fiel über meine Arbeit!« Daraufhin wurde Marlies Ross mit 58 Jahren nach verkürzter Probezeit als Oberarchivrätin auf Lebenszeit

verbeamtet und noch am Ende des gleichen Jahres 1997 zur Archivdirektorin ernannt. Als bereits im Sommer 1996 für die Direktorenstelle in Magdeburg, speziell für die Zeit nach der Pensionierung des damals amtierenden Leiters, ein Nachfolger vorbereitet werden und dazu ihre Position als Oranienbaumer Archivleiterin zu einer Art Ringtausch eingesetzt werden sollte, bot man ihr tatsächlich an, »sich weiterbilden zu dürfen«! Sie habe ihr Leben lang nur in demselben Archiv gearbeitet, man wolle ihr entgegenkommen! Sie könne im Regierungspräsidium, bei der Landesregierung und in anderen Archiven Erfahrungen sammeln. »Es war das einzige Mal, wo ich wirklich schockiert war! Trotz drohender, nicht absehbarer Konsequenzen weigerte ich mich, aus Oranienbaum wegzugehen.« Sie setzte sich durch und blieb.

Zwei amtliche Schreiben speziell zu Marlies Ross' Anforderungsprofil sind in diesem Zusammenhang besonders aufschlussreich. Das erste vom März 2001 betraf die »Neuordnung der Organisation der Staatlichen Archivverwaltung Sachsen-Anhalt« und bezog sich auf den Kabinettsbeschluss vom 13. März 2001, der die drei bisher selbständigen Landesarchive zu Abteilungen eines neu eingerichteten Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt herabstufte. Damit wurde Marlies Ross von der Funktion als Leiterin des Landesarchivs entbunden und ihr der Posten des Abteilungsleiters Oranienbaum im Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt übertragen. Das bisherige Landesarchiv Magdeburg wurde ab 1999 – dem Eintritt seines Leiters Dr. Josef Hartmann in den Ruhestand – in Personalunion vom Leiter des Referats Archivwesen geleitet! Das war prekär: »Wenn man ihn brauchte, war er meist auf dem Weg zwischen beiden Einrichtungen. Später klappte wegen seiner Erkrankung – möglicherweise in Folge der starken Protestaktionen gegen den Kabinettsbeschluss – gar nichts mehr!« Mit dem zweiten Schreiben vom Januar 2002 wurde Marlies Ross »vorübergehend mit der Wahrnehmung der Funktion der stellvertretenden Leiterin des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt« beauftragt. Diese war »entsprechend den dienstlichen Bedürfnissen wechselnd in den Abteilungen Magdeburg und Oranienbaum vorzunehmen.« Im Landeshauptarchiv traf sie bei der Sicherung von Abläufen und notwendigen Berichterstattungen auf eine kollegiale wie verständnisvolle Mitarbeiterschaft. Aus Pietät setzte sie sich nie an den Schreibtisch, an welchem Dr. Gringmuth-Dallmer, Dr. Engelhardt und Dr. Hartmann einst gearbeitet hatten, auf dem außer einer Einladung zu einer Veranstaltung und einigen Schreibutensilien auch keine Aufgaben zu erledigen waren. Mit Erleichterung empfing sie im Mai 2002 die im Dezember des Vorjahres aufgrund von Querelen mit der vorgesetzten Behörde beruflich nach Niedersachsen gewechselte Dr. Ulrike Höroldt und führte sie auf Geheiß des Ministeriums als Leiterin des Landeshauptarchivs Magdeburg ein. Damit wurde die einstige Stellvertreterin nun ihre Vorgesetzte. Im September hielt



Leiterin Marlies Ross mit ihrem Kollegium vor Schloss und Landesarchiv Oranienbaum zum Abschied vor dem Archivumzug im August 2002

»die Heimgekehrte« zur Eröffnung des Archivs/Abteilung Dessau im Alten Wasserturm den einführenden Vortrag.

Bevor es dazu kam, rollte ausgerechnet im August 2002, passgenau zum Umzugstermin, höhere Gewalt in Form des Jahrhunderthochwassers an, weshalb zwischen Oranienbaum und Dessau die Straße gesperrt werden musste. Die bestellten Lkws standen still. In Dessau wachte derweil Stellvertreterin Angela Erbacher, welche 2003 die Leitung der Einrichtung übernahm und bis 2008 der Abteilung Dessau des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt vorstand, darüber, ob die über die Ufer getretene Mulde eine Gefahr für das Gelände des Wasserturms darstellte. Marlies Ross hielt im Oranienbaumer Schloss Wache, weil das Wasser schon bis an die Stadtgrenze angestiegen war und im Kellergeschoss ausgelagerte Akten hätten Schaden nehmen können. Als die Pegelstände wieder gefallen waren, verlief der Transport zwar reibungslos, aber als die Regale in Augenschein genommen wurden, breitete sich blankes Entsetzen aus. Statt der Doppelregale von 80 cm Breite – für ältere Bestände wegen der längeren Aktenformate eine Grundvoraussetzung – waren, wie sich in dem Moment herausstellte, vom Leiter des Referats Archivwesen hinter dem Rücken von Marlies Ross Regale mit 70 cm Breite für moderne Bestände umbestellt und angeliefert worden. Kompaktanlagen müssen generell verschließbar sein,



Im Kartenmagazin des Alten Wasserturms Dessau, 2002 (Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau, Foto: Angelika Wernicke)

was mit überstehendem Material nicht möglich ist! Mehrere hundert Meter Akten wurden deshalb erst in einem leerstehenden Magazin auf den Fußböden gestapelt, bevor sie ein Jahr später in nachbestellten Regalen ordnungsgerecht eingelagert werden konnten. Mit dem Umzug nach Dessau hielt die Moderne Einzug in das Landesarchiv, was sich in zeitgemäßen Büros und der gut ausgestatteten Restaurierungswerkstatt widerspiegelte – Wendeltreppen, Kachelöfen und Jahrhunderte gespeicherte Atmosphäre gehörten der Vergangenheit an. Fünf Rollregalanlagen boten ausreichende Kapazitäten in Erwartung neuer Übernahmen.

Ende desselben Jahres trat Marlies Ross unter Inanspruchnahme der so-



Direktorin Marlies Ross und Gäste bei den Einweihungsfeierlichkeiten des neuen Archivstandortes im beeindruckenden Konferenzsaal des Dessauer Wasserturms, 2002

genannten Überbrückungszeit früher als geplant in den Ruhestand ein. Unter der Last der insgesamt 46, insbesondere der letzten zehn Arbeitsjahre spürte sie an dieser Stelle, den Spannungen nicht mehr gewachsen zu sein. Ihr Vorgesetzter und sie waren ungefähr im gleichen Alter. Dass er vor ihr aus dem Dienst ausscheiden werde, konnte sie nicht ahnen. Als sie davon erfuhr, bedauerte sie, ihre Dienstzeit nicht bis zum 65. Lebensjahr ausgeübt zu haben, um so im neuen Umfeld mit vertrautem Archivgut ihr Lebenswerk abrunden zu können.

Marlies Ross wurde während ihrer kontinuierlichen Berufswerdung das seltene Glück zuteil, sich in zwei Institutionen, besonders aber in dem relativ kleinen Oranienbaumer Archiv mit seinen wertvollen Beständen verschiedenen fachlichen als auch praktischen Herausforderungen stellen zu müssen sowie in die Tiefe gehen zu können, Expertin zu werden. Sie bekam es nicht nur mit Erschließungs- und Ordnungsarbeiten und dementsprechender Routine zu tun, sondern hatte sich einer Fülle von Aufgaben zu öffnen und gewachsen zu zeigen. Sie entwickelte dank ihrer schnellen Auffassungsgabe anwendungsbezogenen Strategien. Damit spiegelt ihr Wirken nicht das gängige Klischee eines Archivars wider, welches seit Generationen in der Vorstellung der meisten Menschen bildhaft einen alten Mann mit Bart und Schonärmeln über staubigen Akten hervorruft.

Eine Art Postscriptum: Engagement im »Kulturbund Oranienbaum« bzw. »Kulturbund Dessau-Wörlitz e. V.« (1980–2019)

Marlies Ross fand in den rund drei Jahrzehnten nach ihrem Eintritt in den Ruhestand mit bemerkenswertem Engagement ideelle wie soziale Erfüllung. Ab 1980 im Kulturbund Oranienbaum verwurzelt, übernahm sie nach Ende ihres Berufslebens für zwanzig Jahre dessen Vorsitz.

Die Gründung des »Kulturbundes demokratischer Erneuerung« im Sommer 1945 lässt sich auf dessen ersten Präsidenten, den Schriftsteller und Kulturpolitiker Johannes R. Becher, und sein Ziel zurückführen, mit Kampfansage »die geistigen, moralischen und kulturellen Trümmer der Nazizeit mit einer Neugeburt im Sinne von Demokratie und Fortschritt zu überwinden«. Der Kulturbund Dessau wurde im selben Jahr eingerichtet; Oranienbaum als dessen Ortsgruppe 1947, welche jedoch schon bald in den frühen Fünfzigerjahren ihre Arbeit wieder einstellte. Der neue Ortsverband Oranienbaum ging aus der 1980 gegründeten Ortsgruppe des Kreissekretariates Gräfenhainichen

(Bezirk Halle) hervor. Es gab verschiedene Ebenen des Kulturbundes: die zentrale Berliner Ebene, die Bezirksebene und die Ebene des Kreises. Dem Sekretariat in Gräfenhainichen mussten die dem Kreis angehörenden Kulturbundgruppen über ihre Arbeit Bericht erstatten. Die Programme gestalteten die Gruppen eigenständig.²⁰

Hartmut Ross war bereits im Kulturbund Dessau bzw. im Klub der Intelligenz, einer Einrichtung innerhalb des Kulturbundes, tätig. Er übte dort Leitungsfunktionen aus und war Gründungsmitglied der Oranienbaumer Gruppe. Er wurde 1956 von Johannes R. Becher finanziell bei seiner Promotion in Bamberg unterstützt, weshalb er ihm stets dankbar verbunden blieb.

Marlies Ross war es immer ein Anliegen, sowohl Geselliges als auch Bildendes im jeweiligen Programm des Kulturbundes zu verankern. Dadurch, dass sie ein Archiv leitete und auch in ihm arbeitete, bot sich häufig die Gelegenheit, Dozenten für Vorträge und Reisen honorarfrei zu gewinnen. Während der Busfahrten, insbesondere bei denen »auf den Spuren der Oranier«, wurden Einführungen in die jeweiligen Reiseziele und ihre Verbindungen zur niederländisch geprägten Heimatstadt Oranienbaum geboten. Auch zahlreiche Theater- und Konzertbesuche kündeten von der Vielfalt der Themen.

In der sogenannten Wendezeit lösten sich die Kulturbund-Sekretariate der DDR und damit die verschiedenen untergeordneten Gruppen auf. Die neuen Ortsverbände erhielten verlockende Angebote, bspw. dem neuen Heimatbund bzw. Heimatverband Halle beizutreten. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, geborener Hallenser, warb hierfür nachdrücklich. Die »Oranienbaumer« weigerten sich und erhielten dementsprechend keinerlei Gelder aus dem gut gefüllten Fördertopf. Auf Initiative des Dessauer Kulturbundes wurde trotz vieler Hindernisse der »Kulturbund Dessau-Wörlitz e. V.« gegründet, dem Oranienbaum 1992 beitrug. Von Beginn an war Marlies Ross Stellvertreterin der Vorsitzenden des Oranienbaumer Ortsverbandes, welcher von 1980 bis 2002 von einer praktischen Ärztin, der Sanitätsrätin Ortrud Schulze, verdienstvoll geleitet wurde, und nach deren Ausscheiden war sie bis zu ihrem 80. Lebensjahr (2019) Vorsitzende; heutzutage ist sie noch beratendes Mitglied. Ihre Ortsgruppe zählte vor und nach der Wende (mit einem kurzzeitigen Einbruch) fast immer rund siebzig Mitglieder, was für eine Kleinstadt beachtlich ist. Mittlerweile ist die Klientel naturgemäß gealtert, sodass Teile des Programms, vor allem solche Elemente wie die ab

20 Die Informationen stammen aus: »40 Jahre Ortsverband Oranienbaum im Kulturbund«, Heft 9, Hg: LPR Landschaftsplanung Dr. Reichhoff GmbH, Dessau-Roßlau 2020 in Zusammenarbeit mit dem Ortsverband Oranienbaum im Kulturbund Dessau-Wörlitz e. V.

1989/90 durchgeführten großen Reisen in die Niederlande, nach Belgien und innerhalb der Bundesrepublik, angepasst werden müssen. Doch gerade der Zuspruch alter Mitglieder wächst, verbunden mit der Hoffnung auf eine Fortführung der Begegnungen durch die nachfolgende Generation, weil schon eine Veranstaltung pro Monat vorhandenes Interesse stillen und Einsamkeit lindern kann.

Francisca Drechsler

Zwischen Pflicht und Freiheit | 1

Lebenswege in der DDR:
Donat Ciesla, Horst Lyr, Bernd Wefelmeyer
(Studien zur brandenburgischen und
vergleichenden Landesgeschichte, Band 23)

Klappenbroschur, 370 Seiten, 103 Schwarzweißabb.
ISBN 978-3-86732-325-3 € 24,90



In diesem Buch, das den Auftakt einer biografischen Reihe bildet, kommen Personen zu Wort, die in der DDR dafür sorgten, dass der Staat nach innen und nach außen funktionierte. Solche Lebensberichte von Führungskräften und Experten aus der »zweiten Reihe«, von »Funktionseliten«, werden leider eher selten veröffentlicht. Dabei sind es die konkreten Biografien ihrer Menschen, die uns besser als Akten und Analysen ermöglichen, eine frühere Gesellschaft mit all ihren heterogenen Lebenswelten zu begreifen.

Vorge stellt werden die Erinnerungen von Dietrich Lemke (Außenhändler und Stellvertreter des letzten Außenhandelsministers der DDR), Donat Ciesla (Außenhändler), Horst Lyr (emeritierter Biologe und Botaniker) sowie Bernd Wefelmeyer (Komponist, Arrangeur und Dirigent). Sie beruhen auf narrativen Interviews, in denen sich die Protagonisten an Stationen, Begegnungen und Entscheidungen in ihrem Leben erinnern. Sie erzählen von sich und versuchen zu erklären, warum sie sich – mitunter widerstrebend – an verordnete Spielregeln hielten. Der Vergleich dieser Lebensberichte im selben Land zur selben Zeit, doch an unterschiedlichen Orten offenbart Muster und ermöglicht den Blick in eine inzwischen verschüttete Vergangenheit.

Francisca Drechsler

Zwischen Pflicht und Freiheit | 2

**Lebenswege in der DDR:
Horst Ruprecht und Heinz Schönemann**
(Studien zur brandenburgischen und
vergleichenden Landesgeschichte, Band 26)

Klappenbroschur, 243 Seiten, 65 Schwarzweißabb.
ISBN 978-3-86732-354-3 € 19,80



Horst Ruprecht, Theaterregisseur und ehemals Ensembleleiter, ließ sich zum Schauspieler ausbilden, entdeckte aber bald sein Regietalent. Mit Willensstärke und großen Ambitionen begann er Regie zu führen, und eine Aspirantur bei Fritz Bennewitz am Deutschen Nationaltheater Weimar brachte ihn seinem Ziel näher. So gelang es Ruprecht, als Oberspielleiter am Theater in Nordhausen und in Meiningen, als Schauspielregisseur am Landestheater Halle, auf den Bühnen der Stadt Magdeburg und nach dem Fall der Mauer am Schauspielhaus Leipzig erfolgreich zu inszenieren. »Welthaltiges« sollte spektakulär und möglichst radikal auf die Bühnen der »geschlossenen Gesellschaft« gebracht werden. In Texten des Sturm und Drang, bei Horváth, Grabbe und Büchner suchte er Parallelen zur Gegenwart.

Heinz Schönemann, Kunsthistoriker und ehemals Stiftungskonservator, war einer der jüngsten Museumsdirektoren der DDR am namhaften Kunstmuseum Moritzburg in Halle, nachdem er sich in seinen denkmalpflegerischen Lehrjahren leidenschaftlich mit Schinkel und der Architektur des 19. Jahrhunderts beschäftigt hatte. Nach den Ereignissen vom August 1968 geriet er mit seinen Sammlungs- und Museumsvisionen an kulturpolitische Grenzen und ging nach Potsdam-Sanssouci, um sich als Schlösserdirektor, später als stellvertretender Generaldirektor und Stiftungskonservator für die Bewahrung des heutigen UNESCO-Weltkulturerbes einzusetzen, ohne die zeitgenössische Kunst je aus den Augen zu verlieren. Schönemanns Blick auf die Dinge ist selten vorhersehbar. Der ausgezeichnete Erzähler weiß, mit lebendigen Geschichten seine Zuhörer in den Bann zu ziehen.

Peter H. Feist

Hauptstraßen und eigene Wege

Rückschau eines Kunsthistorikers

Klappenbroschur, 226 Seiten, 26 Schwarzweißabb.
ISBN 978-3-86732-231-7 € 19,80



Peter H. Feist (1928–2015) verantwortete in den 64 Jahren seit dem Studium bis zu seinem Tode 33 Bücher, 436 wissenschaftliche Aufsätze in Zeitschriften, Katalogen und Sammelbänden, 104 Rezensionen sowie 553 kunstkritische Zeitungsartikel. Er gehörte zu den einflussreichsten, international renommiertesten, nicht jedoch unumstrittenen Kunstwissenschaftlern der DDR. In der Autobiographie stellt er sein außerordentlich vielseitiges wissenschaftliches, gesellschaftliches und kunstpolitisches Wirken vor.

Viele, die ihn kannten, beschrieben ihn als bescheidenen und zurückhaltenden Menschen. So ist auch der Text: ohne hohen Ton formuliert, dennoch selbstbewusst und klug. Peter H. Feist erzählt, kommentiert, bewertet seinen Lebensweg: beginnend mit der Herkunft aus Nordböhmen und der Aussiedlung nach Wittenberg, dann das Studium mit Promotion in Halle und schließlich seit 1958 sein Wirken an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Akademie der Künste und der Akademie der Wissenschaften der DDR. Selbstkritisch, doch ohne Selbstbezeichnung berichtet er von gelungenen und weniger gelungenen Vorhaben und versucht, sein für manchen heute noch unverständliches Engagement für den kleineren deutschen Staat mit den leidvollen Grunderfahrungen des 20. Jahrhunderts und nicht zuletzt mit persönlichen Motiven zu erklären. Zweifel, Empörungen und späteres eigenes Unverständnis für zu viel Hingenommenes werden nicht ausgespart, seine Grundentscheidungen aber, darunter die marxistische Methode im wissenschaftlichen Arbeiten, begründet der Autor als immer noch gültig und richtig.

Ein lesenswertes Buch für alle, denen pauschalisierende, aburteilende Statements zur Kunst und Kunstwissenschaft in der DDR nicht genügen.